

JAHRBUCH

**DES GRAF KLEBELSBERG KUNO INSTITUTS
FÜR UNGARISCHE GESCHICHTSFORSCHUNG
IN WIEN**

UNTER MITWIRKUNG

ÁRPÁD VON KÁROLYI'S UND DÁVID ANGYAL'S

REDIGIERT

VON

DIREKTOR JULIUS MISKOLCZY

Országos Széchényi Könyvtár

VIII. JAHRGANG

MIT UNTERSTÜTZUNG
DER UNGARISCHEN AKADEMIE
DER WISSENSCHAFTEN

BUDAPEST, 1938.

**A GRÓF KLEBELSBERG KUNÓ
MAGYAR TÖRTÉNETKUTATÓ INTÉZET**

ÉVKÖNYVE

KÁROLYI ÁRPÁD és ANGYAL DÁVID

KÖZREMŰKÖDÉSÉVEL

SZERKESZTI

MISKOLCZY GYULA

IGAZGATÓ

VIII. ÉVFOLYAM

**A
MAGYAR TUDOMÁNYOS AKADEMIA
TÁMOGATÁSÁVAL**

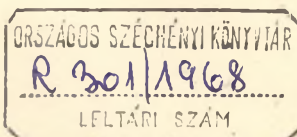
BUDAPEST, 1938.

OSZK

Országos Széchényi Könyvtár

#

M 10.769 / 8 : 2



A kiadásért felelős: Dr. Miskolczi Gyula
Wien VII., Museumstrasse 7.

Sárkány-nyomda r.-t. Budapest. Horn Ede-utca 9. Tel.: 122-190.
Igazgatók: Dr. Wessely Antal és Wessely József.

TARTALOM

	LAP
Kósa János: Die ungarische Kolonisationsfrage um die Mitte des 19. Jahrhunderts — — — — —	1
Lengyel Tamás: Die Ungarn und der Krimkrieg — — — — —	136
Juhász Lajos: A horvát kérdés az 1868-i kiegyezés után — — —	247

OSZK
Országos Széchényi Könyvtár

INHALT

SEITE

Johann Kósa: Die ungarische Kolonisationsfrage um die Mitte des 19. Jahrhunderts — — — — —	1
Thomas Lengyel: Die Ungarn und der Krimkrieg — — — — —	136
Ludwig Juhász: Die kroatische Frage nach dem Ausgleich von 1868. — — — — —	247

OSZK
Országos Széchényi Könyvtár

INHALT

SEITE

Johann Kossuth: Die ungarische Kolonialpolitik von der Mitte des 19. Jahrhunderts	1
Thomas Lanyard: Die Wägen und der Krimkrieg	130
Endre János: Die kroatische Frage nach dem Ausgleich von 1868	247

OSZK

Országos Széchényi Könyvtár

DIE UNGARISCHE KOLONISATIONSFRAGE UM DIE MITTE DES 19. JAHRHUNDERTS.

Vorwort.

Die Aufgabe, deren Lösung dem Schwarzenberg-Kabinett in den Spätsommertagen 1849 gestellt wurde, war schwierig und verwickelt, sie barg auseinander gehende Strömungen in sich und ihre Bedeutung war unübersehbar. Das Herrscherhaus hatte eben eine Demütigung erlitten, dergleichen ihm seit einem Jahrhunderte, seit Maria Theresia's Erbfolgekrieg nicht widerfahren war. Nun, in der Stunde des schwer erkämpften Sieges, erwachte in der Dynastie und in der Regierung der Rachegeist gegen alle Nationen und Nationalitäten der Monarchie, welche diese Demütigung verursacht hatten. Sie forderten Genugthuung und zeigten ihren untertänigen Völkern gegenüber weniger die Miene väterlicher Güte, als vielmehr zürnenden Stolzes.

Und trotzdem schienen die Freiheitskämpfe und Revolutionen, die sich in den verschiedenen Reichsteilen abgespielt hatten, den Sieg davon zu tragen. Die Kämpfer selbst waren gefallen, aber die Landesreformen, die sie mit drängender Eile und nur in Umrissen entworfen hatten, waren nicht mehr zu beseitigen. Die Wiener Regierung hatte mit diesen Reformen zu rechnen und sie einer vernünftigen Verwirklichung zuzuführen. Die Auflösung der ständischen Verfassung, der Übergang zur neuen Gesellschaftsstruktur, das Grundentlastungsproblem, die neue Landesorganisation, das Steuerwesen, das neue, der Klassengesellschaft angepaßte Agrikulturalsystem u. s. w. bildeten jene Aufgabe, an deren Lösung die Regierung bereitwillig schritt, deren Erfüllung auch unter ruhigen Verhältnissen eine Arbeit durch Generationen in Anspruch genommen hätte; zwischen dem Rachegeist und dem Reformdrang, wie zwischen Scylla und Charybdis, von den Wogen der stürmischen Zeitläufe hin- und hergeworfen, aber fast unausführbar schien.

Alle diese Reformen und die gegen sie auftretenden Schwierigkeiten trafen sich, wie in einem Knotenpunkte, in der Behandlung der ungarischen Kolonisationsfrage.

I. Die Problemgestaltung.

Das Wort „Kolonisierung“, das in jenen Tagen als Regierungsprogramm auf den Plan trat und zum Gegenstand verschiedenseitigster, heftiger politischer Debatten wurde, besaß damals eine nationalökonomische und eine politische Vergangenheit. In den Zeiten der alten Fron bedeutete das Wort colonizare die Verteilung einzelner Grundstücke unter verschiedenen Bedingungen an Bauern (coloni). Aus dieser Grundbedeutung erweiterte es sich. Da die bäuerlichen Untertanen oft aus einer anderen Gegend herbeigeschafft werden mußten und einen neuen Wohnort erhielten, wurde dieses Wort langsam identisch mit der nach verschiedenen Richtungen gehenden Ein- bzw. Auswanderung, sowie mit der Ansiedlung selbst. Als im Zeitalter des Merkantilismus derartige Kolonisationen an Kopfzahl und Bedeutung immer mehr zunahmen und diese Tätigkeit zugleich mit der Machtpolitik streng verbunden auftrat, gewann das Wort einen speziellen politischen Sinn und bezeichnete um 1850, in der Zeit des beginnenden Weltimperialismus, die großartigste Wirksamkeit der Weltmächte, die sich über alle fünf Kontinente erstreckte. Der berühmteste Theoretiker des Kolonialwesens jener Jahre konnte mit Recht seine Definition in den Worten zusammenfassen: „Die kolonialen Eigenthümlichkeiten lassen sich fast ohne Ausnahme auf zwei Hauptpunkte zurückführen: 1. daß ein mehr oder weniger altes Volk ein mehr oder weniger junges Land in Besitz nimmt; 2. daß ein Theil des Volkes sich vom ganzen ablöst.“¹

Im Falle der Habsburgermonarchie konnte diese Machtfrage nur im Gewand der Nationalitätenpolitik erscheinen und da die Besitznahme des Landes nach den neuerlichen, mißglückten Freiheitskämpfen in hundertjährigen Rechtsansprüchen gesichert lag, handelte es sich um die Übersiedlung ansehnlicher Menschenmengen von einem Lande in das andere. Damals, in den Monaten des Rachegefühles und Reformdranges konnte derartige nur im Rahmen der Minderheitenpolitik geschehen.

Die Wiener Kolonisationspolitik blickte auf eine Vergangenheit von

¹ Wilhelm Roscher: Kolonien, Kolonialpolitik und Auswanderung, II. Aufl., Leipzig—Heidelberg, 1856, S. I.

mehr, als anderthalb Jahrhunderten zurück, die schon im sechzehnjährigen türkischen Kriege einsetzte und ihre glänzendste Periode während des Wirkens Maria Theresias und Josefs II. erreichte. Noch immer ist in der Historiographie die Frage umstritten, ob diese großartige Impopulationstätigkeit einen nationalen Zweck verfolgte, ob sie auf die zahlenmäßige Hintansetzung des Ungartums und auf eine Förderung des slavischen und hauptsächlich des deutschen Elementes hinzielte, oder ob sie derartige Momente beiseite ließ und nur von militärischen, wie ökonomischen Gesichtspunkten geleitet würde.

Wenn bezüglich der Ansiedlungen des 18. Jahrhunderts noch eine Diskussion möglich sein mag, so steht außer Zweifel, daß in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Kolonisationsfrage mit der Nationalitätenpolitik identisch war. Die Verstärkung des ungarischen Nationalbewußtseins war eines der größten Hindernisse, das die weitreichenden Pläne der Hofkammer lähmte und eine Weiterführung des Josefinischen Werkes unmöglich machte. In den Blütejahren des Reformzeitalters, in den 40er Jahren, hielt die ungarische Öffentlichkeit an der Überzeugung fest, daß eine neue deutsche Ansiedlung den Nationalbestrebungen entgegenarbeite und daß eine planmäßige, von der Wiener Regierung geleitete Ansiedlung den Frieden und das nationale Gleichgewicht des Landes gefährde, obwohl die Einzeleinwanderer von Jahr zu Jahr in großer Zahl die Leitha überschritten und vom Ungartum herzlich aufgenommen wurden.²

Demgegenüber suchten die Ungarn ihre außerhalb der Staatsgrenzen wohnenden Stammesbrüder in die Heimat zurückzurufen. Als der Historiker Johann v. Jerney, der die Urheimat des ungarischen Volkes aufsuchen wollte, seinen ersten Reisebericht über die traurige Lage der *Csángómagyaren* in der Moldau an das Pester Komitat eingesandt hatte, kam es in der Komitatsversammlung (10. März 1845) zu heftigen Debatten. Es gab anklagende Ausfälle gegen den Klerus, der die Seelsorge jener Gemeinde vernachlässige, und es wurde sofort der Beschluß gefaßt, bei dem König vorstellig zu werden, daß er dorthin auf diplomatischem Wege sprachkundige ungarische Geistliche entsende und die notleidenden *Csángómagyaren* auf einer Kameralpußta ansiedle. Das Komitat Torontál wandte sich in einer Zuschrift an die anderen Komitate, sie sollten gemeinsam im Inter-

² Kósa, János: Pest és Buda elmagyarosodása, Budapest, 1937, ders.: A magyarországi német parasztság, Katolikus Szemle, 1937, und: La minorité allemande en Hongrie, Nouvelle Revue de Hongrie, 1939.

esse des Ungartums in der Moldau beim König vorstellig werden. Von Neograd wissen wir, daß es sich voll dem Antrage anschloß.³

Die deutsche Minderheit in Ungarn befand sich damals in rascher und freiwilliger Magyarisierung. Das deutschsprachige Bürgertum wollte sich auf allen Lebensgebieten den Ungarn anpassen, von deren liberaler Opposition es die Erreichung aller politischen Rechte erwartete. Strebte das deutsche Bauerntum auf dem flachen Lande sich höhere Bildung anzueignen, so konnte es sich keiner anderen, als der ungarischen Sprache bedienen. Deutsche Vertreter, die eine Gegenaktion vorzubereiten im Stande waren, hoben sich nur aus einigen, mit der Wiener Regierung in enger Verbindung stehenden Kreisen und dann aus dem siebenbürgischen Sachsentum hervor. So hatte schon ein Polizeiagent in Pest ein „vorzügliches Mittel“ gegen „die Gefahren des Deutschtums in Ungarn“ empfohlen, nämlich „*deutsche Einwanderungen*“.⁴ Eine tätige Rolle hierbei aber war erst den Sachen vorbehalten.

Zwischen der Wiener und württembergischen Regierung fanden schon seit 1844 diplomatische Verhandlungen statt, welche eine Auswanderung aus dem übevölkerten Württemberg nach den östlichen Provinzen der Habsburger Krone bezweckten. Die Verhandlungen gestalteten sich erst nach Einschaltung des Sachsentums lebhafter, als man dem Berichte des siebenbürgischen Guberniums folgend jenes Großfürstentum als Ansiedlungsplatz zuwies und sich die sächsische Nation zur Aufnahme einiger Württemberger auf ihren Gütern und in ihren Gemeinden bereit erklärte. An dieser günstigen Entscheidung beteiligten sich einige prominente Persönlichkeiten, die auf solche Weise die Förderung der heimischen Agrikultur wünschten, so der Wiener Hofagent v. Conrad, der Senator zu Mediasch, Gräser, und hauptsächlich zwei Geistliche, *Stefan Roth*, Pfarrer in Niemesch und *Riemer*, Pfarrer in Rotbach. Der letzte hatte seine Gemeinderinder aufgefordert, Hofgründe in der Breite von 8 und in der Länge von

³ Informations-Protocoll, Ungarisch-Siebenbürgische Abteilung, 1845, 137/11, S. 14; 233/17 S. 24. (Staatsarchiv in Wien, später mit I. P. bezeichnet.) — Die Aktion wurde von der tschechischen Nationalpresse begeistert gepriesen und als nachahmenswertes Beispiel hingestellt. (*Sárkány, Oszkár*: Magyar kulturális hatások Csehországban, Jahrbuch d. Gr. Klebelsberg Kunó Institut, VII. Jahrg., Budapest, 1937, S. 318—9.) — 14 Jahre später empfahl der Pesti Napló von Neuem die Rücksiedlung der Csángómagyaren (Nr. v. 6. Jan. 1859), der Gedanke wurde damals, wie auch weiterhin, lebhaft erörtert, ohne aber eine Verwirklichung zu finden.

⁴ I. P. 1845, 65/6, S. 16.

42 Klauftern, weiters auch Ackerfelder zu billigsten Preisen, Bauholz aber umsonst zur Verfügung zu stellen.⁵

Roth ging sogleich an die praktische Ausführung und reiste (23. Juli 1845) nach Deutschland, um Kolonisten für Siebenbürgen zu werben. Seinen Weg begleiteten die Glückwünsche des Polizeikorrespondenten, der sich über sein Unternehmen mit aller Sympathie äußerte: „Die warme Anhänglichkeit dieses Mannes an das Deutschtum, so schrieb dieser, seine gründlichen Kenntnisse, die gegenwärtigen ökonomischen Verhältnisse des sächsischen Bauernstandes, welcher der Indolenz seiner Geistlichen wegen sich nicht emporzuheben vermag, die von Seite Roth's glücklich getroffene Wahl der Mittel, die Gebrechen der politischen sächsischen Behörden zu heben, und dessen richtige politische Kombinationen machen es wünschenswerth, daß dieser evang. Pfarrer auch a. h. Orts näher bekannt werde.“⁶ So lautete die Meinung einiger Sachsen, nicht aber der ganzen sächsischen Nation.

In Württemberg angelangt, hatte Roth bald Gelegenheit zu erfolgreicher Tätigkeit. In drei Zeitungen, dem Schwäbischen Merkur, dem Württembergischen Beobachter und der Augsburger Allgemeinen Zeitung ließ er mehrere Anzeigen über die Auswanderung nach Siebenbürgen einrücken, um dadurch die Auswanderungslust der Deutschen auf dieses Land zu lenken. Es meldeten sich mehrere hundert Familien sowohl aus Württemberg, wie aus Bayern und dem Herzogtum Nassau. Aber im selben Augenblicke, da Roths Wirken die Grundlage einer neuen, großartigen Ansiedlung schuf, mußte er starken Widerstand von Seite seiner Heimatgenossen fühlen. Sein Vorgehen in Deutschland erregte in Hermannstadt allgemeine Entrüstung, da er zu jenen Schritten, welche geeignet waren „gegen das deutsche Element in Siebenbürgen Verdacht zu erregen“, von keiner Seite autorisiert worden war. Man wußte auch, daß Hofrat Bedeus ihn schriftlich aufgefordert habe, von weiteren ähnlichen Schritten sogleich abzustehen.⁷

Jedoch, die schon einmal ins Rollen gekommene Bewegung mußte sich auslaufen und es war nicht mehr möglich, die bewegten unternehmungslustigen Gemüter sofort wieder zu beruhigen. Im Frühling 1846 nahm mit dem Eintritt guten Wetters der Andrang von württembergischen Auswanderern derart zu, daß vom 17—24. März in Wien bei der siebenbürgischen Hofkanzlei 138 Familien (748 Köpfe stark) um Vidierung ihrer Pässe vorspra-

⁵ I. P. 1845, 99/8, S. 46.

⁶ I. P. 1845, 468/27, S. 50.

⁷ I. P. 1845, 658/36, S. 38.

chen; 75 weitere Einwanderer waren bereits auf dem Wege. Nach Eröffnung der Donauschiffahrt trafen in Pest fast täglich Gruppen solcher Familien ein, die in der Hauptstadt großes Aufsehen erregten. Ein Teil davon lenkte seinen Zug nach Siebenbürgen, der andere nach dem Bácsér Komitat, wo die Leute in Jankovácz, auf dem einstigen Baron Orczyschen, damals dem holländischen König gehörenden Gute angesiedelt wurden. Bis Ende Mai waren 307 Familien, d. h. 1560 Seelen nach Siebenbürgen eingewandert, die Zahl der nach Südungarn gezogenen nicht eingerechnet.

Es gab für die öffentliche Meinung im Sachsenlande auch noch einen anderen Grund, um sich in ihren schönen Hoffnungen enttäuscht zu sehen. Der Zug brachte weder fachkundige Landwirte, noch vermögende Bauern. Jene Leute, die um Vidierung ihrer Pässe eingekommen waren und der wohlhabenden Schicht angehörten, wiesen nicht mehr als ein Durchschnittsvermögen von etwa 400 fl. auf, welcher Betrag für die Gründung eines eigenen Bauernhofes bei weitem nicht ausreichte. Der andere größere Teil aber bestand aus durchaus vermögenslosen Glücksrittern, die in ihrer Heimat keine Lebensmöglichkeit mehr gefunden hatten und nun neues Land aufsuchen wollten, um dort ihr Glück zu erproben. Dieser Teil setzte sich aus gescheiterten Existenzen zusammen, die weder die Kraft, noch die Fähigkeit besaßen, sich ein besseres Los zu erkämpfen, aus Leuten, die zu Allem fähig und denen es gleichgültig war, auf welchem Punkte der Erde sie ihrem Glücke nachjagten, die aus dem bunten Gemisch der Städte kamen, das eine Verbundenheit von Boden und Kultur nicht mehr kannte. Diese Auswandererschar bedeutete, vom Standpunkte der damaligen Nationalökonomie aus beurteilt, keinerlei Wert für das Land.

Die Bewegung mußte also schon aus ihrer inneren Struktur heraus zum Mißerfolg führen, und da man sie von ungarischer Seite mit immer steigender Beunruhigung betrachtete, sah sich die Regierung zur Einstellung der Einwanderung veranlaßt. Im Sommer 1847 ließ sie vorerst in Württemberg, dann auch in Bayern kundmachen, daß in Zukunft nur jene Einwanderer nach Siebenbürgen zugelassen würden, welche den verschiedenen, stark einschränkend wirkenden Bestimmungen, so u. a. dem Nachweis eines Mindestvermögens von 800 fl. entsprächen. Die bereits auf ungarischem Gebiet weilenden Siedler, welche im Sachsenland keine Aufnahme mehr fanden, wurden schon Herbst 1846 auf den Kameralgütern Óbuda (Altofen) und Visegrád, größtenteils bei Privaten, untergebracht.⁸

⁸ Deutsches Colonialwesen in Ungern und Siebenbürgen im achtzehnten und

Diese Maßnahmen bedeuteten nicht nur das Ende der Einwanderungsbewegung, sondern noch mehr das Eingeständnis eines völligen Mißerfolges. Die Ursachen dafür lagen in den Verhältnissen. Vom wirtschaftlichen Standpunkte aus boten die Einwanderer der siebenbürgischen oder ungarländischen Landwirtschaft keinen neuen Aufschwung, da sie im Vergleich mit den Einheimischen eine minderwertige Bevölkerung darstellten. Aber als noch verfehlter erwies sich der Versuch in politischer Hinsicht, da er unbedingt zu einem Einschreiten von ungarischer Seite führen mußte.

Die Presse verfolgte mit aufrichtiger Sorge die Probleme des Ungartums und erhob alsbald auch in dieser Frage ihre Stimme. Die Pesti Hírlap brachte schon März und April 1846 Einwendungen gegen die Ansiedlung deutscher Familien und wenige Tage später konnte die Nemzeti Ujság vom vollständigen Mißlingen des Unternehmens sprechen. Es sei eine Gewissenlosigkeit, mit der man den Württembergern ein neues Paradies versprochen habe und mit der man sie jetzt im größten Elend nach ihrem Vaterlande zurückziehen lasse. Man warf Roth vor, er habe nicht eine Hebung der siebenbürgischen Landwirtschaft beabsichtigt, als vielmehr das protestantische, deutsche Element zu stärken, denn im ersten Falle hätte er in den tschechischen Gebirgen einen tüchtigeren und anpassungsfähigeren Volksstamm finden können.⁹

Diese und ähnliche Pressestimmen bildeten nur einen Auftakt für Weiteres. Zu politischen Debatten kam es dann *in den Komitatsversammlungen*, in der Schmiede des damaligen politischen Lebens in Ungarn, in der die einzelnen Anregungen und mannigfachen Ideen zur Landespolitik in ihre Form gehämmert wurden. Aus Anlaß dieser Einwanderung erhoben sich nun zu gleicher Zeit zwei Komitate. Das Eisenburger Komitat gab noch Ende 1846 ein Zirkular gegen die Einwanderung der Deutschen heraus. Die Versammlung des Zipser Komitates jedoch, eines stets treuen Anhängers der Regierung, legte dieses Schreiben beiseite (23. Jan. 1847), da man nicht

neunzehnten Jahrhunderte, Wien, 1849, S. 89—92. Bayern betreffend: Auswanderung und Auswanderungspolitik, herausgeg. v. E. Philippovich, Leipzig, 1892, S. 24—25.

⁹ Nr. v. 28. Apr. 1846. Die Behauptung hinsichtlich einer Einwanderung aus Böhmen scheint wohl begründet zu sein. Das böhmische Landesgubernium sandte noch 1845 eine Rundfrage an die einzelnen Landesstellen, ob die Umsiedlung eines Teiles der Bewohner des Riesengebirges auf Staatsherrschaften in anderen Provinzen möglich wäre. Das siebenbürgische Thesaurariat antwortete, daß auf den dortigen Gütern keine geeigneten Siedlungsplätze vorzufinden seien. (Allg. Hofkammer, 1845, Fasc. 7., no. 602 ex IV. und 1213 ex VII. Archiv d. Finanzministeriums in Wien.) Weitere Einwanderungen aus Böhmen s. S. 84 u. ff.

die deutsche Einwanderung, sondern lediglich das Hereinströmen des „Gesindels“ verbieten und in dieser Beziehung bei der Statthalterei vorstellig werden wollte. Ein größerer Erfolg wurde der Aufforderung des populären Komitates Borsod zuteil, das damals als fester Stützpunkt des nationalen Liberalismus galt und dessen Äußerungen immer mit großer Aufmerksamkeit und höflichem Entgegenkommen behandelt wurden. Seine Zuschrift hinsichtlich der Beschränkung der Einwanderung deutscher Familien, die eine Ausschließung der Ausländer vom Ankauf adeliger Güter und dadurch das Ende des ständischen Indigenatsrechtes beabsichtigte, beschäftigte in kurzer Zeit fast das ganze Land; und wenn auch die einzelnen Komitate nicht in ihrer Gesamtheit zustimmten, so wurde doch dadurch das Problem immer mehr in die Öffentlichkeit gezogen und der freien Diskussion unterworfen. Das Komitat Hont (1. März 1847) und Raab (6. März) nahmen die Zuschrift zur Kenntnis, auch jenes von Szatmár (1. März) versprach seine Unterstützung, Bereg, Ugocsa (8. März), Árva (15. März), Trencsén, Békés (12. Apr.) und Torontál (22. Apr.) teilten sie dem die Landtagsinstruktionen bestimmenden Ausschusse zu, das Komitat Ungvár ließ durch einen Sonderausschuß ein Gutachten über die Frage vorlegen. Und als in den Sommertagen die bedeutendsten Leiter der Opposition zu einer Konferenz in Balatonfüred zusammentraten, wurde noch einmal empfohlen, die Modifizierung des Indigenats in die Landtagsinstruktionen aufnehmen zu lassen.¹⁰

Das Schicksal des Landtages ist bekannt, wohl auch, wie in seinen Sitzungen das System der 48er Reformen zu Stande kam und wie diese Reformen dann bis zum Kampfe führten. In den verhängnisvollen Tagen der Revolution trafen sich nach Jahren der Entfremdung wieder Ungartum und Deutschtum. Die liberalen Kreise beider Nationen suchten ein Bündnis gegen den gemeinsamen Feind zu schließen, die deutsche Fortschrittspartei blickte freudig über die Leitha, bereit zur Unterstützung. In Leipzig entstanden zwei Vereine, der eine zur *Wahrung der deutschen Sachsen im Osten*, der andere mit dem Namen *Deutscher Verein*, welcher, da er für eine liberale deutsche Reichsverfassung kämpfte, der österreichischen Regierung verdächtig und deshalb von ihr unter Beobachtung gestellt wurde.¹¹ Sie strebten nach einem *Modus vivendi*, einem nationalen

¹⁰ I. P. 1847, 120/7, S. 22; 189/11, S. 2; 191/11, S. 8; 194/11, S. 14; 226/13, S. 2; 229/13, S. 8; 254/15, S. 2; 266/16, S. 6; 301/18, S. 8; 302/18, S. 10; 366/22, S. 6; 562/34, S. 30.

¹¹ Haute Police, 1849, Liasse: Sachsen, B. 18/VI. Staatsarchiv in Wien.

Ausgleich zwischen den zwei, nach so vielen Seiten hin kämpfenden Nationen und wandten sich in zwei Flugsschriften an die Ungarn und Sachsen in Siebenbürgen. In der ersten heißt es: „Behandelt die Deutschen unter Euch und in Siebenbürgen als Brüder! Seid ihrem uralten deutschen Wesen gerecht, sie wollen deutsch bleiben. Bedrängt sie nicht, öffnet nicht ein Thor zum Nothbunde zwischen Deutschen und Slaven! Er ist ihnen, Euch und uns verderblich“. In der zweiten empfehlen sie, von liberalen Ideen beeinflußt, den Sachsen die Unterstützung der Ungarn: „gehet Hand in Hand mit den edlen Magyaren; aber vergesst nicht, daß Ihr Deutsche seid.“¹²

Diese süddeutschen Sympathieäußerungen der Revolutionszeit konnten allerdings nicht in die Tat umgesetzt werden, ihre Verwirklichung scheiterte an den tatsächlichen Ereignissen jener Tage, die so viel Verwirrung mit sich brachten. Ein Unterstützungsplan, der zugleich eine Kolonisation bedeuten sollte, tauchte erst in den Herbsttagen 1849 auf, als die ungarische Lage nicht mehr zu retten war. Ein Polizeiagent zeigte zu dieser Zeit an, daß die Münchener demokratische Partei mit Hilfe der Juden und einiger vermögender Leute aus Wien Kolonien in Ungarn errichten wolle, um mit deren Hilfe dort einen neuen Aufstand vorzubereiten. Deswegen, so setzt er seinen Bericht fort, reisen viele deutsche Flüchtlinge nach Ungarn, wo damals der schärfste Terror tobte. In München habe sich ein Demokratisches Comité gebildet, dessen zwei Mitglieder schon in Ungarn eingetroffen sein sollten. Auch in Pest habe der Plan viele Anhänger gefunden, ihr Kennzeichen sei ein brauner Spazierstock mit sechseckigen weißem Kopfe, den man mit der linken Hand um die Mitte halte, man begrüße einander mit dem Wörtchen „Blutjunge“.¹³

Die letzten phantastischen Angaben lassen uns wohl die Glaubwürdigkeit des Polizeiagenten bezweifeln. Etwas an seinem Berichte mag schon wahr gewesen sein, doch dürfte das Meiste der Phantasie entsprungen sein. Wie immer auch der Sachverhalt gewesen sein mag: mit diesem Plane wurde auch der letzte Versuch vereitelt, einen Ausgleich zwischen den Interessen der deutschen Einwanderung und der ungarischen Nationalität zu erreichen. Das Ungartum lag besiegt zu Boden, die Wiener Regierung konnte es nach freier Willkür behandeln.

¹² Abgedruckt bei *Joh. Janotyckh v. Adlerstein*: Archiv des ungarischen Ministeriums und Landesverteidigungsausschusses, Altenburg, 1851, Bd. I., S. 176—77.

¹³ A. 1007: 1849—50. Prot. Staatsarchiv in Wien.

II. Ungarische Auswanderung.

Die moderne, geisteswissenschaftliche Typologie kann kaum zwei besser ausgeprägte Begriffe einander gegenüberstellen, als den *Emigranten* und den *Auswanderer*. Der Emigrant hat nur eine Heimat, die er, von zwingender Macht getrieben, verläßt und in die er bald wiederzukehren hofft. Er richtet seine Augen immer nur auf dieses eine Land der Erde, das andere vermag ihm nur einen zeitlich beschränkten Aufenthaltsort zu bieten, mit dem er nähere Beziehungen nie anknüpft. Der Auswanderer aber wählt sich eine neue Heimat, in die er sein ganzes Hab und Gut mitführen will. Er faßt dort feste Wurzel, gründet eine Familie, findet Arbeit und Brot, die Verbindung mit der alten Heimat reißt langsam ab, er geht seinem Vaterlande verloren.

Die Flüchtlinge von 1849 waren nicht Auswanderer, sondern Emigranten, und diese Tatsache war für das Ungartum von wichtigster Bedeutung. Jene ungefähr 4000 Seelen, die die Grenze überschritten hatten, beabsichtigten nur kurze Zeit im Auslande zu verbringen, sie wollten nur den Anbruch besserer Zeiten abwarten, um dann siegreich in das befreite Ungarn zurückzukehren. Es waren nicht mehr als 1000 Köpfe, die einige Jahre oder auch ihr ganzes Leben in fremden Staaten verbringen mußten. Sie bildeten eine kleine Gruppe im unermäßlichen Meer der Völker, zerstreut über die Länder dreier Weltteile, geleitet von politischen Plänen, die zutiefst ihre Herzen erfüllten. Aber diese Gruppe bedeutete den besten Kern des Ungartums, die besten Kräfte einer Generation, deren aufgeweckter Geist sich für alle Ideen der Zeit interessierte. Es war natürlich, daß in diesem Kreise auch der eine und andere Plan entstand, der eine dauernde Verwurzelung im fremden Boden vorbereitete und auf eine bleibende Ansiedlung der Ungarn in der Fremde hinzielte.

So plante die serbische Regierung, von Österreich gedrängt, die ungarischen Flüchtlinge, größtenteils Offiziere, von der Grenze entfernt im Innern des Landes anzusiedeln.¹ Aber dieser Plan, an dem die Ungarn nur passiv beteiligt waren, wurde nie verwirklicht. Die Mehrzahl der Ungarn verließ freiwillig das kleine Gebirgsland, um sich nach der Türkei oder nach den westlichen Staaten zu begeben, den Zurückgebliebenen stand durch Garaschin die Ausweisung bevor. Das Sammelland, in dem sich die heimatlosen Ungarn trafen und die Weiterführung ihrer politischen, wie materiellen Ziele besprachen, war die Türkei. Hier wurden

¹ A. 1895:1849, 50.

nun neue Pläne in Angriff genommen. In den Herbsttagen, als die Trennung der Ungarn von ihren in Kiutahia internierten Führern längst Tatsache war und die Zukunft fast hoffnungslos vor ihnen lag, entwarfen einige der angesehensten Ungarn: Josef Prick, Josef v. Dobokay und Graf Ladislaus Vay ein Projekt zur Gründung einer *Kolonie in Kleinasien*. Infolge der Mißhelligkeiten jedoch, die im Kreise der zwischen Wirklichkeit und Wunschtraum, zwischen Mühsal und Entspannung schwankenden Emigranten stets herrschten, wurden gleich zwei Pläne ausgearbeitet. Kossuth genehmigte zuerst jenen Pricks und bot ihm die Präsidentschaft der geplanten Siedlung an; später, als er Dobokays Einwürfe kennen lernte, zog er jedoch seinen Auftrag zurück. Dobokay genoß in den ungarischen Kreisen die notwendige Volkstümlichkeit und im Jänner 1851 schien seine Partei den Sieg davon zu tragen. Bis auf 9 Mann war man gesonnen, einstweilen in Konstantinopel zu verbleiben und die Gründung der Kolonie abzuwarten.

Die Wiener Regierung sah mit zunehmender Beunruhigung diese Tätigkeit, von deren Fortgang sie durch ihre Spione laufend unterrichtet wurde. Michanovics, der österreichische Konsul in Konstantinopel, suchte Ali Pascha, den türkischen Außenminister auf, von dem er die Erklärung erhielt, daß alle Ungarn bis auf 35 Konstantinopel verlassen würden. Später mußte Ali Pascha der österreichischen Diplomatie zusichern, daß die Pforte derartige ungarische Pläne nicht gestatten werde. Aber die Türkei hatte im Trommelfeuer der Weltdiplomatie noch manche Schwierigkeiten zu bestehen, bis sie diese Frage abschließen konnte. Denn dem österreichischen Protest gegenüber erhielten die Ungarn eine Unterstützung von englischer Seite. Die Engländer, der tapfere Henningsen und der reiche Massingbird, die mit Kossuth und seinen Anhängern in ständigem Verkehr standen, nahmen die Pläne günstig auf und sollten, dem ungarischen Verlangen entsprechend, im Namen des Zentralklubs in London ein großes Landgut in der Nähe von *Smyrna* kaufen, das zur Kolonisation sehr geeignet schien. Der Ort wurde aus politischen Gründen gewählt, da diese rege Hafenstadt in Kleinasien eine für den Verkehr mit der ganzen Welt günstige Lage bot. Ferner forderte Canning selbst, der allmächtige britische Gesandte bei der Pforte, jene Ungarn, die ihm um Reisehilfe ersuchten, auf, nicht nach Liverpool zu fahren, regte vielmehr an, in der Türkei Arbeit zu suchen, und versprach, bei auftretenden Hindernissen, sie innerhalb seines Wirkungskreises stets zu unterstützen und ihnen seinen Schutz zu leihen.

Die ungarische Flüchtlingsgruppe geriet in Bewegung. Im Monat Februar suchten immer mehr Ungarn um Pässe nach Smyrna an. Aus verschiedenen Städten der Türkei trafen 57 Flüchtlinge in Konstantinopel ein, denen die türkische Regierung 1000 Piaster Unterstützung für die Reise nach England versprochen hatte, und baten um Erlaubnis, mit der für sie bestimmten Summe ein Landgut in der Türkei erstehen zu dürfen. Aus dieser Verlegenheit wurde die türkische Diplomatie durch die Wendung in der Weltpolitik befreit. Im Frühjahr 1851 machte sich die Sympathie der angelsächsischen Mächte immer stärker fühlbar, die auch dann bald zur Einladung Kossuths nach England und Amerika führte. Die Ungarn sehnten sich nach jenen westlichen Ländern, in denen sie ein dankbares Arbeitsgebiet für ihre demokratische Gesinnung und patriotischen Pläne zu finden glaubten. Die in Bewegung gestzten Scharen brachen nach Westen auf, die Zahl der in der Türkei befindlichen Ungarn verminderte sich rasch und bald hatte auch Prick seine Kolonisationspläne nach Amerika verlegt, nachdem er seine Schicksalsgenossen zur Auswanderung dorthin aufgefordert. Die türkische Regierung genehmigte leichten Herzens die Transportkosten und bald trafen sie im Westen ein.²

Der Kolonisationsplan von Smyrna kam nicht zur Ausführung. Da er hauptsächlich aus politischen Momenten entstanden, mußte er auch zugleich mit einer politischen Veränderung verschwinden. Indessen war der Westen Europas zu einem neuen Sammelplatz der ungarischen Flüchtlinge geworden, die von Großstadt zu Großstadt zogen, bald hier, bald dort eine bedeutendere Gruppe bildend. Ihre Zahl wurde durch Mitglieder der Komorner Garnison erhöht, die, von der Wiener Regierung mit Zwangspässen versehen, über Deutschland nach England oder Amerika ausreisen mußten. Nach Schwierigkeiten mit der preußischen Polizei erreichten sie Hamburg, die Hafenstadt aller deutschen Auswanderer, die aus überfüllten Gebieten in großer Menge nach der Neuen Welt fuhren. In den trüben Oktobertagen 1849 kamen dort die berühmtesten Persönlichkeiten der Revolution zusammen: *Klapka*, der heldenhafte Verteidiger Komorns, *Ladislav v. Ujházy*, ein vermögender Grundbesitzer aus Sáros und begeisterter Opponent der Komitatsversammlungen, spä-

² B. M. 4464, 4906, 5026, 5345:1851; Haute Police 1851, Liasse Türkei, 15/I. und 19/II. — Ladislav Vays Brief an Franz Pulszky, Pera, 19/V. 1851 i. d. Handschriftensammlung des ungarischen Nationalmuseums in Budapest. — *Hajnal, István*: A Kossuth-emigráció Törökországban, Budapest, 1927, I. passim und *Berzeviczy, Albert*: Az absolutismus kora Magyarországon, Bd. I., Budapest, 1922, S. 364.

ter Obergespan der Revolution und Regierungskommissär in Komorn, dann hohe Offiziere, wie Vetter, Czech, Edmund v. Beöthy, Madarász, Rónay, Mednyánszky u. w. a., im ganzen 65 Personen.

Die Flüchtlinge wurden von der demokratischen Hamburger Bevölkerung festlich empfangen und begeistert unterstützt. Besonders zeichneten sich dabei drei reiche Kaufleute aus, die aus Ungarn stammenden Daniel Vámosy und Löwinger, sowie der Deutsche Peilheimer, die ihren Einfluß und ihr Ansehen für Jene einsetzten. Wahrscheinlich waren sie es gewesen, welche die Aufmerksamkeit der Ungarn auf die Auswanderung gelenkt hatten und nun bei Ausführung der Pläne redlich mithalfen. Klapka und Ujházy reisten mit einigen Freunden schon am 26. Okt. nach London ab, wo sie mit dem Gesandten der Vereinigten Staaten Beziehungen aufnahmen. Sie erbaten in der nördlichen Hälfte des Landes Boden zu mäßigem Preise, um dort eine ungarische Kolonie zu gründen. Von dem Wohlwollen der ganzen Bevölkerung getragen, erreichten sie die gewünschten Begünstigungen. Klapka kehrte mit diesem Erfolge nach Hamburg zurück, um die Weiterfahrt seiner Gefährten zu bewerkstelligen. Aber hier wartete seiner bereits eine Enttäuschung. Die Ungarn weigerten sich nach Amerika zu fahren, und der österreichische Konsul konnte nach Wien den Bericht erstatten, „daß die ungarischen Flüchtlinge wenig Neigung zeigen, den europäischen Kontinent zu verlassen und noch immer nicht der Hoffnung entsagen, wieder in die Nähe ihres Vaterlandes, und namentlich in die Türkei zu gelangen.“³ Selbst der unternehmungslustige und tatkräftige Klapka, der einzige Emigrant, welcher auch im Ausland Glück und Stellung erringen konnte, bedachte sich und trat von dem Plan zurück.

So stand Ujházy allein und wandte sich nun an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, Zachary Taylor. Er berichtete diesem von seinen Ansiedlungsabsichten und bat um Asylrecht. Das Antwortschreiben des Präsidenten lautete herzlich. Er betonte, daß die Bewohner Nordamerikas den ungarischen Freiheitskampf immer mit warmem Mitgefühl verfolgt hätten und daß er im Namen seiner Landsleute spreche, wenn er Ujházy auf amerikanischem Boden mit frohem Willkomm begrüße und ihm allen Schutz und jene Wohltaten anbiete, welche nur von seinem freien Vaterlande, dem natürlichen Beschützer aller Unterdrückten, dar-

³ Haute Police, 1849, Liasse Hamburg, 24/X.; weiteres P. A. Londres, 15. Nov. No. 50; B. M. 5977:1851 Prot.

zubieten seien, von dem er endlich wünsche, daß es sein zweites Vaterland werden möge.

Der Ruf war herzlich, vielleicht herzlicher, als er einem armen Ansiedler gegenüber zukam. Ujházy folgte sogleich der Einladung, brach mit seiner Familie und in Begleitung einiger Freunde auf und erreichte New York in den letzten Tagen des traurigen Jahres 1849. Die Bevölkerung nahm ihn herzlich auf, von Nah und Fern trafen Leute ein, um ihn zu sehen und zu begrüßen. Er wurde feierlich im Rathause empfangen und von überall gingen ihm Sympathiekundgebungen zu. Da er damals der englischen Sprache noch nicht mächtig war, antwortete er mit Hilfe eines Dolmetsches ungarisch auf die Begrüßungen, konnte also rühmend nach Ungarn schreiben, daß er der Erste sei, aus dessen Munde ungarische Worte im Rathaus zu New York und im Präsidentenpalais zu Washington erklangen. Sein Empfang war tatsächlich begeistert und von tiefer Bedeutung für die ungarischen Bestrebungen; aber er galt eher der politischen Persönlichkeit. Denn den Ansiedlern, die damals scharenweise, im Zustande tiefster Niedergeschlagenheit eintrafen, wurde ja kein offizieller Empfang zuteil. Ujházys politische Rolle wurde erst bestätigt, als Kossuth ihn zum bevollmächtigten Gesandten in den Vereinigten Staaten ernannte.

Der schwärmerische Liberale begriff damals noch nicht die Antithese von Emigrant und Auswanderer. Er sah sich, erfüllt von unbegrenzter Zuversicht, im neuen Lande um, die sicheren Grundlagen seiner Zukunft zu schaffen. Er trat an seine Arbeit mit optimistischem Selbstvertrauen heran. „Durch die Arbeit meiner Hände, schrieb er damals nach Ungarn, im Schweiß meiner Stirn, in der Nähe der unermäßlichen Wildnis will ich die Begründung meiner unabhängigen Existenz versuchen, die für meine Seele gerade so notwendig ist, wie die das Blut reinigende Luft für mein Herz. Ich werde mit dem über mir fliegenden Adler wetteifern.“⁴

Da er sich nur in einem Lande niederlassen wollte, wo das Sklaventum bereits aufgehoben war, empfahl man ihm *Iowa*, das damals erst kurze Zeit besiedelt war. Ujházy trat die Reise im April 1850 an. Eine zahlreiche Familie begleitete ihn: seine Gattin mit drei Söhnen und zwei Töchtern, dazu zwei vertraute Freunde und zwei weitere Begleiter. In der Grafschaft Decatur, in der Nähe der Stadt Davis City, erstand er ein Haus, sowie Grund von ungefähr 12 Sectionen (7680 Joch) freien

⁴ Berzeviczy a. a. O. I. 409

Landes, seine Gefährten siedelten sich in der Umgebung an. Die Naturschönheiten der Landschaft fesselten die Neuangekommenen, wo alles, Felder, Wiesen, Blumen und selbst das Heu sie in wehmütiger Erinnerung an die alte Heimat gemahnten, die für sie doch nicht in Vergessenheit sinken konnte.

In diesem Gedenken erhielt auch das neue Dorf den Namen *New Buda* und Ujházy erreichte bald die Postmeisterstelle seines Squatter-Dörfchens. Da es damals aber 17.000 Postmeister in den Vereinigten Staaten gab, deren Einkommen aus einem Teile der von ihnen eingehobenen Briefgebühren bestand⁵, so bedeutete diese Stelle kaum mehr, als eine günstige Gelegenheit, mit seinem Gesinnungsgenossen billiger korrespondieren zu können. Auch in anderen Hinsichten war Ujházy keineswegs von Glück begünstigt und der selbstherrische Obergespan, der bald eigenhändig seinen Schornstein ausbessern mußte, konnte sich nur schwer in die neuen Verhältnisse fügen. Sein Leben, das mit dem Amt im Eperieser Komitatshause so harmonisch begonnen, konnte in den Wildnissen Nordamerikas keine Befriedigung finden; das Leben des ungarischen Adels war von jenem der Ansiedler in Iowa völlig verschieden. Mit der romantischen Schwärmerei hatte es nun ein Ende und der Arbeitsalltag rieb seine inneren Kräfte auf. Das kultivierte Benehmen der Ansiedler, ihre Bewandertheit in den klassischen Autoren wurde auch von den rauen Nachbarn bewundert, ihre primitiven Landwirtschaftsmethoden aber erregten nur ein Lächeln. In jenen langen Besprechungen im großen Wohnhause Ujházys, Log castle, wurden stets die gleichen politischen Fragen erörtert, die alten Probleme, von denen man sich nie trennen konnte; Nation, Opposition, Polen u. a. bildeten das Gesprächsthema, nicht aber die neuen Fragen der sich umgestaltenden amerikanischen Landwirtschaft.

In den Jahren 1850—51 trafen immer neue Ungarn in Amerika ein, die, von der Sorge um das tägliche Brot oder von einer Spitzelpolizei getrieben, Europa hatten verlassen müssen. Sie betrachteten den neuen Weltteil nicht als den Raum ihres künftigen Schaffens, sondern nur als eine unvermeidliche, eher unerwünschte Lösung. Wie ein unbekannter Emigrant aus Hamburg an seinen Onkel in Ungarn schrieb: „Ich und Freund M. M. haben beschlossen, ein Jahr lang hier den Wechsel der Verhältnisse abzuwarten; wenn bis dahin nichts geschehen sollte, gehen

⁵ Haute Police, 1851, Liasse: Amerika, 17/II.

wir nach Amerika, — ich glaube nicht, daß es so weit kommen wird. Mein Freund K. ist sehr unglücklich, weil er kein Geld hat, und hier ohne Geld nichts anzufangen ist, denn es ist ganz anders, als wir uns zu Hause gedacht."⁶ Das war der Typ des ungarischen Emigranten: er wollte im Auslande leben, solange das Geld reichte, hatte er es aufgebracht, meldete sich sein Heimweh mit verdoppelter Stärke.

Während der *Anwesenheit Kossuths* in Amerika, in den glücklichen Tagen seines wunderbaren Triumphzuges durch die Vereinigten Staaten, erreichte die Zahl der dort lebenden Ungarn ihren höchsten Stand. Zu Beginn 1850 gab es nur etwa 150 Ungarn in der Neuen Welt, ein Jahr später fast 600, von denen auch ein Teil ansäßig werden wollte.⁷ Sie zerstreuten sich über das unermeßliche Gebiet des Kontinents. Mitte 1852 lebten von den berühmteren Emigranten 69 in New York, 7 in Philadelphia, 6 in St. Louis, 21 in Chicago, 7 in Boston, 4 in Albany, 3 in Iowa u. s. w.⁸ Sie sahen sich nach Erwerbsmöglichkeiten um und Kossuth soll auch 190 seiner Landsleute eine Stelle verschafft haben. Als aber die schönen Kossuth-Tage, erfüllt von prächtigen Reden und stürmischen Kundgebungen für die Ungarn, vorbei waren, sank ihre Hoffnung nicht nur in politischer, sondern auch in persönlicher Hinsicht.

Ujházys Unternehmen scheiterte bald. Seine Versuche, den Weinbau in Iowa einzuführen, mußten wegen des rauhen Klimas mißlingen, Familiensorgen verdüsterten überdies sein Gemüt. Seine Gattin, die sich in die veränderten Verhältnisse nie hatte hineinfinden können, starb und der von diesem Sicksalschlag schwer getroffene Mann übersiedelte nach Texas. Den Besitz übernahm sein alter Freund und Farmergefährte, Georg Pomucz, nun der Führer der ungarischen Ansiedlung. Nach kurzer Zeit veräußerte auch dieser das Gut, trat in den Staatsdienst und starb als amerikanischer Generalkonsul in St. Petersburg. Das Log castle ging an einen deutschen Einwanderer über. Die dort ansässig gewordenen ungarischen Familien (Varga, Hainer, Radnics u. w. a.) hielten sich als tüchtige Landwirte noch einige Zeit, etwa ein halbes Jahrhundert, gingen aber endlich in der neu entstandenen deutschen Sprachinsel auf. Auch heute erhebt sich noch ein blühendes Dorf der später angekomme-

⁶ Brief v. 9. Juli 1850, Haute Police, 1850, Interna, 22/VIII.

⁷ Mit dieser Ziffer bildeten die Ungarn die größte Emigrantennation im damaligen Amerika, denn die Italiener zählten nur 500, die Polen 300, die Deutschen noch weniger Köpfe. (Haute Police, 1853, L. Amerika, 15/XI.)

⁸ Haute Police, 1852, L. Amerika, 23/VII.

nen Deutschen unweit vom Kastell Ujházys, das diesem doch nicht ganz seinen Sároser Adelsitz hatte ersetzen können, die ungarische Tradition blieb einzig im Namen des Verwaltungsbezirkes: New Buda Township erhalten.⁹

Nach Kossuths Abreise gestaltete sich das Los der Ungarn immer schwieriger. Der österreichische Konsul zu New York konnte bereits August 1852 von ihnen berichten: „Die ungarischen Flüchtlinge in Amerika geben sich einer hoffnungslosen Verzweiflung hin, und ihre Lage wird von Tag zu Tag schwieriger, als sie immer mehr auf ihren persönlichen Verdienst, d. i. Handarbeit hingewiesen werden, da die Sympathie in Amerika in Geldsachen beinahe erschöpft ist.“¹⁰ Ebenso unter dem 18. März 1853: „Diese können ihrer jetzigen Beschäftigung nach in drei Kategorien eingetheilt werden, nämlich in Tagwerker, welche früher blos materielle Werkzeuge der RevolutionsParthei gewesen sind, dann in Handwerker, von welchen einige Offizier Chargen bekleidet haben und endlich in solche, welche sich mit allerlei Unternehmungen durchbringen. Diese letzte Cathégorie gehört ausschließlich dem Offizierstande der Revolution an. — Die erst genannten arbeiten als Tagwerker auf Eisenbahnen, Dampfschiffen und in Fabriken und sind häufig genöthigt die widrigsten Dienste zu verrichten, welche gewöhnlich nur von Ungarn geleistet werden. Diese Leute befinden sich in einer äußerst drückenden Lage und werden daher jede Gelegenheit ergreifen sie zu verbessern. — Die Handwerker arbeiten in der Regel in ihrer Profession und verdienen sich ein anständiges Auskommen, sie sind mit ihrem Schicksal ausgesöhnt und haben jede Idee wieder in die Heimath zurückzukehren aufgegeben. — Von den ehemaligen Offizieren haben einige hier Handwerk erlernt, andere beschäftigen sich mit Instruktion oder Ackerbau und die übrigen suchen sich durch allerlei Unternehmungen oder durch Unterstützung, welche immer noch gegeben werden, zu ernähren. Die Mehrzahl dieser Leute gewinnen kaum das tägliche Brod, ihre Lage ist verhältnismäßig noch drückender, wie die der Tagwerker und sie würden deshalb auch jedes Mittel ergreifen sich aus dem Zustande des Elends zu befreien.“ Die hervorragendsten Persönlichkeiten der Revolution können kaum ihr Leben fristen: Vetter gibt Unterricht im Zeichnen, Asbóth ist offizieller

⁹ *Lillian May Wilson: Some Hungarian Patriots in Iowa*, erschienen in *The Iowa Journal of History and Politics*, 1913. Einige Berichtigungen dazu von *Pivány, Jenő* in der *Történeti Szemle*, 1914.)

¹⁰ Haute Police, 1852, L. Amerika, 20/VIII.

Agent, Gyurmán will ein Kosthaus in New York gründen, einige führen Bierhallen, andere eine Reitschule, weitere sind als Sprachlehrer, Buchtrödler, Schreiber, Zeichner u. s. w. beschäftigt. Ujházy ist mit den zwei Lukács und mit Hauptmann Kendy nach Texas gezogen, in Iowa sind nur 15 Ungarn geblieben, von denen Major Dancs Tischler, Hauptmann Kosztolányi Anstreicher, Hauptmann Zarkai Advokat, dessen Bruder Greisler ist. Die Demokratie hatte sich in ihren Reihen also wirklich durchgesetzt!

Und als in den darauffolgenden Monaten keine Besserung in ihrer Lage eintrat, kehrten jene, die noch das Geld besaßen, nach England zurück, einige begingen Selbstmord und die noch Anwesenden hegten mit wenigen Ausnahmen die Hoffnung, das Land, welches ihren Wünschen so wenig entsprochen, verlassen zu können. „Als Resume läßt sich vor der Hand annehmen, so schließt der Konsul seinen Bericht, daß die Ungarn größtentheils, die Polen zum Theil, von den Österreichern vielleicht keiner und von Italienern und Deutschen nur wenige nach Europa gehen würden, wenn ihnen dazu die Mittel gegeben werden.“¹¹ Die ungarischen Nationaleigenschaften, denen die Stärke und die Leiden ihres Freiheitskampfes entsprungen waren, machten es auch, daß die Ungarn von allen Revolutionsnationen d. J. 1848 am wenigsten im Stande waren, in einem anderen Lande feste Wurzel zu fassen. Schon damals hoben sich jene Züge hervor, welche dann die in den 80er Jahren einsetzende ungarische Amerikawanderung charakterisierten und später von der ungarischen Öffentlichkeit in das Urteil zusammengefaßt wurden, daß der Ungar wohl ein begeisterter Politiker, aber kein guter Auswanderer sei. Mit solchen Eigenschaften konnte er im Auslande nicht sein Fortkommen finden, er hätte sie aber umso besser für sein altes Land verwerten können.

Denn gleich nach der Niederwerfung des ungarischen Widerstandes faßte die Wiener Regierung einen Plan, der höchste Gefahr für das Ungartum in sich barg, der auf die Weiterführung des Krieges mit unblutigen Waffen und auf die Vernichtung der ungarischen Nation hinzielte. Im Ministerrat vom 15. Okt. 1849 hatte Kriegsminister Freiherr v. Cordon darauf hingewiesen, daß sich in Ungarn eine Unmenge politischer Gefangener befände, daß es daher ratsam wäre, diese nach einem sicheren Platz zu *deportieren*. Ministerpräsident Fürst Schwarzenberg erwiderte darauf, daß er über diese Frage schon mit den betreffenden Fak-

¹¹ Haute Police, 1853, L. Amerika, 22/III. und 15/XI.

toren Unterredungen gepflogen habe und die inzwischen aufgetauchten Lösungsarten einer näheren Erwägung unterzogen werden dürften.¹²

Schwarzenberg trug sich mit weitgezogenen Plänen, die seinem ungestümen Charakter entsprachen und die verwerflichen Züge der Rache zeigten. Ein Teil des Ungartums sollte in entlegenen Kontinenten angesiedelt und damit nicht nur die revolutionäre Gesinnung ausgerottet, sondern auch die Nationalitätenfrage gelöst werden, denn die dann noch verbleibenden Ungarn konnten durch die so entstandene deutsche Mehrheit leicht im Zaume gehalten werden. Er wollte die Führerschichte ihrer Nation, das Vaterland seines Volkes berauben und glaubte, diesen Plan gar nicht verheimlichen zu müssen, denn er bediente sich des üblichen diplomatischen Weges, um seinen Verhandlungen größeren Nachdruck zu geben. Nach zwei Seiten zugleich versuchte er seinem Plan eine Verwirklichungsmöglichkeit zu schaffen.

Schon zu Beginn Oktober führte er Besprechungen mit dem französischen Botschafter in Wien, Beaumont, die sich auf die Ansiedlung der Ungarn in der französischen Kolonie Algier bezogen. Schwarzenberg betonte bei dieser Gelegenheit ausdrücklich, daß seine Regierung sich bereit erkläre, auch manche Geldopfer auf sich zu nehmen, in der Hoffnung, dadurch leichter ihre Ziele zu erreichen. Beaumont wandte sich nach Paris und übermittelte, nachdem er von dort die nötigen Aufklärungen erhalten, am 19. Dez. eine Note an Schwarzenberg. In dieser wurde auf die Schwierigkeiten hingewiesen, welche den Fortgang des französischen Kolonialwerkes behinderten. Derzeit, so heißt es darin, lägen die Ansuchen von mehr als 20.000 französischen Familien um Auswanderungserlaubnis nach Algier und Bewilligung von Begünstigungen vor, die Regierung könne solche den Fremden nicht in größerem Ausmaße gewähren, als ihren eigenen Bürgern. Das Einzige, was — allerdings auch nur in beschränkter Zahl — möglich sei, wäre die Zulassung in die Légion Etrangère. — Wenn jedoch die österreichische Regierung für alle Unkosten aufkäme, könnte man die Ungarn in verschiedenen Punkten der Provinz Oran unterbringen. Dort würde für Wohnung, Ackergeräte, Viehhaltung, Sämereien u. s. w. solange gesorgt, als sie sich nicht selbst diese verschaffen könnten, welche Zeit auf ungefähr 18 Monaten berechnet sei. Der Kriegsminister, zu dessen Ressort die Verwaltung und Kolonisierung Algiers gehöre, schätzte die Kosten auf 3000 Francs für jede Familie

¹² M. R. 3736:1849, Staatsarchiv in Wien.

(bei 3 Personen) und auf 2000 fr. für Ledige. Diese Summen wären von Österreich den Lokalbehörden zur Verfügung zu stellen und aus ihnen sollten die Kolonisten mit Feldern, deren Fläche nach der Familie zwischen 2—10 Hektar schwankte und die teilweise schon urbar gemacht waren, beteuert und mit allem Nötigen versehen werden. Endlich sicherte Frankreich für die ungarischen Kolonisten in jeder Hinsicht die gleiche Behandlung zu, wie sie die Franzosen genossen, und weiters, überall mit der nötigen Vorsicht vorzugehen.

Daneben wollte Schwarzenberg einen zweiten Weg einschlagen und erkundigte sich durch seinen Gesandten in Hamburg, Graf Lützow, nach den Ansiedlungsmöglichkeiten in Brasilien. Lützow meldete bald darauf, daß der durch seinen Reichtum berühmte Prinz Joinville vor kurzer Zeit eine Gesellschaft in Hamburg ins Leben gerufen und ihr ein Areal von 10 Quadratmeilen für Kolonisierungszwecke zur Verfügung gestellt habe. Die Gesellschaft veräußere Teile dieses Besitzes gegen Barzahlung oder gegen Entrichtung bestimmter Arbeiten, der erste Transport werde sich aber erst im Frühjahr 1850 einschiffen. Lützow hielt die Sache nicht für diskutabel, da ja die Regierung sofortige Maßnahmen wünsche und außerdem die Reisespesen, die sich auf der Fahrt von Hamburg nach Brasilien auf 90 fl. C. M. beliefen, auch die Ansiedler belasteten. Die Gesellschaft sei bereit, auch ungarische, oder andere österreichische Untertanen aufzunehmen, „welche jedoch nicht nur zur Kategorie der eigentlichen Sträflinge gehören müßten.“

Schwarzenbergs Pläne bezweckten eine größere Niederlage für das Ungartum, als es jene von Világos gewesen. Hatte Világos nur einen staatspolitischen Schlag bedeutet, so sollte der Auswanderungsplan das Mark des Volkes treffen und seine nationalen Lebensmöglichkeiten im Donauraume vernichten. Es bedeutete also Rettung aus höchster Not, daß der Ungar keine Auswanderernatur und von seiner Heimatscholle nicht zu trennen war. Innenminister Bach, gewiß kein Freund der Ungarn, den Schwarzenberg um seine Meinung bat, wies darauf hin, daß der Plan am passiven Widerstand des Ungartums scheitern müsse. Von den Komorner Kapitulanten hätten nur 65 Personen Pässe nach Amerika verlangt, und keinen gebe es, der sich bereit erklärt hätte, nach Algier zu fahren. Es läge wirklich im Interesse des Staates, die politisch Kompromittierten nach Amerika oder nach Algier zu verschicken, wo ihnen jede Teilnahme an weiteren revolutionären Umtrieben für immer genommen wäre. Aber diese Leute zeigten, wie er mit Bedauern hinzufügte,

keinerlei Lust nach Algier zu fahren; ganz im Gegenteil, sie ließen sich eher vor Gericht stellen, bevor sie aus ihrem Vaterland zögen. Aus diesen Gründen, so lautete Bachs Schlußfolgerung, könne Österreich die günstige Gelegenheit nicht verwerten und müsse auf seine Pläne verzichten.¹³

Die Rettung für das Ungartum lag also nicht im Wohlwollen der Regierung, vielmehr in den tiefen und alten Wurzeln der ungarischen Gesellschaft, die sie so fest ihrem Heimatboden verbanden. Sie lag in den Eigenschaften der Nation, die sowohl Ujházys, wie auch Schwarzenbergs Versuch zum Scheitern brachten.

III. Die öffentliche Meinung.

Es galt als Verdienst der deutschen Romantik, die Völker Südosteuropas entdeckt zu haben. Gewiß aber waren noch Jahrzehnte nötig, um dieses literarische Interesse zu politischer Teilnahme zu steigern. Die südosteuropäischen Völker selbst mußten das Ihre dazu beitragen, daß die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu Deutschland enger geknüpft, also ein Zustand erreicht werde, der sie in Stand setzte, Deutschlands tieferes Interesse zu erwecken. Hatte man Ungarn schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch Berichte von Reisenden näher kennen gelernt, so bedeutet ungefähr das Jahr 1840 den Wendepunkt, von dem an die Deutschen der politischen Lage dieses Landes besondere Beachtung schenkten.

Von hier datiert die intensivere Beschäftigung Deutschlands mit der Kolonisierung Südosteuropas und damit auch Ungarns. Heinrich v. Gagern empfahl bereits 1840 der Militärkommission des Deutschen Bundes eine Kolonisation der Balkanhalbinsel zur Beratung, drei Jahre später entstand die Denkschrift Fr. Harkorts über Österreichs deutsche Mission an den Donaumündungen. In die Öffentlichkeit aber drang der Gedanke eigentlich erst durch *Friedrich List*. Der große Nationalökonom, in dem die moderne historische Forschung einen Vorläufer der nationalsozialistischen Wirtschaftstheorie erblickt, richtete seinen Blick ziemlich spät nach dem naheliegenden Osten. Es war die Zeit, als die Verwirklichung seiner Pläne in Amerika bereits unerreichbar geworden war und er nun, in den letzten Jahren seines Lebens, sich mit jugendlicher Frische dem

¹³ A. 1204:1849—50; Haute Police, 1850, Paris 18/I.; P. A. 1849, Bericht aus Hamburg. 12. Oct., No. 47.

Osten zuwandte. 1842 verfaßte und veröffentlichte er in der Deutschen Vierteljahrschrift einen Aufsatz, der großes Aufsehen erregte: Die Acker-
 verfassung, die Zwergwirtschaft und die Auswanderung.¹ Darin behandelt
 er einige Erscheinungen des Wirtschaftslebens, die er voll Leidenschaft
 und Beredsamkeit ineinander zu fügen weiß. Er geht von der Ackerver-
 fassung aus und beschäftigt sich mit dem Problem der vorteilhaften Ver-
 teilung des Grundbesitzes, der weder die Form der Zwergwirtschaft,
 noch die des Großgrundbesitzes erreichen solle. Dieser Mittelweg sei nur
 durch 1. Schutzzölle, 2. Verminderung der Anzahl allzu kleiner Grund-
 besitzer durch Beförderung der Auswanderung und 3. Verminderung der
 Gemeindegüter und Staatsdomänen zu erreichen. Hier berührt er direkt
 die Frage der Auswanderung: „Es ist klar, daß eine überfüllte Ge-
 meinde durch Auswanderung aus dem Lande, wo die Arbeit wenig, der
 Boden aber viel Werth, in das Land, wo die Arbeit viel, der Boden aber
 wenig Werth hat, schon in Kraft des bloßen Aktes der Verpflanzung aus
 dem Stand der Dürftigkeit in den des Überflusses übergehen würde.“ (S.
 161.) Des weiteren behandelt er im Besonderen die deutsche Auswande-
 rung und hält es für sehr schädlich, daß die Deutschen sich aus den süd-
 deutschen Staaten nach Nordamerika wenden. „Die Uferländer der Do-
 nau links und rechts von Preßburg bis zu ihrer Mündung, die nördlichen
 Provinzen der Türkei und die westlichen Ufer des Schwarzen Meeres“,
 der böhmische, österreichische, preussische, mecklenburgische u. s. w.
 Großgrundbesitz wären für eine Kolonisierung sehr geeignet. „Welche
 mächtigen Quellen des Reichthums lassen diese Aristokraten unbenützt!
 Welchen gewaltigen Strom von Macht läßt das südöstliche Deutschland
 nach dem Ozean fließen! In den Canal der Donau geleitet, was könnte
 er bewirken? Geringeres wahrhaftig nicht, als die Begründung eines
 mächtigen *germanisch-magyarischen östlichen Reichs*, einerseits vom
 Schwarzen, anderseits vom adriatischen Meer bespült und von deutschem
 und ungarischem Geist beseelt. Denn soll die hohe Pforte fallen, und
 das wird sie, . . . wem wird alsdann die Natur diesen Theil ihrer Erb-
 schaft zuerkennen? . . . Wem sonst, als den Ungarn im Verein mit den

¹ Deutsche Vierteljahrschrift, 1842, Heft 4., S. 106—91. Der eigentliche Text, bedeu-
 tend umfangreicher, wurde fast 90 Jahre später erst herausgegeben: *Fr. List* Schriften,
 Reden, Briefe, Bd. V., Berlin, 1928. Da List in der ersten Ausgabe die ursprüngliche Kon-
 zeption stark kürzen mußte, strich er gerade jene Teile, die das Ungartum am schmerz-
 lichsten getroffen hätten. Im Folgenden halten wir uns an den Gedankengang (und Sei-
 tenzahl) der Deutschen Vierteljahrschrift.

Deutschen? Diese können es nicht nur, sie müssen es, genöthigt durch das Prinzip der Selbsterhaltung und in Folge des Überströmens ihrer inneren Kräfte." (S. 166.)

In diesem Zusammenhange fühlt er sich genöthigt, das deutsch-ungarische Verhältniß, das ja beiderseits Gegenstand so heftiger Debatten und Verschärfungen war, aufzuklären. Seine Auffassung ist auch diesmal neu und eigenartig: kein populäres System, doch den Betrachtungen eines weitsehenden Idealisten entstammend: „Diejenigen Deutschen, deren Lieblingsgedanke bisher gewesen ist, Ungarn sey zu germanisiren, sind über die Interessen der deutschen Nation gewaltig im Irrthum. Wir unsererseits sind dagegen der Meinung, daß, wäre nicht die magyarische Nationalität von selbst erwacht, es im Vortheil Deutschlands gelegen wäre, sie zu wecken und daß jetzt Deutschlands theuerste Interessen von den Deutschen heischen, nicht nur mit Auswanderern und Kapital den Magyaren zu Hülfe zu kommen, sondern auch die schleunige Magyarisirung der nach Ungarn auswandernden Deutschen, was an ihnen liegt, zu fördern, so wie wir auch anderseits die Überzeugung hegen, daß Ungarn ohne die Deutschen keine oder doch eine sehr schwarze Zukunft hat ... Deutsches Phlegma wird durch ungarisches Feuer belebt, wie dieses durch jenes temperirt werden. Deutschland wird jährlich an Ungarn eine halbe Million abgeben können und gleichwohl seine eigene Bevölkerung bedeutend vermehren ... So wird auch das ungarische Slaventhum sich zu magyarisiren genöthigt seyn, und keine Gewalt der Erde wird dann hindern, daß Ungarn seine Macht bis an den Balkan, bis an die Ufer des schwarzen Meeres erstrecke und in die Reihe der ersten Nationen von Europa eintrete." (S. 167—9.)

Die Idee dieser deutsch-ungarischen Symbiose, die er bald danach in zwei Aufsätzen des Zollvereinsblattes wiederholte², brachte tatsächlich Neues und Überraschendes, in jener mitreißenden und überzeugenden Art, wie sie List zu eigen war. Sie entsprang dem Gehirn eines seiner Zeit weit vorsehenden romantischen Denkers und mag so auch manch Unklares, Begriffsloses, Zweideutiges enthalten haben. Es war die Idee an sich und daß sie nicht aus der Welt der Machtpolitik geboren, errang ihr diesen Erfolg und diese Verbreitung. Sie riß die Deutschen,

² Österreich und der Zollverein, Über die Zollvereinigung der österr. Provinzen mit Ungarn, erschienen 1843, neuerlich abgedruckt bei List: Schriften, Bd. VII., Berlin, 1931, S. 186—205.

wie die Ungarn mit sich, da jeder seine eigenen nationalen Ziele aus ihr zu lesen vermochte. List hat wohl über das hinaus, was er im Buchstaben niederlegte, nichts sagen wollen, aber seine Leser gingen weiter, die vom Verfasser geweckten Phantasien begannen zu wirken. Sie schloßen Lehren daraus, die List wahrscheinlich gar nicht gewollt. Die zwei berühmten List-Forscher, Fr. Lenz und E. Wiskeman, geben über den Plan folgendes Urteil ab: „Großdeutsch ist... List nicht in dem Sinne gewesen, daß er etwa nur das deutsche Element Österreichs mit dem engeren Deutschland hätte verbinden wollen, sondern in der Bedeutung der imperialwirtschaftlichen Machtexpansion Deutschland über Südosteuropa hin, ungefähr nach der späteren Idee von Fr. Naumanns Mitteleuropa... Primär wichtiger als der Zollanschluß Österreich-Ungarns an den Zollverein ist ihm in diesem Zusammenhang die Ausdehnung Österreichs im Osten.“ Und darum mußte sein Plan „an den politischen Zielen des habsburgischen Österreichs ebenso, wie an dem durch ihn selbst angespornten und mächtig fortschreitenden magyarischen Selbstbewußtsein scheitern.“³

List, der große Idealist, der Romantiker durch Blut und Kultur, war keineswegs immer ein Mann der festen Entschlüsse, *seine nicht durchaus sichere Haltung* gegenüber der ungarischen Politik zeigte sich auch in den folgenden Jahren. Ende 1844 besuchte er Ungarn, nahm dort mit den Leitern der Opposition Fühlung und stand diesen in ihrem wirtschaftlichen Kampf gegen die Wiener Regierung mit seinen Ratschlägen zur Seite.⁴ Bald darauf, zu Beginn 1845, wandte er sich aber mit zwei Denkschriften an den Hofkammerpräsidenten Kübeck, der damals in Wien als einer der schärfsten Gegner der ungarischen Nationalbewegung galt. Aus diesen Denkschriften treten zwar nur die alten Gedanken Lists hervor, in dem neuen Zusammenhange aber und an Kübeck adressiert, erhalten sie eine Tendenz, die sich eher gegen Ungarn richtete. Zur Reform des ungarischen Verkehrswesens z. B. schreibt er an Kübeck: „Je schneller man hier von einem Orte zum andern kommen kann, je vielfältiger und regelmäßiger die Transportgelegenheiten sind, je weniger Geld und Zeit es kostet, Personen oder Waren von einem Ort nach dem andern zu versetzen — desto fester werden die Bande geschlungen werden, die Ungarn

³ List: Schriften, Bd. VII., S. 598—9.

⁴ Ladislaus Grossmann: Friedrich List und Ungarn, Zeitschrift f. d. gesamte Staatswissenschaft, 1930, S. 118—24, woraus hervorgeht, daß List durchaus nicht eine so bedeutende Rolle in der damaligen ungarischen Nationalwirtschaft spielte, wie die deutschen Forscher es annehmen.

an Österreich knüpfen, desto größer wird der Einfluß des deutschen Geistes und deutscher Zivilisation auf Ungarn sein."⁵

Lists Haltung war unklar, sein Plan irreal, die Idee aber, die er in die Öffentlichkeit warf, begann ihre Wirkung zu zeigen. Ihr erstes Echo in Deutschland war keineswegs freundlich, weit eher ablehnend. Der alte Nationalökonom fand sich *einem dicht besetzten Lager von Widersachern* gegenüber. Wer einmal von ihm persönlich angegriffen worden, bekämpfte ihn; neben ihnen standen jene Großdeutschen, die ihre Wünsche durch Preußen erreicht sehen wollten und in List nach seinen Audienzen bei den österreichischen Ministern einen Wiener Agenten erblickten; Kapitalisten und Feudalisten stürmten gegen den Revolutionär an und ihnen gleich taten es die Demokraten, die ja in den Ungarn treue Verbündete sahen und durch Lists Pläne deren Germanisierung befürchteten. Anlässlich seiner Reise nach Ungarn zeigten die täglichen Ausfälle der deutschen Presse, wie unbeliebt er damals, in der Zeit seines stärksten Wirkens, nach dem Erscheinen des Nationalen Systems war.

Die Hamburger Börsenhalle schrieb in aller Aufrichtigkeit: „Aufmerksamkeit verdienen die Bestrebungen zahlreicher österreichischer Agenten, welche die Deutschen fortwährend nach dem Lande der Magyaren zu verlocken suchen... Während die echten Ungarn nicht nur gegen alle Einwanderung protestiren, sondern auch die schon dort vorhandenen Deutschen in jeder Weise zu entnationalisiren bestrebt sind.“ Die ungarische Tiefebene findet ablehnende Beschreibung: „Diese Prärien sind von allen Strecken der gemäßigten und heißen Zone Europas... das wenigst bewohnte Land. Die Wiener wünschen Den, dem sie übel wollen, in jene Gegend... Es ist ein grüner Wiesenteppich, mit kurzem Gras bewachsen, von einzeln Sumpfstrecken unterbrochen, ein *Grab für Deutsche*, aber das eigentliche Magyarische Wohnland.“ Diese Schilderung, nach der Land und Volk keinerlei anziehende Züge aufzeigen, fand damals allgemeine Verbreitung; so schrieb der Rheinische Beobachter bei gleicher Gelegenheit, daß Ungarn für eine Kolonisierung ganz und gar ungeeignet sei, „dessen dünn bevölkerte Landstriche nur wegen ihrer verderblichen Beschaffenheit *von den Eingeborenen gemieden werden.*“

⁵ Die Denkschriften zuerst durch *Béla Földes*, dann wieder in Schriften, Bd. III. abgedruckt. Das Zitat auf S. 440, wo im weiteren in Hinblick auf die russische Gefahr die Notwendigkeit einer Einwanderung neuerdings betont wird. — Über Lists Persönlichkeit eine neue, für seinen Helden allzu befangene Zusammenfassung bei *Friedrich Lenz*: *Friedrich List der Mann und das Werk*, München—Berlin, 1936.

Die *Weserzeitung* griff Lists persönliche Ehrlichkeit an und ihre Meinung über Ungarn weicht von der Anderer nicht ab: „Eher, ja hundertmal eher würden wir unsere auswandernden Bauern mahnen, nach Texas zu gehen, ... als nach Ungarn oder sonst einem der österreichischen Donauländer. Hätte die kaiserliche Regierung jetzt vor einem Menschenalter und noch etwas länger den damals gehegten Plan einer Germanisirung jener Öden durch deutsche Kolonisten durchgeführt, ... so hätte das Ding eine ganz andere Gestalt erhalten“; jetzt aber werde bloß „deutsches Futter für die Magyarensäbel und die russischen Kanonen“ gesucht, da der ungarische Adelige seine Leibeigenen gerade so ausbeute, wie der Russe. — In ähnlichem Tone schrieb auch die *Deutsche Allgemeine Zeitung*: „Im entlegenen Osten, wo feindliche Nationalitäten, jeder Sicherheit entbehrende politische Zustände, durchweg mangelhafte Verfassungen ... auf den Ankömmling harren, ist nicht gut wohnen, und unklug ist jeder Deutsche zu nennen, der anderswohin emigriert, als nach dem freien Amerika“⁶

List durfte anderseits auch *manche Verteidiger finden*. So die *Augsburger Allgemeine Zeitung*, ein halboffizielles Organ der Wiener Regierung, die Lists Pläne und Reise rühmend würdigte.⁷ Die folgenden Jahre brachten ihm immer neue Anhänger und die Zahl jener Deutschen, die ihre Politik nach Osten richteten und den Osten Europas als den zukünftigen Schauplatz der deutschen Geschichte bezeichneten, vermehrte sich stetig. Mit diesem Zeitpunkte taucht die Ansicht auf, Deutschland habe in Osteuropa eine nationale Mission zu erfüllen, ein Gedanke, der im romantischen Europa, in der Entstehungszeit des ungarischen, wie tschechischen Missionsbewußtseins rasch Verbreitung fand. Die Tendenz nach dem Osten tritt selbstverständlich vorerst bei den Süddeutschen auf, wo bald eine begeisterte und ausgedehnte Literatur sich mit der Frage befaßte. Der Bayer Karl Freiherr v. Löffelholz war eigentlich kein Fachmann und verfügte nicht über die nötigen Kenntnisse, weder in der Auswanderungsfrage, noch in den Problemen Südosteuropas; als Patriot aber, der an den politischen Fragen und Strömungen Anteil nahm, konnte er nicht länger schweigen und warf die Frage auf: „Warum zogen ... bisher so viele ge-

⁶ Hamburger Börsenhalle, 19. Nov.; Rheinischer Beobachter, 30. Nov.; *Weserzeitung*, 12. Nov.; *Deutsche Allg. Zeitung*, 5. Dez. 1844. Alle zitiert im Büchlein: Nachrichten für Auswanderer, Eisleben, 1846 (S. 25—30), das auch von jeder Auswanderung nach Ungarn abrät. Unterstreichungen im Original.

⁷ Im Nov. 1844 öfters, besonders in der Beilage zu Nr. 341 und auch später, so 1845, S. 205.

gen Westen, über ein breites Meer, durch lange Landstrecken, um einen ihren Fleiß besser lohnenden Wohnsitz zu finden, ohne ihn näher suchen zu wollen... Ziehen wir die leider noch zu selten stattgefundenen Versuche zu Colonisirungen im Osten Europas in Betrachtung, so zeigt sich hier von jenen, den Auswanderern in Amerika drohenden Übeln kaum eine Spur." Er will die Auswanderung nach Osten lenken, obwohl er über „die Ländergebiete um die Donau, schwarzes Meer und die griechischen Archipel" ein kaum günstigeres Urteil fällt, als die west- und norddeutsche Presse: „Zwingherrschaft, lange Entbehrung besserer Ordnung, Trägheit eines Theiles der Bewohner, als natürliche Folge daraus, nicht Mangel an Zeugungsfähigkeit des Bodens und der Naturkräfte hemmt die Entwicklung des größten Theiles jener Länder."⁸

Nun tauchten jene zwei Richtungen: *Osten und Westen* vor dem deutschen Auge auf, zwei Möglichkeiten der Auswanderung, zwei Wege der nationalen Bestrebungen und zwei Aufgaben der Außenpolitik. Bildete ja die Auswanderung, mit so vielen anderen nationalen Problemen verknüpft, wahrhaftig eine Lebensfrage zweier Nationen, in der Brot und Sprache miteinander verknüpft waren. Die Norddeutschen gingen nüchtern an das Brotproblem, wogegen die Süddeutschen eher die Sprachfrage hervorhoben. Ein unbekannter Bayer betonte die Tatsache, daß nur Ungarn den einwandernden Deutschen die Möglichkeit biete, ihre Nationalität aufrecht zu erhalten, und empfahl daher eher die östliche Auswanderung, als eine westliche nach Texas.⁹ Ähnliche Bedenken leiteten die, aus dem *ungarländischen Deutschthum* stammenden Vertreter dieser Richtung: Eduard Glatz gehörte jenem kleinen Kreise an, der durch Zusammenarbeit mit der Wiener Regierung das deutsche Element in Ungarn zu stärken suchte. Die Einwanderung erschien ihm hierfür nicht der letzte Faktor und voll Freude verzeichnet er, daß man diese nun auch aus Deutschland nach Ungarn zu leiten wünsche. Dagegen muß er zugeben, daß in Ungarn dieser Gedanke keineswegs volkstümlich sei. „Die politische Bewegung in unserem Vaterlande ist vorwiegend eine *nationale-magyarische*, die Regierung ist in ihren höchsten Factoren eine *deutsche*, die Bevölkerung endlich ist eine *gemischte* und der herrschende Stamm befindet sich der Gesamtheit der übrigen Landesbewohner gegenüber in der Minorität... Es liegt daher in

⁸ Über Auswanderungen und Colonisationen besonders in Bezug auf Deutschland nach östlichen Ländern, Nürnberg, 1843, die Zitate S. 41, 43, 46—7.

⁹ Die Auswanderung der Deutschen nach Texas, Nordamerika und Ungarn. Eine Mahnung an die Nation, München, 1844.

Ungarns und Deutschlands gleichmäßigem Interesse, daß diese Südgrenze durch eine dichte, wohlgesinnte und verlässige Bevölkerung gegen alle Eventualitäten, deren Schauplatz die Türkei sein könnte, geschützt und . . . im Rücken gedeckt sei." In dieser Hoffnung versichert er: „In kein Land kann daher Deutschland seine Kinder getroster fortziehen sehen, als nach Ungarn hinab."¹⁰

Ähnlich denkt auch ein unbekannter „Deutschungar“, der die Lage der deutschen Minderheit in Ungarn günstig beurteilt: „Auch die deutsche Colonisation hat bei uns noch nicht aufgehört, da in den letzterflossenen Jahren zahlreiche Ortschaften von deutschen Colonisten in den Militär-Grenz-Bezirken gegründet wurden, und endlich pflegen die Deutschen, wo sie in größerer Menge beisammen wohnen, die an Zahl geringeren ungarischen, wallachischen und raitzischen Einwohner bald zu verdrängen, wie wir dies aus einigen Beispielen im Tolner, Vesprimer und Temescher Comitate sehen können." Und doch glaubt er die Ungarn beruhigen zu können, daß die Einwanderung für das Land nur vorteilhaft sei: „Das Land mochte sich daher Glück wünschen zur Aufnahme so nutzbringender Gäste, die mehr brachten, als sie empfangen."¹¹ Ja, der Widerhall aus den Kreisen der ungarländischen Deutschen stellte eine einfache Wiederholung der Listschen Gedanken dar.

Umso mannigfaltiger gestaltete sich das Problem in Deutschland. Parteipolitik, großdeutsche Idee, Sympathie gegenüber dem absolutistischen Österreich oder dem freisinnigeren Ungarn beeinflusste jede Meinungsäußerung. Objektive Urteile, die ohne Voreingenommenheit die Sache behandelten, fanden sich nur selten und darum verdient der klare Gedankengang eines unbekannten, wahrscheinlich bayerischen Verfassers unsere Bewunderung: „Von vielen Seiten her wird . . . die Auswanderung zunächst nach Ungarn angepriesen . . . Da seien in Niederungarn ungeheuerere Landstrecken, die dem Staate gehören, von denen das ungarische Joch um einen jährlichen Pachtzins zu 2 Gulden abgegeben werden. Und dieser Boden trage regelmäßig das zehnfache bis zwölffache Korn . . . Zum andern würde eine Einwanderung von Deutschen in größerer Zahl nach Ungarn derzeit noch von der Mehrzahl des ungarischen Volkes und Adels nur sehr un-

¹⁰ *Ed. Glatz*: Über deutsche Einwanderung in Ungarn, erschienen im Jahrbuch des deutschen Elementes in Ungarn, Budapest, 1846, S. 99. u. ff. Unterstreichungen im Original.

¹¹ Das deutsche Element in Ungarn und seine Aufgabe. Eine Zeitfrage besprochen von einem Deutschungar. Leipzig, 1843, die Zitate S. 29—30, 16.

gerne gesehen. Zur Arbeit und zur Emporbringung des Landes hätte man die Deutschen mit ihrem Fleiß und ihrer Arbeitsseligkeit wohl gerne; ob man ihnen aber die Rechte und Gerechtigkeiten, als freie und selbständige Landbesitzer einräumen würde, die zu einem geordneten und ungehemmten bürgerlichen Leben erforderlich sind, das ist eine andere Frage."¹² Der Verfasser wägt die Vor- und Nachteile kühl ab. Es scheint, als ob die geographische Nähe die Schärfe des Urteils nicht beeinträchtigt habe, eine seltene Erscheinung, die man auch bei einem andern halbösterreichischen, halb reichsdeutschen Presseerzeugnis beobachten kann. Hormayrs beliebtes Taschenbuch beschäftigte sich nach so vielen anderen Themen der Geschichte auch mit der aktuellen Frage der Kolonisation. Er berichtet von der kolonisatorischen Tätigkeit in Amerika, von den Zukunftsmöglichkeiten des deutschen Handels nach dem Morgenlande und will als wahrer, für Ungarn begeisterter Romantiker, der von Galatz bloß, als einem „natürlichen Hafen Ungarns“ schreiben konnte, die deutsche Auswanderung nach Griechenland führen.¹³

Die preußische Literatur würdigte eher die amerikanischen Ansiedlungspläne, wie das schon aus der geographischen Lage des Landes, aus seinem Platze im Weltverkehr und aus seinen geistigen Interessen folgte. Und da sie die Kolonisierungsfrage nur von realer Machtpolitik aus betrachten konnte, brachte sie den Plänen Lists nichts anderes, als Mißtrauen entgegen. So schrieb der angesehene Nationalökonom Joh. Ed. Wappäus: „Bekanntlich finden die auf den Orient gerichteten Auswanderungspläne gegenwärtig ihre Hauptvertretung in der Cotta'schen Presse, deren bedeutendes und zum Theil wohlverdientes Ansehn denselben auch wohl besonders eine Aufmerksamkeit zugewendet hat, welche sie außerdem schwerlich würden gefunden haben.“ Über Lists Plan eines „germanisch-magyarischen östlichen Reiches“ urteilt er skeptisch: „Nach diesem Orakelsprache des großen Augsburger Handelspolitikers, den man wohl unbedenklich als Ausdruck der Meinung aller süddeutschen, nach dem gelobten Lande der Unterdonau hinschauenden Auswanderungs-Planmacher ansehen darf, bezwecken also diese Colonisationen durchaus nicht die Erwerbung eigentlicher deutscher Nebenländer“, er wolle sich selbst daher nur mit den kleinasiatischen und amerikanischen Plänen befassen.¹⁴

¹² Die deutschen Auswanderer, Volksschrift, Ulm, 1844, S. 92—4.

¹³ Taschenbuch für die vaterländische Geschichte, herausgeg. v. Joseph Freiherrn v. Hormayr, XXXV. Jahrg., Berlin, 1846, S. 287—304. Das Zitat S. 273.

¹⁴ In V. A. Huber's Janus 1846, Bd. I. S. 703—4.

Aus allen preußischen Stimmen spricht eine gewisse Zurückhaltung. Die meisten Autoren widmen ihr Augenmerk Amerika und schenken Südosteuropa keinerlei Aufmerksamkeit, so der berühmte und volkstümliche Traugott Bromme oder Alexander Freiherr v. Bülow. Und das wenige, was gesagt wird, schließt meistens mit einem vorsichtigen und kühl abwägenden Urteil. Man weist darauf hin, daß die Privilegien des ungarischen Adels eine deutsche Einwanderung unmöglich machten, aber „je mehr die Donau von Dampfschiffen befahren wird, um so wichtiger werden jene Gegenden für Deutschland, für deutsche Civilisation.“¹⁵

Der literarische Streit konnte bis zur Revolution nur ein Vorspiel bedeuten, Möglichkeiten zu einer wirklichen Kolonisation waren ja nicht gegeben. Als aber 1849 die Regierung den Plan offiziell aufgriff, war sie auch gezwungen, diesen in jeder Hinsicht prinzipiell zu klären und nach jeder Seite hin theoretisch zu entwickeln. Diese Aufgabe wurde von drei Männern durchgeführt, die hohe Staatsämter bekleideten und mit all ihren Fähigkeiten, ihrer ganzen Liebe Österreich dienten. — Lists Pläne wurden eigentlich nur von *Karl Freiherrn v. Bruck* weitergebildet und in realem Sinne modifiziert. Bruck war ein Finanztalent von außerordentlichem Format, aber von jenem frühkapitalistischen Schlage, aus dem John Law oder die Begründer der britischen Weltmacht hervorgegangen waren. In England hätte er sich wahrscheinlich zu einem zweiten Rhodes entwickelt, dem unfreien Geist des damaligen Österreich aber mußte er erliegen. Während der 62 Jahre seines Lebens durchlief er eine erstaunliche Laufbahn, in der er vom schlichten Kontoristen zum Gründer des Österreichischen Lloyd, zum Freiherrn und mächtigen Finanzminister emporstieg. Dies verdankte er seinen weitreichenden wirtschaftlichen Konzeptionen und seiner Idee, die Propaganda für deren Interesse auszunützen. Niemand verstand es, so wie er, die Presse in seine Dienste zu stellen, die Stimme der Öffentlichkeit für sich zu gewinnen. Seine Konzeptionen richteten sich nach einem Wirtschaftsimperialisismus, mittels dessen er Absatzmöglichkeiten für die österreichischen und auch deutschen Waren suchte. Aus diesem Grunde baute er den Levantehandel aus und propagierte die deutsche Zollunion. Seine Gestalt läßt sich schwer in die damaligen Zeitideen einordnen, man kann ihn kaum als einen Großdeutschen, noch weniger als einen Liberalen bezeichnen. Er war ein Großunternehmer im bri-

¹⁵ W. Dieterici: Über Auswanderungen und Einwanderungen, Berlin—Posen—Bromberg, 1847, S 6—7.

tischen Sinne des Wortes, seine wirtschaftliche Tätigkeit ging immer seiner Politik voran.¹⁶

Brucks wirtschaftlicher Imperialismus mußte in einem Zeitpunkte auftreten, als sein Unternehmen, der *Österreichische Lloyd*, einen gewissen Ausdehnungszustand erreicht hatte. Man verlangte nach größeren Räumen, nach jungen Wirtschaftsgebieten, von denen man eine Neubelebung des österreichischen Handels und der Industrie erhoffte. Sein Organ schrieb zu Jahresbeginn 1843, also in jener Zeit, da List auftrat: „Wie ganz anders würde der Handel in Österreich blühen, wenn seine nord- und südöstlichen Nachbarn — Deutsche wären!“¹⁷ Dieser Gedanke galt nicht so abstrakt, wie Lists Erörterungen, vielmehr, als eine Parole, als das Ziel einer großen Wirtschaftsorganisation. Mit den wirtschaftlichen Erfolgen waren auch manche nationale Forderungen verbunden, gegen die bestimmte Germanisierung des Lloyd mußte sich sogar die Paulskirche von 1848, wobei auch Bruck, als Mitglied anwesend war, wehren. Die Frankfurter Erfahrungen änderten kaum etwas an seiner Politik, hoben ihn jedoch höher: noch dasselbe Jahr sah ihn, als Handelsminister, in die Regierung Schwarzenberg eintreten. Nun gehörte er zu jenen, denen es oblag, nach der gewaltigen Erschütterung durch die Revolution die großen Reformen durchzuführen, neue Ziele der Staatspolitik festzusetzen und die Zukunft Österreichs zu sichern. Mit der ganzen Kühnheit seiner Begabung ging er an die Arbeit, und sein Wirtschaftsplan, dessen Spuren sich in der österreich-ungarischen Außenpolitik bis zum Zusammenbruch verfolgen lassen, schlug in der Tat neue Wege ein, zumindest für Österreich, denn im Wesentlichen enthielt er nur sein schon bekanntes Programm. In der ersten Periode des ungarischen Freiheitskampfes, in den Siegestagen Windischgrätz, warf sein Organ den Gedanken einer Ansiedlung deutscher Bauern auf den Gütern der ungarischen und slavischen Großgrundbesitzer auf.¹⁸ Nationale und soziale Krankheit sollten durch die gleiche Arznei, da sie beide eng miteinander zusammenhingen, geheilt werden. 1850 trat er, als aktiver Minister, was damals etwas Ungewöhnliches war, mit seinen in

¹⁶ Brucks individualistische Persönlichkeit wurde kaum einmal in richtigem Lichte gesehen. Sein Zeitgenosse, Dr. C. A. Schön (Finanzminister Carl Freiherr v. Bruck, Wien, 1861) will dem Verstorbenen eine moralische Rechtfertigung erbringen und erkennt ihn dabei völlig. Richard Charmatz (Minister Freiherr v. Bruck. Der Vorkämpfer Mitteleuropas, Leipzig, 1916) sieht — von der Ideologie des Weltkrieges beeinflusst — in ihm einzig einen Vorläufer der Naumannschen Idee.

¹⁷ Journal d. Österr. Lloyd, 1843, No. 2.

¹⁸ Österr. Lloyd, 17. Jän. 1849.

Druck niederlegten Denkschriften hervor und setzte sich in diesen mit der Ostpolitik Österreichs auseinander: „Die Naturverhältnisse weisen Slawen und Deutsche auf den innigsten Verkehr miteinander hin, und so lange sie sich geltend machen konnten, bis auf die Herrschaft des abschließenden russischen Handelssystems, war freier Verkehr zwischen ihnen. In der Tat, von Natur steht die Ostsee, wie durch die Oder mit der Donau, durch die Gebiete der Weichsel, des Niemens, der Düna, des Dniesters und Dniepers selbst in einem nahen offenen Verhältnisse (ebenso das Gebiet des Rheins durch das Gebiet der Donau) zu dem Schwarzen Meer und dessen Handelswegen.“¹⁹

Die Perspektiven, die er eröffnet, zeugen von großem Weitblick: Sicherung der freien Bahn für Österreichs östliche Expansion, und zwar, zum Unterschied von List, nicht so sehr durch Zusammenarbeit mit den Magyaren, als vielmehr mit den Slaven. Ja, das dazwischen liegende Ungartum erschien nur als hemmender Damm, da es den unmittelbaren Verkehr der Deutschen mit den Slaven erschwerte. Da er davon überzeugt war, „daß die Donau der Faden unserer künftigen Geschichte sei“²⁰, wollte er anstatt eines deutsch-ungarischen östlichen Reiches eine feste Handelseinheit Österreichs mit jenen kleinen Slavenvölkern, die ohnehin schon, als Werkzeug in der Hand Österreichs dienten. Der Levantehandel sollte auf diese Weise an Österreich übergehen, das türkische und russische Problem mit einem Schlage gelöst werden und Österreich zur führenden Macht Osteuropas emporsteigen; dazu war aber auch die Lösung der deutschen Zollfrage nötig. So war Bruck ein liberaler Freihändler und entschloßener Wirtschafts imperialist zugleich; ein tüchtiger Rheinländer und ebenso zielbewußter Österreicher; seine Persönlichkeit vereinigte in sich entgegengesetzte Standpunkte, seine Politik galt, als eine wahre *coincidentia oppositorum*.

In seinem Sinne wirkte der ihm zunächst stehende Journalist *Gustav Höfken*, der beharrlichste Anhänger der ungarischen Kolonisationsidee, der in Wort und Tat jahrzehntelang dazu beitrug, seinen Lieblingsplan zu verwirklichen. Man könnte ihn füglich, als den Vater der ganzen Idee bezeichnen, erschien doch seine Arbeit, in der er seine Gedanken zum ersten Male aufwarf, ein halbes Jahr früher, als die Schrift Lists²¹

¹⁹ Da uns das Original nicht zugänglich war, zitieren wir den von *Charmatz* (a. a. O. S. 228) wiedergegebenen Text.

²⁰ *Charmatz* a. a. O. S. 45.

²¹ Erweiterung des deutschen Handels und Einflusses durch Gesellschaften, Ver-

und es waren nur seine damals noch wenig bekannte Persönlichkeit, seine unstätige Lebensweise, die ihn vom preußischen Offizierstande durch amerikanische Abenteuer bis zur Paulskirche führte, Ursache dafür, daß sein wirklichkeitsnaher Plan sich nicht so erfolgreich verbreiten konnte, wie jener Lists. Er geht von dem allgemeinen Prinzip aus, daß die süddeutschen Staaten, namentlich Österreich, Württemberg und Bayern der Donau entlang nach Süden ihr Absatzgebiet suchen müßten. Darum sei das wichtigste Ziel „die Gründung einer süddeutschen Handels- und Kolonisationsgesellschaft“, um *„dem süddeutschen Gewerbeleibe neu selbständige Absatzwege zu eröffnen, den deutschen Einfluß an der untern Donau bis an das schwarze Meer auf sicherer Grundlage zu festigen und die großen Handels- und Volksinteressen des Zollvereins und Österreichs mehr und mehr zu verschmelzen.“*²² „Die Gesellschaft hat eine besondere Abtheilung für Ansiedlung an der untern Donau... Das natürliche Gebiet für diese Ansiedlungen ist das reiche, herrliche Land zwischen den südlichen Grenzgebieten von Siebenbürgen und dem Balkan... Sie beginnen demnach bei Orsova... und ziehen sich durch die Wallachei, an beiden Ufern der Donau abwärts durch Bulgarien bis ans schwarze Meer... *Allein* in den untern Donauländern liegt für den süddeutschen Kunstfleiß eine unerschöpfliche Fundgrube... Dorthin hauptsächlich müssen sich die oberdeutschen Unternehmungen, Wanderungen und Ansiedlungen richten“. Daran schließen sich seine politischen Folgerungen: „Darum ist es Österreichs heilige Pflicht, nicht bloß in seinem Interesse, sich seine Grenzländer nicht durch fremden Einfluß unterwühlen und schwächen zu lassen, die benachbarten türkischen Provinzen, namentlich die untern Donauländer, nicht dem russischen Einfluß preiszugeben, sondern hier zu seiner Sicherheit, zur Erhaltung der Freiheit des Donauhandels, als Schild und Schirm Deutschlands und der Bildung überhaupt thätig vorzugehen... Deutschland kann nimmermehr die Stützpunkte so wenig an der untern Donau und am adriatischen Meere, wie in der Ostsee aufgeben.“ (S. 195, 217.)

Das Programm, das er hier entwickelt, ist in seinem Zielpunkt nach dem Schwarzen Meere mit jenem Lists identisch; nur die Wege zur Erreichung dieses Zieles unterscheiden sich beträchtlich voneinander.

träge und Ansiedlung, Deutsche Vierteljahrschrift, 1842, No. 2., S. 172—218. Dieselben Gedanken wiederholte er in einer besonderen Flugschrift des gleichen Titels, Stuttgart, 1846.

²² S. 192. Unterstreichung im Original.

Hier wird nicht nur die Möglichkeit eines deutsch-magyarischen Reiches außer Acht gelassen, sondern auch alle brennenden ungarischen Probleme beiseite geschoben und als österreichische innere Angelegenheit hingestellt, um desto ungestörter den Plan eines osteuropäischen Imperialismus ausbreiten zu können. Höfken stand eigentlich neutral dem Ungartum gegenüber, er betonte ja auch später nur die amtliche Regierungsauffassung. Sein Blick war auf das außerungarische Osteuropa gerichtet und darin traf er sich mit Bruck. Auf dessen Einladung trat er nach Jahren der romantischen Unruhe in österreichischen Staatsdienst, wurde Ministerialbeamter, Mitglied des Regierungsausschusses für Kolonisierungsfragen und zugleich Redakteur der statistisch-nationalwirtschaftlichen Wochenschrift „Austria“, die als Organ Brucks galt. Die amtlichen Beratungen über die Kolonisation hatten eben erst begonnen, als er bereits mit seinem Werke an die Öffentlichkeit trat, das auch als theoretische Denkschrift des Ausschusses dienen konnte.²³

Sein Gedankengang ist einfach, er beruht auf reicher Kenntnis der Tatsachen und entspringt einem festen österreichischen Selbstbewußtsein: „Die Colonisationsfrage hat für die österreichische Monarchie die höchste Bedeutung. Sie ist eine Frage der Cultur, der höheren Wohlfahrt und Macht des Kaiserstaates.“ (S. 1.) „Ungarn allein bietet noch Raum für viele Millionen Landwirthe und Arbeiter, sowie für eine Milliarde Capital“. (S. 2.) Dazu sei noch in Betracht zu ziehen, daß der Deutsche der beste Kolonist sei. „Der Deutsche trägt auf seinen weiten Wanderungen über die Erde gleichsam das Bewußtsein mit sich, daß er die herrliche Aufgabe der Menschheit erfülle, die Öden und Wüsten zu einem Garten Gottes umzuschaffen.“ (S. 3.) Nach Ungarn seien ja immer Deutsche gezogen, wogegen die transoceanische Auswanderung nur eine neuzeitliche Erscheinung darstelle. Darum sei es von Übel, daß die Auswanderervereine sich „nach dem fernen America“ anstatt „nach den nahen Donaulanden“ wandten. Kolonialunternehmungen dieser Art außerhalb Europas seien, wie er in einem längeren Kapitel nachweist, niemals gelungen, wogegen die ungarischen Ansiedlungsbewegungen vom 11. Jahrhunderte an bis zum Versuche Roths fast die ganze europäische Geschichte begleiteten. In Ungarn hätten aber nur jene Einwanderer ihr Deutschtum bewahren können, die eine von der Komitatsverwaltung unabhängige Autonomie genossen. „Während bei der letzten magyarisch-ade-

²³ Deutsche Auswanderung und Kolonisation mit Hinblick auf Ungarn, Wien, 1850.

ligen Insurrektion die „Schwaben“ meist unter den Honveds fochten, standen die Sachsen gegen den Magyarismus, getreu dem auf ihren alten Siegeln und Fahnen geschriebenen Spruch: *Ad retinendam coronam.*“ (S. 129.)

So berührt er die Frage der Nationalitätenpolitik, in der er besonders bewandert ist und seine Phantasie, wie Besonnenheit gleich erweisen kann: „In dem merkwürdigen mosaikartigen Völkergemenge Ungarns hat bisher keine Nationalität dauernd den Sieg errungen. Um allein zu herrschen, dazu fehlt es dem Magyarenthum an innerer Stärke, die Schwächung deutschen Elements, worauf die dort herrschenden Tendenzen so lange ausgingen, würde unausbleiblich das spätere Aufgehen des magyarischen Elements in dem numerisch stärksten, dem slavischen zur Folge haben. Wenn die Deutschen der Zahl nach noch am schwächsten sind, so überbieten sie an Fleiß, Wohlstand, Betriebsamkeit und Gesittung die andern, und hinter ihnen steht eine Nation mit hoher Kultur . . . Der aristokratische Traum von der magyarischen Unabhängigkeit und Herrschaft über die reichen Donauländer ist vorbei . . . Alle die Stämme der österreichischen Ostlande haben jedoch das gleiche große Interesse, sich eng aneinander und durch Österreich an Deutschland zu schließen zur Verfolgung einer gemeinsamen Donaupolitik, zur Sicherung der Ostgrenzen, zur Kräftigung, zur Freiheit und Wohlfahrt Aller. Und welch eine Aussicht, wenn Ungarn, Slaven, Romanen, Deutsche, durch Vereinigung mächtig, im dauernden Bund auf Grund der vollen Gleichberechtigung der Völker über jenen empfänglichen Boden eine reiche Kultursaat austreuen.“ (S. 132—3.)

Bis jetzt habe das Adelsrecht jede Ansiedlung verhindert, nun aber sei der Zeitpunkt für Reformen gekommen, da man den Großgrundbesitz mit deutschen Kleinbauern besiedeln könne. Das Land erwarte neue Kräfte, die Linie der Leitha stünde offen. „Menschen müssen nach Ungarn hin gepflanzt werden, wenn nicht noch mehr Land als bisher ungepflügt bleiben soll. Abgesehen von den Kameralgütern, wissen hellsehende Grundbesitzer recht wohl, was ihnen der deutsche Ansiedler und Nachbar nützen kann.“ (S. 186—7.)

Der Plan, den hier Sektionsrat Höfken aufstellte, war einfach und klar, obwohl seine Auffassung gewisse Entwicklungsstadien durchgegangen hatte. Acht Jahre früher hatte er einzig die von der ungarischen Grenze südlich und östlich liegenden Provinzen, als Kolonisationsgebiet betrachtet, nun aber Ungarn selbst; damals wollte er von Orsova abwärts ansiedeln, jetzt

schon bei Preßburg damit beginnen: dieser Stellungswechsel, der Schwarzenberg-Politik entstammend, konnte dem Ungartum nicht gleichgültig bleiben. Hatte Höfken nun seinen Plan geändert, so beharrte er dabei und propagierte seine Ideen mit Festigkeit und Ausdauer. Aber hier fehlte es ihm an Elastizität. Wenngleich Jahre inzwischen verflossen waren, blieben die Gedanken immer die alten: „Der deutsche Einwanderer verliert seine Nationalität in Amerika... Ganz anders gestaltet sich der Einfluß der deutschen Auswanderung nach Osten. Dort erhält sich die deutsche Nationalität, wie die Sachsen in Siebenbürgen... Den untern Donau- und Pontus-Ländern liegt Deutschland näher, als England und Frankreich.“²⁴ Nun offenbarte sich, daß er kein stets reger Geist war, vom Schlage Lists, der mit den Zeitläuften Schritt halten konnte. Er wiederholte nur die alten Gedanken mit eintöniger Häufigkeit.²⁵ Und auch in jenem Jahre, als Österreich in den Krieg mit Italien eintritt, in jenen Krieg, der zum Sturze Bachs und des franzisco-josephinischen Absolutismus führt, mahnt er beharrlich: „Auch in Zeiten drohender Kriegsgefahr soll man die Bedürfnisse und notwendigen Maßregeln des Friedens nicht vergessen... Dahin gehört aber in erster Linie die Kolonisation Ungarns und der benachbarten Länder durch deutsche Ansiedler.“²⁶

Nach der Niederlage versäumt er nicht, daraus die neue Lehre abzuleiten, sogar eine neue Geschichtsphilosophie aufzustellen: „Nachdem Österreich das alte Reichsland Lombardien verloren, ist dasselbe jedenfalls weniger als bisher eine italienische Macht und ein Hort italienischer Kultur... Umsomehr ist es aber nun darauf angewiesen, germanischen Geist und germanische Kraft zum Ausbau seines Staatswesens zu benutzen. Geschieht dies in rechter Weise, so wird der Kaiserstaat hierin reichen Ersatz für seine Verluste finden... Der germanische Geist ist eine allgemein humane, dem christlichen Geiste am nächsten verwandte Kraft, welche alle guten Keime, die in den einzelnen Nationalitäten liegen, am besten entwickelt und zur Blüte bringt. Der Germanismus ist nicht allein eine besondere nationale Richtung, sondern gleich dem Hellenismus und ähnlich dem Christenthume ein allgemeines Kulturprinzip von kosmopolitischer Bedeutung... Wo daher in den unteren Donaugebieten das anregende germanische Element noch nicht hinlänglich vertreten ist, da muß

²⁴ Zur deutschen Auswanderungs- und Kolonisationsfrage, Austria, 1856, II. 292—3. klingt in ein Lob des ungarischen Bodens aus.

²⁵ So z. B. Austria, 1858, IV. 679—81.

²⁶ Austria, 1859, I. 584.

der deutschen Einwanderung auf alle Weise Vorschub geleistet werden."²⁷ — Seit dem dreißigjährigen Kriege sei nach jeder Niederlage im Westen eine Wendung in Österreichs Politik zu bemerken, da es seine Aufmerksamkeit dem Osten zukehrte. So geschah es auch jetzt, jedoch nicht in jener Form, wie Höfken sie erwartete. Es erfolgte keine neue, starke Germanisierung in Ungarn, als vielmehr eine Auflockerung des Staatsabsolutismus, die dann zum Ausgleich mit Ungarn führen mußte. Der italienische Krieg bezeichnet das Ende der offiziellen Kolonisierungspläne, von nun an treten andere Methoden an ihre Stelle.

Hat Bruck die politischen und Höfken die nationalwirtschaftlichen Grundlagen der österreichischen Kolonisierungsidee geschaffen, so stammt die statistisch-ethnographische Begründung von *Karl Freiherrn v. Czoernig*. Als hoher Staatsbeamter und Leiter des statistischen Dienstes gab er bald ein Werk heraus²⁸, dessen Zweck es war, „eine kurze Übersicht des Hauptganges des Ansiedlungs-Wesens in Ungern und Siebenbürgen . . ., sowie der Hauptresultate derselben, mit Hinweisung auf die administrative Verfügungen zu gewähren, damit, im Falle als bei der Einleitung neuer Ansiedlungen die Grundsätze der früheren Colonisations-Systeme zur Sprache kämen, die dabei gewonnenen praktischen Erfahrungen in ihren Licht- und Schattenseiten überblickt, und die specielleren Angaben in den verschiedenen Acten leicht nachgesehen werden können.“ Die Zusammenfassung war gründlich und stützte sich auf die offiziellen Archivforschungen. Es sollte dadurch der Zusammenhang mit dem großen Siedlungswerk des 18. Jahrhunderts angekündigt werden; Czoernigs wissenschaftliches Verdienst aber geht weit darüber hinaus. Bis zu den Arbeiten unserer Zeit ist sein Werk die beste historische Bearbeitung jener Kolonisationsgeschichte geblieben.

Ihm schwebten keine geschichtswissenschaftlichen Gesichtspunkte vor Augen, er suchte vielmehr den aktuellen Inhalt, um Lehrschlüsse daraus zu ziehen. Er bemerkt, ähnlich wie Höfken, daß die Sachsen ihr Deutschtum bewahrt, während die sogenannten Schwaben es verloren hätten.

²⁷ Austria, 1859, III. 331—2.

²⁸ Deutsches Colonialwesen in Ungern und Siebenbürgen im achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderte. (Abschnitt als Manuscript gedruckt, aus dem Texte zu der im Ministerium des Handels etc. von der Direction der administrativen Statistik bearbeiteten ethnographischen Karte der österr. Monarchie.) Wien, 1849. — Das Werk erschien ursprünglich ohne Namenszeichnung, wurde aber später unverändert mit Namensangabe noch einmal gedruckt: Ethnographie der österr. Monarchie, Bd. III. Wien, 1855. — Das Zitat ist dem Vorwort entnommen.

„Dies lehrt aber die Geschichte beider Perioden, daß sich die deutsche Nationalität in Ungarn nur dort bleibend erhielt, wo sie in dichterem Maße angesiedelt war, während sowohl die vereinzelt sächsischen, als die schwäbischen Colonien theils slavisiert, theils magyarisiert wurden.“ Für die Zukunft „zeigt sich offenbar, daß bei Vermeidung der Schattenseiten der vorausgegangenen Colonisirungen durch die Benützung der früher dabei gemachten Erfahrungen und durch die Gewährung eines nationalen Stützpunktes ein *wohlgeleitetes Colonialwesen* für Staat und Land sich nur als ersprießlich erweisen können.“²⁹ Bald findet er auch Gelegenheit, mit seinen nationalpolitischen Ansichten, die damals als nicht ungewöhnlich, doch scharf galten, bekannt zu machen: „Obwohl indeß — früher vom fruchtbaren Slaventhum, dann vom energischen Magyarenthum in sich aufgenommen und entnationalisiert, blieb dennoch der deutsche Stamm in Ungarn der Träger der Boden-Cultur, der Gewerbe und Künste und zum Theile auch direct und indirect der Pfleger der Wissenschaft in diesem Reiche.“ Dieses Prinzip, welches das Ungarntum nur in seiner Verfallszeit nach Világos betrachten konnte, zu beweisen, gibt er sogar einen Überblick der ungarischen Literatur, die ja der Statistik wohl recht ferne steht.³⁰ Wie Höfken, hatte auch Czoernig Zeit und Gelegenheit, seine Idee zu wiederholen. Fast zehn Jahre nach der ersten Arbeit konnte er in seinem großen Werke, welches das beste Abbild des absolutistischen Österreich gibt, noch immer seine alte Überzeugung betonen: „In Ungarn ist ein wirklicher Mangel an Bevölkerung vorhanden, welcher die Preise der Handarbeit unverhältnismäßig in die Höhe treibt und eine Abhilfe nur von der Colonisirung erwarten kann.“³¹ Dieser Satz, in den Spätjahren des veralteten Absolutismus niedergeschrieben, fand nicht mehr genügend gedankliche Kraft. Der Staatsmechanismus war schwach, er vermochte nicht mehr seine Existenzideologie auszubilden.

Diese drei Männer also waren es, welche die offizielle österreichische Auffassung ausarbeiteten und wiedergaben. Sie waren die Verkünder jenes politischen Systems, das einen österreichischen Imperialismus nach Osteuropa lenken wollte und das innerhalb des deutschen geistigen Reiches den Kampf mit den nach Westen gerichteten preußischen Colonisationsplänen aufnahm. Denn in Österreich verstand man es wohl jene Ideen, welche wissenschaftlich auf diese Art bearbeitet wurden, auch in

²⁹ Deutsches Colonialwesen, S. 93—4. Unterstreichung im Original.

³⁰ Ethnographie der österr. Monarchie, III. 208.

³¹ Österreichs Neugestaltung, Stuttgart—Augsburg, 1858, S. 544.

das Publikum zu leiten und sie dort zu verbreiten. Die Presse, besonders die Wiener Zeitung, Prager Zeitung und einige Stimmen aus der deutschen Presse in Ungarn, wie die Temesvárer Zeitung, brachte zahlreiche Nachrichten darüber, deren einheitliche Richtung mehr oder weniger Richtlinien seitens der Behörden erkennen ließ. Als zu Beginn 1856 der ungarische Generalgouverneur Erzherzog Albrecht und Finanzminister Bruck die aktuellen Fragen erörterten, war auch davon die Rede, „wie auf dem Wege der Presse dahin zu wirken wäre, die Auswanderungslust nach Ungarn in Deutschland zu wecken.“ Bruck bemerkte dabei, „daß zu diesem Zwecke wohl eine sehr gewandte Feder zu Gebote stünde, wenn die zu einer solchen literarischen Besprechung dieses Gegenstandes erforderlichen Daten geliefert würden.“ Erzherzog Albrecht sicherte dies zu und ließ auch tatsächlich im Mai die gewünschten Daten übermitteln.³²

Die österreichische Propaganda ergriff immer mehr ganz Deutschland, die Öffentlichkeit beschäftigte sich in zunehmendem Maße mit den „unteren Donauländern“. Die Buchnersche Buchhandlung zu Bamberg, die „Gediegene Schriften für Auswanderer“ herausgab, welche sich aber bisher nur auf Amerika bezogen hatten, ließ jetzt ein besonderes Buch über Ungarn erscheinen.³³ Der Verfasser, *Julian Chownitz* oder Josef Chowanetz, wie er sich abwechselnd nannte, hatte eine interessante Laufbahn hinter sich, als er mit diesem Werke vor die Öffentlichkeit trat. Seine Persönlichkeit zeigt gewisse rätselhafte, ja abenteuerliche Züge, wie es bei vielen Romantikern jener Zeit, selbst List nicht ausgenommen, der Fall war. Bereits in den 40er Jahren ist er ein weitbekannter Publizist, ein begeisterter Verteidiger des Liberalismus und ein Stein des Anstoßes für die Wiener Regierung. Er war in Österreich, wie in Ungarn tätig; während des Freiheitskampfes unterstützte er in seiner deutschen Presse Kossuth und mußte deshalb flüchten. Das obenerwähnte Werk entstand in den Monaten seiner Emigration und ist bestrebt, den auswanderungslustigen Deutschen ein klares Bild von Ungarn zu vermitteln. Er erörtert die ungarische Geschichte und Erdkunde und fügt sogar ein kurzgehaltenes ungarisches Wörterbuch bei. Bezüglich der Einwanderung stützt er sich auf

³² Militär- und Civil-Gouvernement (später mit M. C. G. bezeichnet) 9233:1856 Landesarchiv in Budapest. — Von dem weiteren Schicksal der geplanten Broschüre wissen wir nichts.

³³ *Julian Chownitz*: Handbuch zur Kenntniss Ungarns, Bamberg, 1851. Der historische Teil der Arbeit erschien auch im Sonderdruck, das ganze Werk 1854 in zweiter Auflage.

Höfken, von dem ihm vermutlich auch briefliche Erläuterungen zur Verfügung standen. Über die Ungarn jedoch äußert er sich in viel schärferer Tonart, als dies die Österreicher taten: Brucks Feder wurde von Genialität, jene Höfkens von Beamtenverantwortlichkeit, die Hand Chownitz' aber von reiner journalistischer Technik geführt. Die Magyaren, urteilt er, „sind ursprünglich ein asiatisches Volk, nahmen aber im Laufe der Zeit europäische Sitte und Cultur an, ohne indeß ihren originellen Nationalcharakter ganz abzustreifen... Der mächtigste Fehler des Magyaren ist seine brennende Begierde *Andere in Rücksicht ihrer Nationalität zu beherrschen*... Nun haßt er und verachtet er die fremden Stämme im Lande.“³⁴ „Die Verhältnisse für die Einwanderung nach Ungarn gestalten sich für alle Theile niemals so günstig, wie gegenwärtig... Die viel geringeren Umzugskosten nach Ungarn..., so wie der *unmittelbar nahe Zusammenhang Ungarns mit Deutschland*, zumal bei der zu gewärtigenden *Verschmelzung aller österreichischen Donauländer in die große deutsch-österreichische Föderation* — ohne die die culturhistorische Mission Deutschlands im Osten ein leeres Wort bleibt — bilden sehr bedeutende natürliche Vorzüge für die Siedlung an der Donau abwärts... Hier geht der Deutsche einem Leben entgegen, welches von seinem heimatlichen bei weitem nicht so abweicht, als jenes in Amerika; *und dann ist er sich in Ungarn bewußt, eine sittliche, gewerblich dominirende Nationalität zu repräsentiren*... Sollte es aber durchgeführt werden, was mit aller Macht angestrebt wird, sollte *ganz Österreich in den deutschen Bund aufgenommen werden*, nun hat ja der... Deutsche nicht einmal sein Vaterland verlassen.“ Da die Zolleinheit mit Deutschland Ungarn bald völlig germanisieren werde, würden in Zukunft überhaupt keine Unterschiede mehr bestehen, dann „setzt sich der nach Ungarn Wandernde in Ulm mit Sack und Pack auf seinen väterländischen Donaustrom, fährt... bis in die Nähe jener Ländereien, wo er den neuen Herd sich gründen will.“ (S. 309, 324, 357.)

Eingehend beschäftigt er sich mit dem „Benehmen der Deutschen in Ungarn“, seine Ratschläge sind unmißverständlich: „Wir rathen dem deutschen Ankömmling in Ungarn zu einem gesetzten und selbstbewußten Betragen gegenüber dem Magyarenstamme!... Der Deutsche hat nicht nöthig, sich vor 'den alten Herrn des Landes' zu neigen, denn was diese wurden, wären sie ohne deutsche Elemente nie geworden; aus Deutsch-

³⁴ S. 134, 136. Die Unterstreichungen im Original.

land erhielten sie das Christenthum, die erste und letzte Kultur, Millionen arbeitsamer Hände und sinniger Köpfe. Die Verhältnisse haben sich überdies in neuester Zeit so weit politisch geändert, ... daß in Ungarn Österreich regiert und letzteres ist ein *deutscher* Staat... Hinter Österreich aber stehen noch fünffach so viele Deutsche, ja die mächtigsten Nationen dieser Erde sind germanischen Blutes. Es wäre eine Schande für den deutschen Namen, wollten sich seine Träger in Ungarn künftig nochmals freiwillig unter das Joch eines zwar edlen, tapfern und in der Vorzeit hochverdienten, aber in der Gegenwart auf einem sehr unbedeutenden Culturgrade stehenden kleinen Stammes beugen. Nein!" (S. 361)^{34a}

Kurz nach Erscheinen dieses Buches, Herbst 1851, suchte Chownitz den österreichischen Gesandten in Karlsruhe, v. Philippenberg auf, um Österreich seine Dienste anzubieten. Er überreichte ein Exemplar seines Buches „zur geneigten Ansicht“, mit dem Zusatze, daß er auch eine ungarische und slavische Ausgabe plane. Bald danach berichtete der ehemalige Kossuthanhänger klagend Philippenberg von seiner Geldverlegenheit. Seine Versuche, eine Zeitung zu gründen, seien ohne Erfolg geblieben, und falls er Österreich im Inlande nicht dienen könne, möchte er gegebenenfalls im Auslande vertrauliche Polizeidienste versehen. Sein Ansuchen wurde auf Grund des polizeilichen Gutachtens nicht gewilligt, es wurde ihm nicht einmal gestattet, nach Österreich zurückzukehren, geschweige denn Presse- oder Polizeidienste zu versehen. Anderthalb Jahre später versuchte er nochmals sein Ziel zu erreichen, in dem er betonte, daß er seine politische und konfessionelle Auffassung geändert habe und nur im Interesse der Regierung wirken wolle. Man wies ihn abermals ab.³⁵

Chownitz mußte wahrhaftig einen weiten Weg zurückgelegt haben, um von Kossuth bis Fürst Schwarzenberg zu gelangen. Auf diesem Wege aber stand er nicht völlig allein unter seinen Zeitgenossen. Aus dem tapferen Publizisten der ungarischen Revolutionsjahre, der noch vor einigen Jahren über „Ungarns heiliges Recht zum Kampfe gegen Österreich und zur Thronentsetzung des Hauses Habsburg-Lotharingen“ geschrieben hatte, war ein demüthiger Bittsteller vor der österreichischen Regierung geworden, der mit solchen Schriften ihre Gunst zu erhaschen hoffte. Man möge ihn nicht charakterlos nennen, um diesen Weg zu erklären. Chownitz war, wie auch die anderen seiner Schicksalsgenossen, Deutscher und Liberaler

^{34a} Chownitz' Gedanken sind ähnlich denen Paul de Lagardes, mit dessen ungarischen Beziehungen wir uns in einer besonderen Abhandlung beschäftigen wollen.

³⁵ Haute Police, L. Carlsruhe, 1851, 12/IX.; 4/X.; 1853, 18/II.

zugleich, an Kossuths Seite kämpfte er für den Liberalismus, dessen Vorkämpfer er damals im Ungartum erblickte. Világos bedeutete für ihn nur eine Niederlage der liberalen Demokratie, sein Deutschtum blieb davon unberührt. Er streckte zwar seine liberalen Waffen, als Deutscher aber wollte er weiter dienen. Er tat es auf dem Felde der Presse und griff, um die Gunst Österreichs zu gewinnen, als Erstes seinen ehemaligen Mitkämpfer, das Ungartum, an.

Nach der erfolgreichen Propaganda hatte der Gedanke einer ungarischen Kolonisation immer weiter um sich gegriffen und in den 50er Jahren wohl überall Zugang gefunden. Selbst die Preußen, die ihren Blick immer mehr auf die Entwicklungsmöglichkeiten einer Seemacht richteten, mußten wohl oder übel sich damit beschäftigen. Im Jahrzehnt vorher hatten sie diesem Plane nur verächtlichen Hohn oder vornehme Zurückhaltung entgegengebracht; nun folgte scharfe Kritik, als der Gegner immer mächtiger wurde. *Roscher*, das Musterbild des real eingestellten Nationalökonomen, äußerte sich scharf über Lists Pläne: „Per aspera ad astra! Indessen physische Unmöglichkeiten stehen durchaus nicht im Wege; nur darf man natürlich das Haus nicht eher bauen wollen, als die Grundlage; d. h. also Kolonisten nicht eher einladen, bevor nicht politisch und social der Boden zu ihrer Aufnahme vorbereitet ist. Österreich müßte den Auswanderern vollständige Rechtssicherheit verbürgen, zumal für das von ihnen zu erwerbende Grundeigenthum; eben so vollständige persönliche, religiöse und mindestens auch communale Freiheit.“³⁶ Die preußische Auffassung hinsichtlich der Nationalitätenpolitik steht der österreichischen ziemlich nahe, umso entfernter jener von List. List wollte keine Germanisierung in Ungarn, die Österreicher wünschten sie durch die Kolonisation zu erreichen, die Preußen endlich stellten eine nationalitätenpolitische Neugestaltung des Landes voran, um dann in das deutsch gewordene Land Kolonisten zu rufen. Bis dahin aber gedachte Preußen seinen alten amerikanischen Plänen nachzugehen.

Süddeutschland war vom österreichischen Projekt begeistert. Ein ungenannter Rheinländer schrieb voll Schwärmerei: „Mit wahrer Ungeduld erwarten die Freunde einer mächtigen mitteleuropäischen Entwicklung die Parzellierung der ungarischen Staatsdomänen und die weiteren Bestimmungen über die Einwanderung... Da nun Nordamerika nicht mehr

³⁶ *Wilhelm Roscher*: Kolonien, Kolonialpolitik und Auswanderung, II. Aufl., Leipzig—Heidelberg, 1856, S. 358—60.

lockend erscheint, von der Donau her aber immer noch keine einladenden Schritte geschehen, so sind die Auswanderungslustigen in wahrer Verlegenheit... Da spähen sie auf dem ganzen Erdball herum, aber nirgend will sich für den fleißigen Deutschen eine angemessene Zufluchtsstätte eröffnen.“ In Bayern besonders nahm man das Projekt sehr freundlich auf, wozu eine offizielle Unterstützung durch die Regierung nicht wenig beitrug. Das Baierische Volksblatt, von Dr. Leopold Müllergroß geleitet, beschäftigte sich wiederholt mit der Frage und die Regensburger Kaufleute entwarfen genaue Pläne, nach denen man die Siedler in Regensburg einschiffen und so die ganze Bewegung eigentlich in dieser Stadt beginnen solle. Die alte Stadt würde daraus nur Nutzen ziehen, „neu aufblühen durch innigere Beziehung zu unseren großen Kulturaufgaben im Osten“³⁸

Selbstverständlich und nicht zuletzt wandte *die österreichische Gesellschaft* selbst ihre Aufmerksamkeit der Idee zu, da ihr aus deren Verwirklichung nur Vorteile entspringen konnten. Nach Erscheinen der so lange erwarteten Kolonisierungsverordnung schlug der alte Kameralbeamte und verdienstvolle Verfasser einiger landwirtschaftlicher Schriften Josef Hubeny vor, ein amtliches „Kolonisierungsbureau“ in Wien aufzustellen, das dann aus der Kaiserstadt die Kolonisierung der ganzen Monarchie, hauptsächlich aber Ungarns, leiten sollte.³⁹ Und in einem Reisehandbuch, das für das große Publikum geschrieben war und nichts mit der Politik zu tun hatte, kann man in einer Naturschilderung der unteren Donau lesen: „Naturgemäß soll die Einwanderung, von welcher allein ein Umschwung der untern Donau zu erwarten ist, eben die Donau herab zu erwarten sein, soll eine deutsche Einwanderung sein! Colonien der romanischen Völker haben nie und nirgends großes geleistet... Möchte nur in Deutschland endlich auch die Wahrheit durchdringen, daß die Bestimmung der deutschen Stämme sie vielmehr auf den nahen angrenzenden Osten verweist als auf den fernen transoceanischen Westen... Sind die politischen, die Rechtsverhältnisse dort auch vor der Hand nicht in dem

³⁷ Austria, 1856, II. 15.

³⁸ Austria, 1859, I. 584—5.

³⁹ Praktische Anleitung zur Commassation der Grundstücke, Prag, 1859, S. 199 u. ff. In der Nationalitätenpolitik nimmt er keine Stellung ein, empfiehlt jedoch den Ungarn: „Möge man die Einwanderer als solche willkommene Gäste betrachten, welche Arbeits- und Schaffungskräfte, Consum und einen höheren Bodenswerth bringen, denen noch Anderes nachfolgen kann, manche Industrie, Verkehr und Geld“. (S. 243.)

Zustande, den deutscher Sinn verlangt und haben muß, so werden sie in ein paar Jahren sich entsprechend gestalten müssen."⁴⁰

Nach dem italienischen Kriege mußte die Idee der Kolonisation aufgegeben werden. Nun waren es die Preußen, die die neue Wahrheit in Worten formulierten: „Die Besiedlung der unteren Donauländer, Ungarns, der Donaufürstenthümer und der Türkei sind der Lieblingsgedanke aller derjenigen, die in der deutschen Auswanderung nach America... einen reinen Verlust für Deutschland... erblicken. Der Weg, den man zu diesem Zwecke zunächst betreten könnte, die Hinlenkung einzelner Ansiedler nach diesen Gegenden, wie sie nach Ungarn vor Kurzem von der österr. Regierung von Neuem ohne Erfolg versucht worden ist, würde hier nicht zum Ziele führen."⁴¹ Hatte also die amtliche österreichische Propaganda ihr Ende gefunden, so war damit auch der Gedanke einer Kolonisierung Südosteuropas aus der deutschen Öffentlichkeit verschwunden. Nur selten und in einzelnen Fällen sehen wir ihn wieder auftauchen. So mag es z. B. nicht wundernehmen, wenn der tüchtige österreichische Wissenschaftler Fritz Robert unter den Auswanderungsgebieten der Welt folgende Länder nennt: die Vereinigten Staaten, Argentinien, Australien, Brasilien und endlich Ungarn dem er ein besonderes Kapitel mit den einleitenden Worten widmet: „Ich will nun ein europäisches Gebiet in's Auge fassen, ein Gebiet, das eben deshalb, weil es gefahrlos und ohne große Kosten erreicht werden kann und weil jener märchenhafte Nimbus fehlt, mit dem der Europäer so gerne die überseeischen Länder ausstattet, unbeachtet bleibt, welches aber nichtsdestoweniger — mit praktischem Blick betrachtet — dem Auswanderer weitaus günstigere Chancen bietet, als die Länder 'weit über'm Meer'." Danach folgt eine genaue Beschreibung der Wirtschaftslage, wobei er betont, wie nötig die „Einfuhr einer strebsamen Mittelclasse" wäre, ohne jedoch dazu politische Stellung zu nehmen.⁴²

Bemerkenswerterweise taucht erst in den 80er Jahren zum ersten Male in der deutschen wissenschaftlichen Literatur der Gedanke auf, daß die Initiative zu einer deutschen Einwanderung nach Ungarn, obwohl diese für beide Länder nutzbringend sei, eigentlich von ungarischer Seite ausgehen und diese Frage, solange man sich dort um sie nicht kümmere, ruhen müsse.⁴³ Als aber in den 80er Jahren einerseits die „innere Koloni-

⁴⁰ Adolf Schmidl: Die Donau von Wien bis zur Mündung, Leipzig, 1859, S. 136.

⁴¹ Emil Lehmann: Die deutsche Auswanderung, Berlin, 1861, S. 97.

⁴² Zur Auswanderungsfrage, Wien, 1879, S. 65, 72—3.

⁴³ Artur v. Studnitz: Ungarn als Auswanderungsziel, im Arbeiterfreund, 1880.

sation in Deutschland" nach den polnischen Provinzen und andererseits die umfangreiche ungarische Landbevölkerungsauswanderung nach Amerika begonnen hatte, und dadurch Deutschlands nationale Bestrebungen auf einem anderen Gebiete beschäftigt wurden, in Ungarn hingegen sich klar erwies, daß das Land kaum seine eigenen Söhne ernähren könne, trug in Deutschland die außereuropäische Kolonialpolitik den Endsieg davon. Das angesehenste Organ der Volkswirtschaftslehre urteilte, „daß wenn einmal, namentlich in den slavischen Ländern, die nationale Bewegung in Fluß geräth, daraus für uns die tiefgehendsten Konsequenzen entspringen können. Nicht nur daß der Zuzug der tausende und abertausende von Deutschen, die in slavischen und ungarischen Städten bisher eine gewinnbringende Beschäftigung fanden, dann aufhören wird: auch die deutschen Kolonisten auf dem Lande dürften vor die Alternative gestellt werden, ob sie sich unbedingt dem fremden Volksthum unterwerfen oder in die alte Heimath zurückkehren wollen. An einzelnen Vorgängen dieser Art in Rußland, Ungarn und neuerdings auch in der Dobrudscha hat es schon bisher nicht gefehlt. Wir müssen demnach suchen, das, was wir im Osten unseres Welttheils bereits verloren haben oder doch im Begriff stehen zu verlieren, jenseits des Meeres wieder zu gewinnen.“⁴⁴ Das war der Ton eines Verzichtes, der alles, was verloren ist, aufgeben will. Der östliche Gedanke war gefallen, um der deutschen Kolonialpolitik Bismarcks den Platz zu räumen. Es vergingen Jahrzehnte einer europäischen Umgruppierung, bis der deutsche Interessenblick sich wieder nach Osten zu richten begann.

Diese große publizistische Tätigkeit in Deutschland, die ihr Ziel eigentlich nie erreichte, erregte selbst in *Frankreich Aufsehen*, wo man Deutschlands Schritte stets mit Aufmerksamkeit verfolgte und mit immer steigender Besorgnis den deutschen Zug nach Osten feststellte. Jules Duval schrieb von den Deutschen noch mit der objektiven Zurückhaltung des Wissenschaftlers: „Keine andere Rasse zeigt eine so mannigfaltige Neugierde nach den Gegenständen, ein so entschlossenes Vertrauen in die gastfreundschaftliche Aufnahme, die ihr von der Natur und Menschheit angeboten wird. Ja, er entdeckt es in allen jenen Ländern, welche ihre Pforte nicht völlig verschließen. In Osteuropa suchten die Deutschen die Magyaren in Ungarn auf, die Slaven in Polen und Rußland, die Rumänen an der Donau, die Türken und die Griechen... Nachdem die Revolution

⁴⁴ A. v. Miaskowski: Zur deutschen Kolonialpolitik der Gegenwart, Schmollers Jahrbuch f. Gesetzgebung, Jg. IX., Leipzig, 1885, S. 279.

von 1849 niedergeworfen, sollte die siegende Macht dieses unglückliche Land (Ungarn) wieder bevölkern... Es erfolgten einige Versuche dieser Art, ohne aber auch einen mittelmäßigen Erfolg zu erzielen. Das Fieber dezimierte die Auswanderer; die Ungarn, von politischer Unzufriedenheit und Rassenmißtrauen geleitet, bereiteten ihnen einen schlechten Empfang."⁴⁵ Seine objektive, kühle Feststellung verschleiert kaum die Tatsache, daß das Mißlingen deutscher Kolonisierungsversuche ihn beruhigt.

Der temperamentvolle A. Legoyt verlieh freilich seiner Auffassung viel deutlicheren Ausdruck. Da es den Deutschen an Kolonisierungsmöglichkeiten im Westen fehlte, so schreibt er, drangen sie nach Osten vor: „Sie nahmen Polen in Angriff und bereits sind die Deutschen im Herzogthume Posen, in Gallizien und in anderen Provinzen des alten Vaterlandes Kosciusko's fast so zahlreich vertreten, als die Slaven selbst. Ja in die dänischen Herzogthümer sind sie eingefallen, in Holstein und Schleswig, und schon retirirt das scandinavische Element vor ihnen. Auch in den russisch-baltischen Provinzen machen sie schon Miene zu dominiren. Ungarn haben sie tief durchsetzt, und in diesem Augenblicke steigen sie gemächlich auf beiden Ufern der Donau hinab und echelloniren ihre Route mit Ansiedlungen, die sie dann später durch eine ununterbrochene Reihe von Stationen verbinden werden."⁴⁶ Kurz gesagt, es war der „Drang nach Osten“, dessen Schatten die Franzosen in der donauländischen Kolonisierung erblickten und dessen Erscheinen sie fürchteten.

Die *ungarische Meinung* war, abgesehen von einem kleinen Pressestreit der Anfangszeit, einheitlich und zwar völlig ablehnend gegenüber jeder östlichen Kolonisation. Ja, das Thema wurde von den zwei berühmtesten Politikern des Reformzeitalters, von Széchenyi und Kossuth erörtert, die auch diesmal gegeneinander auftreten mußten. Kossuths Pesti Hírlap teilte Ende 1842 in einem Leitartikel die Gedanken Lists ohne irgendwelche Stellungnahme mit. Bald darauf wurde er von Széchenyis Organ, dem Jelenkor angegriffen, weil er „nun unseren deutschen Feinden die Hände drücke.“ Kossuth verteidigte sich sofort, indem er betonte, daß „derjenige ein betäubter Deutsche sein muß, der von der Germanisierung Ungarns träumt“⁴⁷, begann jedoch sich nunmehr erst dem Plane Lists zu

⁴⁵ Jules Duval: *Historie de l'émigration*, Paris, 1862, p. 56, 76—7.

⁴⁶ A. Legoyt: *L'émigration Européenne*, Paris, 1862, Da mir die Originalausgabe nicht zugänglich war, konnte ich nur den Übersetzungstext von J. J. Sturz: *Die Krisis der deutschen Auswanderung*, Berlin, 1862, S. 74 benützen.

⁴⁷ Pesti Hírlap, 11. Dez. und 29. Dez. 1842; Jelenkor Nr. 103; Vizsota Gyula: Széchenyi István írói és hírlapírói vitája Kossuth Lajossal, Bd. I., Budapest, 1927

nähern. Die zwei romantischen Politiker, beide von kühnen Plänen bewegt, trafen dann einander, ihre Freundschaft wurde durch Lists Reise nach Ungarn bestätigt. Kosuth würdigte jene unübersehbaren Machtmöglichkeiten, die List in seinem Plane Ungarn darbot; dessen Gedanke, daß Ungarn und Deutsche gemeinsam der russischen Gefahr gegenüberstehen sollten, wurde von dem Ungartum jener Zeit, das den als Panslavismus auftretenden russischen Imperialismus fürchtete und die Bekämpfung des „nördlichen Kolosses“ zur nationalen Mission erhob, herzlich aufgenommen. Széchenyi dagegen suchte, ohne die russische Gefahr zu verkennen, Ungarn von dem deutschen wirtschaftlichen und politischen Einfluß fern zu halten und wollte deswegen von einer deutschen Einwanderung, auch falls diese einen wirtschaftlichen Aufschwung für Ungarn mit sich brächte, nichts wissen. In den späteren Jahren aber, als List gestorben war und das österreich-ungarische Verhältnis sich verschärft hatte, mußte auch Kossuth seine frühere Auffassung revidieren. Ihm schien ein Ausgleich mit dem Deutschtum, wie ihn List sich vorgestellt, im Revolutionsjahre nicht mehr möglich, er mußte ihn, wie auch die Preußen, für unausführbar halten; nach der Niederwerfung des Freiheitskampfes bedeutete die Ausarbeitung des Donaukonföderationsplanes eine völlige Abkehr von der östlichen Kolonisationsidee. Diese fand danach keinen Vertreter mehr in Ungarn; die ungarische Auffassung stand, wie die Pressestimmen über die von Roth angeregte württembergische Einwanderung zeigen, geschlossen und unerschütterlich da, sogar unter Zustimmung der Vertreter des Deutschtums in Ungarn.⁴⁸

Der volkstümliche und beliebte Baron Josef Eötvös, wahrhaftig kein extremer Geist, verlieh der allgemeinen Meinung Ausdruck, als er die Frage aufstellte: „Glauben denn diejenigen, die jetzt die Kolonisation unseres Vaterlandes durch Deutsche als ihr Ziel gesetzt haben, den nationalen Ruhm der Deutschen dadurch heben zu wollen, daß sie unser Vaterland mit einigen hundert deutschen Bettlern bevölkern?“ Solange jährlich Hunderte von ehrlichen Széklerfamilien nach der Walachei auswandern müssen, dürfe man keine Fremden nach Ungarn rufen. „Unser Vaterland ist kein ödes Land, wohin der deutsche zur Landnahme kommen kann und wo die deutschen Zeitungen Siebenbürgens nach ihrer Herzenslust den

⁴⁸ Lists Pläne der ungarischen Eisenbahnen und des Verkehrswesens wurde in *Henszlmanns* Vierteljahrschrift aus und für Ungarn, Bd. II., 2-te Hälfte, 1843, S. 155 u. ff. angegriffen.

Grund verteilen können." („... hazánk nem pusztá föld, hova a német foglalni jöhet s hol az erdélyi német lapok kedvök szerint földet osztogathatnak.") ... Die ankommenden Deutschen sind „ungeladene Gäste (hivatlan vendégek); aber, wie der ungarische Spruch sagt, wenn sie schon gekommen sind, kann man sie doch nicht vertreiben." Gegenüber Roths Bestrebungen und der daranschließenden Presse vertraten seine Worte mit Würde und Besonnenheit den ungarischen Standpunkt.^{48a}

Die Jahre des Absolutismus, die schwierigste Zeit der ungarischen Presse, stellten die Publizisten vor eine harte Aufgabe. Trotzdem verstanden sie es, ihre Meinung in den gebotenen Schranken der strengen Zensur leichtverständlich zu äußern und mit Mut ihrer Ablehnung Ausdruck zu verleihen. Der berühmteste unter ihnen, *Baron Sigismund Kemény*, gab ein klares und sicheres Urteil ab, das dann von der ganzen Gesellschaft übernommen wurde: „Die Kolonisierung wird entweder im Interesse derjenigen geplant, welche aus Deutschland auswandern wollen, damit sie bei uns leben können; oder in unserem Interesse, wobei die Bevölkerung, die Landeskultur und das Gewerbe auf einen höheren Stand kommen könnten. Wenn die Kolonisierung im Interesse der auswanderungslustigen deutschen Proleten, im Interesse der zahlenmäßigen und keineswegs nach dem inneren Werte bemessenen Vermehrung des deutschen Elementes beantragt wurde, so ist sie eine derart parteiische Maßnahme, daß sie bei der garantierten Gleichberechtigung der Nationalitäten und Sprachen allzu sonderbar berühren muß; wenn sie aber in unserem Interesse erwogen wurde, um die Zahl unserer Bewohner zu vergrößern, damit es mehr Mäuler gebe, welche verzehren, und mehr Hände, welche produzieren wollen, so müssen wir betonen, daß diese Maßnahme nach unserer bescheidenen Meinung, völlig überflüssig ist. Also: entweder ist sie parteiisch oder überflüssig." Die ungarischen Grundbesitzer würden eine fremde Kolonisierung, wie auf Grund der Erfahrungen anzunehmen sei, kaum unterstützen. So bleibe nur die Möglichkeit einer Ansiedlung auf Staatsdomänen oder durch fremde Unternehmer. Die erste sei nicht mehr möglich, denn, wie er Höfken beweisen könne, hätten die Staatsdomänen mit der Allodialbefreiung auch ihre Existenzberechtigung verloren. „Die fremden Unternehmer könnten auch nur wenige Ansiedler unterbringen. Und weil ihr Versuch im höchsten Grade unpopulär wäre, müßte sich bald herausstellen, daß der Kolonist allein und von Feinden umgeben dastehe, welche nur durch die Strenge der Macht, nicht aber durch an-

^{48a} Pesti Hírlap, 10. April 1846.

dere Schranken gebändigt würden... Auf Grund der mitgeteilten Gründe glaube ich, daß das Endergebnis einer durch Privatunternehmer versuchten Kolonisierung eine dreifache Unzufriedenheit wäre." Erstens könne der ungarische Boden den märchenhaften Versprechungen der gewissenlosen Werber nicht entsprechen, zweitens seien die ungarischen Agrarverhältnisse den deutschen gegenüber gar nicht so sehr günstig und drittens würde das durch die Kolonisation gestörte Gleichgewicht der Nationalitäten in Ungarn zu erbitterter Unzufriedenheit führen.⁴⁹

Kemény's Konzeption ist klar und einfach, indem er zuerst die nationalitätenpolitische und dann die ökonomische Seite des Planes einer Kritik unterzieht: die folgenden Jahre gaben ihm und nicht seinen Gegnern Recht. Seine Auffassung wußte er auch in seiner Polemik mit der Ost-Deutschen Post zu verteidigen⁵⁰, wobei er auch die Meinung vertrat, daß die ungarische Auffassung auch der mächtigen deutschen öffentlichen Meinung gegenüber nicht zu verschweigen, vielmehr mutig zu verkünden sei. Zur wirtschaftlichen Seite der Kolonisation stellte seine Zeitung jene ungarische Forderung auf, die dann jahrzehntelang, bis zum Zusammenbruch der Monarchie, einen wichtigen Punkt des ungarischen Nationalprogrammes bildete: „Wenn man die Vermehrung des landwirtschaftlichen Proletariates deswegen befürchten muß, weil die Entwicklung des Handwerkes im Vergleich mit den Bedürfnissen der Volksvermehrung und des Volkslebens zurückgeblieben ist“, so müsse man in Ungarn eine industrialisierende Wirtschaftspolitik einleiten.⁵¹

Die ganze Nation teilte Kemény's Ansicht und alle ungarischen Publizisten dieses Zeitalters bekämpften die Idee der Kolonisation. Unter den weniger bedeutenden Schriftstellern fügte *Johann Török*, der wegen seiner Beziehungen zu der Regierung von den Patrioten verdächtigt wurde, noch ein Argument jenen Kemény's hinzu: „Es herrscht eine falsche Meinung im Auslande, daß der ungarische Bauer mehr Grund habe, als er zu bebauen im Stande sei.“ Das Land besitze eine Anzahl von Kleinbauern, deren Leben ein höchst dürftiges sei: „in den Händen des urbarialen Volkes befände sich kein genügender Boden.“ Daher stünde es außer

⁴⁹ Die Gedanken wurden zuerst im *Pesti Napló*, 11., 13. und 14. Febr. 1851, Nr. 278, 280, 281 niedergelegt und dann mit unwesentlichen Veränderungen in *Kemény's* Flugschrift: *Még egy szó a forradalom után*, Pest, 1851 (S. 109—118) übernommen.

⁵⁰ *Pesti Napló*, 21., 22., 23. Juli 1851.

⁵¹ „Mennyiben földművelési proletárság kifejlődésétől azon okból lehetne tartani, mivel a műpar fejlődése a népszaporodás s a népélet szükségéhez képest hátramarad“ stb., *Pesti Napló*, 12. Sept. 1851.

Zweifel, daß man zuerst die ungarische Not beseitigen müsse.⁵² Seine berechtigten Worte verhallten ungehört und als er später, als Redakteur des *Pesti Napló* und *Magyar Sajtó*, die österreichischen und deutschen Kolonisationspläne heftig widerlegte, wurde er auch der österreichischen Polizei verdächtig.⁵³ Diese Einstellung war jedoch in Ungarn so volkstümlich, daß sich sogar sein Anzeiger, der Journalist Pompéry, bemüßigt sah, einen anonymen Artikel gegen die Kolonisation zu verfassen.

Bald kamen aber Jahre, in denen die Presse, in harte Zensurgrenzen gebunden, kaum ihre Meinung äußern durfte. Diese trat nur in den Nachrichten über die mißlungenen Kolonisierungsversuche zu Tage. So konnte der *Pesti Napló*, nachdem er das traurige Schicksal der Ehrenbergschen Kolonisten mitgeteilt hatte, einen kurzen, doch vielsagenden Satz nicht verschweigen: „Dazu ist kein weiterer Kommentar nötig!“⁵⁴ Ja, jeder Leser war von dem Bewußtsein erfüllt, daß das ungarische Volk und der ungarische Boden eine fremde Kolonisation niemals begünstigen würden. Da das freie Wort unterdrückt war, konnte man die Ansicht der Nation nur zwischen den Zeilen der Tagesneuigkeiten verbergen, die Übertreibung der Berichte galt manchmal, als patriotisches Verdienst. So erwähnte das *Magyar Sajtó* in einem Bericht aus Nagyköros einen traurigen Vorfall, wonach ein Israelit, namens Blau, 500 Familien aus Mähren und Böhmen zur Übersiedlung nach Ungarn veranlaßt, diesen gegen 15.000 fl. Kautions entlockt habe, und daß ungefähr 300 Familien, als sie in Ungarn eintrafen, weder Grundstücke, noch Wohn- und Wirtschaftsgebäude vorgefunden und auch ihre Kauttionen eingebüßt hätten.⁵⁵ Die oberste Polizeibehörde forderte von der ungarischen Statthalterei sofort eine Untersuchung, bei der sich herausstellte, daß im Sommer 1855 mehrere Familien aus Böhmen mit Empfehlungsschreiben des evangelischen Pastor Foltes bei Pardubitz nach Ungarn gezogen seien, von denen einige bei Arad ein gutes Unterkommen gefunden hätten, die meisten jedoch in ihre Heimat zurückgekehrt seien; die Geschichte sei im Übrigen völlig aus der Luft gegriffen.⁵⁶

⁵² In seiner anonymen Flugschrift: *Magyar életkérdések összhangzásban a közbiródomi érdekekkel*. Irta: Gr. Széchenyi István egyik tanítványa s tisztelője, Pest, 1852, S. 30—31, wo er die Notwendigkeit einer Industrialisierung des Landes betont.

⁵³ *Angyal, Dávid*: Kecskeméthy Aurél és Falk Miksa elkobzott levelezése, Budapest, 1925, S. 93—4, 141, 193.

⁵⁴ *Pesti Hírlap*, 7. Aug. 1851.

⁵⁵ *Magyar Sajtó*, 19. Sept. 1855, Nr. 66.

⁵⁶ M. C. G. 19008:1855



Nun folgten Jahre, in denen die Presse über die ganze Frage schweigen mußte. Das ungarische Publikum verstand dieses Schweigen. Man wußte, daß dies keine Stellungsaufgabe bedeute und nur unter dem Zwang der drückenden Verhältnisse geschehe. Als endlich die Kolonisierungsverordnung erschien, beschränkte sich das Organ der ungarischen Landwirte auf die Wiedergabe des Textes, ohne eine eigene Bemerkung hinzuzufügen.⁵⁷ Der Pesti Napló enthielt sich ebenfalls einer selbständigen ungarischen Meinungsäußerung, er übersetzte nur in seinem Leitartikel den des Österreichischen Correspondenten und wagte erst nach einigen Tagen, auf das Thema zurückzukommen. Er berichtete, daß die Deutschen aus dem Banat nach Serbien wandern wollten, welche Tatsache klar bewiese, daß sie keine eingewurzelten Bewohner Ungarns seien. Darum wäre ihnen freie Bahn zu lassen und ihre leer gewordenen Plätze mit den Csángómagyaren zu besetzen.⁵⁸ Diese Worte fanden starken Widerhall in den ungarischen Herzen. Die ungarische Gesellschaft stand einheitlich und zielbewußt der fremden Propaganda gegenüber und ihre Haltung wurde würdig belohnt.

IV. Die ersten Regierungsmaßnahmen.

Im *ständischen Ungarn* hatte das Wanderungs- und Siedlungswesen niemals den Gegenstand staatlicher Gesetzgebung gebildet. Die Zusammenarbeit der Stände mit dem König in der Gesetzgebung war ein viel zu verwickelter Verhandlungslauf, als daß sie sich mit einem Problem, das dem staatsrechtlichen Gesichtspunkte des Ständetums so entfernt lag, hätte beschäftigen können. Der letzte Ständetag, auf dem die Opposition über Einwanderungsfragen verhandeln wollte, brachte nur die Durchführung der wichtigsten, hauptsächlich staatsrechtlichen Reformen. Die Siedlung dagegen bildete einen Teil der grundherrschaftlichen Rechte. Jeder Herr konnte auf seinem Besitze schalten, wie es ihm gut dünkte, und der adelige Landtag hätte wohl jedes Bestreben, diese Privilegien einzuschränken, nur übel aufgenommen.

Der ständischen Auffassung nach konnte jeder Untertan ungehindert wandern, sofern dagegen keine grundherrlichen oder landesherrlichen Einwendungen erhoben wurden. Die landesherrlichen Rechte, welche im

⁵⁷ Gazdasági Lapok, 1859, S. 27, 44.

⁵⁸ Pesti Napló, 30. Dez. 1858 und 6. Jan. 1859.

Falle des Überschreitens der Landesgrenze wirksam wurden, bestanden aus einem, nach der Größe des Auswanderervermögens zu entrichtenden Abfahrtsgelde. In Österreich wurde die Auswanderung mehrmals geregelt, zuletzt von Kaiser Franz I. Sein Auswanderungspatent vom 24. Mai 1832 unterscheidet gesetzliche und unbefugte Auswanderungen, welche letzte strafbar waren.¹ Die Erlangung der behördlichen Auswanderungserlaubnis wurde immer mehr erleichtert, da in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts, als Auswirkung des Merkantilismus, durch zweiseitige Verträge und Abkommen mit den einzelnen Auslandsstaaten die Abfahrtsgelder abgeschafft und die gegenseitige Freizügigkeit anerkannt wurde.

Im *neuen Regime* wurde die Giltigkeit der Verträge auch auf Ungarn *ausgedehnt*² und hinsichtlich des Gesamtstaates auch weitergebildet. Die Märzverfassung von 1849 enthält deren Bestätigung: „Die Freizügigkeit der Person innerhalb der Reichsgränzen unterliegt keiner Beschränkung. Die Freiheit der Auswanderung ist von Staatswegen nur durch die Wehrpflicht beschränkt... Die Freizügigkeit des Vermögens innerhalb der Reichsgränzen unterliegt keiner Beschränkung. Abfahrtsgelder von den in das Ausland abziehenden Vermögenschaften dürfen nur in Anwendung der Reciprocität erhoben werden.“ Die gegenseitige Freizügigkeit wurde durch neue Verträge erweitert, so mit den Vereinigten Staaten, dann mit Württemberg, Sachsen-Koburg-Gotha, Sardinien und der Schweiz; die alten Abkommen mit Preußen und Hannover wurden den neuen Reichsverhältnissen angepaßt, indem ihre Wirksamkeit nunmehr auch auf Ungarn und dessen Nebenländer ausgedehnt wurde.³ Freilich hatte dies angesichts der Bevölkerungsarmut hier nur negative Bedeutung. Aus Ungarn zogen keine Auswanderer in die fernen Weltteile, wohl aber standen seine Grenzen den Einwanderern, hauptsächlich den Deutschen offen. Seine Landstriche lagen nun, anders als in den 40er

¹ Der Wirkungskreis des Auswanderungspatentes wurde in Ungarn erst durch das Zivilgesetzbuch (1. Mai 1853) eingeführt.

² Landesgesetzblatt f. Ungarn, 1851, S. 502.; Reichsgesetzblatt, 1858, S. 505—8.

³ Reichsgesetzblatt 1849, S. 153; 1850, S. 841; 1853, S. 653; 1852, S. 292, 676, 39—40, 813; 1853, S. 830—1. Hinsichtlich der Gerichtsbarkeit der Auswanderungsangelegenheiten Reichsgesetzblatt 1849, S. 346 und 1859, S. 546. Der Handelsminister verfügte mit 21. Dez. 1848, daß jene Leute, die nach überseeischen Ländern auswandern wollen, behördlich gewarnt werden, solange nicht aufzubrechen, bis ihre Schiffskarten nicht gelöst sind, weil sie ohne Barmittel ohnehin nicht in Amerika an Land gehen könnten. (Rgbl., 1849, S. 51—62.)

Jahren, ungeschützt da und als Freibeute für jede Einwanderungsaktion; so ist es nicht zu verwundern, daß auch die Abenteuerer, jene leidigen Begleiter aller Auswanderer, ihre fragwürdige Tätigkeit hierher verlegten.

Diese Maßnahmen waren nur ein Auftakt. Das Spiel begann erst in den Szenen des *Ministerrates*. Ungarns Kolonisierung beschäftigte am 1. Okt. 1849 zum ersten Male das Ministerium, also in einer Zeit, da Schwarzenberg und Cordon über die Deportation-Auswanderung der Ungarn verhandelten. *Der Minister für Landeskultur v. Thinnfeld*, ein Großunternehmer ohne politische Erfahrungen, verteilte bereits eine Denkschrift über diese Frage unter seinen Kollegen und betonte im Ministerrat nachdrücklich, daß das Kolonisierungswerk eine Aufgabe des Staates sei, der auf seinen ungarischen Domänen mit Hilfe der ihm unterstellten Gesellschaften den Plan ausarbeiten und verwirklichen solle. Selbstverständlich forderte er, daß die ganze Frage seinem Ressort unterstellt werde, da nur sein Ministerium über die nötigen Fachleute und Mittel verfüge.

Finanzminister Freiherr v. Krauß erhob sofort Einwendungen. Er war ein alter Beamter, der auf der üblichen Stufenleiter sein hohes Amt erreichte. In den staubigen Arbeitsräumen der Verwaltung hatte er sich in die alte Tradition des Kleinbauernschutzes vertieft. Krauß, das einzige Mitglied des Ministerrates, das der ungarischen Sprache mächtig war,⁴ lehnte den Plan einer Besiedlung mit Hilfe von Aktiengesellschaften strikte ab, da solche Unternehmungen nur ihren eigenen Vorteil, nicht aber das allgemeine Wohl im Auge hätten. Dagegen betonte er, daß man in Ungarn, dem Lande der Großgrundbesitzer, die kleinbäuerliche Ansiedlung fördern müsse, wie es in den Zeiten Maria Theresias und Josefs II. geschehen sei. Kriegsminister Freiherr v. Cordon schloß sich seinen Ansichten an. So wurde ein Mittelweg eingeschlagen und beschlossen, im Ministerium für Landeskultur *einen Ausschuß*, bestehend aus Delegierten des Landeskultur-, Innen-, Justiz-, Handels- und Finanzministeriums zu bilden, welcher die nötigen Erhebungen hinsichtlich der Lage der ungarischen Staatsdomänen pflegen und genaue Pläne ausarbeiten solle.⁵ Als Präsident des Ausschusses fungierte von Thinnfeld selbst, als Mitglieder wurden ihm die Ministerialräte v. Kleyle, Referent der Ko-

⁴ Über seine Persönlichkeit: Philipp Freiherr v. Krauß. Ein Nekrolog, Wien, 1861.

⁵ M. R. 3498:1849.

lonisationsangelegenheit im Finanzministerium, dann der ungarische Referent dortselbst, v. Szögyény, ein alter Kameralbeamter, der trotz seinem jahrzehntelangen Aufenthalt in Wien seine ungarische Gesinnung nie aufgegeben hatte, weiters v. Zellner, v. Koller und die Sektionsräte v. Nagy, v. Leszner und Dr. Höfken beigegeben. Sie begannen mit ihren Beratungen am 22. Okt. 1849, um sie jedoch bald wieder einzustellen.

Thinnfeld wollte nämlich diese Einschränkung seines Wirkungskreises nicht ruhig hinnehmen. Einige Tage später brachte er die Frage wieder zur Behandlung, und verlangte, da die königlichen Domänen ohnehin seinem Ministerium unterständen, auch die Zuweisung der gesamten Kolonisationsfragen. Das Kabinett Schwarzenberg, das auch die größten Reformen mehr aus persönlichen Gesichtspunkten, als meritorisch zu betrachten pflegte, widerrief jetzt seinen ersten Beschluß und forderte den Ackerbau- und den Finanzminister auf, über Zahl, Lage und Wert der Kamalgüter in Ungarn einen gemeinsamen Vortrag dem Ministerrat vorzulegen.⁶ Für das von ständigen persönlichen Kollisionen beunruhigte Kabinett war aber damit die Sache noch nicht abgetan. Im Jänner 1850 betrieb der emsige Bach die Erledigung, da sich täglich viele Leute über die Einwanderungsmöglichkeiten nach Ungarn erkundigten und zur Ansiedlung meldeten. Nun wurde doch dahin entschieden, daß der schon einmal ernannte Ausschuß seine Tätigkeit aufnehme und unverzüglich Vorschläge unterbreite.⁷

Es mag nicht wundernehmen, daß *der Plan* erst nach Ablauf eines Jahres dem Ministerrat vorgelegt, endlich dem Kaiser eingereicht (23. Okt. 1850) und von ihm angenommen (18. Nov.) wurde. Das Stückwerk, das nach einigen kleineren Abänderungen in Wirksamkeit trat, enthält nur einige Grundsätze, die für eine reale Ausführung bei weitem nicht genügten. „Die Kolonisazion bezweckt, lautet es in der Einleitung, den östlichen, von der Natur reich gesegneten Kronländern die fehlende Arbeitskraft, das mangelnde Kapital zuzuführen. Es handelt sich also darum, *wohlhabende, des Landbaues kundige Einwanderer* in diese Kronländer zu bringen. *Kein Volksstamm* soll und wird von der Einwanderung *ausgeschlossen* werden: *Gemeinden der verschiedenen Nationalitäten* sollen, wenn sie die nöthigen Erfordernisse nachweisen, bei ihrer Ansiedlung die gleiche Unterstützung genießen“, aber die verschiedenen Nationalitä-

⁶ M. R. 3873, 3890:1849.

⁷ M. R. 317:1850

ten und Religionen dürften nicht vermengt werden. Die Ansiedlung, so besagt die meritorische Erläuterung, solle in organischen, zusammenhängenden Gemeinden vollzogen werden, weil nur diese Form das Gedeihen des Unternehmens sichern könne. Jeder Siedler solle der freie Eigentümer seines Bodens werden, der durch die Parzellierung der ungarischen Kameralgüter, in erster Reihe der Arader Prädien gewonnen werde. Hinsichtlich Verteilung der Parzellen habe der Staat nicht selbst mit den Einzelnen zu verhandeln, vielmehr sich der Hilfe entweder von Gesellschaften oder Auswanderungsvereinen oder einzelner Männer zu bedienen, die Aufstellung solcher Unternehmungen werde sowohl für den Staat, wie auch für die Einwanderer eine Erleichterung schaffen. Dem Einwanderer ermöglichten sie Zahlungserleichterungen, dem Staate die sichere Erlangung des Kaufpreises. Als Einwanderer würden nur Vermögende zugelassen, welche durch Reise-Erleichterung, Befreiung vom Militärdienste, Haus- und Erwerbssteuer-Immunität und unentgeltliche Grundüberlassung für Municipalgebäude begünstigt würden.⁸

Der Großkapitalist Thinnfeld hatte also den Sieg davongetragen. Seine Wünsche, auch hinsichtlich seines Ressorts, fanden nach einjährigem Streit doch ihre Erfüllung. Aber das ohnehin lückenhafte Projekt, das nicht alle jene Probleme enthielt, über die in den folgenden Jahren verhandelt wurde, war auf Sand erbaut. Zwei Grundpfeiler fehlten vollkommen. Zuerst: die Aneignung des Bodens in Ungarn war ein nach dem Sturz der ständischen Verfassung noch nicht geordnetes Rechtsgeschäft und eine Parzellierung der Kameralgüter hätte langwierige Prozesse nach sich gezogen. Sodann: es gab keine Siedlungsgesellschaft und keine Auswanderungsvereine innerhalb der Monarchie, welche die ihnen zugewiesene Rolle hätten auf sich nehmen können. Das Resultat der Ministerberatungen war gleich null, und verfolgte man diese Richtung, so war ein wirkliches Ziel nie zu erreichen.

V. Die Bewerber.

Man könnte leicht behaupten, daß die Gesellschaft und auch das einfache Volk das ungarische Kolonisationsproblem viel ernster auffaßten, als die Regierung. In den übevölkerten Reichsteilen, in denen schon seit Generationen das Märchen vom Bodenreichtum Ungarns lebte, sehnte

⁸ M. R. 3708, 4397:1850. Unterstreichungen im Original.

man sich nach jenem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten. In ihren Vorstellungen wurde Ungarn das Land der Träume, mit allen Gaben Gottes gesegnet, wo der fruchtbare Boden die fremden Hände erwarte, um seine Schätze in üppiger Fülle hervorzubringen. Aus den von Elend und Not heimgesuchten Provinzen zog es sie dorthin, um sorgenlosen Wohlstand zu erlangen. Ganze Dörfer meldeten sich, welche nach Ungarn auswandern wollten, und glücklich wähnte sich, wer ungarischen Boden betreten konnte.

Das erste unter diesen Dörfern war *die deutsche Kolonie zu Ibraila*,¹ aus der sich 40 Familien durch Vermittlung des österreichischen Konsuls meldeten und um Übersiedlung nach Ungarn baten. Der Konsul unterstützte ihre Bittschrift, hob ihren Fleiß und ihre Fachkenntnisse hervor und betonte, daß sie wohlhabend seien und nur für den Bau ihrer Häuser eine Unterstützung benötigten. Seiner Ansicht nach sei die Angelegenheit so spruchreif, daß es sich nur mehr darum handeln könne, in welcher Gegend Ungarns sie anzusiedeln seien. In Wien wurde die Bittschrift dem Ministerium für Landeskultur zugewiesen, was gleichbedeutend war mit ihrer endgültigen Beiseitelegung.²

Der ohnehin schon notleidenden Gebirgsgemeinde *Mareit* (in Tirol), die überdies durch Hochwasser schwer getroffen war, wollte Minister Bach dadurch Hilfe bringen, daß er für die „Aufnahme für einige dieser größtentheils armen Familien auf den Cameral Herrschaften in Ungarn“ eintrat. Sein Plan stand in scharfem Widerspruch zu den jüngst aufgestellten Grundsätzen einer ungarischen Kolonisation, da man diese Tiroler Familien weder als wohlhabende, noch als in den ungarischen Landwirtschaftsverhältnissen kundige Individuen bezeichnen konnte. Dieser krasse Widerspruch bereitete jedoch dem Ministerium keinerlei Sorge, es verfolgte ja ganz andere Ziele. Bachs Plan konnte nur darum nicht zur Ausführung gelangen, weil die ohnmächtige Finanzverwaltung auch damals noch, da bereits 4 Jahre seit der Niederwerfung des ungarischen Widerstandes verflossen waren, nicht über ihre Kameralgüter verfügen konnte.³ Aus demselben Grunde wurde der Bittschrift der Bewohner von Ebenthal keine Folge geleistet, die „in der Voraussetzung, daß ... die An-

¹ Es handelt sich wahrscheinlich um einen Teil jener ungefähr 500 Deutschen, welche 1842—43, von Not getrieben, aus der Gegend von Akiermann (Bessarabien) nach der unteren Donau zogen, aber auch dort keinen genügenden Siedlungsraum fanden.

² M. R. 981:1852.

³ Archiv des Finanzministeriums in Wien (später mit F. M. bezeichnet) 49552:1853.

siedlung mehrerer *gänzlich besitzloser und verarmter* deutscher Familien auf Kameralgründen in Ungarn beabsichtigt werde", verlangten, „daß auch sie bei dieser Gelegenheit mit Colonial-Ansäßigkeiten betheilt werden mögen.“⁴ Waren also schon die Grundsätze an sich machtlos, die Verwaltung übertraf sie noch darin.

Umsomehr wucherten *private Pläne und Projekte* aus dem Boden, die meistens nur schriftlich dem Ministerium vorgelegt, bisweilen aber auch in Druck festgehalten wurden. Was hier mit neuen Ideen kam, waren teils redliche Patrioten, die zur wirtschaftlichen Besserung beitragen wollten, teils fachkundige Nationalökonomten, die ihre Theorien jetzt in Ungarn, als einem Versuchsboden, verwirklicht sehen wollten, teils endlich gewissenslose Spekulanten, die in der Idee des Augenblickes nur ein Mittel suchten, um Glück und Gunst für sich selbst zu finden. Aus diesen Strömungen entstanden jene Projekte, die nur allzu selten tatsächlichen Wert in sich bargen.

In den Tagen, da Fürst Windischgrätz Ungarn zu seinen Füßen glaubte, wandte sich neben Anderen ein Wiener Architekt, *Wenzel Herzig*, mit seinem Elaborat an das Ministerium des Innern (14. März 1849). Er wolle, so erklärte er, der Lage der überbevölkerten deutschen Provinzen abhelfen und darum „den Vorschlag machen, die ungarischen noch öden und unbenützten Länderstrecken vollkommen zu bevölkern, wodurch 6 Millionen Menschen angenehme Existenz finden können," 800 Quadratmeilen von „nicht gehörig kultivierten Ländern" seien zu besiedeln, dadurch die große Zahl der Arbeitslosen, die in Ungarn nach Aufhebung der Leibeigenschaft und Unterdrückung des Freiheitskampfes ein schweres Problem bildete, zu vermindern und „die revolutionären Umtriebe" zu unterbinden. Er legt ausführlich jene Vorteile dar, die durch eine Ansiedlung zu erreichen wären: Entsumpfung der Moore, Bau von Straßen, Schiffbarmachung der Flüsse u. s. w., Leistungen, welche das allgemeine Volkswohl günstig beeinflussen. Auch einer vernünftigeren Verteilung der Bevölkerung könne diese Kolonisation nützen. Im gewerbetreibenden Böhmen wohnten z. B. 4900 Seelen auf einer Quadratmeile, in Mähren 4500, dagegen in Ungarn nur 2700, in Siebenbürgen 2000 und an der Militärgrenze sogar nicht mehr als 1820. Auch innerhalb des Landes sei der Kontrast zwischen den dichtbewohnten Teilen der westlichen Randgebirge und der menschenleeren Tiefebene unnatürlich, welch letzte wieder in ein-

⁴ F. M. 48887:1854. Unterstreichung im Original.

zelen Gegenden eine überstarke Siedlungshäufung zeige, wo in 70 Ortschaften 380,000 Köpfe wohnten. Die „Kornkammer Europas“ müsse ein neues, den Verhältnissen entsprechendes Siedlungsbild erhalten: „Um nun die ungarischen Länder allseitig vollkommen kultiviren, eine ordentliche ausgedehnte Viehzucht betreiben, auch Industrie und Handel auf eine hohe Stufe bringen zu können, sind beiläufig 3500 Einwohner pro Quadratmeile nöthig, wodurch sich die Einwohnerzahl Ungarns auf 20,500,000 Menschen belaufen, daher um 6,180,000 Einwohner vermehren würde, die aber gleichmäßiger verteilt werden müßten, als es bisher geschehen ist. Diese Kolonisten müßten meist aus den deutschen übevölkerten Ländern, als Belgien, Niederlande, Sachsen, u. s. w. und aus den Grenzgegenden Böhmens und Mährens entnommen werden, da in diesen Ländern meistens eine erwiesene Übervölkerung stattfindet, und daher viele dortige Einwohner zur Auswanderung nach Nordamerika genöthigt sind. Ich bin überzeugt, daß jeder Deutsche mit seinem wenigen Gelde sich lieber in Ungarn, als in den nordamerikanischen Ländern ansiedeln“⁵ will, da hier die Reisespesen viel billiger seien. „Er wird sich lieber in Ungarn festsetzen, weil er das Bewußtsein hat, unter Deutschen leben zu können.“ Wenn man von jenen deutschen Provinzen, wo die Bevölkerung mehr als 4000 Köpfe pro Quadratmeile betrage, den über 4000 sich ergebenden Überschuß in Ungarn ansiedle, wäre das Bild folgendes:

Name des Landes	Überschüssige Einwohner pro Quadratmeile	Gebiet in Quadratmeilen	Also überschüssige Kopfzahl
Königreich Sachsen	2470	351	866,970
Herzogtum Sächsisch-Altenburg	1250	24	30,000
Großherzogtum Hessen	1460	153	233,380
„ Baden	853	275	234,575
„ Nassau	850	85	72,250
Königreich Württemberg	800	421	336,800
Fürstentum Reuß	860	7	6,020
„ Lippe	112	20 2/3	2,300
Königreich Belgien	3880	535	2,073,660
Königreich Niederlande	1080	629	673,920
„ Böhmen	900	950	857,700
Markgrafschaft Mähren	470	498	234,060

⁵ Das Aktenstück wurde durch den Brand des Justizpalastes 1927 sehr beschädigt, zu manchen Teilen vernichtet. Von dieser Stelle an sind einige Zeilen unlesbar.

Die dadurch gewonnene Menschenzahl betrage insgesamt 5,621,635, was ungefähr der Zahl des ganzen damaligen Ungartums gleichkam. Ungarns Einwohnerzahl würde auf 19,100,000 ansteigen und die Bevölkerungsdichte 3265 pro Quadratmeile betragen.

Um für diese Einwanderermenge Platz zu schaffen, müsse man Städte und Dörfer gründen, über deren Lage und Verteilung er eine Karte beischloß.⁶ Auf dieser Grundlage wäre eine Industrialisierung Ungarns möglich. Böhmen nehme für seine Gewerbeprodukte jährlich mehr als 141,000,000 fl. ein, Ungarn, das eine $3 \frac{1}{5}$ mal so große Bevölkerung besitze, nicht einmal 100 Millionen fl., obwohl ihm nach dem Verhältnis 560 Millionen zukämen. Im letzten Teil seiner Schrift beschäftigt sich Herzig mit der technischen Ausführung der Siedlung, dem Ankauf des Bodens aus Privatbesitz durch den Staat, der Amortisation des Kapitals, der Festlegung der Siedlungsplätze, Materialfragen u. s. w.

Herzigs Werk ist tatsächlich großzügig und nicht ohne Sachkenntnisse aufgebaut. Einige seiner Bemerkungen sind auch heute noch nicht veraltet und sein Aufbauprogramm zeigt einen gewissen Blick für die tatsächliche Lage. Wäre es zur Ausführung gekommen, so hätte dies große Veränderungen in Ungarn hervorgerufen, die ganze ökonomische Struktur wäre modernisiert gewesen, das gesamte nationale Bild des transleithanischen Reichsteiles hätte ein anderes Profil erhalten. Gemäß der österreichischen Statistik, die ja für die Ungarn höchst ungünstige Zahlen angibt, waren damals 37.9% der Bevölkerung in Ungarn ungarisch, womit das Ungartum die relative Mehrheit bildete. Das Deutschtum umfaßte nur 10.3%.⁷ Bei Ausführung des Projektes Herzig, wäre die ungarische Proportionsziffer auf ungefähr 28.1% gesunken, die deutsche hingegen auf 36.7 gestiegen, womit sie die nationale Mehrheit des Landes hätte bilden können. Aber die Regierung war einer solchen Aufgabe nicht gewachsen. Das Ministerium sprach für das Projekt seinen Dank aus, mit dem Zusatz, daß man es bei Gelegenheit verwenden werde. Einige Monate später meldete sich Herzig wieder und wurde abermals abgewiesen.⁸

Sein Erscheinen bedeutet das Auftreten der modernen kapitalistischen Wirtschaftsform, welche mit starkem Kapitaleinsatz die Durchführung

⁶ Die Karte ist vom Feuer fast bis zur Unkenntlichkeit beschädigt.

⁷ Nach *Joseph Hain*: Handbuch der Statistik des österr. Kaiserstaates, Wien 1852, I. 244 u. ff. errechnet.

⁸ Staatsarchiv d. Innern u. d. Justiz in Wien (später mit S. I. J. bezeichnet), Zl. 2107 und 5110/M. I. 1849, Sign. 17.

großzügiger Unternehmungen anstrebt. Aber zu gleicher Zeit und zu gleichem Zwecke meldete sich auch die alte ständische Auffassung in der Person eines ungarischen Großgrundbesitzers. Der königliche Kämmerer *Karl Skerlec* zu Lomnica wurde beim König bittlich um Verleihung des Kameralgutes *Királyerdő* „zum Behuf der Colonisation derselben mit deutschen Ansiedlern... Da aber die Bewirtschaftung, fügt er hinzu, der zu dem Behufe mir Allergnädigst zu erleihenden ausgedehnten Besitzungen durch die Roboten-Aufhebung und die dadurch nothwendig gewordene namhafte Geldverwendung dem Ärar bedeutend erschwert ist, wurden die zahlreichen, wohlhabenden Auswanderer, die nach Amerika zu ziehen beschlossen, mit größerem Vortheil und um so größerer Bereitwilligkeit sich zur Ansiedlung in Ungarn herbeilassen, da sie in Zukunft nicht mehr jene Hindernisse zu besorgen hätten, welche ihnen vormals die Willkühr einer widerstrebenden Parthei entgegenwälzte.“

Die ungarische Finanzverwaltung, welche über das Gesuch ein Gutachten erstatten sollte, nahm einen rein juristischen Standpunkt ein. „Wenngleich nicht in Abrede gestellt werden kann, daß die neuesten höchst traurigen Ereignisse in Ungarn den beabsichtigten deutschen Colonisationen allda das Wort sprechen“ schreibt Josef v. Eötvös, der Director *Causarum Regalium*, so müsse er doch darauf hinweisen, daß das königliche Donationsrecht erloschen sei. Nach dem letzten Landtagsgesetz 12: 1848 seien alle Kameralgüter zu Gunsten des Grundherrn-Entschädigungsfonds verschrieben und solange diese Entschädigung und das Aviticitätsrecht nicht geregelt seien, dürften große Hindernisse bei Ausstellung eines königlichen Donationsbriefes obwalten. Mit diesem Gutachten wurde auch die Bittschrift *Skerlec*' im Aktenfriedhof der Ministerialarchive begraben.⁹

Daneben traten auch weniger wichtige Persönlichkeiten auf den Plan, wie es solche ja immer verstehen, die Zeitideen mit ihrer eigenen Existenz zu verbinden. Der Wiener Bürger *Alois v. Mazza* plante im Frühling 1850 eine Reise nach Ungarn, um dort eine Tiroler Kolonie zu gründen, wobei er zugleich auch alle anderen Österreicher zur Teilnahme einlud.¹⁰

Alle diese Pläne beabsichtigten eine durch Einwanderung unterstützte Stärkung des deutschen Elementes in Ungarn. Ein anderes Projekt wollte die, stets mit Schwierigkeiten verbundene Einwanderung abschließen und dasselbe Ziel durch innere Colonisation erreichen. Sein

⁹ F. M. 17763 und 26889:1849. Die Bittschrift ist vom 6. Juli 1849 datiert.

¹⁰ Sein Inserat in Intelligenzblatt d. Wiener Zeitung 1850, S. 753., laut M. C. G. 4830:1856 sei sein Versuch nicht gelungen. Näheres ist uns nicht bekannt.

Urheber, der sich mit zwei umfangreichen Denkschriften an Bach wandte, war ein Fachmann: *Emil André*, ein alter Kameralverwaltungsbeamter, der mehr als 10 Jahre hindurch als Güteradministrator auf den verschiedenen südungarischen Herrschaften gedient und wertvolle Erfahrungen erworben hatte. Er geht von dem Prinzip aus, „daß der Staat deutsche Ansiedlungen auf den Staatsherrschaften gründen und so dort das deutsche Element vermehren und stärken wolle“ und bezieht sich zunächst „auf die in der Bácska gelegenen vorderhand zur Colonisirung verwendbaren Gründe.“ Jener Landesteil sei schon einmal Schauplatz einer Kolonisierungstätigkeit gewesen und die Erfahrungen des 18. Jhdts. hätten gelehrt, daß die erste Auswanderer-Generation immer zugrunde gegangen und erst die zweite, meistens aber die dritte Generation sich den speziellen klimatischen Verhältnissen habe anpassen können. Darum habe das Kolonisationswerk so viel Opfer an Geld und Arbeit gefordert. Andere Erfahrungen wieder bewiesen, daß die deutschen Dörfer am dichtesten bevölkert seien. Die Südslaven führten eine patriarchalische Lebensform, wobei nicht selten Familien, bestehend aus 50 oder noch mehr Mitgliedern, zusammenwohnten. Der deutsche Bauernsohn aber wolle, so schnell wie nur möglich, den eigenen Hof gründen. Aus diesen expansiven völkischen Kräften erkläre sich die Tatsache, daß die Dörfer der unbewohnenden Raitzen zusehends verschwänden und an ihrer Stelle neue deutsche Siedlungen emporblühten. Der Deutsche kaufe das Haus des wegen seiner „Indolenz“ zugrunde gegangenen Raitzen auf und schaffe sich dank seinem Fleiße bald sicheren Wohlstand. Diese Ausbreitung des deutschen Wohngebietes werde noch durch eine andere Erscheinung gefördert: während nämlich der Ungar, der Raitze, der Walach „sich nur äußerst gering vermehrt“ und zwei, höchstens drei Kinder zeuge, seien die deutschen Familien mit Kindern reich gesegnet, die deutsche Fruchtbarkeit sei ja eine wohlbekannte Tatsache.

Das Deutschtum aber, fährt André fort, werde sich erst dann in Südungarn ausbreiten, wenn genügender Grund und Boden zur Verfügung stünden, den es ungehindert in Besitz nehmen könne. Sei einmal der Boden in seiner Hand, dann bleibe es auf ihm. Erst sei es nur ein Deutscher, der sich in einem Raitzendorfe ansiedle, in kurzer Zeit aber sei das ganze Dorf von Deutschen bewohnt und die Raitzen gezwungen, ihre Wirtschaften den Neuankömmlingen zu überlassen. Darum sei die beste Lösungsmethode in einer inneren Siedlung zu suchen: die in Ungarn lebenden Deutschen seien schon akklimatisiert, bedürften keiner beträchtli-

chen Reisekosten und seien mit den örtlichen Verhältnissen vertraut. Man möge ihnen nur die geeigneten Kameralpußten parzellenweise unter günstigen Bedingungen übergeben und in kurzer Zeit werde Ungarn von Deutschen bewohnt sein.¹¹

Auch dieser großzügige Plan, der von der nötigen Sachkenntnis getragen war und alle Einzelheiten ausgearbeitet hatte, wurde infolge der Schwerfälligkeit des amtlichen Apparates nicht ausgeführt. Anders stand es mit den aller Fähigkeiten und Möglichkeiten ermangelnden Glücksrittern, deren Arbeit von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilt sein mußte. *Josef Ritter v. Hohenblum*, ein vielseitiger Wiener Unternehmer, der sich schon in Manchem versucht hatte, begann nun ebenfalls, von der aktuellen Idee und hauptsächlich von Höfkens Buch begeistert, sich mit der Kolonisierung Ungarns zu beschäftigen. Er gründete in Wien den Ersten österreichischen Ansiedlungsverein behufs Beförderung der Kolonisation in Ungarn, mit dem Ziele, durch den Verein Großgrundbesitz zu erwerben und damit die deutschen Kolonisten zu beteilen. Der Verein zählte bereits zahlreiche Mitglieder, sein Plan wurde dem Ministerium vorgelegt, seine Tätigkeit aber von den Behörden aus prinzipiellen Gründen nicht genehmigt. Nach vielen Jahren, in der Zeit des Erscheinens der Kolonisationsverordnung, versuchte Hohenblum nochmals, durch seine Immobilien-Agentur an der Bewegung teilzunehmen, auch diesmal ohne Erfolg.¹²

Hohenblums Versuch blieb wenigstens ohne Schaden: ein negativer Vorteil, den man nicht von allen seinen Genossen behaupten kann. *Johann Begontina von Ehrenberg*, ebenfalls ein unternehmungslustiger Wiener Kleinbürger mit alten wirtschaftlichen Erfahrungen, aber ohne hinreichende finanzielle Mittel, wollte den Ruf der Zeit nicht versäumen und bestürmte die verschiedenen Behörden ein ganzes Jahr hindurch mit seinen Vorschlägen. So wandte er sich im Dezember 1849 zuerst an das Ministerium für Landeskultur, im April 1850 an den Innenminister, im September direkt an den Herrscher, im Oktober wieder an Bach und endlich im Dezember neuerlich an die Kabinettskanzlei.¹³ Er beabsichtigte durch eine

¹¹ Die Denkschrift von 10. Aug. und 26. Okt. 1850, S. I. J., Nachlaß Bach, Ungarn, Kolonisierung.

¹² Hohenblums Entwurf abgedruckt bei *Julian Chownitz*: Handbuch zur Kenntniss Ungarns, Bamberg 1851, S. 363—74. Weiteres M. R. 1602:1851 und F. M. 19762: 1852. *Gazdasági Lapok*, 1859, S. 31.

¹³ A. 1948:1849—50. Prot. M. R. 4168 und 4960:1850.

Aktiengesellschaft ein Kapital von 20 Millionen fl. zusammenzubringen und mit Hilfe dieses Kapitals ein imponantes Werk ins Leben zu rufen: Ankauf von 800,000 Joch Grund, Gründung von 368 Dörfern und Märkten mit insgesamt 33,430 Häusern und 368 Schulen, ebensovielen Gemeinde- und Arbeitshäusern, Getreidelagern, 90 Kirchen und Pfarrwohnungen, 276 Kapellen, 736 Brunnen, 64 Meilen an Straßen und Wegen u. s. w. Der Siedler sollte für seinen erworbenen Grund in den ersten drei Jahren keinen Kaufschilling bezahlen und erst vom vierten Jahre an diesen ratenweise erlegen. Dadurch, so rühmte sich Ehrenberg, werde er den fruchtbaren Boden Ungarns der notleidenden Bevölkerung der Monarchie zugänglich machen.

Der Plan stellt ein buntes Gemisch von raffinierten kapitalistischen Kunstgriffen und irrealen Hypothesen dar, ein ökonomisches Durcheinander, das niemals für eine Verwirklichung in Betracht kommen konnte. Ehrenberg wollte z. B. die günstige Gelegenheit der Auflösung der Leibeigenschaft, die ein katastrophales Sinken der Bodenpreise zur Folge hatte, benützen und ein Joch guten Feldes zu 20 fl. ankaufen, um es dann für 800 fl. den deutschen Siedlern weiterzugeben. Auf Grund dieser und ähnlicher Machinationen würdigte man seine Gesuche an offizieller Seite keiner Antwort. Aber Ehrenberg ließ nicht locker. Er unternahm es sogar, ein Inserat in der Wiener Zeitung einrücken zu lassen, in dem er an den Schutz und die Förderung der Regierung appellierte, die Subskription der Aktien eröffnete und die Auswanderungslustigen zur Ansiedlung aufforderte.¹⁴ Obwohl kurz darauf ein amtliches Dementi erschien, in dem betont wurde, daß Ehrenberg „weder die Bewilligung zur Gründung einer Aktiengesellschaft, noch eine Zusicherung für sein specielles Project“ erhalten hatte, meldeten sich doch scharenweise Leute bei ihm. Die Anziehungskraft des in der Öffentlichkeit viel besprochenen Planes und die Not, welche in den Gebirgsgegenden des Gesamtstaates herrschte, ließen so manche Bittschrift an das Wiener Büro Ehrenbergs einlangen, meistens aus der Bukowina, wo deutsche und böhmische Waldarbeiter, während der 40er Jahre angesiedelt, in der unwirtlichen Gegend zugrunde gegangen waren und jetzt ihre ganze Hoffnung auf die von Ehrenberg entwickelten Möglichkeiten setzten.

So suchten ihn aus *Radautz* 13 Familien auf, welche als „hülfflose und vereinsamte Schafe den ... bedürftigen Schafstall“ d. h. eine gün-

¹⁴ Wiener Zeitung, 28. Mai 1850, S. 1652 und 4. Juni, S. 1705.

stige Ansiedlungsmöglichkeit suchten.¹⁵ Aus *Neu-Satonietz* meldeten sich 70 Familien, welche außer Stande waren, ihren jährlichen Pachtzins von 30 fl. zu entrichten. Aus *Glitt* traf ergreifendes Schreiben ein, worin die Kolonisten „theils Ruthenen und Moldauer — theils Deutsche“ mit flehenden Worten baten, ihnen „in Ungarn — oder Siebenbürgen — wo kein hohes Gebirge wäre und wo möglich auf einer k. k. Herrschaft zu einer Ansiedlung... gütigst behülflich seyn zu wollen.“ Aus *Plesch* kamen 12 slovakische Familien an, die „gänzlich ohne Ansiedlung herumwandeln.“ Aus *Pojanno* schrieben 36 Familien: „Wir in tiefster Ehrfurcht gefertigten, die sogenannten Slovaken, deren Vorältern einmahl an der Waag geboren, und Armuths halber vor Elend darhend, sich in die öde Gegend Bukowina begaben“ und deren Kinder jetzt „gänzlich ohne Ansiedlung herumdarben“ wünschen an der ungarischen Kolonisation beteiligt zu werden.

Das Elend, die Not, und der Verfall, die aus diesen Zeilen sprechen, werfen ein düsteres Bild auf die Lage. Man kann sich die schrecklichen Klagen der „armen Gemeinde“ aus *Glitt* vorstellen, die um ein Stück Grund auf der Ebene bat, wo „kein hohes Gebirge wäre“, wo das herabrinnde Wasser den Dünger nicht abspüle und wo das Gestein die Frucht nicht erdrücke. Die östliche Hälfte der Monarchie litt an schweren sozialen Krankheiten, gegen welche es aber keine heilbringende Arznei bedeutete, diese weder wohlhabenden, noch sachkundigen Leute in Ungarn anzusiedeln. Ehrenberg war freilich nicht der Mann, der sich mit derartigen nationalökonomischen oder moralischen Bedenken abgegeben hätte. Sein Agent Ritter v. Haimhoffen warb für seine Aktion in den naheliegenden Bezirken Sankt Pölten und Krems etwa 240 Familien und zog mit diesen nach Ungarn.

Die Ansiedler übergaben Ehrenberg eine Gesamtsumme von 85,000 fl., aus der er vom Grafen Franz Szirmay die zwei Güter *Körtvélyes* und *Papina* (Zempliner Komitat) ankauft, welche mehrfach belastet und nicht kommassiert waren. Als der Andrang der Siedler weiter andauerte und das Unternehmen von Tag zu Tag mit günstigeren Aussichten lockte, begann Ehrenberg auf eigene Faust zu arbeiten. Er nahm die Neuankommenden nur als Subkontrahenten auf und trieb von ihnen eine weitere Summe von 56,000 fl. ein, aus der er für seine eigene Zwecke ein Gut erstand. Die Ansiedler, die im Herbst 1850 in ihrem Wohnort eintrafen, fanden weder eine Behausung, noch die nötigen Gerätschaften und gerie-

¹⁵ Die Bittschriften befinden sich M. R. 4168:1850.

ten, da ihr ohnehin geringes Kapital in den ersten Monaten schon erschöpft war, bald in so große Not, daß an den Entbehrungen 50—60 Menschen dahinstarben. Inzwischen rührten sich auch die Gläubiger des Grafen und machten ihre Hypothekarrechte geltend. Sie forderten nunmehr von Ehrenberg und seinen Siedlern die Einlösung des Pfandes und stellten den Termin bis November 1851.

Die Polizei und die Verwaltungsbehörden verfolgten diese Ereignisse schon seit dem Auftauchen der ersten Schwierigkeiten mit besonderem Interesse. Bach untersagte schon am 7. Juni in sämtlichen österreichischen Provinzen jede weitere Werbung Ehrenbergs. Drei Wochen später wandten sich zwei unglückliche Kolonisten an das Ministerium für Landeskultur, in dem sie über die „betrügerischen Verlockungen“ und über ihre jetzige Lage, da sie „ohne Geld und andere Existenzmittel“ leben sollten, Klage führten und um Aufnahme auf einer Kameralpuszta baten. Zur Untersuchung der Lage wurde eine Kommission entsendet und die Kolonisten, deren erster Teil bereits in den Komitatssitz gezogen war, erhielten durch das Komitat Hilfspenden.¹⁶ Als die Befriedigung der Gläubiger auch bis zum Spätherbst nicht zu erreichen war und die gerichtliche Exekution bereits vor der Türe stand, sah sich die Regierung zum Eingreifen gezwungen. Allzu große Opfer freilich wollte sie nicht bringen. Bach betonte, daß die Ansiedler nur aus eigener Unbesonnenheit in die jetzige mißliche Lage geraten seien, daß aber der Staat ihnen doch helfen wolle, erstens aus rein humanen Gesichtspunkten und dann auch aus der Erwägung heraus, daß sonst dieser mißglückte Versuch bei allen künftigen Staatsansiedlungen als abschreckendes Beispiel gelten müsse. Der etwas kostspielige Plan, die Rechte der Ansiedler durch den Staat anzukaufen, wurde vom Ministerrat zwar abgelehnt, jedoch der Beschluß gefaßt, den Leuten einen tüchtigen Anwalt zur Verfügung zustellen und jene Siedler, welche bis dahin noch nicht in ihre alte Heimat zurückgekehrt waren, auf der Kameralherrschaft Zimánd aufzunehmen.¹⁷

Durch das Unternehmen Ehrenbergs war jede Privatkolonisation ein für allemal bloßgestellt und jedes Vertrauen für eine solche verlorengegangen. Die behördliche Beschönigung, die später folgte, änderte nichts daran. Ehrenberg wurde verhaftet und vom Wiener Landesgericht wegen Betruges zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt, über sein Vermögen

¹⁶ B. M. 5856 und 6260:1851. Prot. F. M. 21520:1851; Pesti Napló, 7. Aug. und 22. Aug. 1851.

¹⁷ M. R. 3777:1851, 3018:1858.

der Konkurs eröffnet. Seine unglücklichen Ansiedler fanden ein neues Heim auf der Kameralpuszta, wo sie sich nur mit größter Mühe zu-recht fanden und wo sich auch ergab, daß der größte Teil der Siedler nicht glaubwürdiger war, als ihr Unternehmer.

*

Der Fall Ehrenberg diente nicht als Lehre: die Wirtschaftswelt ent-warf weitere Pläne mit der immer wiederkehrenden Konjunkturmäscherei der Nachkriegsjahre. Die angesehene *Wiener Erste Immobilien-Gesell-schaft*, jene wichtige Anstalt, die sich der besten Beziehungen zur Regie-rung rühmen konnte, meldete sich in jenen Tagen, da die allgemeine Entrüstung über die Kolonisation von Papina ihren Höhepunkt erreichte. In ihrer Eingabe an des Ministerium für Landeskultur (27. Aug. 1851) wollte sie gerade in diesem Unglück ein für sie entsprechendes Argument finden: „Unsere Anstalt, heißt es da, hatte vom Anfange ihrer Gründung an die Colonisirung Ungarns, Galiziens und der zunächst gelegenen Kron-länder, in Beziehung auf ihren intendirten Wirkungskreis stets im Auge; allein sie fühlte — wollte sie der Gemeinnützigkeit und ihrer eigenen Stellung entsprechen, so durfte diese Colonisirung nicht in gewagtem Versuche bestehen, wodurch Menschen unglücklich gemacht, und die Co-lonisirung selbst in Mißcredit gebracht würde.“ Im Übrigen war ihr Plan oberflächlich und ließ auch die Frage offen, ob die Ansiedlung durch Pacht oder Verkauf durchzuführen sei.

Der Referent, Ministerialrat von Szögyény, erhob staatsrechtliche Be-denken, wie schon anlässlich der Bittschrift von Skerlecz. Das Donations-recht sei erloschen und noch nicht neu geregelt, eine Verpachtung auf lange Sicht sei für den Staat von Nachteil, da die Pächter sich nach Ab-lauf ihrer Pachtzeit stets weigerten, ihre Besitzungen zu verlassen. Der zweite Refrent, von Almásy, Leiter der ungarischen Finanzlandesdirek-tion, meinte, daß man, solange das ungarische Kolonisationssystem nicht geregelt werde, über die Bittschrift kein Gutachten abgeben könne. So wurde sie beiseite gelegt, um drei Jahre später von der Gesellschaft wie-der vorgelegt zu werden.¹⁸

Von dem Telegrafeningenieur *Christoph Rad* folgte nun ein Projekt, daß dem Hohenblums ähnlich war. „Soll deutsche Kultur und deutscher Fleiß nach der Voraussagung Kaiser Josefs des II. durch Österreich einst über den Balkan verpflanzt werden, so ist durch den Lauf der Do-

¹⁸ F. M. 41305:1855, 8188:1852.

nau der Weg bezeichnet, wohin die einstige Übervölkerung Österreichs nützlich abzuleiten sein wird." Darum wollte er einen österreichischen Colonialverein gründen mit einem Kapital von 50 Millionen fl., zu dessen Bildung 90 Serien zu 90 Klassen, jede Klasse mit 90 Aktien ausgegeben werden sollten. Auf diese 729,000 Aktien sollten durch 12 Jahre in Ratenzahlungen von 30 kr. per Monat, oder 6 fl. per Jahr 72 fl. eingezahlt und dadurch mit einer Zurechnung der Zinsen eine Aktie auf 100 fl. lautend begründet werden. Der Plan wurde durch Ziehungen und Geldgewinnste noch verwickelter, die vollständige Rückzahlung des Aktienkapitals wäre erst im Jahre 1922 erfolgt. Eine phantastische Idee, die dem wirklichen Leben völlig fern gegenüberstand!¹⁹

Kleinbürger und große Geschäftsleute aus Nah und Fern rührten sich. Jeder wollte zugreifen, an den Transaktionen teilnehmen und auch des Gewinnes teilhaftig werden. Bayerische und württembergische Untertanen meldeten sich auf diplomatischem Wege, die angesiedelt werden wollten.²⁰ Auch der Bürgermeister zu Admont Franz Draxler wollte nicht zurückstehen und unterbreitete dem Kaiser eine Bittschrift, „um eine Staatsbedienstung oder Überlassung eines Grund Complexes in Ungarn zur Anlegung einer Colonie.“ Da er mangels Studien und der erforderlichen Ausbildung im Lesen, Schreiben und Rechnen zu Staatsdiensten nicht geeignet war und auch zur Anlegung einer Kolonie die erforderliche Befähigung nicht besaß, wurde er abgewiesen. In einer zweiten Bittschrift dann verlangte er Entschädigung für seine, in den Jahren 1842—45 erfolgten Holzlieferungen.²¹

Nicht nur der kleine Mann war es, der diesem Geschäft nachjagte, auch die Vertreter der obersten Gesellschaftschichten regten sich. So wollte Baron Varnbüler ein größeres Staatsgut unter günstigen Bedingungen erwerben, um zu kolonisieren.²² Der dänische Geheimrat Graf Blome, der bereits in Hagymádfalva (nahe bei Großwardein) ein Gut angekauft hatte, plante von seinem Besitz, in Salzan (bei Kiel in Hannover) 10—50 wohlhabende Familien umzusiedeln und er bat für sie Begünstigungen, wie Religionsfreiheit, Militär-, Steuer- und Zollfreiheit. Seine Wünsche wurden bewilligt, sein Unternehmen fand größtes Entgegen-

¹⁹ Colonisations-Plan für Ungarn, Siebenbürgen, Slavonien, Galizien und Bukowina, Wien 1852, das Zitat S. 1.

²⁰ F. M. 19762:1852.

²¹ M. R. 1971:1852.

²² M. C. 3013:1853.

kommen, doch führte er seinen Plan nicht aus.²³ Ähnliche Begünstigungen erbat auch der gewesene Oberst und Landmann des Kantons Uri Vinzenz Müller, der sein Gut in Csernek (Slavonien) mit Schweizer Einwanderern besiedeln wollte.²⁴

Die phantastischen Projekte und wirklichkeitsfernen Hypothesen eines Ehrenberg und Rad starben nicht aus. In Wien stellte sich eine Gesellschaft aus Ingenieuren zusammen, zwecks Straßen- und Kanalbaues, sowie Kolonisation in Ungarn. Ihr Plan bestand darin, daß der Grundbesitzer als Entgelt für eine durch sein Territorium anzulegende Klinkerstraße, welche den Wert seines Bodens erhöhen werde, für jede Längenklafter dieser Straße 1040 Quadrat-Klafter von dem zu beiden Seiten derselben liegenden Grund unentgeltlich abtreten sollte, der dann für Kolonisationszwecke zu verwenden und zu parzellieren war. Dagegen verlangte sie vom Staate: 1. Ausschließliches Privilegium für Kolonisation und Straßenbau, 2. Übernahme jener Landstrecken, die zur Kolonisation nicht geeignet waren und 3. Garantie eines Gewinnes der Gesellschaft mit 5%.²⁵ Ein Oberst Wölfel wollte in Mármaros ein Areal von 55,000 Joch Acker und 269,670 Joch Waldung Ansiedlern übergeben und sah darin ein geeignetes Mittel, um die Bestechlichkeit der Finanzverwaltungsbeamten und den Wucher der Juden zu bekämpfen.²⁶

Dies alles geschah bereits in jenen späteren Jahren, da sich der Gedanke auch ideologisch zu schwach erwies. Die Pläne erschöpften sich und nahmen lächerliche Form an. Die Bitte Philipp Schwabs aus Hohenheim (Baden), der auf Staatsgütern „die Errichtung von Tabak-Colonien resp. Ansiedlungen von Pfälzern“ anstrebte, war noch begreiflich.²⁷ Als aber mehrere Untertanen aus der Bukowina oder aus dem russischen Dornburg (Gouvernement Taurien) nach Ungarn einwandern wollten,²⁸ verlor die Sache ihren ernstesten Charakter. Jene Länder, wo herrenloser Boden in viel größerem Maße vorhanden und die Volksdichte viel geringer war, als in Ungarn, konnten wohl kaum als Auswanderungsgebiete gegenüber Ungarn auftreten. Die Idee besaß auch in dieser Hinsicht keine Kraft mehr, sie wurde ein leeres Spielzeug in den Händen von Abenteurern und verkrachten Existenzen.

²³ M. C. 3532:1854, 3294:1855, M. C. G. 22709:1855.

²⁴ M. C. 1982:1856.

²⁵ S. I. J., Zl. 9730/M. I. 1856, Sign. 47.

²⁶ S. I. J. Oberste Pol. Beh., Präs. I., Zl. 79. ex 1858.

²⁷ M. C. G. 4313:1858.

²⁸ M. C. G. 6187:1858, 8282:1859.

Wie aus dem Westen, so erschienen auch *an der Südgrenze* einige kleinere Gruppen, die um Ansiedlungsrechte ersuchten. Schon im Oktober 1849 waren es zwei christliche Gemeinden aus Bosnien, Lavo und Ravič, die um die Erlaubnis einkamen, sich in Kroatien und Slavonien niederlassen zu dürfen. Kriegsminister Freiherr Cordon betonte zwar, daß die Christen in Bosnien infolge der türkischen Unterdrückung und Verfolgung einer Unterstützung würdig seien, lehnte aber ihre Bitte „mit Rücksicht auf die gegenwärtigen politischen Verhältnisse“ ab.²⁹

Als aber die Christenverfolgungen in der Türkei zunahmen, erschienen neuerdings bosnische Flüchtlinge an der ungarischen Grenze. So meldeten sich einige von ihnen im Frühling 1852 an der Militärgrenze und wandten sich, als sie von dort abgewiesen wurden, weiter nach Dalmatien. Eine andere kleine Schar, bestehend aus 10 griechisch-orientalischen Familien, wurde von den Militärbehörden nach dem Banat geschickt.³⁰ Diese Flüchtlingsbewegung dauerte auch im folgenden Jahre noch an, so nahm man in Temesvár zwei Bosnier fest, die nach Wien reisen wollten, um im Namen der christlichen Bevölkerung in Bosnien den Schutz des Kaisers für ihre bedrückten Glaubensgenossen zu erbitten.

Der Islam, der sich durch den langdauernden Krimkrieg bedroht fühlte, wandte sich während der Kriegsjahre mit großer Schärfe gegen die Rajahs des osmanischen Reiches und wollte sie zur Annahme des mohamedanischen Glaubens zwingen. Das Ergebnis war, abgesehen von zahlreichen blutigen Zusammenstößen, eine neue Fluchtwelle, die an das nördliche Ufer der Donau brandete. So befanden sich im Februar 1855 bosnische Familien in Semlin, um sich nach Serbien zu begeben.³¹ Im April erschienen die ersten Flüchtlinge im Gebiet der Militärgrenze, ihnen folgten andere, bald da, bald dort, eine Bewegung, die bis September anhielt. Franz Josef ließ unter ihnen eine Unterstützung von 4000 fl. verteilen, um die ärgste Not zu lindern. Bald zogen sie weiter: ein Teil zurück nach Bosnien, die meisten nach Serbien oder Dalmatien, in Südungarn selbst verblieb nur eine geringe Anzahl. Zwei Jahre später gab es unter dem Kajmakam Achmed Pascha eine neue Christenverfolgung, die Kerker füllten sich von neuem mit unschuldigen Rajahs. Was flüchtend österreichischen Boden betrat, erhielt ebenfalls kaiserliche Unter-

²⁹ Staatsarchiv in Wien, Türkei, Fasc. 23., der im Folgenden nicht mehr erwähnt wird.

³⁰ M. R. 937 und 1696:1853, B. M. 2702:1858.

³¹ B. M. 890:1855 Prot.

stützung, diesmal insgesamt 2000 fl.³² Auch diese Flüchtlinge wanderten dann bald nach verschiedenen Richtungen weiter.

An der Südostgrenze Ungarns bestand jahrzehntelang eine Pendelwanderung der Mokanen, jener walachischen Wanderhirten, welche die eine Hälfte des Jahres in den siebenbürgischen Karpathen, die andere in den Ebenen der Moldau, Walachei und Dobrudscha verbrachten.³³ Diese Wanderung, eine interessante, bis in späte Zeit erhaltene Erscheinung der primitiven Hirtenwirtschaft, bedeutete für den Staat keinen Bevölkerungszuwachs. Die Ostgrenze lag still und ruhig: von Osten her gab es kaum eine Einwanderungstendenz nach Ungarn.

Die ungarische Tiefebene, auf allen Seiten von Gebirgen umgeben, ist auf zwei Seiten einem *Völkerdrucke* ausgesetzt, von Südosten und Nordwesten. In den Jahrhunderten der Türkenherrschaft waren es die Südslaven und Walachen, die von den südöstlichen Grenzgebieten herabsteigend, tief in die Ebene vordrangen. Aber um 1700 kam der Völkerdruck nunmehr von Westen und hier, an der Westgrenze traten jahrzehntelang deutsche Einwanderer in Ungarn ein. In diesem Zeichen stand auch die Kolonisationsfrage nach dem Freiheitskampfe.

VI. Die Staatsdomänen.

Der Ständestaat war stets ein gesegnetes Land für den Großgrundbesitz gewesen, war ja der Staat selbst einer der größten Besitzer. Diese Einrichtung stammte aus der ständischen Verfassung, nach welcher die sichersten Grundlagen der Macht und die wichtigsten Einnahmequellen in den Staatsdomänen lagen. Dem König verlieh sein Grundeigentum das nötige Ansehen, ohne welches er sein Land gar nicht hätte verteidigen können. Und obwohl der ungarische Ständestaat in vielen Hinsichten seit Maria Theresia modernisiert wurde, war die alte Einrichtung noch immer leicht zu erkennen. So ergab sich in den letzten Jahren des ungarischen Ständetums (1844) folgendes Bild:

³² B. M. 1467:1857; C. K. 3413:1861.

³³ Staatsarchiv, Türkei, Fasc. 27. beschäftigt sich damit.

Name:

**Abgeführt in die Staats-
nettokassen:**

a) Kronherrschaften:

Die 5 Bácsér Herrschaften	455,581 fl. C. M.
Arad-Modenaer Herrschaften	427,793 „
Altofen und Visegrád	123,553 „
Theiss und Syrmien	68,216 „
Hradek	86,729 „
Diósgyőr	49,375 „
Likava	48,752 „
Ungvár	35,569 „
Verpachtete Güter	9,912 „
Tokaj	9,107 „
Nagyvárad	3,880 „
Peklin und Licsérd	3,024 „

insgesamt 1,321,885 fl. C. M.

b) Fiskalgüter: 44,945 „

c) Banater Kameralgüter:

Család und Vizesda	148,298 fl. C. M.
Szentandrás	81,600 „
Oravica	77,739 „
Denta	73,100 „
Temesvár	64,310 „
Nagybecskerek	45,263 „
Bogsán	28,473 „
Békás	28,528 „
Lippa	25,383 „
Facset	24,376 „
Lugos	18,486 „
Szőreg	265 „

insgesamt 615,821 fl. C. M.

d) Dévaer Fiskalherrschaft

in Siebenbürgen 14,232 fl. C. M.¹

¹ Zusammengestellt bei Chownitz: Handbuch, S. 312—3.

Zusammengenommen stellte die Staatsdomäne eine ungeheure Fläche von der Größe einiger kleinerer deutscher Fürstentümer dar. Sie war aber weder geographisch, noch juristisch ein einheitliches Ganzes, sondern zerfiel in hunderte kleinerer und größerer Bodenstücke, welche miteinander nicht zusammenhingen, unter verschiedenen Bedingungen an Bauern oder Großpächter vergeben und außerdem staatsrechtlich in drei Typen geordnet waren. *Die Kronherrschaften* bildeten das eigentliche, gesetzlich überwiesene und nicht veräußerliche Eigentum des Herrschers und waren den alten Einrichtungen gemäß zu seinem Unterhalt und zu seiner freien Verfügung bestimmt. Die reichste Kronherrschaft, die Bácsér Prädien, zeigte anfangs 1850 folgendes Bild:

a) Sztapärer Herrschaft:

Prädium Pusztakula	8643.2/8 Joch
Prädium Békova	465 „
Prädium Prekaja	1793.3/8 „
Prädium Preradovics oder Kleinsztapár	2491.7/8 „

b) Kulaer Herrschaft:

Prädium Béla-Kadanova	5705.6/8 Joch
Prädium Pettau	6555.7/8 „

c) Palánkaer Herrschaft:

Prädium Matkovich	2392.3/8 Joch
Prädium Kerekity	1692.3/8 „

zusammen: 29767.7/8 Weinjoch.²

Dazu gehörten weiters einige kleinere, nicht zusammenhängende Güterkörper auf den Herrschaften Apatin und Szántora. Die günstige Lage nahe den Wasser- und Kontinentalwegen und der beängstigende Rückgang der Schafzucht empfahl sie gewiß für eine Kolonisierung. Ein Hindernis bestand in ihrer vorläufigen Verpachtung.³

Die Arader Güter⁴ erstreckten sich über 7 kleinere und 11 größere

² Damals waren drei Jochtypen üblich: Katastraljoch (damals niederösterreichisches, österreichisches, auch Wiener genannt) = 1600 Quadratklaffer; ungarisches Joch = 1200 und Weinjoch (damals ungarisches genannt) = 1100 Quadratklaffer.

³ F. M. 25353:1850.

⁴ Arad-Modenaer darum genannt, weil sie vom Herzog von Modena an die Krone übergegangen waren.

Prädien, die zusammen eine Gesamtfläche von 120,583 Weinjoch bedeckten. Dieses unermessliche Gebiet hatte erst jüngst den Schauplatz einer Kolonisierungstätigkeit gebildet. Behufs Förderung des Tabakanbaues hatte die ungarische Kammer um 1840 dortselbst Tabakgärtner angesiedelt, deren Fronen im Gründungskontrakt genau festgesetzt waren und daher sehr günstige Arbeitsbedingungen ergaben. Die Kammer, damals stark deutsch gesinnt, bevorzugte bei der Verteilung der Kontraktualgüter das deutsche Element und so war das Los dieser neuangesiedelten Deutschen bei weitem besser, als jenes der Ungarn. Der Rest der Güter wurde 1841 auf 14 Jahre an Großpächter übergeben, welche Einrichtung gleichfalls eine Benachteiligung für das ungarische Kleinbauerntum bedeutete. Im Ganzen ergab sich folgendes Bild:

N A M E	Größe in Weinjoch	D a v o n			
		Gegründete Kolonien			verpachtet an
		Name	Zahl der Hausstell.	Grund- fläche in Weinjoch	
a) die kleineren Prädien					
Pereg	5664	Kontraktualkolonie Kispereg	80	2000	—
Székegyháza	4164	Tabakkolonie Nagymajlát	120	2400	—
Királyhegyes	2158	Királyhegyes	60	1200	—
Pitvaros	9995	Tabakkolonie Ambrózifalva	120	2800	—
		Tabakkolonie Alberti	150	3000	
		Kontraktualkolonie Pitvaros	364	3305	
Kővegy	4068 ^{3/4}	Kolonie Mednyánszkyháza	100	200	—
Béka	1810	Tabakkolonie Béka	21	431	—
Töviskés	658 ^{1/4}	Kolonie Töviskés	10	200	—
b) die grösseren Prädien					
Földvár	10353	—	—	—	I. Abteilung: Sam. und Moritz Wodianer, wel- che unbefugt die Tabak- kolonie Földvár mit 60 Hausstellen und 2509 Joch errichteten. II. Abt.: Péter Csernovits III. und IV. Abteilung: Gemeinde Orosháza. V. Abt.: Gem. Csaba

N A M E	Größe in Weinloch	D a v o n			
		Gegründete Kolonien			Verpachtet an
		Name	Zahl der Hausstell.	Grund- fläche in Weinloch	
Apáca	10189	I. Abt. : Tabakkolonie Apáca	146	3504	II. Abt. : Gem. Csaba
Bodzás	6560	—	—	—	I. Abt. : Gem. Csaba II. und III. Abteilung : Péter Csernovits
Megyes	10298	—	—	—	I. und III. Abteilung : Péter Csernovits II. Abt. : Stefan Czárán
Bánhegyes	16006	—	—	—	II. Abt. : Jakob Lukács I. und III-VII. Abt. : Péter Csernovits, auf letzteren befand sich die Privatkolonie Éhlok mit 60 Hausstellen und 449 Joch
Kúnágota	14155	VI. Abt. : Tabak- kolonie Geöcztelep	130	2647	I. Abt. : Franz Kovács II. Abt. : Gem. Nagylak III. Abt. : Lukas Cziffra IV. V. VII. Abteilung : Péter Csernovits
Nagykamarás	5861	II. Abt. : Tabak- kolonie Almás	119	2856	I. Abt.: Moritz Wodianer, wo sich die unbefugt gegründete Tabakkolo- nie Nagykararás mit 164 Hausstellen und 3005 Joch befand
Dumiratos	4158	—	—	—	I. Abt. : Franz Mahler II. Abt. : Emerich Keller III. Abt. : Rudolf Wodia- ner, der unbefugt die Tabakkolonie Dumi- ratos mit 49 Haus- stellen und 1046 Joch gründete
Szionda	5437	—	—	—	I. Abt. : Georg Junge II. Abt. : Gemeinde Magyarpécska
Kupa	4780	—	—	—	I. Abt. : Johann Cziffra II. Abt. : Martin Jakabffy
Basarága	4271	—	—	—	I. Abt. : Michael Szabó II. Abt. : Gem. Ópécska III. Abt. : Martin Czárán

Die Kolonien umfaßten einen Flächenraum von 36,842 Joch, wovon 20,938 den vom Árar gründeten Kolonien und 6935 Joch den unbefugt angesiedelten Tabakgärtnern gehörte. Der Herrschaft selbst verblieben nicht mehr als 83,741 Joch.⁵

Die anderen Kronherrschaften, welche theils dicht bevölkert waren, manche davon in kleinere Stücke aufgeteilt, theils nach Aufhebung der Urbarialverhältnisse sich von dem Kronbesitz losgelöst hatten, bildeten kein günstiges Siedlungsterrain. Die *Kameralgüter*, also jene Güter, welche nach Vertreibung der Türken *jure armorum* dem Árar gebührten, und durch die *Neoacquistica* keinen Herrn gefunden hatten, wurden schon während des 18. Jhdts. besiedelt und besaßen genügend Menschenmaterial. Die Kammerverwaltung hob von ihnen nur die im Pécskaer Verwaltungsbezirke liegenden 11 größeren Herrschaften und im Ménésér Bezirk das Prädium Zimánd heraus, das eine Fläche von 59,496 Katastraljoch und 1373 Quadratklaftern bedeckte, sich vorläufig aber in den Händen von Pächtern befand.⁶

Die *Fiskalgüter*, welche nach dem Erlöschen einer Adelsfamilie oder durch das Verbrechen der Felonie der Krone unter der Bedingung einer neuerlichen Donation anheimgefallen waren, blieben bis 1848 nur vorübergehend im Staatsbesitze und bildeten auch in dieser Zeit den Gegenstand langwieriger Prozesse. So geschah es mit dem Prädium von Kovácsháza (Komitat Csanád), das nach dem Tode des Grafen Franz Fekete an die Krone überging. Das Gut von 16,659 Weinjoch und 498 Quadratklaftern war noch durch den Grafen selbst in 8 Teilen verpachtet worden. Vier Großpächter (Johann Kövér, Josef Lukács, Albert Bittó und Emanuel Vertán) siedelten dort drei Dörfer als ihre Unterpächter an: Tótkovácsháza mit 100, Hosszukovácsháza mit 164 und Református-Kovácsháza mit 76 Familien. Das ungarische Ministerium von 1848 gedachte dort seine Kolonisationspläne zu verwirklichen, kam aber in der Zeit der allgemeinen Verwirrung nicht mehr dazu. Nach Niederwerfung des Freiheitskampfes gelangte das Gut an die Kameraladministration, die selbst nicht wußte, was sie mit dem durch so viele Prozesse gejagten Grundstück beginnen sollte.⁷

Aus dieser Zusammenfassung ergibt sich, daß *die Staatsdomänen kaum eine bedeutendere Menschenmenge aufzunehmen im Stande waren*,

⁵ Zusammengestellt auf Grund F. M. 35591:1855.

⁶ F. M. 36095:1850.

⁷ F. M. 25641:1849.

um ihnen Raum und Lebensmöglichkeiten zu bieten. Nur einzelne Güter konnten für eine Siedlung in Betracht kommen und auch diese nur unter bedeutenden Schwierigkeiten. Thinnfeld betonte jedoch wiederholt in seinen verschiedenen Schriften die übereinstimmende Meinung der Regierung, „daß sich daselbst (in Ungarn) noch ansehnliche Grundflächen befinden, deren sofortige Kolonisierung sowohl im Interesse der Landeskultur überhaupt, wie in Bezug auf die bessere und somit für den Staatsschatz ergiebigere Bewirtschaftung der gebotenen Grundflächen dringend nothwendig erscheint.“⁸ Die erste Hälfte des Satzes entsprach nicht mehr den wirklichen Gegebenheiten, die zweite Hälfte wies aber auf eine hohe Aufgabe, eine große Leistung des Staates hin. Die alte Kameraladministration aber, an deren Stelle später die neuaufgestellte Finanzlandesdirektion trat und zu deren Wirkungskreis die Staatsdomänen gehörten, war völlig unfähig, ein solches Werk durchzuführen. Der umständliche Bürokratismus der Kameralbehörden, der über jede Angelegenheit unermeßliche Aktenbündel anschwellen ließ, bildete bereits seit Jahrzehnten häufigen Anlaß zu mannigfachen Klagen. Die Lokalbehörden, die Herrschaftsverwaltung und dgl. konnten auch in den unwichtigsten Fragen erst durch drei Instanzen des behördlichen Apparates die Entscheidung aus Wien erlangen und es vergingen Monate, oft mehr als ein Jahr, bis endlich das Finanzministerium Bescheid gab.

Eine weitere Schwierigkeit lag in der alten ständischen Landeseinrichtung Ungarns, welche mit ihren zahlreichen Lokalprivilegien eine einheitliche Gesetzgebung fast unmöglich machte. So sicherte ein Privileg, das von König Franz am 1. Aug. 1817 der Gemeinde Nagyikinda verliehen worden war, die Nutznießung aller im Bezirke befindlichen Urbarial-, Remanential- und Prädialgründe den Einwohnern zu, so daß dadurch jede weitere Ansiedlung auf diesen Gründen unmöglich gemacht war. In anderen Gegenden wieder genossen die Pächter Rechte ähnlicher Art oder die mit den ehemaligen Pächtern geführten alte Prozesse verhinderten jede neue Siedlung. Und eine Kündigung der Pächter wagte das Ministerium nicht.⁹

So war die Lage, als im Frühherbst 1851 der Staat die Obsorge für die *Kolonisten von Papina und Homonna* auf sich nahm. Bach betonte in seiner Note vom 13. Sept. gegenüber dem Finanzminister, daß

⁸ F. M. 36095:1850.

⁹ F. M. 9362:1851.

eine Aushilfe für die Ehrenbergschen Einwanderer schon in Anbetracht der ungünstigen Jahreszeit nötig sei. Nach dem Bericht von Freiherrn v. Geringer, dem provisorischen Gouverneur in Ungarn, waren jene Leute einer Unterstützung zwar unwürdig, doch sei ihre Not allzu groß. „Es ist nicht zu leugnen, fährt er fort, daß an dem unglücklichen Erfolge dieser Unternehmungen die Regierung insoferne eine Schuld trägt, als die Kolonisierung in Ungarn noch immer nicht gesetzlich geregelt ist und alle meine diesfällige Bemühungen bisher immer noch daran scheiterten, daß die wesentlichen Vorfragen bezüglich des Grundbesitzes in Ungarn noch nicht geordnet sind.“ Endlich verlangt er, die Begünstigungen auch den Körtvélyeser Kolonisten zu gewähren.¹⁰ Nunmehr verfügte das Finanzministerium die Ansiedlung der unglücklichen Leute auf dem Kame-ralgut Zimánd unter den Bedingungen des üblichen Tabakgärtner-Vertrages. 16 Familien fanden bereits im September auf der Forstwirtschaft Turia-Remete Unterkunft, die Unterbringung der weiteren 76 Familien jedoch zog sich in bürokratische Länge. Der Emissär der Statthalterei, welche mit dem Vollzug beauftragt war, fand im November nur mehr 42 Familien vor, die anderen hatten sich inzwischen in die nähere und weitere Umgebung zerstreut. Unter den 42 Familien befand sich nicht ein einziger Ackerbauer, alle waren Gewerbetreibende u. z. Schneider, Binder, Hafner, 3 Schuster, 3 Weber und dgl., von denen eine Hebung der ungarischen Landwirtschaft kaum zu erwarten war. Die Regierung ließ ihnen jedoch vom 2. Dez. an eine monatliche Unterstützung aushändigen, wodurch ihr Unterhalt bis Frühling gesichert war. Im Frühling 1852 erhielt jede Familie zum Übersiedeln und für ihre Einrichtung ein sehr günstig bedingtes Darlehen von 300 fl., wofür man von ihnen, mit Rücksicht auf ihre Not, nicht den ordnungsgemäßen gemeinsamen Verpflichtungsschein des ganzen Dorfes, sondern ausnahmsweise nur einen provisorischen Schuldschein verlangte. Durch diese Begünstigungen veranlaßt, meldeten sich zu Winterende noch weitere 8 Familien. Und im Frühling sicherte das Finanzministerium, in Entsprechung der Bitte Bachs, dieselben Möglichkeiten auch den 63 Körtvélyeser Familien zu.¹¹

Die Leute zogen einzeln nach den Arader Prädien, jede eintreffende Familie eine neue Sorge und neue Aktenstücke für die Behörden verur-

¹⁰ F. M. 30890:1851.

¹¹ F. M. 18809, 33619:1851; 1641, 4555, 5419, 7722, 11554, 16153, 16155 und 16681:1852.

sachend, als das Finanzministerium inzwischen *noch weitere Staatsansiedlungen* verfügte. In Ungarn bestand seit der Bauernbefreiung eine lebhaftere innere Wanderung des landwirtschaftlichen Proletariats, die durch die Willkür der Großgrundbesitzer und Großpächter hervorgerufen war. Die Großgrundbesitzer wollten sehr oft gegenüber ihren Untergebenen, den freigewordenen Landarbeitern oder Unterpächtern, ihre alten Willkürmaßnahmen, die aus den übelsten Zeiten der Leibeigenschaft stammten, nicht aufgeben, so daß jene gezwungen waren, ihre Wohnsitze zu verlassen. So auch auf den Gütern der berühmten Großpächterfamilie Csernovits. Der Vater hatte 1816 einen mit behördlicher Erlaubnis erbauten Damm an mehreren Punkten durchstechen lassen, wodurch mehr als 500 seiner Untertanen in Ertrinkungsgefahr geraten waren. Der Sohn Peter folgte den Fußstapfen des Vaters, wenngleich er in den 40er Jahren eine tätige Rolle in der Oppositionspartei des Csongráder Komitates spielte und in Arad einen Oppositionsclub zu gründen beabsichtigte.¹² Er kündigte seine Tabakgärtner in Pusztajfalu, insgesamt 874 Seelen, die bis zum Michaelistag 1851 ihre Wohnstätte zu verlassen hatten. Von bitterer Not getrieben, wandten sie sich an den Herrscher, der ihnen die erste und zweite Abteilung des Prädiums Zimánd, insgesamt 1969 Joch, bisher schon in kleinen Parzellen verpachtet, zwecks Ansiedlung als Tabakgärtner zuwies. Die Verteilung der Gründe fand noch im September statt, wonach jede Familie 20 Joch Grund und $\frac{3}{4}$ Joch für die Hausstelle erhielt.¹³

Derartiges war im damaligen Ungarn keine Einzelercheinung. Auch die Pächterfamilie Wodianer, welche das erzherzogliche Gut Bánkút verwaltete, kündigte 89 Tabakgärtnerfamilien, die auf die gleiche Weise in der dritten und vierten Abteilung des Zimánd Prädiums unter denselben Bedingungen angesiedelt wurden.¹⁴ Diese Siedlung war eben in Durchführung, als weitere Familien, die ein ähnliches Schicksal aus Dombegyháza und Szenttamás vertrieben, hinzukamen. Nun war das Prädium Zimánd völlig besiedelt. Dies alles war aber nur ein kleiner

¹² K. A. 1052:1816; I. P. 1847, 603/38, S. 6. und 653/40, S. 12. Staatsarchiv in Wien. Die Kameralpächter rekrutierten sich seit alter Zeit aus den Adelsfamilien raitzischer oder griechischer Herkunft, wie die Csernovits. Die Juden tauchten erst in den 40er Jahren als Großpächter auf, meistens in der nordöstlichen Gebirgsgegend, hauptsächlich in Mármaros, dann auch in Südungarn, eine der ersten Familien war jene der Wodianer.

¹³ F. M. 18809, 33619:1851.

¹⁴ F. M. 28208:28.

Bissen, der Landhunger war damit noch nicht befriedigt, er forderte neue Prädien. Den restlichen Teil der Ausgetriebenen aus Pusztaujfalú, die in Zimánd keinen Platz mehr fanden, mußte man im Prädium Pereg ansiedeln, wo sie den gewöhnlichen Tabakgärtnervertrag auf 20 Jahre schlossen.¹⁵ Der junge Monarch bereiste im selben Jahre Ungarn und wollte auch seinerseits zur Linderung des Elends der Bevölkerung beitragen. So gewährte er 8 ruthenischen Familien (bestehend aus 37 Köpfen) aus der Gemeinde Jakubsán (Komitat Zips) nicht nur Ansiedler-Hausstellen in Pereg mit der gewöhnlichen Stiftung von je 20 Joch, sondern auch Ackergeräte im Werte von 400 fl. auf Rechnung des Kameralfonds als Geschenk. Weiters bewilligte er 11 walachischen Familien aus der Nähe von Großwardein die Ansiedlung auf der Kameralherrschaft Pusztamegyes und Ackergeräte im Werte von 50 fl. ebenfalls als Geschenk. Da aber Pusztamegyes bis 1855 verpachtet war, wurden auch jene Familien in Pereg angesiedelt.¹⁶

Das Prädium Zimánd war jedoch bereits besetzt und so mußte man im Herbst 1852 den Kolonisten von Papina Pereg zuweisen, wo sie dann auch glücklich untergebracht wurden. Bald aber erwies sich, daß der Boden infolge Mangels an Wasser für Tabakbau nicht geeignet war, was aber, da die neuen Siedler, zumindest die deutschen unter ihnen, keine geschulten Landwirte waren, die Domänenverwaltung eher als einen Vorteil ansah; statt der Tabakgabe wurde den Pereger Kolonisten ein Gelderlös von je 10 fl. nach den 4, für Tabakbau bestimmten Jochen, d. i. insgesamt jährlich 40 fl. auferlegt.¹⁷ Nach Befriedigung der nordungarischen Kolonisten und der von Papina blieben in Pereg noch immer 86 Sessionen leer, die Finanzverwaltung teilte diese den Kolonisten von Körtvélyes zu, deren Zahl aber inzwischen auf 108 angewachsen war. Es war für die Behörden eine schwierige Aufgabe das zur Verfügung stehende, nahezu 1800 Joch umfassende Gut gerecht zu verteilen. Man darf sich nicht wundern, wenn dies nicht ganz befriedigend gelang. Jene 50 Körtvélyeser Familien, die zuerst, im Herbst 1852 in Pereg eingetroffen, erhielten je eine ganze Session und so mußten sich die im Winter angekommenen weiteren 58 Familien mit den gleichmäßig verteilten 36 Sessionen, also mit ungefähr je 12 Joch, begnügen.¹⁸

¹⁵ F. M. 20673:1852.

¹⁶ F. M. 21642, 21927, 22394:1852.

¹⁷ F. M. 20673, 35795:1852.

¹⁸ F. M. 1685:1853.

Aus den Familien von Papina und Körtvélyes entstand *Németpereg*, die neue deutsche Gemeinde in Ungarn, deren Entstehungsgeschichte recht abenteuerlich genannt werden mag. Sie zeigte einerseits einen gewissenlosen kapitalistischen Unternehmer, dessen Typ nach Aufhebung der Allodialrechte in der Landwirtschaft in Erscheinung trat; andererseits eine macht- und ziellose Staatsverwaltung, die kaum im Stande war, ihren Intentionen Geltung zu verschaffen. Ob ihr gemeinsames Werk, das unter den ungünstigen Auspizien des Freiherrn von Geringer ins Leben trat, einen Nutzen für das Land bedeutete, blieb noch dahingestellt; die Zentralbehörden jedenfalls überschwemmten die neue Gemeinde mit mannigfachen Begünstigungen. So erhielt sie bald freistehende herrschaftliche Baugründe für das Bethaus und die Schule, 4 Bewohnern wurde ein weiteres günstiges Staatsdarlehen gewährt, um ihr von Feuer beschädigtes Haus herzustellen.¹⁹ In finanziellen Hinsichten aber erfüllte die neue Siedlung keineswegs die in sie gesetzten Hoffnungen. Die Siedler entrichteten für das erste Jahr keinen Pachtzins, nach zwei Jahren baten sie um Herabsetzung des Pachtschillings und wollten damit dieselben Bedingungen erreichen, wie sie der Nachbarort, das 1847 besiedelte Kispereg, besaß. Die Finanzverwaltung war auch diesmal zu Zugeständnissen bereit, die vorgebrachten Wünsche wurden mehr oder weniger verwirklicht.²⁰

Ein Teil der Kolonisten von Papina fand in *Turia Remete* ein neues Heim und auch diese Siedlungsgeschichte beleuchtet in interessanter Weise die landwirtschaftlichen Zustände in Ungarn nach der Urbarialbefreiung. Die Finanzbezirksdirektion zu Ungvár führte wiederholt darüber Klage, daß das Eisenwerk in Turia Remete seit Aufhebung der Urbarialverhältnisse mit Schwierigkeiten zu kämpfen habe, da die ehemaligen Leibeigenen sich weigerten, es mit Holzkohle zu versehen, vielmehr stets steigende Lohnforderungen erhoben. Um das nötige Arbeitermaterial herbeizuschaffen, beantragte sie, von den Allodialgrundstücken in Dubravairtás, welche von der Ortschaft Turia Remete nur 300 Schritte entfernt lagen, 40 Joch roden zu lassen und dieselben an 20 Ansiedlerfamilien in Erbpacht zu geben. Die Siedlungen sollten sich nach der Primogenitur vererben, den Siedlern zur Pflicht gemacht werden, das

¹⁹ F. M. 39036:1852; 29830:1854.

²⁰ F. M. 33898:1854. In Kispereg war der Vertrag auf 30 Jahre geschlossen, der Tabakerlös von 40 fl. darin nicht enthalten.

Eisenwerk mit Holzkohle zum jeweiligen Tarif zu versehen.²¹ Da die alten Bewohner von Turia Remete auch danach sich weigerten, einen annehmbaren Kontrakt mit dem Ärar abzuschließen, und auch andere Klagen gegen sie auftauchten, denen zufolge sie das Holz, anstatt es zu sägen, mit der Hacke fällen ließen, wodurch sie der Staatswirtschaft bedeutenden Schaden verursachten, nahm das Ministerium den Antrag an. Es genehmigte die Besiedlung der 20 Hausstellen unter der Bedingung, daß 16 Familien von Papina dort Unterkunft finden sollten. Die Durchführung erfolgte noch in den Herbstmonaten 1851.²²

Bei der Ehrenbergischen Kolonisation war zu Tage getreten, wie auch Baron Kemény prophezeit hatte, welche Planlosigkeit hinsichtlich der ungarischen Kolonisationsfragen in der Staatsverwaltung herrschte. Die vom Ministerium aufgestellten Grundsätze fanden keine volle Verwirklichung, die Ausführung war an die Möglichkeiten der augenblicklichen Lage gebunden. Bald ließ sie sich vom Geist der Rache leiten, indem sie eine Zurücksetzung des Ungartums erreichte, bald sollten sie die neuen, nach der landwirtschaftlichen Revolution entstandenen Reformen befriedigen. Im Ganzen genommen aber lavierte sie ohne einheitliches Ziel zwischen den Klippen des bürokratischen Meeres und jene kleinen Erfolge entsprachen keineswegs der großen Mühe von zweieinhalb Jahren. Auch die *oberungarische Siedlungstätigkeit* zeigte kein minder trostloses Bild.

Die mittleren und östlichen Komitate Oberungarns durchlebten bereits in den 40er Jahren eine harte Wirtschaftskrise, die dann 1847 in der großen Hungersnot ihren Höhepunkt erreichte. Die Not der Bevölkerung war ungeheuer, damals geschah es auch, daß sich im Zipser Komitat das Gerücht verbreitete, ein Bauer habe ein Mädchen getötet und es zusammen mit seiner Frau verzehrt.²³ Die allgemeine Not hatte alsbald eine

²¹ Hier muß bemerkt werden, daß die Idee der Primogenitur, sowie anderer, der alten ungarischen Rechtentwicklung zuwiderlaufenden Einrichtungen immer von Behörden ausgingen, in denen Nichtungarn als Beamte dienten. In der Ofener Finanzlandesdirektion aber, deren Leitung größtenteils aus Ungarn bestand, oder im Wiener Finanzministerium, zuhanden des ungarischen Ministerialrates Szögyény, wurden alle derartigen Pläne abgelehnt. Diese ungarischen Beamten wahrten auch zur Zeit des vollständigen Absolutismus sorgfältig die ungarische Verfassung und die ungarischen Rechtsgewohnheiten, ihr Verdienst ist es, daß das österreichische Recht in Ungarn nie völlig triumphieren konnte.

²² F. M. 33619:1851.

²³ Die amtliche Untersuchung stellte allerdings fest, daß der Betreffende bloß Schaf- und Hundefleisch genossen habe. (I. P. 1847, 504/30, S. 4.) Das Gerücht wird

Wanderbewegung zur Folge. So forderte im Frühling 1847 ein Bauer, welcher angeblich die Legitimationsschrift einer Temeser Kameralgutsverwaltung besaß, seine Mitinsassen zur Auswanderung nach dem Temeser Bánát auf; nach Angabe der Zipser Komitatsversammlung sollen auch mehrere von diesen dorthin gezogen sein.²⁴

Nach dem Freiheitskampf steigerte sich die Konjunktur des flachen Landes, es wurde zum Mittelpunkt des sich neugestaltenden ungarischen Wirtschaftslebens, die ungarische Tiefebene übte ihre Anziehungskraft bis nach Oberungarn aus. Jahr für Jahr brachen kleinere oder größere Scharen auf und zogen nach der dicht bewohnten Tiefebene. So wanderten im Frühling 1850 slavische Bergleute, nahezu 300 Köpfe, aus der Gegend von Schemnitz nach den Banater Bergwerken, wo sie sich auch niederließen.²⁵ In den folgenden Jahren trafen weitere, meistens slavische Familien in Südungarn ein, von denen auch einige auf den Arader Kameralprädiën untergebracht wurden. Die Zahl der weiteren Bewerber stieg in kurzer Zeit derart, daß es unmöglich schien, alle Ansuchen zu befriedigen. Bach sah sich daher gezwungen, innerhalb kurzer Zeit die Bittschriften von 269, meist Sároser Familien, welche die Ansiedlung auf einem Staatsgute anstrebten, abzuweisen. Dieser abschlägige Bescheid sollte zwar nur eine einstweilige Verfügung darstellen, bis sich die ungarischen Kolonisationsverhältnisse geklärt hätten, bedeutete aber im Grunde eine endgültige Entscheidung. Die Einwanderergruppe zerstreute sich über den südöstlichen Raum der Tiefebene und vermehrte nur die Zahl der dortigen besitzlosen Landarbeiter.²⁶

Ganz Oberungarn kam in Bewegung, welche auch auf die altangesiedelten Gemeinden übergriff. So geschah es mit der Waldarbeiterkolonie *Németmokra*, die, 1775 aus dem Salzkammergut angesiedelt, 3 Jahre später ein förmliches Statut erhalten hatte, das ihre Rechte und Pflichten genau umschrieb und ihnen durch Gewährung besonderer Privilegien eine weit bessere Existenz sicherte, als den in der Nachbarschaft wohnenden Ungarn. De facto war das Statut nie aufgehoben worden, im Laufe der Jahrzehnte aber waren doch von diesen Sonderrechten so manche verschwunden. So wurde ihnen 1820 die Proviantabgabe einge-

jedoch von ungarfeindlichen Autoren, wie z. B. Johann Janothyck von Adlerstein als Tatsache hingestellt.

²⁴ Das Komitat leitete darüber eine Untersuchung ein. I. P. 1847, 303/18, S. 12—4.

²⁵ Abendblatt d. Wiener Zeitung, 25. Mai 1850, S. 489.

²⁶ M. C. 2541, 2671:1853.

zogen, d. i. eine Unterstützung der Provisionisten, Witwen und Waisen, sie verloren ihre Steuer- und Militärfreiheit, bildeten auch keine selbständige politische Gemeinde mehr, ihre Löhne sanken infolge der Abwertung des Geldes. Dies alles mochte wohl Ursache dieser sozialen Bewegung in der Forstarbeiterkolonie sein, die damals 474 dienstleistende Arbeiter zählte, welche in Németsmokra, Königsfeld, Kőrösmező, Rahó, Visó und Dombó wohnten und deren aus dem Salzkammergut eingewanderter Teil sich längst mit einheimischen Deutschen und Ruthenen vermischt hatte. Das Finanzministerium, dem sie ihre Bittschrift vorlegten, erhöhte bereits 1852 die Arbeitslöhne, gewährte den Arbeitsunfähigen und Witwen eine Pension und stellte auch in anderen Beziehungen die alten Vorrechte wieder her.²⁷

Die bauernfreundliche Sozialpolitik der Regierung, noch aus den Josefinschen Zeiten als wertvolle Erbschaft verblieben und nach den großen Erfahrungen der Revolutionsjahre fast zur Parole geworden, zeigte sich auch bei anderen Gelegenheiten, obwohl sie oft von nationalitätenpolitischer Befangenheit, von den Interessen der Großgrundbesitzer und noch öfters von trockener Bürokratie gehemmt wurde. Das Spiel dieser zwei Faktoren charakterisiert die Geschichte der Kolonie *Stillbach*. Die Gemeinde wurde noch zu Maria Theresias Zeiten für ruthenische Holzarbeiter gegründet, das Ärar hatte als Eigentümer bis 1788 24 Häuser dort errichten lassen. Dann geriet, nach Einstellung der großen Siedlungen, das kleine Dorf in Vergessenheit: die Bevölkerung nahm wohl zu, führte aber jenes kärgliche Gebirgsleben, das für die Ruthenen so charakteristisch ist. Das Dorf war 1788 von 45, 1853 von 112 Familien bewohnt, die Einwohnerzahl betrug 1788 190 und 1853 bereits 446 Personen; 1788 hatte es nur 24 Wohnräume gegeben, 1853 waren es deren 66. 1788 zählte man 65 Stück Vieh und 110 Schafe, 1853 203 Stück Vieh, aber nur 28 Schafe; bis 1852 hatte kein Einwohner Schreiben und Lesen beherrscht.

In diesem kärglichen Raum fristete Stillbach sein ruhiges Dorfleben, bis es 1853 dem Finanzministerium einfiel, das Dorf an einer anderen Stelle zu errichten. Grund dafür war die Tatsache, daß die Holzarbeiten in der Umgebung eingestellt worden und die Bewohner Stillbachs bis auf einen einzigen Mann nicht mehr darin beschäftigt waren, wogegen im Ungvárer Forstdistrikt Arbeitermangel herrschte. Die Stillbacher weiger-

²⁷ M. C. 950, 1749:1855.

ten sich, ihre alten Wohnsitze zu verlassen, dem Kaiser wurde eine Bittschrift um weitere Belassung am jetzigen Ort unterbreitet. Die Bürokratie wußte zuerst nicht, was zu tun war. Anfangs wies man auf das Urbarialpatent von 2. März 1852 hin, nach dem die Holzarbeiter unbebaute Inwohner und darum die alten Verhältnisse aufrecht zu erhalten seien. Später dachte man daran, die Übersiedlung durch Verhandlungen zu erreichen. Diese waren gerade im Gange, als am 9. Nov. 1854 eine Feuersbrunst 7 Häuser samt Stallungen einäscherte und der Wohnungsmangel 5—6 Familien in einen einzigen Raum zusammendrängte. Da überdies die Ungvárer Finanzbezirksdirektion, welche die Verhandlungen führte, in 5 Abteilungen umorganisiert wurde, lähmte dieser bürokratische Zwischenfall ihre Arbeit auf lange Monate hinaus. Endlich, nach vierjährigem Hin und Her entschied die Gnade des Herrschers, daß die Einwohner von Stillbach zur Übersiedlung nicht gezwungen werden und daher an ihren alten Wohnorten verbleiben könnten.²⁸

Auch in den Gebirgsgegenden *Böhmens* schien die ungarische Tiefebene ähnliche Anziehungskraft auszuüben, wie in Oberungarn, und die Bewohner auch dieser überfüllten Industriegegend trieb es nach Ungarn. Vor 1848 schon gab es eine starke Abwanderung, meistens in die Städte, und als in Karlsbad ein Hilfsverein für das Erzgebirge gebildet wurde, der ein systematisches Programm zur Aushilfe der wegen Stillelegung der Bergwerke mit ständiger Not kämpfenden Bevölkerung ausarbeitete, empfahl dieses: „Unterstützung von Auswanderungen und Ansiedlungen in Ungarn, Croatien, Serbien u. dgl.“²⁹ 1852 gelangten 7 tschechische Familien bis nach Kroatien, wo sie sich zwischen Sissek und Petrinia, in der Nähe des Waldes Kottar niederließen. Als ihre Felder durch Hagel schweren Schaden erlitten, ließ Franz Josef durch die Militärbehörden rund 1000 fl. unter ihnen verteilen.³⁰

Die allgemeine Teuerung und Not, die Erbitterung der ärmeren Volksklassen rief eine damals beängstigend große Auswanderungsbewegung hervor, die auch die Aufmerksamkeit der vor „der revolutionären Propaganda“ stets ängstlichen Polizeibehörden auf sich zog. Viele dieser Leute wollten nach Amerika (ein Teil sogar nach Mexiko), andere nach Türkisch-Serbien, wo auch einige der Revolutionsführer Zuflucht gefun-

²⁸ F. M. 34910, 40075:1853; 40461, 44825:1855; M. C. 3297:1853; 1109:1857.

²⁹ Wiener Zeitung, 1850, S. 1611.

³⁰ Gd. 604, 664:1858. Staatsarchiv in Wien.

den hatten,³¹ wieder andere nach Ungarn. Als der böhmische Statthalter Graf Lazansky dem Innenminister darüber einen Bericht vorlegte, wollte er gleichzeitig „dabei die Dringlichkeit der ungarischen Kolonisierungsfrage andeuten... Ich finde mich daher verpflichtet, auf diesen Gegenstand zurückzukommen, indem ich nur in der Kolonisierung Ungarns ein durchgreifendes Mittel sehe, den durch die ungünstigen heimatlichen Verhältnisse in Bewegung gesetzten Strom der Auswanderung“ im Sinne des Gesamtstaates und zum Wohle der Krone bändigen zu können.³² Damit vermeinte der Statthalter, ja selbst Bach, drei Ziele mit einem Schläge erreichen zu können: die Beseitigung der böhmischen Arbeitslosigkeit, die Unterdrückung der revolutionären Ideen und endlich die Durchdringung Ungarns mit nichtungarischen Elementen. Dies Ziel lag aber noch weit entfernt, seine Erreichung schien nicht so einfach, wie dies die hohen Beamten beim Entwerfen ihrer Pläne gedacht.

Die Banater Steinkohlenwerke forderten durch das Bergoberamt in Böhmen sachkundige Bergarbeiter an, um den Erfordernissen ihrer aufblühenden Industrie nachkommen zu können. Dem Rufe folgten 118 Personen, die dann im Banat auch ihr erträgliches Einkommen fanden. Das lenkte wiederum die Aufmerksamkeit Vieler auf die Möglichkeiten einer Auswanderung, „durch dieses Beyspiel sey eine weit um sich greifende, Besorgniss erregende Auswanderungslust geweckt worden“, wie sich bald darauf *Kempen* beklagte. „Die bedauerungswürdigen Resultate der Colonisirungsprojecte in Ungarn, namentlich die verunglückten Ansiedlungsversuche von Ehrenberg und Haimhoffen, wodurch nicht nur eine Menge Familien... all ihr Hab und Gut verlieren, sondern selbst der Staatsschatz in Anspruch genommen wurde“, mögen zur Vorsicht mahnen. „Ich benütze daher diesen Anlaß, fährt er in seinem Schreiben an Bach fort, um mich an Euer Exc. mit dem dringenden Ersuchen zu wenden, für die Zukunft nicht nur mich von derley Auswanderungs- oder Umsiedlungsprojecten gefälligst in die Kenntniss zu setzen, sondern auch die untergeordneten Behörden und Ämter gütigst anweisen zu wollen, sich

³¹ Nach einer Polizeimeldung von 2. Aug. 1852. soll der „berüchtigte Don Gabler“ der Erzieher des Sohnes des serbischen Fürsten geworden sein. Der radikale Lambl sei von der türkischen Regierung als Professor eingeladen, er habe den Geistlichen Wondra mit sich gebracht, der in allen seinen Briefen das Land und die Auswanderungsmöglichkeiten dortselbst rühme.

³² S. I. J., Zl. 5223/M. I. 1852, Sign. 17. Auch die Regierungspresse in Böhmen empfahl den Auswanderungslustigen eher Ungarn, als Amerika.

hierüber und zwar von jedem Acte der Verlautbarung mit den betreffenden politischen Behörden in das Einvernehmen zu setzen."³³

Kempens Wunsch wurde selbstverständlich erfüllt und die Einbeziehung der Wanderungsangelegenheiten in den Amtskreis der Polizei brachte nur ein weiteres Anschwellen des bürokratischen Apparates mit sich: weitere Schreibereien und weitere Hinzuziehung von Behörden, was natürlich jede Erledigung noch mehr verzögerte. Und wenn auch die Polizei jede Kolonisierungsbewegung eifersüchtig überwachte und den Verwaltungsbehörden meldete, war es doch nicht möglich, die nach fernem Wohlstande sich sehnenden Menschen an ihre Heimat zu fesseln. Vergebens meldete Kempen, daß Johann Groß, ein Bergamts-Kontrolleur zu Joachimsthal, das Volk zur Auswanderung nach Ungarn zu überreden suche, indem er unter Vorweisung eines Bildnisses des Kaisers den leichtgläubigen Leuten allerlei Vorteile, wie Häuser und Felder, in Aussicht stelle und die sich Meldenden ganz ordnungsgemäß in ein Buch eintrüge. Von dem weiteren Schicksal des Groß wissen wir nichts, wohl aber, daß einige Monate später 8 Werksarbeiter des Holzlaubkauer Eisenschichtsamtes aus Przbram nach dem Banat auswanderten.³⁴ Sie hatten zwar eine behördliche Bewilligung dazu, die gewiß nicht allen erteilt wurde,³⁵ aber an sich noch nicht genügte, um eine neue Existenz zu gründen.

VII. Die Wanderungsfrage im Kaiserstaate.

Die ungarische Kolonisierung hatte also bisher viele Mißerfolge und nur wenig Positives aufzuweisen. Umsomehr wurde verhandelt. So schwoll das Problem, ohne freilich sich vom Ausgangspunkte fortzubewegen, an Wichtigkeit, Umfang und Bedeutung ständig an. In diesem Stadium hing es mit einer verwickelten sozialen Frage des damaligen Zeitalters, mit dem Auswanderungswesen der österreichischen Monarchie und überhaupt der deutschen Staaten, aufs engste zusammen, seine Lösung schien nur gemeinsam mit dieser möglich.

Als die *deutsche Bundesakte* (1815) in ihrem § 18 über die Auswanderung entschied und die Teilnehmerstaaten gegenseitig freie Aus-

³³ S. I. J., Zl. 1086/M. I., 1852. Sign. 17.

³⁴ S. I. J., Zl. 2175 und 3253/M. I., 1852, Sign. 17.

³⁵ Franz Bartl aus Bleistadt (Böhmen) bat um Aufnahme in einer der Ansiedlungen Ungarns, was kurzerhand abgewiesen wurde. (M. C. G. 12659:1855.)

wanderung gewährten, bildete diese noch kein brennendes und allgemeines Problem. Der Entschluß jedoch war an sich vielsagend und bedeutete einen Schlag gegen das merkantilistische Jahrhundert. Damals waren die Insassen fest an ihr Land gebunden, die Staatsgewalt nicht nur gegen jede Abnahme der Bevölkerung, sondern darüber hinaus bestrebt, fremde Untertanen in das Land zu bringen. Nach diesem System, das auch noch im Zeitalter des Physiokratismus bestand, stellte es eine Neu-erung dar, wenn den Untertanen größere Bewegungsfreiheit eingeräumt wurde. Gewiß hatten die Schöpfer der Akte die Wichtigkeit der Auswanderungsfrage gar nicht voll erfaßt — diese sollte erst aus den folgenden Jahrzehnten klar hervortreten — den Zeitströmungen aber konnte sich niemand mehr entgegenstellen.¹

Nunmehr setzte erst die Bewegung als solche ein. Große Gruppen verließen deutsches Gebiet und zwar nach zwei Richtungen. Von Nord- und Westdeutschland nach Westen, in die neue Welt: für die deutschen Welthafenstädte Hamburg, Bremen, Lübeck begann damit ein neuer Aufschwung. Von Süddeutschland dagegen nach Osten. In Bayern nahm während der 30er Jahre eine Wanderbewegung ihren Beginn, die dann bald den Staat zum Eingreifen zwingen sollte. Dieser sah höchst ungern das Anwachsen der amerikanischen Auswanderung und bemühte sich jahrelang, in Bulgarien eine geschlossene bayerische Kolonie, ähnlich jener der Siebenbürger Sachsen, zu errichten, ohne freilich einen Erfolg zu erzielen.

Solange *Metternich* die Geschäfte leitete, nahm Österreich an allen Kolonialbewegungen regen Anteil. Die katholischen Deutschen in Amerika anerkannten sein schützendes Interesse, so verhandelte z. B. auch Monsignore Bedini, der päpstliche Internuntius in Rio de Janeiro, mit der österreichischen Regierung wegen des Gottesdienstes für die aus den Rheinlanden eingewanderte deutsch-katholische Gemeinde Petropolis.² Metternich ließ alle Auswanderervereine der deutschen Staaten sorglich beobachten³ und aus dieser Tätigkeit heraus tauchte sogar die Idee auf, eine eigene Kolonie zu gründen. Peter Koster suchte durch zwei Denk-

¹ Vgl. Auswanderung und Auswanderungspolitik in Deutschland, herausgeg. von E. Philippovich, Leipzig, 1892.

² St. K. 1846, B. aus Rio de Janeiro, 24. Apr. N. 27. A. und 12. Sept. N. 34. B. Staatsarchiv in Wien.

³ So St. K. 1847, B. aus Frankfurt, 4. März N. 6.; 2. Juni N. 23.; 21. Juni N. 27 und 5. Nov. N. 34.

schriften die Aufmerksamkeit der österreichischen Regierung auf die Kolonisationsmöglichkeiten in Kalifornien zu lenken, wodurch er ein Anwachsen des deutschen Elementes und die Entwicklung der österreichischen Seemacht zu erreichen hoffte.⁴

Als nun im großen Jahre 1848 alle deutschen Lebensfragen zur Erörterung in Frankfurt kamen, wollte man das neue, alle deutschen Krankheiten heilende Mittel auch auf die Wanderungsfrage anwenden. In diesem Sinne wurde intensiv verhandelt. Die Siebenbürger Sachsen wandten sich durch ihren Vertreter bereits am 9. Juni 1848 an die *deutsche Nationalversammlung*, legten ihre Lage dar und betonten ihren Willen zur deutschen Einheit: „Ihr aber, deutsche Brüder, die Ihr gewiß zu helfen und zu stützen brennet, wo nur der deutschen Sache Gefahr drohet: Ihr sendet uns Männer zu von hellem Kopf und fleißiger Hand, auf daß mit ihnen neuer, frischer Lebenssaft die Adern durchdringen und uns in stetem Wachstum und in gleicher Höhe erhalte mit dem alten Vaterlande, dem sich immer die Blicke sehnend zugewendet!“⁵ Diese Aufforderung zu einer Auswanderung nach Siebenbürgen blieb für lange Zeit ohne Widerhall, in jenen ereignisreichen Tagen war auch nichts anderes zu erwarten. Am 21. Jan. 1849 jedoch langten zugleich zwei Noten an das Frankfurter Reichsministerium des Handels ein, welche vermutlich auch schon ursprünglich zusammenhingen und auf eine gemeinsame diplomatische Aktion hinwiesen. So wünschte die württembergische Regierung, daß man die deutsche Auswanderung, anstatt nach Amerika, nach Ungarn leite. „Es ist schon öfters in der Presse hervorgehoben worden, daß die Auswanderung Deutscher nach Ungarn und in den Südosten Europas für Deutschland in politischer und industrieller Beziehung das Angemessenste sei... Daß Ungarn sich vorzugsweise für deutsche Auswanderung eignet..., dürfte nicht zu bezweifeln sein... Nach Ungarn und dem Südosten Europas ist Deutschland in Bezug auf die Ausdehnung seines Handels und die Ausfuhr seiner Industrieerzeugnisse vorzugsweise angewiesen, hierfür würde nun die Ansiedlung deutscher Auswanderer in jenen Ländern ganz besonders förderlich wirken.“ Der württembergische Antrag wurde aber von den Liberalen und Demokraten mißbilligt, da diese prinzipiell jede Aktion gegen das Ungartum ablehnten. Abgeordneter Alexander Falk äußerte sich: „Die österreichische Re-

⁴ P. A. 1848, Florence, 11. Jan. N. 8. D.

⁵ Auswanderungsakten des Deutschen Bundestages und der Frankfurter Reichsministerien, herausgeg. von G. Liebbrandt und Fr. Dickmann, Stuttgart 1932, S. 31.

gierung hätte vor der jetzigen Bewegung ihre Aufgabe begreifen und durch möglichste Beförderung der Kolonisation das deutsche Element in diesen Ländern kräftigen und widerstandsfähig machen sollen. Sie hat es versäumt und es wird ihr schwer werden, das Versäumte nachzuholen." Darum sei die angeregte Idee, deutsche Landarbeiter auf die Güter großer magyarischer oder slavischer Grundbesitzer zu ziehen, „sowohl im Interesse der Humanität, als der Nationalität entschieden zu verwerfen.“⁶

Am selben Tage reichte auch der *österreichische Bevollmächtigte* bei der Zentralgewalt, von Schmerling, eine Note ein, welche aus der damaligen Lage des ungarischen Feldzuges zu erklären ist. „Die siegreichen Erfolge in Ungarn, so heißt es darin, werden die österreichische Regierung in die Lage versetzen, den längst gefaßten Plan seiner Ausführung näherzubringen, reiche Strecken Landes der Kultur fleißiger Hände anzuvertrauen und einer großen Zahl Deutschen, die nun in fremden Welttheilen eine neue Heimath suchen, diese ganz nahe und unter verwandten und befreundeten Bewohnern zu verschaffen.“ Die österreichische Eingabe fand jedoch keine günstige Aufnahme. Das Reichsministerium gab eine zurückhaltende Antwort, der liberale Abgeordnete Jakob Gülich protestierte gegen jede Germanisierung.⁷ Bald wandte sich auch die militärische Lage und nach den ungarischen Erfolgen im Frühling konnte Österreich auf Monate hinaus an keine Kolonisierung denken. Der Gesandte in München, Graf Thun, wies vergebens darauf hin, daß es in Deutschland eine sehr günstige Stimmung zugunsten Österreichs schüfe, wenn man in der Presse die Kolonisierung Ungarns und Siebenbürgens mit mehr Nachdruck behandle, „wodurch den deutschen und namentlich den süddeutschen Ländern eine Abzugsquelle für ihre, ihnen so viele Sorge bereitende Übervölkerung in Aussicht gestellt würde, durch welche noch dazu das deutsche Element in diesen Gegenden wesentlich verstärkt würde.“ Dadurch, so meint er, könne man auch erfolgreicher gegen die preußische Politik auftreten, welche mit allen Mitteln um die Gunst der deutschen Staaten werbe.⁸

Metternichs Nachfolger aber arbeiteten mit gebundenen Händen und konnten nicht daran denken, diese Angelegenheit energisch anzugehen. Aufstände und die innere Unsicherheit lähmten Österreichs Außenpolitik, der Geist der Initiative ging an die anderen deutschen Staaten über.

⁶ Auswanderungsakten des deutschen Bundestages, S. 55, 59.

⁷ Auswanderungsakten des deutschen Bundestages, S. 65, 66—8.

⁸ P. A. 1849, B. aus München, 14. Nov. N. 112.

Preußen, das schon damals als der Führer der deutschen Kolonialfragen auftrat, suchte dadurch nicht zuletzt seine Vorrangstellung zu sichern, was ihm, dem alten Beschützer aller norddeutschen Auswanderer, auch gelang. Freiherr von Prokesch-Osten, der österreichische Botschafter zu Berlin, meldete wiederholt nach Wien, daß wenn immer in Berlin die Kolonisationsfrage auftauchte, diese nur als „ein Agitationsmittel für Gesamtdeutschland“ diene. Preußen strebe darnach, den Schutz, die Verschiffung, Organisierung und Ansiedlung aller in Amerika lebenden Deutschen in seine Hände zu bekommen, um so seinen Einfluß innerhalb des deutschen Gebietes zu vermehren. Dieser Absicht entsprang auch jene Demonstration, als im Jänner 1853 eine aus drei Einheiten bestehende deutsche Flottille in den Hafen von Rio de Janeiro einlief. Prokesch-Osten empfahl als Gegenmaßnahme, durch den Bundestag Auswanderungsgesetze herauszugeben und durch die solchermaßen erreichte einheitliche Auswanderung deutsche Kolonien in Südamerika zu errichten.⁹

In den 50er Jahren fand die Auswanderung von Seiten aller deutschen Staaten bedeutende Erleichterung, die Zahl der Auswanderer stieg andauernd und erreichte im Jahre 1853 ihren Höhepunkt mit über 157,000 Personen. Nun suchte man durch Gründung von Auswanderervereinen, durch Gesetzgebung und Errichtung geschlossener Kolonien auch für das weitere Wohl dieser Menschen Sorge zu tragen. Hier ging *Bayern* mit gutem Beispiel an gesunder Sozialpolitik voran. Als sich 1851 in Oberfranken ein wahres Auswanderungsfieber nach Ungarn zeigte, zog die Regierung sofort in Wien Erkundigungen ein. Man ließ sie wissen, daß die Kolonisierungspläne für die Staatsgüter wohl ausgearbeitet seien, daß jedoch die Kolonisierung selbst erst später einsetzen könne, da sich die wichtigsten Staatsdomänen noch in Pacht befänden. Eine Kolonisierung auf Privatgütern aber erscheine aussichtslos, solange die Teilung dieser Güter nicht geregelt worden sei. Das geschah erst 1853 durch Einführung des Zivilrechtes, als nach endgültiger Aufhebung des ständischen Privatrechtes die kapitalistischen Wirtschaftsformen auch im Immobilienrechte obsiegten. Die Einwanderung bayerischer Untertanen freilich wurde auch dann noch durch mancherlei Umstände verhindert.¹⁰

Regierung und öffentliche Meinung aber durften nicht länger zusehen. Zu Beginn d. J. 1854 erschien der bayerische Legationsrat Stobäus

⁹ P. A., B. aus Berlin, 1852, 28. Febr. N. 27. B. und 4. März N. 30. A. und B. aus Rio de Janeiro, 1853, 13. Febr. N. 2. A.

¹⁰ *Philippovich* a. a. O. S. 65—6.

in Hamburg, um dort hinsichtlich der Auswanderung bayerischer Untertanen nach Amerika seiner Regierung den entsprechenden Einfluß zu sichern.¹¹ Zu Ende desselben Jahres beantragte Fürst von Ottingen-Wallerstein in der Kammer der Abgeordneten, man möge jenen unbemittelten Auswanderern, die nach Ungarn und den Donaustaaten, d. h. nach einer, den deutschen Interessen nächstliegenden Richtung, zogen, alle nur möglichen Vorteile gewähren. Nunmehr nahm König Maximilian II. selbst die Behandlung der Frage in die Hand. Gemäß seinem Auftrage stellte der bayerische Bundestaggesandte am 21. Febr. 1856 vor der Bundesversammlung in Frankfurt einen Antrag hinsichtlich einheitlicher Regelung der Auswanderung. Die *Bundesversammlung* wählte bereits in ihrer nächsten Sitzung einen Ausschuß, welcher die Auswanderung zu organisieren und „in gleichem Maße das Interesse des Mutterlandes, als das der Auswanderer zu wahren und zu fördern sucht; ersteres durch Erhaltung der Nationalität der Auswanderer und ihrer Verbindung mit Deutschland; letzteres, indem die Auswanderung in günstig gelegene Gegenden geleitet und dortselbst den Auswanderern noch Vorsorge zugewendet werden soll.“ Es erschien daher ein Überblick über die betreffenden Gesetze der einzelnen Staaten nötig, um sodann entsprechende gemeinsame Vorschläge zur Behandlung zu stellen.¹²

Der österreichische Gesandte beim Bundestag, Graf Rechberg, erbat von seiner Regierung die Übermittlung der betreffenden Gesetze und Verordnungen. Außenminister Buol-Schauenstein wandte sich an Bach und betonte; „Die über diesen Gegenstand im Schoße der Bundesversammlung bevorstehenden Verhandlungen werden für Österreich ein um so größeres Interesse darbieten, als hiebei unzweifelhaft auch die Frage der Colonisation Ungarn's durch deutsche Einwanderer zur Sprache kommen und die Kais. Regierung sich demnach in der Lage sehen wird, mit ihren diesfälligen Ansichten hervortreten.“ Der viel beschäftigte Bach, in den Fesseln seiner eigenen Bürokratie gefangen, war erst nach einem halben Jahre in der Lage zu antworten. Er führte aus, daß die Regierung innerhalb bestimmter Bedingungen die Auswanderung erlaube, sie künstlich keineswegs unterbinden, aber auch nicht irgendwie unterstützen wolle. Dieser alte Grundsatz dürfe auch jetzt nicht geändert werden, umso weniger, „als die Neugestaltung des österr. Kaiserstaates

¹¹ P. A. 1854, B. aus Hamburg, 9. Febr. N. 12. A.

¹² P. A. 1856, B. aus Frankfurt, 7. Apr. N. 33. B.

vielmehr auf eine Begünstigung der Einwanderung hinweist." Darum wurde 1849 das Ansuchen des Zentralvereins für Auswanderung zu Köln und Düsseldorf abgewiesen, der, um die amerikanische Auswanderung zu erleichtern, Agenturen im Kaiserstaate zu errichten wünschte. Da aber aus polizeilichen Gründen gewisse Maßnahmen zur Verhinderung der Rückwanderung aus Amerika nötig seien, teile er diese vertraulich mit.¹³

Der Ausschuß der Bundesversammlung ging mit aller Gründlichkeit an seine Arbeit und legte zwei Jahre später einen umfangreichen und in allen Einzelheiten belegten Bericht vor, in dem die Richtung des Auswandererstromes eingehend besprochen wird. „Was die einzelnen Länder, die hierbei in Betracht kommen, betrifft, so werden wohl die in Europa gelegenen, zur Einwanderung geeigneten Gebiete vor Allem die Aufmerksamkeit in Anspruch zu nehmen haben und bekanntlich sind es die unteren Donauländer, die hier vorzugsweise in Frage stehen, da sie noch freien Raum und fruchtbaren Boden für Ansiedlung einer ackerbauenden Bevölkerung darbieten. — Ungarn liegt uns dort am nächsten und wie in früheren Zeiten solche Auswanderer sich dahin gewendet haben, so wäre auch jetzt noch die Möglichkeit gegeben, dortselbst weitere neue Ansiedlungen zu begründen. Der Kais. Kön. Österr. Bevollmächtigte bei der provisorischen Centralgewalt hat in einer am 21. Jan. 1849 an das damalige Reichsministerium des Handels gerichteten Note selbst hierauf aufmerksam gemacht." Schon damals drückte der Bevollmächtigte die Hoffnung aus, daß die Kenntnissnahme der genannten Pläne den ersten Schritt zur Ausführung bedeute und daß diese Ausführung für ganz Deutschland dadurch Segen bringend sei, „daß Tausende seiner Söhne dem Vaterlande erhalten werden." Die damaligen stürmischen Zeitläufte waren nicht geeignet, den Plan eingehender zu studieren, die Frage wurde auch weiterhin nicht mehr angeschnitten. Der österreichische Gesandte betonte aber neuerdings während der Ausschußverhandlungen, daß seine Regierung gerade jetzt bemüht sei, die Einwanderungsmaßregeln festzustellen, auch werde er, sobald dies geschehen, nicht versäumen, die bezügliche Verordnung dem Ausschuß unverzüglich mitzuteilen. „Demgemäß, so schließt der Bericht, wird in Bezug auf die Auswanderung nach Ungarn vorerst lediglich noch die in Aussicht gestellte weitere Mitteilung abzuwarten seyn." Im weiteren beschäftigt sich der Bericht

¹³ P. A. 1856, Note a. d. Minist. d. Innern 23. Mai; Note d. min. d. Innern 9. Dez.; Depesche n. Frankfurt 11. Dez. N. 3; 1857:B. d. Gr. Rechberg 7. Jan. N. 1. C.

mit den Auswanderungsmöglichkeiten in die, unter türkischer Oberhoheit stehenden Territorien, sowie nach Nord-, Mittel- und Südamerika und kommt zum Schlusse, daß Südamerika, vor allem Brasilien, Argentinien und Chile¹⁴ den günstigsten Platz für deutsche Niederlassungen biete. Endlich empfiehlt er einige Punkte zur gemeinsamen Organisation des Auswanderungswesens.¹⁵

Außenminister Buol sandte an Bach sowohl diesen Bericht, wie auch eine Denkschrift des Bremer Stadtrates bezüglich der Auswanderung zur Begutachtung, mit dem Zusatze, daß seiner Meinung nach, was den ersten betreffe, ein beistimmendes Ja keinem Anstande unterliege. Bachs Gutachten aber ließ wieder eine gute Zeit auf sich warten. Anstatt im August, als Graf Rechberg die österreichischen Erläuterungen in Frankfurt einreichen sollte, traf seine Antwortnote, die im übrigen mehr oder weniger ablehnend war, nach mehrmaligem Betreiben erst im Oktober ein. Er betonte, daß der Antrag der Bundesversammlung durch Begünstigung der Auswanderer, durch Aufstellung von Auswandereragenturen eigentlich eine Erleichterung der Auswanderung anstrebe, was mit den Grundprinzipien der österreichischen Regierung nicht vereinbar sei. Was Ungarn betreffe, könne er nichts weiter sagen, als daß das Kolonisationsgesetz noch im Entstehen begriffen sei. Buol wies Rechberg an, diese ablehnende Antwort mit Rücksicht auf die alten freundschaftlichen Beziehungen zwischen Bayern und Österreich mit aller diplomatischen Vorsicht mitzuteilen.¹⁶

Aber alle Vorsicht und alle schönen diplomatischen Formen halfen nichts, sie zeigten dennoch nur zu klar, daß Österreich auch diesmal die Gelegenheit versäumte, in der deutschen Auswanderungsfrage mit eigener Initiative auf den Plan zu treten. Schuld daran trug die langsame steif-

¹⁴ Brasilien bildete das populärste Auswandererland in Südamerika; Argentinien und Chile aber fanden wegen ihrer republikanischen Staatsform bei den absolutistischen Regierungen nicht die größte Sympathie. Da auch diese des Auswandererstromes theilhaftig werden wollten, benützte Chile eine, damals noch eigenartige Form der Propaganda. Es schickte seinen ehemaligen Minister Ramon Luis Yrarrázabal, der als Gesandter nach Rom ernannt war, in die Schweiz und nach Deutschland, um dort „die Möglichkeiten zu besprechen, die Auswanderung vorzugsweise nach Chili zu lenken“ und den Auswanderern unentgeltlichen Boden zu versprechen. (St. K. 1846. B. aus Rio de Janeiro, 21. Febr. N. 25. D.)

¹⁵ Die zitierten Teile S. 11—2 des Berichtes, welcher P. A. 1858, B. d. Gr. Rechberg, 30. Juni N. 77. G. beigelegt ist.

¹⁶ P. A. 1858, B. d. Gr. Rechberg 2. Juli N. 78. B. und 6. Okt. N. 126. C.; Dep. an Gr. Rechberg 18. Okt.

beinige Innenpolitik Bachs, sowie die allzu vorsichtige, ja feige Diplomatie Buols, und damit das ganze damalige System des Absolutismus. Aufrichtige Freunde Österreichs, so der Justizminister von Baden, Wechner, betonten vergebens schon seit Jahren, daß die Auswanderung ein, durch ganz Deutschland immer mehr um sich greifendes, unerklärliches Übel sei, dessen endgültige Lösung von Österreich zu erwarten sei.¹⁷ Alle Hinweise blieben vergebens, sie wurden nicht angehört und der Kaiserstaat verharrte in seiner schon seit langem überholten Politik.

Österreichs Bevölkerungspolitik blieb nach wie vor von dem nie erlöschenden Gefühle der inneren Unsicherheit bestimmt, d. h. da Ein — bzw. Auswanderung nach Meinung der Behörden stets mit revolutionären Umtrieben Hand in Hand gingen, so war das Eine in dem Anderen zu treffen. Dies bedeutete nicht weniger, als daß ein besonders wichtiger Teil der allgemeinen Sozialpolitik den polizeilichen Sicherheitsmaßnahmen unterstellt wurde.¹⁸ Dadurch nahm die Sicherheit der absolutistischen Regierung, die nie vergaß, ihre „humanitäre“ Tendenz zu betonen, den ersten Platz gegenüber dem Wohle des Volkes ein und diese Einrichtung mußte zu krassen Widersprüchen in sich selbst führen. So geschah es auch mit der *Einwanderung Gewerbetreibender*, die noch aus den alten Zunftgewohnheiten herrührte und früher mit allen Mitteln gefördert worden war, jetzt aber, im Lichte der absolutistischen Politik, ein anderes Aussehen bekam und der Regierung große Sorgen bereitete. Finanzminister Freiherr von Krauß machte schon zu Beginn 1850 darauf aufmerksam, daß in der letzten Zeit Zimmergesellen in großer Zahl nach Österreich einwanderten. Bald darauf meldete der oberösterreichische Statthalter, daß auffallend viele Zimmerleute, Maurer-, Schlosser- und Schmiedegesellen nach den k. k. Staaten strömten, „welche als geheime Agenten der Umsturzpartei entsendet seyn sollen, um bey einem Aufstande thätig an der Hand zu seyn.“ Der Wiener Stadthauptmann wurde zur Berichterstattung aufgefordert und das Ministerium des Innern glaubte bereits feststellen zu können, daß die meisten einwandernden Gesellen Mitglieder der Schweizer, Badenser und Württemberger Arbeitervereine seien;

¹⁷ P. A. 1853. B. aus Karlsruhe, 25. Febr. N. XII.

¹⁸ Mit dieser Auffassung stand Österreich nicht allein im damaligen Europa. Das preußische Innenministerium empfahl in seinem Gutachten (1849), die Auswanderer aus politischen Gründen nach den monarchistischen Staaten, z. B. nach Brasilien zu leiten. (*Philippovich* a. a. O. S. 440.)

die Grenzzollinspektionen wurden demnach angewiesen, solche nach Österreich kommende Leute strengstens zu untersuchen.¹⁹

Fügt man noch die Regierungsbestrebungen zur Ermöglichung einer zahlreichen ungarischen Auswanderung nach Amerika hinzu, so könnte man fast meinen, die Regierung habe auf eine Entvölkerung des Staates hingearbeitet. Dagegen sprechen aber wieder die scharfen Maßnahmen, die man verfügte, um eine Auswanderung nach Amerika zu unterbinden. In wesentlichen Teilen der Monarchie trat zugleich mit der Übervölkerung und mit der sozialen Not eine *Auswanderungsbewegung* auf, die zwar jene in Westdeutschland an Ausdehnung nicht erreichte, aber doch der Regierung ständigen Grund zur Beunruhigung gab. Amerika, das damals als „Land der Freiheit“ galt, war in politischer Hinsicht kein zuverlässiger Staat und besonders nach Kossuths Reise unternahm Österreich alles, um die Auswanderung dorthin einzuschränken.

Das Auswanderungsfieber trat in den einzelnen Territorien verschieden stark auf. Am stärksten wohl in *Böhmen*, von wo eine beträchtliche Anzahl nach Ungarn kam. Die Polizei fahndete wohl nach Auswandereragenturen und Emissären, tat es aber in einer Form, daß nie zu entscheiden war, ob sie den Auswanderertrieb oder die demokratische Gesinnung ausrotten wolle. So im Herbst 1852, als ein gewisser Leutnant Becht und der Lithograph Stopfer auswanderten und die polizeiliche Untersuchung einen gewissen Anton Werner in Verleitung zur Auswanderung betreten und feststellen konnte, „daß Hamburger und Leipziger Agentur-Bureaus Einladungen an Kaufleute in Böhmen zur Übernahme gleicher Auswanderungs-Bureaus ergehen lassen.“²⁰

Zwei Jahre später meldete der Statthalter Lazansky, daß im Bezirk Ungarisch-Brod gewisse Aktionen zwecks Auswanderung vorgekommen seien und daß ein Eisenbahnbeamter aus Weißkirchen sich mit Auswandererplänen beschäftige. Die Polizei hoffte zugreifen zu können. Aus ihren Nachrichtenquellen und hauptsächlich aus geöffneten Briefschaften erfuhr sie, daß vier Auswandereragenten, nämlich Johann Dworschak, Wenzeslaus Gelnik, Philipp Oschidal und Josef Bauer, welche mit J. J. Mansfeld aus Hamburg und Ed. Igon aus Bremen in Verbindung standen, in Mähren arbeiteten. Bald darauf stellte sie fest, daß ein gewisser Dr. Wal-

¹⁹ A. 1352, 1366, 1576:1849—50 Prot.; B. M. 8025, 8323:1851 Prot.

²⁰ B. M. 515, 518, 624, 887:1852.

laschek mit der Firma Morris & Comp. über die Abreise von 400 Auswanderern verhandle.²¹

1856 wurde Leopold Markus verdächtigt, in Wsetin (Mähren) eine Auswanderungsagentur zu unterhalten. In den Wintermonaten folgte eine umfangreichere Affäre. In einem Schreiben, das Alois Karesch an Mojmir Oheral schickte und das von der Polizei aufgefangen wurde, war von der Gründung einer slavischen Ansiedlung in Amerika die Rede. Die Untersuchung wurde sofort mit großem Apparat eingeleitet, nach kurzer Zeit stellte sich heraus, daß der Redakteur Oheral, Zabrodsky, Zellenka und Karesch mit Hilfe einer Agentur tatsächlich eine Ansiedlung in Nordamerika planten. Zwei unschuldig verhaftete Prager Bürger mußten entlassen werden, Oheral gab einen kurzen Briefwechsel mit dem in Bremen verweilenden Karesch zu, jedoch nur in Angelegenheit eines Privatwechsels. Die Polizei verbot ihm darauf jede Tätigkeit, die auf Förderung der Auswanderung hinzielen könnte.²²

Pfarrer Josef Opoczensky in Zadwerzitz und der Geschäftsmann Reimershofer, dieser ein früherer Reichstagsabgeordneter und später nach Texas ausgewandert, waren schon seit längerer Zeit wegen ihres Briefwechsels verdächtig, im Kreise der Gemeinde Auswanderungspropaganda zu betreiben. Opoczensky wurde inzwischen nach Wißlitz versetzt, doch blieb seine Post weiterhin sorgfältig überwacht, wahrscheinlich wohl ohne Ergebnis.²³ Die Wanderungsbewegung ganz zu unterbinden, war nicht möglich, jährlich wurde die eine oder andere Bewilligung, hauptsächlich an Juden, erteilt.²⁴

Die Politik, die Ungarn in Brasilien und Algerien anzusiedeln, die tschechische Auswanderung aber zu unterbinden, mag an sich interessant in ihrer Tendenz, aber auch in ihren Widersprüchen sein, jedenfalls war sie nicht konsequent. So z. B. bezüglich der *österreichischen Provinzen*, Vorerst bereitete man den Auswanderern keine Schwierigkeiten. In Oberösterreich erhielten im Zeitraum von 1. Jän.—10. Mai 1852 38 Familien, d. s. 157 Personen Auswanderungserlaubnis,²⁵ weitere 17 Gesuche standen

²¹ B. M. 639, 3034, 6397, 6567:1854.

²² B. M. 2755, 3120, 3266, 3353:1856; 36:1857.

²³ B. M. 5264:1853; 159:1857.

²⁴ So erhielten 3 Juden aus Prag (M. C. G. 6147:1859), ein weiterer Jude (M. C. G. 6578:1859) und ein jüdischer Arzt, Dr. Julius Barasch aus dem Bezirke Lemberg (M. C. G. 6796:1859), die Auswanderungserlaubnis.

²⁵ Darunter 15 Handwerker, 8 Bauern und 15 Tagelöhner. Einer, ein Tischlermeister

vor der Erledigung. Die Auswanderungslust wurde noch gesteigert durch Briefe der in Amerika lebenden Bekannten, durch die Werke von Bromme und Payer und, da die meisten Protestanten waren, durch die konfessionelle Einstellung. Die Auswanderer meldeten sich bei zwei Schiffsagents in Wien, John Gries und Josef Schreyer, zwecks kostenloser Überfahrt. Diese an sich geringfügige Erscheinung erweckte Befürchtungen bei den Behörden, so daß der Statthalter verordnete, jeder Auswanderungslustige sei persönlich vor die Bezirkshauptmannschaft zu laden und vor den Schwierigkeiten seines Unternehmens zu warnen. Bach selbst wünschte eine Aufklärung des Volkes durch Zeitungen und Broschüren.²⁶

Ungefähr zu gleicher Zeit wurde der neue Leiter der Polizeihofstelle FmLt. Kempen mit der Überwachung der Auswanderung beauftragt. Schon im folgenden Jahre konnte er feststellen, daß in Wien mehrere geheime Agenturen bestanden, welche die Leute nach Amerika zu locken versuchten. Einer dieser Emissäre sollte auch der Goldschmied Wachter sein, ein berüchtigter Demokrat in Mariahilf, bei dem man viele Bücher und Schriften finden konnte.²⁷ Die Gemüter wurden weniger durch das Auftreten der behördlichen Organe, als vielmehr durch die eintretende wirtschaftliche Besserung beruhigt, kleinere Bewegungen aber beschäftigten auch weiterhin die Polizei. So wurde Josef Tersinar 1857 in Fiume verhaftet, der bei seiner Auswanderung nach Argentinien 100 Personen aus den ärmeren Volksschichten mit sich nehmen wollte. 1858 nahm die Bewegung wieder zu. Aus Tirol wollte eine Gruppe von ungefähr 250 Personen nach Brasilien reisen, unter der Führung eines gewissen Johann Perzager, eines Mannes, der schon in den verschiedensten Berufen sein Glück versucht hatte. Aus dem Bezirk Mittersill (Salzburg) wanderten 4 Leute unter der Führung eines gewissen Schütz aus.²⁸ Trotz den behördlichen Bemühungen gelangen doch in jedem Jahre einige ähnliche Versuche. So traf eine Tiroler Kolonie während der 50er Jahre in Peru ein, wo sie jedoch bald elend zugrunde ging. Unter 31566 Personen, die sich 1857 aus Hamburg nach Amerika einschifften, befanden sich 868 Personen aus Österreich, Ungarn und Böhmen.²⁹

aus Linz, besaß ein Vermögen von 4000 fl., zwei Bauern ein solches von je 3000 fl., die anderen nur geringe oder gar keine Barmittel.

²⁶ S. I. J., Zl. 3362/M. I. 1852, Sign. 17.

²⁷ B. M. 18:1853. Ein Polizeibericht über die Aufforderungen des Kommunisten Cabet zur Auswanderung nach Amerika B. M. 1361:1854 Prot.

²⁸ B. M. 1738, 1770:1857; 189, 416, 473, 2525:1858 Prot.

²⁹ Austria, 1858, IV. S. 240—1 und II. S. 455.

In Ungarn bedeuteten Übervölkerung und Industrialisierung, zwei Hauptfaktoren der frühkapitalistischen Wanderbewegung, in jenen Tagen noch keine Gefahr für die ungarische soziale Lage. Freilich gab es da und dort schon Anzeichen davon, doch eher aus anderen Ländern und ihren politischen Verhältnissen herrührend, als von der sozialen Struktur des eigenen Landes verursacht. So meldet ein Polizeibericht in den letzten Jahren des Reformzeitalters, daß einige vermögenslose „Freiheitsmänner“, wie Gyurmán, Kaspar Bernát, Varga, Michael Antal und andere „müssige“ Advokaten und Schriftsteller in Pest für eine Auswanderung nach Amerika agitierten. Anlaß dazu gab ein vor kurzem erschienener Zeitungsartikel, der von einem nach Nordamerika ausgewanderten Ungarn, namens Haraszty berichtete: er habe ein großes Vermögen erworben, die von ihm gegründete und nach ihm benannte Stadt gehe einer glänzenden Zukunft entgegen.³⁰

Man kann von diesem „abentheuerlichen Unternehmen“, wie es der Polizeiagent bezeichnete, denken, wie man will. Der Fall wiederholte sich jedenfalls einige Jahre später. Von dem bekannten Publizisten Johann Török behauptete eine gehässige Anzeige, er habe 1850 die Theißgegend bereist und die Gutsbesitzer zur Auswanderung verlockt. Er soll die Auswanderung als patriotische Pflicht hingestellt haben, indem er betonte, daß in Amerika jeder, aus 230.000 Einwohnern bestehende Staat einen Deputierten in das Kapitol schicken dürfe und es daher im Interesse des Ungartums liege, wenn die ungarischen Wünsche auf diese Art ihren Vertreter erhalten könnten. In Wien aber soll er der Regierung geraten haben, den Betreffenden Pässe auszustellen, weil man solcherart das Land von den unerwünschten Elementen befreien könne.³¹ Daß Török dies wirklich getan haben soll, muß bezweifelt werden, da er als Publizist ein aufrichtiger Bekämpfer der ungarischen Kolonisierungsidee war; doch geht aus diesen zwei parallelen Erscheinungen hervor, daß die ganze Bewegung von jenseits der Leitha auch schon nach Ungarn übergriff.

Die Leute, die bei den Behörden um Auswanderungserlaubnis nach Amerika eingekommen, waren meist Juden. So Adolf Schwarz aus dem Kaschauer Verwaltungsbezirk oder Abrahám Adler aus Preßburg, dem gestattet wurde, nach Amerika zurückzukehren, später Franz Kulcsár und

³⁰ I. P. 1846. 229/9, S. 24. Über Haraszty's Persönlichkeit s. Pivány, Jenő: Magyar amerikai történelmi kapcsolatok, Budapest, 1926, S. 28 u. ff.

³¹ Angyal, Dávid: Kecskeméthy Aurél és Falk Miksa elkobzott levelezése, Budapest, 1925. S. 90—1, 122.

der seit mehreren Jahren in Bukarest wohnende, aber nach Preßburg gebürtige Samuel Lemberger; die Mittelklasse und das städtische Element zeigten nur ein geringeres Interesse für diese Auswanderung.³² In den Dörfern ergriff sie wie ein Fieber die Bevölkerung. So ersuchten 1856 22 Familien, meistens Tagwerker und Häusler aus dem Stuhlrichteramtsbezirk Eisenstadt, aus den Dörfern Purbach, Breitenbrunn und Donnerskirchen, von wo um 1850 bereits einige nach Amerika ausgewandert waren und diese in ihren Briefen die Daheimgebliebenen zur Auswanderung aufforderten, um die Auswanderungserlaubnis. Sie wollten zu ihren Verwandten oder Bekannten in den Staat Wisconsin reisen.³³

Der volkstümliche Schriftsteller Maurus Jókai sah sich nach diesen Erscheinungen gezwungen, das Zeitproblem in einer Novelle aufzuwerfen,³⁴ in der er an Hand eines Briefwechsels die schwierige Lage einer ausgewanderten ungarischen Adelsfamilie beschreibt und die Auswanderung aus nationalen Gründen ablehnt. „Wandert aus... Wenn euer Herz nichts fühlt, da es an dieses Wort denkt, — wenn man das Vaterland nur dann lieben soll, wenn es Genuß und Ruhm bedeutet und nicht dann, wenn Vaterlandsliebe Schmerz heißt, — wenn der Fortziehende in seiner Seele keinen Ton hört, der flüstert: bleibe, bleibe... wenn ihr in euch gegangen seid und erkannt habt, daß ihr zu Hause nicht mehr von Nutzen seid... wenn ihr niemand und nichts mehr liebt, das hier zurückbleibt, — dann... wandert aus!“ In Ungarn kam die Bewegung rasch wieder zum Stillstand. Die ungarische Volksseele, wie sie Jókai so recht erkannt hatte, konnte sich mit ihr noch nicht befreunden, das Land bot genügend Boden. Jene Agitationen aber bildeten die Einleitung zur großen Bewegung, die dann drei Jahrzehnte später einsetzte.

Der Staat gedachte mit allen Mitteln *die Auswanderung zu bekämpfen* und das erste Mittel sollte die ungarische Ansiedlung sein. Der Ackerbauminister gab seiner Meinung in einer Note an den Finanzminister Ausdruck, „daß diesem wachsenden Streben die heimatliche Scholle zu verlassen, wohl nur durch eine baldige Lösung der Kolonisationsfrage gründlich begegnet werden könne.“ Die Monarchie biete noch reichliche Le-

³² M. C. G. 15263, 16945:1855; 5988, 4585:1859. — Der Güterdirektor aus Ungarisch-Altenburg Karl von Zimmermann verlangte für seinen Sohn und Johann Heck aus Gran für sich selbst Auswanderungserlaubnis, wahrscheinlich nach Amerika. (M. C. G. 7830 und 8415:1857.)

³³ M. C. G. 2221, 3735:1857.

³⁴ Vándoroljatok ki! Erschienen in Magyar Hírlap, 22. Jän. 1852 und den nächstfolgenden Nummern.

bensmöglichkeiten, eine Auswanderung sei überflüssig. „Die ausgedehnten, nur dünn bevölkerten Gegenden Mittel- und Südungarns bieten noch Raum für viele tausende betriebsame Hände.“ Darum solle man die Durchführung der Privatkolonisation und endlich der Staatskolonisation auf Kameralgüter einleiten. Die Antwort des Finanzministeriums, von Szögyény konzipiert, strafte die optimistischen Daten Höfkens Lügen. Das Ministerium könne auch einzelne Familien, die Flüchtlinge oder Bauern seien, nur mit größter Mühe auf den Staatsdomänen unterbringen. Außerdem dürfe man nicht vergessen, so fügt er, der doch ein Ungar war, hinzu, daß die Auswanderer Gewerbetreibende seien, in Ungarn aber nur kundige Landwirte angesiedelt werden könnten.³⁵

Als der absolutistische Staat die Auswanderung zu untersagen beabsichtigte, folgte er damit den Prinzipien der alten merkantilistischen Zeiten. Die Regierung schlug aber bald einen neuartigen Weg ein, der keinem anderen System mehr glich: sie wollte nämlich *den gegebenen Bevölkerungszustand* bewahren, jede Ein- und Auswanderung verhindern und erließ ein Verbot auf Rückwanderung aus Amerika. Kempen erfuhr durch die Berliner und Münchener Polizei, daß eine Anzahl Deutscher aus Amerika in ihre Heimat zurückkehre. Als Grund für ihre Reise gäben sie Verwandtenbesuch an, befänden sich jedoch in derartiger Notlage, daß sie kaum die Reisespesen zu decken vermöchten. Außerdem seien sie durch revolutionäre Schriften und den geheimen Besitz von Waffen verdächtig. Die preußische Polizeiinspektion zu Meiden hatte innerhalb von 8 Tagen 18 derartige Personen verhaftet, die wahrscheinlich auch Agitatoren des revolutionären Klubs von Kossuth waren.

Dieser vage Bericht fand in Wien nur zu bereitwillige Ohren. Kempen wünschte zuerst diplomatische Schritte und gemeinsame Maßregeln aller deutschen Staaten, wandte sich aber später an Bach und forderte, daß niemand, der nach Amerika ausgebürgert worden sei, die österreichische Staatsbürgerschaft wieder erwerben könne, wenn ihm vor seiner Auswanderung die behördliche Warnung erteilt geworden. Diese Maßregel empfand Bach als allzu streng, er dachte nicht daran, die Wiedereinbürgerung der im Auslande reich gewordenen, gutgesinnten Bürger zu verhindern. Andererseits aber müsse gewiss darauf zu achten sein, daß die einmal Ausgewanderten nicht mit fremden Pässen nach Österreich zurückkehrten. Es sollten daher die österreichischen Missionen in Amerika

³⁵ F. M. 21700:1852.

nur jenen Auswanderern ein Visum erteilen dürfen, die eine besondere Erlaubnis dazu erhalten hätten.

Nach Verhandlungen mit dem Ministerium des Äußern wurde das Verfahren festgesetzt und zu Ende 1852, bzw. Beginn 1853 in verschiedenen vertraulichen Verordnungen niedergelegt. Danach hatten die Behörden die Auswanderungslustigen darauf aufmerksam zu machen, daß sie österreichische Staatsbürgerschaft, wenn einmal aufgegeben, nie wieder erwerben könnten und ihre Rückwanderung zu verhindern sei. Die österreichischen Missionen in Amerika erhielten Auftrag, ein Visum nur nach vorhergegangener schriftlicher Erlaubnis des Außenministeriums zu erteilen, die in jedem Falle besonders und mit schriftlichem Gesuch aus Wien einzuholen sei. Wer kein Visum besitze, könne nicht wieder das Land betreten. — Zu gleicher Zeit betonte Bach in einer Verordnung, deren Gültigkeit aus politischen Gründen nicht auf Ungarn und Italien ausgedehnt wurde, daß jede Rückwanderung aus Amerika verboten sei und die einmal Ausgebürgerten ihre Wiedereinbürgerung nur in ganz besonderen Ausnahmefällen erreichen könnten. Die Regierung war aber auch diesmal nicht konsequent und zog nach vier Jahren die Erlässe zurück: von nun an sollte die Wiedereinbürgerung der nach Amerika Ausgewanderten keiner Beschränkung mehr unterliegen.³⁶

Trotz derartigen behördlichen Maßregeln besaß Amerika doch eine größere Anziehungskraft, als die „unteren Donauländer“. Amerika benötigte noch immer unbegrenztes Menschenmaterial, die unteren Donauländer dagegen schlossen ihre Türe vor den Einwandernden in dem Maße, in welchem sie ihre Wirtschaft und Gesellschaft modernisierten und an Westeuropa anpaßten. Als Endspiel der deutschen Auswanderungsidee nach Osten kann der *Pettkósche Versuch* betrachtet werden, der in allen seinen Einzelheiten, mit seinem ganzen bunten Schicksal einen typischen Fall darbietet. Albert Pettkó, Hausbesitzer in Pest und Buchhalter in der Redaktion des Pester Lloyd, sowie sein Neffe Ludwig Pettkó, der als Privatagent seit Jahrne in Wien wohnte, beschäftigten sich mit Immobilienkauf und - Verkauf. Im Winter 1859 wurden sie von einem reichen Bojaren beauftragt, sein 2000 Joch großes Gut in der Walachei zu veräußern. In Norddeutschland, Schwarzburg und Sachsen-Meiningen fanden sie Unternehmungslustige, die sich nach der Walachei begeben wollten. Sie

³⁶ B. M. 180, 748, 749:1852; 18:1853; P. A. 1856, Note d. Min. d. Innern 9. Dez.: M. C. G. 3424:1857.

forderten nur freie Religionsübung, Steuer- und Militärfreiheit auf 10 Jahre und Gemeindeautonomie, welche schließlich von der walachischen Regierung zugestanden wurden. Zu Beginn des Jahres 1860 zogen die ersten Kolonisten nach der Walachei, die Werbung in Deutschland wurde fortgesetzt.

Ohne den Erfolg abzuwarten, durchkreuzte die österreichische Diplomatie Pettkós Pläne. Der österreichische Agent in Bukarest meldete die Angelegenheit bereits am 15. Apr. 1860 an Außenminister Grafen Rechberg, worauf dieser eine polizeiliche Untersuchung einleiten ließ. Im November informierte der österreichische Generalkonsul Ritter v. Grüner die Regierung in Rudolstadt über die Lage: nachdem einige ungünstige Nachrichten aus der Walachei eingelangt waren, wollte die Regierung von Sachsen-Meiningen ihre Leute von der Auswanderung zurückhalten. Sie wünschte sogar, daß diejenige, welche den Übersiedlungsvertrag mit Pettkó bereits abgeschlossen und die Beträge seinem angeblichen Kassenverwalter, einem Drucker in Rudolstadt, namens Fröbel, eingezahlt hatten, ihrer Vertragsverpflichtungen entbunden und ihre Beträge ohne weiteres zurückgezahlt werden sollten. Das österreichische Außenministerium fand den Wunsch durchhaus berechtigt; der Polizeidirektor in Niederösterreich erhielt Auftrag, Ludwig Pettkó vorzuladen und, da man seine Tätigkeit mangels Beweise nicht als Betrug nachweisen konnte, ihm die Lösung der Verträge als moralische Pflicht nahezu legen. Pettkó aber war schon vorher mit gültigem Paß nach Bukarest abgereist, so blieb den Behörden nichts übrig, als das Publikum mit Hilfe der Presse zu warnen. Das Fremdenblatt vom 17. Sept. 1860 schrieb schon von einem gemeinen, in Hildburghausen begangenen Schwindel.

Inzwischen aber gerieten die Ansiedler tatsächlich in größte Not, wie sie die erste Zeit auf neuem Boden leicht mit sich bringen mag und wozu hier wohl der Umstand trat, daß die Ansiedler keine Ackerbautreibenden waren, sondern städtischen Schichten angehörten. Die völlig zu Grunde gegangenen Leute wollten in ihre Heimat zurück und der österreichische Konsul sicherte ihnen die unentgeltliche Schifffahrt von Giurgiu bis Regensburg zu. Der von Schulden schwer gedrückte Pettkó trieb sich in der Walachei herum; der österreichische Konsul in Bukarest verhörte ihn im Oktober 1861 und er soll dabei manche Unkorrektheit eingestanden haben. Das weitere Rechtsverfahren wurde dem preußischen Konsul übergeben, da die rechtliche Vertretung der Kolonisten Preußen zustand. Die öster-

reichische Diplomatie konnte ihr Gerechtigkeitsgefühl bewahren; die deutschen Pläne in der Walachei aber endeten mit einem Mißerfolg.³⁷

VIII. Die Kolonisationspolitik Bachs und Brucks.

Als nach dem Oktober 1850 die Kolonisationsprinzipien zum ersten Male festgesetzt waren, *trat in dieser Richtung eine gewisse Ruhe ein*. Von einer Kolonisationsgesetzgebung war nicht mehr die Rede, die Minister hatten sich damit nur mehr in einzelnen Fällen und gelegentlich zu beschäftigen. So etwa, als Fürst Schwarzenberg die von der brasilianischen Regierung herausgegebene Regelung der Verteilung herrenlosen Bodens und Gründung von Kolonien auf diesem an Bach übermittelte, „welche bei Gelegenheit der Anordnungen unserer Regierung in Betreff der Colonisation Ungarns in Betracht gezogen werden könnten.“ Schwarzenberg sah wahrscheinlich keine Wesensverschiedenheit zwischen der ungarischen und brasilianischen Lage und hielt es wohl deshalb für nützlich, den Akt an das Ministerium weiterzuleiten.¹ Der neue Zolltarif wieder gab Anlaß, den Einwanderern für ihre Habschaft und nötiges Gerät Zollfreiheit zu gewähren.²

Zumindest für den Augenblick war also ein Kolonisierungswerk kaum möglich. Auf eine Urgenz Bachs erwiderte das Finanzministerium in einer langen Note, welche wie gewöhnlich von Szögyény verfaßt war. Nach einem ausführlichen historischen Überblick wird darin betont, daß einer Kolonisierung auf Privatgütern große Hindernisse entgegenstünden, wie dies schon der Justizminister in seinem Bericht von 12. Apr. 1852 hervorgehoben. Bei den Staatsgütern lag die Schwierigkeit darin, daß eine Ansiedlung nur im Verkaufswege stattfinden sollte, andererseits aber noch keine Vorkehrungen getroffen waren, außer der Verleihung, die bisher die einzige rechtmäßige Form der Veräußerung gewesen, einen anderen Verkaufsmodus festzusetzen. Hemmend wirkte weiters die damalige Verpachtung der großen Staatsgüter und „daß auf den Staatsgütern die Grundfläche zur Durchführung einer großartigen Colonisation durch fremde Einwanderer gar nicht vorhanden und daß die zur Colonisation geeigneten Strecken so beschränkt seien, daß die Finanzverwaltung bereits in-

³⁷ B. M. 2510, 3655, 7682:1860; 1880, 7235:1861.

¹ P. A. 1851, Note a. d. Minist. d. Innern, 15. Febr.

² Reichsgesetzblatt 1855, Beilage zu Nr. 244., S. 10, § 21. und 1853, S. 1325.

folge der Aufforderung des k. k. Ministeriums des Innern wegen Unterbringung einiger verunglückten, oder von ihren Sitzen vertriebenen Privat-Colonien... bei Auffindung von angemessenen Lokalitäten dazu in nicht geringer Verlegenheit gerathen ist und weiteren ähnlichen Aufforderungen kaum mehr zu entsprechen in der Lage wäre." Sektionsrat Bischof des Ministeriums für Landeskultur, der eben die Staatsdomänen besichtigt hatte, zog dieselben Schlüsse und betonte gleichfalls in seinem Bericht, „daß auf den Staatsgütern in Ungarn..., wo es keine wüsten unbenützten Strecken gibt, sondern alles gegen gute Pachtzinsen benützt wird, von einer neuen massenhaften auf Urbarmachung des Bodens gerichteten Colonisirung durch fremde Einwanderer, wo bei auch politische Zwecke erreicht werden könnten, keine Rede seyn, sondern daß es sich dabei nur um eine administrative aus dem Gesichtspuncte der Finanzverwaltung aufzufassende Colonisirung, als eine die Selbstbewirtschaftung, die Verpachtung und den directen Verkauf ersetzende Maßregel, handeln könne." Nachdem er die Lage der Staatsgüter dargelegt, wiederholt er, solange über die Veräußerung der Staatsgüter keine definitive Entscheidung getroffen, könne von einer Kolonisation kaum gesprochen werden, außerdem sei in Betracht zu ziehen, „ob dazu die Überschüsse der einheimischen Bevölkerung oder fremde Einwanderer gewonnen werden sollen." Daher sei „die Finanzverwaltung in diesem Augenblicke nicht in der Lage, fremde Auswanderungslustige auf Staatsgüter in Ungarn... aufzunehmen."³

Szögyénys Meinung war — mutatis mutandis — dem Urteil Baron Keménys ähnlich, das ja nur in einer Zeit günstiger Einstellung der österreichischen Politik zur Geltung kommen konnte, dann aber der österreichischen Auffassung weichen mußte. Dies geschah, als das Ministerium für Ackerbau aufgelöst (17. Jän. 1853) und bei der Aufteilung seiner Ressorts alle Fragen der Kolonisierung dem Minister des Innern zugewiesen wurden.⁴ Zwei weitere Momente wirkten zu gleicher Zeit kolonisationsfördernd. Finanzminister Baumgartner erstattete dem Herrscher einen eingehenden Vortrag über den Erfolg des Tabakmonopols. Um den ungarischen Tabakbau zu fördern, schlug er Tabakkolonien auf den ungarischen und Banater Domänen vor, wobei auch die Erfahrungen des alten Gründungsjahres 1846 verwertet werden sollten; er dachte also an die Schaffung

³ F. M. 19762:1852.

⁴ Reichsgesetzblatt 1853, S. 518.

von Kleinbauernsiedlungen.⁵ Einige Tage später wurde auch sein zweiter Antrag angenommen auf Befreiung für alle derart von neuem urbar gemachten Gebiete, welche zur Zeit der Einführung des Grundsteuerprovisoriums im Wege der Urproduktion nicht benützt waren, von den darauf entfallenden Grundsteuern durch 15 Jahre vom Tage der vollzogenen Urbarmachung an.⁶

Den Beweggrund, sich wieder mit der Kolonisation zu beschäftigen, gab der Regierung die *Immobilien-Gesellschaft*, die sich am 19. Dez. 1853 wieder meldete und nach dem Ablauf der Pachtzeit um Überlassung der Prädien Szionda, Basarága, Kupa und Kunágota zwecks Kolonisierung mit deutschen Einwanderern ersuchte. Der Antrag der bei den Regierungskreisen gut angeschriebenen Gesellschaft erfreute sich einer günstigen Aufnahme. Das Finanzministerium stellte nur geringfügige Bedingungen,⁷ das Innenministerium schloß sich an. Beide Regierungsstellen meinten, daß die Abtretung der Kameralgüter an sie zu günstigen Preisen zu erwägen sei, wogegen jedoch der Regierung ein Einspruchsrecht in der Geschäftsführung gesichert werden müsse. Es bestand daher bei den beiden Ministern die Absicht, auf direktem Wege mit der Gesellschaft zu verhandeln, um die Einzelbedingungen, namentlich Preis, Zahlungsmodalitäten, Umfang und Grenzen des Gebietes, weiters die Ansiedlungsmethoden selbst zu besprechen.⁸

Zu diesem Zwecke wurde ein Comité aus den Mitgliedern des Finanz- und Innenministeriums unter dem Vorsitze des Ministerialrates v. Kleyle gebildet, das die einschlägigen Verträge hiez zu festsetzen und auch weiterhin die Aufsicht über die Siedlungsarbeiten führen sollte. Es begann seine Beratungen am 24. Mai 1854 und arbeitete sogleich einen Plan aus, der für alle Kolonisationen anwendbar und besonders für den vorliegenden Fall geeignet erschien. Der Vertragsentwurf enthielt 5 Punkte:

1. Ankauf. Ankaufsobjekt sollten die Prädien *Bánhegyes* und *Kunágota* mit Ausschluß der durch das Tabakmonopol bereits besiedelten Teile Geöczteleps sein. Das Gebiet umfaßte 18898 Katastraljoch, wovon 4/5 zu besiedeln waren und 1/5 in der Hand des Unternehmers bleiben durfte.

⁵ M. C. 3760:1853. Der Herrscher forderte über die Tabakkolonien einen besonderen Bericht ein, der uns aber nicht bekannt ist.

⁶ M. C. 3825:1853.

⁷ Deren wichtigste war, daß das Prädiu Kupa bereits am 16. Dez. 1853 im Umfang von 4774 Jochen für die dem Staat übergebene Privattabakkolonie Kisiratos abgetreten wurde.

⁸ F. M. 2152, 12573:1854.

Das Angeld sollte sich auf 180.000 fl. belaufen, welche mittelgroße Summe einerseits dem Staat gewisse Garantien sicherte, andererseits auch die Gesellschaft selbst nicht allzusehr belastete.

2. Gründung der Siedlungsdörfer, Verteilung von Grund und Boden. Der Unternehmer darf das ihm verbleibende Fünftel nur wieder in Güter, die größer als 100 Joch sind, aufteilen; die genau zu ziehenden Gemeindegrenzen sollen wenigstens 2000 Joch umfassen, für Religions- und Schulzwecke wird der Staat unentgeltlich Grund überlassen. In jeder Gemeinde ist das Verhältnis der bestifteten und unbestifteten (Kleinhäusler) — Ansässigkeiten und bei den bestifteten Wirtschaften die Zahl der Kleineren und der Größeren festzulegen und endlich in jeder Gemeinde ein Grundstück als Gemeindeeigentum freizulassen.

3. Überprüfung der Pläne, Festsetzung von Zeitpunkt und Modalitäten ihrer Ausführung, Zusicherung des Aufsichtsrechtes der Regierung, Ermöglichung eines raschen Beginnes der Arbeiten.

4. Einzelheiten über die Ansiedlung, Vertrag mit den Ansiedlern, seine Begünstigungen, weiters genaue Bestimmungen (Staatsbürgerschaft, Steuerzahlung, Gebühren u. s. w.) zum Schutze des Ansiedlers.

5. Kompetenzfragen, sowie Steuer- und Gebührenpflicht der Gesellschaft.

Den Verkaufspreis ließ das Komité offen, der Entwurf wurde von der Gesellschaft angenommen und von ihr als Kaufschilling 100 fl. Papiergeld pro Joch angeboten.

Als das Komité mit diesen Einzelheiten fertig war, richteten die beiden Minister Baumgartner und Bach einen gemeinsamen Vortrag an den Kaiser (19. Aug. 1854), der einen ausführlichen Rückblick auf die diesbezügliche Tätigkeit der Regierung enthielt. „Um den östlichen, von der Natur reich gesegneten Kronländern im österreichischen Kaiserstaate die fehlenden Arbeitskräfte und das mangelnde Kapital zuzuführen“, hatte man bereits 1850 10 Grundsätze aufgestellt, welche als Programm bei einer künftigen Kolonisation zu dienen hatten. In diesem Sinne legten der Finanz- und der Ackerbauminister noch am 16. Juni 1851 dem Kaiser einen neuen Plan vor, in dem festgestellt wurde, welche Staatsgüter und in welchem Maße sie zur Kolonisation geeignet seien. Weitere Vorschläge erfolgten aber nicht, denn einerseits stand noch der Gesetzartikel 12:1848 in Kraft, der über die Bestimmung der Staatsdomänen zur Entschädigung der ehemaligen Grundherrschaften verfügte, andererseits waren die Arader Staatsgüter, die als Kolonien am geeignetesten erschienen, bis Ende Ok-

tober 1855 verpachtet. — Als der Ausschuß dieselben Begünstigungen für die Privatkolonisationen beantragte, gab es auch hier Hindernisse: es bestand keine gesetzliche Verfügung über das Erlöschen der Avitizitäts- und des Heimfallrechtes, Zivilgesetzbuch und Grundbücher waren in Ungarn noch nicht eingeführt, schließlich auch das Kommassations- und Segregationsverfahren noch nicht geordnet.

Alle diesen großen Reformen (die vom Schwarzenberg-Kabinett so willig versprochen und für Ungarn so Außerordentliches: die Überleitung des Ständestaates in den modernen Staat des 19. Jhdts. bedeuteten) wurden nur verzögert und teilweise durchgeführt. Die Auflegung der Grundbücher vollzog sich nur langsam, das Zivilgesetzbuch wurde in Ungarn erst 1853 eingeführt, in diesem Jahre ordnete auch ein kaiserliches Patent (2. März 1853) die Segregation und die erlaubte Kommassation an.

Nach dieser Entwicklung, besagte der Vortrag, stünden einer Kolonisation noch immer Hindernisse entgegen: so genüge es nicht, wenn der Siedler sich nur den Boden erstehe, um ihn dann zu bebauen. Das sei wohl in Amerika angesichts der dortigen primitiven Verhältnisse möglich, wo der Staat keinerlei Obsorge für den Siedler trage. „In Österreich hingegen kann der Kolonist nicht sich selbst überlassen und nicht zugestanden werden, daß die Anlegung neuerer Ansiedlungen ohne Berücksichtigung der Geseze über Bestiftungszwang oder anders als in geschlossenen Ortschaften mit genauer Befolgung der polizeilichen Verordnungen geschehe.“ Nach dem Mißerfolg der Ehrenberg'schen Versuche sei ein vorsichtiges Vorgehen zu empfehlen. Vorerst seien die Dörfer selbst zu errichten, mit Pfarre, Schule und Markt, sodann in diesem völlig fertigen Zustande den Ansiedlern zu verkaufen, diese selbst noch durch billiges Saatkorn, Fundus instructus u. s. w. weiterhin zu unterstützen.

Denselben Prinzipien verdankten ja auch die Maria-Theresianischen und Josefinischen Ansiedlungen ihr Gedeihen, welche als Musterbeispiele dienen könnten und von deren Entwicklung der Vortrag einen eingehenden Überblick gibt. Eine Investierung von Kapital durch den Staat sei nicht nur nötig, sondern werde auch gewissen Nutzen abwerfen, denn „der in der nächsten Umgebung der neu entstandenen Kolonien gelegene Kulturgrund steigt durch das Herbeiziehen unentbehrlicher und disponibler Arbeitskräfte im Werthe.“ Der größte Gewinn einer ungarischen Kolonisation sei aber gegeben durch „die Vermehrung des Nationalreichthums durch die in den kolonisirten Boden verwendeten, sohin fixirten Geld- und Arbeits-Kapitalien, den Übergang großer Strecken des besten Bodens

aus einer extensiven in eine sehr intensive Bewirtschaftung, Steigerung der Produktiva und die Zunahme einer konsumtionsfähigen Bevölkerung" und endlich — was für das Bachsche System auch sehr stark in die Wagschale fiel — Steigerung der Steuerkraft des Staates.

Liege also eine Förderung der Kolonisation auch durch Geldopfer im Interesse des Staates, so müsse man ebenfalls die Privatunternehmer davon überzeugen, daß hier eine Geldanlage rentabel sei. „Soll daher der Kolonisation Ungarns in der erwünschten Ausdehnung und mit Ansiedlern deutscher Nationalität practisch Bahn gebrochen werden, so kann dies nur durch Beginn mit der Kolonisation auf Staatsgütern geschehen.“ Dazu gebe es zwei Wege: 1. Verwaltung, wie im Jahrhundert vorher, auf eigene Rechnung und durch eigene Organe, oder 2. Überlassung derselben an Vermittler und Unternehmer. Diese letzte Methode sei bei den augenblicklichen Verhältnissen zweckmäßiger, als Ausgangspunkt dafür könne das Anerbieten der Immobilien-Gesellschaft verwendet werden. Die Gesellschaft genieße allgemeines Vertrauen, was für das Werk notwendig sei. Und da in den Verhandlungen alles bereinigt worden und ihr Antrag günstige Bedingungen enthalte, empfahlen die beiden Minister dem Kaiser, den vom Komité vorgelegten Vertrag anzunehmen, und beantragten sogar, der Gesellschaft die Ausschreibebgebühr von 3 fl. 30 kr. pro Joch zu erlassen.⁹

Prinzipiell kehrte also Bach zum merkantilistischen System des 18. Jhdts. zurück, das er nur in einigen Zügen, zugunsten der Immobilien-Gesellschaft, modernisierte. Es war neu, sich der Hilfe der Unternehmer zu bedienen, also in diesem Falle, sich mit dem in Wien rasch emporwachsenden Großkapitalismus zu verbinden. Dadurch sollte nicht nur der Kleinbauer, sondern auch der Großkapitalist unterstützt werden, ein Widerspruch in sich selbst, an dem die Idee früher oder später scheitern mußte. Ein Jahr nach dem Anerbieten der Immobilien-Gesellschaft, meldeten sich die zwei Hauptpächter von Kunágota und Bánhegyes, Josef Lukács und Emanuel Markovits, als Interessenten. Sie boten für den Verkauf der zwei Prädien, im ganzen ein Gebiet von 27500 Katastraljoch, 20.000 fl. mehr als jene. Sie sicherten „alle jene Bedingnisse und Verpflichtungen“, wie die Immobilien-Gesellschaft, zu. Obwohl der Finanzminister noch weitere Aufklärungen von ihnen bezüglich ihrer Kapitalkraft einforderte, legte er auch ihren Antrag dem Herrscher vor, in des-

⁹ M. C. 2670:1854.

sen junger Hand es nun lag, über das Schicksal der ungarischen Kolonisation zu entscheiden.¹⁰ So traten österreichischer und ungarischer Kapitalismus in scharfe Konkurrenz, wobei der landwirtschaftliche Kapitalismus Ungarns mit Erfolg seinen Platz behaupten konnte.

Es dauerte aber nicht lange bis als dritter Typ auch das Agrarproletariat sich meldete. Die von Csernovits auf seinem Pachtteil unbefugt angesiedelte Kolonie *Éh lak*¹¹ wandte sich an das Finanzministerium, um ihre Pachtgründe auch weiterhin, nach Ablauf der Pachtzeit, jedoch unmittelbar vom Ärar, behalten zu können. Das Ministerium anerkannte, daß diese ungarische Kolonie gewiß nützlich sei und daß „für deren Beibehaltung politische und finanzielle Rücksichten sprechen könnten.“ Doch wurde ihre Bitte mit Hinsicht auf den Antrag der Immobilien-Gesellschaft abgewiesen. Der Staat, der sich so oft auf seine „humanitären“ Prinzipien berief, opferte also das ungarische Agrarproletariat bedenkenlos dem österreichischen Kapitalismus.¹²

Inzwischen hatte der Vorsitzende der Großwardeiner Bezirksfinanzdirektion, Johann Keszlerffy, die Arad-Modenaer Güter bereist, um auf Grund seiner Erfahrungen weitere Anträge zu stellen. Er betonte wohl die hervorragende Fruchtbarkeit, daneben aber auch den primitiven Zustand der Siedlungen. Die Kündigung der Pacht und die Tabakforschung hätten die Lust der Tabakgärtner gesteigert und nach der guten Tabakernte dieses Jahres scheine es möglich, einen beträchtlichen Teil des Pachtzinsrückstandes, mit dem die Tabakgärtner seit ihrer Ansiedlung ununterbrochen kämpfen mußten, zu tilgen. Er befürwortete daher sehr warm die Bittschrift der Kolonie *Éh lak*, von deren Erfüllung er eine weitere und erfolgreiche Verbreitung der Tabakkultur erhoffte. Die Pächter und Unterpächter hätten nur unbedeutende Neubauten durchgeführt, die Ärargebäude befänden sich in einem derart vernachlässigten Zustande, daß das Ärar mit Schadensansprüchen gegen die Pächter auftreten müsse. Die jetzige Pachtwirtschaft erweise sich auch finanziell als nicht rentabel, da der Pachtzins, der sich zwischen 1 fl. 40 kr. und 3 fl. pro Joch bewege, als äußerst gering zu bezeichnen sei. Er empfahl daher nochmals, das

¹⁰ F. M. 12217:1855; M. C. 945:1855.

¹¹ Der Pachtvertrag enthielt das Verbot, ohne behördliche Erlaubnis Unterpächter aufzunehmen. Doch wurden 53 Familien unter betrügerischen Vorspiegelungen angesiedelt, indem er ihnen 1140 Joch versprach, jedoch nur 460 überließ. Die Ansiedlung, wahrscheinlich gleich zu Beginn der Pachtzeit, 1841, errichtet, hatte sich inzwischen zu einer wirklichen Kolonie mit Kirche und Schule entwickelt.

¹² F. M. 13667:1854.

Prädium in kleinere Parzellen oder in Pachthöfe aufzuteilen und an Kleinbauern abzugeben.¹³

Der von sozialem Empfinden sprechende Antrag des ungarischen Beamten adeliger Abstammung mußte eine Revision auch in der Auffassung des Ministeriums herbeiführen. Man nahm das Bittgesuch der Éhlaker Gemeinde von neuem vor — dazu kam ein ähnliches von Tótkomlós — der Bevölkerungsüberschuß sollte auf Kameralgütern, angesiedelt werden, besonders auch die aus Oberungarn nach der Tiefebene ausgewanderten und nun obdachlos umherziehenden Slaven, alles in allem 4296 Familien. Aus den Arader Prädien waren bis dahin für eine Ansiedlung im Ganzen 42437 Joch in Anspruch genommen,¹⁴ weitere 78146 Joch standen noch zur Verfügung, von denen 9/10 auf großen Prädien lagen. Das Finanzministerium griff Keszlerffys Antrag auf Errichtung der Kleinpachten auf, u. z. in der Richtung, daß die Siedler 20—25 Joch erhielten und später in Stand gesetzt werden sollten, diese Pachtgüter käuflich zu erstehen. Der Plan schien bei den großen Prädien mit ihren übevölkerten Gemeinden, die bereits seit anderthalb Jahrzehnten 20578 Joch in Pacht besaßen, wohlbegründet. Die kleineren Gemeinden sollten vergrößert werden: mit Pitvaros, Kispereg und Németsereg wurden Verhandlungen angebahnt, und was die unbefugt errichteten Privatkolonien betraf (die Gemeinden Nagykamarás, Földvár, Dumiratos und Éhlak), waren Familienmindestzahlen von 100 und Einheitspachtungen von 21 Joch, weiters die Einführung des Tabakbaues vorgesehen. Alle weiteren Kolonisten sollten ihre Ansiedlung auf den von der Immobilien-Gesellschaft angeforderten Gütern finden.¹⁵

Dieser sozialpolitische Plan, angeregt von dem Ungarn Keszlerffy, wurde vom Finanzminister Bruck übernommen, der nach vier Jahren politischer Zurückgezogenheit im Frühling 1855 die Leitung des Finanzministeriums übernahm, mit der Aufgabe, die keineswegs erfreulichen Finanzverhältnisse Österreichs zu ordnen. Eine schwere, ja drückende Aufgabe. Staatsschulden und Defizit, ein Vermächtnis des vorigen Jahrhunderts, stiegen von Jahr zu Jahr mit einer noch nicht dagewesenen Heftigkeit, die Ausgaben des Staates übertrafen bei weitem seine Einnahmen. Die Kriegsgefahr, in den 50er Jahren ein alljährlicher Gast der europäischen

¹³ F. M. 45267:1854.

¹⁴ Darin inbegriffen sind jene Teile der Prädien Kupa und Dumiratos, welche für die im Tauschwege übernommene Tabakkolonie Kisiratos an den Grundherrn von Szalbek abgetreten worden waren.

¹⁵ M. C. 2030:1855.

Höfe, stellte unerfüllbare Forderungen an die Finanzleitung Österreichs. Dazu die Valutenpolitik, der Zwangskurs der Banknoten, der die ganze Bevölkerung schwer belastete: ein trostloses Bild. Also rief man Bruck, den vorher in Ungnade gefallenen protestantischen Liberalen, den durch seine hervorragende Geschäftstätigkeit berühmt gewordenen Großkapitalisten, wieder zurück, daß er zum Necker Österreichs werde. Er nahm bereitwillig an. Glückte ihm auch nicht die Lösung der Frage, so trägt er doch keine Schuld daran. Er tat, was in seinen Kräften stand, er opferte sogar seine Lieblingsidee, die Kolonisierung Ungarns für alle Zeiten, um die Finanzlage des Staates zu retten.

Sein Vorgänger, Ritter v. Baumgartner, hatte dem Kaiser bereits am 6. März 1854 einen Antrag zur Ordnung der Finanzverhältnisse gestellt. Er ging davon aus, daß das mit Zwangskurs umlaufende Papiergeld den Kredit des Staates schwäche und in jeder Hinsicht für die Nationalwirtschaft einen Nachteil bedeute. Die kaiserliche Entschließung vom 23. Febr. 1853 hatte alles Papiergeld der Nationalbank übertragen, die es in Banknoten einwechselte und zur Rückzahlung der so entstandenen Schuld des Staates an die Bank eine jährliche Summe von 10 Millionen erhielt. Dieses Verfahren sei an sich ausreichend und zweckmäßig, jedoch umständlich. Es würde zur Ordnung der Finanzverhältnisse in hohem Maße beitragen, wenn der 1848 durch Kübeck untersagte *Verkauf von Staatsgütern* wieder aufgenommen und die so gewonnenen Einnahmen zur Tilgung der durch die Umrechnung des Staatspapiergeldes entstandenen Schuld bei der Nationalbank verwendet werden könnten.

Dafür würde, fährt Baumgartner fort, das kaiserliche Patent vom 22. Jän. 1817 sprechen, welches verordnete, die Kaufschillinge der verkauften Staatsgüter dem allgemeinen Tilgungsfond zuzuweisen, um dieselben durch Ankauf von Staatsschuldverschreibungen ausschließlich zur Tilgung der Konversionsschuld des Staates zu verwenden. Durch dieses Patent und die angefügten ergänzenden Entschließungen waren die Methoden festgesetzt worden, unter welchen die Staatsgüter veräußert werden könnten, daneben auch jene Staatsgüter bestimmt, deren Veräußerung nicht gestattet war, und endlich eine Staatsgüter-Veräußerungs-Hofkommission ins Leben gerufen, welche diese in den deutschen Provinzen durch Versteigerung, in Ungarn aber nach vorangehendem Konkurs dem Meistbieten den übergeben konnte. Die ungarischen Kameralgüter hätten zwar nicht öffentlich versteigert werden können, ihre Abtretung stand aber dem Kö-

nig nach vorhergegangener Schätzung ihres Wertes frei. Diese Einrichtung war im Revolutionsjahre durch Kübeck kassiert worden.

Baumgartner wies nun darauf hin, daß die Staatsgüter im Augenblick kaum 10% ihres Wertes abwürfen, ihr Wert aber in einigen Jahren 400 Millionen erreichen würde. Ihren Verkauf könnte man jetzt sehr günstig abwickeln; ohne aber diesen wirklich durchzuführen, einzig durch die Tatsache der kaiserlichen Entschließung, könnte man der jetzigen drückenden Lage abhelfen. Der Kaiser ließ über den Antrag auf dem Wege über den alten Hofkammerpräsidenten Kübeck mit den Reichsräten Freiherrn v. Krieg und Freiherrn v. Krauß, dem vormaligen Finanzminister, beraten. Diese beiden Letzten sprachen sich gegen den Verkauf aus, da der Zeitpunkt hiefür ungünstig erscheine. Kübeck selbst war prinzipiell nicht gegen einen Verkauf, Staatsgüter in Privathänden seien rentabler; ja, er, der alte Finanzpolitiker des Ständestaates, betonte, daß die großen Staatsdomänen ihre Zeit überlebt und dass z. B. die ungarischen Kameralgüter nach dem Erlöschen der Avitizität und des königlichen Donationsrechtes ihre Existenzberechtigung verloren hätten.

Danach nahm der Kaiser am 1. April das Prinzip des Verkaufes der Staatsgüter an, das Finanzministerium wurde mit der Ausarbeitung der Modalitäten betraut.¹⁰ Der Verkauf, so meinte Baumgartner, solle in allen Ländern im Wege der Versteigerung erfolgen. Es handle sich nur darum, ob in größeren Einheiten oder in Parzellen, „weil heute zu Tage die Bedeutung der früheren Herrschaften wegen der damit verbunden gewesenen Gerichtsbarkeit, des Jagdrechtes und anderer Dominalrechte beträchtlich herabgesunken und der größte und mächtigste Domanalbesitzer zu einem reichen Wirtschaftsinhaber umgewandelt worden ist.“ Für einen Verkauf sei gewiß eine Aufteilung des Großgrundbesitzes vorteilhafter. „Ich bin nun der unmaßgeblichen Meinung, daß bei dem bevorstehenden Staatsgüter-Verkaufe der finanzielle Zweck der erste und wesentliche sei und daß demselben am besten berathen würde, wenn die Parzellierung der Güter so weit ginge, als es die Lokalverhältnisse, die Bevölkerungszahl, die Geldkräfte und der industrielle Geist der Anwohnerschaft räthlich machen.“ Die Parzellen seien auf 10 und 20 Joch zu beschränken, wie auch die Maßnahmen Josefs II. in Böhmen und Mähren erwiesen hätten, „daß der Verkauf der Staats- und Fondsdomänen in kleineren Partien einen ent-

¹⁰ Reichsrat, Präses. Act., 53, 61:1854. Staatsarchiv in Wien.

schiedenen Vorzug von dem Verkaufe derselben in größeren Portionen, oder gar der ganzen Körperschaften habe."

Baumgartners neuer Antrag wurde ebenfalls in der Reichsratskommission Kübecks behandelt. Kübeck und beide Reichsräte waren gegen eine Parzellierung. Der Großgrundbesitz sei „ein wesentlicher Bestandtheil der Staatenordnung“, (was beim absolutistischen Staat in der Tat der Fall war) und deshalb sei das „Zwergstücksystem“ nicht vorteilhaft. Der Kaiser schloß sich diesmal Kübecks Gedankengängen an und Baumgartners Plan, der zur Bildung eines an Zahl starken, unabhängigen Mittelbauerthums in Ungarn so viel beigetragen hätte, wurde fallen gelassen.¹⁷

Doch dauerte es noch ein Jahr, bis *die Übergabe der Staatsgüter an die Nationalbank* unter Brucks Leitung ihren Anfang nehmen konnte. Man fand staatsrechtliche Bedenken darüber, inwiefern die ungarischen Staatsdomänen veräußerlich seien. Nach Meinung der Juristen waren wohl die Kameral- und Fiskalgüter jederzeit frei zu veräußern, nicht aber die Kronherrschaften. Die Entscheidung des Kaisers hatte den Verkauf nicht auf diese letzten ausgedehnt. Bruck, von der Finanzlage gedrängt, versuchte noch zweimal eine Änderung in der Entscheidung zu erreichen. Er wies nachdrücklich darauf hin, daß der Verkauf einzelner Teile der Kronherrschaften zur Begleichung der Schulden nötig sei, daß die heterogenen Gutskörper nach Aufhebung der Leibeigenschaft ohnehin nicht zusammenhängen und diese Lage nur die Verwaltung der Herrschaften erschwere. Darum wolle er vor Neuorganisation der Kronherrschaften einige Teile davon im Verkaufswege abstoßen und den daraus erzielten Betrag für diese verwenden. Franz Josef blieb bei seiner alten Entscheidung, fügte aber hinzu, daß einzelne Bestandteile, die aus wichtigen Gründen von den Krongütern ausschieden, veräußert werden dürften, wenn deren Ersatz in anderen Liegenschaften gleichen Wertes ermittelt und durch Einverleibung der letzteren in die Krongüter mit kaiserlicher Bewilligung geleistet worden sei.¹⁸ Auf dieser Grundlage wurden sodann kleinere Abrundungen, Veräußerungen und Neuerwerbungen im Besitzstand der Krongüter vorgenommen.

Im Sommer 1855 begann die Übernahme der ungarischen Staatsdo-

¹⁷ Reichsrat, Präs. Act., 88, 119:1854.

¹⁸ M. C. 4134:1855; 3572, 3922:1856; 1148:1857. Da alle diese Vorträge im Reichsrat beraten wurden, so müssen wir außer dem Rechtsgefühl Franz Josefs die ungarischen Mitglieder des Reichsrates als die Verteidiger der ungarischen Legitimität und als die siegreichen Gegner des Bruckschen Planes erwähnen.

mänen durch die Nationalbank, der umständliche Prozeß nahm selbstverständlich viele Monate in Anspruch. Die Nationalbank kam aber bald in die Zwangslage die neuübernommene Güter zu verkaufen, um die zur Begleichung der Staatsschulden nötigen Banknoten drucken zu können. Die Bank begann mit der Aufstellung und Schätzung der Güter, außerdem gedachte der Finanzminister ausländisches Kapital den Transaktionen beizuziehen, da die österreichischen Landwirte an Kapitalmangel litten und eine größere Rolle beim Verkaufe nicht zu spielen vermochten. Nach Beratungen mit Bach wollte er die Austria-Gesellschaft gründen, in der in- und ausländisches Kapital sich mit Staatsunterstützung an dieser Transaktion beteiligen sollte.¹⁹

Die großzügigen Pläne brachten Erfolg. Die Finanzlage besserte sich, wenn auch nur auf kurze Zeit. Bruck aber mußte seine Kolonisationspläne fallen lassen oder revidieren, sich auch in diesem Sinne über den Antrag der Immobilien-Gesellschaft, der von seinem Vorgänger so warm unterstützt war, endlich entscheiden. So unterbreitete er bereits am 4. Mai 1855 dem Kaiser einen Bericht, in dem er sich grundsätzlich für die Kolonisation erklärte, in diesem Falle jedoch einige Bedenken zu äußern hatte. Auf den Kameralgütern sei eine Kolonisation überflüssig geworden, sie erfordere von dem Staate weit größere Ausgaben, als sie ja an Nutzen erbringen könnte. Die absolute Bevölkerungszahl der Gegend sei genügend, nur ihre Verteilung zeige ein ungesundes Bild. In der Nähe der Prädien Kunágota und Bánhegyes, über deren Kolonisierung jetzt so viel verhandelt werde, befänden sich übervölkerte Gemeinden, welche auf die Prädien angewiesen seien. Sie sollten auch weiterhin bestehen bleiben, aber den Siedlern sei die Möglichkeit des Bodenkaufes zu geben, die Güter also auch in kleineren Parzellen zu versteigern, um die Beteiligung des Kleinbauers zu ermöglichen. — Der Antrag der Immobilien-Gesellschaft beziehe sich nur auf die Ansiedlung von 500 Familien, d. h. 2500 Personen. Die Gesellschaft werde bei weiter steigendem Bodenpreis den allzu großen Gewinn von 800,000 fl. erzielen. Deshalb auch nahm Bruck den Vertrag mit ihr nicht an; die anderen Bittsteller, unter ihnen auch Lukács und Markovits, waren an die Pachtversteigerung verwiesen.²⁰

Die allgemeine Pachtversteigerung der Arad-Modenaer Güter auf 8 Jahre, also bis Ende Oktober 1863, fand am 26. Juli 1855 mit günstigem

¹⁹ Reichsrat, Präs. Act., 183, 188:1855. M. C. 4312:1856.

²⁰ M. C. 1340:1855.

Ergebnis statt. Vorher waren auf den 9 Kameralgütern (Basarága, Szionda, Dumiratos, Földvár, Apáca, Bodzás, Megyes, Kunágota und Bánhegyes) insgesamt 77375 Weinjoch und 148 Quadratklaffer um einen Gesamtbetrag von 163365 fl. 27 1/4 kr. verpachtet worden. Nunmehr erfolgte die Versteigerung kleinerer Parzellen, da jene von Basarága, Szionda und Bodzás mit 5819 Joch 413 Quadratklaffern die Großpächter Josef Lukács und Emanuel Markovits erworben hatten; außerdem wurden für den Tausch der Tabakkolonie Kisiratos aus dem Prädium Dumiratos 3208 Joch 276 Quadratklaffer abgetreten und die Kolonie Éhlok aus Bánhegyes um 1413 Joch vergrößert. Es gelangten nunmehr nur 61933 Joch 350 Quadratklaffer zur Versteigerung, für die man aber doch 577861 fl. 39 1/4 kr. erreichte, also eine dreieinhalbmal so große Summe, wie früher. Der Durchschnittspachtzins eines Jahres betrug hier 9 fl. 20 kr. Dazu kam noch aus den, an Lukács und Markovits überlassenen Parzellen ein Zins von 8 fl. 56 kr. pro Joch, zusammen 51983 fl. 18 kr. Für den Staat bildete die Versteigerung, wie Bruck stolz hervorheben konnte, tatsächlich ein viel günstigeres Geschäft, als die Übergabe an die Immobilien-Gesellschaft, welche für den ganzen, mit mehr als 5 Millionen zu bewertenden Boden nur 1,822.559 fl. bot.²¹

Damit war das Schicksal der Arad-Modenaer Prädien entschieden. Unter den vielen Lösungsmöglichkeiten hatte man einen Mittelweg gewählt, der das Kleinbauertum in vielen Hinsichten begünstigte und auch bei Weiterbestand der Großpächter einen sozialpolitischen Fortschritt für die damaligen Zeiten bedeutete. Zugleich vollzog sich die Übergabe der Staatsgüter im Gesamtwerte von 150 Millionen fl., sie bedeutete den Beginn der Veräußerung des staatlichen Großgrundbesitzes. Das System der unermäßlichen Staatsdomänen wurde aufgelöst, entsprach es ja nicht mehr den Zeitverhältnissen. Der Besitzwechsel so ungeheurer Gebiete war eine höchst wichtige Tatsache in der ungarischen Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung, er ermöglichte eine noch unabsehbare Fortentwicklung für Städte und Bergwerke. (Altofner und Diósgyőrer Kronherrschaft.) Andererseits bedeutete er einen endgültigen Schlag gegen alle Kolonisationspläne, da der in Frage stehende Boden nicht mehr dem Staate zu eigen war.

Neben Brucks Bemühungen um die Verbesserung der finanziellen

²¹ M. C. 2897:1855. 1863 sollte die ganze Herrschaft der Nationalbank übergeben werden.

Lage des Staates, wollte auch *Bach* nicht müßig sein und durch eine Reihe von Erlässen und Verordnungen die Frage ihrer Verwirklichung näherbringen. Diese überhastete Tätigkeit mußte in den gärenden Zeiten zu manchen Inkonsequenzen führen. So verordnete er am 25. Jän. 1855, daß von der alten Vorschrift, wonach für eine Übersiedlung nach Ungarn Angehörige der übrigen Länder der Monarchie obrigkeitliche Entlassungsscheine bedürften, in Zukunft abzugehen sei.²² Am 16. Nov. mußte er diese Verordnung widerrufen: „Um allen jenen Verlegenheiten, vorzubeugen, welche sich ergeben, wenn aus irgendeinem Kronlande umfangreichere Übersiedlungen nach anderen Gegenden des österreichischen Kaiserstaates, namentlich aber nach Ungarn und dessen ehemaligen Nebenländern ohne Vorwissen der betreffenden Länderstellen stattfinden: erscheint es dringend geboten, daß in jenen Fällen, wo ein Andrang um Reiseurkunden... wahrgenommen wird, die Regierungsorgane ihre Tätigkeit in der Richtung entfalten, daß sie durch rechtzeitige Aufmerksamkeit..., durch Erhebung der ... zu Grunde liegenden Umstände, sowie durch Belehrung und Aufklärung über den ermittelten Sachverhalt, die den Übersiedlungswerbern drohenden Gefahren abwenden und Reiseurkunden... nur dann erteilen, wenn sie nach genauer Prüfung und Erwägung aller... Verhältnisse, wie nach vorläufigem Einervernehmen mit der Behörde jenes Kronlandes, nach welchem die Übersiedlung stattfinden soll, sich die Überzeugung verschafft haben, daß selbe nicht nur die materiellen Mittel, sondern auch die Befähigung und Gelegenheit haben, in der neuen Heimat ein zusagendes Fortkommen zu finden.“²³ Durch diesen neuen Erlaß wollte er eine Auswanderung nach Ungarn erschweren und unter behördliche Aufsicht stellen, wie jene nach Amerika.

Da es ihm aber im Sinne der kaiserlichen Entscheidung oblag, *einen Gesetzentwurf über die Kolonisierung in Ungarn* auszuarbeiten, forderte er von der ungarischen Statthalterei ein Gutachten über diese Frage ein. Diese ging bürokratische Wege und verlangte ihrerseits Einzelgutachten von den 5 Statthalterei-Abteilungen, welche wieder den Auftrag an die Komitate weiterleiteten. Dadurch wurde die Sache verzögert und die Statthalterei war nicht mit Ende d. J. 1855, sondern erst am 30. Apr. 1856 in der Lage, das gewünschte Gutachten *Bach* vorzulegen.²⁴ Der

²² Reichsgesetzblatt, 1855, S. 63; M. C. G. 1750:1855. Die Vorschrift wurde de facto nicht immer berücksichtigt.

²³ M. C. G. 22132:1855.

²⁴ M. C. G. 21026, 24959:1855; 4830:1856 mit dem Text, weiters 2731, 2296:1856.

Text, von den ungarischen Komitatsbeamten verfaßt und vom Generalgouverneur unverändert unterzeichnet, war nicht nach dem Sinne der Bachschen Politik und nahm eher gegen, als für die Kolonisation Stellung. Dazu kam noch die Transaktion Brucks, welche die wirtschaftlichen Grundlagen der Ansiedlung zunichte machte. Verstimmt ließ Bach die Angelegenheit ein Jahr lang ruhen. Als er endlich 1857 die Weiterführung der Verhandlungen wieder aufnahm, mußte er die alten Pläne ändern, konnte aber mit dem viel beschäftigten Bruck keine eingehende Besprechung dieser Fragen erreichen; er schlug also zur Erörterung derselben den Weg einer gemeinschaftlichen kommissionellen Beratung vor.²⁵ Aus Mitgliedern des Innen- und Finanzministeriums wurde eine Kommission, die dritte im Laufe von 8 Jahren, zusammengestellt, welche die Kolonisationsfrage lösen sollte. Die Lösung erschien ihr ebenso wenig dringend, wie ihren zwei Vorgängern, die Beratungen begannen erst am 17. Apr. 1858, u. z. mit der Vorlage des ungarischen Gutachtens Erzherzog Albrechts.

„Es handelt sich nicht mehr, so heißt es darin, um eine Einwanderung en masse, die ist nicht mehr nötig, — es handelt sich nur um die Einwanderung von Kapitalien... Die vorhandenen Schienenwege, welche vermehrten Population-Andrang, vermehrte Industrien, erhöhte Bodencultur von Westen nach Osten tragen, machen die Colonisation Ungarns als eigentliche Regierungsaufgabe überflüssig.“ Für die Regierung bestünde nur die Aufgabe, die Hindernisse für Bodenkultur und Gewerbeentwicklung zu beseitigen und in dieser Hinsicht sei es unzweifelhaft, „daß bei Einräumung von nur einigen Begünstigungen jene Zustände herbeigeführt werden, welche durch die Colonisation überhaupt ermöglicht werden wollen.“ Solche Begünstigungen seien: schnelle Klärung des Grundentlastungs-Problems, Kommassation und Segregation des Grundbesitzes, sofortige Einführung der Grundbücher, Förderung der Verkehrsmittel und Gründung einer Kreditanstalt für Kleingrundbesitzer.

Eben hatte sich der ehemalige Revolutionsführer und Kleinbauernsohn Bach in der Frage der Kolonisation für eine Rückkehr zu den merkantilischen Methoden des 18. Jhdts. ausgesprochen und nun mußte der Erzherzog jene liberale Auffassung der Kolonisation vertreten, welche jede Einmischung des Staates ablehnt. Der Widerspruch erklärt sich aus

²⁵ Ein nicht datiertes Promemoria, das aber wahrscheinlich aus der zweiten Hälfte d. J. 1857 stammt, S. I. J., Nachlaß Bach, Ungarn, Kolonisierung.

den damaligen Gedankengängen Franz Josefs, der noch glaubte, die vielverzweigte Monarchie mit Hilfe seiner Familienmitglieder regieren zu können. Die Reformvorschläge des jungen Prinzen, welche zugleich eine Kritik an Bachs Tätigkeit bedeuteten, bargen unleugbare Wahrheiten in sich, die Kommission schloß sich ihnen an und betonte, daß der Ackerbau in Ungarn auf sehr primitiver Stufe stehe, daß auf dem durch Segregation und Kommassation freigegebenen Boden nach wie vor extensive Urproduktion geübt werde und besonders, „daß die Dichte der Bevölkerung eine geringe, deren Vertheilung in vielen Gegenden aber eine dem landwirtschaftlichen Betriebe höchst ungünstige ist. Die stark bevölkerten Ortschaften sind durch große Latifundien von einander getrennt; die Lage der Äcker ist von den Ortschaften zumeist eine sehr entfernte, dem intensiven Wirtschaftsbetriebe höchst abträglich. Die ländliche Bevölkerung ist zudem in das Culturleben noch nicht eingetreten; sie kennt keine Bedürfnisse, welche der Industrie Absatzquellen eröffnen würden, ihr Consumo ist ein relativ sehr geringer. Die Produkte, welche, wenn sie im Lande selbst konsumiert oder verarbeitet würden, dem Produzenten den höchsten Gewinn abwerfen, und den Handel und die Industrie im Land selbst beleben würden, müssen wegen mangels an Consumenten außer Landes geschafft werden, und finden nur am Weltmarkt ihre Verwertung.“ Es fehle an Kapital, die neuen Bauernbesitzer hätten keinen fundus instructus. Was Ungarn brauche, sei daher Kapital, Arbeitskraft, deren zweckmäßige Verteilung, die Steigerung der eigenen Konsumtion und die Bearbeitung der eigenen Produkte.

Dieses Bild ist tatsächlich kein sehr erfreuliches. In manchen Zügen erinnert es an Széchenyis Klagen, in anderen an jene, sich immer erneuernden Wünsche, die auch heute in der modernen Landwirtschaftsliteratur zu finden sind. Die Vorschläge der Kommission waren gut gemeint, doch kaum ausreichend. Ihr Hauptprinzip war eher dem Liberalismus Albrechts, als dem Neumerkantilismus Bachs ähnlich, wenn sie sagt: „daß jeder imperative Einfluß, in Absicht auf die Anregung zur Ansiedlung emsig vermieden werde.“ Bis jetzt habe es als Recht der Grundherrschaft gegolten, auf ihren Gründen frei anzusiedeln. Diese Tätigkeit sollte nun von der Verordnung auf Bedingungen eingeschränkt werden, unter welchen der Staat geneigt wäre, den Siedlungen Begünstigungen zu gewähren. Der Gedanke an eine Kolonisierung sei nicht ganz aufzugeben: die ungarischen Großgrundbesitzer zeigten darin eine lobenswerte Tätigkeit und auch bezüglich Österreich gelte, daß „sich die heu-

tige Auswanderung hauptsächlich den ungarischen Ländern zuwendet... Wenn es schon gewiß ist, daß einige relativ übevölkerte Gegenden Ungarns zunächst berufen sind, ein ansehnliches Kontingent von Ansiedlern an die unteren Gegenden des Landes abzugeben, so stehe andererseits auch aus Deutschland ein namhafter Zuzug in nächster Zukunft in Aussicht. Dafür sprechen die traurigen Erfahrungen, welche deutsche Auswanderer in überseeischen Ländern machten und die ihre Rückwirkung in der Heimath nicht verfehlten; dafür sprechen endlich die fast täglich einlangenden Anfragen um Auskünfte über die Bedingungen zur Ansiedlung."

Diese Gesichtspunkte weichen in sehr Vielen von jenen, vor vier Jahren aufgestellten ab. Statt des Neumerkantilismus spiegelt sich darin ein Staatsliberalismus, der den individuellen Unternehmungen freie Bahn lassen will, und der von den Zeitumständen, vom Wesen und Aufbau des Wirtschaftslebens getrieben, auch in die absolutistische Regierung eingedrungen war. Nach Übergabe der Staatsdomänen blieb ja kein anderer Weg mehr offen. Auch das Ziel der nationalitätenpolitischen Neugestaltung Ungarns mußte wegfallen und dagegen Zugstände der magyarischen Innenwanderung gegeben werden. Die Regierung gelangte endlich zur Einsicht, daß Ungarn aus Deutschland keine massenhafte Einwanderung erwarten und aufnehmen könne; keines der beiden Länder war dazu geneigt.

Diese Gesichtspunkte dienten als Grundlage für *jene Verordnung*, die Bach noch während der Sommermonate abfassen ließ. Sie sicherte den neuentstandenen Gemeinden — die eine selbständige Kolonie von mindestens 1000 Katastraljoch und 50 Familien gleichen Religionsbekenntnisses und gleicher Volkszugehörigkeit mit einem Mindestbesitz von 8 Joch bilden mußten — stärkere Begünstigungen zu. Sie genossen Grundsteuerfreiheit auf 6, Hauszins- und Hausklassensteuerfreiheit, persönliche Einkommen- und Erwerbssteuerfreiheit, Befreiung von der Errichtung der öffentlichen Arbeiten außerhalb der Dorfgrenzen und endlich Militärfreiheit auf je 15 Jahre. — Die Ansiedlungen, die keine neuen Gemeinden bildeten, wurden dieser Begünstigungen nur dann teilhaftig, wenn der Ansiedler mit der Hausstelle auch das Eigentum von mindestens 8 Joch Grund erwarb. Auch ihm gebührte Befreiung von Hauszins-, Hausklassen-, Einkommen- und Erwerbssteuer, der Errichtung der öffentlichen Arbeiten und vom Militärdienst, sowie der Grundsteuer, jedoch nur auf 3 Joch und 6 Jahre beschränkt. — Als gemeinsame Be-

günstigungen galten die Stempel- und Gebührenfreiheit aller Ansiedlungsverträge, durch welche das Gut in das Eigentum des Siedlers überging, weiters, daß auch im Falle der Rodung und der Melioration des Ackerbaues keine Erhöhung der Grundsteuer erfolgen dürfe und endlich, daß von Seite der politischen Behörden bestimmte Unterstützung zugesichert wurde. — Den aus dem Auslande einwandernden Ansiedlern wurden besondere Begünstigungen zuteil: sie erlangten die österreichische Staatsbürgerschaft, sobald sie mit den, von ihren einheimischen Behörden ausgestellten, mit dem Stempel einer österreichischen Gesandtschaft versehenen Zeugnissen einwanderten, die Befreiung vom Militärdienst galt auch für ihre Söhne, es wurde ihnen freie Ausübung ihrer Religion, sowie Zollfreiheit für landwirtschaftliche Maschinen, Tiere und Geräte gewährt. — Alle Begünstigungen konnten jedoch nur dann in Anspruch genommen werden, wenn die Ansiedlungsverträge vor ihrem Inkrafttreten der Statthalterei zur Kenntnisnahme vorgelegt waren.²⁸

Dieser Verordnungsentwurf wurde im Ministerrat vom 16. Aug. 1858 behandelt, wobei jedoch nur kleinere Änderungen vorgenommen wurden, FmLt. Kellner, der erste Adjutant des Monarchen, wünschte, daß die Gemeinden nicht nur aus Söhnen „gleicher Nationalität“, sondern auch „gleicher Sprache“ bestehen sollten. Darauf erklärte Bach, „daß dieses mit Hinsicht auf die vornehmlich von Deutschland her erwarteten Ansiedlungen, als selbstverstanden überflüssig — mit Rücksicht auf jene aus dem Inlande aber bey dem gesetzlichen Bestande so vieler Landessprachen nebeneinander unzulässig wäre.“ Er hoffte wohl insgeheim, die von ihm so sehr erstrebte Verschiebung der Nationalitätenverteilung zu Gunsten der Deutschen durchführen zu können. — Kempen wünschte die Erhöhung des für die einzelnen Ansiedlungen vorgeschriebenen Minimalbesitzes auf 16 Joch, was aber Bach ablehnte. — Über den Punkt der freien Religionsübung entstand eine heftige Wechselrede. Finanzminister Bruck und Justizminister Nádasdy bemängelten, daß nur Ansiedler „christlicher Confession“ zugelassen und die Juden von den Begünstigungen ganz und gar ausgeschlossen sein sollten. Es wäre wünschenswert, meinten sie, diese durch derartige Begünstigungen an den Ackerbau, den sie mit jüdischen Dienern und Mägden betreiben sollten, zu gewöhnen. Auch der Handelsminister schloß sich ihnen an, Bach hingegen hielt diesen Paragraphen für notwendig, um die aus dem Auslande kom-

²⁸ M. C. 2851:1858.

menden Ansiedler zu beruhigen. „Die christliche Confession aber muß bleiben, weil wir der Juden eher zu viel, als zu wenig haben.“, weil die kaiserliche Verordnung vom 2. Okt. 1853 ihre vor 1848 bestandene Besitzungsfähigkeit wieder eingeführt habe, „und weil die Juden bekanntermaßen zum Landwirtschaftsbetrieb nicht geeignet und geneigt sind.“ Die Mehrheit sprach sich für die Beibehaltung des ursprünglichen Paragraphentextes aus und Außenminister Buol, der dem Ministerrate vorsaß, äußerte sich, „daß er, so wenig er neue Zurücksetzungen der Juden wünsche, doch die Hereinziehung fremder Juden nach Österreich mittelst der hier beantragten Begünstigungen nicht zu befürworten vermöchte.“²⁷

Auch der Reichsrat führte nur unwesentliche Veränderungen durch, indem er einige Begünstigungen einschränkte, andere etwas erweiterte. Der endgültige Text war bald festgelegt, sanktioniert und erschien als *kaiserliche Verordnung am 23. Dez. 1858*.²⁸ Er fand nur in amtlichen Kreisen Widerhall, die es ja immer verstanden, die Kodifizierungstätigkeit der Regierung auf gehörige Weise zu würdigen. Die ungarische Statthalterei-Abteilung zu Ödenburg ersuchte bald darauf um Übermittlung von 200 deutschen und 500 ungarischen Exemplaren.²⁹ Die Propaganda aber, die sie damit in Bewegung setzen sollte, blieb erfolglos; die ungarische Gesellschaft kümmerte sich darum ebenso wenig, wie früher. Das Ansiedlungsgesetz, die Frucht der Arbeit von drei Kommissionen und neun Jahren, besaß bei seinem Erscheinen nicht mehr den Wert, verwirklicht zu werden. Es war nicht mehr als ein Stück Papier, nicht mehr als ein Musterverbeispiel des bürokratischen Arbeitstempos des absolutistischen Staates.

IX. Siedlungen in den 50er Jahren.

Die Urbarialverhältnisse waren aufgelöst, um dem neuen, freien Bauerntum Platz zu machen. Die gesamte ungarische Nationalwirtschaft befand sich in einem Übergangsstadium, da sich jeder regte, bewegte und betätigte; eine wahre Ruhe war dem, von Kriegen verschont bleibenden Jahrzehnt nicht beschieden. Der Gedanke der Kolonisation drang in die Gesellschaft ein, doch kam es zu keiner Privatkolonisation, wie sie der Staat erhoffte, empfahl und bereitwillig unterstützt hätte. Die Grund-

²⁷ M. C. 2927:1858.

²⁸ Reichsgesetzblatt, 1858, 717—20.

²⁹ M. C. G. 14:1859.

herren, Eigentümer der Großgrundbesitze und Majoratsherren wollten daran nicht teilnehmen: wohl führten sie Meliorationsverfahren in ihren Wirtschaften ein, das Jahrzehnt brachte eine große Hebung in der Landwirtschaft, die Siedlung aber fand im Programm der Grundherren keinen Platz, teils aus finanziellen, teils aber aus nationalitätenpolitischen Gründen. Umsomehr beschäftigte der Gedanke die ungarischen Kleinbauern und Besitzlosen, für die er ausschließlich von Wert und Bedeutung war, und gerade sie mußten darin enttäuscht werden. Für sie verhallten die Lehren aus den Mißerfolgen ungehört, der Wandertrieb griff immer weiter um sich und von ihm geführt, schlug man oft ganz kopflos verkehrte Wege ein. Da die Privatherren untätig blieben, wandte man sich an den Staat und wünschte von ihm eine Befriedigung.

So brachen aus *Kamienka* (Zipser Komitat) 500 Familien auf und trafen nach anderthalbjährigem, von ständiger Not gequältem Umherziehen endlich im Vorfrühling des Jahres 1853 auf der Kameralpušta Turegyháza ein. Von dort aus richteten sie eine Bittschrift an den Kaiser, sie auf den Kameralpušten des Temeser Banats und der serbischen Woivodschaft anzusiedeln und bis dahin in den Ärarstellungen und Wirtschaftsgebäuden von Turegyháza, wo sie aus Barmherzigkeit aufgenommen wurden, verbleiben zu lassen. Auf ihre drei Ansuchen (vom April, August und Oktober) erhielten sie erst im Spätherbst Antwort. Da über die Grundlinien der Kolonisation noch nicht entschieden sei, könne ihre Ansiedlung nicht zugelassen werden, ebenso auch nicht ihr weiterer Aufenthalt in den Wirtschaftsgebäuden. Der ungarische Statthalter wies dagegen die Bezirksbehörden an, die „Kamienkaer Gemeinschaft“ wegen der vorgerückten Jahreszeit in Turegyháza und in den verschiedenen Nachbarorten unterzubringen. Endlich, am 8. März 1854, ordnete der Finanzminister an, daß einige Familien in ihren bisherigen Wirtschaftsgebäuden in Turegyháza, wo sie während des Winters ihr Leben gefristet, bis Herbst 1854 verbleiben dürften, die anderen aber in Kettfel, Varjas, Németszentpéter und Fönlak anzusiedeln. Zugleich tadelte er die Leute von Kamienka, daß sie durch eigenes Verschulden in dieses Unglück geraten, da sie ihr Heimatdorf bedenkenlos verlassen hätten. Der in Turegyháza verbliebene Rest wurde endlich nach dreijähriger Wanderung und Ungewißheit in Szkeus (nahe bei Lugos) untergebracht, wo sie sogar das zum Bau ihrer Häuser nötige Holz unentgeltlich vom Staate erhielten.¹

¹ F. M. 41881, 45137:1853; M. C. 955:1854; 1581:1855.

Der Staat geriet über diese Unruhe innerhalb der landwirtschaftlichen Bevölkerung in nicht geringe Sorge und gedachte sie durch besonderes Entgegenkommen einzudämmen. So geschah dies mit dem Ansuchen der altangesiedelten Gemeinde *Holló* (Siebenbürgen), deren walachische Einwohner in ihrer Bittschrift dem König vortrugen, daß sie „keine wirklichen Grundbesitzer seien und als Ansiedler... für den Grund, auf welchem sie wohnen, sowie auch für die ihnen zur Benützung zugewiesenen Äcker, Heuwiesen und Waldungen, eine Taxe an die Marpataker Kameralverwaltung entrichten müssen.“ Ihre Not sei groß; in dem engen Tal zusammengedrängt, könnten sie kaum ihr Leben fristen und den Pachtzins für die jährlich an den Meistbietenden versteigerten Felder erwerben. Das Finanzministerium kam ihrer Notlage durch eine günstige Lösung der Grundentlastung zu Hilfe.²

Eine Neuordnung der alten Siedlungsverhältnisse war aber nicht nur in den Gebirgsgegenden notwendig geworden, sondern auch in der fruchtbaren Tiefebene. So bekam das erst vor kurzem in Staatbesitz gelangte Fiskalgut *Kovácsháza* bald die bauernfreundliche Politik der Regierung fühlen. Die dortigen drei Gemeinden (Mező-, Tót- und Református-Kovácsháza) hatten den alten Feketeschen Pächtern gegenüber nur die Rolle von Unterpächtern gespielt. 1849 verzichteten die Hauptpächter auf die von den Gemeinden in Pacht genommenen Gründe und seitdem versteigerte jedes dritte Jahr die Kameralverwaltung die Güter. Am 19. Jän. 1856 ließ das Finanzministerium eine Neuregelung einführen, nach der Mező- und Tótkovácsháza zu einer Gemeinde vereinigt wurden, mit 260 Hausstellen ersten Ranges, d. h. einen Mindestbesitz von 2 Joch, und 100 Hausstellen zweiten Ranges, einem solchen unter 2 Joch. In Református-Kovácsháza wurde die Zahl der Hausstellen auf 100, bzw. 20 erhöht und ihnen 12 Joch extravillan und 1 Joch intravillan, bzw. 1 Joch ohne die Verpflichtung des Tabakbaues übergeben. So erhielten die Siedler zusammen 4923 Joch, um 1774 1/2 mehr, als sie vorher besessen. Sie begnügten sich indeß nicht mit dieser Form der Regelung, da sie noch ein weiteres Gebiet von mehr als 4000 Joch erlangen wollten. Ihrer Bitte wurde nicht willfahren, sondern die anderen Teile des Fiskalgutes auch weiterhin auf drei Jahre an Großpächter vergeben. Nach 4 Jahren meldete sich Tótkovácsháza mit neuen Ansprüchen: Trennung von Mezőkovácsháza zu einer selbständigen Gemeinde und Erhöhung der Grunddo-

² F. M. 27883:1853.

tation von 13 Joch auf 21. Das Ministerium hielt die Bitte für unerfüllbar, weil dadurch die benachbarten und volksleeren Großgrundbesitzungen, sowie das Staatsgestüt zu Mezöhegyes Mangel an Arbeitskräften gelitten hätten. Um aber die Kolonie doch nicht ganz den Großgrundbesitzern auszuliefern, gewährte man ihr eine Pachtzins-Ermäßigung um 50 fl. und die Erlassung von zwei Dritteln des Pachtrückstandes aus dem ersten Mißjahr.³

Noch ungünstiger gestalteten sich die Verhältnisse in *Németpereg*, wo die Einwanderer von Papina ihre neue Heimat finden sollten. Die Verpflichtungen der Kolonie betrugen:

für 189 intravillane Hausstellen á 1 fl.	189 fl.
2064 Joch 102 Quadratklafter Äcker á 3 fl 30 kr. . . .	7224 fl. 19 kr.
673 Joch 11 Quadratklafter Weiden á 1 fl 30 kr. . .	1009 fl. 30 kr.
522 Joch Tabakfelder (im Besitz der Bauern mit 20 Joch)	
je 10 fl. Lösgeld	5520 fl.
Lösgeld der Tabakfelder der kleineren Bauern	1359 fl. 30 kr.
zusammen:	15302 fl.,

was, auf die 3579 Weinjoch 796 Quadratklafter verteilt, einen Durchschnittsbetrag von 4 fl. 11 kr. bedeutet, also sehr günstig war. Dagegen hatte sich die Kolonie geweigert, den Vertrag zu unterschreiben und vom 1. Nov. 1852, d. h. von ihrer Gründung an, keinen Pachtzins entrichtet. Als sie darüber vom Pécskaer Verwaltungsamt nach 6 jährigem Nichtzahlen in aller Form belangt wurde, fand sie noch die Dreistigkeit, beim König um unentgeltliche Überlassung ihrer bis jetzt in Pacht gestandenen Felder zu bitten. Das Verwaltungsamt von Pécska und die Bezirksfinanzdirektion von Arad erklärten empört, daß „die nichtswürdigen deutschen Ansiedler“ von *Németpereg* keine Schonung verdienten, überdies eine äußerst unordentliche Wirtschaft führten. Der Rückstand von 6 Jahren, der 141744 fl. 11 kr. betrage, sei nicht mehr einzubringen und da jeder gute Wille im Dorfe fehle, solle man die Leute im Falle weiterer Renitenz durch Gerichtsverfahren von ihrem Besitz entfernen.

Zu gleicher Zeit meldete auch die Polizei an die Kabinettskanzlei, daß die *Pereger* „sich dermaßen arbeitsscheu und lässig zeigen, daß sie ihre Gründe gegen Abgabe der Hälfte ihres Ertrags an Insassen der angrenzenden Ortschaften überließen“, selbst faulenzten und nur die

³ M. C. 3131:1856; C. K. 3331:1860.

Wirtshäuser besuchten. In Wien wollte man jedoch von einer Entfernung der Leute nichts wissen, waren sie doch Deutsche, die man zu schonen suchte. So erhielten sie von Franz Josef in Abänderung des Beschlusses des Ministeriums sehr weitgehende, für die Finanzverhältnisse des Staates nachteilige Zugeständnisse.⁴

Das folgende Jahr brachte keine Änderung, es wurde weder bezahlt, noch die Wirtschaftsführung zweckmäßiger organisiert. Der Antrag des Finanzministeriums auf Einleitung eines Rechtsverfahrens wurde vom Herrscher neuerlich abgewiesen. Als aber die Pereger Ansiedler bereits 8 Jahre ihre Güter besaßen und sich noch immer nicht entschlossen hatten, einen Pachtzins zu zahlen oder mit dem Ärar den ihnen vorgelegten, ordentlichen Pachtvertrag zu schließen, mußte auch Franz Josef seine bisherige Auffassung, die wahrscheinlich von einem seiner Vertrauensmänner, vielleicht aus dem Kreise Kempen-Grünne, stammte, revidieren. Die Rückstände von acht Jahren wurden zwar gestrichen, zugleich aber angeordnet, daß gegen diejenigen, die sich weigerten, den Vertrag zu unterschreiben, das Rechtsverfahren eingeleitet und sie von ihrem Besitze ausgesiedelt werden.⁵ Dieser Nachlaß von nahezu 180,000 fl. war angesichts der damaligen Geldverhältnisse des Staates ein allzu großes Opfer, mit dem man das deutsche Element in Ungarn auch nützlicher hätte unterstützen können.

Denn den ungarischen Bauern gegenüber zeigte auch die sozialste Regierung nicht jene Bereitwilligkeit, wie im Falle der Gemeinde von Pereg. So geschah es mit der Kolonie *Földvár*, welche vom Pächter Wodianer vertragswidrig, u. z. mit einer Bestiftung von 41 Weinjoch 898 Quadratklaftern pro Hausstelle und um einen Pachtzins von 2 fl. 24 kr. besiedelt worden war. 1856, sofort nach der Übernahme, ordnete die Finanzverwaltung die Kolonie im Sinne der allgemeinen Regeln für Tabakgärtner neu. Die Dotation wurde auf 20 Joch extravillan und 1 Joch intravillan vermindert, der Pachtzins auf 6 fl. 30 kr. ö. W. pro Joch festgesetzt. Die neuen Bedingungen waren also viel ungünstiger, als die alten, von einer Privatherrschaft angebotenen. Die Lage wurde dadurch verschlechtert, daß die Kolonie noch aus den alten Zeiten mit Zahlungsverpflichtungen sehr belastet war; so vermochte sie trotz allem Fleiße den Forderungen des Ärars nicht nachzukommen. Nach vierjährigem Hin

⁴ M. C. 3762:1858; Gd. 540:1853.

⁵ C. K. 18, 1030:1860.

und Her wurde endlich der Pachtzins auf 5 fl. 25 kr. herabgesetzt und Tilgungsmöglichkeiten in Aussicht gestellt. Das Opfer aber, das der Staat in diesem Falle leisten mußte, erreichte beiweitem nicht jenes für Pereg.⁶

Obwohl die Nationalitätenpolitik die ganze wirtschaftliche und soziale Tätigkeit der Regierung durchdrang und höchst parteiisch, oft ungerecht machte, kann man ihr eine bestimmte Neigung, der Lage des Bauerntums zu helfen, nicht absprechen. Eine bauerfreundliche Politik war ja das alte Vermächtnis der Zentralbehörden, sie wurde nur durch jene Großgrundbesitzer, Mitglieder der alten feudalen Familien, welche in der Regierung, im Reichsrat oder in der nächsten Umgebung des jungen Kaisers saßen, gemäßigt. Doch bot der Staat den Privaten gegenüber wenigstens Ansiedlungsmöglichkeiten und so mag es nicht wundernehmen, daß er mit *Gesuchen* überhaufen wurde, in denen um *Bewilligung der Ansiedlung* auf irgendeinem Staatsgute angesucht wurde. Ein Ministerialbericht vom 17. Apr. 1855 faßt alle jene Bittgesuche, welche damals im Ministerium einliefen, zusammen. Darunter kommen folgende vor:

Kolonie Ehlak, um weitere Behaltung ihrer Gründe;

Gemeinde Tótkomlós (1500 Familien), um die Arader Prädien nach abgelaufener Pachtzeit zur Anlegung von Kolonien aufzuteilen;

Gemeinde Magyarpécska (3000 Familien), um die I. Abteilung des Prädiiums Szionda für 3 fl. 15 kr. weiter zu behalten und für ihren besitzlosen Bevölkerungszuwachs die II. und III. Abteilung von Basarága zu verteilen;

872 von Oberungarn ausgewanderte Familien, von denen sich derzeit 174 Familien in Battonya, 143 in Ópécska und 66 in Pereg befinden, um sich auf Kameralprädien ansiedeln zu dürfen;

die Privatgärtner von Bánhida-Dombegyháza (75 Familien), und 10 weitere Gärtner aus Bánkut, welche ihre Unterbringung auf einer Tabakkolonie erbitten;

die Gemeinden Csaba (Békéser Komitat), Zsatkov und Rovnov im Bezirk Kaschau, zusammen 1000 Familien, die ihren Bevölkerungsüberschuß auf Kameralgütern ansiedeln wollen;

die Privatgärtner aus Radvány, Kevermes, Varjas, Szentpál und

⁶ C. K. 3536:1860.

Szentgyörgy (620 Familien), die auf eine Kameraltabakplantage kommen wollen und endlich

aus den zwei Dörfern Pereg und Csány 404 Familien; zusammen fast 7000 Familien, von denen mehr als 4000 durch neue Gründungen angesiedelt werden müßten.⁷ Ein Augenblicksbild, das ja gar nicht alle Ansiedlungsgesuche zusammenfaßte, aber für die ganze Lage charakteristisch ist. Von den Tausenden von Familien, die nach Boden hungerten, konnte die Verwaltung kaum einige unterbringen. Die anderen wurden ihrem Schicksal überlassen.

Die Kolonisierungsunruhen nahmen bisweilen derart gefährlichen Umfang an, daß die Polizei einschreiten mußte. So war dies auch der Fall, als zwei Insassen aus *Stabnik* (Komitat Sáros), namens Georg Kurti und Janko Koren, Unterschriften für ein Kolonisierungsbittgesuch sammelten und die Polizei sich gezwungen sah, sie zu verhaften. Darauf wandten sich zwei andere Insassen aus *Stabnik* an den Herrscher mit der Bitte, man möge sie auf einem Staatsgute ansiedeln, ihre Genossen aber freilassen was auch geschah. Die Polizei aber unterbreitete dem König eine ausführliche Denkschrift über die Lehre aus diesem Falle. Die Bittsteller hätten sich auf Staatsdomänen niederlassen wollen, ohne, wie aus den Erhebungen hervorgehe, dazu von den Behörden ermuntert worden zu sein; vielmehr hätte ihnen eigene Hoffnung, Phantasie, oder Not vorgetäuscht, daß dort eine Grundaufteilung durchgeführt werde. In dieser Hoffnung hätten Viele all ihr Hab und Gut veräußert und seien in die andere Hälfte des Landes gewandert, aber nur Not habe sie erwartet. Die Finanzlandesdirektion, dazu angewiesen, habe keinen Platz, sie unterzubringen. Da eine „unentgeltliche Grudbetheiligung“, von denen die Menschen sprechen, nie stattfinden kann, seien getäuschte Hoffnung und Verzweiflung die Folge. So seien jene Ansiedlungsbewerber, die aus den Komitaten Sáros und Zips im Méneser Forstbezirke eintrafen, auf die Nachricht, daß ihr Bittgesuch um Zuweisung von Grundstücken abgewiesen sei, aus der Gegend von Arad verschwunden. Auch andere Erfahrungen bewiesen, daß diese Wanderer arbeitsscheu und faul seien. Die amtliche Entscheidung stehe auf dem Standpunkte, daß die Kolonisierung nicht eine staatliche Unterstützung für Notleidende sei. Darum solle man die Notleidenden im Kaschauer Verwaltungsgebiet durch Naturalien-

⁷ F. M. 35591:1855.

und Geldhilfe, durch Eröffnung neuer Erwerbsmöglichkeiten unterstützen, nicht aber zum Verlassen ihrer Heimat aufmuntern. Die schon einmal Ausgewanderten seien der Aufmerksamkeit der Statthalterei zu empfehlen, danach aber auf ihre eigene Kraft zu verweisen, da sie „allein an ihrer angeklagten mißlichen Lage in der Fremde schuld sind und dabei von der Erwartung ausgegangen zu sein scheinen, daß ihnen vom Amtswege werde durch die gewünschte Grundbetheilung geholfen werden müssen.“⁸

Die unbedenkliche Auswanderung war sicher bisweilen nicht mehr, als ein Erpressungsmanöver, um den Staat zur Beteiligung mit Boden zu zwingen. Viel öfters aber entstand sie aus wahrer sozialer Notlage, die durch das Verhalten der Großgrundbesitzer nur noch gesteigert wurde. So widerfuhr den Kontraktualisten von *Ujpusztakeresztur*, deren Väter noch zu Josefs II. Zeiten auf dem damals Graf Batthyány'schen, jetzt Baron Sina gehörenden Gute angesiedelt worden waren, manche Willkür von Seiten der Herrschaft, die schließlich in der Kündigung endete. Die Kontraktualisten, denen ein Ausgleich mit dem Besitzer unmöglich schien, unternahmen alle nötigen Schritte, um auf den Iregér Kameraläckern von Józsefcsárda sich ansiedeln zu dürfen.⁹

Die Unterbringung der Bevölkerung, die von Beginn an dem Staate größte Schwierigkeiten bereitete, wurde nach Übergabe der Staatsdomänen und nach der Verordnung von 1858 *völlig unmöglich*. Die Bittsteller wurden einfach abgewiesen, so 11 Einwohner aus Neupest, die Gemeinde Lemes (Komitat Sáros), weiters 66 Familien aus Vizkelet (Pozsonyer Komitat), welche um Bodenzuweisung auf einer, für die Ansiedlung bestimmten Pußta baten. In diesem Sinne wurde auch die so oft wiederholte Bitte der 872 slavischen Familien aus den oberungarischen Komitaten Sáros, Zips und Zemplin erledigt. Die Statthalterei sicherte wohl nach und nach die Erwerbsmöglichkeit dieser Familien, indem sie ihnen in den Ortschaften der Staatsherrschaften Pécska und Ménés mehrere hundert Hausstellen zuwies, so daß sie tatsächlich nicht mehr obdachlos waren, ihre Bitte um Ansiedlung und Boden aber wurde nicht erfüllt, ja, konnte nicht erfüllt werden. Man mußte sogar den Einwandernden gegenüber energisch auftreten: den Holzarbeitern aus Schüttenhofen, die

⁸ Gd. 540:1853.

⁹ Gd. 84:1855. Ihr weiteres Schicksal ist uns nicht bekannt.

unbefugt auf eigene Kosten in die Mármaros reisen wollten, wurden die bereits versprochenen Geldvorschüsse vorenthalten.¹⁰

Die Hände der Verwaltung waren gebunden, doch tat sie ihr Möglichstes und griff zu einem gesunden Mittel: der Umformung der Pacht in wirklichen Besitz. So erstand die Gemeinde Ernesztháza, die 1828 mit deutschen Siedlern im Torontáler Komitat gegründet worden, ihre bis dahin in Pacht überlassenen Gründe samt den königlichen Benefizien und Patronatsrechten um einen Preis von 339,371 fl. 68 kr., den sie vom 1. Mai 1861 an in 10 Jahren zu tilgen hatte. Die Zinsen von 4⁰/₁₀₀ wurde ihr aus Billigkeitsgründen über Antrag des Finanzministeriums erlassen.¹¹ Leider fand dieses Beispiel nur ganz wenig Nachahmung.

Die Kolonisierungstätigkeit konnte in keiner Weise befriedigen, die Heranziehung fremder Einwanderer schien kaum mehr möglich, von einer Einwanderung sachkundiger Landwirte war nur die Rede in den verschiedenen Plänen, nicht aber in Wirklichkeit. Wohl passierten jährlich zahlreiche Deutsche die ungarische Grenze, richteten aber ihren Zug nach den Städten, wo sie sich als Gewerbetreibende niederließen und sich bald magyarisierten. Endlich entstand zu Ende der ganzen Periode, als die Durchführung der Kolonisation sich als unmöglich erwiesen hatte, im entfernten Deutschland eine Bewegung, die mit allen Mitteln ihr Ziel zu erreichen strebte. Beginn 1858 machte sich in *Hannover und Oldenburg eine starke Auswanderungsneigung* bemerkbar, ganze Familien zogen nach Ungarn. So trafen am 30. März 70 Ostfriesen auf der Fahrt nach Ungarn in Prag ein. Die „Weser-Zeitung“, vor anderthalb Jahrzehnten der scharfe Bekämpfer Lists, berichtete, daß eine Gesellschaft vermögender Leute im Pester Komitat ein Gut angekauft habe, um es mit Hannoveranern zu besiedeln. Die Peiner Zeitung schrieb, daß während des Monats April 70 Oldenburger Familien sich entschlossen hätten, nach Debrecen auszuwandern. „Die Leute waren sämtlich frohen Muths; sie hatten ein großes ungarisches Edelgut mit weiten Flächenwüsten, aber höchst fruchtbaren Landes angekauft, um es unter sich zu parcelliren.“¹²

Zu gleicher Zeit wandte sich der Hannoveranische Gesandte in Wien, Freiherr v. Stockhausen, an die Regierung und bat, den bereits angesiedelten oder noch eintreffenden, aus Hannover und dem Herzog-

¹⁰ M. C. G. 3720:1857; 4913:1858; 1731, 2822:1859; C. K. 22, 202:1860; 1751:1861.

¹¹ C. K. 3992:1861.

¹² Austria, 1858, II. 329.

tum Arenberg-Meppen stammenden Ansiedlern besonderen Schutz zu gewähren, in welchem Sinne auch die ungarischen Unterbehörden vom Ministerium angewiesen wurden. Die durch die Presse und Gesandten Angemeldeten erschienen während des Frühlings in Ungarn, im Monate Mai berichtete zuerst das Komitat Szolnok, daß ein Teil von ihnen in der Pußta Kengyel, bald nachher der Großwardeiner Bezirk, daß eine zweite Gruppe in den benachbarten Ortschaften Balkány und Gesztered (Komitat Szabolcs), eingetroffen sei.¹³

Nach *Kengyel* kamen 15 Familien, welche von dem Advokaten Illés durch dem Wiener Agenten Franz Weiß ein Gut von 300 ungarischen Joch samt Gebäuden zum günstigen Preis von 50,000 fl. ankauften. Der Besitz wurde entsprechend den Vermögensverhältnissen aufgeteilt, u. z. im Umfang von 8-10-28-44 Joch, im Falle des Heinrich Deter 58 Joch. Bis September war der gesamte Kaufpreis erlegt, nur für Anbau, Futter u. s. w. blieb ein Betrag von ungefähr 2800 fl. unbeglichen — und der Grundbuchsenat in Szolnok schrieb den Grund auf den Namen der Siedler über. Damit war die erste, glückliche Periode zu Ende, nun sollten die ersten Schwierigkeiten auftauchen. Das Bargeld war zu Ende und man hatte noch immer nicht genügende Ausrüstung und Behausung. Zwar besaßen sie 10 Pferde und 6 Ochsen, außerdem jede Familie eine Kuh, aber diese reichten zur Bebauung ihrer Felder nicht hin. So wurden benachbarte Ungarn in Dienst genommen. Die Wohnungsverhältnisse genügten nicht: vor dem Winter waren erst 3 Häuser fertig. Die anderen Familien wohnten teils in den drei Zimmern des angekauften Hauses, teils in dem zur Wohnung umgewandelten Stall. Einige fanden auf dem Dachboden oder in nichtheizbaren Teilen des Hauses Unterkunft. Eine Tischlerfamilie, deren Oberhaupt noch im Sommer nach Hannover zurückgekehrt war, um Geld zu holen, wartete bis in die späten Herbsttage, daß mit dem Hausbau begonnen werde. Kein Wunder, wenn unter solchen Umständen sechs Kinder und drei Erwachsene starben.¹⁴

Die Behörden zeigten wahrhaftig große Bereitswilligkeit zu jeglichem Beistand. Das Ministerium des Innern übermittelte der ungarischen Statthalterei einen neuen Erlaß, „in dem man diese Colonie der weiteren Fürsorge des löblichen k. k. General-Gouvernement dringend empfiehlt“ und die bisherige Hilfsaktion gutheißt. Die Gemeinde erbat noch im Juni

¹³ M. C. G. 3316, 3890, 4064:1858.

¹⁴ M. C. G. 4274, 8149, 8574:1858.

ein unverzinsliches Darlehen von 2—3000 fl. zum Bau ihrer Kirche. Der Erzbischof zu Erlau erklärte, daß die rein ungarischen Gemeinden Karcagujzállás, Turkeve, Fegyvernek, welche viel älter und größer seien, eine Kirche eher nötig hätten. Die Bitte wurde jedoch im Kultusministerium warm unterstützt und so wurden ihnen aus dem ohnehin schwer belasteten Religionsfond 3000 fl. überwiesen, die sie in sechs Jahren zu je 500 fl. zurückzuzahlen hatten.¹⁵ Auch erhielten sie Privatunterstützungen und zur Errichtung ihrer Schule trug nicht nur die benachbarte Gemeinde Törökszentmiklós, deren Filiale ihre Kirche bildete, bei, sondern auch aus Pest trafen zahlreiche Spenden ein. Nach all diesen Begünstigungen gaben die Ansiedler vor dem Stadtmagistrat vom Törökszentmiklós eine Erklärung ab, in der es heißt: „Die Ansiedler fühlen sich verpflichtet, mitzuthemen, daß sie mit ihrer Lage ganz zufrieden sind“, und in der sie vor allem die Unterstützung durch die Regierung dankend hervorheben.

Die Regierung unterließ wirklich nichts. Im September 1858 besichtigte Hofrat Graf Szapáry auf höhere Weisung die Hannoveranische Siedlung und berichtete über Kengyel, daß die Kolonie einen schmutzigen und vernachlässigten Eindruck mache, die Finanzlage mißlich und eine Exekution, wenn nicht bald ein Darlehen bewilligt werde, unvermeidlich sei. Darauf gewährte die Regierung ein neues unverzinsliches Darlehen von 2300 fl., mit 100—500 fl. auf 8 Familien verteilt. Bald danach wurden ihnen alle jene Begünstigungen zuteil, die in der Kolonisationsverordnung vom 23. Dez. 1858 enthalten waren. Im Frühling wurde eine Sistierung der exekutiven Eintreibung der direkten Steuer angeordnet und im nächsten Jahr, als die Gemeinde nicht in der Lage war, die erste Rate des Staatsdarlehens zu bezahlen, eine Fristverstreckung bewilligt.¹⁶ Die Regierung brachte große Opfer und konnte die Gemeinde nur mit andauernden finanziellen Injektionen am Leben halten, da die Angesiedelten wiederum keine „fachkundigen“ Landwirte, vielmehr Handwerker waren. Die erste Ernte schlug fehl, wohl durch eigene Schuld. Da ihnen die Sachkenntnis fehlte, unterließen sie z. B. beim Maisbau das so notwendige Behacken und Besäuseln.

Die Lage in Kengyel war gleichwohl noch günstig, im Vergleich mit jener im Komitat Szabolcs. Die Hannoveraner hatten dort durch Vermitt-

¹⁵ M. C. G. 3994, 4665, 5116, 7846, 8531, 8681:1858.

¹⁶ M. C. G. 4886, 8149:1858; 48, 817, 2131, 2377, 2422:1859; 1361:1860.

lung eines Wiener Agenten von Melchior v. Lónyay ein Gut von 458 1/2 ungarischen Joch um den Gesamtpreis von 35370 fl. erstanden; eine zweite Gruppe 1340 Joch von Graf Dániel Vay um 82,000 fl. und eine dritte 1064 1/2 Joch von Franz Beszterczey um 70410 fl. Diese drei Güter lagen in Balkányer und Gesztereder Hotter und bildeten ein zusammenhängendes Ganzes. Das Kaufgeschäft war ohne behördlichen Einfluß zu Stande gekommen, natürlich nicht ohne persönlichen Vorteil des Agenten. Der Durchschnittspreis des Bodens betrug in der dortigen Gegend 40—55 fl. pro Joch, wogegen die Ansiedler 61—77 fl. entrichteten. In dem sehr ungünstigen Vertrag waren die Zahlungsstermine so knapp gesetzt, daß ihre Nichteinhaltung vorauszusehen war.

Bis Juli siedelten sich auf dem Lónyaischen Gut 22 Familien mit 59 Köpfen an, 7 weitere Familien wurden erwartet; auf dem Vayschen Gut 5 Familien mit 31 Köpfen, auf dem von Beszterczey nur eine Familie. Bis Ende des Jahres sollte eine Zahl von 600 Seelen erreicht sein, welche auf den 2863 Joch ungefähr 100 Kleinsiedlungen gebildet hätten. Nicht einmal ein Drittel der erhofften Zahl traf ein und auch in anderen Hinsichten blieb Manches unerfüllt. Das Geld wurde knapp und eine Ruhr-epidemie raffte in den Monaten Juni bis August von den 140 Einwohnern unter 82 Erkrankten 13 hinweg.

Das Ministerium, das einen Sündenbock dafür suchte, führte Klage darüber, daß das Stuhlrichteramt zu Nagykálló seine Pflicht schlecht erfüllt habe, „indem es anstatt die Colonisten selbst thätig mit Rath und Tath zu unterstützen und denselben jedweden Vorschub zu leisten, sie lediglich dem Schutze der Gemeinde Balkány empfohlen hat.“ Nun machte es das Ministerium dem Szabolcser Komitat zur Pflicht, „die Colonie im Geleite eines technischen Beamten zu inspizieren und alle jene Anordnungen und Verfügungen ungesäumt zu treffen, welche geeignet sind, die wohnliche Niederlassung und Einrichtung der Colonie zu fördern und den billigen Wünschen und Anliegen der Colonisten in jeder Beziehung Rechnung zu tragen.“ Die ungarischen Beamten des Szabolcser Komitates hatten die deutschen Einwanderer wohl nicht mit ungeteilter Freude in Empfang genommen, doch gewiß stets ihre Pflicht erfüllt. Noch vor dem Ministerialerlaß hatten sie zweimal innerhalb einer ganz kurzen Zeitfrist (am 17. Juni und 5. Juli) die Ansiedlung inspiziert, die nötigen Maßnahmen verfügt und für die Colonie ungefähr die gleichen Begün-

stigungen vorgeschlagen, wie sie dann im Sinne der Kolonisationsverordnung des Jahres 1858 wirklich erlassen wurden.¹⁷

Die Prüfungen des ersten Jahres waren allzu hart. Viele Kolonisten konnten sie nicht bestehen. Die Siedlung auf der Vayschen und Beszterczeyschen Beszung löste sich wegen Zahlungsunfähigkeit auf, es blieben nur auf dem Lónyaischen Gute 21 Ansiedlerfamilien, bestehend aus 69 Köpfen, welche 23 mit 13143, bzw. 36773 Quadratklaftern bestiftete Wirtschaften bildeten. Die erhoffte Zahl der 600 Seelen sank auf einen Zehntel herab, ähnlich gestalteten, sich ihre Vermögensverhältnisse. „Das ungeschickte Gesindel“, wie das Stuhlrichteramt zu Nagykálló sie nannte, blieb den Gemeinden Balkány und Gesztered 240 fl. 57 kr. Steuer schuldig, wogegen der Wert ihres ganzen Mobilienvermögens nicht einmal 180 fl. betrug.¹⁸

Die Siedler wollten den von allen Einwanderern eingeschlagenen Weg wählen und erbaten von dem Staat ein Darlehen von 9000 fl. zur Begleichung der zweiten Rate des Kaufpreises. Sie hatten aber auch damit kein Glück, das blinde Schicksal wollte ihnen jene Begünstigung, wie den Leuten von Kengyel, nicht erteilen. Als ihr Bittgesuch endlich nach so vielen Instanzen im Wiener Ministerium des Innern zur Entscheidung einlangte, waren es jene letzten Tage vor dem österreichischen Ultimatum in Turin. Das Darlehen wurde, in der Zeit der höchsten Kriegsgefahr, nicht gewährt, die unteren Behörden aber angewiesen, einen Ausgleich zwischen den Einwanderern und Gläubigern zustande zu bringen. Damit aber war ihnen nur für den Augenblick geholfen und im Herbst berichtete die Statthalterei, daß ihre Lage „eine wahrhaft trostlose ist und über deren baldige Auflösung gar kein Zweifel mehr obwalten kann.“ Die Exekution sei nur um Tage verzögert. Der neue Innenminister, Graf Goluchowski, der Nachfolger Bachs, antwortete darauf, daß er nicht in der Lage sei, zu helfen. Zu seiner Rechtfertigung fügte er noch hinzu, was in ähnlichen Fällen auch von seinem Vorgänger betont worden: „Bei der Erfolglosigkeit aller dieser Colonie bisher zugestandenen Begünstigungen, ... liegt die Schuld dieses ihres Zerfalles lediglich an den Kolonisten selbst und es kann der Regierung diesfalls durchaus kein Vorwurf gemacht werden und zwar umso weniger, als alles aufgeboten wurde, um die Folgen der von Seite der Kolonisten dem Gutsverkäufer gegenüber

¹⁷ M. C. G. 4665, 5118, 5561, 6316:1858.

¹⁸ M. C. G. 2249, 2590:1859.

voreilig eingegangenen privatrechtlichen Verpflichtungen... aufzuhalten und abzuschwächen."¹⁹ Nicht der Gedanke, der Geist war neu darin. Der Nachfolger ließ die Bachsche Konzeption auch hinsichtlich der Kolonisation fallen; von nun an wurde nicht mehr behördlich betrieben, was von selbst nicht gehen wollte.

Goluchowskis Satz hatte recht. Alle Behörden standen den Neuankömmlingen hilfreich zur Seite, umso verwunderlicher war es, als im Herbst 1858 die Hannover'sche Zeitung über die Ansiedlung in Kengyel berichtete und deren Schicksal in derart düsteren Farben malte, daß dies eine Beleidigung für das ganze Land bedeutete. In dem daraus entstehenden Pressestreit erwiderte der Pester Lloyd aus dem Munde eines Sachverständigen, indem er die Wahrheit mitteilte und betonte, daß die Deutschen keine größeren Begünstigungen in Ungarn erreichen könnten, als die Ungarn selbst. Die offizielle Wiener Zeitung veröffentlichte eine berichtigende Erklärung; die Temesvárer Zeitung beschuldigte sogar ihre Hannoveranische Kollegin, indem sie den Grund der falschen Nachrichten darin suchte, „daß die Auswanderungs-Bureaux für Nordamerika, Australien und Kalifornien in der Auswanderung nach Ungarn einen sehr gefährlichen Concurrenten erblicken und alles aufbieten, um eine etwa für Österreich erwachende Sympathie im Keime zu ersticken.“²⁰ Der Bericht blieb auch in der deutschen Heimat ohne Wirkung und erreichte nicht sein Ziel. Die Hannoveraner Familien zog es auch weiterhin nach Ungarn, ihre Anfragen bezüglich der ungarischen Kolonisationsmöglichkeiten liefen zahlreich im österreichischen Außenministerium ein.²¹

Doch war ihr Wunsch nicht mehr zu erfüllen, in Ungarn gab es keinen Platz mehr für Einwanderer, ja es wurde bald zum Land der Auswanderer. Die Söhne der Bauernväter, die noch während der 50er Jahre sich auf Staatsgütern ansiedeln wollten, zogen nun nach 1880 scharenweise nach Amerika. Ihre Zahl war verhältnismäßig nicht größer, als jene der Deutschen, doch umso schmerzlicher. Ihre Auswanderung fiel in eine spätere, viel ungünstigere Periode und jede Seele bedeutete einen schweren Verlust für die kleine Nation.

¹⁹ M. C. G. 7723, 8447:1858; 1203, 1814, 2590, 5488, 7029, 7293:1859.

²⁰ Austria, 1858, IV. 31—2; Wiener Zeitung, 24. Sept. und Temesvárer Zeitung, Nr. 193. von 1858.

²¹ C. K. 217:1859.

Ungarn aus dem Ständestaat in die moderne Gesellschaftseinrichtung überzuleiten, die durch 1848 angeregten Versprechungen zu verwirklichen: darin bestand jene Reformaufgabe, welche der absolutistischen Regierung oblag. Diese Regierung konnte aber, von ihrer Nationalitätenpolitik, d. h. einem gegen das aufständische Ungartum gerichteten Rachegeist getrieben, diese Aufgabe nur zum Teile und zögernd durchführen. Die wichtigsten Probleme der Landwirtschaft blieben, obwohl viel darüber verhandelt wurde, ungelöst und jene sozialen Strömungen, die sich bereits vor 1848 gemeldet hatten und von der Revolution verstärkt worden waren, traten in immer größerem Umfang und mit immer drohenderer Gestalt in den Vordergrund.

Die ungleichmäßige Verteilung des Grundbesitzes, deren Folge einerseits eine mächtige Großgrundbesitzerschichte, andererseits ein zahlenmäßig starkes Landproletariat war, stellte das größte Problem dar. Die absolutistische Regierung, die sich zumeist aus aristokratischen Großgrundbesitzern und Großunternehmern zusammensetzte und stets nur ihre Nationalitätenpolitik vor Augen hatte, berührte die große Frage nur in leisen Versuchen. Die vereinzelt, hauptsächlich der deutschen und slavischen Bevölkerung zugewandten, an Umfang geringen Ansiedlungen und Unterstützungen brachten den breiten Massen keinerlei Erleichterung. Eine gerechte Kolonisation hätte in der Tat viel geholfen, sie mußte an der Nationalitätenpolitik, an der inneren Struktur und Bürokratie der Regierung ebenso, wie am passiven Widerstand des Ungartums scheitern. Die absolutistische Regierung Österreichs wich einem parlamentarischen Ausgleich, die Agrarprobleme aber blieben nach wie vor ungelöst.

Hans Kósa.

DIE UNGARN UND DER KRIMKRIEG

Einleitung.

Der Konflikt im nahen Osten zwischen Rußland und der Türkei rief große Änderungen in der europäischen Politik hervor. Der russisch-türkische Konflikt, anfänglich eine rein orientalische Frage, wurde zu einem europäischen Krieg gegen Rußland, denn die westeuropäischen Mächte waren nicht gewillt, eine Vorherrschaft Rußlands auf dem Balkan zu dulden. Dieser orientalische Streitfall brachte Österreich schon aus geographischen Gründen in die schwierigste Lage. Der österreichische zentralisierte Absolutismus hatte erst seit wenigen Jahren seine Macht wiedererobert, aber die Wunden, die ihm die Revolution von 1848—1849 geschlagen, waren noch nicht verheilt. Der junge Kaiser Franz Josef schuldete dem russischen Monarchen Nikolaus I. persönlichen Dank für die Verteidigung seines Thrones und nun, da Rußland unter dem Vorwande der Verteidigung der orientalischen Christen mit seinem alten Gegner abrechnen wollte, war vorauszusehen, daß dieser Kampf mit Hilfe Österreichs werde ausgefochten werden.

In der Tat rechnete Kaiser Nikolaus damit, daß Österreich seinen Dank erweisen, seinem Schutzherrn helfen und daß Rußland auf diese Art in kurzer Zeit die Türkei zu Boden werfen und die Länder der slawisch-orthodoxen Völker, die im osmanischen Reiche siedelten, erobern werde. Zu Anfang der orientalischen Krise im Januar 1853 glaubte der Zar noch nicht daran, daß die Westmächte der Türkei Waffenhilfe leisten würden, im Gegenteil, daß er binnen kurzem das Reich des hilflosen „kranken Mannes am Ufer des Bosphorus“ erobern und zerstückeln werde.

Österreich stand am Scheidewege. Kaiser Franz Josef wollte seinen Verpflichtungen nachkommen und entweder direkte Hilfe leisten oder freundliche Neutralität bewahren. Er sowohl, wie auch die Wiener Regie-

rung hatten keineswegs die Absicht, einen russischen Eroberungsfeldzug zu verhindern, sondern sie begrüßten einen Kampf Rußlands gegen die Türkei, da diese ja in steter freundschaftlicher Verbindung zu den Emigrierten stand und auf diese Art die Grenzen der Monarchie ständig bedrohte. Auch die Lage der ehemaligen Heiligen Allianz riet der Wiener Regierung, sich entweder mit Waffenhilfe an die Seite Rußlands zu stellen oder ihm wohlwollende Neutralität zu bezeigen.

Die politische Lage im Frühjahr 1853 ließ es im gemeinsamen Interesse der beiden Reiche rätlich erscheinen, die Türkei zu schwächen, die Balkanchristen zu erlösen und sich von der unangenehmen Nachbarschaft der Türkei zu befreien. Auch lag es im besonderen österreichischen Interesse, die enge Verbindung mit Kaiser Nikolaus zu erhalten, da das despotische Rußland der sicherste Verbündete der absolutistischen Monarchie gegen die „verbrecherischen Pläne“ der ungarischen Umsturzparteien sein möchte. Ein Sturz dieses Rußlands hätte den Zusammenbruch des Gedankens der Legitimität bedeutet, auf dem die Macht des Hauses Habsburg ruhte. Eine Schwächung Rußlands hätte Österreich des sichersten Verbündeten gegen die Umsturzpartei beraubt, ein feindliches Rußland im Falle des Anschlusses Österreichs an die Türkei hingegen wäre zur größten Gefahr geworden, da Österreich dann völlig isoliert gegen die Umtriebe der Revolutionspartei zu kämpfen hätte.

Die Beziehungen zwischen Österreich und der Hohen Pforte waren in den ersten Monaten des Jahres sehr kühl. Nicht nur der frei gestattete Aufenthalt der ungarischen politischen Flüchtlinge in der Türkei, sondern auch der montenegrinische Zwischenfall, in welchem Österreich an der Seite Montenegros stand und dem siegreichen türkischen Heer Halt gebot, hatten diese Beziehungen getrübt. Die Demütigung des osmanischen Heeres erbitterte den türkischen Feldherrn, Omer Pascha, welcher von diesem Zeitpunkte an Unterhandlungen mit den ungarischen Emigranten begann. Die Unterdrückung der schwachen Türkei an der Seite Rußlands schien sehr verlockend, da als Gewinn eines solchen Krieges die vertiefte Freundschaft Rußlands und die Besitznahme zweier türkischer christlicher Provinzen, Bosniens und der Herzegowina, winkte.

Andere Erwägungen jedoch sprachen gegen ein russisches Bündnis. Die Ausbreitung der Russen an der unteren Donau und auf dem Balkan gefährdete Österreichs Interessen, da ein großer slawischer Volksraum die slawischen Bewohner der Monarchie an sich ziehen und auf diese Art Österreich der Willkür Rußlands ausliefern konnte. Auch mußte die

Eroberung der Donaumündung Österreichs Einfluß auf dem Balkan und seinen Handelsverkehr mit dem Nahen Osten stark behindern. Den dritten Gesichtspunkt, den die österreichische Regierung bezüglich der orientalischen Krise zu bedenken hatte, bildeten die aufwieglerischen Umtriebe der europäischen Umsturzparteien, welche die Einheit und Existenz der Habsburgermonarchie mit dem Zerfall bedrohten.

In der Tat waren im Jahre 1853, zur Zeit der russisch-türkischen Verhandlungen, Ordnung und Ruhe des Kaiserstaates, welche in den Jahren 1848—1849 zerstört worden, noch nicht wiederhergestellt, und die Völker der vielsprachigen „Gesamtmonarchie“ bildeten nur ein unsicheres, schwaches Staatsgefüge. Trotz der großen Armee und der geschickten Polizeiorganisation hielten die unzufriedenen Völker die höchsten Leiter des Staates in ständiger Unruhe. Seine innere Lage hing von der allgemeinen europäischen Konstellation ab, da zahlreiche Völker der Monarchie ihre Befreiung von einem neuen Kriege erwarteten und die Verbannten der Freiheitsjahre die Änderung des Loses ihrer Völker mit Hilfe dieses zu erwartenden Krieges verwirklichen wollten.

Nach der Waffenstreckung von Világos bildeten weder die Ungarn, noch die Italiener ein zuverlässiges „gutgesinntes“ Volk. Die Wiener Regierung mußte stets befürchten, daß Österreich bei einer Erschütterung seiner außenpolitischen Stellung die alten Verbündeten verlieren und neue Feinde finden müsse, daß dann in seiner innerpolitischen Lage große, durchgreifende Änderungen bevorstünden. Die Außenpolitiker Österreichs sahen sich außerstande, einen geraden Weg zu gehen, denn ihre Entschlüsse waren stets beeinflußt und abhängig von den zerrütteten innerpolitischen Verhältnissen.

Demgegenüber konnten die Regierungen der anderen Großmächte mit einem einheitlich gesinnten Volk in aller Entschiedenheit handeln, während die österreichische Regierung immer wieder darauf achten mußte, nicht durch außenpolitische Verwirrungen irgend einen inneren Aufstand der unterdrückten Nationen zu entfachen. Die Türkei und die beiden Westmächte, welche an der orientalischen Krise interessiert waren, wußten sehr wohl von diesen innerpolitischen Schwierigkeiten der Monarchie und ebenso, daß eine Intervention Österreichs, welche aus der alten russischen Freundschaft erwartet wurde, nur mit Hilfe dieses wichtigen Punktes verhindert werden konnte.

In der Tat war Österreich, welches im Frühjahr 1853 sich an der Seite Rußlands in den Krieg einmengen wollte, infolge der zunehmenden

revolutionären Gefahr und vor allem der aufrührerischen Pläne der ungarischen Emigration genötigt, auf jede Intervention zu verzichten und bei der Trübung der Beziehungen mit Rußland unter dem Einflusse der Westmächte gegen die eigenmächtigen Forderungen seines nördlichen Nachbarn aufzutreten. Die allmähliche Entwicklung der russenfeindlichen Politik Österreichs, welche in engstem Zusammenhang mit den Machinationen der Umsturzpartei stand, ist deutlich zu beobachten. Je mehr die Verbindungen der ungarischen Emigration mit der französischen und türkischen Regierung sich verdichteten und die neuen Verschwörungen in Ungarn und in den Kreisen der Flüchtlinge aufgedeckt wurden, desto mehr näherte sich die österreichische Außenpolitik jenen Mächten, die mit der revolutionären Partei in Verbindung standen, weil ihr gegenüber einer allgemeinen Revolution nur eine Hoffnung blieb: an der Seite der Westmächte zu stehen und mit deren Hilfe die Macht der Rebellen zu vernichten. Die österreichische Regierung wußte sehr wohl, daß ihre Neutralität für die Westmächte viel wichtiger war, als ein allgemeiner europäischer Krieg. Und als sie zur Erkenntnis kam, daß Frankreich und die Türkei der Umsturzpartei Hilfe leisten würden, wenn ein allgemeiner Krieg ausbräche und daß Rußlands Armeen Österreich gegen diese Strömungen niemals verteidigen könnten, suchte sie umso stärker die Freundschaft mit den Westmächten und der Türkei, da ein offener Anschluß an Rußland eine tatsächliche Kriegserklärung gegen die „unsichtbaren Mächte der Revolution“ bedeutet hätte.

Der orientalische Konflikt, später Krimkrieg genannt, hinterließ anscheinend keine merklichen Spuren in der Geschichte der Monarchie und Europas. Der status quo ante bellum blieb gewahrt, die Türkei behielt beinahe ihre volle Integrität, einzig die zwei walachischen Fürstentümer wurden unabhängig. Ebenso blieben die Grenzen der europäischen Staaten, wie auch das innerpolitische System Österreichs unverändert. Tatsächlich aber ging von diesem Kriege der Zerfall des Großmachtcharakters der Monarchie aus und führte dazu, daß sie im folgenden Kriege weder Verbündete, noch Hilfe fand. Von hier datiert die große russisch-österreichische Feindschaft, welche in entscheidendem Maße das Zusammenwirken der absolutistischen Staaten störte und die österreichische Politik zur Suche nach neuen Freunden zwang. Österreich stand in den fünfziger und sechziger Jahren ohne zuverlässige Verbündete da, was den Verlust der Lombardei und Venedigs im Gefolge hatte. Auch die Politik Rußlands wurde von Rachegefühlen gegen Österreich geleitet. Dessen russenfeind-

liche Außenpolitik, die es in der orientalischen Krise gezeigt, führte zu jenen Feindseligkeiten, welche letzten Endes den Untergang dieser beiden mächtigen konservativen Staaten verursachten.

Im Folgenden sei untersucht, welchen Einfluß die Tätigkeit der ungarischen Verbannten in Westeuropa und in der Türkei, sowie die Verschwörungen in den österreichischen Gebieten auf die Außenpolitik Österreichs ausübten. Es kann nachgewiesen werden, daß ebenso die Neutralität, wie später die bewaffnete russenfeindliche Neutralität der Monarchie in der Hauptsache diesen revolutionären Umtrieben der ungarischen Malkontenten zuzuschreiben ist.

Zu Beginn des Jahres 1853 stand Österreich fest an der Seite Rußlands, nicht nur aus Dankesgefühlen, sondern auch aus einem geistigen und materiellen Bündnis heraus, das diese beiden absolutistischen Mächte aneinander band. Österreich hatte 1853 nur einen wahren Verbündeten, Rußland, dessen Macht und Heer eine sichere Garantie gegen alle „verbrecherischen“ Angriffe der ungarischen Rebellen bot.

Die Verbindungen Österreichs zu den Westmächten und zu Preußen waren damals nicht sehr freundlicher Natur. In Wien wußte man sehr gut, daß England gegen eine ungarische oder italienische Revolution keinerlei Hilfe leisten werde, und ebenso, daß die liberale englische „publicity“, welche einen großen Druck auf die englische Außenpolitik ausübte, den ungarischen und italienischen revolutionären Bewegungen mit voller Sympathie gegenüberstand, daß das konservative Aberdeen-Kabinet die revolutionären Vorbereitungen auf englischem Boden duldete. Eine Unterstützung der Umsturzpartei durch England mußte im Falle eines Krieges einen großen Gefahrenherd für Österreich bedeuten.

Die Pläne des zweiten Kaiserreiches waren zu Anfang 1853 noch unbekannt. Man konnte nicht wissen, ob der „Mann des zweiten Dezember“ seine Freundschaft mit den Revolutionären aufgeben oder ob hinter der scheinbaren Ruhe Frankreichs neue revolutionäre Pläne gegen die absolutistischen Mächte Europas vorbereitet würden. Die Wiener Regierung wußte, daß Louis Napoleon seine Verbindungen mit den europäischen Umsturzpartei nach außen hin wohl zerrissen habe, aber als alter Carbonaro nicht zögern werde, wenn nötig, diese Verbindungen von Neuem aufzunehmen. Es war weiter in Wien bekannt, daß der Kaiser der Franzosen gute Beziehungen zu Kreisen der Umsturzpartei unterhielt; es war also damit zu rechnen, daß er diese Beziehungen nicht unbenutzt lassen werde.

Im Interesse der westlichen Großmächte und der Türkei lag es, daß Österreich seine Neutralität beibehielt oder, wenn möglich, an ihrer Seite in einen Krieg gegen Rußland eintrat. Jene Staaten, welche gegen Rußland standen, wollten um jeden Preis vermeiden, daß Österreich sich in diesen Krieg menge, ihr Ziel ging dahin, es seinem alten Verbündeten zu entfremden, hätte doch die vereinigte Stärke der zwei osteuropäischen Großmächte ihren vollständigen Sieg im Falle eines Krieges wahrscheinlich vereitelt.

Von dem Augenblicke an, als die französische Regierung beschlossen hatte, weder die Vorherrschaft Rußlands auf dem Balkan, noch die Auflösung des osmanischen Reiches zu dulden, drohte die französische Diplomatie der Wiener Regierung mit einer Revolution, sei es in Italien oder in Ungarn. Sie brachte, angeblich über Instruktion durch Kaiser Louis Napoleon, der österreichischen Regierung zur Kenntnis, daß eine revolutionäre Insurrektion nur dann zu erwarten sei, wenn Österreich gegen die Türkei den Krieg erklärte. Die Diplomaten des Kaisers äußerten sich offen und im Geheimen, daß Frankreich im Falle eines orientalischen Krieges, an dem sich auch Österreich beteilige, „die Hölle Europas“ gegen die Monarchie hetzen werde. Diese Furcht vor einer Revolution in Ungarn war der eigentliche Grund für die Kursänderung der österreichischen Außenpolitik. Die Wiener Regierung erfuhr immer mehr von den Plänen und Bewegungen der Emigranten und schloß sich in der Erkenntnis der inneren Schwäche der Monarchie den Westmächten an, da nur so die Sicherheit geboten war, von Seite der revolutionären Partei feste Verbündete zu haben. Österreich mußte als Alliiertes der Westmächte die Umsturzpartei nicht mehr fürchten, gegen die ein russisches Bündnis im Kriegsfall keinen Schutz bedeutet hätte. Im Dezember 1853, nach dem Blutbad von Sinope, als die Westmächte den Krieg im Orient beschlossen, stand also Österreich an der Seite Englands und Frankreichs und forderte in einer gemeinsamen Note die Entfernung der russischen Truppen aus den Donaufürstentümern. 1854 änderte es unter dem Einfluß Napoleons und seines Außenministers Drouyn de Lhouys, welche der Wiener Regierung mit den ungarischen Emigranten drohten, seine Außenpolitik noch weiter, trat an die Seite der Westmächte und schloß mit ihnen und mit Preußen einen Viermächtepakt gegenüber den Ansprüchen Rußlands. Auch die Nachrichten aus der Türkei bewiesen klar, daß die Pforte im äußersten Falle, also bei einer Kriegserklärung Österreichs, die ungarischen und polnischen Emigranten an die Grenze der Monarchie geworfen und einen

Aufstand der unzufriedenen magyarischen und südslawischen Völker hervorgerufen hätte. Infolge aller dieser gefährlichen revolutionären Strömungen mußte Österreich im Laufe des Jahres 1854 jeden russischen Bündnisplan zurückweisen und sich unter französischem Drucke dem Bund der westeuropäischen Mächte nähern. Diese Kursänderung der österreichischen Außenpolitik erfolgte so rasch, daß man in den politischen Kreisen Europas damit rechnete, die Monarchie werde im Frühling oder Sommer 1854 intervenieren müssen, aber nicht an der Seite Rußlands, sondern gegen dieses.

Selbstverständlich erfolgten die Verhandlungen der französischen und türkischen Regierung mit den Führern der Umsturzpartei nur zu dem Zwecke, um Österreich weiterhin neutral zu sehen. Die beiden Regierungen wollten die Habsburgermonarchie in Schach halten und wußten, daß hierfür die ungarische Emigration das beste Mittel sei. Die Absicht der alliierten Mächte war vor allem eine Drohung gegen Österreich und nur dann ein Bündnis mit den Revolutionären, wenn Österreich gegen sie die Waffen erhob. Die ungarische Emigration bildete also nur das Instrument, mit dem die Verbündeten eine Intervention Österreichs verteilten. Sie war der Trumpf im Spiele der großen Diplomatie, man spielte mit ihr, und warf sie beiseite, wenn sie unnütz war.

Als die Westmächte im März 1854 den Krieg gegen Rußland erklärten, waren sie gewiß, daß Österreich nicht intervenieren werde, und wußten wohl, daß die sicherste Garantie dieser Neutralität in der ungarischen Emigration lag, welche auf diese Art zur ständigen Waffe in den Händen der Alliierten wurde. Die Westmächte und die Türkei erreichten ihr Ziel. Österreich blieb neutral und der einzige Leidtragende des großen diplomatischen Spieles war die ungarische Emigration, welche nur eine negative Rolle zu leisten hatte: den Verbündeten ihre Handlungsfreiheit zu sichern.

Im Weiteren wollen wir die unter dem Einfluß der ungarischen revolutionären Bewegung erfolgenden Änderungen in der österreichischen Außenpolitik untersuchen. Unsere Aufgabe ist eine doppelte: vorerst den Einfluß des ungarischen Problems auf die außenpolitischen Verhältnisse Österreichs festzustellen und die Mittel, mit denen die Diplomatie der kriegführenden Mächte Österreich von Rußlands Seite abdrängte. Sodann: die Bewegungen der ungarischen Emigranten in Westeuropa, in der Türkei und im Gebiet der Monarchie darzulegen, welche der Wiener Regierung die Gefährlichkeit der Umsturzpartei nur zu deutlich bewiesen. Aus den

diplomatischen Verhandlungen, den politischen, wie militärischen Verfügungen der Wiener Regierung mag die Wichtigkeit der revolutionären Bewegung erhellen. Auch sei daneben die revolutionäre und propagandistische Tätigkeit Kossuths und der anderen Emigranten entwickelt, aus der die Pläne und Hoffnungen der Ungarn während des Krimkrieges sich deutlich nachweisen lassen.¹

I.

Die Bedrohungspolitik der Westmächte und der Türkei und die Kursänderung der österreichischen Außenpolitik.

Zu Beginn der Orientkrise war das Verhältnis zwischen der Pforte und der Wiener Regierung sehr kühl. Die türkische Regierung rechnete mit einem Beitritt Österreichs an der Seite Rußlands im Falle eines Krieges.¹ Tatsächlich zeigte sich die Wiener Kriegspartei während der Verhandlungen des russischen Bevollmächtigten Fürsten Menschikoff in Konstantinopel sehr stark und um den Preis von zwei oder drei türkischen Provinzen zu einem Eroberungskrieg gegen die Türkei bereit. Im Frühling des Jahres 1853 zeigte die Monarchie bedrohliche Absichten gegen die Türkei, und die deutlich geringe Vermittlungstätigkeit zwischen Rußland und der Türkei beweist, daß Österreich nicht gegen den Krieg war. In der Tat ließ noch im Monat März FZM. Frh. v. Heß von seinem Adlatus Gen. Mj. Baron Nagy einen Plan ausarbeiten, der die Eroberung Bosniens und der Herzegowina zum Endziel hatte.² Ebenso war durch

¹ Die wichtigsten Arbeiten, welche die europäische Bedeutung der Orientkrise und des Krimkrieges beleuchten und die Rolle Österreichs, sowie einigermaßen auch der Ungarn klarlegen, sind: Memoiren des Baron Bruck aus der Zeit des Krimkrieges. 1877. — Franz Eckhart: Die Orientkrise. 1933. — Heinrich Friedjung: Der Krimkrieg und die österreichische Politik. 1912. — Comte de Hübner: Neuf ans de souvenirs d'un ambassadeur d'Autriche à Paris sous le second empire, 1851—1859. 1904. — Kinglake W.: The war of Crimea. 1862. — Miller W.: Turkey and his successors 1800—1927. 1928. — Temperley Harald: The Crimea. 1937. — Thouvenel L.: Nicolas I. et Napoleon III. 1891. — Vitztum von Eckstädt: St. Petersburg und London in den Jahren 1852—1864. 1878.

¹ Vitztum v. Eckstädt: St. Petersburg und London in den Jahren 1852—64. Bd. I. S. 190. Comte de Hübner: Neuf ans de souvenirs d'un ambassadeur d'Autriche sous le second empire 1851—1859. Bd. I. S. 190.

² GM. Baron Ladislaus Nagy: Operationsplan gegen Bosnien im Hinblick auf die jüngst bestandenen Verhältnisse, mit angemessenen Modifikationen aber auch auf

Baron Nagy ein zweiter Aufmarschplan entworfen, der die österreichische Armee in der Kleinen Walachei an Seite des russischen Heeres sah.³ Die Wiener Regierung vermittelte wohl zwischen den beiden Staaten, bereitete aber in Wirklichkeit einen Krieg gegen die Türkei vor, entsprechend dem Verlangen der führenden politischen Kreise der Monarchie nach Abrechnung mit dem unangenehmen Nachbar Türkei. Während zu Beginn des Jahres diese Kriegspartei noch die Oberhand hatte, blieb Österreich im Herbst, als die Kriegsoperationen zwischen den beiden Staaten an der unteren Donau begannen, neutral, wies die Bündnispläne des Zaren zurück und forderte im Monat Dezember in einer gemeinsamen Note mit den europäischen Mächten die Räumung der Donaufürstentümer, was einen klaren feindlichen Schritt gegen Rußland bedeutete.

Die geschickte Politik der Pforte und Frankreichs hatte diese gewaltige Änderung erreicht. Die türkische Regierung rüstete schon im Januar gegen einen Einfall der österreichischen Truppen und begann gleichzeitig Verhandlungen mit den ungarischen Emigranten, um in diesen einen sicheren Verbündeten gegen einen österreichischen Angriff zu gewinnen. Für die türkische Regierung, welche zu Beginn des russischen Konfliktes noch nicht gewiß war, ob die westeuropäischen Mächte ihr Hilfe leisten und die Integrität des ottomanischen Reiches verteidigen würden, war dieses Bündnis mit der europäischen Umsturzpartei von eminenter Wichtigkeit. Bei den ersten Anzeichen der Orientkriege strömten die ungarischen politischen Flüchtlinge in Massen nach der Türkei und trugen der Pforte ihre Dienste an.⁴ Die türkische Regierung nahm mit Freuden diese Emigranten auf, da sie schon während der Verhandlungen mit Menschikoff einen Krieg um Sein oder Nicht-Sein erwartete, der nicht nur gegen Rußland, sondern ebenso gegen Österreich zu führen sei.

Die österreichische Regierung erkannte nur zu wohl die Gefährlichkeit der in der Türkei arbeitenden politischen Flüchtlinge und nötigte die bedrohte Pforte zu einem Vertrage, in welchem die Türkei das Zugeständnis machen mußte, die ungarischen Flüchtlinge aus den an Österreich grenzenden Provinzen des nördlichen Balkan zu entfernen, was eine Revolutionierung Ungars verhindern sollte.⁵ Diesen Vertrag, welchen im

künftig noch mögliche Eventualitäten anwendbar. Kriegsarchiv. F. A. Croatisch-banatisches Armeekorps 1853—3—160.

³ GM. Baron Ladislaus Nagy: Anhaltspunkte für mögliche Interventionen an der unteren Donau. Kriegsarchiv. Croatisch-banatisches Armeekorps. 1853—5—15.

⁴ Siehe IV. und V. Kapitel.

⁵ Buol—Mehemed Ali Pascha am 22. Januar 1853. Staatsarchiv, Wien. Politisches

Auftrage Franz Josefs FML. Leiningen im Februar 1853 schloß, hielt die türkische Regierung nicht ein. Denn die Pforte und der Generalissimus des türkischen Heeres Omer Pascha kannten sehr wohl die österreichischen Absichten, sie empfangen in Konstantinopel und im Hauptquartier des türkischen Heeres die ungarischen Emigranten, denen man versprach, eine ungarische Fremdenlegion unter ungarischem Kommando zu bilden, welche im Kriegsfall in das Gebiet der Monarchie einfallen und das ungarische Volk zum Aufstand veranlassen sollte.⁶ Die türkischen Staatsmänner waren mit den inneren Schwierigkeiten der Monarchie wohl vertraut und als letztes und bestes Mittel gegen einen österreichischen Angriff erschien es ihnen, die Emigrantenfrage in den Vordergrund zu stellen. Auch rechneten sie damit, daß Österreich die Gefährlichkeit des Krieges einsehen und von seinen Angriffsplänen abstehen werde. Aus diesem Grunde nahm die Pforte im Laufe des Jahres 1853 zahlreiche politische — meistens ungarische und polnische — Flüchtlinge in ihren Dienst und behielt diese trotz den Protesten der österreichischen Regierung in ihrer Armee, bis die österreichische Nichteinmischung gesichert war.

Die Türken schätzten den Wert der politischen Flüchtlinge gegenüber den österreichischen imperialistischen Forderungen richtig ein. Ein türkischer Minister, Namik Pascha, erklärte ganz offen im Monat März dem österreichischen Geschäftsträger Frh. v. Klezl, daß Österreich niemals die Türkei angreifen könne, da es sehr gut wisse, daß es nur von der Türkei abhängе, ob in Italien und Ungarn eine Revolution ausbreche und solcherart Österreich vor unlösbare Aufgaben gestellt werde.⁷ Selbstverständlich lag es nicht in der Absicht der vorsichtigen Außenpolitik der Türkei, wegen der ungarischen Flüchtlinge einen offenen Bruch mit Österreich und einen casus belli zu schaffen. Sie wünschte ein gutes und friedliches diplomatisches Verhältnis zu Österreich und erklärte wiederholt dem österreichischen Geschäftsträger und später dem Internuntius, daß die Pforte die Emigranten nicht in ihren Dienst nehmen wolle. Diese Versprechungen des türkischen Außenministers blieben freilich unerfüllt, denn die Pforte und der Generalissimus verhandelten ja, wie schon

Archiv. (P. A.) und Mehemed Ali Pascha — Buol, Konstantinopel, 14. Februar. Staatsarchiv. P. A.

⁶ Kempen—Grünne am 6. Nov. Staatsarchiv. Gendarmerie-Departement (G. D.) 1039—1853.

⁷ Geschäftsträger Frh. v. Klezl—Buol, Konstantinopel, 3. März 1853. Staatsarchiv. P. A.

erwähnt, mit den ungarischen Flüchtlingen und gestatteten ihnen, entgegen dem Leiningenschen Vertrag, in die Nachbargebiete Österreichs zu reisen und das unzufriedene ungarische Volk zu revolutionieren.

Der Geschäftsträger Frh. v. Klezl und der Internuntius Frh. v. Bruck protestierten immer wieder gegen die Verwendung der Ungarn; der türkische Außenminister sicherte mit orientalischer Höflichkeit deren Entfernung zu, die Flüchtlinge verblieben jedoch im Stabe Omer Paschas an den Grenzen der Monarchie im türkischen Feldheer. Zum ersten Male forderte am 18. Mai im Auftrage seines Außenministers der Geschäftsträger die Entfernung der Emigranten und legte dar, daß für ein friedliches Verhalten der Monarchie die große Anzahl von Emigranten im türkischen Heere das stärkste Hindernis bilde.⁸ Der türkische Minister für auswärtige Angelegenheiten, Reschid Pascha, versprach zwar die Erfüllung der Wünsche der Monarchie, trotzdem stieg die Zahl der Flüchtlinge im Sommer von Tag zu Tag; der Erfolg der österreichischen Proteste blieb darauf beschränkt, daß die Pforte keine ungarische Legion aufstellte und auch keinen ungarischen Kommandanten in der europäischen Armee ernannte, für welche Stelle General Kmety oder General Klapka ausersehen gewesen waren. Der Seraskier (Kriegsminister) und Omer Pascha hatten im Laufe des Jahres 1853 den ungarischen Emigranten neuen Mut eingeflößt mit der Zusicherung der Bildung einer solchen Legion,⁹ aber zu Ende Dezember, als Österreich endgültig auf jede Intervention verzichtete, entließ die Pforte den größten Teil der Ungarn aus dem Heere, welches an der unteren Donau stand, und vernichtete mit diesem Schritt die stärkste Hoffnung auf eine Befreiung Ungarns.¹⁰ Das Ziel, das die Türkei mit den politischen Flüchtlingen verfolgte, war ein doppeltes. Erstens wollte sie durch eine ständige Insurrektionsgefahr die Wiener Regierung bedrohen und mit Hilfe der Ungarn in Schach halten, sodann, wenn es zum österreichischen Angriff käme, mit ihrer Hilfe die Schlagkraft der österreichischen Armee schwächen. Die geschickte und schlaue Pforte erreichte mit Unterstützung durch die französische Außenpolitik ihr Ziel: Österreich blieb neutral und diese Neutralität rettete die Existenz des ottomanischen Reiches.

Die Mittel der französischen Regierung waren dieselben, wie jene

⁸ Klezl—Buol. Konstantinopel, 18. Mai 1853. Staatsarchiv. P. A.

⁹ General Georg Klapka—Michael Horváth. Konstantinopel, 27. Dez. 1853. (Ungar. Nationalmuseum, Széchenyi-Bibliothek. Oct. Hung. 441.)

¹⁰ Frh. v. Bruck—Buol. Konstantinopel, 22. Dez. 1853. Staatsarchiv. P. A.

der Türkei. Die Beauftragten Napoleons verhandelten schon zu Beginn der Orientkrise mit den ungarischen Emigranten und ermutigten sie durch die Zusicherung, im Falle eines europäischen Krieges ein französisch-ungarisches Bündnis zu schließen, mit dessen Hilfe die Unabhängigkeit Ungarns wiederherzustellen sei.¹¹ Louis Napoleon rechnete schon im Februar mit der Weiterung der Orientkrise zu einem allgemeinen europäischen Kriege und hielt daher ein Bündnis mit den Ungarn für sehr günstig. Selbstverständlich schien dieses ungarische Bündnis nur dann möglich, wenn Österreich sich in den Orientkrieg einmengte, da ja das junge Kaiserreich noch nicht genügend stark war, um einem Offensivkrieg gegen Österreich führen zu können. Napoleon ersand eine Abrechnung mit Österreich verfrüht und die halbamtlichen Verhandlungen mit den ungarischen und mit anderen Emigranten zielten nur darauf hin, die Wiener Regierung zum Verzicht auf eine Intervention zu bewegen. Diese Verhandlungen, welche zwischen den Beauftragten Napoleons und Kossuths liefen, waren der Wiener Regierung von Anfang an bekannt und eben die Pariser Regierung sorgte dafür, daß sie in Wien bekannt wurden. Das Wiener Außenministerium war nicht nur durch Spione und Polizeiberichte von diesen Bündnisplänen unterrichtet, sondern der Pariser Polizeichef selbst, Maupas, verriet sie dem österreichischen Botschafter, der sie selbstverständlich an seinen Minister weiterleitete.¹² Die Pläne der Regierung Napoleons gingen darauf aus, daß Österreich neutral bleibe oder sich an die Seite Frankreichs stelle, aus Furcht vor jenen revolutionären Mächten, die mit der französischen Regierung in Verbindung standen. Die französische Politik erreichte also, ebenso wie die türkische, ihr Ziel. Der Einfluß der französischen diplomatischen Schachzüge äußerte sich in der österreichischen Ministerkonferenz vom 9. Oktober, die sich mit der Verminderung der Armeestärke beschäftigte. Die ersten Worte in der Konferenz sprach der Kaiser selbst. Er erklärte, „daß der Konflikt zwischen Rußland und der Türkei an und für sich nicht als besonders gefährlich für die Ruhe Europas anzusehen sei, wohl aber könne Österreich durch das Benehmen der westlichen Mächte aus diesem Anlaß in die Zwangslage versetzt werden, aus seiner Neutralität heraustreten zu müssen. Der Kampf würde aber dann ein umso ernsterer sein, wenn unser Gegner die Revolution als Bundesgenossen heraufbeschwören

¹¹ Hübner—Buol. Paris, 23. Febr. Staatsarchiv, Haute Police. (H. P.)

¹² Ebenda.

wollte".¹³ Diese Erklärung zeigt, daß die österreichische Regierung in Kenntnis des möglichen französisch-revolutionären Bündnisses war: diese Kenntnis hinderte sie an jedem freien Handeln. Auch zeigten die Erklärungen des französischen Außenministers Drouyn de Lhouys gegenüber dem österreichischen Botschafter Baron Hübner klar, daß die französische Regierung im Kriegsfall ein Bündnis mit den ungarischen und italienischen Emigranten schließen werde. Im Herbst 1853, als die Kriegooperationen an der unteren Donau schon begonnen hatten, forderte Frankreich nicht nur die Neutralität, sondern auch ein gegen Rußland gerichtetes Auftreten der Monarchie.

Der französische Außenminister erklärte am 3. Oktober Baron Hübner gegenüber, daß nach seiner Meinung Rußland umso gefährlicher für Österreich sei, als es ja im Interesse der Westmächte und ebenso Österreichs liege, daß jenes den Krieg verliere: ein siegreiches Rußland würde Österreich zum Vasallenstaat machen. Drouyn äußerte sich ganz offen, daß ein Österreich an der Seite Rußlands der Revolution zum Opfer fiele und daß dadurch die Monarchie endgültig aus dem europäischen Staatenbild verschwände. Er verstehe, warum die Monarchie zu Rußland neige, da sie ja von ihm den Schutz gegen die Umsturzpartei erwarte. Österreich könne aber, wie er glaube, umso leichter die vulkanischen Ausbrüche in Ungarn, Italien und Galizien vermeiden, wenn es neutral bleibe oder am Krieg „vernünftig“ teilnehme.¹⁴ Im darauf folgenden Bericht meldete Hübner seinem Minister, daß das Ziel des französischen Kabinetts nicht nur die Verhinderung einer Intervention Österreichs sei, sondern ein Bündnis zwischen den Westmächten und Österreich gegen Rußland. Wenn Österreich, so meldete Hübner, diesen Plan zurückweise, werde es gegen sich den Krieg zu erwarten haben. Den Kriegsschauplatz werde in diesem Falle Italien bilden und die französischen Truppenbewegungen, welche nach der Provence stattfänden, zeigten ganz klar, daß Frankreich nicht zögern werde, die Macht der Umsturzpartei auszunützen und die Völker der Monarchie mit Hilfe der Emigranten zu revolutionieren. Hübner berichtete weiter, daß die Emigranten Freischaren organisieren und mit voller Stoßkraft Ungarn und Italien erheben wollten. In dieser Sache hatte auch einer der wichtigsten kaiserlichen Minister, Graf Persigny, verhandelt und „a eu l'imprudence de tenir dernièrement des propos qui ne

¹³ Minister-Conferenz-Protocoll. K. Z. 3908. M. C. Z. 3430. Staatsarchiv.

¹⁴ Hübner—Buol. Paris, 3. Okt. 1853. Staatsarchiv. P. A.

laissent aucun doute, si le doute avait été possible sur la marche que les Cabinets de Paris et de Londres n'auront pas de scrupule de suivre dans l'éventualité d'une guerre avec l'Autriche." Hübner meldete weiter, daß die Friedensaussichten sehr gering seien und Österreich, wenn es sich nicht den Westmächten anschließe, allein gegen die verbündeten europäischen Mächte kämpfen müsse. Er forderte aus dieser Kriegsdrohung heraus eine Intervention Österreichs an der Seite der Türkei.¹⁵

Dies war das erste Ziel der französischen Politik: die Entfremdung Österreich von Rußland. Das zweite: eine gemeinsame Note aller europäischen Großmächte mit der Aufforderung zur Räumung der Donaufürstentümer und dem Angebot von Friedensverhandlungen an die beiden kämpfenden Staaten. Das erste Ziel war im Herbst 1853 mit dieser Acherontamovebo-Politik bereits erreicht, das zweite sollte mit denselben Mitteln verwirklicht werden. Am 20. November erklärte der französische Außenminister neuerdings dem Botschafter Hübner, daß Österreich geradezu Schuld am Kriege trage, wenn es nicht gemeinsam mit den drei anderen europäischen Mächten einen diplomatischen Schritt gegen Rußland unternahme. Er drohte Österreich mit dem Gespenst der Revolution und forderte gemeinsames Auftreten, um einen allgemeinen Krieg zu verhüten.¹⁶

Tatsächlich änderten dieser letzte Bericht und die aus der Türkei eintreffenden Nachrichten die Absichten Buols. In seinen Weisungen, die er am 29. November Hübner erteilt, stimmt er zu, daß die Ziele Frankreichs und Österreichs dieselben seien. Hübner habe also der französischen Regierung zu erklären: die Forderungen der zwei Staaten seien gemeinsam, sie wollten allgemeine Ruhe und allgemeinen Frieden. Wenn aber die Verhandlungen zwischen Rußland und der Türkei zu keinem Erfolge führten, dann sei vielleicht ein allgemeiner Krieg zu befürchten, der nicht nur die Interessen Österreichs, sondern auch jene Frankreichs bedrohe. Österreich fürchte Rußland nicht — schrieb Buol weiter —, denn es vertraue dem Zaren; aber wenn Rußland Länder des Balkans erobern wolle, dann werde Österreich auf Seite der Westmächte stehen. Was Kaiser Franz Josef vor allem wünsche, sei die Abrechnung mit der Umsturzpartei. Diese Frage sei aber keine rein österreichische, sondern von allgemeiner Wichtigkeit, für Frankreich ebenso, wie für Österreich.¹⁷ Einige Tage später sandte Buol jene Note an Rußland, in der er gegen

¹⁵ Hübner—Buol. Paris, 3. Okt. 1853. Staatsarchiv. P. A.

¹⁶ Hübner—Buol. Paris, 20. Nov. 1853. Staatsarchiv. P. A.

¹⁷ Buol—Hübner. Wien, 29. Nov. 1853. Staatsarchiv. P. A.

die Besetzung der walachischen Fürstentümer protestierte, welche unter der Souveränität der Pforte standen.¹⁸

Was man wollte, war erreicht: Österreich hatte den ersten Schritt an die Seite der Westmächte getan, in erster Linie dazu veranlaßt durch die Umtriebe der Umsturzpartei. Diese geht auch klar aus Franz Josefs Worten hervor, dessen Ansicht Buol mit den Worten wiedergab: „Jamais l'Empereur ne croira à la possibilité qu'un Prince qui s'est fait un nom impérissable dans l'histoire par l'énergie et le succès avec lesquels il a combattu ces mêmes éléments révolutionnaires, put consentir à s'en faire une arme dans un but quelconque. L'empereur Louis Napoléon ne pensera sérieusement à une alliance, qui terminerait sa gloire, à une alliance avec des hommes qui lui font l'honneur de le détester comme leur ennemi mortel et qui ne s'associeraient à lui que pour travailler à sa perte.“¹⁹

Zweifellos hat auch neben dem türkischen und französischen Einfluß die englische Politik einen großen Druck auf die Außenpolitik Österreichs ausgeübt. Das Aberdeen-Kabinet verhandelte, ebenso wie die türkische und französische Regierung, nie direkt mit den Emigranten, duldet jedoch, daß die Führer der europäischen Umsturzpartei, Kossuth und Mazzini, ihre Tätigkeit auf englischem Boden fortsetzten, und wies die Proteste des österreichischen Botschafters Grafen Colloredo zurück, welche wegen des Mailänder Aufstandes und anderer revolutionärer Handlungen die Ausweisung der Emigranten forderten.²⁰ Die englische Regierung selbst

¹⁸ Heinr. Friedjung: Der Krimkrieg und die österreichische Politik. 1912. S. 46.

¹⁹ Buol—Hübner. Wien, 29. Nov. 1853. Staatsarchiv. P. A.

²⁰ Die österreichische Regierung wollte den Mailänder Aufstand gegen Kossuth, Mazzini und ihre Parteigänger in England auswerten. Die leitenden Kreise in Wien waren davon überzeugt, daß nicht nur Kossuth, sondern auch die ganze ungarische Emigration an diesem Komplott beteiligt waren. Der österreichische Botschafter in London, Gf. Colloredo protestierte nach dem Times-Artikel bei der englischen Regierung gegen die revolutionäre Tätigkeit der ungarischen Emigranten in England. Er setzte auseinander, daß Kossuth das Asylrecht, welches England ihm gewährte, durch diese revolutionären Vorbereitungen und durch seine aufrührerische Propaganda verletzt habe, und forderte eine strenge Untersuchung gegen ihn. (Colloredo—Buol, London, 10. Febr. Staatsarchiv. P. A.) Die Wiener Regierung sandte im Wege Colloredos eine „lecture“ nach London am 27. Februar, in der sie die Aufmerksamkeit der englischen Regierung auf die revolutionären Umtriebe Kossuths lenkte und die Forderung erhob, das Treiben Kossuths und seiner politischen Freunde endgültig zu unterbinden, da das Tun dieser Männer die Sicherheit Österreichs gefährde. Die englische Antwort war ausweichend. Wie aus dem Antwortschreiben des Ersten Staatssekretärs Lord Clarendon hervorgeht, wollte die britische Regierung mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung die Umsturzpartei nicht völlig entfernen. Clarendon äußerte sich gegenüber Colloredo, daß eine Abrechnung mit den Revolutionären ausgezeichnetes Material für einen Angriff gegen

hielt sich ja gegenüber den politischen Flüchtlingen zurück, Lord Stratford Canning de Redcliffe, der Botschafter in Konstantinopel, begünstigte jedoch die ungarischen Forderungen und nahm die ungarischen Emigranten unter seinen Schutz, die den Orientkrieg für die Verwirklichung ihrer Befreiungspläne ausnützen wollten. Stratford Canning war ein alter Freund der Magyaren, er gewährte schon den ersten ungarischen Emigranten Hilfe gegenüber den Forderungen Österreichs und Rußlands und unterstützte sie auch während des Krieges selbst. Er war in dieser Zeit der vornehmste Ratgeber der Pforte und vermittelte zwischen ihr und den Emigranten. Er haßte Österreich, weshalb er auch die Bildung einer ungarischen Legion sehr begünstigte. Seine scharfen, austrophoben Erklärungen, die nicht immer die Ansichten seiner Regierung wiedergaben, waren in Wien bekannt. In ihnen sprach er klar aus, daß England die Integrität der Türkei bis zum Äußersten verteidigen werde und für dieses Ziel auch einen Krieg mit Österreich auf sich nehme. Der Internuntius Frh. v. Bruck stattete zu Beginn der türkisch-russischen Feindseligkeiten, als die englisch-französische alliierte Flotte über Ersuchen der Pforte in das Marmarameer einlief, Stratford Canning einen Besuch ab, dessen Zweck es war, die englischen Absichten gegenüber Österreich kennen zu lernen. Der Internuntius sprach dem englischen Botschafter gegenüber die Hoffnung aus, daß England und Österreich in dieser Krise einen gemeinsamen Weg gingen. Stratford verständigte Bruck davon, daß ihm allerdings vor wenigen Stunden das diesbezügliche Ansuchen der Pforte zugekommen sei, daß er sich jedoch noch nicht entschieden, wenngleich er keinen Grund finde, die Entsendung der Flotte nach dem Marmarameer abzulehnen. Bruck bemerkte hiezu, das Einlaufen der alliierten Flotte im Marmarameer sei als eine Demonstration aufzufassen, da ja die Russen im Augenblick die türkische Hauptstadt nicht bedrohten. Auch sei in diesem Falle ein Krieg unvermeidlich und alle Verhandlungen zwischen der Pforte und der russischen Regierung zunichte gemacht.

die Regierung gäbe und diese deshalb die Emigranten weiter dulden werde. (Colloredo—Buol. London, 27. Febr. 1853. Staatsarchiv. P. A.)

In der Tat besaßen die Emigranten auch gute Verbindungen zur englischen Opposition. Lord Dudley Stuart, Mitglied des Unterhauses, ein treuer Freund der ungarischen Sache, interpellierte am 2. März wegen der österreichischen, gegen die Emigranten gerichteten Proteste. Er verwahrte sich gegen irgend welche Verletzung des Asylrechtes. Lord Palmerston erklärte in seiner Antwort, die britische Regierung werde nur so lange die Emigranten auf englischem Boden dulden, als sie keine verbrecherischen Handlungen vorbereiteten. (Colloredo—Buol. London, 3. März. Staatsarchiv P. A.)

Dieser Schritt der Westmächte werde vielleicht Österreich zwingen, sich an die Seite Rußlands zu stellen, dann müsse die Türkei wohl die russischen Forderungen annehmen. Bruck fragte Stratford Canning ganz offen, in welchem Falle und Ausmaße die Seemächte gesonnen seien, ihre materielle Hilfe der Pforte zu leisten. Stratford Canning war der Ansicht, wie Bruck berichtet, daß Österreich niemals Rußland unterstützen könne; dies bedeutete einen allgemeinen Krieg, eine allgemeine Erhebung der unterdrückten Völker der Monarchie und den Sturz derselben mit Hilfe der Westmächte und der Türkei. „Ich hatte meinen Zweck erreicht — schrieb Bruck —, denn der würdige Genosse Lord Palmerston hat mir alles auseinandergesetzt und es liegt klar zu Tage, daß Lord Stratford zu den äußersten Schritten entschlossen ist.“ Bruck erschien dieses englische Verhalten sehr gefährlich, er wollte daher den österreichischen Außenminister zu rascher Intervention veranlassen, da dies seiner Ansicht nach das einzige Mittel sei, einen allgemeinen Krieg zu verhindern. Bruck meinte, daß Österreich an der Seite Rußlands und im Krieg gegen die Türkei eine Intervention der Westmächte verhindern werde und man so dann mit dem Beginn von Friedensverhandlungen zwischen Rußland und der Türkei rechnen könne.²¹

Der Außenminister schloß sich dem Gedankengang des Internuntius nicht an. Die Nachrichten aus der Türkei, aus Westeuropa und aus den Ländern der Monarchie bewiesen die mächtige Kraft der Umsturzpartei und ihre gefährlichen Bewegungen gegen die Monarchie. Graf Buol wollte sich — vor allem unter dem Eindruck der Pariser Berichte — den Westmächten nähern; die Meldungen der diplomatischen Agenten und der Obersten Polizeibehörde mußten ihn ja davon überzeugen, daß die Monarchie völlig unterminiert sei und die ungarischen, italienischen und polnischen Bevölkerungsteile Österreichs nur auf die ersten Kanonenschüsse warteten, um sich dem feindlichen Lager anzuschließen. Im Dezember sah er die endgültige Aussichtslosigkeit ein, durch Rußland gegen die unterirdische Wühlarbeit der Emigranten geschützt zu werden. Österreich mußte also an der Seite der Westmächte stehen und sich dem Schritt der anderen europäischen Mächte gegen Rußland anschließen.

Dies genügte aber nicht der französischen Politik, die ja einen völligen Bruch der russisch-österreichischen Freundschaft anstrebte. Ein neuerlicher, mit Drohungen verbundener diplomatischer Schritt des fran-

²¹ Bruck—Buol. Konstantinopel, 31. Okt. 1853. Staatsarchiv. P. A.

zösischen Außenministers zu Beginn des Januar 1854 erreichte auch dieses Ziel der Westmächte. Am 6. Januar empfing der französische Außenminister Baron Hübnér und erklärte ihm, daß Frankreich und England gewillt seien, ihr Ziel gemeinsam gegen die türkenfeindlichen Forderungen Rußlands zu erreichen. Die Seemächte — meinte Drouyn de Lhouys — hofften, das dies ohne Krise möglich sein werde; wenn aber nicht, dann seien die Königin von England und der Kaiser der Franzosen entschlossen, die Integrität des türkischen Reiches mit allen Mitteln zu verteidigen.

Le Gouvernement français — erklärte er u. a. — informé des espérances que les chances de guerres alimentent dans le sein du parti subversif et appréciant pleinement les dangers, que sous ce rapport, un conflit entre quelquesunes des grandes puissances d'Europe pourrait faire naître pour les trônes et pour l'ordre social du continent, désire ardemment que les diverses questions qui se rattachent au différend russo-turc soient réglées par l'action régulière des quatre puissances et qu'elles ne soient pas tranchées par l'intervention turbulente, dangereuse et révolutionnaire du principe des nationalités qui se substituerait sans doute à l'action bienfaisante et régulière des quatre Cabinets, dans le cas où l'entente si heureusement subsistante à ce moment-ci venait à être troublée entr'eux.

Drouyn de Lhouys war überzeugt, daß im Falle eines allgemeinen Krieges Österreich nicht neutral bleiben könne. Es müsse an der Seite der Westmächte intervenieren, denn „à l'action navale dans la mer noire devra nécessairement correspondre une action continentale dans la Turquie d'Europe. La Russie refoulée derrière le Caucase et expropriée de la mer noire, se jettera de toutes les forces sur la faible armée turque appelée à défendre la ligne du Danube. Dans ce cas-ci, nos flottes ne pourront remonter ce fleuve, il nous faudra un allié continental qui sera ou l'Autriche ou des troupes irrégulières composées de Polonais, de Hongrois, d'Italiens qui se seront réunis sous la bannière des nationalités.

J'ai cru devoir faire observer au ministre — so meldete Hübnér weiter — qu'il ne semblait faire trop peu de cas du danger qui naîtrait pour le trône de son Souverain de l'alliance avec les auxiliaires révolutionnaires dont il ne parlait.

La réponse était que, dans l'éventualité fort rapprochée peut-être dont nous parlions, on n'aurait pas de choix, mais le Gouvernement français se rendait parfaitement compte des inconvénients et dangers d'une combinaison pareille, ce qui devait être pour le Cabinet de Vienne un

motif de plus de croire à la sincérité des vœux qu'il formait et des efforts qu'il ne cessait de faire pour qu'on parvint à une solution à quatre."²²

Es ist klar, daß diese drohenden Erklärungen des französischen Außenministers den russenfeindlichen Kurs in Wien verstärkten; unter dem Einfluß dieser französischen Drohungen verfaßte Buol am 16. Januar seinen Bericht über die europäische Krise an Kaiser Franz Josef.²³

In diesem legte er dar, daß die gemeinsame Note, im Dezember von Österreich und den anderen europäischen Mächten an die russische Regierung übermittelt, der Sache des Weltfriedens gedient habe, hätten doch dieser gemeinsame Schritt und dieses Übereinkommen Österreich die Sicherheit gegeben, daß die zwei Seemächte keine Revolution in Europa wollten. Der Kaiser der Franzosen habe bei einer Revolution für seinen Thron zu fürchten, die Engländer für ihre Macht in Asien, und darum wollten sie Österreich auf keinerlei Art verletzen. Napoleon wünsche den Weltfrieden, der vertragsmäßige Besitzstand Frankreichs sei ein zu wesentlicher Faktor für seine eigene Regierung, als daß entgegengesetzte Tendenzen seiner Umgebung ihn zu einer Änderung bewegen könnten. Die Revolutionäre würden also von dieser Seite keine Ermutigung finden. Ebenso müßten sich die dem Radikalismus mehr oder minder ausgelieferten Regierungen von Sardinien und der Schweiz unter den gegenwärtigen Umständen wohl hüten, ihren feindlichen Intentionen gegen Österreich durch irgend einen aggressiven Akt freien Lauf zu lassen. Seiner Meinung nach seien die militärischen Kräfte in Italien streng auf jenes Ausmaß zu beschränken, das für die innere Ordnung und zum Niederhalten der revolutionären Elemente von militärisch besetzten Nachbarstaaten aus nötig erscheine.

Sollte endlich Rußland, was übrigens zu befürchten sei, sich durch die Vorgänge von jeder Einhaltung seiner Versprechen als entbunden ansehen und offen Eroberungspläne verfolgen, dann müsse Österreich an der Seite der Westmächte stehen, denn ein russenfreundlicher Schritt, d. h. wenn Österreich die Eroberungspläne des Zaren gutheiße, bedeute ein Bündnis Frankreichs und Englands mit den Revolutionären. Darum sei dieser Viermächtevertrag nötig, der die Integrität der Türkei sichere; andernfalls stünde ein Angriff der Türkei und der beiden Westmächte

²² Hübner—Buol. Paris, 7. Jan. 1854. Staatsarchiv. P. A.

²³ Graf Karl Buol-Schauenstein: Vortrag an S. M. am 16. Januar 1854. Buol-Nachlaß. (Vorträge und Allerhöchste Handschreiben 1853—1856. Fasz. XXXX. 48. Staatsarchiv.)

mit Hilfe der Revolutionspartei gegen Österreich zu erwarten. Dieser Angriff war nach Buols Meinung für die Monarchie untragbar. Er sah drei Möglichkeiten im Verhältnis zu Rußland. 1. Rußland verspricht, seine früheren Zusagen einzuhalten und seine Truppen nicht über die Donau zu setzen. In diesem Falle werde Österreich freundliche Neutralität bewahren. 2. Rußland erneuert seine Zusage zur Beendigung des Krieges (d. h. Erhaltung der türkischen Integrität). Dies erfordere die bewaffnete Neutralität Österreichs. 3. Rußland erklärt als Endziel des Krieges die Zerstückelung des ottomanischen Reiches. Dann müsse Österreich gemeinsam mit den anderen europäischen Großmächten gegen Rußland mit Waffengewalt einschreiten. Daher habe eine Ministerkonferenz über die Vorbereitungen für einen möglichen, gegen Rußland zu führenden Krieg zu beschließen.

Im Januar stand also die österreichische Politik mehr oder weniger im Lager der Westmächte. Wie der Bericht Buols zeigt, sah man die ernste Gefahr nicht in einer russischen Expansion, sondern weit eher in der Bedrohungspolitik Frankreichs und der Türkei, wofür besonders entscheidend der letzte Bericht Hübners war, der die Entschiedenheit der französischen Politik klar aufzeigte.

Die Folge dieser russenfeindlichen Strömung war die Zurückweisung der Vorschläge des Zaren, welche dieser durch Graf Orloff nach Wien übermittelt hatte und die einen Vertrag zwischen Rußland, Österreich und Preußen erreichen wollten. Darin hätten sich die beiden deutschen Mächte verpflichten müssen, in einem russisch-türkischen Kriege, sobald die beiden Westmächte aktiv an ihm teilnähmen, stärkste Neutralität zu beobachten und diese nötigenfalls mit den Waffen in der Hand zu behaupten, wogegen Rußland ihnen seine militärische Hilfe in ausreichendem Maße zusicherte und sich ferner verpflichtet hätte, mit den Seemächten über künftige Kriegshandlungen gegen die Türkei keinerlei Vereinbarungen zu treffen, ohne sich vorher mit Österreich und Preußen darüber verständigt zu haben,²⁴

Die österreichische Ministerkonferenz vom 31. Januar wies diesen Plan zurück. Die Gründe hierfür waren die bekannten: die Gefährlichkeit der russischen Vorherrschaft auf dem Balkan und die aufrührerischen Pläne der Umsturzpartei, welche im Falle eines Krieges mit ausländischer Hilfe die Bewohner der Monarchie zum Aufstand bewegen und die Existenz des Habsburgerreiches bedrohen würden. Buol hielt den unbedingten

²⁴ Minister-Conferenz-Protocoll v. 31. Jan. 1854. Buol-Nachlaß. Staatsarchiv.

Neutralitätsvertrag des russischen Vorschlages keineswegs für geeignet, einen europäischen Konflikt zu vermeiden, eher, einen Angriff der Westmächte auf Österreich hervorzurufen, an dem sich alle revolutionären Gewalten beteiligen würden. Buol erklärte auf dieser Konferenz, daß Rußland gegen den Angriff der Westmächte und der Umsturzpartei keine genügende Hilfe zu bieten vermöge, daß deshalb Österreich die russischen Vorschläge zurückweisen und seine Handlungsfreiheit aufrechterhalten müsse. FZM. Heß wollte wegen der möglichen russischen Vorherrschaft die Vorschläge abgelehnt sehen, Innenminister Bach war gegen sie aus den von Buol dargelegten Gründen, da es ihm sicher schien, daß im Falle einer absoluten Neutralität die Westmächte den Krieg gegen Österreich erklärten. Und „würde — so folgerte Bach — diese Hilfe Rußlands wohl ausgiebig sein in einem Kampfe, den Österreich gegen die Westmächte und nebstbei wahrscheinlich gegen alle revolutionären Elemente zu bestehen hätte?“²⁵

Der endgültige Schluß mit der russenfeindlichen Politik brachte den Lohn von Seite der Westmächte. Das Ziel war erreicht, nunmehr lag es an der französischen Regierung, mit den Revolutionären abzubrechen und sich für die Kursänderung der österreichischen Politik erkenntlich zu zeigen.

Die französische Regierung nahm mit großer Genugtuung die Entschlüsse der Wiener Regierung entgegen. Hübner berichtet, daß die Zurückweisung der russischen Vorschläge starken Eindruck erweckt habe und daß die Franzosen hofften — wie er unter dem 22. Februar meldet —, infolge dieses österreichischen Schrittes die Orientkrise ohne allgemeinen Krieg lösen zu können.²⁶ Drouyn de Lhouys wollte die Loyalität der französischen Regierung beweisen und äußerte sich Hübner gegenüber, daß Napoleon nunmehr mit den Männern der Umsturzpartei brechen und ihre Hoffnungen zunichte machen wolle, aus dem Orientkrieg einen allgemeinen Revolutionskrieg entbrennen zu lassen. Der Artikel, welcher in der offiziellen französischen Zeitung, dem Moniteur, am 21. Februar erschien, war, wie Drouyn erklärte, der persönlichen Inspiration des Kaisers entsprungen. Hübner sagte darüber: „un désaveu positif des arrièrepensées révolutionnaires que les adversaires du gouvernement actuel attribuent à ce Souverain, soit pour inspirer la méfiance aux grandes puissances du continent, soit pour alarmer les gens bienpensants, soit enfin pour encourager les espérances et les menées des sectes.

²⁵ Ebenda.

²⁶ Hübner—Buol. Paris, 22. Febr. 1854. Staatsarchiv. P. A.

Car quelle que soit la marche des événements et l'issue de la grande complication qui nous tient en suspens, toujours est-il que ce Prince, en annonçant au monde nettement et loyalement qu'il rompait à jamais avec le parti du désordre, s'est acquis de nouveaux titres à la confiance des Souverains et la reconnaissance du monde."²⁷

Der Artikel behandelt die Zusammenarbeit Frankreichs mit England in der Orientkrise, um die orientalische Hegemonie Rußlands zu verhindern. Der Verfasser des Artikels setzt darin auseinander, daß Österreich in dieser Krise an der Seite Frankreichs stehen werde. In diesem Konflikt bestünde, da die europäischen Mächte zusammenarbeiteten, keinerlei Gefahr, daß der mögliche Orientkrieg durch einen revolutionären Aufstand kompliziert würde. Das Ziel der französischen Regierung sei nur die Erhaltung der Integrität des osmanischen Reiches und es sei völlig ausgeschlossen, daß zum gleichen Zeitpunkte, da Österreich und Frankreich im nahen Osten gegen die Russen kämpften, dieselben beiden Staaten in einem anderen Gebiete Europas gegen einander stünden.²⁸ Diese offizielle Erklärung der französischen Regierung war eine Friedenskundgebung gegenüber Österreich und eine Abrechnung mit den Revolutionären. Der Kaiser wollte mit diesem Artikel Österreich versichern, daß Frankreich seine Verbindungen zu den „unterirdischen Mächten“ zu lösen gedenke.

Die Loyalität des französischen Kaisers gegenüber Österreich geht aus einem Bericht Hübners vom 3. März hervor. Diesem hatte in einer Audienz Napoleon erklärt, daß er der Klugheit Kaiser Franz Josef vertraue und eine Zusammenarbeit der beiden Staaten in der nächsten Zukunft erhoffe, daß weiters der Ausbruch eines allgemeinen Krieges nicht ferne sei und er mit dem berühmten Moniteur-Artikel die letzten Hoffnungen der Umsturzpartei habe vernichten wollen. Dieser Artikel — setzte der Kaiser fort — habe in den Kreisen jener Leute große Bestürzung erregt, vor allem unter den italienischen Patrioten, die von einem Kriege im Orient ihre Befreiung erwarteten. Nun aber wüßten sie alle, daß von Frankreich keine Hilfe mehr zu erwarten sei. Des Kaisers Gedanken gab Hübner wieder: Je dois marcher désormais avec l'Autriche, cela me donne d'immenses avantages, mais cela m'impose aussi des

²⁷ Ebenda.

²⁸ Moniteur, 21. Febr. 1854.

obligations. Me mettre avec l'Autriche et rester l'ami des patriotes italiens n'est guère possible.²⁹

Daneben versicherte Napoleon dem Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha, daß „l'Autriche et la France marcheront d'accord en Orient, mais en revanche je devrai l'aider à repousser les troubles qui pourraient souvenir en Italie.“³⁰

Auch die englische Regierung forderte im März 1854 ein Bündnis mit Österreich, da der Ausbruch des Krieges unmittelbar drohe. Clarendon erklärte Colloredo, daß die Hoffnungen der Emigranten infolge des russefeindlichen Auftretens Österreichs fast gänzlich geschwunden und ihre führenden Männer, die in London wohnten, tief entmutigt seien. Nunmehr bedeuteten nach seiner Ansicht die politischen Flüchtlinge keine Gefahr, da „toutes leurs espérances étaient fondées sur l'hypothèse, qu'ils regardaient comme immanquable, que l'Autriche ferait cause commune avec la Russie. Leurs plans étaient arrangés sur cette base, l'activité qu'ils ont déployée il y a quelques semaines et dont j'ai en l'honneur d'informer V. E. s'y rapporterait. Ils se regardaient alors comme surs de pouvoir porter la révolution en Italie, comme probable le succès de tentatives en Hongrie; ils comptaient sur l'appui certain que les combinaisons politiques que l'action commune de l'Autriche et de la Russie amènerait devaient leur fournir.“³¹

Man kann feststellen, daß Downing Street teilweise die Druckmittel der französischen Außenpolitik übernahm und die Sicherung eines österreichischen Bündnisses für den kommenden Krieg forderte. Lord Clarendon zeigte die Stärke und Gefährlichkeit der Emigranten deutlich auf, um sich dadurch umso mehr der Annäherung Österreichs zu versichern.

Die Schritte Frankreichs und Englands verstärkten die Richtung Buols. Er setzte seine Anschlußpolitik fort und riet in seinem Vortrage, den er Franz Josef am 21. März erstattete, zur Annäherung an die Westmächte. Es könne gewiß nicht im Interesse Österreichs liegen, das Ansehen und die Machtstellung Rußlands geschwächt zu sehen. Auch seien deshalb bisher die Bemühungen Österreichs nach allen Seiten dahin gerichtet gewesen, Rußland zu einer ehrenvollen Lösung des unglücklichen Streites zu verhelfen. Worin aber Österreich Rußland nicht unterstützen könne, sei die von dieser Macht beanspruchte ausschließliche Suprematie

²⁹ Hübner—Buol. Paris, 3. März 1854. Staatsarchiv. P. A.

³⁰ Hübner—Buol. Paris, 5. März 1854. Staatsarchiv. P. A.

³¹ Colloredo—Buol. London, 3. März 1854. Staatsarchiv. P. A.

im Orient, und ebenso wenig könne es einen Eingriff in die Integrität des türkischen Reiches dulden. Da Rußland die feste Absicht hege, das türkische Reich aufzuteilen, müsse Österreich dieses Bündnis mit den Westmächten schließen. Die Monarchie habe ihre Handlungsfreiheit zu wahren, dürfe also ein Vordringen Rußlands auf dem Balkan unter keinen Umständen dulden.

Nicht weniger dringend als die Rücksichten auf Würde und politische Stellung des Kaiserstaates erforderten aber auch seine materiellen Interessen ein möglichst nachdrückliches Auftreten Österreichs zum Zwecke der Beendigung des gegenwärtigen beunruhigenden Zustandes. Dadurch, daß Rußland sich allen Friedensvorschlägen entzogen habe und die Besetzung der Fürstentümer verlängert, habe es die Gefahren des Krieges und der revolutionären Bewegungen im Osten Europas heraufbeschworen. Die Westmächte könnten wohl den Einmarsch Rußlands verhindern, hätten aber nur die Alternative, entweder auch Österreich mit Krieg zu überziehen oder sich mit Rußland früher oder später nach einem Kampfe, der ihrer Waffenehre Genüge getan und ihre besonderen Vorteile im Orient gefördert habe, auf Kosten des alsdann unrettbar seinem Schicksal verfallenen türkischen Reiches und mit völliger Beiseitlassung der Interessen Österreichs zu verständigen. Nach Buols Meinung war bei Ende des Krieges Manches zu erwarten. Indessen sei es das Gefährlichste, da die revolutionären Bewegungen bereits eine solche Ausdehnung angenommen hätten, sich auf die Rolle des Zuschauer zu beschränken. Aber auch der Zusammenbruch des türkischen Reiches sei für Österreich gefährlich und darum erscheine es wohl als das Beste, wenn Österreich sich dem Ultimatum der Westmächte anschließe. Stelle sich deswegen Rußland gegen Österreich, so werde es mit dem gesamten Deutschen Bund zu kämpfen haben, dessen Staaten ja an der Seite Österreichs stünden. Das Hauptziel der österreichischen Politik müsse das Protektorat über die Donaufürstentümer und über Serbien sein. Nach Buols Meinung war es nötig, die österreichische Armee für einen Krieg mit Rußland vorzubereiten und Siebenbürgen, wie Galizien durch Militär zu verstärken.³²

Die Ministerkonferenz vom 22. März nahm die Vorschläge des Außenministers an, der Kaiser allein erklärte, man müsse zuerst die Absichten Preußens erfahren. Buol erwiderte erneut, daß Österreich sich dem gegen Rußland gebildeten Block anschließen und dieses zur Räumung der Do-

³² Buol: Vortrag bei Kaiser Franz Josef am 21. März. Buol-Nachlaß, Staatsarchiv.

naufürstentümer zwingen müsse. Bleibe es neutral, so würden „die Westmächte im günstigen Falle, wenn sie also nicht unmittelbar zu einer Kriegserklärung schritten oder nicht sogleich die revolutionären Gewalten gegen uns in Bewegung setzten, doch unserer politischen Consideration dadurch Eintrag tun, daß sie unsere Untätigkeit vor der öffentlichen Meinung als den einzigen Grund darstellten, welcher das Zurückweisen Rußlands in die gebührenden Schranken durch einen raschen, mit vereinten Kräften geführten Krieg nicht erlaubt habe.“³³

Die Mitglieder der Ministerkonferenz nahmen die Vorschläge Buols an, betrieben jedoch auch zugleich die Sicherung eines preußischen Bündnisses; FZM. Heß forderte eine vorsichtige Außenpolitik, da Österreich drei Monate für einen Krieg gegen Rußland als Vorbereitungszeit benötigte.³⁴ Auch auf jener Ministerkonferenz, welche die Mission des Frh. v. Heß behandelte, der wegen eines österreichisch-preußischen Bündnisvertrages nach Berlin entsandt wurde, brachte Buol die Gefährlichkeit der europäischen Umsturzpartei zur Sprache. Österreich habe im Kriegsfall die Möglichkeit eines Anschlusses an die Westmächte; dies sei das einzige Mittel, einen entmutigenden Druck auf die Revolutionäre auszuüben, die sonst, zu neuem Handeln angespornt, Österreich in unabsehbare Schwierigkeiten stürzen könnten. Also: Weiterführung der Orientpolitik und, wenn nötig, Angriff gegen Rußland an der Seite der Westmächte.³⁵

Die Regierungen Englands und Frankreichs konnten in den Tagen des März und April 1854, als die Kriegserklärungen an Rußland erfolgten, ihre Genugtuung über das Verhalten der Monarchie, deren Annäherung an ihre Kriegspolitik, wie den österreichisch-preußischen Defensiv-Vertrag gegen Rußland nicht verhehlen, wollten jedoch ihre Bedrohungspolitik noch weiter führen, um Österreich ganz sicher an ihrer Seite zu wissen. Die Mittel dieses diplomatischen Spieles mußten freilich nach der Kriegserklärung an Rußland andere sein. England und Frankreich lag daran, der österreichischen Regierung ihren vollen und ausgesprochenen Widerstand gegenüber den Forderungen der Revolutionäre und politisch Verbannten zu beweisen. Die zwei Regierungen ließen also durchblicken, daß die europäische Umsturzpartei auch weiterhin einen allgemeinen europäischen Krieg erhoffe und das Bündnis mit den Westmächten nicht aus den Augen lasse. Dieser politische Schachzug verfolgte natürlich den

³³ Minister-Conferenz-Protocoll v. 22. März 1854. Buol-Nachlaß, Staatsarchiv.

³⁴ Ebenda.

³⁵ Minister-Conferenz-Protocoll v. 25. März 1854. Buol-Nachlaß, Staatsarchiv.

Zweck, jede Schwankung Österreichs zu verhindern und möglicherweise seinen Beitritt an die Seite der kämpfenden Mächte gegen Rußland zu erreichen.

Hierfür bezeichnend sind die Erklärungen Clarendons gegenüber Colloredo am 21. März. Colloredo berichtet hierüber, daß Clarendon „m'a dit que trois réfugiés hongrois vivant à Jersey et se tenant habituellement au dehors des intrigues de l'émigration dont il ne se rappelait les noms sont venus trouver quelqu'un tenant au Gouvernement dont il ne m'a pas dit le nom, mais que je suppose assez être Lord Palmerston pour lui parler de leur position et en quelque sorte lui demander conseil; le personnage gouvernemental lui aurait dit de se tenir tranquille, qu'il n'y a rien à faire pour une chose qui dans ce moment à l'Angleterre marche de concert avec l'Autriche dans une aussi importante question, toute tentative de leur part serait non seulement pas appuyée mais repoussée avec indignation en Angleterre.”³⁶

Auch die Erklärungen Napoleons am 30. März vor Baron Hübner zeigen, daß Frankreich Österreich mit dem Gespenst der Revolution drohen wollte, wobei selbstverständlich entsprechend den veränderten Umständen der Kaiser sich als Feind der Revolutionspartei hinstellte. Seiner Meinung nach war die Lage in Italien sehr gefährlich; Garibaldi wolle selbst nach Italien kommen, um die Italiener für eine Revolution vorzubereiten. Die Lage in Italien und Ungarn sei unsicher, aber Österreich könne auf die Freundschaft Frankreichs rechnen.³⁷ Auch Drouyn de Lhouys sprach am 9. April zu Hübner über die unruhige Stimmung in Italien und Ungarn und daß Frankreich während des Krieges äußerste Ruhe und Ordnung in Italien halten wolle, weshalb es auch bei der sardinischen Regierung energisch gegen jede feindliche Strömung aufgetreten sei. Diese habe auch entsprechende Maßnahmen zugesagt. Frankreich schrecke davor zurück, den Orientkrieg durch eine italienische oder andere Aufstandsbewegung zu verwickeln, es hoffe, daß das französisch-österreichische Bündnis jede weitere Tätigkeit der Umsturzpartei verhindern und auch für die Zukunft Österreichs die Ruhe sichern werde. Als Hübner über die Duldung der revolutionären Umtriebe auf französischem und englischem Boden Klage führte, erwiderte Drouyn, daß Frankreich dies in Zukunft nicht mehr dulden werde, daß es gegen alle revolutionären Pläne sei und

³⁶ Colloredo—Buol. London, 21. März 1854. Staatsarchiv. P. A.

³⁷ Hübner—Buol. Paris, 20. März 1854. Staatsarchiv. P. A.

im Orientkrieg kein anderes Ziel vor Augen habe, als die Erhaltung der türkischen Integrität. Es sei auch nicht Frankreichs Absicht, Polen, Ungarn oder die Lombardei in Aufruhr zu hetzen und sich mit jenen Männern zu befreunden, welche die Ruhe Europas stören wollten.³⁸

Noch im Monat Juli zog Clarendon, wohl aus demselben Grunde, bei Colloredo über die innerpolitische Lage Ungarns Erkundigungen ein, unter anderem, ob es auf Wahrheit beruhe, daß Ungarns Volk so unzufrieden und regierungsfeindlich sei.³⁹

Angesichts dieser Sachlage setzte die österreichische Politik ihre eingeschlagene Richtung fort, angelehnt an jene der westeuropäischen Mächte und der Türkei. Dank der Friedenspolitik des Kaisers und des Armeekommandos ging der Wunsch des Außenministers nicht in Erfüllung. Österreich erklärte nicht den Krieg an Rußland, sicherte jedoch von Neuem die Erhaltung der Integrität des türkischen Reiches zu und schloß am 14. Juni einen Vertrag mit der Pforte, in dem es außer dieser Zusage der Integrität auch die Besetzung der Donaufürstentümer in Aussicht stellte, sobald diese von den russischen Truppen geräumt seien.⁴⁰

Diese Besetzung war ja ein altes Ziel der österreichischen Regierung, sollte sie doch dazu dienen, jede aufrührerische Propaganda von Siebenbürgen fernzuhalten. Der Vertrag zwischen der Türkei und Österreich sicherte also der Monarchie Ruhe und Ordnung in jenen Gebieten. Dies bedeutete zugleich den endgültigen Bruch mit Rußland, das nunmehr in offener Feindschaft zu Österreich stand und durch Truppenbewegungen die Sicherheit des Kaiserstaates bedrohte. Der Vertrag vom 14. Juni gewährte der Türkei und den Westmächten die Garantie mindestens einer Neutralität Österreichs, die Bedeutung der ungarischen Emigration war zugleich damit geschwunden, ein Bündnis zwischen ihr und der Türkei nun ausgeschlossen, die Bewegungsfreiheit der Emigranten auf türkischem Boden bedeutend eingeschränkt. Diese im März erwartete „Katastrophe“ (nach den Worten des Generals Klapka), der endgültige Friede, beraubte die Umsturzpartei fast jeder Hoffnung auf eine Befreiung Ungarns. Die Bedeutung der ungarischen politischen Flüchtlinge für den Orientkrieg sank nach dem Vertragsabschluß auf ein Minimum, verglichen

³⁸ Hübner—Buol. Paris, 9. April 1854. Staatsarchiv. P. A.

³⁹ Colloredo—Buol. London, 8. Juli 1854. Staatsarchiv. P. A.

⁴⁰ Das Original mit den Unterschriften Reschid Paschas und Brucks im Politischen Archiv. P. A. 14. Juni 1854.

mit der Rolle, die sie in den ersten anderthalb Jahren der Orientkrise gespielt hatten.

Was noch folgen mochte, war für die hohe Diplomatie ohne Interesse und lediglich eine Angelegenheit zwischen der Türkei und Österreich, nur einzelne Ereignisse, wie etwa die Verhaftung des in englischen Diensten gestandenen Oberst Türr und der in der Schweiz tätigen Emigranten bewegten noch die europäische öffentliche Meinung, indem sie das Verhältnis zwischen Österreich und England zeitweilig trübten.

Im Folgenden soll von den Plänen und Forderungen der ungarischen Umsturzpartei während der Orientkrise und des Krimkrieges die Rede sein, mit deren Hilfe die westliche und türkische Diplomatie die Isolierung Rußlands erreichten. Hier müssen besonders die allgemeinen Pläne Kossuths und der anderen Emigranten klargelegt werden, die auf einen ungarischen Befreiungskrieg hinzielten, weiters die Vorbereitungen für diesen Krieg, die Verhandlungen mit der türkischen und französischen Regierung, die Arbeit der Emissäre und die Verschwörungen in Ungarn. Aus ihnen kann die große Bedeutung der ungarischen Umsturzpartei und ihre wichtige Rolle in der orientalischen Frage nachgewiesen werden.

II.

Die Pläne Kossuths für einen Befreiungskrieg.

Die ungarische und alle anderen Emigrationen, die mit ihr in Verbindung standen, rechneten schon seit Beginn der 50er Jahre mit einer allgemeinen Revolution und der Befreiung aller unterdrückten Völker Europas durch einen Krieg. Die Flüchtlinge träumten von einem Kampfe Österreichs oder Rußlands mit den Westmächten, von einem Bündnis der Emigranten mit ausländischen Mächten und von deren Hilfe gegen russische und österreichische Vergewaltigung.

Diese Träume glaubten sie der Verwirklichung nahe, als die russisch-türkischen Verhandlungen einsetzten, die eine günstige Gelegenheit für einen allgemeinen europäischen Krieg zu bieten schienen. Die Emigranten sahen bereits die Orientkrise nicht nur zu einem russisch-türkischen, sondern einem österreichisch-türkischen Kriege erweitert und wünschten aus eben diesem Grunde ein Bündnis mit der bedrohten türkischen Regierung, um mit deren Hilfe in Ungarn einfallen zu können. Es lag nahe, daß die

ungarischen Emigranten schon zu Beginn der Orientkrise im Januar und Februar 1853 sich dafür entschieden, mit allen Kräften der Pforte zur Seite zu stehen und sie im Kriegsfall militärisch zu unterstützen.

Die Mehrheit der ungarischen Flüchtlinge stand 1853 unter der Führung Kossuths; nur eine Minorität in der Schweiz unter der des Grafen Ladislaus Teleki und des Generals Klapka anerkannte nicht die Führung durch den Exgouverneur. Beide Gruppen wollten die Orientkrise für ihre Zwecke ausnützen und beide wiegten sich in der Hoffnung, in türkischen Diensten ihr Vaterland befreien zu können.

Die unter Kossuths Führung stehenden Ungarn sprachen sich am 18. Februar in einer Versammlung zu London dafür aus, in ihrer Gesamtheit am kommenden Kriege teilzunehmen; es wurde ein genaues Aktionsprogramm ausgearbeitet, um die einzelnen Emigranten nach bestimmten Richtlinien in die Bewegung einzusetzen. In dieser Versammlung, zu der auch die Beauftragten der italienischen, französischen und deutschen Emigrationen erschienen waren, kamen die Delegierten überein, zu gleicher Zeit eine ungarische, italienische und deutsche Bewegung zu organisieren und auf ein gegebenes Zeichen die allgemeine Erhebung einzuleiten. Dieses Signal sollte die Landung Garibaldi's an der dalmatinischen Küste sein, von wo der Aufstand seinen Weg nach Ungarn und Italien zu nehmen hatte. Kossuth erhoffte von seinen amerikanischen Freunden Hilfe für seine revolutionären Ziele und sandte Franz Pulszky nach den Vereinigten Staaten, um sich der notwendigen finanziellen Grundlagen, weiters der Hilfe einer amerikanischen Flottille zu versichern. Die Flüchtlinge rechneten mit einem gleichzeitigen Ausbruch der Erhebung in Pest, Prag, Wien, Mailand, Turin, Genua, Rom und Florenz und mit einer Befreiung Ungarns und Italiens binnen kurzer Zeit. Der wichtigste Beschluß dieser Versammlung war, der Pforte sogleich die Dienste der Emigranten anzutragen und gesammelt nach der Türkei zu fahren, um Ungarns Erhebung mit türkischer Hilfe in die Wege zu leiten.¹ Demgemäß reiste eine große Zahl ungarischer Emigranten in den Monaten Februar und März nach der Türkei und trat in deren Dienste, um die Hilfe dieses Landes zur Befreiung Ungarns zu sichern.²

Kossuth und seine Parteigenossen waren der Meinung, daß die Emigranten in Westeuropa und in der Türkei, vereint mit jenen, welche die

¹ Hübner—Buol. Paris, 23. Febr. 1853. H. P. Staatsarchiv.

² Kempen—Buol. Wien, 12. Febr. 1853. H. P. Staatsarchiv.

Emissäre des Exgouverneurs aus Ungarn zusammenbrachten, eine starke ungarische Legion bilden könnten, welche, unterstützt vom türkischen Heer, in Ungarn einfallen und dessen schon organisierte Bewohner zur Erhebung veranlassen sollten. Zur Durchführung dieses Planes entsandte Kossuth zahlreiche Emissäre nach Ungarn und Siebenbürgen. Im Frühjahr rechnete er sicher mit einer Intervention Österreichs an der Seite Rußlands; trat diese jedoch nicht ein, dann sollte ein ungarischer Einfall Österreich zum Kriege zwingen. Sein Hauptagent in der Türkei war der ehemalige Honvédoberst Alexander Gaál, durch ihn übermittelte er zahlreiche Vorschläge der türkischen Regierung und dem Generalissimus des türkischen Heeres, Omer Pascha, der unter den türkischen Staatsmännern zum stärksten Förderer der Sache der Ungarn wurde. In diesen Anträgen, die Kossuth durch Gaál und Baron Alexander Mednyánszky an den Großwesir, den Außen- und Kriegsminister, sowie Omer Pascha sandte, setzte er auseinander, daß im Kriegsfall die türkischen und ungarischen Interessen gemeinsame seien, da die Türkei nur mit Hilfe eines unabhängigen Ungarn unversehrt bleiben könne und ohne diese den beiden alliierten Staaten Rußland und Österreich zum Opfer fallen müssen. Er bot die Bildung einer ungarischen Revolutionsarmee von 30.000 Mann an, welche als Avantgarde des türkischen Heeres zuerst in Ungarn einfallen und die Stärke der österreichischen Armee lähmen sollte. Es war nach seiner Meinung nötig, daß die Türkei der erwarteten Kriegserklärung Österreichs zuvorkomme, da sonst dessen Truppen in Ausnützung einer günstigen Gelegenheit das türkische Heer angreifen und allenfalls vernichten konnten. Auch bot der Exgouverneur die Unterstützung durch eine amerikanische Hilfsflottille an, die zur See gegen Österreich vorzugehen hätte.³

Die Pforte nahm die Vorschläge Kossuths mit Aufmerksamkeit und Freude entgegen, sagte die Bildung der ungarischen Legion jedoch nur für den Fall einer Kriegserklärung Österreichs an die Pforte zu. Auch versprach sie die Ernennung eines ungarischen Kommandanten in der europäischen Armee, wies indessen die Angriffspläne zurück. Kossuth beabsichtigte zweimal eine Reise nach Konstantinopel, um die Führung der Revolution selbst in die Hand zu nehmen: das erste Mal im Juli, doch sprach sich der türkische Außenminister durch den Londoner türki-

³ Anonymer Bericht v. 28. April 1853. B. M. 3383—1853. Staatsarchiv.

schen Botschafter dagegen aus,⁴ das zweite Mal im Oktober, als die Feindseligkeiten zwischen Rußland und der Türkei begonnen hatten. Die Pforte war jedoch auch gegen diese zweite Reise, da sie wohl wußte, daß Kossuths Anwesenheit in Konstantinopel den unvermeidlichen Krieg gegen Österreich bedeutete.⁵

Der Exgouverneur, der von englischem Gebiete aus die Erhebung vorbereitete, rechnete vorerst mit dem Beginn des ungarischen Aufstandes im Mai und entschied sich deshalb im Frühjahr dafür, die nötigen Waffenmengen in England erzeugen zu lassen. Die Raketenfabrik eines gewissen Mr. Hale in Rotherhithe lieferte das Pulver, eine Anzahl von Waffen besorgte er bei englischen Fabriken.⁶ Der größte Teil davon ging in das Hauptquartier Omer Paschas. Nach den übereinstimmenden österreichischen Berichten umfaßten die Bestände Kossuths 60.000 Gewehre, Ausrüstung für 3000 Husaren, zwei vollständige Batterien und vier Millionen Patronen.⁷ Es ist möglich, daß die österreichischen Berichte die Ausrüstung des „ungarischen Heeres“ zu hoch einschätzten, sicher ist, daß Kossuth alle Geldmittel für diese Zwecke geopfert hatte und selbst an der Spitze dieses Heeres in Ungarn einfallen wollte.

Die Raketenfabrik, deren Arbeiter zumeist ungarische und italienische Emigranten waren, wurde von dem Leiter, einem ehemaligen preußischen Rittmeister namens Usener, verraten und Ende Mai durch die Londoner Polizei gesperrt.⁸

Um die finanziellen Grundlagen für das große Unternehmen zu schaffen, nahm Kossuth eine bedeutende Anleihe bei seinen amerikanischen und englischen Freunden auf, da das in den Vereinigten Staaten gesammelte Kapital angesichts der umfangreichen Rüstungen nicht genügen konnte. Als Deckung übergab er ungarisch-amerikanische Dollarbanknoten und sicherte die Rückzahlung zu, wenn Ungarn wieder frei und unabhängig sei. Mehr als zweitausend Briefe gingen an seine englischen Freunde ab, in denen er den Betrag von je 20 englischen Pfund erbat, wofür er einen Gutschein über 100 Dollar anbot.⁹ Auch übermittelte er bedeutende

⁴ Klezl—Buol. Konstantinopel, 6. Juni 1853. Staatsarchiv. P. A.

⁵ Bruck—Buol. Konstantinopel, 11. Juli 1853. Staatsarchiv. P. A.

⁶ Kempen—Buol. Wien, 27. April 1853. H. P. Staatsarchiv.

⁷ Generalkonsul Mihanovich—Kempen. Konstantinopel, 30. Mai 1853. B. M. 2438—1853.

⁸ Kempen—Buol. Wien, 3. Mai 1853. H. P. Staatsarchiv.

⁹ Kempen—Grünne. Wien, 16. Nov. 1853. G. D. 1081—1853. Staatsarchiv.

Mengen Kossuth-Dollar nach Ungarn und Siebenbürgen, wodurch es schließlich möglich war, die Kosten der Ausrüstung zu decken.¹⁰

Die Pforte ermutigte im Laufe des Jahres 1853 Kossuth im Wege seines Beauftragten Gaál und des Londoner türkischen Botschafters, Mussurus Pascha, zu einem offenen Bündnis, erklärte aber zugleich, daß ein solches nur im Falle einer österreichischen Kriegserklärung möglich sein werde.¹¹ Kossuth wußte nun, daß sein Handeln von einem österreichischen Angriff abhängen, bereitete aber alles vor, was für einen Einfall in Ungarn nötig schien. War die finanzielle Grundlage des Unternehmens bereits durch eine amerikanische und englische Anleihe und aus dem Vermögen des Exgouverneurs gegeben, so wollte er nunmehr auch dessen strategische Basis sichern. Der beste Weg war es wohl, mit dem türkischen Heere verbündet in Siebenbürgen einzufallen, die Szekler und sodann mit Hilfe Omer Paschas das ganze Land zum Aufstand zu bringen. Diese Hoffnung Kossuths steigerte sich, als die Feindseligkeiten zwischen Rußland und der Türkei an der unteren Donau in der Nähe der siebenbürgischen Grenze begannen. Auf diese Nachricht hin entschloß er sich, persönlich nach Konstantinopel zu fahren, um die türkische Regierung zum Abschluß eines offenen türkisch-ungarischen Bündnisses zu bewegen. Aus einer Instruktion, welche er dem Grafen Julius Andrassy am 13. November erteilte und in der er ihn zu Verhandlungen mit dem Pariser türkischen Botschafter Vely Pascha ermächtigte, ist zu ersehen, daß er die Türkei zu einem Präventivkrieg zu überreden gedachte. Er äußerte sich dahin, daß die Türkei und die ungarischen Emigranten von Natur aus Verbündete sein müßten, da ein russisch-österreichisches Bündnis ebenso sehr die Interessen des türkischen Reiches bedrohe, wie es die Unabhängigkeit Ungarns verhindere. Siebenbürgen, das die ungarischen Emigranten mit türkischer Hilfe leicht befreien könnten, sei ein so wichtiger strategischer Punkt, daß es allein schon einen russischen Einfall auf dem Balkan zu verhindern vermöge. Österreich sei in jedem Falle der Türkei gefährlich; denn bleibe es neutral, dann werde es zu Ende des Krieges mit Hilfe Rußlands einige Provinzen des türkischen Reiches erobern, gebe es aber seine Neutralität auf, dann werde das österreichische Heer in einem für die Türken ungünstigen Augenblick einfallen, wenn

¹⁰ K. k. Kriegsgericht in Wien — an ein hohes Militärgouvernement in Wien vom 29. Okt. 1854. G. D. 266—1855. Staatsarchiv.

¹¹ Kossuth—Graf Julius Andrassy. London, 13. Nov. 1853. Kossuth—Nachlaß. 1743. Staatsarchiv, Budapest.

eine Verteidigung unmöglich sei. Wenn aber — so setzte Kossuth fort — die türkische Armee, verstärkt durch ungarische Truppen, den Krieg gegen Österreich führe, würden sich beim ersten Einzug die unterdrückten Völker der Monarchie, an ihrer Spitze die Ungarn, erheben und die österreichischen Truppen zwischen zwei Feuer treiben.¹²

Die türkische Regierung wies diese allzu kühnen Pläne Kossuths zurück und untersagte seine Anwesenheit in Konstantinopel. Die Beauftragten des Exgouverneurs erschienen des öfteren vor den türkischen Staatsmännern, vor allem dem Seraskier Mehemed Ali Pascha, welche die Flüchtlinge weiter zur Bildung einer Legion ermutigten, aber einen Präventivkrieg gegen Österreich zurückwiesen.¹³

Kossuth ließ von seinen militärischen Mitarbeitern zwei Kriegspläne ausarbeiten: den einen für einen möglichen Angriff von Süden, einen zweiten für einen Vorstoß von der Adria aus. Blieb Österreich neutral, dann wollten er und seine Anhänger alle vorhandenen und noch sich sammelnden Flüchtlinge mit heimlicher Hilfe des türkischen Heeres von der Walachei aus nach Siebenbürgen einfallen lassen. Auch hoffte er, aus serbischem Gebiete mit Einverständnis der serbischen Regierung ungarische Truppen nach Südungarn werfen und das Landvolk revolutionieren zu können. Sollte endlich Österreich seine Neutralität aufgeben und mit Rußland ein Offensivbündnis schließen, dann hätte Omer Pascha seine Donauposition zu verlassen und mit dem größten Teile seines Heeres nach Siebenbürgen zu marschieren. Diese Pläne übermittelte Kossuth nach Konstantinopel, forderte aber die Sicherung der serbischen Basis, da diese einen ausgezeichneten strategischen Punkt gegen Österreich bilden könnte.¹⁴

Die Lage Serbiens war zu Beginn der Orientkrise sehr unklar. Die Mehrheit des Volkes und eine starke politische Partei, deren Führer der gewesene Innenminister Ilja Garaschanin war, wollte gegen Österreich an der Seite der Türkei eingreifen. Die Aussicht, daß Österreich den Krieg für eine Eroberung Bosniens und der Herzegowina ausnützen werde, verursachte starke feindliche Stimmung in den Belgrader politischen Kreisen.¹⁵ Derartige Pläne bedrohten nicht nur die Verwirklichung der großen südslawischen Einigung, sondern auch die Unabhängigkeit Serbiens. Gara-

¹² Ebenda.

¹³ Alex. Gaál—Kossuth. Konstantinopel, 5. Okt. 1853. Kossuth—Nachlaß, Budapest.

¹⁴ Kempen—Grünne. Wien, 7. März 1854. G. D. 263—1854. Staatsarchiv.

¹⁵ Ein Geheimbericht Jazmagys v. 19. Aug. 1853 G. D. 776—1853.

schanin hatte schon 1849 von den ungarischen Zielen erfahren und wollte nun bei Ausbruch der Orientkrise diese Verbindungen wieder aufnehmen. Über seinen Auftrag traf im Frühjahr 1853 Oberstleutnant Milivoj Petrovich in Paris ein, wo er mit dem Beauftragten Kossuths, dem polnischen Hauptmann Theodor Lapinsky, über ein serbisch-ungarisches Bündnis verhandelte.¹⁶ Die Einzelheiten der Verhandlungen sind nicht bekannt, wahrscheinlich aber versprach Garaschanin den Ungarn seine Hilfe, falls er wieder an das Ruder der serbischen Politik käme. Zweifellos setzte er seinen Einfluß für die Interessen der Emigranten ein, denn seit diesen Verhandlungen genossen die ungarischen Emissäre im serbischen Fürstentum trotz den Protesten des österreichischen Generalkonsuls ziemliche Handlungsfreiheit. Die Lage der serbischen Regierung war gewiß nicht leicht, da sie, ebenso wie die türkische, keinen casus belli gegen Österreich schaffen wollte. Das Memorandum Gaáls, das dieser im Namen Kossuths der serbischen Regierung im April übermittelte, blieb ohne Bescheid. In diesem Memorandum betonte Gaál, daß ein türkisch-ungarisches Bündnis von größtem Interesse für Serbien sei; könne die Unabhängigkeit und innere Freiheit des Fürstentums doch nur erhalten bleiben, wenn das türkische Reich weiter bestünde und Ungarn seine Unabhängigkeit wieder gewann.¹⁷ Die Garaschanin-Partei förderte die Vorbereitung der ungarischen Revolution, aber die Furcht der serbischen Regierung vor Österreich verhinderte die Durchführung des Planes Kossuths, auf serbischem Gebiete ungarische revolutionäre Truppen zu organisieren.

Die Verbindung zwischen Kossuth und Garaschanin blieb noch während des Jahres 1853 aufrecht, doch übte dieser Umstand keinerlei Einfluß auf die serbische Politik aus, welche eben infolge der Drohungen der österreichischen Regierung von Tag zu Tag strenger gegen die Flüchtlinge auftrat. Kossuth hoffte noch im Herbst 1853, sich mit Serbien zu gemeinsamem Vorgehen gegen Österreich verbünden zu können. Mit Hilfe seiner serbischen politischen Freunde sollte ein südslawischer Aufstand die an der serbischen Grenze stehenden österreichischen Truppen in Flanke und Rücken fassen, während die serbischen regulären Streitkräfte den Angriff, bzw. die Verteidigung zu übernehmen hatten.¹⁸ Einige der serbischen

¹⁶ Dionys Jánossy: Die Geheimpläne Kossuths für einen zweiten Befreiungsfeldzug in Ungarn 1849—1854. Jahrbuch des Graf Kuno Klebelsberg-Forschungsinstituts, 1936. S. 293.

¹⁷ Gaál an die serbische Regierung in den ersten Tagen des April 1853. H. P. Staatsarchiv.

¹⁸ Kempen—Grünne. Wien, 6. Nov. 1853. G. D. 1039—1853. Staatsarchiv

Führer, wie Garaschanin selbst und ein gewisser Emanuel Jokich, stimmten mit Kossuths Ideen überein und erklärten, selbst dem Versuch einer friedlichen Okkupation Bosniens durch österreichische Truppen mit bewaffneter Hand entgegenzutreten zu wollen.¹⁹

Kossuth beabsichtigte, wenn Österreich für Rußland Partei nahm, sich zuerst nach Konstantinopel, sodann nach Serbien zu begeben, sich selbst an die Spitze der Bewegung zu stellen und von Serbien aus in Ungarn einzufallen. Zumindest sollte, wenn Serbien auch nicht direkt angriff, die Wiener Regierung durch kriegेरische Vorbereitungen genötigt werden, einige Armeeteile an den dortigen Grenzen zu belassen, und so eine militärische Stärkung Siebenbürgens, das ja weit wichtiger war als Südungarn, verhindert werden.²⁰ Der Wiener Regierung war bekannt, daß Serbien sich von Frühjahr bis zum Herbst 1853 auf einen Krieg mit Österreich und ein Bündnis mit Ungarn vorbereitete. Nicht nur die wiederholten Reisen der ungarischen Emigranten, sondern das Erscheinen französischer Offiziere auf serbischem Gebiet trieben die österreichische Regierung zu raschen Entschlüssen. Einige französische Offiziere organisierten in Kragujevac die serbischen Truppen; die serbische Regierung selbst verhandelte halbamtlich mit den ungarischen Emigranten, sie im Kriegsfall in ihrer Armee aufzunehmen.²¹ Die Berichte der Polizei und der Beauftragten des Armeeoberkommandos zeigten, daß ein österreichisch-türkischer Krieg wahrscheinlich ein serbisch-ungarisches Bündnis nach sich ziehen würde.²² Wien war sich der großen Bedeutung Serbiens für die ungarische Revolution bewußt, ein freundschaftliches Verhältnis zu Serbien mußte daher erreicht werden. Der offizielle Besuch des FML. Grafen Coronini-Kronberg, des Kommandanten des serbisch-banatischen Armeekorps, Februar 1854 in Belgrad beruhigte die dortigen politischen Kreise und war Beweis dafür, daß die Idee eines ungarisch-serbischen Bündnisses gegen Österreich fallen gelassen sei. Von diesem Zeitpunkte an zeigte sich eine deutliche Abkehr der serbischen Regierung und

¹⁹ Ein Bericht Jazmagys v. 19. Aug. 1853. G. D. 776. „Das französische Konsulat in Belgrad übernimmt für die Zukunft alle Aufträge von Constantinopel für Serbien durch Vermittlung des Dolmetsch Doffek. Dieses Consulat ist zugleich die sicherste Agentur für das Londoner Central Revolutions Comite.“

²⁰ Kempen—Grünne. Wien, 6. Nov. 1853. G. D. 1039—1853.

²¹ G. D. 776. Staatsarchiv.

²² Radosavljevic—Buol. Belgrad, 27. Nov. 1853. P. A. und Radosavljevic—Buol, 10. Febr. 1854. P. A. Staatsarchiv.

der leitenden politischen Faktoren von den Ungarn, auch war die Handlungsfreiheit der Emissäre nunmehr völlig unterbunden.²³

Ein weiterer Plan Kossuths wollte mit Hilfe seiner amerikanischen Parteigänger aus zehn Schiffen, darunter mehreren größeren und wohl- ausgerüsteten Fahrzeugen, eine Flottille aufstellen und zum größten Teil mit Flüchtlingen bemannen. Diese Flotte hätte den Ausbruch der Revolution durch einen Handstreich auf Fiume zu unterstützen gehabt.²⁴

Neben seinen Verbindungen im Orient aber wollte sich Kossuth vor allem auch der französischen Regierung versichern; er hielt noch immer dafür, daß die Orientkrise einen allgemeinen europäischen Krieg nach sich ziehen werde. Die ersten Schritte erfolgten von der französischen Regierung. Diese wußte, daß die Ungarn im Falle eines Krieges mit Österreich die besten Verbündeten wären, die eine Einmischung Österreichs verhindern könnten. Eine Versöhnung Kossuths mit der Regierung Napoleons war an sich schwierig. Vor der Orientkrise hatte Kossuth engste Verbindung mit den Führern der europäischen Umsturzpartei, Mazzini und Ledru-Rollin, einem französischen Emigranten, aufrechterhalten. Die europäische Umsturzpartei sah in der Person Napoleons, der gegen das Völkerrecht den Thron der Franzosen besetzt hielt, einen Feind. Der allgemeine europäische Revolutionskrieg sollte sich ebenso gegen ihn, wie gegen Österreich und Rußland richten, und ein Bündnis mit Napoleon bedeutete für Kossuth einen Verrat seiner Ideen. Da aber die französische Politik gegen Österreich auftreten wollte und man hoffen durfte, die Befreiung Ungarns mit französischer Hilfe zu erreichen, begann Kossuth ungeachtet aller Bedenken die Verhandlungen mit den Beauftragten der französischen Regierung.

Von deren Seite aus führte die Verhandlungen Minister Graf Persigny, einer der intimsten Freunde des Kaisers. Seine Beauftragten, die mit den Bevollmächtigten Kossuths verhandelten, waren Malingre und Carlier.²⁵ Kossuth betraute mit der Verhandlungsführung zuerst den ehemaligen Honvédoberst Nikolaus Kiss von Nemeskér, dann Johann Banya, welcher übrigens in österreichischen Diensten stand, weiters Paul Szirmay und Paul Hajnik.²⁶

Den Beauftragten Kossuths in Paris empfing zuerst Graf Morny, der

²³ Ebenda.

²⁴ Aus vertraulichen Mitteilungen v. 20. Jan. 1854. G. D. 76—1854.

²⁵ Jánossy: a. a. O. S. 284.

²⁶ Ebenda.

Halbbruder des Kaisers, am 22. Februar und erklärte ihm, daß die ungarische und türkische Frage mit den französischen Interessen eng zusammenhänge. Dies sei die Ansicht des Kaisers, der Kossuth durch Morny eine Zusammenarbeit anbot. Kossuth sollte Napoleon als Kaiser anerkennen und seine Ansichten über die türkische, amerikanische und ungarische Lage in einer Note niederlegen.²⁷

Die Instruktion, die der Exgouverneur am 27. Februar nach Paris sandte, zeigt seine Zielsetzungen: mit Hilfe der Türkei und Frankreichs die Befreiung Ungarns zu verwirklichen. Er hielt es im Interesse der französischen Regierung für wichtig, mit den ungarischen und italienischen Emigranten ein Bündnis zu schließen, da sich ja das zweite Kaiserreich infolge der Vorherrschaft der europäischen konservativen Mächte in einer schwierigen Lage befand und nur sehr schwer gleichzeitig gegen einen äußeren Angriff und eine Revolution von innen Widerstand leisten konnte. Der äußere Angriff drohte von Seiten Rußlands und Österreichs und Frankreich habe nur einen Verbündeten in diesem Falle neben sich: die europäische Umsturzpartei. Nur durch ein enges Bündnis mit den Italienern und Ungarn konnte sich die Macht des Kaiserreiches erhalten. Die Gelegenheit auszunützen und die Mächte der Heiligen Allianz während der Orientkrise anzugreifen, bot Frankreich daher größeren Vorteil, als neutral zu bleiben; andernfalls war ein Angriff Österreichs und Rußlands im günstigen Augenblick zu erwarten, wenn Frankreich vielleicht ohne Verbündete stand. Der zweite Gesichtspunkt, aus dem ein Bündnis mit den Ungarn die französischen Interessen stark berührte, war die Möglichkeit einer inneren Revolution in Frankreich, welche die Macht der napoleonischen Dynastie vernichten konnte, wenn ganz Europa gegen Frankreich sich erhob. Ein Bündnis mit der italienischen und ungarischen Umsturzpartei konnte diese Gefahr abwenden, denn bei einem Zusammenarbeiten Kossuths mit dem Kaiser mußte notwendigerweise jede Bewegung der französischen Emigranten ausgeschaltet bleiben. Eine Kriegserklärung Frankreichs an Österreich und Rußland würde die Erhebung der Ungarn, Polen und Italiener zur Folge haben und den Anschluß aller unterdrückten Völker, die unter der Herrschaft der beiden osteuropäischen Großmächte lebten, an die Fahnen des Kaisers bedeuten. Frankreich werde solcherart siegreich aus dem Kampfe hervorgehen, die außen- und innenpolitische Lage des Kaisers gefestigt sein.²⁸

²⁷ Kossuth—Graf Julius Andrassy. London, 13. Nov.

²⁸ Kempen—Buol. Wien, 29. März. Staatsarchiv. Siehe Anhang.

Dieses Memorandum wurde von Napoleon selbst eingehend studiert, die Verhandlungen mit Kossuths Beauftragten fortgesetzt. Persigny und seine Bevollmächtigten stellten den Ungarn die Lage so dar, als ob der Kaiser entschlossen wäre, an der Spitze der europäischen Revolution gegen Österreich und Rußland zu marschieren. Persigny sicherte Kossuth den Abschluß eines ungarisch-französischen Bündnisses innerhalb weniger Monate zu.²⁹ Man kann wohl annehmen, daß die französische Regierung nur im äußersten Notfalle sich mit den Ungarn verbünden wollte, denn eine allgemeine Revolution in Europa hätte, auch wenn an ihrer Spitze der Kaiser gestanden, diesen zweifellos in eine gefährliche Lage gebracht.

In seinem Antwortschreiben betonte Kossuth neuerdings die Notwendigkeit der französisch-ungarischen Zusammenarbeit, an deren Zustandekommen er allerdings nicht mehr glaubte, da er sah, daß die französische Regierung die Annäherung Österreichs wünschte, was zugleich ein Abwenden Frankreichs von den ungarischen Forderungen bedeutete. Noch einmal schlug er vor, daß Napoleon diesen volkstümlichen Krieg gegen die konservativen Mächte beginne, der seine Autorität im Ausland und in Frankreich festigen werde.³⁰ Die Antwort der französischen Beauftragten war nichtssagend. Mitte Juni 1853 stand die Ergebnislosigkeit der Verhandlungen fest, Kossuth mußte erkennen, daß Ungarn nur Mittel zum Zweck und das Hauptziel der französischen Politik die Befriedung mit Österreich und ein Bündnis mit diesem gegen Rußland war.³¹ Die französische Politik hatte mit dem Wert der ungarischen Verhandlungen nur zu gut gerechnet. Denn nicht nur bedeutete die Gefahr der Revolution einen starken Druck auf die Wiener Regierung, sondern auch eine Lahmlegung der europäischen Umsturzpartei während der Verhandlungen in ihrer Arbeit gegen das Regierungssystem des zweiten Kaiserreiches. Die Bündnispläne Kossuths waren durch die erste Annäherung vereitelt worden und die ungarischen Emigranten mußten nunmehr neue Verbündete suchen. Kossuth hielt die Verbindung mit den Tuilerien über Nikolaus Kiss bis Ende 1855 aufrecht, von einem ernsten Bündnis jedoch war nicht mehr die Rede.³²

Ständige Informationen erhielt die österreichische Regierung durch

²⁹ Malingre—Bangya. Paris 17. Juni 1853. G. D. 607—1853. Staatsarchiv.

³⁰ Bangya—Malingre. Paris, 20. Juni. G. D. 607—1853. Staatsarchiv.

³¹ Malingre—Bangya. Paris, 21. Juni. G. D. 607—1853. Staatsarchiv.

³² Nikolaus Kiss von Nemeskér—Kossuth, Paris, September 1855. G. D. 831—1855.

den französischen Polizeiminister Maupas im Wege über den österreichischen Botschafter Baron Hübner, der solcherart von den Forderungen der Ungarn und der anderen Emigranten erfuhr. Der Polizeiminister benachrichtigte den Botschafter auch von den französisch-ungarischen Verhandlungen und erklärte schon zu Beginn des Februar 1853, daß die revolutionäre Partei einen Aufstand in Ungarn mit französischer Hilfe beabsichtige.³³ Ebenso stand der gewesene Pariser Polizeichef Carlier in engster Verbindung zu Hübner, dem er mitteilte, die Ungarn in der Türkei erwarteten „le signal pour se mettre à la tête des mécontents de la Hongrie“. Kossuth habe seine Friedenshand dem Kaiser der Franzosen geboten und ihm den Schutz vor den Dolchen der Umsturzpartei zugesichert, sollte er das Bündnis mit den Ungarn schließen. Auch Prinz Napoleon, dessen großer Einfluß auf die französische Politik bekannt war, äußerte — wie Carlier meldete — zu Beginn Februar, daß seiner Meinung nach die Revolution in der Monarchie nicht mehr ferne sei.³⁴

Neben den Verhandlungen mit der französischen und türkischen Regierung und neben den revolutionären Vorbereitungen hatte Kossuth auch die Verbindungen mit den italienischen und polnischen Emigranten aufrechterhalten. Die Italiener und Polen erhofften von der Orientkrise die Befreiung ihrer unterdrückten Völker und waren gewillt, für dieses Ziel mit Kossuth, dem anerkannten Führer der europäischen Umsturzpartei, zusammenzuarbeiten. Das gemeinsame Ziel aller Emigranten war die Intervention Österreichs, von der man eine allgemeine Revolution erwartete, welche Italien, Ungarn und Polen aus der österreichischen und russischen Knechtschaft retten sollte.

Die Verbindungen zwischen Kossuth und Mazzini waren vor der Orientkrise sehr herzliche. Der erste Versuch Mazzinis, der Aufstand in Mailand, der jedoch ohne Kenntnis Kossuths erfolgte, verschlechterte dann das Verhältnis zwischen den beiden Führern. Das Ziel dieses Aufstandes bildete die schlagartige Eroberung der Lombardei und, wenn möglich, einiger italienischer Provinzen mit Hilfe der im lombardisch-venezianischen Königreich dienenden ungarischen und italienischen Soldaten. Der Aufstand war sehr schlecht vorbereitet und Radetzkys österreichische Truppen erstickten schnell und grausam die Bewegung. Mazzini brachte ohne Wissen Kossuths dessen Namen mit der Revolution in Ver-

³³ Hübner—Bucl. Paris, 23. Febr. 1853. H. P. Staatsarchiv.

³⁴ Hübner—Bucl. Paris, 23. Febr. 1853. H. P. Staatsarchiv.

bindung, indem er eine alte, noch in Kleinasien verfaßte Proklamation unter den ungarischen Soldaten verteilen ließ, in der Kossuth sich für eine gemeinsame italienisch-ungarische Revolution erklärte.³⁵ Mazzini war nicht zur Verteilung dieser Proklamation ermächtigt, welche Kossuth, der erst aus den Zeitungen von dem Aufstand und seiner Unterdrückung erfuhr, in eine unangenehme Lage vor der ungarischen Öffentlichkeit und vor England brachte. Er mußte eine Beeinträchtigung seines Ansehens infolge dieser Freundschaft mit Mazzini befürchten, da man wohl glaubte, daß der unüberlegte Aufstandsplan seinem Gehirn entsprungen sei. Die Proklamation, die Mazzini unter den ungarischen Soldaten verteilen ließ, wurde auch in England bekannt, als die ungarfeindlichen Times sie am 10. Februar veröffentlichten.³⁶ Diese Tatsache erschwerte die Lage Kossuths und kühlte die Verbindung zwischen den beiden Führern bedeutend ab.³⁷

Während der Orientkrise und während des Krieges selbst besserte sich wohl das Verhältnis zwischen Ungarn und Italienern, aber eine Zusammenarbeit der zwei Emigrationen konnte sich wegen der politischen Konstellation nur in geringem Maße verwirklichen.

III.

Die revolutionären Emissäre, die Verschwörungen in Ungarn und Siebenbürgen.

Kossuth hatte sich schon zu Ende des Jahres 1852 entschlossen, einige geschickte Emissäre nach Ungarn und Siebenbürgen zu entsenden, um das Volk für einen möglichen Aufstand vorzubereiten und mit Hilfe der unzufriedenen Elemente Freischaren im Gebiet der Monarchie zu organisieren. Ebenso, wie die im Orient tätigen politischen Flüchtlinge, wußten die westlichen Emigranten sehr gut, daß die Rolle des Fürstentums Serbien von diesem Gesichtspunkte aus von Bedeutung sei, da die Emissäre durch dieses Gebiet nach Ungarn einreisen konnten. Die geographische Lage des Fürstentums und die österreichfeindliche Stimmung des serbischen Volkes leisteten wertvollen Vorschub jenen Emissären, die

³⁵ Colloredo—Buol. London, 10. Febr. 1853. Staatsarchiv. P. A.

³⁶ Colloredo—Buol. London, 17. Febr. 1853. Staatsarchiv. P. A.

³⁷ Colloredo—Buol. London, 25. Febr. und 3. März. Staatsarchiv. P. A.

von Ende 1852 bis Mitte 1853 sich in Serbien völlig frei bewegten und die Kossuth-Dollar, die geheimen Botschaften des Exgouverneurs, sowie die Korrespondenz der Emigranten über die serbische Grenze nach Ungarn schmuggelten.

Die Sicherheit der südungarischen und kroatischen Grenze war durch die serbischen und bosnischen Emissäre sehr bedroht. Banus Jellačić berichtete schon Mitte Januar 1853 an den Kriegsminister, daß die christliche Bevölkerung Bosniens sehr erregt sei und man mit dem Einfall von Freischaren in Kroatien rechnen müsse. Unter den Bosniern befänden sich zahlreiche alte ungarische Revolutionäre, welche am Freiheitskampf teilgenommen hatten und jetzt das Volk gegen Österreich aufreizten.¹

Der Beauftragte Kossuths in der Türkei, Graf Gregor Bethlen, der ehemalige Honvédoberst und Flügeladjutant des Exgouverneurs während seiner Amerikareise, fuhr in Begleitung Alexander Gaáls Ende Dezember 1852 nach Belgrad, um die Reisen der Emissäre vorzubereiten. Die zwei ungarischen Herren fuhren als türkische Nisam-Offiziere unter türkischem Schutze nach Belgrad, wo dessen Festungskommandant, Bessim Pascha, sie empfing.² Graf Bethlen traf mit dem Pascha ein Übereinkommen, wonach die ungarischen Emissäre, die nach Ungarn reisen wollten, unter seinem Schutze standen. Bessim versprach die Erfüllung der ungarischen Wünsche und von Januar 1853 an konnten die Emissäre ungehindert ihr gefährliches Gepäck nach Ungarn hinüberschaffen.

Der erste ungarische Emissär, den Kossuth nach Konstantinopel und von dort nach Ungarn sandte, war der ehemalige Hovédoberst Philipp Figyelmessy, der mit seiner Frau Ende Dezember in Belgrad erschien und mit Hilfe des Kaufmannes Karl Kralovansky Botschaften und Briefe Kossuths nach Ungarn schmuggeln ließ.³ Sein Ziel wurde jedoch nicht völlig erreicht, denn er plante, auch selbst nach Ungarn zu fahren, wie er es schon in den Jahren 1851 und 1852 getan hatte. Die Spitzel des Belgrader österreichischen Generalkonsuls verrieten seinen Aufenthalt und die serbischen Behörden mußten den mit englischem Paß reisenden Figyelmessy ausweisen. Sein Hauptplan war die Organisierung von Freischaren in der ungarischen Tiefebene und die innere Vorbereitung der

¹ Frh. v. Jellačić — FML. Csorich. Agram, 6. Febr. 1853. Armeeobercommando-Präsidialakten 726—1853. Kriegsarchiv.

² Radosavljevič—Buol. 4. Jan. 1853. H. P. Staatsarchiv.

³ Anonymer Bericht v. 10. März 1853. B. M. 1035—1853. Staatsarchiv.

Bewohner für die Revolution gewesen. Er brachte mit sich 3000 Stück Proklamationen und 200 Briefe Kossuths, die der Exgouverneur an seine Parteigänger in Ungarn übersandte.⁴ Figyelmessy, der während seines serbischen Aufenthaltes die Namen Merko, Merks, Myer trug, konnte in türkischer Uniform trotz der Aufmerksamkeit der österreichischen Grenz- wache die Grenze erreichen und mit Hilfe seines Dieners die Botschaften Kossuths nach Ungarn schmuggeln.⁵ Seine Tätigkeit bereitete dem Generalkonsulat große Sorge, das im Januar von der serbischen Regierung die Unterbindung der Emissärreisen forderte⁶ und 1000 Gulden für die Verhaftung Figyelmessys aussetzte. Dieser aber war, als er seine Aufgabe erfüllt hatte, bereits nach London zurückgekehrt.⁷

Neben ihm spielte unter den Emissären eine hervorragende Rolle der aus einer belgischen Familie stammende ehemalige Honvédoberst Baron Karl Bátorffy-Schwarzenberg, der sich nach dem Freiheitskampf in Bosnien verborgen hielt und dann der Armee Omer Paschas anschloß. Er brachte zahlreiche Proklamationen und andere aufrührerische Schriften von Konstantinopel nach Belgrad, von wo die Kaufleute Kralovansky und Fuchs sie nach Ungarn weiterschmuggelten. Bátorffy-Schwarzenberg verbarg sich während seines Aufenthaltes in Belgrad in der Festung und zeigte sich im Gebiete des Fürstentums nur in türkischer Uniform.⁸ Auch stand er in engster Verbindung mit dem französischen Generalkonsul Ségur, der ihm auch einen französischen Paß vermittelte.⁹ Ségur war — wie die österreichischen Berichte meldeten — während des Jahres 1853 ein besonderer Beschützer der ungarischen Emigranten und verhalf nicht nur Bátorffy, sondern auch anderen Emissären zu Pässen und Geldmitteln.¹⁰ Ein weiterer Freund der ungarischen Forderungen war der Dolmetsch Tefvik Amedé Effendi, mit dessen Hilfe die Ungarn mehrere Schreiben nach ihrer Heimat und der Walachei senden konnten.¹¹ Zu erwähnen sind ferner unter den Emissären Karl Tóthfalussy und Josef Nagy, ehemalige Honvédoffiziere, die viele Monate in der Belgrader

⁴ Buol—Radosavljevič, Wien, 28. Febr. 1853. H. P. Staatsarchiv.

⁵ Klezl—Buol. Konstantinopel, 17. März 1853. Staatsarchiv. P. A.

⁶ Radosavljevič—Buol. Belgrad, 29. Jan. 1853. H. P. Staatsarchiv.

⁷ Kempen—Grünne. Wien, 24. April. G. D. 351—1853. Staatsarchiv.

⁸ Kempen—Buol. Wien, 24. April 1853. H. P. Staatsarchiv.

⁹ Bericht Jazmagys v. 19. Okt. G. D. 776 — 1853. Staatsarchiv.

¹⁰ Coronini—Buol. Semlin, 24. April 1853. Staatsarchiv. P. A.

¹¹ Graf Nesselrode (russischer Außenminister) — Botschafter Frh. v. Meyendorff. Petersburg, 14. Aug. 1853. P. A. Staatsarchiv.

Festung zubrachten. Zu ihren Aufgaben gehörte auch die Weiterleitung der geheimen Schriften, welche schwierige Arbeit dank der Mithilfe des Paschas ermöglicht wurde.¹²

Die österreichische Regierung war bestürzt über das massenweise Auftreten der Emissäre und die aktive Unterstützung durch den türkischen Festungskommandanten, sowie den französischen Generalkonsul. Die Nachrichten, welche aus Belgrad auf diplomatischem und polizeilichem Wege in Wien eintrafen, zeigten, daß das kleine Fürstentum von ungarischen Emissären wimmelte, welche angesichts der gespannten Lage in Ungarn leicht eine Revolution heraufbeschwören konnten. Besonders gefährlich erschien der Wiener Regierung die freundschaftliche Haltung des Festungskommandanten und die Duldung der revolutionären Umtriebe von Seite der serbischen Regierung, da man erwarten konnte, daß die Revolution sich dort organisieren werde und die ersten revolutionären Truppen aus Serbien einmarschieren würden. Der Chef der Obersten Polizeibehörde, Graf Kempen, forderte schon am 17. Februar von Graf Buol, daß dem Rechtsanspruch der österreichischen Regierung in Serbien nachgekommen werde, der die fürstlich serbische Regierung verpflichtete, die auf ihrem Gebiet tätigen ungarischen politischen Flüchtlinge zu verhaften und den österreichischen Behörden auszuliefern.¹³ Buol wies den Belgrader Generalkonsul an, von der serbischen Regierung die neuerliche Anerkennung und Erfüllung dieses Rechtsanspruches zu verlangen. Buol wollte diese gefährlichen Elemente nicht weiter dulden und befahl dem Generalkonsul, auf ihren Kopf einen Preis auszusetzen und sie womöglich verhaften zu lassen.¹⁴ Diese Maßnahme blieb jedoch ohne Erfolg. Die fürstlich serbische Regierung versprach zwar die Erfüllung der Wünsche der Monarchie, die Emissäre aber bereisten in türkischer Uniform das Land und setzten ihre Schmuggeltätigkeit fort.¹⁵ Ein zweiter Protest Buols an die Pforte erging im April gegen Bessim Pascha, der wiederholt den Leiningen-Vertrag verletzte und die revolutionären Vorbereitungen offen begünstigte. Der Geschäftsträger Frh. v. Klezl stellte an die türkische Regierung das dringendste Verlangen, die gegen die Interessen Österreichs arbeitenden Emissäre nicht mehr länger in der Belgrader Festung zu dulden. Er beschuldigte den Festungskommandanten ganz offen der

¹² Kempen—Buol. Wien, 24. April 1853. H. P. Staatsarchiv.

¹³ Kempen—Buol. Wien, 17. Febr. 1853. H. P. Staatsarchiv.

¹⁴ Buol—Radosavljevič. Wien, 16. März. H. P. Staatsarchiv.

¹⁵ Ebenda.

besonderen Unterstützung der Emissäre, die das gute Verhältnis zwischen der Monarchie und der Türkei aufs Schwerste gefährde.¹⁶ Die Pforte versprach wohl am 21. April, die Emissäre aus Serbien zu entfernen, doch blieben bis zum Herbst dieses Jahres die Verhältnisse unverändert, trotz dem persönlichen Protestschritt des österreichischen Generalkonsuls bei Bessim Pascha. Dieser wies nämlich die Beschwerde zurück und forderte Radosavljevič auf, den inneren Teil der Festung selbst in Augenschein zu nehmen. Jener wußte natürlich durch seine Spione ganz genau, daß viele Ungarn sich in der Festung als türkische Offiziere verborgen hielten, die er aber nicht entlarven konnte.¹⁷

Im Oktober erreichte die österreichische Außenpolitik ihr Ziel immerhin in einem Punkte. Bessim Pascha mußte wegen der Beschützung der ungarischen Emissäre von seinem Posten zurücktreten; sein Nachfolger, der äußerst vorsichtige Izzet Pascha, zog die Hand von den Emigranten zurück.¹⁸

Die Reisen der Emissäre waren von Erfolg begleitet. Graf Kempen stellte am 28. Mai fest, daß die Stimmung in weiten Kreisen des Volkes in Mittelungarn sehr zweifelhaft und regierungsfeindlich sei und durch die aus Serbien eintreffenden Emissäre und Botschaften Kossuths noch verschlechtert werde.¹⁹ Die Ministerkonferenz entschied im April die Einteilung Ungarns in fünf Gendarmerie-Distrikte mit den Hauptorten Buda, Pozsony (Preßburg), Sopron (Ödenburg), Kassa (Kaschau) und Várad. Das Ziel dieser Einteilung war die strengste Beobachtung der Volksstimmung und eine Verhinderung der Ausdehnung revolutionärer Ideen.²⁰

Diese Maßnahme aber genügte nicht. Die große Zahl der Emissäre und die Verbreitung der revolutionären Schriften ließen eine Verschlechterung der Lage noch im Frühjahr 1853 befürchten und so schlug Kempen dem Kaiser am 1. Mai vor, an der bosnisch-serbischen Grenze neue Polizeikommissariate aufzustellen, welche der Obersten Polizeibehörde unterstünden und deren Mitglieder militärischen Charakter hätten. Der Hauptgrund der regierungsfeindlichen Stimmung, die Wirksamkeit der Emissäre, sollte auf diese Art möglichst verhindert werden. Neben verschärfter

¹⁶ Klezl—Buol. Konstantinopel, 21. April 1853 und 26. Mai 1853. Staatsarchiv. P. A.

¹⁷ Radosavljevič—Buol. Belgrad, 3. Mai 1853. Staatsarchiv. P. A.

¹⁸ Radosavljevič—Buol. Belgrad, 22. Okt. 1853. Staatsarchiv. P. A.

¹⁹ Kempens Bericht an Kaiser Franz Josef. Wien, 28. Mai 1853. G. D. 563. Staatsarchiv.

²⁰ Kempen—Grünne. Wien, 9. April 1853. G. D. 329. Staatsarchiv.

Beobachtung der Reisenden wurde über Auftrag Kempens an den südlichen Grenzen Ungarns genaue Paßkontrolle der Reisenden, insbesondere jener mit französischen Pässen, verfügt, um dadurch vielleicht der Emissäre habhaft zu werden und die Umtriebe der Revolutionspartei aufzudecken.²¹

Erst im Winter des Jahres 1853 aber wurden die Reisen der Emissäre nach Ungarn seltener, da die strengen Maßnahmen an der österreichischen Grenze und das tatkräftige Einschreiten der serbischen Regierung dies vereitelten. Seit dem Herbst 1853 mußten die Emissäre das Gebiet der Monarchie über die Walachei betreten, die einzige Möglichkeit, die damals noch hierfür bestand.

Der Plan Gaáls, des Hauptagenten Kossuths, zielte darauf hin, mit Hilfe des türkischen Heeres die ungarische Legion in Siebenbürgen und im Banat einfallen zu lassen und durch die revolutionären Truppen in diesem Gebiet einen allgemeinen Aufstand hervorzurufen. Sehr wichtig aber war es, daß vor dem Einfall eine Bewegung in Ungarn und seinen Nebenländern vorbereitet wurde. Zu diesem Zwecke schickten die Agenten Kossuths die Emissäre nach Ungarn und Siebenbürgen mit dem Auftrage, in den einzelnen Gebieten mit Freischaren die ungarischen revolutionären Truppen zu erwarten. Die ungarische Emigration rechnete damit, daß im Laufe des Jahres 1853 eine offene magyarisch-türkische Allianz erreicht werde oder daß bei gewissen Fortschritten der Türken Omer Pascha und die übrigen Heerführer einer ungarischen Erhebung die Hand bieten würden. Der beste Raum für eine ungarische Verschwörung war das Szeklerland, das einzige Gebiet, in dem an der Staatsgrenze ein zuverlässiges magyarisches Volk wohnte. Vor allem also wollten die ungarischen Emissäre dieses Szeklervolk organisieren und zur Revolution vorbereiten. Das Programm der Revolutionspartei wollte von hier die allgemeine ungarische Insurrektion ausgehen lassen, die sich dann über die weiteren Landesteile auszubreiten hätte.

Dieser Plan Kossuths und der anderen Emigranten rechnete damit, daß in den Gebieten diesseits und jenseits der Donau nach Überwältigung der Garnisonen starke „Kreisparteien“ sich bilden würden, deren Aufgabe bei weiterer Zunahme darin bestanden hätte, die noch anwesenden österreichischen Truppen restlos zu beschäftigen und ihre Verbindung mit

²¹ Kempen—Generalmajor Bamberg. Wien, 1. März 1853. Armeeoberkommando, Präsidialakten 1205—1853. Kriegsarchiv

den an der unteren Donau stehenden Österreichern zu unterbrechen. Ein gleichzeitiger kroatischer und südslawischer Aufstand sollte in diesem Sinne mitwirken. Die revolutionären Freischaren, die von Kossuths Beauftragten im nördlichen Ungarn zu bilden waren, hätten zu trachten, sich aller Pässe zu bemächtigen, die nach Galizien führten, um die Zuschübe für die Regierungstruppen in Ungarn zu verhindern.²²

Zwischen der mittleren Donau und Theiß, d. i. zwischen den Linien Pest—Apatin und Jászberény—Ujvidék (Neusatz) sollten sich die zahlreichen ehemaligen ungarischen Offiziere mit ihren Freikorps festsetzen, die Eisenbahnlinie zu gewinnen suchen und mit dem Aufstand im Banat und im Csongráder Komitat die Verbindung aufnehmen. Das Gebiet, welches von der Theiß, Szamos und Donau eingeschlossen wird, sowie Siebenbürgen waren als der Kriegsschauplatz in Kossuths Plänen gedacht.²³

Die Truppenstärke des in der Bácska, im Banat und südöstlichen Ungarn (Komitate Arad, Csongrád, Békés) zu entflammenden bewaffneten Aufstandes wird von Kossuth und seiner nächsten Umgebung mit nicht weniger als 60.000 Mann beziffert. Der regierungsfeindlichen Bevölkerung der östlichen und nordöstlichen Komitate Ungarns war die Aufgabe zugedacht, sich der nach Siebenbürgen führenden Pässe zu bemächtigen und ihre Fühlung mit dem walachischen Aufstand in Siebenbürgen aufrechtzuerhalten.²⁴

Nach diesem Programm sollte also zuerst die allgemeine ungarische Revolution im Szeklerlande ausbrechen und dann, wenn die türkischen Truppen in Siebenbürgen einfielen, auf die anderen Teile des Landes übergreifen. Gaál und seine Parteigenossen waren davon überzeugt, daß bei einer revolutionären Erhebung in Siebenbürgen der türkische Heerführer Omer Pascha, der mit der Umsturzpartei in engster Verbindung stand, ein Hilfskorps entsenden werde, mit dem vereint die Führer der Revolution ganz Siebenbürgen und Ungarn in den Aufstand mitreißen wollten.²⁵ Oberst Gaál begann schon im Frühjahr 1853 die Bewegung vorzubereiten und erließ eine Proklamation an die ungarischen, italienischen und walachischen Soldaten, die in den siebenbürgischen Armee-korps dienten.²⁶ Er verfaßte diese Proklamation im Namen des legitimen

²² Kempen—Grünne. Wien, 6. Nov. 1853. G. D. 1039. Staatsarchiv.

²³ Ebenda.

²⁴ Ebenda.

²⁵ Bruck—Buol. Konstantinopel, 24. Nov. 1853. H. P. Staatsarchiv.

²⁶ Kempens Bericht an Kaiser Franz Josef. Wien, 25. April 1853. G. D. 355. Staatsarchiv.

Gouverneurs von Ungarn und bezeichnete sich darin als Führer der zu organisierenden siebenbürgischen Revolutionsarmee. In diesem umfangreichen Aufruf forderte er im Namen Kossuths die freisinnigen Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten auf, die österreichischen Fahnen zu verlassen und nicht mehr Österreich zu dienen, dessen Dynastie die Freiheit der ungarischen Nation vernichtet habe. Er wies darauf hin, daß sie, blieben sie unter den Fahnen der Monarchie, nicht dem Wohlstand ihres Volkes sondern den Despoten und dem System der Unterdrückung und der Knechtschaft dienten. Die österreichische Armee sei einst sehr gut gewesen, aber nach dem Freiheitskriege fehle ihr die moralische Kraft und die vaterländische Begeisterung und deshalb sei diese ruhmreiche Armee seit Világos geschwächt, die ersten Kanonenschüsse würden sie zersprengen. Das Ziel der Revolutionspartei erhellt deutlich aus dieser Proklamation: eine allgemeine Revolution in Europa hervorzurufen und die Unabhängigkeit Ungarns wiederherzustellen. Dieser neue Freiheitskrieg werde nicht ein Kampf des Ungartums sein, sondern aller unterdrückten Nationen, und die Ungarn — dies verspricht die Proklamation — würden mit diesen Völkern verbündet für ihre Unabhängigkeit und Freiheit kämpfen. Gaál erklärte den ungarischen, italienischen und walachischen Soldaten, daß der legitime ungarische Gouverneur ihn beauftragt habe, die Revolution in Siebenbürgen vorzubereiten und, wenn nötig, das Heer zu führen. Am Schlusse der Proklamation fordert Gaál die Soldaten auf, bereit zu sein und, wenn die Revolution ausbreche, die österreichischen Fahnen zu verlassen, sich ihren Brüdern, den Freiheitskämpfern anzuschließen, welche aus türkischem Gebiet in das Land einfallen würden. Er verspricht im Namen Kossuths allen Offizieren, welche sich mit den Revolutionären verbündeten, eine Rangerhöhung. Diese aufrührerische Proklamation ließ er also in das Land schmuggeln und an jene Offiziere und Unteroffiziere verteilen, die er für Freunde der Bewegung hielt. Den Soldaten gab er Auftrag, mit aller Vorsicht die Proklamation zu verbreiten und die unzufriedenen Elemente für die geplante neue ungarische Armee anzuwerben. Sein höchstes Ziel sah er darin, daß alle guten zuverlässigen Soldaten das Programm der Umsturzpartei kannten und auf das gegebene Signal sich in Massen unter die Freiheitsfahne scharten.

Im Frühjahr 1853 weilte er persönlich in den Donaufürstentümern, hielt sich unerkannt auch in Siebenbürgen auf und suchte zahlreiche junge Szekler in der Moldau und Walachei zu gewinnen, denn aus diesen Männern beabsichtigte er die ersten Truppen des Revolutionsheeres zu rekrutieren.

tieren.²⁷ Sein Propagandazentrum, von dem aus er Briefe, Geld und Proklamationen nach Ungarn und Siebenbürgen sandte, war die Stadt Bottuschany in der Moldau, nahe der österreichischen Grenze. Hierher und an andere Orte, wie Bakau, Fokschan, Ploesti, Pitesti und Bukarest beorderten Gaál und seine Beauftragten die jungen Szekler. Die Hauptquartiere der ungarischen Emigranten lagen nun in Bukarest und Bottuschany.²⁸ Gaál sandte seine Proklamationen seit dem Januar 1853 über die Grenzen Siebenbürgens und der Bukowina in das Gebiet der Monarchie mit Hilfe des Apothekers von Bottuschany, Emerich Haynal, der wegen seiner revolutionären Tätigkeit nach dem Zusammenbruch des Freiheitskrieges aus Marosvásárhely ausgewandert war und seitdem die ungarischen revolutionären Pläne unterstützte. Er schmuggelte mit Hilfe szeklerischer und jüdischer Kaufleute die Proklamationen durch die österreichischen Grenzlinien nach Siebenbürgen und der Bukowina, einige davon auch über die siebenbürgischen Pässe und über den Sereth, der die österreichische Grenze zur Moldau bildete.²⁹ Die Proklamationen erregten großes Aufsehen und verursachten in militärischen Kreisen außerordentliche Entzündung. Selbstverständlich wurden viele der Schriften von den Militärbehörden beschlagnahmt und Erzherzog Albrecht, der Militär- und Zivilgouverneur für Ungarn, ordnete deshalb schon im Februar eine strenge Untersuchung gegen die Aufrührer an. Er machte die Militärbehörden, vor allem das siebenbürgische Armeekorps, darauf aufmerksam, daß „ein wahnsinniger und verbrecherischer Versuch“ die Ruhe und Ordnung des Kaiserstaates stören wolle. Diese revolutionäre Partei, so erklärte er, wolle die Soldaten zum Treubruch verleiten. Er befahl größte Vorsicht und lenkte die Aufmerksamkeit der Armeekommandanten auf diese gefährlichen Umtriebe der Partei. Er vertraue den Soldaten, fürchte aber die revolutionären Maßnahmen und verspreche deshalb 200 Gulden Belohnung jenen Soldaten, welche eine zum Treubruch verleitende Person anzeigten.³⁰ Der Befehl des Erzherzogs blieb völlig erfolglos, da im Frühjahr, wie im Sommer, immer mehr und mehr Proklamationen das Land überschwemmten. Die polizeiliche Untersuchung konnte erst im April feststellen, daß das Zentrum der Revolutionspartei in Bottuschany zu suchen sei, von wo die Schriften nach Siebenbürgen kämen.³¹ Nach vie-

²⁷ B. M. 2144—1853. Staatsarchiv.

²⁸ Frh. v. Testa—Buol. Jassy, 13. Mai 1853. B. M. 2144—1853. Staatsarchiv.

²⁹ Ebenda.

³⁰ Polizeibericht v. 16. Febr. 1853. B. M. 1745—1853. Staatsarchiv.

len Untersuchungen und wegen des großen Wirrwarrs, das damals in den Donaufürstentümern herrschte, konnte erst im Januar 1854 der österreichische Generalkonsul in Jassy, Baron Testa, das Zentrum der Emigration in der Moldau ausheben und dessen Leiter Haynal nach der Türkei verschicken.³²

In geheimer Verbindung zu ihm stand der emigrierte Priester Johann Bardocz in Bakau, der die Szekler Emigranten sammelte und auf ihre weiteren Aufgaben vorbereitete.³³

Unter den Szekler Aufrührern spielte 1853 die größte Rolle Josef Várady. Er war ein Advokat, der seit dem Freiheitskriege in Konstantinopel und Bukarest lebte und in der letzten Stadt Führer der dortigen Emigration wurde. Várady wollte Kossuths und Gaáls höchstes Ziel verwirklichen und übernahm die gefährliche Rolle, eine Szekler Freischar zu bilden, den Szekler Aufstand vorzubereiten und im Auftrage Gaáls als Mandatar nach Siebenbürgen zu gehen, um unter der Szekler Bevölkerung Anwerbungen für die verschiedenen Freischaren durchzuführen. Diese sollten dann das Land mit Hilfe eines ähnlichen, aus Ungarn zu erwartenden Zuzuges insurgieren und zu einem gegebenen Zeitpunkte gegen die im Kriege mit den Türken stehenden Russen den Kampf beginnen. Die von Kossuth und Gaál inzwischen an anderen Stellen geworbenen Truppen sollten danach mit diesen Freischaren zu einer größeren Truppe sich vereinen, um „die ungarische Welt“ wiederherzustellen.³⁴

Várady hat sich erwiesenermaßen längere Zeit im Komitat Háromszék aufgehalten, bevor er sich Mitte August 1853 in das Gebiet Erdővidék begab. Das Zentrum seiner Tätigkeit war die Gemeinde Bibarcfalva, aus der der Freischarführer seine Anhänger rekrutierte. Als Hauptagent Váradys waren in der Untericsik der Csátószeger Ortsnotär Josef Györffy, in der Obercsik der ehemalige Honvédhauptmann Conrad Vischer ausersehen. Auch der Bruder Györffys, Pfarrer in Marosvásárhely, war Mitglied der Verschwörung. Um diese drei Unterführer sammelten sich die revolutionären Szekler.³⁵

Die Lage der Emissäre war nicht sehr schwierig, da das Landvolk

³² Der Starosta der Bukowina — Frh. v. Testa. 3. April 1853. H. P. Staatsarch.

³³ B. M. 5866—1854. Staatsarchiv.

³³ Abgarowitz (österr. Konsul in Bakau) — Testa. 26. Jan. 1854. H. P. Staatsarchiv.

³⁴ Kempen—Grünne, Wien, 26. Okt. 1853. G. D. 997—1853. Staatsarchiv.

³⁵ Kempen—Grünne, Wien, 9. Nov. 1853. G. D. 1048—1853. Staatsarchiv.

und vor allem die Geistlichkeit und der Adel, die Führer des Volkes, mit dem derzeitigen politischen System unzufrieden waren. Das Szeklervolk stand — wie die amtlichen Meldungen besagten — wegen der ungeheuer hohen Steuern und der politischen Unterdrückung gegen die Regierung; die einzige Hoffnung des Szeklertums gründete sich auf die ungarische Emigration, von der es seine politische Freiheit und seinen materiellen Wohlstand ersehnte.³⁶ Die Anwerbungen Váradys waren erfolgreich und in kurzer Zeit schlossen sich ihm zahlreiche szekler Jungmänner an. Er ließ die neuen Rekruten auf die Unabhängigkeit Ungarns im Namen „der unsichtbaren ungarischen Regierung“ vereidigen.³⁷ In der Nähe der Erdővidéker Gemeinde Bibarcfalva, im Walde Farkasmező, verbarg sich der Freischarführer mit seinen Anhängern, da die Gemeinde unter militärischer Beobachtung stand. Seine Truppe hielt sich während des Oktobers in diesem Walde auf und wurde durch die Einwohner der benachbarten Dörfer verpflegt.³⁸ Eine andere ungarische Freischar stand in den Monaten September und Oktober in den Waldungen um Csikszereda. Hier verbargen sich etwa 300—400 Mann, meistens aus der Türkei heimgekehrte politische Flüchtlinge.³⁹ Várady und seine Anhänger, die sich in den Komitaten Csik, Háromszék und Udvarhely aufhielten, wollten die einmarschierenden Truppen Kossuths erwarten, aber die durch Militär verstärkte Gendarmerie zerstreute die Erdővidéker Verschwörer am 6. Oktober und die in Csik Versammelten zu Ende desselben Monates.⁴⁰ Der Rebellenführer flüchtete mit seinen Vertrauten über Kisbacon und Arkos nach Kézdivásárhely, von dort in das Komitat Udvarhely. Die militärischen Behörden machten große Anstrengungen, um Váradys habhaft zu werden, konnten aber erst im Frühjahr 1854 den Freischarführer in Székelykeresztur festnehmen. Seine Anhänger verliefen sich, die meisten wurden von der Gendarmerie verhaftet und dann von einem Militärgericht zu Zuchthausstrafen verurteilt.⁴¹ Das siebenbürgische Militärgericht verurteilte Josef Várady wegen Hochverrates zum Tode und ließ ihn am 6. April hinrichten.⁴² Die Gemeinde Bibarcfalva,

³⁶ Ebenda.

³⁷ Kempen—Grünne. Wien, 18. Jan. 1854. G. D. 72—1854. Staatsarchiv.

³⁸ Ebenda.

³⁹ Testa—Buol. Jassy, 4. Nov. 1853. Staatsarchiv. P. A.

⁴⁰ Kempen—Grünne. Wien, 18. Jan. 1854. G. D. 72. 1854. Staatsarchiv.

⁴¹ Ebenda.

⁴² Kaiser Franz Josef—Grünne. Wien, 6. Aug. 1855. G. D. 690. Staatsarchiv.

Eine schöne Szekler Volksballade, welche drei Varianten hat, behandelt die Ver-

deren sämtliche Bewohner Mitglieder der revolutionären Verschwörung gewesen waren, wurde mit 1000 Gulden Geldstrafe belegt.⁴³

Die Verschwörung Várady und seiner Parteigenossen verursachte der Wiener Regierung nicht geringe Sorgen. Der Chef der Obersten Polizeibehörde, Graf Kempen, meldete an Graf Grünne, daß diese Szekler Verschwörung nicht vereinzelt dastehe, sondern höchstwahrscheinlich ein Glied in der Kette ruchloser Umtriebe bilde, die, wenn Várady's Unternehmen gelungen wäre, bald an anderer Stelle fortgesetzt worden und mit dem solcherart organisierten „Revolutionswerk“ in Zusammenhang getreten wäre.⁴⁴ Die Angst des Grafen Kempen war nicht unbegründet. Gleichzeitig nämlich mit der Szekler Verschwörung wurde auch im Herzen Ungarns ein weitverzweigtes Komplott organisiert, dessen Mitglieder im Bündnis mit dem Szekler Aufstand eine allgemeine ungarische Revolution hervorrufen wollten. Diese Verschwörung in der ungarischen Tiefebene bedeutete eine große Gefahr für die Wiener Regierung, weil gerade in diesem Herbst des Jahres 1853, als die ganze Kraft der Monarchie für den möglichen Krieg benötigt wurde, eine mächtige innere Bewegung ihr Handeln schwächen mußte. Die mittelungarische Verschwörung hatte zwei Zentren, Pest und Arad. Das Ziel war das gleiche, wie in Siebenbürgen: die Emissäre und Beauftragten der östlichen Emigranten gedachten revolutionäre Freischaren zu organisieren und so den Einfall der Kossuth-truppen vorzubereiten.

haftung und Hinrichtung Várady's. Diese Ballade war gesungen in Székelykeresztúr (Komitat Udvarhely) und Karatna (Komitat Háromszék). In der ersten Variante erfährt ein österreichischer Leutnant den Schlupfwinkel Várady's, der sich bei seiner Geliebten im Hause einer gewissen Frau Rojafi verbirgt. Die Soldaten überfallen und verhaften Várady, das Militärgericht läßt ihn nach kurzem Prozeß hinrichten. Die Volksballade steht selbstverständlich auf der Seite des Verurteilten und warnt die Ungarn vor den Deutschen. Auch jene Ballade, die in Karatna gesungen wird, erzählt die Verhaftung des Revolutionsführers. Das ganze Komitat Háromszék ist eingekreist von österreichischen Soldaten, die Várady überraschen und ihn henken.

In der dritten Variante erzählt Várady selbst seine Geschichte. Er ist schon verhaftet und sitzt im Zuchthaus des Militärgerichtes. Mit leidenschaftlichen Worten nimmt er Abschied von seinem teuren Vaterland und von seiner schönen Geliebten. Die Volksballade wünscht den Tod, wie ihn Várady erlitten hat, auch dem österreichischen Hauptmann, seinem Richter. (Vgl. Magyar Népköltési Gyűjtemény. Ungarische Volksliedersammlung, 1882. Budapest. Bd. III. Sammlung Elek Benedeks und Jób Sebesis, S. 94—97.)

⁴³ Vom k. k. 12. Infanteriearmee-korps — an das hohe k. k. III. — te Armee Commando zu Ofen. Hermannstadt, 24. Dezember 1853. G. D. 1039. 1853 — 12—12, Kriegsarchiv.

⁴⁴ Kempen—Grünne. Wien, 6. Nov. 1853. G. D. 1039—1853. Staatsarchiv.

Das Haupt dieser Verschwörung war der Gutspächter Karl Csomortányi, schon seit 1851 Mitglied einer revolutionären Gesellschaft. Er gründete im Frühjahr 1853 ein geheimes revolutionäres Komité in Pest, das durch die Emissäre der Umsturzpartei in engster Verbindung mit Kossuths Unterführern stand. Die Zusammenarbeit zwischen diesen Verschworenen und den in der Türkei tätigen Emigranten erlitt keinerlei Unterbrechung, da die geschickten Emissäre über die serbische Grenze häufig nach Ungarn kamen und viele Briefschaften, Dollarbanknoten und Proklamationen hinüberbrachten. Diese Männer, die entgegen dem Leinigen-Vertrag in die Nähe der Monarchie gelangten, standen unter dem Schutze des Belgrader Festungskommandanten Bessim Pascha, der, wie bekannt, ein erbitterter Feind der österreichischen Regierung und ein wahrer Freund der ungarischen Umsturzpartei war.⁴⁵ Hierbei spielte eine sehr wichtige und gefährliche Rolle der Pfarradministrator von Pancsova, Salomon Haach, der die verbotenen Proklamationen Kossuths, wie auch die Emissäre selbst, welche die Erhebung in Ungarn vorbereiten sollten, hinüberschmuggelte.⁴⁶ Die Emissäre reisten gewöhnlich von Semendria über Temesvár nach Arad, wo ihnen die freisinnigen Minoritenmönche Geldmittel und Quartier zur Verfügung stellten.⁴⁷ Auch zwei Kaufleute, der schon erwähnte Karl Kralovánsky und Karl Fuchs, die oft auf Geschäftsreisen in Serbien weilten, brachten von 1853 bis Januar 1854 zahlreiche Geheimbotschaften nach Pest, wo sich der Führer der Verschwörung, Csomortányi, befand. Auch schmuggelten sie eine grosse Anzahl der sogenannten Kossuth-Dollarbanknoten in das Land, mit welchen der Gouverneur Anleihkapital für die kommende Revolution beschaffen wollte.⁴⁸ Kossuth meinte, daß die der Revolution günstig gesinnten Elemente diese amerikanisch-ungarischen Dollarbanknoten kaufen würden und aus dem Ertrage die finanziellen Grundlagen für die Revolution gewonnen werden könnten. Kralovánsky und Fuchs brachten ihre gefährliche Ware nach Pest, wo Csomortányi die Banknoten in Empfang nahm und unter seinen Parteigenossen verteilte.⁴⁹ Er stand in

⁴⁵ Coronini—Buol. Semlin, 24. April 1853. Staatsarchiv. P. A.

⁴⁶ GM. Augustin—FML. Coronini. Semlin, 18. Febr. 1854. Kriegsarchiv, Feldakten. Serbisch-banatisches Armeekorps 1854 — 2—50.

⁴⁷ Kempen—Grünne. Wien, 31. Dez. 1853. G. D. 1196 — 1853. Staatsarchiv.

⁴⁸ K. k. Kriegsgericht in Wien — an ein hohes k. k. Militärgouvernement in Wien, 29. Okt. 1854. G. D. 1196.

⁴⁹ K. k. Kriegsgericht in Wien — an ein hohes k. k. Militärgouvernement in Wien, 30. Dez. 1854. G. D. 1196.

dauernder Verbindung mit einigen freisinnigen Gutsbesitzern im Komitat Pest, seine Anhänger gehörten dem Mittelstande an. Ihm nahe standen der 48-er Abgeordnete Ladislaus Pálóczy und der Gutsbesitzer Alexander Sántha, der die Organisierung der Freischaren im Komitat Csanád übernommen hatte.⁵⁰ Ein Mitglied der Verschwörung war auch der Gutsbesitzer Georg Komáromy, der einige Jahre später Ungarn verließ und sich der Emigration anschloß. Diese Verschwörung zählte 400—500 Mitglieder, meistens aus dem Mittelstande kommend. Viele Gutsbesitzer, Advokaten, Ärzte und ehemalige Honvédoffiziere befanden sich unter ihnen.⁵¹ Csomortányi wollte im September eine Verbindung mit den siebenbürgischen Revolutionären schaffen und sandte zu diesem Zweck einen seiner Anhänger, einen gewissen Szent-Imrei, mit Banknoten und geheimen Weisungen, die den Zeitpunkt der geheimen Erhebung mitteilten, nach Siebenbürgen, da es sein vornehmstes Ziel war, daß der ungarische und siebenbürgische Aufstand zum gleichen Zeitpunkt ihren Anfang nähmen. Auch er arbeitete aufs Engste mit den Führern der Arader Verschwörung, dem gewesenen Vizegespan Anton Vörös und dem Minoriten Winkler, welche die südostungarische Bewegung zu leiten hatten. Der Mittelpunkt dieser Bewegung war vor allem im Minoritenkloster zu Arad zu suchen, dessen Guardian und Brüder Mitglieder der Verschwörung waren.⁵² Ein anderer Sammelpunkt war die Besitzung Vörös', auf der sich die freisinnigen Männer der Komitate Arad, Csongrád und Csanád versammelten. Der Leiter dieser Gruppen, Anton Vörös, wurde von Gaál mit der Führung eines ungarischen Freikorps betraut. Die Arader Bewegung dehnte sich auf die Komitate Békés und Csongrád aus, wo der Emissär Szuchel die Bewohner der Gemeinden Tótkomlós, Kurtits, Dombegyháza, Kenderes, Soffronya, Tövisegyháza und Csongrád organisierte. In diesen Orten besaß die Umsturzpartei zuverlässige liberale Leute, meistens Geistliche, Advokaten und Gutsbesitzer. Die größte Rolle aber spielten die Minoriten, welche sehr viele Banknoten kauften, an Gesinnungsgenossen verhandelten und das Geld an die Emissäre weiterleiteten. Sie beherbergten im Laufe des Jahres 1853 viele Emissäre, darunter auch Gaspar Noszlopy, bei sich. Auch leisteten sie jenen Hilfe, die in Gaáls Auftrag das Land organisieren wollten.⁵³ Eine hervorragende Rolle spielte

⁵⁰ Ebenda.

⁵¹ Ebenda.

⁵² Ebenda.

⁵³ Ebenda.

ferner der Kiskérei Priester Samuel Hajnóczy, der aus Belgrad im Sommer 1853 viele Geheimbefehle und Kossuthbriefe nach Ungarn brachte und Csomortányi übergab.⁵⁴ Mitglied der Verschwörung war weiter der ehemalige Ministerialsekretär Stefan Varga, welcher später zum Verräter der Kossuthschen Pläne wurde. Die stärkste Bedeutung dieser Konspiration lag darin, daß große Teile der Bevölkerung die neuen Pläne der Emigration kennenlernten und für eine Revolution vorbereitet wurden. Die Wiener Regierung ordnete umfangreiche Untersuchungen gegen die Inquisiten an, die amtlichen Behörden mußten sich davon überzeugen, daß die Bevölkerung auf Seite der Revolutionspartei stand. Die Polizeibehörden verhafteten im Januar 1854 viele Mitglieder der Umsturzpartei, darunter Csomortányi und die Arader Minoriten. Man fand umfangreichen geheimen Briefwechsel und Dollarbanknoten, welche deutlich bewiesen, daß die ungarische Tiefebene unterminiert war und zahlreiche freisinnige Männer zu einer neuen Erhebung rüsteten. Die Anhänger der Umsturzpartei wurden vom Wiener Militärgericht zu Zuchthausstrafen verurteilt, die Wiener Regierung konnte solcherart auch die Ausbreitung dieser zweiten Bewegung verhindern.⁵⁵

Die dritte gefährliche Verschwörung in Fiume und die Mission des Obersten Pietro Calvi zeigten ganz klar, daß die Ungarn bei nächster Gelegenheit in zwei oder drei Richtungen die Grenzen der Monarchie überschreiten und die unterdrückten Bewohner zum Aufstand veranlassen wollten. Ebenso plante Kossuth mit seinen italienischen Freunden eine Erhebung der Bewohner des lombardisch-venezianischen Königreiches zu erreichen, um damit der ungarischen Revolution von Westen her einen Verbündeten zu schaffen. Trotzdem, nach dem Mißlingen der Erhebung von Mailand, die Verbindung zwischen Kossuth und dem Führer der italienischen Umsturzpartei Giuseppe Mazzini geschwächt war, wollte Kossuth das Bündnis mit dem Italiener aufrechterhalten, weil es nicht seine geringste Hoffnung war, mit Hilfe Italiens die Befreiung Ungarns zu erkämpfen. Was Italien selbst betraf, wollte er niemals eine allgemeine italienische Revolution, sondern dieses Gebiet war für ihn nur Ausgangspunkt gegen Ungarn. Sein Plan ging dahin, von London auf einem amerikanischen Dampfer nach Fiume oder über die Schweiz in die Lombardei zu reisen und von dort aus eine Organisierung des ungarischen

⁵⁴ Kempen — an das k. k. hohe Armeeobercommando, Wien. 3. März 1855. Armeeobercommando-Präsidialakten. 758—1855. Kriegsarchiv.

⁵⁵ Ebenda.

Aufstandes zu versuchen. Es war daher von außerordentlicher Wichtigkeit, daß die Bewohner der oberitalienischen Provinzen mit Sympathie diese ungarischen Angelegenheiten verfolgten und daß die ungarischen Soldaten in der Armee des Feldmarschalls Radetzky zeitgerecht über die revolutionären Pläne aufgeklärt und für die Revolution vorbereitet wurden.

In dieser Absicht sandte Kossuth Oberst Pietro Calvi Mitte Februar nach Italien, damit er die ungarischen Soldaten und die freisinnigen Bewohner des lombardisch-venezianischen Königreiches zum Aufstand veranlasse und Freischaren zu organisieren versuche. Er gab Calvi eine Instruktion mit, in welcher er seine Pläne genau darlegte, die in einer allgemeinen europäischen Revolution gipfelten, welche gleichzeitig in Italien, Ungarn und vielleicht auch in Deutschland ausbrechen sollte. Der Exgouverneur war der Ansicht, daß eine solche Revolution innerhalb zweier oder dreier Monate zu erwarten sei und zu einem allgemeinen europäischen Kriege führen werde. Diese Instruktion wurde vor dem türkisch-russischen Krieg abgefaßt, aber Kossuth hoffte, daß dieser kommende Krieg seinen revolutionären Zwecken die besten Dienste leisten werde. Ein Krieg zwischen Österreich und einer fremden Macht mußte nach seiner Meinung zweifellos eine ungarische Erhebung nach sich ziehen und in dieser Richtung sah er im Besonderen zwei wichtige Aufgaben vor sich: die innere politische Organisation der ungarischen Nation und das Bündnis mit einem ausländischen Staate, mit dessen Hilfe die bewaffneten ungarischen Emigranten vor Fiume erscheinen könnten, während die vorbereitete ungarische Verschwörung losschlagen solle. Er vertraute auf seine amerikanischen Freunde und erhoffte auch militärische Hilfe aus den Staaten, die ihm eine Landung in Fiume oder an der dalmatinischen Seeküste ermöglicht hätte.⁵⁶

Calvis genauer Auftrag lautete dahin, bei den ungarischen Soldaten der Armee in Italien das Vertrauen in Kossuths revolutionäre Ideen zu festigen. Dieses Vertrauen war seit dem Mailänder Aufstand geschwächt, es sollte durch Calvis Arbeit wieder gewonnen werden.⁵⁷ Kossuth gab ihm zahlreiche Proklamationen mit, in denen er die ungarischen Soldaten aufforderte, die österreichischen Fahnen auf ein gegebenes Zeichen zu

⁵⁶ Kempen—Buol. Wien, 27. Okt. 1853. H. P. Staatsarchiv.

⁵⁷ Kossuth—Calvi. London, 16. Febr. H. P. Staatsarchiv.

verlassen. Auch sollte Calvi neue Pläne für einen gemeinsamen italienisch-ungarischen Feldzug ausarbeiten.⁵⁸

Kossuth wollte sich nicht mit einer kleineren Meuterei in Italien begnügen, er rechnete für den nächsten Zusammenstoß mit einem Kriegsschauplatz Ungarn oder Siebenbürgen; ein italienischer Aufstand erschien ihm also nur wichtig, um das österreichische Heer solchermaßen zwischen zwei Feuer zu treiben.

Pietro Calvi wurde im September 1853 verhaftet, vom Veroneser Militärgericht zum Tode verurteilt und hingerichtet.⁵⁹ Aus seinen Schriften geht klar hervor, daß er der Beauftragte Kossuths gewesen und daß sein erstes Ziel die Revolutionierung Oberitaliens und die Meuterei der ungarischen Truppe gebildet hatte. Dieses neuerliche Auftreten des revolutionären Gedankens beunruhigte die Wiener Regierung nicht wenig. Der Befehlshaber der lombardisch-venezianischen Armee, FM. Graf Radetzky, schilderte in seinem Bericht vom 10. Oktober die Gefährlichkeit der Lage in schwärzesten Farben und forderte eine energische Erledigung der Umsturzpartei, die sowohl in Italien, wie in Ungarn Freischaren bilde und zur Revolution rüste.⁶⁰ Die Regierung sah in diesem italienischen revolutionären Versuch nicht eine alleinstehende Bewegung, sondern wußte, daß er in innigster Verbindung mit der Szeckler Verschwörung gestanden war, welche zugleich mit Calvis Verhaftung aufgedeckt wurde. Sie mußte erkennen, daß Kossuth nicht nur eine ungarische, sondern auch diese italienische Erhebung vorbereitet hatte, und da ihr überdies der Plan eines Einfalles von Emigranten aus serbischem Gebiete bekannt war, schienen Sicherheit und innere Ordnung der Monarchie ernstlich bedroht. Dazu kam — wie aus den Schriften Calvis hervorging —, daß Kossuth mit einer Flottille in Dalmatien oder Fiume landen wollte, weshalb Kempen anordnete, alle aus Amerika eintreffenden Schiffe durch österreichische Agenten zu beobachten, weil auf diesen möglicherweise Waffen für die Emigranten befördert wurden.⁶¹ Die Regierung rechnete noch im Sommer 1853 damit, im Falle eines ungarischen Aufstandes die in Italien liegenden Regimenter gegen die Umsturzpartei verwenden zu können. Der Versuch Calvis ließ aber die gefährliche

⁵⁸ Ebenda.

⁵⁹ Ebenda.

⁶⁰ Radetzky—Kempen. Verona, 10. Okt. 1853. H. P. Staatsarchiv

⁶¹ Bach—Buol. Wien, 18. Nov. 1853. H. P. Staatsarchiv.

Lage in Italien und die kausalen Beziehungen zwischen einer ungarischen Revolution und einem italienischen Aufstande erkennen.

Zu diesen serbischen, szekler und italienischen Plänen trat noch die Verschwörung in Fiume, die im Sommer des Jahres 1853 einsetzte, von den Polizeibehörden aber erst im Februar des folgenden Jahres aufgedeckt werden konnte. Die Verschwörer von Fiume standen in Verbindung mit den Beauftragten Kossuths und Mazzinis, besonders mit dem im September verhafteten Oberst Calvi. Den Kern ihrer Organisation bildeten die in Fiume lebenden Emigranten aus der Romagna, im Herbst 1853 schlossen sich ihnen überdies viele einheimische Fiumaner an. Die Aktion wollte zwischen der Erhebung im lombardisch-venezianischen Königreich und dem gleichzeitigen Aufstand in Ungarn die Stadt Fiume zum Bindeglied der beiden Bewegungen machen. Wenn Kossuth über die Lombardei oder über die Adria vor Fiume erschien, sollte ihm von hier Hilfe für den Einfall nach Ungarn geleistet werden.⁶² Dieses Komplott arbeitete nach dem Muster der mittelitalienischen Carbonari. Für die revolutionären Zwecke standen bedeutende Geldmittel, desgleichen zahlreiche geheime Waffenlager zur Verfügung. Der Auftrag für die einzelnen Mitglieder lautete, auf ein gegebenes Signal — dieses erwartete man aus Italien — den Hafen zu stürmen, die Schiffe zu kapern und das Arsenal zu besetzen. Bei Mißlingen der Aktion sollten die Beteiligten auf den eroberten Schiffen flüchten. Ihre Parole war „o morte, o fortuna“, die Parole der italienischen Carbonari.⁶³ Ein Mitglied der Gruppe, ein gewisser Rassele, verriet die Pläne der Verschwörer, die Polizei konnte Ende März 1854 alle Mitglieder verhaften. Wie aus dem Geständnis der Verschwörer klar hervorging, standen ihre zwei Führer, Sandri und Galli, in dauernder Verbindung mit der italienischen und ungarischen Umsturzpartei. Hauptziel war — wie sie zugaben — die gemeinsame Insurgierung Italiens und Ungarns, falls Österreich der Türkei den Krieg erklärte. Die Verschwörer hatten gehofft, daß dann die Umsturzpartei eine Flottille nach Fiume schicken und von ihrer Stadt aus die Befreiung der zwei Länder ausgehen werde. Zwei Hauptleute der gewesenen römischen Republik hatten die militärischen Vorbereitungen getroffen; die Mehrheit der Verschworenen bildeten Arbeiter, Gewerbetreibende und Matrosen. Im Februar 1854 war die Stimmung wegen der Friedenspolitik Öster-

⁶² Kempen—Grünne. Wien, 7. März 1854. G. D. 261—1854. Staatsarchiv.

⁶³ Ebenda.

reichs sehr erbittert gewesen. Mitte März schien dann eine baldige Erhebung möglich; die Lage war deshalb sehr ernst, da die Mitglieder des Komplotts sich ganz offen mit den italienischen Matrosen, die damals in Fiume weilten, verbrüdeten. Die Polizeibehörden beurteilten die Lage als derart gespannt, daß der Putsch auch ohne allgemeinen Krieg zu befürchten war.⁶⁴

Diese Bewegung konnte in ihrer Bedeutung nicht gleichgestellt werden jener der Szekler oder in Mittelungarn. Die geographische Lage der Stadt allein war von derartiger Wichtigkeit, daß die Wiener Regierung mit vollem Rechte eine Erhebung hier als Ausgangspunkt für den allgemeinen Aufruhr ansehen mußte. Sie ordnete deshalb strengste Beobachtung der Bewohner von Fiume an, ebenso aller Schiffe, welche aus Italien eintrafen.⁶⁵

Zu diesen aufgedeckten Verschwörungen trat die Tatsache, daß die Kommandanten der siebenbürgischen, serbisch-banater und lombardisch-venezianischen Truppenteile zu Ende des Jahres 1853 und im ersten Jahresviertel 1854 äußerst ernst gehaltene Berichte einsandten, nach denen unbekannte Männer die ungarischen Soldaten ihrer Truppen zum Treubruch und zur Desertion verleiteten, und dies nicht immer erfolglos, da viele ungarische und italienische Soldaten in die Moldau und Walachei, nach Serbien und den mittellitalienischen Staaten desertiert seien. Diese Anzeichen von innerer Schwäche des Staates und der Armee mußten der Wiener Regierung ein deutlicher Warnruf sein, sich vor jeder kriegesischen Verwicklung zu hüten.

IV.

Die Ungarn im Lager Omer Paschas.

Das Erscheinen der ungarischen und polnischen Emigranten im Hauptquartier Omer Paschas, des Generalissimus der türkischen Armee, beunruhigte die Wiener Regierung nicht wenig. Omer Pascha, der sein Amt beinahe unabhängig vom Seraskeriat schon zu Beginn der Orientkrise ausübte, setzte die Verhandlungen mit den Beauftragten Kossuths und des Fürsten Czartorisky fort und war entschlossen, die ungarischen

⁶⁴ Kempen—Grünne. Wien, 31. März 1854. G. D. 328—1854. Staatsarchiv.

⁶⁵ Bach—Buol. Wien, 18. Nov. 1853, H. P. Staatsarchiv.

und polnischen Offiziere und Unteroffiziere in seine Armee aufzunehmen. Der tapferste Führer des ottomanischen Heeres, einer kroatischen Familie entstammend, hatte die innere schwierige Lage der Monarchie und die Forderungen der Ungarn gründlich studiert. In seiner Armee, mit der er den siegreichen montenegrinischen und bosnischen Feldzug durchgeführt hatte, standen viele Hunderte von Ungarn, die nach dem Freiheitskriege in türkische Dienste getreten waren. Der Generalissimus war ein erbitterter Feind Österreichs und rechnete darauf, in diesem Kriege seine Waffen mit ihm kreuzen zu können. Er wußte, daß die Ungarn und Polen die besten Mitkämpfer gegen Österreich seien, und leitete deshalb ohne Wissen der türkischen Regierung schon zu Ende Januar 1853 Verhandlungen mit den Beauftragten Kossuths ein, denen er die Einstellung der ungarischen Offiziere in seiner Armee zusicherte.

Im Auftrage Kossuths erschien Ende Januar Baron Alexander Mednyánszky bei Omer in dessen Hauptquartier bei Monastir, wobei der Pascha nicht nur diese Einstellung der ungarischen Offiziere, sondern auch die Bildung einer Legion versprach, das höchste Ziel der Emigrierten.¹ Omer dachte sich die ungarische Legion als Avantgarde seines Heeres, mit deren Hilfe er im Falle eines österreichischen Angriffes Siebenbürgens Erhebung erreichen konnte.

Mednyánszky kehrte im Februar nach London zurück und erstattete Kossuth Bericht.² Von diesem Zeitpunkte an reisten zahlreiche ungarische Flüchtlinge von England und aus verschiedenen Gebieten des osmanischen Reiches nach Monastir. Diese Emigranten wurden von Omer Pascha übernommen und erhielten Stellungen verschiedenen Grades in der Armee. Im Frühjahr 1853 hielten sich im türkischen Hauptquartier u. a. die gewesenen Honvédoberste Gustav Fritsch, Veppler, Josef Kollmann, Chefarzt Kleinheinz, Graf Kálnoky, die Hauptleute Kalmár, Farkas und Iván Szabó auf. Die Ungarn sehen wir besonders dem Generalstab des Paschas zugeteilt, viele Emigranten aber dienten auch als Feldwebel und Feldapotheker.³

Die Hoffnung der Ungarn auf Bildung der Legion unter dem Schutze Omers war auch die Hoffnung des Pascha, da er einen österreichischen Angriff befürchtete; doch wagte er gegen das Verbot des Seraskiers nicht, diesen Plan zu verwirklichen. General Richard Guyon, der seit der Waf-

¹ Kempen—Buol. Wien, am 12. Februar 1853. H. P. Staatsarchiv.

² Buol—Klezl, Wien, am 14. Februar 1853. H. P. Staatsarchiv.

³ Ebenda.

fenstreckung von Világos sich im türkischen Reiche aufhielt und in türkischen Militärdiensten stand, trug sich ebenfalls mit der Absicht, nach dem Hauptquartier zu reisen. Dieser Plan wurde, ebenso wie die Einstellung des Generals Georg Kmety im europäischen türkischen Heere, infolge der Proteste des österreichischen Geschäftsträgers vereitelt, der im Auftrage seines Außenministers seit März ohne Unterlaß bei der Pforte gegen die Einstellung der Emigranten protestierte.⁴

Die erste Warnung Österreichs am 17. März forderte die Entfernung aller Emigranten aus der Armee Omers und die Einstellung jeder Neuaufnahme. Der türkische Außenminister versprach wohl diese sofortige Entfernung der Emigranten, in Wirklichkeit aber wurde ihre Zahl noch erhöht.⁵ Der Geschäftsträger überreichte schon am 26. Februar eine Liste jener ungarischen Emigrierten, welche nach der Türkei kommen wollten, und ersuchte, ihre Landung zu verbieten. Der Außenminister sagte auch dies zu, getan wurde nichts. Der Großteil dieser politischen Flüchtlinge reiste über Konstantinopel nach Monastir, ohne daß von türkischer Seite dagegen eingeschritten worden wäre. Am 21. März forderte Buol neuerdings die Entfernung der Emigranten aus der türkischen Armee und riet der türkischen Regierung, sie in der asiatischen Armee einzustellen. Der türkische Außenminister sicherte neuerdings die Erfüllung der österreichischen Wünsche zu, sein Auftrag wurde jedoch von Omer nicht durchgeführt, der die Emigranten weiter in seine Armee aufnahm.⁶ Die Gefahr für die österreichische Regierung steigerte sich, als Omer Pascha gegen die russischen Truppenbewegungen seine Armee nach der unteren Donau in die Nähe der siebenbürgischen Grenze führte. Dieses Erscheinen der Ungarn bedeutete auch für den Fürsten-Hospodar in Bukarest eine Gefahr, welcher Österreichs Verbündeter war. Der walachische Fürst mußte zu Ende Mai befürchten, daß die ungarischen Flüchtlinge, welche mit den walachischen Verbannten in engster Verbindung standen, mit diesen die Lage zur Störung der öffentlichen Ruhe ausnützten. Es lag nahe, daß die ungarischen Emigranten zuerst in der Walachei eine Revolution hervorrufen und von dort nach Siebenbürgen einfallen könnten. Die Sorge des Fürsten Ghika war begründet.⁷ Der Plan der Ungarn und der im

⁴ Bruck—Buol. Konstantinopel, am 14. Juli 1853. Staatsarchiv. P. A.

⁵ Klezl—Buol. Konstantinopel am 17. März 1853. Staatsarchiv. P. A.

⁶ Klezl—Buol. Konstantinopel, am 21. März 1853. Staatsarchiv. P. A.

⁷ Generalkonsul A. v. Laurin—Buol. Bukarest, am 28. Mai 1853. Staatsarchiv. P. A.

Heere Omers weilenden Polen und Walachen wollte eine Legion in der Nähe der österreichischen Grenze, etwa in Fokschan, bilden.⁸ Dieser Plan mußte scheitern, da der türkische Feldherr zum Kriegsschauplatz die untere Donau wählte und die Donaufürstentümer unter russische Besetzung kamen.

Diese Emigrantenmassierung war für die innere Ordnung der Monarchie nicht minder gefährlich. Graf Kempen meldete am 29. Juni an Buol von einer geplanten Abwanderung der meisten Emigranten nach dem Orient, vor allem nach dem Hauptquartier Omers. Er hielt es für wohl möglich, daß die türkische Regierung General Guyon zum Kommandanten eines türkischen Armeekorps ernannte, was bedeutete, daß die Ungarn unter seiner Führung in einer ungarischen Division Dienst leisten würden. In dem Wirken der Emigranten sah Kempen eine gefährliche Beeinflussung der Völker der Monarchie und der Ordnung im Kaiserreiche. Die Ernennung Guyons oder eines anderen ungarischen Generals werde die ohnehin schlechte Stimmung noch vermehren, der Außenminister möge daher die vollständige Entfernung der Emigranten fordern.⁹

Die leitenden Staatsmänner in Wien erkannten klar die Gefährlichkeit des neuerlichen Auftretens der Ungarn und Polen an der unteren Donau. Buol intervenierte daher am 14. Juli, indem er den Wünschen Kempens und der Militärbehörden entsprach, bei Reschid Pascha, der die Entfernung der Emigranten zusicherte und den Konsulaten die Schuld daran gab, daß die Emigranten zu der Armee reisen konnten.¹⁰ Sehr energisch war der nächste Protestschritt Frh. v. Brucks am 28. Juli, da Omer auch weiterhin die österreichischen Forderungen nicht erfüllte. Er erklärte dem türkischen Außenminister, daß die Lage zu Unmut berechtige, die Pforte wolle allem Anscheine nach die Flüchtlinge schonen, um sich ihrer im gegebenen Falle zu bedienen, was freilich die türkische Regierung bedauern werde, da die kaiserliche Regierung nicht gesonnen sei, einen solchen Schachzug ohne Erwiderung hinzunehmen und vollends in einem Augenblicke, wo die Pforte vor allem Wien die Abwendung einer ernststen Gefahr wahrscheinlich werde zu danken haben.¹¹ Indem auch dieser Protest erfolglos blieb und im Generalquartier des Genera-

⁸ Kempen—Grünne, Wien, am 6. August. G. D. 731. (Aus einem Berichte Jazmagys.) Staatsarchiv.

⁹ Kempen—Buol, Wien am 29. Juni 1853. Staatsarchiv. P. A.

¹⁰ Bruck—Buol, Konstantinopel, am 14. Juli 1853. Staatsarchiv. P. A.

¹¹ Bruck—Buol, Konstantinopel, am 28. Juli 1853. Staatsarchiv. P. A.

lissimus, das im Sommer dieses Jahres in Rustschuk (Bulgarien) lag, die Zahl der politischen Flüchtlinge weiter zunahm, überreichte Bruck am 8. August im Auftrage Buols eine energische Note an Reschid Pascha, in der er den Aufenthalt der politischen Flüchtlinge als zunehmende Gefährdung des gut nachbarlichen Verhältnisses zwischen Österreich und der Türkei bezeichnete. Die Note warnte die türkische Regierung, mit Männern ein Bündnis zu schließen, deren wahre Ziele seit dem Mailänder Aufstand und den Wiener Ereignissen (ein Hinweis auf das Libényi-Attentat) der Pforte bekannt sein müßten, die daher als Partner für eine korrekte und loyale Regierung nicht in Betracht kämen. Der Internuntius erklärte, daß die Frage der politischen Flüchtlinge „soit enfin prise en sérieuse consideration et qu'il ne soit rien négligé pour la régler définitivement selon les convenances et les devoirs de l'amitié et du bon voisinage si heureusement subsistant entre la Monarchie et l'Empire Ottoman.“

„Si donc la dignité — setzte der Internuntius fort — d'un Gouvernement non moins, que la prudence doit se refuser à donner asyle et protection à un ramassis de gens sans aveu surtout dans un pays, qui offre par sa composition politique plus d'un moyen de susciter des troubles et de connaître des crimes fallait-il attendre jusqu'à ce que le poignard du rebelle eut atteint sa victime innocente.“¹²

Die Antwort des türkischen Außenministers war die gleiche, wie bisher: alles wurde versprochen, der Erfolg trat nicht ein. Gewiß wollte Reschid Pascha, dieser konservative Staatsmann, eine Befriedung mit Österreich erreichen und die Emigranten entfernen. Omer Pascha aber, Gegner der Monarchie, kam einfach den Befehlen der türkischen Regierung nicht nach und nahm, als die Kriegsoperationen im September einsetzten, zahlreiche neue Ungarn und Polen in seine Dienste, sollten ja die Emigranten nicht nur beim Angriff gegen Österreich mitwirken, sondern auch den Mangel an gut ausgebildeten Offizieren in seinem Heere beseitigen.

Einen Teil dieser Emigranten mußte er zu Ende Dezember aus der Armee entlassen, die Großzahl jedoch blieb weiter in seinem Stab bis zum Beginn der Kriegsoperationen in der Krim, eine ständige Drohung für die österreichischen Behörden.¹³

¹² Bruck—Buol. Konstantinopel, am 8. August 1853. Staatsarchiv. P. A.

¹³ Bruck—Buol. Konstantinopel, am 22. Dezember 1853. Staatsarchiv. P. A.

Die Wiener Regierung sah sich im November 1853 genötigt, strenge Maßnahmen gegen einen mit türkischer Unterstützung erwarteten Einfall zu ergreifen, der zuerst Siebenbürgen und dann Ungarn selbst in Aufruhr gebracht hätte. Sehr charakteristisch ist der Beschluß der am 9. November abgehaltenen Ministerkonferenz, an der unter dem Vorsitz des Kaisers die Erzherzoge Albrecht und Wilhelm, die Minister Buol und Baumgartner, der Generalquartiermeister Frh. v. Heß und der erste Generaladjutant Graf Grüne teilnahmen. Der Kaiser warf die Frage auf, welche militärischen Dispositionen zu treffen seien, um unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Ruhe und Sicherheit in den südöstlichen Kronländern gegen Einfälle von außen sowohl, wie gegen Aufstandsversuche im Innern zu wahren.

Die Gefahr — so setzte der Kaiser fort —, daß ein türkisches Armeekorps feindliche Operationen gegen das österreichische Gebiet unternehmen werde, scheine allerdings nicht vorhanden; wohl aber könnten ungezügelte Horden, welche einen Teil der türkischen Streitmacht bildeten, durch den Einfluß der in ihren Reihen stehenden revolutionären Elemente zu einem Raubzug auf österreichischem Territorium längs der walachischen Grenze aufgereizt werden. Andererseits sei in Erwägung zu ziehen, ob der Zustand der erwähnten Kronländer von der Art sei, daß revolutionäre Bewegungen dermalen dort versucht werden könnten. (Anspielung des Kaisers auf die Makk- und Várady-Verschwörungen.) Der Kaiser befragte sodann die Mitglieder der Konferenz um ihre Ansicht über diesen Gegenstand.

Feldzeugmeister Heß begründete hierauf seine Meinung, daß vorderhand weder an der Grenze gegen Bosnien, noch an jener gegen Serbien die Gefahr eines feindlichen Einfalles vorhanden sei, wie auch die Grenze Siebenbürgens gegen die Große Walachei, solange die Russen dort festen Fuß hätten, gesichert erscheine. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen — fuhr Heß fort — sei daher nur die Landesgrenze gegen die von den Türken zum Teil bereits besetzte Kleine Walachei, nämlich das Gebiet von Orsova bis zu dem das Hátszégér Tal abschließenden Vulkan-Paß einem Einbruche türkischer Horden ausgesetzt. Die militärische Stärke dieses Gebietes sei gegen einen möglichen feindlichen Einbruch zu erhöhen.

Auch Erzherzog Albrecht äußerte die Ansicht, daß die siebenbürgischen Truppen nach und nach zu verstärken seien, und zwar pro Kompagnie auf 100 Mann, insgesamt also innerhalb von zwei Monaten auf

24.000 Mann. Albrecht hielt dafür, daß die Verstärkung nicht nur zum Schutze Siebenbürgens, sondern vorzugsweise auch zur Erhaltung der Ruhe im Szeklerland nützlich, ja notwendig sei. Unter den Szeklern — so meinte er — bestehe noch immer eine der Regierung feindselige Gesinnung, welche gewiß auch im gegenwärtigen Augenblick durch revolutionäre Strömungen genährt werde. Eine Verstärkung der Depot-Kompagnien würde im ganzen Lande Eindruck erwecken und der größere Truppenstand ein Mittel sein, um aufrührerische Bewegungen zu ersticken.

Der Kaiser fragte Erzherzog Albrecht, ob der Zustand des Königreiches Ungarn die Zusammenziehung einer größeren Truppenmacht erfordere. Dieser erwiderte, daß zu einer solchen Maßregel gegenwärtig noch kein Anlaß bestehe, zumal, wenn man in der Lage sei, binnen 24 Stunden Truppen nach Pest zu entsenden.

Der Minister des Inneren, Baron Bach, fand die Verhältnisse hinsichtlich eines feindlichen Einfalles nicht gefährlich. Die Türken — so führte er aus — sind wesentlich daran interessiert, unser neutrales Gebiet nicht zu verletzen, die Verteidigung der Gebirgspässe werde übrigens durch die in Rede stehende Standeserhöhung erleichtert und zugleich die Erhaltung der Ruhe im Innern des Szeklerlandes stärker verbürgt werden.

Graf Grüne, einer der Vertrautesten des Kaisers, bemerkte, daß es nicht im Interesse der Türkei gelegen sei, in Österreich einzufallen, daß aber einige türkische Generale, wie u. a. Omer Pascha, ganz andere Interessen, als die türkischen, verfolgten.

Der Minister des Äußeren, dem sich auch Bach anschloß, glaubte sehr bezweifeln zu müssen, daß Omer einen Angriff gegen Österreich im Schilde führe; wisse er doch sehr gut, daß eine Verletzung der Neutralität des Kaiserstaates für die Türkei und für ihn selbst die strengsten Folgen nach sich ziehen müsse. Daß eine türkische Armee die Tollkühnheit besitzen werde, die österreichische Grenze zu überschreiten, sei durchaus nicht wahrscheinlich, aber immerhin sei es möglich, daß eine ungezügelte Horde, durch Raublust herübergelockt, oder ein kleinerer Truppenkörper durch die Operationen der Russen nach Österreich versprengt werde. Von diesem Gesichtspunkte aus erscheine die besprochene mäßige Erhöhung des Truppenstandes allerdings angezeigt.

Die Ministerkonferenz beschloß, den Stand der Depotbataillone in

Siebenbürgen um 80 Mann per Kompanie schleunigst zu erhöhen und zwei Batterien nach der serbischen Wojwodschafft zu entsenden.¹⁴

Die Absichten des Kaisers und der einzelnen Teilnehmer der Ministerkonferenz geben ein charakteristisches Bild von der Wiener Lage. Es ist klar, daß die österreichische Regierung einen feindlichen Einfall befürchtete, welcher umso gefährlicher war, als die Sicherheit des Landes durchaus nicht fest stand. Kein österreichischer Politiker dachte im November schon an einen Angriffskrieg gegen die Türkei, die Hauptfrage war die Verteidigung der Monarchie. Die geschickte Außenpolitik Frankreichs und der Türkei erledigte die übrigen Probleme: die bedrohte Monarchie war gezwungen, sich von ihrem alten Freunde zurückzuziehen und ihre Hand den Beschirmern der Umsturzpartei entgegenzustrecken.

v.

Die Rolle der Ungarn in Konstantinopel und in Kleinasien.

Auf die ersten Nachrichten einer orientalischen Krise hin begab sich eine große Anzahl von Ungarn aus Westeuropa und aus der Türkei nicht nur in das türkische Hauptquartier, sondern auch direkt nach Konstantinopel, um der ottomanischen Regierung ihre Dienste anzubieten. Der Führer dieser Emigranten war der bereits erwähnte ehemalige Honvéderoberst Alexander Gaál, den Kossuth mit der Führung der orientalischen Emigranten beauftragte. Gaál war der Vertreter Kossuths in Konstantinopel und der Übermittler der Botschaften und Memoranden des Exgouverneurs an die Pforte. Er und seine vertrautesten Mitarbeiter wollten vor allem die Bildung einer ungarischen Legion und Aufstellung selbständiger ungarischer Truppenteile sichern.

Ein Bericht vom 23. März meldete,¹ daß eine große Zahl von Ungarn in Konstantinopel weile, deren Vertreter von der Pforte empfangen wurden. Diese Abordnung versprach der türkischen Regierung, binnen fünf- undvierzig Tagen ein Hilfskorps in der Stärke von 45.000 Mann aufzustellen. Der Vorschlag wurde zwar nicht sofort genehmigt, jedoch weitere Verfügungen für die nächsten Tage in Aussicht gestellt. Dieses Hilfskorps

¹⁴ Protocoll der zu Wien 13. November, unter dem A. h. Vorsitze S. k. k. Ap. Majestät abgehaltenen Conferenz. Buol—Nachlaß. Staatsarchiv.

¹ Mihanovich—Buol. Konstantinopel, am 23. März 1853. Staatsarchiv. P. A.

sollte, wie Generalkonsul Mihanovich berichtete, aus drei Legionen bestehen, einer ungarischen, einer polnischen und einer italienischen, und in Aktion treten, sobald der Krieg auf österreichisches Gebiet übergriffe.

Eine hervorragende Rolle im Interesse der Ungarn in der Türkei spielte Lord Stratford Canning de Redcliffe, der englische Botschafter in Konstantinopel, welcher persönlich während seiner Europareise General Klapka nach Konstantinopel einlud und die Bildung einer Legion von der türkischen Regierung forderte. Stratford Canning stand in dauernder Verbindung mit den ungarischen Emigranten und unterstützte die Bewegung mit vielerlei Ratschlägen.

Die Hoffnung auf Bildung einer Legion bestand bis Ende 1854. Während dieser Zeit verhielten sich die türkischen Staatsmänner den Führern der ungarischen Emigration gegenüber sympatisch, infolge des energischen Auftretens Österreichs jedoch wagte die Pforte die ungarischen Wünsche nicht zu erfüllen. Viele Ungarn blieben in Konstantinopel, viele andere in verschiedenen Teilen des osmanischen Reiches, was naturgemäß dauernde Beunruhigung für die Wiener Regierung bedeutete.

Unter den vielen Zwischenfällen, welche zwischen den ungarischen Emigranten und den österreichischen Behörden vorfielen, war einer der wichtigsten die Sache Martin Kosztas. Martin Koszta, ein ehemaliger Honvédoftizier, war nach der Niederschlagung des Freiheitskampfes nach Nordamerika gereist, wo er die amerikanische Staatsbürgerschaft erworben hatte. Zu Beginn der Orientkrise kehrte er von dort zurück, um sich in den Dienst gegen Rußland und besonders gegen Österreich zu stellen.² Er hielt sich Juni 1853 in der Levante auf, in steter Verbindung mit den dortigen revolutionären Flüchtlingen, größtenteils Italienern, nicht aber mit Kossuth und den anderen Führern der Emigration. Am 20. Juni wollten er und seine italienischen und griechischen Freunde einen Anschlag gegen österreichische Marineoffiziere, die in Smyrna gelandet waren, durchführen. An diesem Tage wurden bei einem Zwischenfall in einem Kaffeehaus zwei dieser österreichischen Offiziere nach einem erregten Wortwechsel ermordet, einer schwer verletzt.³ Der österreichische Generalkonsul Ritter v. Weckbecker verlangte Genugtuung und forderte vom Gouverneur der Stadt die Verhaftung Kosztas. Koszta wurde am 22. Juni in das Haus des österreichischen Generalkonsuls und von dort, als

² Klezl—Buol. Konstantinopel, am 7. April. (Aus einem Bericht von Monastir.) Staatsarchiv. P. A.

³ Bruck—Buol. Konstantinopel, am 25. August 1853. Staatsarchiv. P. A.

der amerikanische Konsul seine Freilassung verlangte, auf das österreichische Kriegsschiff *Huszár* gebracht, um als österreichischer Untertan und Deserteur nach Triest eingeliefert zu werden. Am gleichen Abend fand eine große Versammlung der Flüchtlinge statt, die Koszta befreien wollte. Die Führer der Emigranten in Smyrna wandten sich an den amerikanischen Konsul zwecks Intervention, da Koszta amerikanischer Staatsbürger sei.⁴

Tatsächlich intervenierte der Konsul zuerst persönlich bei Weckbecker, welcher aber unter Berufung darauf, daß Koszta österreichischer Untertan sei und deshalb vor ein österreichisches Gericht gestellt werden müsse, dieses Verlangen zurückwies. Der amerikanische Konsul berief sich auf das Völkerrecht und beauftragte, da eine rasche Entfernung Koszta's aus Smyrna zu befürchten stand, den Kapitän der vor Smyrna liegenden amerikanischen Korvette *St. Lewis*, den amerikanischen Staatsbürger mit allen Mitteln von dem österreichischen Schiff zu holen.

Der Kapitän, Duncan Ingraham, forderte darauf die Auslieferung Koszta's innerhalb 24 Stunden und erklärte, im anderen Falle den Gefangenen mit aller Gewalt zu befreien. Die Lage spitzte sich derart zu, daß der österreichische Kapitän sich gezwungen sah, um jedes Blutvergießen zu vermeiden, den ungarischen Emigranten frei zu lassen. Der österreichische und amerikanische Konsul vereinbarten, daß Koszta nach dem französischen Konsulat zu bringen sei, wo er bis auf weiteres verbleiben sollte.⁵

Dieses energische Auftreten des amerikanischen Konsuls von Smyrna und weiters des amerikanischen Ministerresidenten Marsh in Konstantinopel hatte diplomatische Schritte zwischen Österreich und den Vereinigten Staaten zur Folge. Der österreichische Standpunkt ging davon aus, daß Koszta österreichischer Untertan war, das Einschreiten der Amerikaner daher unberechtigt gewesen sei. Die österreichische Regierung verlangte auf diplomatischem Wege in Washington Genugtuung und die Auslieferung Koszta's an die österreichischen Behörden. In dieser Demarche, welche der Geschäftsträger in Washington übermittelte, wurde von der Wiener Regierung der Angriff gegen das Schiff *Huszár* als eine Verletzung des internationalen Rechtes bezeichnet.⁶

⁴ Buol—Hübner und Colloredo. Wien, am 15. Juli 1853. Staatsarchiv. P. A.

⁵ Die Berichte des Staatssekretärs Marcy. Washington 1854. (In dem Bericht Hülsemann—Buol, Washington, am 24. Mai 1854. Staatsarchiv. P. A.)

⁶ Ebenda.

Der amerikanische Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, Marcy aber vertrat den Standpunkt, daß Koszta amerikanischer Staatsbürger sei und für ihn nur die amerikanischen Gerichte gälten.⁷

Darüber entbrannte zwischen dem österreichischen Internuntius und dem amerikanischen Ministerresidenten in Konstantinopel eine heftige Kontroverse. Bruck forderte Genugtuung und Auslieferung Kosztas. Marsch aber, unterstützt von seinem Staatssekretär, verweigerte diese. Endlich vermittelte der französische Botschafter de la Cour. Es wurde vereinbart, daß Koszta im französischen Konsulat zu verbleiben habe, bis die Vereinigten Staaten und Österreich sich endgültig geeinigt hätten.⁸ Die österreichische Regierung mußte vor dem energischen Auftreten der Vereinigten Staaten zurückweichen. Sie wollte die ohnehin gespannte Lage nicht noch verschärfen und die ganze Angelegenheit, welche der europäischen und amerikanischen Presse günstige Gelegenheit zu Angriffen gegen die Wiener Regierung bot, beilegen. Ebendeshalb riet Buol am 15. August dem Kaiser, mit dem amerikanischen Botschafter ein Übereinkommen zu treffen, wonach Koszta nach Amerika geschickt werde. Buol tat dies mit Rücksicht auf die Stimmung in der Levante, sowie in den französischen und englischen politischen Kreisen, die sehr österreichfeindlich seien und deshalb der Wiener Regierung keinerlei diplomatische Hilfe bieten könnten. Buol wollte sich damit begnügen, daß Koszta auf einem amerikanischen Dampfer nach Amerika zurückkehrte, unter Zusicherung der amerikanischen Regierung, eine mögliche Europareise dieses Emigranten zu verhindern. Kaiser Franz Josef nahm den Vorschlag Buols an und einige Wochen später, Mitte Oktober, kehrte Koszta nach Amerika zurück.⁹

Die Bedeutung der Koszta-Affäre war nicht zu unterschätzen, da sie deutlich zeigte, wie sehr die öffentliche Meinung in den liberalen, demokratischen Staaten gegen die österreichische Regierung gerichtet sei. Die Pressestimmen in England und in den Vereinigten Staaten bewiesen der Wiener Regierung die Volksfremdheit ihres politischen Unterdrückungssystems, nicht minder die gespannte Lage in der Türkei und die Vorbereitungen der internationalen Emigranten gegen Österreich.

Der Großteil der Ungarn trat Juni und Juli 1853 in das Heer Omer

⁷ Ebenda.

⁸ Ebenda und vgl. Memoiren des Baron Bruck aus der Zeit des Krimkrieges. Wien 1877. S. 12.

⁹ Buols Vortrag an Kaiser Franz Josef. Wien, am 15. August 1853. Buol—Nachlaß Staatsarchiv.

Paschas ein, da sie erkennen mußten, daß eine selbständige ungarische Truppe nicht gebildet werde. Die Anderen, wie Gaál, Bátorffy—Schwarzenberg, Asztalfy, Hámory verblieben in Konstantinopel, um mit Hilfe der alttürkischen Partei ihre Ziele weiter zu verfolgen und die Orientreise Kossuths vorzubereiten. Diese Emigranten gründeten den Ungarischen Verein (Magyar Egylet), welcher alle dort lebenden Ungarn umfaßte.¹⁰

Im November fuhr General Klapka nach Konstantinopel, um die Führung der Emigration zu übernehmen und seine Dienste der ottomanischen Regierung anzubieten. Klapka hatte sich dazu schon im Frühjahr entschlossen. Die Einladung des englischen Botschafters bestärkte ihn noch in seiner Absicht, hoffte er doch, mit englischer Hilfe leichter seine Aufgaben erfüllen zu können. Sein Verhältnis zu Kossuth war in dieser Zeit nicht besonders eng. Die Schweizer Gruppe der Emigration, deren Führer der General war, wollte die Leitung Kossuths nicht anerkennen und verkehrte seit Kossuths Amerikareise nicht mehr mit diesem und seiner Umgebung.¹¹ Die kleine Gruppe hatte schon zu Beginn der Orientkrise den Plan gefaßt, die ungarische Sache mit dem kommenden Kriege zu verknüpfen, und entsandte zu diesem Zwecke den General Ende des Jahres nach Konstantinopel, um mit Hilfe der türkischen Regierung eine ungarische Legion zu organisieren. Klapka war gewiß der geeignetste Mann für diese Mission. Sein militärisches Ansehen und seine diplomatische Geschicklichkeit sicherten ihm von vorneherein eine große Rolle in Konstantinopel, wo er sich auch bald sehr gute Verbindungen schuf. Der englische Botschafter stellte ihn dem Großweiser, den Mitgliedern der türkischen Regierung und den in Konstantinopel akkreditierten Diplomaten vor,¹² was an sich schon große Vorteile bedeutete. Der General hielt im Dezember dafür, daß es zu einer österreichischen Intervention kommen und sodann die Bildung einer ungarischen Legion und der Einfall in Ungarn folgen werde. Sein Hauptziel war — wie er sich in einem Schreiben äußerte —, die türkische Regierung von der Wechselseitigkeit der ungarisch-türkischen Interessen in der Gegenwart und auch für die Zukunft zu überzeugen.¹³ Tatsächlich fand er viele Ratschläge für die

¹⁰ Kempen—Grünne, am 6. August 1853. G. D. 731—1853. Staatsarchiv.

¹¹ Frh. v. Vrints, österreichischer Gesandter in Brüssel—Buol. Brüssel, am 22. März 1853. Staatsarchiv. P. A.

¹² Georg Klapka: Aus meinen Erinnerungen. Zürich 1887. S. 460.

¹³ Ebenda. S. 476.

Kriegsführung und für die Reformierung des türkischen Heeres, welche der Seraskier Mehmed Ali Pascha mit Genugtuung aufnahm und auch verwirklichte.¹⁴ Das Hauptziel Klapkas, die Stellung eines Kommandanten in der europäischen türkischen Armee, konnte er jedoch nicht erreichen. Stratford Canning dachte zuerst an eine Ernennung Klapkas zum Kommandanten in der Balkan-Armee, sodann in der türkischen Batum-Armee, infolge des energischen Auftretens des Internuntius jedoch mußte dieser Plan fallen gelassen werden.¹⁵

Klapka sprach häufig im türkischen Kriegsministerium und in der englischen, französischen und sardinischen Gesandtschaft vor. Die Regierung, wie die Diplomaten — vornehmlich der Seraskier, Stratford Canning und der sardinische Gesandte Baron Tecco — ermutigten ihn, während des Krieges in Konstantinopel zu bleiben, da die österreichische Kriegserklärung wahrscheinlich sei. Im Februar 1854, als der General durch seine Mißerfolge ernüchtert, nach der Schweiz zurückkehren wollte, riet ihm ein Beauftragter des neuen Kriegsministers von diesem Plane ab und stellte ihm eine führende Stellung in der türkischen Armee in Aussicht.¹⁶ Nach dem Sturze des ungarnfreundlichen Seraskiers Mehmed Ali Pascha im Februar 1854 lockerten sich die Verbindungen zwischen der türkischen Regierung und General Klapka noch mehr. Am 15. Februar schrieb er, daß die Friedenspartei in der Türkei sehr stark sei, daß Reschid und Riza Pascha ein Abkommen zwischen Österreich und der Türkei vorbereiteten und daß deshalb seine Ratschläge nicht so willig aufgenommen würden, wie in der Zeit der österreichisch-türkischen Hochspannung.¹⁷

Noch einmal aber erhoffte er die Erfüllung seiner Wünsche, als das französisch-englische Ultimatum Ende März dem Petersburger Kabinett übermittelt wurde. Die türkische Regierung erwartete in diesem Augenblicke eine Kriegserklärung Österreichs und der österreichfreundliche türkische Außenminister erklärte gegenüber dem General: *L'Autriche nous a joué un mauvais tour, nous n'avons plus de confiance en elle.*¹⁸

¹⁴ Klapka—Michael Horváth. Konstantinopel, am 27. Dezember. Ungarisches Nationalmuseum.

¹⁵ Klapka: a. a. O. S. 503.

¹⁶ Klapka—Graf Ladislaus Teleki. Konstantinopel am 5. Februar 1854. Ungarisches Nationalmuseum.

¹⁷ Klapka: a. a. O. S. 414.

¹⁸ Klapka—Nikolaus Puky. Konstantinopel, am 15. Februar 1854. Ungarisches Nationalmuseum.

Ende März deuteten die türkische Regierung sowohl, wie auch die hohe Diplomatie in Konstantinopel, die Verstärkung der österreichischen Armee in Südungarn als eine Kriegsrüstung Österreichs und die Lage war so gespannt, daß der englische Botschafter bei Klapka anfragte, wie die Ungarn ihr befreites Land organisieren wollten, wenn der Krieg ihre Befreiung brächte.¹⁹ Klapka glaubte die Zeit für die Erfüllung der ungarischen Wünsche gekommen, aber die weiteren Schritte der österreichischen Regierung zerstörten neuerdings seine Hoffnungen.

Die Lage für die Ungarn in Konstantinopel war also im Frühjahr zusehends verschlechtert. Als die Pforte erkannte, daß mit Österreich ein Abkommen zu schließen sei, ließ sie Klapka und die anderen Emigranten fühlen, daß sie auf ihre Dienste nicht mehr rechne. Die Hoffnungen des Generals stützten sich nur mehr auf die ermutigenden Worte des englischen und sardinischen Gesandten, wie des Prinzen Bonaparte Napoleon-Jerôme.²⁰ Dieser letzte war mit der französischen Armee in Konstantinopel eingetroffen und stand in enger Beziehung zu Klapka, dem er im französischen Heere ein Kommando vermitteln wollte. Prinz Napoleon-Jerôme und der französische Botschafter waren es, welche nun die bisherige Rolle der türkischen Regierung übernahmen. Im Mai 1854 war diese Freundschaft zwischen Klapka und den Franzosen besonders herzlich und der französische Botschafter, Baraguay d'Hilliers, ging sogar so weit, ihn zu einem Ball zu laden, dem auch der österreichische Internuntius beiwohnte. Der französische Botschafter schritt mit Klapka Arm in Arm durch den Saal und unterhielt sich mit ihm über die zu errichtende Legion, von der es noch immer hieß, daß sie für Asien bestimmt sei. Selbstverständlich entfernte sich Frh. v. Bruck sehr bald aus der französischen Gesandtschaft.²¹ Diese Szene spielte sich einige Wochen vor dem Abschluß des türkisch-österreichischen Vertrages ab und wir können wohl darauf schließen, daß sie eine neue Warnung der französischen Diplomatie für Österreich in der hohen Sprache der Diplomatie sein sollte.

Der General wurde, wie erwähnt, nicht nur zum Ball, welchen der französische Botschafter zu Ehren des Prinzen Napoleon-Jerôme gab,

¹⁹ Klapka—Nikolaus Puky. Konstantinopel, am 30. März 1854. Ungarisches Nationalmuseum.

²⁰ Anonyme Berichte aus Konstantinopel vom 10. Mai 1854. G. D. 452—1854. Staatsarchiv und Thomas Lengyel: Le prince Napoleon-Jerôme et les Hongrois. (Nouvelle Revue de Hongrie 1939)

²¹ Ebenda.

geladen, sondern mit Oberst Bátorffy-Schwarzenberg auch sehr oft den Soupers des Prinzen beigezogen, was ihm in Pera, dem Diplomatenviertel Konstantinopels zu großem Ansehen verhalf.²² Selbstverständlich wußten die Diplomaten und die türkischen Staatsmänner, mit denen Klapka verkehrte, daß die ungarische Emigration ihre Rolle ausgespielt hatte. Der Juni-Vertrag zwischen Österreich und der Türkei mußte den General aller Hoffnungen berauben, so entschloß er sich auch kurze Zeit nach dem Vertragsabschluß, nach Westeuropa zurückzukehren. Allerdings bot ihm der englische Botschafter im Namen der türkischen Regierung in den ersten Tagen des Juni das Oberkommando in der asiatischen türkischen Armee an und der General übernahm auch diese Aufgabe,²³ die Ernennung aber verzögerte sich infolge der österreichischen Proteste. Am 10. August endlich benachrichtigte Stratford Canning den General, daß das Ernennungsdekret verschwunden sei. Klapka reiste daher Ende August, in allen seinen Erwartungen enttäuscht, in die Schweiz zurück.

Die Bedeutung seines Unternehmens lag darin, daß die alliierten Mächte nicht nur von den ungarischen Interessen und der großen Bedeutung einer möglichen ungarischen Revolution, sondern auch von den Verhandlungen mit den Führern der walachischen Emigration und den Vertretern der Serben Näheres erfuhren. Klapka hatte schon in der Schweiz über ein ungarisch-serbisch-walachisches Bündnis verhandelt, welches mit Hilfe der Türkei oder der Westmächte die Kraft der österreichischen Monarchie brechen und im Donaugebiet einen neuen Staat, eine Donaukonföderation, schaffen sollte. In Konstantinopel wurden sodann diese Verhandlungen fortgesetzt, Klapka stand hier in engster Freundschaft zu Bratiano und Golesco, den Führern der walachischen Emigration, welche während der Orientkrise von Westeuropa nach Konstantinopel reisten, um die Möglichkeiten des Krieges für ihre eigenen Ziele auszuwerten.²⁵

Klapka wollte ebenso wie Kossuth mit der ungarischen Legion über die walachischen Fürstentümer oder über Serbien in Österreich einfallen und verhandelte deshalb mit den walachischen Emigranten und serbischen Vertretern, welche ihm ihre Hilfe für den ungarischen Freiheitskrieg zu-

²² Verzeichnis der Magyaren, welche sich in und um Constantinopel aufhalten, vom 27. Juni 1854. G. D. 601—1854. Staatsarchiv.

²³ Klapka—Graf Teleki. Konstantinopel, am 10. Juni 1854. Ungarisches Nationalmuseum.

²⁴ Klapka—Graf Teleki. Konstantinopel, am 5. August 1854. Ungarisches Nationalmuseum.

²⁵ Lengyel Tamás: Klapka emlékiratai és emigrációs működése. S. 23.

sicherten. Er beurteilte die Lage sehr optimistisch, wie er an seine politischen Freunde schrieb: „die alte Feindseligkeit unter diesen Völkern ist ganz geschwunden,“ sein größter Erfolg in Konstantinopel sei die Erhaltung der Freundschaft mit den Walachen und Serben, die den Erfolg des kommenden Kampfes verbürge.²⁶ Die walachischen Führer hielten aber nur solange ihre enge Verbindung mit Klapka aufrecht, als sie dessen Kommandobetrachtung in der türkischen Armee erwarteten. Da nun die Hoffnung auf die Bildung einer ungarischen Fremdenlegion geschwunden war und die Rolle der Ungarn infolge der Annäherung Österreichs an die Politik der Westmächte an Bedeutung verlor, suchten die Walachen neue Verbündete, um ihre Ziele verwirklichen zu können. Die Freundschaft mit den Ungarn war unwichtig geworden, da Klapka die walachischen Wünsche nicht erfüllen wollte, welche auf eine Teilung Ungarns hinzielten. Bratiano und Golesco, zwei dakoromanische Führer, wollten ja Siebenbürgen und den Banat für sich gewinnen.²⁷ In den ersten Monaten 1854 löste sich diese Freundschaft zwischen den walachischen Emigranten und Klapka, die Walachen gedachten mit den polnischen Emigranten vereint ihre Ziele zu verwirklichen. Einige Polen, welche 1854 in Konstantinopel eine bedeutende Rolle spielten, versprachen den Walachen im Falle eines allgemeinen Krieges die „Herstellung des dakoromanischen Reiches“, was naturgemäß die Beziehungen zwischen den Ungarn und Polen beträchtlich trübte.²⁸ Die Serben aber blieben mit Klapka auch weiterhin in Verbindung und verhandelten bis zu seiner Abreise über einen gemeinsamen serbisch-ungarischen Feldzug gegen Österreich. Eine Annäherung innerhalb der ungarischen, walachischen und polnischen Emigranten kam auch zustande, als die österreichischen Truppen das Gebiet der Fürstentümer besetzten.

Unter den Emigranten spielte während des Aufenthaltes des Generals Klapka in Konstantinopel Oberst Bátorffy-Schwarzenberg die wichtigste Rolle, der in engster Zusammenarbeit mit dem sardinischen Gesandten stand.²⁹ Die größte Zahl der Ungarn in der türkischen Hauptstadt betrug etwa 600. Zu ihnen gehörten u. a. die gewesenen Honvédoftiziere Johann Argai, Johann Asbóth, General Johann Czetz, Ignatz Hagen, Graf Alexan-

²⁶ Klapka—Graf Teleki. Konstantinopel am 25. Mai 1854 1853. Ungarisches Nationalmuseum.

²⁷ Klapka: a. a. O. S. 502.

²⁸ Ebenda. S. 503.

²⁹ Auszug aus einer Mitteilung vom 12. Januar 1854. G. D. 61—1854. Staatsarchiv.

der Karacsay, Eduard Matta und Josef Örhalmi.³⁰ Im Lager Omers befanden sich weitere 100 ungarische Offiziere, zahlreiche andere in den übrigen türkischen Truppenteilen, die an den Kriegsoperationen teilnahmen.³¹

Auch Graf Karacsay ist hier zu erwähnen, der gewesene Richter des Kolozsvärer Blutgerichtes, der seit der Waffenstreckung von Világos in Konstantinopel lebte und viel mit den dort akkreditierten Diplomaten und den türkischen politischen Kreisen verkehrte.³² General Johann Czetzy, der gewesene Generalstabchef der siebenbürgischen Armee Bems, kam über Einladung Klapkas im Dezember 1853 nach Konstantinopel, der ihn zum Kommandanten der ungarischen Legion machen wollte. Als dieser Plan aber scheiterte, verließ Czetzy im Januar 1854 wieder die Stadt.³³

Eine große Zahl von Ungarn, die nach der Waffenstreckung für immer aus dem Lande geflüchtet waren, hatte zum Großteil den mohamedanischen Glauben angenommen und stand schon von Beginn an in türkischen Diensten. Der Orientkrieg bot diesen ungarischen Soldaten neuerlich Gelegenheit zum Kampf gegen die Russen. In der türkischen Armee, welche nur wenige tüchtige Instruktionsoffiziere besaß, fand der ungarische Soldat wichtige und führende Arbeit.

Die Pforte zeigte sich daher mit dem Anerbieten der ungarischen Offiziere höchst einverstanden und entsandte von September 1853 an, als die Operationen im Kaukasus einsetzten, viele ehemalige ungarische Honvédoftiziere auf diesen Kriegsschauplatz, dessen Zentrum die Felsenburg Kars bildete.

Hier tat sich der ehemalige Honvédgeneral Richard Guyon hervor, der nach dem Freiheitskampf in Damaskus in türkische Dienste getreten war und im Sommer dieses Jahres zur europäischen Armee übertreten wollte. Die Pforte erfüllte diesen Wunsch des Generals jedoch nicht und sandte ihn im Oktober nach Kars. Guyon behielt seinen christlichen Glauben, sein türkischer Name lautete Khurschid Pascha. Er traf Oktober 1853 in Begleitung von Honvédoberst Josef Scheidenberg und den Hauptleuten Johann Pap und Ludwig Tüköry in Kars ein, wo er von Dezember 1853 bis zum September des folgenden Jahres tätig war und sich große Verdienste um die Befestigung des Felsennestes gegen einen russischen Angriff, so-

³⁰ Ebenda.

³¹ Verzeichnis mehrerer im türkischen Heere gegenwärtig angestellter politischer Flüchtlinge. G. D. 211—1854. Staatsarchiv.

³² Veress: A magyar emigráció a Keleten. (Die ungarische Emigration im Orient.) Band I. S. 237.

³³ Klapka: a. a. O. S. 476.

wie um die Ertüchtigung der türkischen Soldaten erwarb. Er reorganisierte das vernachlässigte Verpflegswesen und traf alle nötigen militärischen Vorbereitungen, um das Armeekorps für alle zu erwartenden Angriffe auszurüsten.³⁴ Guyon war seit März 1854 Generalstabschef der türkischen Armee in Kleinasien und diente dort bis September im Range eines Feldmarschalleutnants. Im Herbst dieses Jahres mußte er wegen der im türkischen Heere so häufigen Intriguen nach Konstantinopel zurückkehren und vor einem Kriegsgericht seine Befehle und Maßnahmen verantworten. Das Kriegsgericht sprach Guyon zwar frei, doch konnte er nicht wieder nach Kars zurückkehren und wurde pensioniert.³⁵

Ebenfalls von Bedeutung auf dem kleinasiatischen Kriegsschauplatz war Honvédgeneral Georg Kmety, mit seinem türkischen Namen Ismail Pascha, der nach Világos in türkische Dienste getreten war, 1851 aber die Türkei verlassen und sich nach London begeben hatte. Kmety reiste auf die ersten Anzeichen der Orientkrise im Auftrage Kossuths nach Konstantinopel, wollte ebenfalls zuerst in der europäisch-türkischen Armee dienen, wurde jedoch daran durch das energische Auftreten Brucks verhindert.³⁶ Der Seraskier hatte gleichwohl nicht die Absicht, den begabten und berühmten General der türkischen Armee fernzuhalten, und entsandte ihn nach Kars, wo er zum Kommandanten der türkischen Kavallerie ernannt wurde.³⁷ Kmety war infolge seiner persönlichen Tapferkeit bei den türkischen Soldaten sehr beliebt. Auch er erhielt den Rang eines Feldmarschalleutnants und blieb als Kommandant von Kars bis zum September 1855 dort, als die Festung sich den russischen Angriffen ergab.³⁸ Er flüchtete nach Konstantinopel, wo er sein Buch über Verteidigung und Fall der Festung Kars in englischer Sprache verfaßte. (A narrative of the defence of Kars on the 29th September 1855. London 1856.)

Außer diesen beiden militärischen Führern wäre noch zu erwähnen der ehemalige Honvédoberst Josef Kollmann (Faizi Pascha), der früher

³⁴ Bruck—Buol. Konstantinopel, am 14. Juli 1853. P. A. Frh. v. Bauern (österreichischer Konsul in Trapezunt) — Buol. Trapezunt, am 6. Januar 1854. P. A. Goedel—Lannoy (österreichischer Konsul in Beirut) — Buol. Beirut, am 7. Februar 1854. Staatsarchiv. P. A. Szalczer Sándor: A magyar emigránsok Törökországban. (Die ungarischen Emigranten in der Türkei) S. 262.

³⁵ Szalczer: a. a. O. S. 264—266.

³⁶ Buol—Bruck. Konstantinopel, am 2. Januar 1854. P. A. Frh. v. Bauern—Buol. Trapezunt, am 2. August 1854. Staatsarchiv. P. A.

³⁷ Frh. v. Bauern—Buol. Trapezunt, am 12. Oktober 1854. Staatsarchiv. P. A.

³⁸ Szalczer: a. a. O. S. 322.

in der anatolischen Armee gedient hatte. Kollmann stand kurze Zeit in der Truppe Omers und reiste im Herbst 1854 im Auftrage der Pforte nach Kars, wo er an die Stelle Guyons trat und zum Generalstabchef der dortigen Armee ernannt wurde. Er blieb bis zum Ende des Feldzuges in Kars, ebenfalls im Range eines Feldmarschalleutnants.³⁹

Ebenfalls dort tätig waren Honvéd-Artillerie-Oberst Josef Scheidenberg, der in Kars die türkische Artillerie reorganisierte, Hauptmann Ludwig Tüköry, welcher später im italienischen Risorgimento wirkte und für die italienische Einigung fiel, und die Oberste Gustav Fritsch und Bátorffy-Schwarzenberg, welche zumeist in Kars, in regulären Diensten der Türkei standen.⁴⁰

Juli 1854 traf in Kars über türkischen Auftrag Honvédgeneral Baron Maximilian Stein ein, welcher aber infolge des Mißtrauens der ungarischen Offiziere wieder nach Konstantinopel zurückkehren mußte. Tatsächlich stand er auch in ständiger Verbindung mit den österreichischen Konsuln und verriet ihnen die Pläne der ungarischen Emigranten.⁴¹

Eine Gruppe der ungarischen Emigranten nahm an den Kämpfen gegen die Russen gemeinsam mit den Tscherkessen teil, so Oberst Johann Bangya, der aus Kossuths Umgebung nach dem Orient gekommen war, Oberst Ladislaus Király und die Majore Dercsényi und Eberhardt.⁴²

Zahlreiche ungarische Emigranten befanden sich auch bei den alliierten Armeen in der Krim, vor allem als Marketender, zum geringeren Teile auch als Dolmetsche in den Jahren 1854 und 1855, als die Kämpfe auf der Krim tobten.⁴³

VI.

Die Revolutionäre in der Walachei. Der Fall Türr.

Die Lage der ungarischen Emigranten verschlechterte sich noch im August 1854, als gemäß dem am 14. Juni geschlossenen österreichisch-türkischen Vertrag österreichische und türkische Truppen in das Gebiet der

³⁹ Verzeichnis mehrerer im türkischen Heere gegenwärtig angestellter politischer Flüchtlinge. G. D. 211—1854. Staatsarchiv.

⁴⁰ Szalczer: a. a. O. S. 278.

⁴¹ Frh. v. Koller, Geschäftsträger in Konstantinopel—Buol. Konstantinopel, am 19. April 1855. Staatsarchiv. P. A.

⁴² Szalczer: a. a. O. S. 293.

⁴³ Szalczer: a. a. O. S. 341. und Roessler (Konsul in Rustschuk) — Koller Rustschuk, am 31. März 1855. P. A.

Donaufürstentümer nach dem Abzug der russischen Truppen einrückten. Der Avantgarde und dem Generalstab gehörten trotz den türkischen Versprechungen und jenem „guten Verhältnis“, in dem die zwei Regierungen zueinander standen, zahlreiche ungarische, polnische und walachische Flüchtlingsoffiziere an, welche nicht nur der Wiener Regierung, sondern auch den walachischen Fürsten Sorge bereiteten, da hinter ihnen das Gespenst einer neuen Revolution drohte. Omer Pascha glaubte noch immer, mit diesen Flüchtlingen Österreich in Schach halten zu können, auch benötigte er, wie gesagt, die Stabsoffiziere zur Ausarbeitung seiner Operationspläne. Der Einmarsch der Flüchtlinge unter ottomanischen Fahnen war eine Gefahr für die Monarchie, da die Stimmung in Siebenbürgen dadurch gewiß nicht verbessert wurde und ein Einfall der Ungarn in Siebenbürgen ohne türkische Hilfe zu erwarten stand.

Obwohl ein Großteil der Ungarn nach dem Juni-Vertrag aus der türkischen Armee austrat, hielten sich doch viele Offiziere an der unteren Donau in Erwartung eines günstigen Augenblickes zum Einfall in Siebenbürgen bereit. Auch sollten die in den österreichischen Armeekorps dienenden Ungarn und Italiener zur Meuterei verleitet und mit ihrer Hilfe die Revolution beschleunigt werden.

Das Armeeoberkommando war nach dem Einmarsch der österreichischen Truppen in der Walachei davon benachrichtigt worden, daß in der Avantgarde Omers, welche gleichzeitig mit den kaiserlichen Truppen in Bukarest einziehen wollte, viele ehemalige Honvédoftiziere standen, deren bestimmter Plan die Revolutionierung der Donaufürstentümer und Siebenbürgens war.¹ Über Antrag des Grafen Grüne befahl der Kaiser FML. Grafen Coronini-Kronberg, dem die Besetzung der walachischen Fürstentümer übertragen war, daß beim Einrücken in der Walachei „gegen alle sich dort corsierenden Revolutionäre mit aller Strenge vorgegangen werde.“² Auch Graf Buol warnte Coronini vor diesen politischen Flüchtlingen und erteilte ihm bestimmte Instruktionen für den Einmarsch in den Fürstentümern. Die wichtigste Frage war das Flüchtlingsproblem und Buol forderte Coronini auf, mit allen Mitteln die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten und die Säuberung der Fürstentümer von allen jenen unlauter-

¹ Coronini— an die Truppenteile des serbisch-banatischen Armeekorps. Bukarest, am 16. März 1854. F. A. Serbisch-banatisches Armeekorps. 1854—3—79. Kriegsarchiv.

² FZM. Heß—Coronini. Wien, am 19. August 1854. F. A. Serbisch-banatisches Armeekorps. 1854—8—68. Kriegsarchiv.

ren Elementen durchzuführen, die noch aus der Revolutionszeit von 1848—49 stammten, sich mit Hilfe der zu erwartenden Kriegsergebnisse wieder bei allen Leuten einzuschleichen gewußt hätten und deren unablässiges Bestreben dahin gehe, die gesetzliche Ordnung in diesen Teilen der Monarchie zu unterwühlen. Buol verständigte Coronini davon, daß die Pforte dem Begehren des Internuntius nach Entfernung der Emigranten stets entgegenkommendst entsprochen und daß auch von Seiten Omer Paschas diesbezüglich die beste Absicht bestanden habe.³

Der österreichische Generalkonsul in Bukarest Frh. v. Laurin berichtete am 8. August, daß das Gebiet der Donaufürstentümer nach dem Abmarsch der russischen Truppen von ungarischen und walachischen Revolutionären wimmle, welche das Volk aufzureizen begannen. Der türkische Unterkommandant Halim Pascha hatte diese Männer ausweisen lassen, Omer Pascha selbst versprochen, die Anwesenheit der Emigranten zu unterbinden. Laurin ersuchte den Außenminister, bei der türkischen Regierung dagegen zu protestieren, daß die Flüchtlinge trotz ihrer Entfernung durch die türkischen Militärbehörden neuerdings wieder aufträten.⁴ Am nächsten Tag verschärfte sich die Lage. Laurin stellte fest, daß die Türken den Flüchtlingen Vorschub leisteten bei ihren Aktionen, das Volk gegen die österreichische Besetzung aufzureizen. Der Grund für diese Unterstützung war die Russenfreundlichkeit der reichen walachischen Bojaren, die für die Türken große Gefahren in sich barg. Ohne Zweifel beabsichtigten die Flüchtlinge zuerst, selbst die Fahne des Aufruhrs zu entfalten.⁵

Omer versuchte den Generalkonsul zu beruhigen und versicherte am 11. August, daß gemessene Befehle erteilt worden seien, diese Leute, sobald sie walachischen Boden beträten, ohne weiteres festzunehmen und über die Donau abzuschieben.⁶ Gemäß seinen Gepflogenheiten hielt er sein Versprechen nicht. Wie der Generalkonsul meldete, planten die in der Avantgarde in geschlossenem Verbande stehenden Polen, Ungarn, Deutschen und Italiener und ihr Anführer Skanderbeg selbst, die in der Walachei tätigen revolutionären Elemente zu sammeln und sich mit dem österreichischen Militär zu verbrüdern. Laurin hielt die Lage für sehr

³ Buol—Coronini. Wien, am 15. August 1854. Staatsarchiv. P. A.

⁴ Frh. v. Laurin—Buol. Bukarest, am 8. August 1854. Staatsarchiv. P. A.

⁵ Laurin—Buol. Bukarest, am 9. August 1854. Staatsarchiv. P. A.

⁶ Laurin—Buol. Bukarest, am 11. August 1854. Staatsarchiv. P. A.

schwierig und wollte auf diplomatischem Wege Omer zur Einhaltung des Vertrages zwingen.⁷

Angesichts dieser Lage beauftragte Buol am 21. August Bruck, bei der Pforte gegen die gefährlichen Faktoren einzuschreiten, und forderte ihre Entfernung aus den Reihen der türkischen Donauarmee, wie aus den Fürstentümern selbst.⁸ Auch protestierte Buol im selben Sinne auf diplomatischem Wege durch Colloredo und Hübner in London und Paris, besonders gegen die ausweichende Taktik Omers. Buol legte dar, daß die Erhaltung der Ruhe in den schwer mitgenommenen Donaufürstentümern im gemeinsamen Interesse Österreichs, der Türkei und der Westmächte gelegen sei, und forderte von den Regierungen Englands und Frankreichs, welche die Bürgen des Juni-Vertrages waren, für diese friedliche Ruhe bei der Pforte zu intervenieren und die Umtriebe der Flüchtlinge endlich lahmzulegen. Es war für die Wiener Regierung peinlich, daß außer dem Pascha auch der englische Generalkonsul in Bukarest, Colquhoun, die Emigranten unter seinen Schutz nahm.⁹ Buol sandte am 14. September neue Weisungen an Colloredo und Hübner, in denen er u. a. Folgendes schrieb: Nos renseignements de Bucharest désignent Mr. Colquhoun comme un des principaux fauteurs de l'agitation provoquée par des individus plus ou moins compromis. Il est évident que l'Autriche ne saurait en aucun cas tolérer que la Valachie soit convertie en une autre Suisse et que l'abus qu'on fait dans ce dernier pays du droit d'asyle devienne pour nous également dans les Principautés danubiennes une source intarissable d'embarras et de complications. Nous comptons à ce sujet avec une entière confiance sur l'appui loyal et énergique du Gouvernement anglais et français.¹⁰

Aus einem sehr aufschlußreichen Bericht, den der preußische Konsul in Galatz, Meroni, an Generalkonsul Radosavljevič übermittelte, kann man das eigentliche Ziel der Ungarn Mitte August erkennen, als die österreichischen und türkischen Truppen in der Walachei einmarschierten. Meroni teilt darin mit, daß er in Rustschuk, dem damaligen Hauptquartier Omer Paschas, viel mit ungarischen und italienischen Emigranten verkehrte, deren Zahl sehr bedeutend sei. Diese Emigranten rechneten in voller Zuversicht mit einer Revolte in Ungarn, welche tatsächlich vorbereitet

⁷ Ebenda.

⁸ Buol—Bruck. Wien, am 21. August 1854. Staatsarchiv. P. A.

⁹ Bruck—Buol. Konstantinopel, am 31. Dezember 1854. Staatsarchiv. P. A.

¹⁰ Buol—Hübner und Colloredo. Wien, am 14. September 1854. Staatsarchiv. P. A.

werde und nicht auf bloßen Illusionen beruhe; sie sollte mit Teilen der in den Fürstentümern operierenden k. k. Armee hervorgerufen werden, wobei die Slawen, deren Sympathien Rußland zugewandt waren, den Magyaren hilfreiche Hand bieten würden. Die Flüchtlinge hofften — so meinte der preußische Konsul —, daß Österreich ihre Internierung in Asien nicht durchsetzen werde, sie wollten also bei Ausbruch der Revolution unmittelbar in Ungarn einfallen, zum Kampf für ihre ureigensten Interessen. Nach Ansicht des Konsuls war es nicht unmöglich, daß die Ungarn die Hilfe Rußlands oder Serbien zu erreichen versuchten.¹¹

Da der Juni-Vertrag der Pforte die Vorrechte über die Fürstentümer zusicherte, konnten die österreichischen Militärbehörden gegen die Flüchtlinge nicht standrechtlich vorgehen. Coronini mußte zusehen, wie diese Revolutionäre in türkischer Offiziersuniform die österreichischen Soldaten zum Treubruche zu verleiten suchten.

Im Dezember schien die Lage in den Fürstentümern auf das äußerste gespannt, da wegen der Umtriebe der Emigranten die Sicherheit in der Armee zweifellos als geschwächt anzusehen war. Frh. v. Bruck berichtete allerdings Anfangs Dezember mit Freude aus Konstantinopel, er habe aus sehr zuverlässiger Quelle erfahren, daß der größte Teil der Armee Omer Paschas nach der Krim abgehe und daß die Pforte die Emigranten und alle in den Fürstentümern mißliebigen Leute aufgefordert habe, das Gebiet der zwei walachischen Fürstentümer zu verlassen und sich nach der Krim zu begeben.¹²

Tatsächlich war im Dezember 1854 die türkische Regierung entschlossen, gegen den Willen des übermächtigen Generalissimus die Flüchtlinge zu entfernen. Die Emigranten jedoch wollten eben diesen Zeitpunkt zur Verwirklichung ihrer Ziele benützen und die in österreichischen Diensten stehenden italienischen und ungarischen Soldaten zur Meuterei veranlassen.

Die militärischen Behörden, das Armeeoberkommando und die Militärkanzlei mußten ein besonders scharfes Vorgehen im Falle des Regiments Erzherzog Sigismund fordern, das zum größten Teil aus Italienern bestand und in dessen Reihen eine geheime Verschwörung aufgedeckt

¹¹ Radosavljević—Coronini, Belgrad, am 25. August 1854. F. A. Serbisch-banatisches Armeekorps 1854—8—119. Kriegsarchiv.

¹² Bruck—Coronini. Konstantinopel, am 6. Dezember 1854. F. A. Serbisch-banatisches Armeekorps 1854—12—30. Kriegsarchiv.

wurde.¹³ FZM. Heß und Graf Grüne waren für energisches Eingreifen, der vorsichtige Außenminister hielt sich zurück. Handelte es sich ja um die Aufstellung eines militärischen Standgerichtes im Gebiet der besetzten Fürstentümer, was eine Verletzung der Souveränität des Sultans bedeutet hätte.¹⁴

Grüne verständigte am 10. Dezember Buol, daß gegen die revolutionären Hetzer den kaiserlichen Befehlen gemäß mit vollster Strenge der bestehenden militärischen Gesetze vorgegangen würde.¹⁵ Der vorsichtige Buol aber wollte die Türkei und jene Punkte des Juni-Vertrages, welche die Souveränität der Pforte zusicherten, nicht verletzen. Heß und Grüne forderten nach wie vor energisches Einschreiten und selbst der Kaiser war unter dem Einflusse seiner zwei vertrauten militärischen Ratgeber für die Aufstellung eines Standgerichtes gegen die Revolutionäre, welche die Ruhe und Ordnung der Regimenter der walachischen Fürstentümer und Siebenbürgen bedrohten. Die vorsichtige Politik der Wiener Regierung verbot jedoch die Einführung des Militärgerichtes gegen ausländische Untertanen, was zur Folge hatte, daß während des ganzen Jahres 1855 die Flüchtlinge — meistens Polen und Italiener — die Soldaten weiter aufhetzten und das Gebiet der Fürstentümer in ständiger Unruhe hielten.¹⁶

Im Laufe des Jahres 1855 spielte hier eine große Rolle Ladislaus Berzenczey. Berzenczey, vor dem Freiheitskriege Stuhlrichter in Marostorda und während des Krieges Regierungskommissär, war nach der Waffenstreckung aus dem Lande geflüchtet und 1851 in contumaciam zum Tode verurteilt worden.¹⁷ Den geschickten Mann, den nach dem Freiheitskampfe weite und abenteuerliche Reisen durch Asien und Amerika geführt hatten, entsandete Kossuth im Sommer 1854, um die Vorbereitungen für die Revolution zu reorganisieren. Bis Februar 1854 hielt er sich in Konstantinopel auf und wollte von dort nach Siebenbürgen, um die Arbeit des so tragisch aus dem Leben geschiedenen Várady fortzusetzen.¹⁸ Das Betreten

¹³ FZM. Heß—Coronini. Wien, am 14. Dezember 1854. F. A. Serbisch-banatisches Armeekorps 1854—12—56. Kriegsarchiv.

¹⁴ Minister-Conferenz-Protokoll vom 9. Januar 1855. Buol—Nachlaß. Staatsarchiv.

¹⁵ Grüne—Buol. Wien, am 10. Dezember 1854. Staatsarchiv. P. A.

¹⁶ Fürst Karl zu Schwartzenberg — an das hohe Armeeobercommando. Hermannstadt, am 3. Mai 1855. Armeeobercommando Präsidial-Akten 945.

¹⁷ B. M. 4909—1862.

¹⁸ Kempen—Buol. Wien, am 17. Februar 1855. H. P. Staatsarchiv. Koós Ferenc: Történelmi tanulmányok a magyar és oláh nemzet múltjából. (Geschichtliche Studien aus der Vergangenheit des ungarischen und des walachischen Volkes.) S. 184.

der Donaufürstentümer wurde ihm verwehrt, er hielt sich deshalb ein Jahr lang, bis zum April 1855, im Hauptquartier Omer Paschas in Rustschuk auf. In dieser Zeit war er Mitglied des Generalstabes des Generalissimus, wollte daneben aber auch seine Aufträge ausführen. So reiste er im März 1854 nach Serbien, wo er mit Ilia Garaschanin zusammenkam und diesem das neue Memorandum Kossuths übergab, in dem der Exgouverneur neuerdings die Serben aufforderte, sich der Umsturzpartei anzuschließen und der Organisierung der ungarischen Revolution ihre Hilfe angedeihen zu lassen.¹⁹ Das weitere Schicksal dieses Memorandums ist unbekannt. Berzenczey war aber von Kossuth noch mit einem zweiten Auftrage betraut worden: die Freundschaft der rumänischen Malkontenten zu gewinnen, was infolge der österreichischen Besetzung schwierig war, um mit ihrer Hilfe eine revolutionäre Bewegung in der Moldau, der Walachei und in Siebenbürgen hervorzurufen. Berzenczey hielt sich in den Monaten April und Mai 1854 in Widdin auf und stand dort in engster Verbindung mit den berühmten walachischen Emigranten Bratiano, Lecca und Maghieru. Der Auftrag Berzenczeys lautete dahin, die Stimmung unter den walachischen Emigranten gegen den österreichfreundlich gesinnten Fürsten Stirbey zu verstärken und mit Hilfe der Parteigänger die österreichischen Soldaten, welche in den Fürstentümern standen, für die Revolution zu gewinnen.²⁰ Seine nächsten Mitarbeiter waren der aus Bottuschany ausgewiesene Apotheker Emerich Haynal und der Wundarzt Hetneky, welche in Bukarest tätig waren. Eine große Rolle spielten in Bukarest an der Seite Berzenczeys Eduard Rózsafi-Ruzitska und Franz Gergely.²¹

Im April 1855 entschied sich Berzenczey zur Reise nach Bukarest. Sein Plan ging darauf aus, mit Hilfe seiner ungarischen und walachischen Freunde eine Revolution zu organisieren und dann vorerst einen walachischen Aufstand hervorzurufen. Wie die österreichischen amtlichen Meldungen berichten, besaß Berzenczey viele hunderte ungarische und walachische Anhänger. Ihm lag viel an einem Konflikt zwischen der türkischen und österreichischen Armee, um dann im gegebenen Augenblicke den geplanten gemeinsamen ungarisch-walachischen Aufstand losbrechen zu las-

¹⁹ Kempen—Grünne. Wien, am 17. Juni 1855. G. D. 571—1855. Staatsarchiv.

²⁰ B. M. 599—1854 und Frh. v. Koller—Buol. Konstantinopel, am 7. Juni 1855. Staatsarchiv. P. A.

²¹ Baron Bach — GM. und Generaladjutant Bamberg. Wien, am 18. September 1854. Armeeobercommando Präsidial-Akten. 744. Kriegsarchiv.

sen. Seine Verbindungen in Bukarest und in der walachischen Provinz waren ausgezeichnete: so zu dem sehr vermögenden Bojaren Janku Manu, der seine Pläne mit Geldmitteln unterstützte, weiters zu dem Fürsten Cantacuzeno, bei welchem er sich einige Zeit verborgen hielt. Sein Hauptziel war neben dem gemeinsamen ungarisch-walachischen Aufstand ein Freundschaftsbund mit den siebenbürgischen Walachen, durch den er die Sicherheit gehabt hätte, im Falle einer ungarischen Freiheitsbewegung keinen walachischen Aufstand befürchten zu müssen, der den Erfolg eines Freiheitskrieges verhindert hätte.²²

Der revolutionäre Führer verbarg sich von April bis Ende Juni in einer Bukarester Mädchenerziehungsanstalt, deren Eigentümerinnen, Gräfin Grandpré und Baronin Theresia Horváth, ihn als Englischlehrer für die Anstalt aufnahmen. Berzenczey wohnte unter dem Namen Jean Huls in Bukarest bis Ende Juni, als die Nachforschungen durch die militärischen Behörden auch seinen Aufenthalt entdeckten.²³ Er flüchtete dann zu dem englischen Generalkonsul, Colquhoun, mit dem er eng befreundet war. Coronini forderte in einer energischen Note die Auslieferung Berzenczeys durch den englischen Generalkonsul, der aber diesen Protest zurückwies, da die österreichischen Behörden die Schuld Berzenczeys nicht nachweisen konnten.²⁴ Trotz den Protesten des Grafen Coronini behielt er ihn weiter in seiner Wohnung und ermöglichte ihm einige Tage später mit Hilfe des Fürsten Cantacuzeno die Abreise nach der Krim. Nach seiner Flucht stellten die österreichischen militärischen Behörden eine umfangreiche Untersuchung an, um seine Anhänger dingfest zu machen. Sie verhafteten zahlreiche Ungarn, welche in Bukarest lebten und mit Berzenczey in Verbindung gestanden waren, das Militärgericht von Nagyszeben (Hermannstadt) verurteilte die acht Rädelsführer wegen Hochverrates zu Zuchthausstrafen. Berzenczey begab sich über die Krim und über Konstantinopel nach London und betätigte sich in der Folgezeit nicht mehr revolutionär.²⁵

Auch das Auftreten der polnischen Legion im Gebiet der besetzten

²² Koós: a. a. O. S. 182.

²³ Coronini—Heß, Bukarest, am 13. Juni 1855. F. A. Serbisch-banatisches Armeekorps 1855—6—26. Kriegsarchiv.

²⁴ Robert Colquhoun (englischer Generalkonsul in Bukarest) — Lord Westmoreland (englischer Botschafter in Wien) Bukarest, am 29. April 1855. F. A. Serbisch-banatisches Armeekorps. 1855—6—4. Kriegsarchiv.

²⁵ Zusammenfassender Bericht über Berzenczey. B. M. 2756—1857. Staatsarchiv

Fürstentümer bereitete dem Armeeoberkommando, wie der Wiener Regierung schwere Sorge. Die Polen bildeten schon seit Dezember 1853 unter türkischem Schutze eine Legion, deren Kommandant Michael Czajka-Czajkowski, mit seinem türkischen Namen Sadyk Pascha, war. Die polnische Legion marschierte mit den Truppen Omers zugleich in den Fürstentümern ein und setzte dort die revolutionäre Politik der Ungarn fort.²⁶ Die Wiener Regierung konnte eine Ausweisung der Polen nicht fordern, da sie nicht österreichische Untertanen waren. Sie nutzten diese Lage auch gründlich aus und bereiteten unter dem Schutze der türkischen Gewehre eine gemeinsame Revolution der Polen, Ungarn und Walachen vor. Die Lage des kommandierenden Generals Coronini war sehr schwierig. So berichtet er schon am 17. April 1855 an Buol, daß die Führer der polnischen Legion nur deshalb in der türkischen Armee kämpften, weil sie dort ihre eigenen Interessen vertreten konnten. Dieses Ziel war eine allgemeine europäische Revolution unter dem Schutze des osmanischen Heeres. Die Unruhe in den Fürstentümern bedeutete für sie einen Vorteil, für Österreich eine Gefahr, da sie nahe der siebenbürgischen Grenze standen und so mit den Ungarn enge Verbindung aufrechterhalten konnten.²⁷

Zwei Tage später berichtet Coronini, daß die polnischen und ungarischen Emigranten ihre Ziele unter verschiedenem Deckmantel zu erreichen suchten. Trotz der Garnisonierung kaiserlicher Truppen in den Fürstentümern verteilten sie eine Proklamation, in der sie die Bewohner zum Eintritt in die Legion aufforderten. Coronini befürchtete ein Losbrechen der Revolution trotz aller Überwachung, da er die feindliche Einstellung der Siebenbürger kannte. Diese Proklamation forderte ganz offen die Befreiung Polens unter türkischem Schutze. Coronini wollte auf diplomatischem Wege die Polen entfernen und erteilte den Truppenkommandanten den Befehl, die Verteilung dieser Proklamation zu verhindern. Sie fand aber immer mehr ihren Weg zu den Soldaten und neue Aufforderungen zur Meuterei standen zu befürchten. Auch konnte die polnische Legion in einem unerwarteten Augenblick in Siebenbürgen einfallen und eine Erhebung der Szekler mit sich bringen. Nach seiner Meinung war die Lage wohl schwer, doch wollte er der revolutionären Erhebung zuvorkommen.²⁸

Das Zentrum der polnischen Legion bildeten die Städte Galatz und

²⁶ Coronini—Frh. v. Koller. Bukarest, am 25. April 1855. F. A. Serbisch-banatisches Armeekorps. 1855—6—4. Kriegsarchiv.

²⁷ Coronini—Buol. Bukarest, am 17. April 1855. Staatsarchiv. P. A.

²⁸ Coronini—Heß. Bukarest, am 19. April 1855. 1855—4—59. Kriegsarchiv.

Braila, von wo sie ihre Agenten nach Galizien, nach der Bukowina und vor allem nach Siebenbürgen aussandten. Diese Agenten waren im Volke Mitkämpfer für die polnische Legion. Coronini gedachte mit allen Mitteln die Ausbreitung der revolutionären Bewegung zu verhindern, da seiner Auffassung nach die Umsturzpartei neuerdings von Siebenbürgen aus eine Revolution entfachen und von dort die anderen mit ihrer Lage unzufriedenen Provinzen mit sich reißen wollte.²⁹ Er befahl deshalb am 19. April den Truppenkommandanten, alle Jene, welche zur Meuterei aufforderten, ohne weiteres auf Grund des militärischen Standrechtes erschießen zu lassen.³⁰

Die Wiener Regierung war davon in Kenntnis, daß die polnische Legion, die 800 Mann zählte, nur revolutionäre Ziele verfolgte und nur deshalb im türkischen Heere diene, um ihre Pläne verwirklichen zu können. Zuerst sollte Polen und dann Ungarn befreit und dies vor allem mit französischer Hilfe erreicht werden. Nach vielen Protesten versprach am 19. Juni der Seraskier, die Legion nach Asien zu transportieren, was zu Ende dieses Monates auch tatsächlich geschah.³¹

Diese Tätigkeit der Polen in den Fürstentümern während des Jahres 1855 war auch hinsichtlich der großen Politik für die österreichische Regierung sehr gefährlich, da zu gleicher Zeit die Ungarn und Polen neuerdings mit der französischen Regierung in Verhandlungen eintraten. Es war der Wiener Regierung bekannt, daß Napoleon zu Ende des Krieges das frühere, schon von Napoleon I. gebildete unabhängige Großherzogtum Warschau wiederherzustellen beabsichtigte. Die Perspektive, welche von Seiten der französischen Regierung der polnischen Nation für die Wiederherstellung eines selbständigen Großherzogtums oder Königreiches Polen geboten wurde, verfehlte wohl nicht einen gewissen Eindruck auch auf andere Nationen, vor allem auf die Bewohner Italiens und selbst auf die Ungarn.³²

Denn als die Ungarn von diesen Plänen Napoleons erfuhren, machte im Frühjahr 1855 gleichzeitig mit der polnischen Bewegung der gewesene ungarische Polizeichef Paul Hajnik im Vereine mit mehreren ungarischen Emigranten den revolutionären Komites in London und Paris den Vor-

²⁹ Coronini—Koller. Bukarest, am 25. April 1855. 1855—4—83. Kriegsarchiv.

³⁰ Coronini — an das kk. Truppen — Commando in der Walachei. Bukarest, am 19. April 1855. 1855—4—66. Kriegsarchiv.

³¹ Koller—Bucl. Konstantinopel, am 19. Juli 1855. Staatsarchiv. P. A.

³² Hübner—Buol. Paris, am 11. Mai 1854. Staatsarchiv. P. A.

schlag zur Aufstellung einer ungarischen Legion. Das Komitee in London billigte diesen Vorschlag und sicherte den in diese Legion eintretenden Männern die nötigen Reisekosten zu.³³

Im Sommer aber, nach Entfernung der Polen, gestaltete sich die Lage in den Fürstentümern wieder ruhiger, bis Oberst Türr auf den Plan trat.

Das Erscheinen und die Verhaftung dieses in englischen Diensten stehenden Mannes im Oktober 1855 brachte nicht nur die walachischen Fürstentümer, sondern die öffentliche Meinung Europas in Unruhe. Stefan Türr, ein Unterleutnant des Regimentes Franz Karl, desertierte vor der Schlacht von Novara und trat in das sardinische Heer ein. In der Emigration mit Kossuth, Mazzini und anderen europäischen Emigrierten verbunden, beteiligte er sich am Mailänder Aufstand, wo es seine Aufgabe war, einen Einfall in Pavia zu versuchen. Nach der Niederwerfung dieses Aufstandes flüchtete Türr nach Piemont und ging von dort mit seinem Freund Louis Winkler zuerst nach Tunis und dann nach Paris.³⁴ Er wollte, ebenso wie die anderen ungarischen Flüchtlinge, die Gelegenheit des Orientkrieges ausnützen und begab sich deshalb, mit einem Empfehlungsbrief Kossuths versehen, im Herbst 1853 nach Konstantinopel, wo er zuerst mit Alexander Gaál verhandelte und dann im Auftrage des Generals Klapka nach dem Hauptquartier Omers in Rustschuk fuhr. Dort hielt er sich von Januar bis April 1854 auf. Er beabsichtigte mit den Offizieren Fritsch und Kollmann die Ungarn zu organisieren und in Ungarn einzufallen. Als er jedoch die Aussichtslosigkeit dieses Planes erkannte, kehrte er wieder nach Konstantinopel zurück. Gaál riet ihm nach Serbien zu gehen, davon aber wollte er nichts wissen und reiste Mai 1854 nach Paris zurück.³⁵

Im Auftrage Kossuths, der im Sommer 1855 neuerdings im Orientkrieg wichtige Momente für die Erlangung der ungarischen Unabhängigkeit zu erblicken glaubte, fuhr nun Türr zum zweiten Male nach Konstantinopel. Mai 1855 trifft er in Malta ein und begibt sich von dort mit einem englischen Regiment weiter nach der türkischen Hauptstadt.³⁶

Die englische Armee übernahm Türr als Oberst, dank seinen englischen Verbindungen, vor allem dank der Unterstützung durch General Simpson, welcher selbst am Orientkrieg teilnahm. Die Aufgabe des neuen Obersten war der Einkauf von Pferden und Wagen auf dem Balkan

³³ Kempen—Grünne. Wien, am 29. Mai 1855. G. D. 518—1855. Staatsarchiv.

³⁴ B. M. 5006—1855. Coronini—Kempen. Bukarest, am 2. November 1855. P. A.

³⁵ Kempen—Schwartzenberg. Wien, am 28. November. 5197—1855. B. M. und B. M. — 5541 — 1855. Staatsarchiv.

³⁶ Roessler—Coronini. Rustschuk, am 27. Oktober 1855.

für die britische Armee und deren Transport nach der Krim. Die Aufträge Türrs führten ihn nach den Fürstentümern und nach Bulgarien. Das Erscheinen des gefährlichen und verdächtigen Türre an den Grenzen des Reiches beunruhigte die österreichische Regierung. Die Polizei und die Militärbehörden wußten schon Juli, bezw. August von seiner bevorstehenden Ankunft, alle Maßnahmen waren also getroffen, als Türre Mitte Oktober in Rustschuk in der Nachbarschaft der österreichischen Armee auftauchte.³⁷ Kempen wünschte die Verhaftung Türre, um die Monarchie für immer von diesem lästigen Deserteur und Aufrührer zu befreien. Tatsächlich war Türre unvorsichtig genug, von Rustschuk, das unter türkischer Souveränität stand, des öfteren nach Gyurgyevo zu fahren, wo er von ehemaligen Kameraden erkannt wurde. Er traf sich in Gyurgyevo mit dem englischen Vizekonsul, der wohl die Mittlerrolle zwischen dem Emigranten und den revolutionären Elementen im Lande spielte.³⁸ Türre reiste am 1. November nach Bukarest, wurde dort auf Befehl des kommandierenden Generals im Hotel London überrumpelt und trotz seiner englischen Uniform verhaftet.³⁹

Die Verhaftung erregte in Bukarest nicht geringes Aufsehen. Der englische Generalkonsul Colquhoun, welcher aus seiner Freundschaft gegenüber den ungarischen Revolutionären niemals ein Hehl gemacht, legte bei Coronini Protest wegen dieser Verhaftung eines englischen Offizieres ein und verlangte seine Freilassung.⁴⁰ Coronini aber wies die Proteste des Generalkonsuls zurück und erklärte, daß die österreichische Regierung ein Recht habe, ihre Deserteure verhaften zu lassen. Türre, der hochverräterischer Delikte gegen Österreich schuldig sei, hätte nicht im österreichischen Rayon erscheinen dürfen, wo ihn seine alten Kameraden erkannten.⁴¹ Coronini ließ Türre am nächsten Tage nach Brassó (Kronstadt) bringen und vor ein Militärgericht stellen.⁴²

Vor dem Militärgericht in Brassó berichtet Türre über seine Tätigkeit seit der Revolutionszeit, man verurteilt ihn wegen Hochverrates zum

³⁷ Kempen—Buol. Wien, am 16. Oktober. 1855. H. P. Staatsarchiv.

³⁸ Roessler—Coronini. Rustschuk, am 27. Oktober 1855.

³⁹ Coronini — an das hohe Armeeoberkommando. Bukarest, am 2. November 1855. Armeeoberkommando Präsidial-Akten 1978. Kriegsarchiv. Coronini—Kempen, Bukarest am 2. November 1855. B. M. 5006. Staatsarchiv.

⁴⁰ Colquhoun—Coronini. Bukarest, am 2. November 1855. F. A. Serbisch-banatisches Armeekorps. 1855—11—17a. Kriegsarchiv.

⁴¹ Coronini—Colquhoun. Bukarest, am 3. November 1855. F. A. Serbisch-banatisches Armeekorps 1855—11—17b. Kriegsarchiv.

⁴² Grünne—Buol. Wien, am 3. November 1855. Staatsarchiv. P. A.

Tode, das Urteil wird jedoch nicht vollstreckt, dank dem energischen Auftreten der englischen Regierung, welche die Hinrichtung eines ihrer Offiziere unter keinen Umständen dulden wollte.⁴³

Zuerst protestierte Lord Stratford Canning bei der Pforte, daß sie die Verhaftung Türrs zugelassen habe. Der türkische Außenminister wandte sich befremdet an den österreichischen Geschäftsträger, warum diese Verhaftung erfolgt sei. Der Geschäftsträger erklärte die Gründe dafür und die Pforte mußte zugeben, daß dies allerdings nur eine englische und österreichische, aber keine türkische Angelegenheit sei, da Türri im besetzten Gebiete verhaftet worden sei. Stratford Canning erklärte jedoch Ende November, daß man diesen englischen Offizier zwar nicht in die Nähe kaiserlicher Truppen hätte senden sollen, daß aber die der englischen Uniform auf türkischem Gebiete widerfahrene Schmach nichtsdestoweniger eine sehr ernste Tatsache bilde.⁴⁴ Auch der französische Botschafter Thouvenel äußerte sich gegenüber dem Geschäftsträger Frh. v. Koller, daß er die Verhaftung Türrs sehr bedauere, weil diese keine militärische, sondern eine rein diplomatische Frage sei. Koller versuchte den österreichischen Standpunkt zu erklären, Thouvenel jedoch sah darin Konflikte, welche die guten Beziehungen zwischen Österreich und England verschlechtern konnten, was Frankreich im Interesse der vorgedachten ruhigen Beendigung des Krieges vermeiden wollte.⁴⁵

Der erste Presseangriff gegen das österreichische Vorgehen erfolgte am 16. November durch die Daily News. Diese brachten die Verhaftung Türrs und die Proteste des englischen Generalkonsuls. Österreich wurde scharf angegriffen und die englische Regierung aufgefordert, diese völlig unberechtigte Verhaftung Türrs niemals zu dulden.⁴⁶ Buol verständigte auf diplomatischem Wege die britische Regierung von der Verhaftung Türrs und auch davon, daß Türri österreichischer Deserteur sei und die Ruhe der Monarchie bedroht habe. Lord Clarendon nahm die Mitteilung zur Kenntnis: er wisse weiter nichts über Türri, bedauere aber diese Verhaftung, weil Türri doch in englischen Diensten stehe. Diese erste englische Erklärung klang also für die Wiener Regierung beruhigend, einige Tage später jedoch äußerte sich Lord Clarendon gelegentlich einer Zusammen-

⁴³ Narrative of the arrest, trial and condemnation of Türri. Showing, how Austria respects international law. London 1856.

⁴⁴ Koller—Buol. Konstantinopel, am 15. November 1855. P. A. Staatsarchiv.

⁴⁵ Ebenda.

⁴⁶ B. M. 5173—1855.

kunft mit Colloredo, daß Lord Palmerston dieser Verhaftung große Bedeutung beimesse und Verwicklungen befürchte.⁴⁷

Clarendon schlug der österreichischen Regierung die Freilassung Türrs vor, da er ja für die englische Armee Dienste geleistet habe, als seine Verhaftung erfolgte. Österreich möge Türre lediglich aus dem Gebiete der Monarchie verweisen, wogegen die englische Regierung die Entlassung Türrs aus der britischen Armee zusichere. Die Empörung in England war groß, da man in der Verhaftung eine Beleidigung der ganzen englischen Armee erblickte. Der Staatssekretär sprach die Hoffnung auf eine friedliche Beilegung des Falles aus.⁴⁸ Wieder einige Tage später kündigte Lord Clarendon eine Intervention der englischen Regierung an, denn Türre stehe in englischen Diensten, seine Fahrt nach Bukarest habe dienstlichen Charakter gehabt. Colloredo wieder stellte sich auf den Standpunkt, daß Türre Deserteur sei und Österreich daher das Recht besessen habe, seine Verhaftung zu verfügen. Clarendon sah eine Lösung nur in der Freilassung Türrs.⁴⁹ Auch die französische Diplomatie stellte sich auf die Seite Türrs. Botschafter Baron Hübner unterrichtete am 20. November den französischen Außenminister Grafen Walewski von der Angelegenheit, der hierüber Befürchtungen wegen einer Trübung des freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Österreich und England äußerte.⁵⁰

⁴⁷ Buol—Colloredo. Wien, am 5. November 1855. P. A. Colloredo—Buol. London am 14. November 1855. Staatsarchiv. P. A.

⁴⁸ Colloredo—Buol London, am 24. November 1855. Staatsarchiv. P. A.

⁴⁹ Lord Clarendon erklärte Colloredo gegenüber, daß er „ne conteste pas les rigoureux points de droit, mais dit que les relations d'amitié qui existent entre les deux Etats demandaient quelques ménagemens tandis qu'on a semblé affecter d'employer les formes, les plus rudes et montrant le moins possible d'égards. Il paraît qu'on respecte particulièrement la manière dont les réclamations personnelles de Mr. Colquhoun ont été reçues. Lord Clarendon ne m'a cependant donné aucun détail sur ce qui s'est passé à cette occasion. En compensation et réparation de cette manière de procéder, il croit pouvoir s'attendre à ce qu'il soit un peu relâché du strict droit. Le Ministre désire vivement — berichtete der Botschafter — ne point être obligé de donner suite à ce fâcheux incident, mais déclare qu'il ne pourra l'éviter s'il n'est incessamment vidé. Il sera dans la nécessité de faire une sérieuse réclamation, il en résultera une correspondance, un échange d'offices qu'il serait à craindre de voir prendre un caractère regrettable, pas conforme aux relations de confiance entre les deux pays qui jamais, il serait impardonnable de compliquer pour une affaire de cette espèce; il me pria de faire valoir ces graves considérations auprès de V. E. et de lui demander en son nom de vouloir bien s'occuper sérieusement de la recherche des moyens d'écarter la difficulté. (Colloredo—Buol. London am 24. November 1854. P. A.

⁵⁰ Hübner—Buol. Paris, am 21. November 1855. P. A. Nach der Meinung Graf

Die englische öffentliche Meinung und die Presse forderten eindeutig von der britischen Regierung die Freilassung Türrs. Hinter dieser Pressekampagne stand natürlich Kossuth, der mit allen Mitteln seinen treuesten Mitarbeiter befreien wollte und diesen Anlaß benützte, um neue Freunde für die ungarische Sache zu werben.

Türr verbrachte diese Zeit in verschiedenen Militärstrafanstalten. Er wurde gezwungen, sehr viele Geheimnisse der Emigration preiszugeben, hoffte aber auf seine Befreiung durch England. Tatsächlich war die englische Regierung unter dem Einflusse der öffentlichen Meinung gezwungen, energisch gegen Österreich aufzutreten und die Hinrichtung Türrs zu verhindern.⁵¹ Der englische Außenminister erklärte, die Armee habe von dem revolutionären Vorleben Türrs keine Kenntnis gehabt, und versprach über Vermittlung durch den französischen Außenminister, im Falle einer Freilassung Türr diesen nicht mehr in der englischen Armee zu belassen und auch seine Rückkehr nach dem Orient nicht zu erlauben.⁵²

Zu Beginn Februar begnadigte der Kaiser Türr und verwies ihn aus dem Gebiete des Reiches, mit der Warnung, daß im Betretungsfalle gegen ihn nach den Gesetzen verfahren würde. Türr wurde unter militärischer Bedeckung nach Korfu gebracht.⁵³

Seine Befreiung erweckte Befriedigung in England. Clarendon äußerte seinen Dank und versprach nochmals die Entlassung Türrs aus englischen Diensten.⁵⁴

Tatsächlich traf also Türr Mitte März in Korfu ein, wo er von dem englischen Militärgouverneur empfangen wurde. Er gedachte aber nicht dort zu bleiben, sondern seine bisherige Tätigkeit auf dem Balkan fortzusetzen. Er reiste nach Konstantinopel, von dort nach Rustschuk. Die

Walewskis, so berichtete Hübner, la question de savoir, si les autorités militaires autrichiennes ont le droit de faire arrêter un déserteur en pays étranger, quand bien même ce territoire étranger est momentanément occupé par des troupes impériales, sans faire appel aux autorités locales, sans invoquer les dispositions d'un cartel d'extradition, dans le cas qu'un arrangement de cette nature existât entre l'Autriche et la Turquie, et en se faisant droit aussi elle-même, cette question est, dans son opinion, au moins fort douteuse. Le Comte Walewski fort désireux — berichtete weiters Hübner — d'empêcher autant que possible que cet incident ne devint un sujet de refroidissement entre l'Autriche et l'Angleterre, s'est exprimé vis-à-vis de l'Ambassadeur d'Angleterre et usera de toute son influence à Londres dans un sens de conciliation.

⁵¹ Colloredo—Buol. London, am 16. Januar 1856. Staatsarchiv. P. A.

⁵² Ebenda.

⁵³ B. M. 433—1856. Bericht vom 13. Februar 1856. Staatsarchiv.

⁵⁴ Buol—Grünne. Wien, am 30. Januar 1856. Staatsarchiv. P. A.

englische Regierung verbot jedoch seine Rückkehr, sodaß Türr genötigt war, von seinem abenteuerlichen Plan abzustehen, und nach Westeuropa zurückkehrte.⁵⁵ Er gab später eine kleine Broschüre in englischer Sprache heraus, in der er seine Rolle in der Nachrevolutionszeit, die Umstände seiner Verhaftung und den Verlauf seines kriegsgerichtlichen Prozesses, seine Verurteilung und Entlassung schildert. Schließlich dankte er darin der Königin von England für ihre Vermittlung bei seiner Befreiung.⁵⁶

Dieser Prozeß gegen Türr, der ja schon zu Ende der Kriegsergebnisse stattfand, zeigte, daß die österreichische Regierung auch damals noch eine revolutionäre Erhebung befürchtete und daß die liberale öffentliche Meinung Europas auf Seite Ungarns stand.

Die englische Armee hatte gleichzeitig mit Türr auch den ehemaligen Hauptmann und Kapitulant von Venedig, Louis Winkler, in ihre Dienste genommen. Winkler war der vertrauteste Freund von Türr und stand bereits im Mailänder Aufstand an dessen Seite. Im Frühjahr 1855 ging er nach Bulgarien, wo er mit Türr und einem gewissen Fischer Einkäufe für die englische Armee durchführte. Die österreichischen Militär- und Konsularbehörden planten schon im September seine Verhaftung.⁵⁷ Die Beiden waren aber vorsichtiger, blieben in Bulgarien und schmuggelten mit Hilfe eines ungarischen Gastwirtes Botschaften und Geheimschriften nach Ungarn, solange sie bis zum Frühjahr 1856 im Gebiete Bulgariens unter dem Schutze der englischen Armee verbleiben konnten.⁵⁸

Diese Agitationen der ungarischen und polnischen Revolutionäre beunruhigten die österreichischen Behörden während des ganzen Krieges, das Gespenst der Revolution hemmte in starkem Maße die Handlungsfreiheit der Regierung und bedrohte die Ruhe der Monarchie. Besonders bedeutete die Tätigkeit der Ungarn in den Donaufürstentümern für die Regierung eine große Gefahr, da sie das revolutionär gesinnte Siebenbürgen in steter Unruhe hielt.

⁵⁵ British agent Bucarest- to British Ambassador at Vienna. Bukarest am 6. April 1856. P. A. Graf Prokesch v. Osten (österreichischer Internuntius in Konstantinopel) — Buol, Konstantinopel, am 10. April 1856. P. A. Graf Károlyi (österreichischer Geschäftsträger in London) — Buol. London, am 16. April 1856. Staatsarchiv. P. A.

⁵⁶ Türr: a. a. O.

⁵⁷ Koller—Buol. Konstantinopel, am 29. November 1855. P. A.
Roessler—Coronini. Rustschuk, am 27. November 1855. F. A.
Serbisch—banatisches Armeekorps 1855-10-98/2. Kriegsarchiv.

⁵⁸ Roessler-Buol. Rustschuk, am 7. Februar 1856. Staatsarchiv. P. A.

Die Bündnispläne mit den Griechen und die Umtriebe Rußlands gegen die Monarchie.

Während des Orientkrieges erhofften einzelne Ungarn die Befreiung ihres Vaterlandes mit russischer Hilfe. Auch die griechische Revolution, welche vom Zaren begünstigt war, mochte für ihre eigenen Ziele nützlich erscheinen. Die griechische Revolution sollte ja im Verein mit Rußland zur Zerstückelung des osmanischen Reiches und vielleicht einer Wiederherstellung des byzantinischen Kaiserreiches unter König Otto I. von Griechenland führen. Die russische Regierung wollte sich in den Griechen einen zuverlässigen Verbündeten schaffen, um so das türkische Heer zwischen zwei Feuer zu drängen und einen schnellen Frieden zu erzwingen.¹

Als nun im Februar die österreichisch-russischen Beziehungen sich beträchtlich abkühlten, gedachten einzelne ungarische Emigranten, so auch Gaál, mit Hilfe dieser Revolution die Befreiung Ungarns zu verwirklichen, indem sie ihre Dienste Rußland und Griechenland anboten und vielleicht mit russischer Hilfe Ungarn befreien.² Selbstverständlich standen diesem Plan sehr viele Hindernisse entgegen. Die Griechen in Konstantinopel erbaten sich zwar von den Ungarn deren Bündnis, aber die Großzahl der Emigranten wollte dieses Bündnis nicht, denn dies bedeutete eine Abwendung von der Türkei. Ein ungarisch-griechisches Bündnis hätte also die Politik der alliierten Mächte und der Türkei auf den Kopf gestellt und ein Zusammengehen mit dem verhaßten Rußland notwendig gemacht. Die schwierige Lage, in welche die Ungarn durch ihre Verhandlungen mit den Griechen gerieten, nützten die polnischen Emigranten aus, deren Verhältnis zu den Ungarn erkaltete, die nun die Ungarn russische Söldner zu nennen begannen und im Journal de Constantinople scharfe Angriffe gegen die ungarische Emigration eröffneten. Das energische Auftreten Klapkas und des eben in Konstantinopel weilenden Oberstleutnants Türri verhinderten ein Ausbreiten der ungarnefeindlichen Stimmung. Im Frühjahr 1854 waren die griechischen Bündnispläne endgültig begraben,

¹ Eduard Driault et Michel Lhéritier: Histoire diplomatique de la Grèce de 1821 à nos jours. Band II. S. 375. Thouvenel: Nicolas I-er et Napoleon III. S. 197.

² Veress Sándor: A magyar emigráció a Keleten. Budapest 1879. Band II. S. 4.

die griechische Revolution durch das energische Auftreten der Flotte der alliierten Mächte zusammengebrochen.³

Im Januar und Februar 1854, nach Zurückweisung des russischen Vertragsplanes durch die Wiener Regierung, gedachten einzelne russische Kreise die regierungsfeindliche Stimmung der Ungarn und der in der Wojwodina wohnenden Serben gegen die österreichische Regierung auszunützen. Die Propagandareise des russischen Staatsrates Fonton brachte die Wiener Kreise in Bewegung. Dieser Staatsrat hielt sich — wie FML. Coronini am 27. Februar an Graf Grüne berichtete — Ende Januar in Begleitung eines Serben in Ujvidék (Neusatz) auf und stattete sodann dem Patriarchen Rajasich einen Besuch ab, mit dem er längere Zeit verhandelte. Zu Ende des Monats kehrte er nach Belgrad zurück, wo er in enger Verbindung mit serbischen Politikern stand. In Serbien arbeitete er scharf gegen Österreich und erklärte, es liege im russischen Interesse, die serbisch-banatischen Truppen zum Treubruche zu veranlassen. Die Niederlage Österreichs sei nicht fern und die Treuegefühle der österreichischen Truppen sehr geschwächt. Er versicherte die Serben im Falle eines österreichischen Angriffes, der vielleicht in einigen Monaten zu erwarten sei, der russischen Hilfe. Wie Coronini meldete, stärkten die Reise und die Verhandlungen Fontons, der wahrscheinlich in russischem amtlichen Auftrage nach Serbien und nach der Wojwodenschaft gekommen war, die regierungsfeindliche Strömung unter den Serben in der Wojwodenschaft und im Fürstentum und konnten angesichts der ohnehin schlechten Stimmung unter den Serben und Ungarn bösen Folgen nach sich ziehen, wie Coronini befürchtete.⁴

Im Sommer 1854 verschlechterte sich die Stimmung in Südungarn und Serbien. In dieser Zeit waren die russischen Agitatoren sehr rührig in ihrer Wühlarbeit gegen Österreich, da Rußland einen Angriffskrieg Österreichs erwartete. In Belgrad verbreitete sich Ende Mai die Nachricht, daß zwischen Österreich und Rußland ein Krieg bevorstehe und daß in diesem Falle Österreich seine Truppen nach Siebenbürgen transportieren müsse. Dann seien seine südlichen Grenzen ohne Verteidigung und Serbien, Bosnien und Bulgarien könnten zur Unterstützung Rußlands gegen Österreich in den Kampf eingreifen. Fonton soll sich in Ungarn und unter den

³ Gaál—Kossuth. Konstantinopel, am 25. Juli 1854. Kossuth-Nachlaß. Staatsarchiv. Budapest.

⁴ Coronini—FML. Grüne. Semlin, am 27. Februar 1854. F. A. Serbisch-banatisches Armeekorps 1854-2-79. Kriegsarchiv.

Emigranten einen bedeutenden Anhang zu verschaffen gewußt haben, die türkischen Raitzen hatten sogar schon genaue Instruktionen in Händen.⁵

Andere Berichte im Juni zeigen, daß die russischen Agitatoren auf eine Annäherung der Serben an Rußland und Ungarn hinarbeiteten, um mit diesen zwei Verbündeten gegen Österreich losschlagen zu können. In der Tat dachten einzelne ungarische Emissäre und ein Teil der ungarischen Bewohner Südungarns daran, im Falle eines österreichisch-russischen Krieges an der Seite Rußlands für die Freiheit Ungarns zu kämpfen, und nahmen deshalb die russischen Emissäre mit Freuden auf.⁶ Diese Einstellung war aber nur bei einer Minderheit zu finden, nie bei den Führern der ungarischen Bewegung im Auslande und niemals bei der Mehrheit der Ungarn, da eine Ausbreitung der panslawistischen Ideen Rußlands vielleicht noch gefährlicher erschien, als eine Unterdrückung durch die Monarchie.

Zu diesen Agitatoren gehörte auch ein serbischer Kaufmann, namens Markus Benedetto, der in verschiedenen Städten und Dörfern der Wojwodschaft das serbische Volk an die Seite Rußlands rief, den Sturz Österreichs im Falle eines Krieges und die Vereinigung aller slawischen Völker unter Rußland prophezeite. Benedetto besaß reichliche Geldmittel, mit deren Hilfe er die Erhebung vorbereiten wollte. Es müsse, so meinte er, im Falle eines Krieges zwischen Rußland und Österreich ein serbischer Aufstand in Ungarn erfolgen, der vom Fürstentum aus zu unterstützen sei. Die Ungarn seien damit einverstanden, daß die russischen Truppen über Galizien in ihr Land kämen und sich mit den Ungarn vereinigten zu einer Macht, vor der alles weichen müsse.⁷

Ein anderer Bericht aus Zimony meldete, daß in Szeged und in der Wojwodschaft unter den Ungarn und Serben Nachrichten verbreitet seien, in einem Kriege werde Rußland ein Armeekorps von 40—50.000 Mann entsenden und bei Világos, wo die Ungarn 1849 die Waffen gestreckt, den Ungarn diese Waffen wiedergeben und ihnen gestatten, einen neuen König zu wählen. Wie der Bericht meldete, waren diese Nachrichten in weiten Kreisen der „schlechtgesinnten“ Bevölkerung verbreitet und revolutionäre Emissäre taten das Ihre dazu. Auch in Belgrad sprach man davon,

⁵ Coronini—Kempen. Semlin, am 1. Juni 1854. F. A. Serbisch-banatisches Armeekorps 1854-6-2. Kriegsarchiv.

⁶ Ebenda.

⁷ GM. Augustin—Coronini. Pancsova, am 2. Juni 1854. F. A. Serbisch-banatisches Armeekorps 1854-6-14. Kriegsarchiv.

daß bei einer Kriegserklärung Österreichs an Rußland, oder umgekehrt, die Ungarn, Italiener und die Bewohner der Grenzgebiete sich den russischen Truppen anschließen, solcherart das Eintreffen des russischen Heeres innerhalb 48 Stunden vor Wien ermöglichen und dadurch jedwede Hilfeleistung der Westmächte für Österreich vereiteln würden.⁸

Auch die Russen wollten in Siebenbürgen eine Erhebung vorbereiten, falls Österreich den Krieg erklärte. Wie aus einem militärischen Bericht vom 17. September hervorgeht, unternahmen die Russen den ganz ernsthaften Versuch eines Aufstandes in Siebenbürgen, das ja den Fürstentümern benachbart lag. Sehr bedrohlich war die Tätigkeit des russischen Generals Kotzebue, welcher einen in Bukarest lebenden, aus Ungarn gebürtigen Arzt unter lockenden Versprechungen zu gewinnen suchte, daß er mit Offizieren der in Siebenbürgen stationierenden Regimenter, vorzüglich im Szeklerlande, bei der vermuteten Lauheit der Sympathie für die österreichische Regierung, Verbindungen anzuknüpfen trachte, um für den Fall eines Krieges mit Österreich Gärungen im Inneren hervorzurufen. General Kotzebue soll sogar ausdrücklich erwähnt haben, daß zu diesem Ende besonders für Ungarn mehrere verlässliche Agenten ausgewählt seien und der Staatsrat Fonton bei seinen vorjährigen Reisen in den Donauprovinzen in ähnlichem Sinne vorgearbeitet habe.⁹

Der Berichterstatte Generalmajor Kammerer beantragte, daß „die Aufsicht und Überwachung der kompromittierten und politisch bedenklichen Persönlichkeiten in der Háromszék und Csik zu verdoppeln sei, indem dort eine größere Zahl domiziliert und die leicht erregbare Bevölkerung am Meisten der Gefahr ausgesetzt wäre, durch leichtsinnige Vorspielungen irreführt zu werden.“¹⁰

Der Generalmajor wollte alle Vorsichtsmaßregeln gegen die russischen Aufrührer ergriffen sehen, welche die Ruhe Siebenbürgens gefährdeten. Andere Meldungen im Frühjahr und Sommer 1854 besagten, daß einzelne russische militärische Kreise gegen das feindselige Auftreten Österreichs eine ungarisch-slawische Erhebung zur Schwächung Österreichs vorbereiten wollten, selbstverständlich nur dann, wenn Österreich den Krieg gegen Rußland erkläre, den dieses im übrigen vermeiden wollte.

⁸ Hauptmann Bobalnik—Coronini. Semlin, am 11. Juni 1854. F. A. Serbisch-banatisches Armeekorps 1854-6-44. Kriegsarchiv.

⁹ GM. Kammerer-Coronini. Hermannstadt, am 17. September 1854. F. A. Serbisch-banatisches Armeekorps 1854-9-13. Kriegsarchiv.

¹⁰ Ebenda.

Es ist nicht unmöglich, daß Rußland durch diese Agitationen einzig die Intervention Österreichs verhindern wollte, mit ebendenselben Mitteln, welche die Westmächte und die Türkei im ersten Jahre der Orientkrise angewandt hatten.

VIII.

Die Propagandatätigkeit Kossuths und der anderen Emigranten während des Orientkrieges.

Kossuth arbeitete unentwegt und mit allen Mitteln für das Zustandekommen eines englisch-ungarisch-polnischen Bündnisses. Er ließ nicht nur in der Presse von seinen politischen Freunden die englische öffentliche Meinung über die Wichtigkeit der Befreiung der unterdrückten Völker aufklären, sondern sprach selbst auf Einladung verschiedener Gesellschaften in London und in der Provinz über die Notwendigkeit eines europäischen Freiheitskrieges, der, schloße sich das englische Volk diesem Bündnisgedanken an, Rußlands übermächtige Stellung zu beseitigen und das europäische Gleichgewicht wiederherzustellen vermöge.

Seinen ersten *speech* dieser Art hielt Kossuth in der London-Tavern am 6. Mai 1853 in einer Versammlung, in der die englische Arbeiterschaft den Exgouverneur besonders feierte. Er bezeichnete als größte Mission Englands die Befreiung Europas von den Tyrannen; die unterdrückten Völker Mittel- und Osteuropas erwarteten diese Hilfe Englands.¹

Als dann im folgenden Jahre, da die Feindseligkeiten zwischen England und Rußland schon ausgebrochen waren, die Neutralität Österreichs noch gesichert schien, erklärte Kossuth in einer Rede, die er am 5. Juni 1854 in Sheffield hielt, u. a., daß in diesem Augenblicke die wahren Interessen Englands auf dem Spiele stünden. Rußland bedrohe die Freiheit und Unabhängigkeit der europäischen Nationen, nur das englische Volk vermöge jetzt Europa zu retten. Ein Bündnis mit Österreich bedeute nur eine neue Gefahr für Europa, da Österreich zu schwach sei, um den Siegeszug Rußlands aufzuhalten. Österreichs Bestand sei durch nichts begründet und Englands höchste Pflicht sei es, die Fahne der Freiheit emporzuhalten und den Krieg gegen die Despoten der Völker zu führen. Gewiß sei das englische Volk ein Volk der Freiheit, aber die Politik Englands wolle mit aller Kraft einen allgemeinen Krieg vermeiden, der eben-

¹ Times vom 7. Mai 1853. G. D. 398-1853. Staatsarchiv.

so wichtig für England selbst, wie für die europäischen Völker sei. Jeder Vertrag mit Österreich sei gefährlich und schädlich, denn niemals könne ein Friede ohne die Befreiung der Polen, Ungarn und Italiener ein dauernder sein und die russische Übermacht, wie die Zerstückelung des türkischen Reiches verhindern. Ein englisch-österreichischer Vertrag bedeute den Kampf des englischen Soldaten für die Unterdrückung und gegen die überlieferte Mission Englands.²

In einer zweiten Versammlung zu Sheffield, von der Gesellschaft der Freunde Polens einberufen, betonte Kossuth neuerdings die Wichtigkeit einer Erhebung, welche binnen kurzem die gefährliche russische Macht vernichtete, wenn an seiner Seite ein befreites Ungarn stünde. Österreich anzugreifen, sei wenig gefährlich, denn alle Völker, welche unter der Regierung der Habsburger lebten, seien mit ihrem Schicksale unzufrieden, sie alle würden gemeinsam mit den alliierten Mächten kämpfen.³

Die Versammlung in Sheffield beschloß eine Petition an das Parlament, in welcher ein offenes Bündnis mit den Polen und die Wiederherstellung Polens gefordert wurde; eher dürfe der Krieg nicht enden.⁴

Die englische Regierung und die konservativen Kreise, welche niemals den Krieg durch eine polnische Erhebung verwickeln wollten, erhoben scharfe Angriffe gegen Kossuth und seine Ideen. Die Times schrieben am 8. Juni gegen diese Propaganda Kossuths, welche nichts anderes wolle, als die russische Politik: die Durchkreuzung des Bündnisplanes mit Österreich, und Europa in Blut und Feuer getaucht. Österreich sei für Europa nötig und die englische Regierung werde ihre Politik zweifelhafter Verbündeter willen nicht ändern.⁵ Solche und ähnliche Angriffe versuchten die Tätigkeit Kossuths lahmzulegen. Deren Einfluß stieg allerdings noch während des Krieges.

In einer Versammlung in Nottingham erklärte Kossuth einige Tage später, daß er stets gegen Österreich kämpfen, ebenso aber auch die englischen Gesetze einhalten und auf britischem Gebiete keine Revolution organisieren werde. Dieser Krieg habe zwei Ziele: die Rettung der Integrität des türkischen Reiches und die Zurückwerfung der russischen Expansion. Ohne den unterdrückten Völkern ihre Freiheit zu geben, sei Rußland

² Authentic report of Kossuths speeches on the war in the east, and the alliance with Austria, at Sheffield, 6. June and at Nottingham June 12. 1854. Bruck—Buol, Konstantinopel, am 25. Dezember 1854. Staatsarchiv. P. A.

³ Colloredo—Buol. London, am 6. Juni 1854. Staatsarchiv. P. A.

⁴ Colloredo—Buol. London, am 8. Juni 1854. Staatsarchiv. P. A.

⁵ Ebenda.

nicht auf die Kniee zu zwingen, und Österreich mit seinen Aspirationen auf die Balkanprovinzen der Türkei sei ebenso deren Feind, wie Rußland selbst. Was werde also durch den jetzigen Krieg erreicht? Nicht mehr als eine Galgenfrist für die selbständige Türkei. Die Türkei stehe einem Bündnis mit den Ungarn sehr wohlwollend gegenüber, Pläne für einen gemeinsamen Feldzug würden in Konstantinopel beschlossen, man erwarte Kossuth zu diesen Besprechungen.⁶

Von demselben Gedanken ging der Exgouverneur bei seiner Rede aus, die er am 5. Juli in Glasgow hielt. Dieser Krieg werde vergebens geführt und vergebens fließe englisches Blut im Orient. Gewiß sympathisiere das englische Volk mit der Sache der Freiheit, aber die englische Regierungspolitik wandle Irrwege, da sie die Befreiung Ungarns durch ihr unvorsichtiges Bündnis mit Österreich verhindere. Dies aber, so sagte Kossuth, sei eine Verletzung des Rechtes des Volkes, da die englische Politik ganz andere Wege gehe, als das Volk sie fordere. Das Ergebnis dieses Bündnisses mit Österreich werde sein, daß England den Tyrannen der Völker helfe, Millionen von unterdrückten Völkern weiter in Sklaverei zu halten. Er übte schärfste Kritik an der englischen Regierungspolitik, die bei halben Lösungen stehen bleibe. Die Folge dieser Politik Englands sei eine geschlossene europäische Koalition gegen dieses, welche möglicherweise den Lebensnerv des Weltreiches treffen könne. Die orientalische Frage werde weiterhin wie ein Damoklesschwert über Europa hängen und Europa nicht zur Ruhe kommen lassen. Von Konstantinopel werde kein Sieg über Rußland erfochten, blieben aber die Polen bei Rußland und die Ungarn bei Österreich, so werde ständige Unruhe das Gleichgewicht bedrohen. Es stehe zu hoffen, daß das englische Volk seine Regierung dazu zwingen, den Krieg auszudehnen und statt des unsinnigen Blutvergießens, das zu keinem Erfolge führe, in einem Bündnis mit den Polen und Ungarn die Macht Rußlands und Österreichs völlig zu vernichten.⁷ Damals — wir zählen die Mitte des Jahres 1854 — traf den Exgouverneur außerordentlich schwer das türkisch-österreichische Abkommen, welches die Ungarn ihrer stärksten Hoffnung beraubte. Er dachte geradezu daran, das englische Volk gegen seine eigene Regierung aufzurufen, um diese Träume der Ungarn verwirklichen zu können. Seine bewährtesten Verbündeten waren die Polen, welche gleichzeitig mit Kossuth im Gebiet

⁶ Ebenda.

⁷ Kossuth speeches in the City Hall at Glasgow, July 5. 1854.

des vereinigten Königreiches eine umfangreiche Propaganda im Interesse der Wiederherstellung Polens entfalteten. Kossuth selbst erkannte zu Ende des Jahres 1854, daß eine Befreiung Ungarns mit Hilfe der alliierten Mächte unmöglich sei und warf sich deshalb mit aller Kraft auf die Sache der Polen, um vielleicht durch deren Unabhängigkeit für sein eigenes Land Vorteile zu gewinnen.

Aus Anlaß der 24. Wiederkehr des Tages der Warschauer Revolution hielt er am 3. Dezember 1854 eine große politische Rede in der *St. Martins Hall* von London. In dieser Rede griff er die englische Regierung außerordentlich scharf an und wies auf die Mißerfolge des Krieges hin. Er schlug neuerdings anstatt des Krieges in der Krim einen solchen an der westlichen Grenze Rußlands vor, da die russische Großmacht nur von der Seite Polens besiegt werden könne. Das Beste war, seiner Meinung nach, die Aufgabe des Bündnisses mit Österreich und ein Zusammengehen mit dem polnischen und ungarischen Volke. Polen sollte neu erstehen. Dies war nach wie vor das Wichtigste. Die Versammlung nahm die Anträge Kossuths an und forderte in einer *Petition* von der Regierung, alles hiefür Notwendige zu unternehmen.⁸ Selbstverständlich vermochte Kossuth mit derartigen Mitteln keinen Einfluß auf die Außenpolitik Englands auszuüben. Lord Palmerston dachte nicht daran, den Krieg durch eine polnische und ungarische Frage zu komplizieren, die Forderungen Kossuths und seiner Anhänger, welche sich gegen die Außenpolitik der Aberdeen-Regierung richteten, wurden nur von einem Teile der englischen Opposition übernommen.

Die Propaganda Kossuths und seiner Anhänger entbehrte jedoch niemals ihres Wertes. Wiederholte Debatten im englischen Unterhaus über das ungarische und polnische Problem bezeugen dies.⁹ Zahlreiche ungarische Emigrierte betätigten sich in der englischen, amerikanischen und belgischen Presse und forderten die öffentliche Meinung Europas auf, im Interesse der Ungarn zu arbeiten. Außer dem *Morning Advertiser* und den *Daily News* in London brachten auch *Le National* und *Nord* in Brüssel zahlreiche Artikel ungarischer Verfasser, u. a. von Baron Nikolaus Jósika, Franz Pulszky und Johann Ludvigh.

Im Laufe des Jahres 1855 verschärfte Kossuth seine Angriffe gegen

⁸ Colloredo—Buol. London, am 4. Dezember 1854. (Louis Kossuth: Anniversary of the Polish Revolution) Staatsarchiv. P. A.

⁹ Siehe die Berichte Colloredos an Buol vom 21. und 29. März und vom 7. Juli 1855. Staatsarchiv. P. A.

die englische Regierung. Zweifellos wollte das Russell-Palmerston-Kabinett seine Außenpolitik nicht ändern, seine letzte Hoffnung stützte sich daher auf eine neue Regierung, die sich seinen Wünschen vielleicht willfähriger zeigte. Seiner Pressepropaganda diente in diesem Jahre vor allem die Zeitschrift *The Atlas*, in der er vom 7. April bis zum Ende des Jahres verschiedene Artikel mit seinen politischen Ansichten von den Kriegseignissen veröffentlichte und die Aufmerksamkeit des englischen Publikums auf den Widerspruch zwischen der englischen Regierungspolitik und den Wünschen der englischen öffentlichen Meinung lenkte. In seinem *The third point of Vienna* sagte er voraus, daß England durch diesen Krieg die Meerengen gegen die russische Expansion nicht verteidigen könne und daß Rußland schließlich diese wichtigen strategischen Punkte doch erobern werde.¹⁰ In *The Interpretations* beklagte er die Blutopfer des Sturmes auf Sebastopol, die zwecklos seien, da die Übermacht Rußlands in der Krim nicht gebrochen sei und Konstantinopel ebenso, wie vor dem Kriege, bedroht bleiben werde.¹¹ In seinen *Revelations of the Moniteur* erwiderte Kossuth auf einige Feststellungen des französischen offiziellen Organs, welches behauptete, daß der Krieg in der Krim geführt werden müsse, da Österreich den Alliierten keine Hilfe geleistet habe. Nicht der Kriegsschauplatz, sondern der Mißerfolg des Feldzuges werde den Endsieg verhindern.¹² In *Attempt at Paris, Alarm in England*, der geschrieben wurde, als in Paris ein Attentat gegen den Kaiser erfolgte, wies der Exgouverneur auf die Erbitterung im französischen, wie englischen Volke gegen den Krieg hin. Frankreich stehe vor einer Revolution und England müsse dann jedes Verbündeten gegen Rußland entbehren.¹³ In seinem *The Strike of constitutional Flag* beschuldigte er die englische Regierung in bitterem Tone, sie beschütze niemals die kleinen Völker, welche ihre Verfassung und Freiheit verteidigen wollten. England habe seine Würde und auch seine weltpolitische Lage verloren, da eine europäische Koalition nach Beendigung des Krieges seine Macht vernichten oder Frankreich noch während der Operationen England im Stiche lassen und das englische Heer allein in der Krim werde kämpfen müssen.¹⁴ In *The Debate* erklärte er, die englische „Publicity“ habe ihr Recht auf Teilnahme an

¹⁰ Kossuth-Nachlaß. (7. April 1855) 1876. Staatsarchiv. Budapest.

¹¹ Ebenda. (14. April 1855) 1879.

¹² Ebenda. (21. April 1855.) 1883.

¹³ Ebenda. (5. Mai 1855.) 1888.

¹⁴ Ebenda. (26. Mai 1855.) 1893.

der Außenpolitik verloren, die Königin und die Regierung führten allein die wichtigsten außenpolitischen Angelegenheiten, was oft den Wünschen der Nation nicht entspreche.¹⁵ In seinem *The war by blockade* hielt er einen Blockadekrieg gegen Rußland für aussichtslos, da dieses Land vollkommen für den Krieg gerüstet sei. Rußland könne eben nur durch einen allgemeinen Krieg gebändigt werden.¹⁶ *The danger and the Remedy* befaßt sich mit dem englisch-österreichischen Abkommen vom Juli 1855, das einen Mord an der Integrität der Türkei darstelle. Die englische Regierung möge gewarnt sein: die französische Nation will keinen Krieg, und stürzt Napoleon, dann steht England allein im Kampfe. Ein Krieg ist für Frankreich volkstümlich, wenn er konkrete Ziele zeigt: die Befreiung der unterdrückten Völker. Ein Kampf ohne die Ungarn und ihre Verbündeten wird vielleicht England zu einem demütigenden Frieden mit Rußland zwingen.¹⁷ *What with the Crimea*, nach dem Falle Sebastopols geschrieben, findet im scheinbaren Sieg keine Lösung des Orientproblems und nur eine Veränderung der Lage im Schwarzen Meer. Die Vorherrschaft Rußlands bestehe weiter. Die Regierung der Westmächte seien Feinde der Freiheit, ihr Sieg könne deshalb kein wahrer sein.¹⁸

Kossuth greift, wie wir sehen, in diesen Artikeln die englische und französische Politik sehr scharf an. Die Hoffnung auf ein wirkliches Bündnis zwischen den Westmächten und Ungarn hat er nunmehr endgültig aufgegeben, er arbeitet nur mehr für die Zukunft, für einen nächsten Krieg, in dem auch Ungarn seine Rolle erhalten sollte. Der Zusammenbruch dieser von vorneherein zur Erfolglosigkeit verurteilten Propaganda im Spiele der hohen Diplomatie muß tragisch anmuten.

Nach dem Falle Sebastopols veröffentlichte Kossuth, der die Aussichtslosigkeit von Bündnissen für die Unabhängigkeit Ungarns und die wahre Bedeutung der napoleonischen Politik erkannte, in einem Brief in der Zeitung *Le National* in Brüssel am 25. September 1855 seine Stellungnahme zu den Kriegseignissen. In dieser Proklamation, welche außer dem Namen Kossuths auch jenen Mazzinis und des berühmten französischen Revolutionärs Ledru-Rollin trug, erklärte der Exgouverneur, daß die europäische Umsturzpartei ihre Forderungen nicht aufgeben und weiter gegen die Tyrannen kämpfen werde. Ihr Ziel sei: die Befreiung der Polen,

¹⁵ Ebenda. (21. Juni 1855.) 1894.

¹⁶ Ebenda. (26. Juni 1855.) 1899.

¹⁷ Ebenda. (14. Juli 1855.) 1907.

¹⁸ Ebenda. (1. Dezember 1855.) 1960.

der Ungarn und der Italiener und die Abrechnung mit Kaiser Napoleon. Der jetzige Krieg habe den unterdrückten Völkern die Möglichkeit geboten, ihre Freiheit wieder zu erlangen, da gemeinsame Interessen die kämpfenden Mächte mit ihnen verbanden. Die europäische Umsturzpartei habe dieses Bündnis stets angestrebt und in den ersten Monaten der Krise bei den Westmächten auch Verständnis dafür gefunden. Aus dem wenig später geänderten Kurs, der die Befriedung mit Österreich brachte, hätten die Völker erfahren müssen, daß die Westmächte nur ein Ziel ihres Krieges kannten: die Erhaltung des status quo. Den Hauptgrund dieser politischen Kursänderung bildete nach Kossuths Ansicht die Furcht vor dem Aufstand der Nationen.

Dieser Aufstand aber werde kommen, diese neue Revolution werde die Despoten vernichten und die Karte Europas verändern, Kaiser- und Königreiche in Republiken verwandeln. Der oberste Feind sei Kaiser Napoleon, der Mann des zweiten Dezember und der Mörder Roms. Der Despotismus und das nutzlose Blutvergießen in der Krim werde das französische Volk sich erheben lassen und die Regierung Napoleons stürzen, eine allgemeine Revolution Europa erfassen.¹⁹

Dieses Manifest mag als die endgültige Abrechnung mit Napoleon betrachtet werden und bedeutet den Verzicht Kossuths auf die Lösung des Problems durch einen Krieg. Die Revolutionspartei war nur ein Mittel in den Händen der Westmächte gewesen, niemals ein ernstgenommener Verbündeter.

Nach seiner Rückkehr aus Konstantinopel verfaßte General Klapka in Genf während des Winters 1854 sein Werk über den Krieg im Orient, das gleichzeitig in deutscher, englischer und französischer Sprache erschien.²⁰ Hierin wollte er die Schwierigkeiten des Orientkrieges, sowie den Bündnisplan der Ungarn und Polen mit den Westmächten klarlegen, der die Vorherrschaft Rußlands im Orient hätte verhindern können.

In den ersten Abschnitten schildert er die Kriegsereignisse an der unteren Donau und in Kleinasien, und zeigt die Ziele der russischen Eroberungspolitik, sowie die Gefahren dieser Expansion auf. An Hand historischer Beispiele weist er nach, daß es den Westmächten unmöglich sei, Rußland auf seinem eigenen Boden zu vernichten. Dieses besitze in sich eine gefährliche Macht, sein Volk sei einheitlich, dem despotischen Wil-

¹⁹ Le National. Bruxelles am 25. September 1855. „Aux Républicains.“

²⁰ Der Krieg im Orient. Leipzig 1855. Französisch: La guerre d'Orient. Genève. 1855. Englisch: The war of Crimea. London 1855.

len des Zaren unterworfen. Er könne alle Slawen aufrufen und sie wohl auch in einem einzigen Reiche vereinen. Klapka glaubt nicht daran, daß die Armee der alliierten Mächte die Krim und ihre starke Festung Sebastopol erobern könne und hält die Verlegung der Entscheidung auf einen anderen Kriegsschauplatz für notwendig. Nach seiner Meinung sollten die Westmächte von Schweden her und aus dem Baltikum Rußland angreifen, was mehr Erfolg verspreche. Das Wichtigste seiner Ansicht nach, ein Aufstand in Polen, wäre dann keine schwere Sache mehr und die Polen würden gemeinsam mit den alliierten Mächten kämpfen.

Eine Wiederherstellung Polens könne für die alliierten Mächte nur von Vorteil sein. Es wäre ein dauerndes Bollwerk gegen die moskowitzische Expansion und ein wertvoller Verbündeter der Westmächte. Es werde nicht mehr das schwache Land des 18. Jahrhunderts sein, sondern eine starke Macht, die Europa vor allen russischen Forderungen für immer beschützen könne. Man müsse bedauern, daß die Alliierten ihre eigenen Interessen nicht erkannten und einen Nationalitätenkampf so sehr fürchteten, daß sie mit den unterdrückten Nationen kein Bündnis zu schließen wagten. Wenn die Westmächte einsähen, daß der Aufstand der Nationalitäten nötig und nicht gefährlich für Europa sei, dann könnten diese unterdrückten Völker von der Adria bis zum Irtysch sich gegen die Russen erheben und die Gefahr des Panslawismus und der russischen Vorherrschaft in Europa für alle Zeiten bannen. Ohne eine vollkommene Niederlage Rußlands sei ein wahrer Friede und eine wirkliche Ruhe in Europa nicht zu denken. Preußen bedeute keine Gefahr für die Westmächte, da es nie an der Seite Rußlands intervenieren werde, sondern Österreich noch in diesem Frühjahr (1855) wegen seiner Sympathie zu Rußland mit scheelen Augen betrachte. Die Westmächte und die Türkei dürften Österreich kein Vertrauen schenken, da dessen geheimer Wunsch ein Angriff an der Seite Rußlands sei. Klapka kehrt immer wieder zu seinem Vorschlage eines Bündnisses der Westmächte mit den Ungarn zurück, welche seit der Revolutionszeit erbitterte Feinde des österreichischen Staates und Rußlands seien, die sie ihrer Unabhängigkeit und Freiheit beraubt hatten. Der ungarische Teil innerhalb der österreichischen Armee, welcher die wertvollsten und tapfersten Soldaten stellte, würde sich im Falle eines ausländischen Angriffes, von dem er die Wiederherstellung eines unabhängigen Ungarn erhoffte, sofort erheben und seine Waffen gegen die österreichische Armee richten. Diese Gesinnung der Ungarn teilten die Italiener, die Südslawen und die Walachen, welche mit Begeisterung gegen

die Russen kämpfen wollten. Wenn aber Österreich keinen Krieg gegen die Westmächte erklärte, dann brächte dies Europa ebenfalls in eine schwierige Lage. Sei der Sieg der Westmächte über Rußland kein vollkommener und behalte Rußland seine große militärische Stärke in Osteuropa, dann werde Österreich entweder sein Vasallenstaat werden, oder die ganze österreichische Monarchie infolge der panslawistischen Forderungen zerfallen und Kaiser Nikolaus unter dem Schutze seines Reiches alle slawischen Völker vereinigen. Nur Ungarn mit einem befreiten Polen zusammen könnte den großen russischen Ansturm aufhalten und das allgemeine europäische „Equilibrium“ wahren. Eine reale Garantie gegen die russische Gefahr könne nur in einer Wiederherstellung Polens und einem Ungarn gefunden werden, das mit seinen Nebenländern, den türkischen Provinzen des Nordbalkan und den Donaufürstentümern, einen Staat bilden müsse, der alle nichtdeutschen danubischen Provinzen in sich vereine. Diese Länder — Ungarn, Siebenbürgen, Kroatien, Slawonien, Dalmatien, Montenegro, Bosnien, die Herzegowina, Serbien, die Moldau und Walachei, Bessarabien und die Bukowina — seien in einen Staat zu fassen. Dieser werden in drei Unterstaaten geteilt, einen ungarischen, einen südslawischen und einen walachischen, die Mitgliederstaaten seien unabhängig, mit eigener Regierung, nur die gemeinsamen Angelegenheiten durch eine Zentralregierung zu verwalten und zu entscheiden. Diese Konföderation würde 24 Millionen Menschen umfassen, welche eine unübersteigbare Mauer gegen alle russischen Angriffe bildeten, eine Rolle, die Österreich in seiner Opportunitätspolitik und Schwäche niemals erfüllen könne. Ungarn sei imstande gewesen, für seinen letzten Revolutionskampf innerhalb einiger Monate eine mächtige Armee zu schaffen, deren Kriegsstärke 160.000 Mann betrug. Diese Kriegsstärke könne jetzt verdoppelt werden. Die Südslawen, welche sehr gut ausgerüstet seien, könnten 150.000 Mann und die Walachen 80—100.000 Mann stellen. Diese Macht von 500.000 Mann mit den Polen zusammen möge den Westmächten eine sichere Garantie dafür sein, daß ein Bündnis mit ihnen eine tatsächliche Hilfe gegen die Russen in der Gegenwart und in der Zukunft darstelle.

Klapka wollte die hoffnungslose Krimexpedition aufgeben und den Kriegsschauplatz wieder an die untere Donau verlegt sehen. Die Westmächte sollten die österreichische Neutralität zurückweisen und von Österreich eine deutliche Erklärung fordern, ob es an der Seite Rußlands oder der Alliierten stehe. Gewiß werde Österreich in diesem Falle an die Seite Rußlands treten, die Westmächte und die Türkei wären sodann in

der Lage, mit Hilfe der Ungarn, Italiener und Polen in kurzer Zeit Österreich, ebenso wie Rußland zu Boden zu werfen.

Klapkas Buch erschien unter dem deutschen Titel *Der Krieg im Orient* Ende Juli 1855. In dieser Zeit war die allgemeine Lage sehr schwierig und die öffentliche Meinung der kämpfenden Staaten sah mit Besorgnis auf das große und nutzlose Blutvergießen in der Krim. Die Kämpfe erwiesen die Stärke des russischen Heeres, ein Enderfolg für die Alliierten erschien höchst ungewiß. Klapkas Plan für einen allgemeinen Krieg war deshalb volkstümlich, um desto schneller dieses blutige Ringen zu beenden. Die Zeit gab dem General recht. Die alliierten Mächte siegten, aber dieser Sieg sicherte nur auf einige Jahre hinaus den Frieden Europas, nur für kurze Zeit konnten die russischen Forderungen zurückgedrängt werden.

Schlußwort.

Die Rolle der Ungarn in der Orientkrise und im Krimkrieg war, wie sich zeigte, eine wichtige, aber meistens nur negative. Die alliierten Mächte benützten die revolutionäre Stimmung der Emigranten und des Volkes, um einen österreichischen Krieg zu vermeiden und das erste Ziel dieses Krieges zu verwirklichen: die Beseitigung der Vorherrschaft Rußlands. Statt eines allgemeinen europäischen Krieges, welcher die unterdrückten Nationen des Kontinents befreit hätte, lag ihrer Kriegsführung doch stets der Gedanke zugrunde, das Gleichgewicht des alten Europa nicht zu stören. Für diesen Zweck erschienen ihnen das Ungarntum und neben diesem die anderen unzufriedenen Völker als geeignetes Mittel, um mit ihrer Hilfe jeden Kriegswillen der Donaumonarchie in Schach zu halten. Dadurch vermieden sie einen allgemeinen Krieg, vermochten aber eben deswegen auch die osteuropäische Frage nicht zu lösen, der scheinbare Sturz Rußlands änderte die europäische Lage in keinem nennenswerten Maße.

Die Neutralität Österreichs, welche die Westmächte und die Türkei mit Hilfe des revolutionären Schreckgespenstes erzwangen, bedeutete das schwerste Unglück für Ungarn. Alle weitreichenden Vorbereitungen im Auslande und in Ungarn selbst waren zwecklos und die Führer der Ungarn mußten während des Krieges die Überzeugung gewinnen, daß sie von den alliierten Mächten einzig als Mittel gegen Österreich benützt wurden und daß man ihre Dienste nur im äußersten Notfalle in Anspruch

nehmen wollte. Dieser verhängnisvolle „circulus vitiosus“ vernichtete alle Hoffnungen der Emigranten auf irgendein Bündnis mit dem Auslande.

Die Orientkrise veränderte die außenpolitische Lage Österreichs. Es verlor seinen großen Verbündeten und Beschützer, welcher es nicht nur gegen die ausländischen Feinde, sondern auch gegen eine mögliche revolutionäre Bewegung verteidigt hätte. In der Mitte der fünfziger Jahre stand Österreich im europäischen Staatensystem ohne jeden Verbündeten da, es verlor bald seine italienischen Provinzen und mußte überdies aus dem Deutschen Bunde austreten. Seine Politik erkannte nicht den Wert eines Ausgleiches mit Ungarn, dessen außen- und innenpolitische Kraft es doch während der Krise genau erfahren mußte. Zweifellos hat die Emigration eine große und gewichtige Tätigkeit gerade in diesen Tagen entfaltet und, wenn auch ohne Erfolg, der öffentlichen Meinung der Welt und den politischen Kreisen Europas die nicht zu leugnende Bedeutung des Ungarntums vor Augen gestellt.

Anhang.

Das Memorandum, welches Kossuth am 27. Februar 1853 an Kaiser Napoleon sandte und in welchem er seine Auffassung über ein mögliches französisch-ungarisches Bündnis darlegte, lautet:

Voici ma réponse à votre missive du 18 présent mois.

Louis Kossuth est républicain par patriotisme, par sentiment de nationalité, étant intimement pénétré de cette conviction, qu'en raison de ce que la Hongrie a souffert et continue de souffrir par ses rois, c'est le gouvernement républicain que la nation hongroise voudra se donner quand elle en aura le choix.

Louis Kossuth ne peut donc avoir l'ambition de devenir roi, mais il a celle de ne point vouloir être le sujet d'un roi, et le seul bonheur auquel il aspire est celui de pouvoir en qualité de simple citoyen libre de la Hongrie, terminer ses jours sur le sol natal affranchi et indépendant dans sa nationalité.

Mais si la Hongrie ne peut être délivrée du joug odieux de la maison d'Autriche, et devenir libre et indépendante, qu'au prix de la subjection à la forme monarchique, il s'expatrierait alors, tout en conseillant à sa nation d'accepter l'indépendance même à ce prix. Voilà les principes qui le guident et qui le guideront toute sa vie.

Tels étant ses principes, tel étant son but, il s'ensuit qu'il est prêt à solliciter et à accepter toute aide, toute assistance pour arriver à ce but, pourvu qu'on ne lui demande pas en échange ce qui serait contraire à ce but lui même, à savoir, le sacrifice du principe de l'indépendance de sa nation, lequel principe consiste dans le pouvoir de disposer d'elle librement et suivant sa volonté comme elle vient d'avoir lieu en France.

Monsieur Kossuth ne croit point aux alliances politiques décidées seulement par la politique. Il ne croit qu'à la force des intérêts.

Or, comme il arrive communément que des principes diamétralement opposés peuvent, dans certains points avoir un intérêt commun à poursuivre, ainsi, rien ne saurait s'opposer à ce qu'un loyal républicain s'allie franchement à un souverain loyal, voire même à un despote quand il s'agit de cet intérêt commun, tout en ne dérogeant pas pour cela à ses principes.

C'est ainsi que Louis Kossuth chrétien, sincère, homme de la liberté est l'allié sincère et sans réserve de la porte musulmane et despote.

Et certes, il ne croit avoir à renier cette alliance ni devant Dieu, ni devant les hommes. Loin d'avoir manqué à ses principes, il croit au contraire les servir avec dévouement et utilité parce qu'il retrouve les ennemis de la Hongrie dans les ennemis de la Turquie, pour lui, comme pour tout homme, il est donc naturel de chercher des appuis contre un ennemi commun.

La conviction, la règle de conduite de Kossuth sont, que quand on s'allie à un pouvoir quelconque, on doit le faire loyalement et ne jamais nuire à son allié en dehors de l'intérêt spécial qui fait le seul lien de la communauté active.

Agir autrement ce serait non seulement contraire à l'honneur et à la morale, mais ce serait encore une sottise parce que si l'on veut que son allié puisse aider à son tour, il serait stupide de l'en empêcher en lui créant d'autre part des entraves et des difficultés.

Ainsi, quand quelques-uns de ses amis politiques entraînés par leur zèle et leurs théories républicaines, ont voulu étendre l'agitation révolutionnaire jusque dans les provinces de la Turquie, Louis Kossuth s'y est opposé énergiquement. Voici son langage: Votre projet serait une folie, la Turquie n'est pas dangereuse pour la liberté de l'Europe, mais l'Autriche et la Russie le sont. Les deux ennemis de la liberté, sont aussi l'ennemi de la Turquie, donc la Turquie est notre allié naturel; en l'affaiblissant, en lui suscitant des embarras, vous ne servirez que nos ennemis communs, l'Autriche et la Russie.

Cependant, d'une pareille alliance dictée par la communauté des intérêts et de l'entente cordiale qui en résulte, il ne résulte pas de la part de Kossuth l'approbation de principe du gouvernement ottoman. Une approbation de ce genre serait une abnégation de ses propres principes, et c'est là un prix qu'il ne paiera jamais pour une alliance quelconque.

De son côté le Divan a été assez raisonnable pour ne point songer à des prétentions inacceptables. Nous avons des ennemis communs, donc nous sommes amis, voilà tout.

Certes, si la providence voulait dans sa miséricorde que l'indépendance de sa chère patrie fût enfin obtenue, Louis Kossuth quelle que fût sa position, qui lui serait faite en Hongrie, regarderait comme impolitique de ne pas reconnaître immédiatement tout Gouvernement qui consentirait à nouer des relations officielles avec son pays, mais il s'empresserait de resserrer de tout son pouvoir les liens d'amitié dont la reconnaissance lui ferait un devoir envers ceux qui lui auraient prêté aide et assistance.

En ce qui concerne la stabilité du Pouvoir actuel de la France, Louis Kossuth pense qu'il peut y avoir possibilité de danger de deux côtés: 1-mo par une invasion étrangère, 2-o par une révolution à l'intérieur.

A l'égard d'une possibilité d'agression extérieure, personne ne doute aux Tuileries, qu'on n'aime pas beaucoup l'empereur des français à Vienne, comme à St. Pétersbourg, comme à Berlin. Les trois cours le subissent, mais seulement en attendant le moment, qu'elles croiront propice pour l'attaquer. Elles tolèrent son gouvernement comme quelque chose de mieux que la république, mais elles le haïssent comme une menace, une dénégation du droit divin. A Londres on l'accepte par nécessité.

Il est donc hors de doute, que l'empereur Napoléon III. sera attaqué par la Sainte Alliance aussitôt que l'Autriche et ses alliés n'auront ou croiront n'avoir plus à redouter chez eux des dangers intérieurs au moment d'une guerre.

Tant que la Hongrie, la Lombardie pourront en s'insurgeant menacer l'existence même de l'Autriche, l'empereur Napoléon pourra bien s'imposer aux cours du Nord. Mais, que ces contrées soient apaisées par des concessions, ou entièrement réduites à l'impuissance par la force, ce n'est qu'au prix de l'humiliation de la France et de son chef qu'on tolérerait l'existence de son gouvernement. Louis Kossuth ne pense pas que ni le tempérament de l'une ni le caractère de l'autre puissent jamais se résigner à pareil état des choses.

En présence d'une situation tellement forcée, qu'elle se présentera tôt ou tard avec toute sa fatalité, mieux vaut cent fois, faire le premier la guerre, que de l'accepter. Celui qui l'engage peut choisir le moment opportun; celui qui la subit, n'en a pas le choisir quelque illusion qu'on se fasse; si on s'en fait la France impériale ne peut éviter la guerre. En la faisant la première, elle aurait aujourd'hui pour alliés les Hongrois, les Italiens, les Polonais, et une grande partie de l'Allemagne. Ainsi appuyée elle verrait l'Angleterre rester au moins neutre et l'Amérique lui prêter un concours actif. Si au contraire la France attend et se laisse attaquer quand ses ennemis jugeront le moment favorable: elle n'aura pas évité la guerre et elle la fera alors seule, sans alliés.

Quant à une révolution intérieure qui pourrait dire, qu'une révolution n'est pas toujours possible en France?

Or, et à plus forte raison, si une révolution sérieuse, grande, combinée, vient à éclater en Europe, il est certain, qu'elle éclaterait également en France. Car de même, qu'autrefois l'Europe a toujours ressenti le contre-coup d'une révolution en France, de même aujourd'hui est infailliblement cette dernière qui à son tour subit le contre-coup d'une révolution européenne.

Il est bien entendu, qu'on entend parler ici d'un mouvement européen et non point d'un mouvement isolé, prématuré et par conséquent avorté, comme celui de Milan.

En résumé, sans un mouvement européen, une révolution est possible en France; avec cette coïncidence elle est certain.

Et à propos révolution européenne, quel est l'homme politique connaissant bien l'état de l'Europe, qui oserait affirmer, que cette révolution pourra être empêché par le terrorisme et l'oppression, à supposer même, que le chef de la France, ce qui n'est pas admissible, consentirait à prêter son concours en cette occurrence aux gouvernements absolutistes.

Quelle est donc aux yeux de Louis Kossuth la politique que les conjonctures conseillent impérieusement à l'empereur des français?

C'est celle qui consiste à faire éclater l'orage de telle façon, que le contre-coup de l'éclat ne se fasse point ressentir en France.

Quant à la marche à suivre, elle est clairement indiquée.

Que l'empereur Napoléon III. déclare la guerre à l'Autriche qu'il invite les Lombards, les Vénétiens, les Hongrois à se détacher de son

autorité à reprendre leur indépendance, enfin à faire usage de leur droit souverain de régler eux mêmes leurs affaires domestiques.

L'empereur Napoléon évitera ainsi le contre-coup de la révolution.

En effet, une révolution dût elle avoir pour issue la forme républicaine en Italie ou en Hongrie, étant obtenue par la coopération de l'armée française, ne saurait réagir sur la France elle même.

Jamais la France ne se lèvera contre son Gouvernement, quand il lui donnera la victoire, quand surtout cette victoire aura eu pour résultat la délivrance des nations opprimées.

L'Italie, la Hongrie, libres et indépendantes, une révolution européenne n'a plus de raison d'être, et par conséquent pour la France nulle crainte d'un contre-coup.

L'empereur Napoléon peut donc par une seule et même voie, éloigner ou plutôt annihiler complètement les deux dangers qui le menacent. Tout le problème de sa stabilité se réduira donc à la tâche de se faire aimer à l'intérieur et à l'extérieur; tâche qui sera devenue bien facile après avoir conquis à l'extérieur l'estime et l'alliance des nations délivrées, après avoir vis à vis de son propre peuple mérité la reconnaissance et l'affection, en mettant en lambeaux le drapeau de la Ste Alliance, cette outrageante insulte à la dignité de la France et à la position fière qui convient à son souverain.

En ce qui concerne le concours de Louis Kossuth et de son influence à Constantinople, Louis Kossuth la mettra toute au service de la France parce qu'il est convaincu que son Gouvernement est naturellement l'allié le plus sincère de la Turquie, parce qu'il sait, que l'existence de cet empire est nécessaire à la France, parce qu'elle est un contre-poids contre l'Autriche et la Russie.

Il est intimement convaincu, qu'une guerre entre la Turquie et ces deux puissances, est une nécessité inévitable, qu'on peut l'ajourner, mais non la faire disparaître.

Dans cette question, le Gouvernement français comprendra que l'intérêt de Louis Kossuth lui assure un concours actif contre des ennemis communs, et les événements prouvent suffisamment, que ce concours vaut quelque chose.

En ce qui touche les Etats-unis, Louis Kossuth doit penser, que c'est là encore, et comme la Turquie, un des alliés naturels les plus vrais de la France; il doit donc supposer, qu'en s'engageant à y seconder de toute

son action, la politique de cette dernière puissance, il ne fera que donner de cohésion, plus de cordialité peut-être à une politique, tout d'intérêts communs.

Enfin, on doit aussi reconnaître, qu'une agitation bien organisée contre l'Autriche, est dans l'intérêt du Gouvernement français. Si c'est ainsi, qu'on aide Louis Kossuth à continuer cette agitation, c'est à dire, qu'on l'aide à faire ce qui, tout en s'accordant avec ses desseins, sert avantageusement les intérêts du gouvernement français.¹

Thomas Lengyel.

OSZK

Országos Széchényi Könyvtár

¹ Siehe: Kempen—Buol, Wien, am 29. März 1853. H. P. Staatsarchiv.

A HORVÁT KÉRDÉS AZ 1868-I KIEGYEZÉS UTÁN

(Az 1868:XXX. tc. módosítása, az 1873:XXXIV. tc.)

Az Ausztriával való kiegyezés után nem várathatott magára sokáig Magyarország és Horvátország közjogi viszonyának rendezése sem. A kettejük közti kapcsolat tisztázása, a régi közösségnek az 1867:XII. tc. és az ezt követő egyezmények által meghatározott keretbe való beillesztése az új kormány legfontosabb teendői közé tartozott. E feladat azonban nem volt könnyű. Mióta 1790-től a két ország közjogi küzdelme megindult, melyben Magyarország Horvátország feletti szuverenitását, ez utóbbi pedig teljes autonómiáját akarta elérni, a köztük levő viszony feltartóztathatatlanul romlott. Egyre világosabbá vált, hogy a magyar nemzeti állam kiépítése Horvátországgal való törvényes együttélés mellett nem valósítható meg. A szembenálló felek 1848-ra már annyira eltávolodtak egymástól, hogy április 19-én a tartománygyűlés elhatározta Horvátország elszakadását és az elmérgesedett harc fegyveres ellenállásban robbant ki.¹ Az ötvenes évek abszolutizmusa azonban nem hozta meg a horvát remények valóraváltását s ez a körülmény lehetővé tette, sőt előremozdította a magyarság és horvátság lassú közeledését, mígnem 1860-ban ismét megváltozott a helyzet. A bécsi kormánynak merev, a horvát érdekeket nem tekintő magatartása fokozatosan enyhült, az októberi diploma pedig az illírizmus hívei szemében egyenesen a federatív törekvések szentesítéseként tűnhetett fel. A horvátok ekkor az újillírizmus legkiválóbb egyéniségeinek vezetésével mind az 1860. végén az uralkodó elé terjesztett kívánságaikban, mind az 1861.-i tartománygyűlés határozataiban az önálló, független horvát-szlavon-dalmát királyság alapjára helyezkedtek. Ügyü-

¹ Miskolcgy Gy.: A horvát kérdés története és irományai a rendi állam korában. Budapest, 1927

ket teljesen elválasztották Magyarországtól és csak mint egyenrangú fél, önállóságuk és függetlenségük elismerése esetén lettek volna hajlandók Magyarországgal „szorosabb államszövetségre” lépni; a birodalom jövőjét csupán a federalizmus formájában tudták elképzelni, nem látták azonban tisztán az utat, amelyen járniok kellett volna, hogy a fejlődést ebbe az irányba segítsék. A horvát politika a hatvanas években ingadozó volt és ezzel nemcsak a horvátság ügyének ártott, hanem a federalizmus megvalósulását is hátráltatta. A Gáj tanításain nevelkedett, egy hatalmas délszláv birodalom eszméjéért rajongó és egész életén keresztül e kulturális és politikai egység kialakulásához vezető feltételek megteremtésén fáradozó Strossmayer püspök irányítása alatt álló horvát nemzeti párt nem támogatta Schmerling centralizációs törekvéseit, távol maradt a birodalmi tanácsból és ép ezáltal készítette elő a dualizmust. Mikor Schmerling után Belcredinek a szlávokkal kiengesztelődni akaró politikája során ismét felmerült a horvát kérdés, a horvát álláspont az 1865.-i tartománygyűlésen semmit sem változott az 1861. évi 42. §-sal szemben. A horvát nemzeti párt vezetérei a csehekkel egyetértésben federatív állammá kívánták a birodalmat átalakítani, az uralkodó azonban a horvátokat elsősorban Magyarországgal való kapcsolatuk szabályozására utasította. Az 1866. nyarán folyt magyar-horvát bizottsági tárgyalások mindamellett nem vezethettek eredményre, minthogy a horvát képviselők szerint a két ország esetében állam állammal áll szemben és közös ügy csak az lehet, ami a pragmatika szankcióból folyik, ezt a horvát felfogást pedig magyar részről természetesen nem fogadhatták el. A horvátok az osztrák-magyar kiegyezésig mindenkor kitartottak álláspontjuk mellett és elhárítván országuknak Magyarországgal való kapcsolatára vonatkozó minden tárgyalást, Horvátországnak közvetlenül a birodalomban való helyzetét igyekeztek szláv, elsősorban cseh barátaik segítségével biztosítani. E horvát törekvések éppen a közös szláv cél, a federalizmus bukásával hiúsultak meg. 1867. elején Belcredi távozása már a birodalom federatív átalakítását célzó tervek lealkonyodását jelentette, amit tíz nap múlva, február 17-én a magyar kormány megalakulása követett.

A dualizmus Csehországban heves ellenállást, nagy elkeseredést váltott ki, Horvátországban nem kisebb nyugtalanságot. Ilyen előzmények után és körülmények között kellett a magyar kormánynak a Horvátországgal való viszony újjászervezésének nehéz feladatát megoldani. A horvát tartománygyűlés elutasító magatartást tanúsított, a kiegyezést nem tartotta Horvátországra nézve kötelezőnek és megtagadta a koronázáson való

résztvett. A helyzet ilyenén alakulására az uralkodó részéről, ki a magyar-horvát államközösségben vitathatatlan tényként látott, a tartománygyűlés feloszlatása, Rauch báró személyében új báni helyettes kinevezése volt a válasz. Az 1867. őszi összeülő tartománygyűlésben Rauch tevékenységének hatása alatt már az ún. párt volt többségben és ún. többséggel alakult meg az a bizottság is, amely a magyar parlament megfelelő delegációjával 1868. nyarán a két ország közti közjogi viszonyt új alapokon megállapította.²

A magyar országgyűlés által 1868:XXX. tc.-ként, a horvát tartománygyűlés által pedig 1868:I. tc.-ként elfogadott egyezmény, miután utal az évszázados fejlődésre és a pragmatika szankcióra, amely szerint „a magyar korona országai elválaszthatatlanok egymástól”, kijelenti, hogy Horvátország és Magyarország „egy és ugyanazon állami közösséget képeznek” mind Ausztriával, mind más országokkal szemben. Leszögezi, hogy a magyar-osztrák kiegyezést magábanfoglaló 1867:XII. tc.-et és az ennek alapján létrejött egyezményeket Horvátországra is érvényesnek és kötelezőnek ismeri el, bár hangsúlyozza, hogy a jövőben hasonló alaptörvények csak Horvátország hozzájárulásával hozhatók. A továbbiakban megállapítja, hogy Magyarország és a Monarchia többi országai között fennálló közös ügyek intézésére Magyar- és Horvátországnak ugyanazon közös képviselőjük van, ezen ügyekben azonos a törvényhozás és a végrehajtás illetőleg is közös kormánnyal kell bírniuk. A magyar-osztrák közös ügyeken kívül vannak még Magyarországot és Horvátországot közösen érdeklő egyéb ügyek és az ezekre vonatkozó törvényhozás, valamint végrehajtás szintén közös. Ezeket az egyezmény részletesen felsorolja. Ilyenek az udvartartás költségeinek megajánlása; a hadügy körében a vérendszert és hadkötelezettség megállapítása, újoncájlás, a hadsereg elhelyezése s élelmezése iránti intézkedések; a pénzügy terén az adórendszer megállapítása, az adók megajánlása, kivetése, behajtása és kezelése, az államköltségvetés megállapítása, az állami zárszámadás ellenőrzése, államadósságok felvétele vagy konvertálása, az államvagyon és egyéb jövedelmek kezelése, a pénzügyrendszer problémája stb. Ezek mellett még szá-

² R. Horvat: Najnovije doba hrvatske povjesti. Zagreb, 1906., B. Bretholz: Geschichte Böhmens und Mährens. Reichenberg, 1925., R. Charmatz: Österreichs innere Geschichte von 1848 bis 1895. I. Leipzig, 1918³, Gratz G.: A dualizmus kora. I. Budapest, 1934., A. Fischel: Der Panslawismus bis zum Weltkrieg. Stuttgart und Berlin, 1919., H. Wendel: Aus dem südslawischen Risorgimento. Gotha, 1921., V. Zagorsky: Fr. Racki et la renaissance scientifique et politique de la Croatie. Paris, 1909.

mos, a kereskedelemre és iparra vonatkozó kérdés tartozik a magyar-horvát közös ügyek közé. Mindkétfajta közös ügyben a törvényhozási jog a közös országgyűlést illeti, melynek képviselőházába Horvátország 29 követet, felsőházába pedig 2 főrendet küld. A végrehajtó hatalmat ugyan-ezen ügyekben Horvátország területén is a közös magyar kormány gyakorolja, mely Horvátország érdekeinek képviselésére egy tárcanélküli horvát-szlavon-dalmát m. kir. miniszterrel bővül. E horvát miniszter tagja a magyar minisztertanácsnak és az országgyűlésnek felelős. Ő jelenti az összekötő kapcsot az uralkodó és a horvát kormány között. Az egyezményben fel nem sorolt ügyekben, melyek tehát nem magyar-horvát közös ügyek, Horvátországot mind a törvényhozás, mind a végrehajtás tekintetében teljes önkormányzati jog illeti meg. A törvényhozó hatalmat az uralkodó és a horvát tartománygyűlés gyakorolja, míg az autonóm kormányzat a horvát országos kormány kezében van. A kormány élén a király által a magyar miniszterelnök előterjesztésére és ellenjegyzésével kinevezett bán áll, ki a tartománygyűlésnek felelős, de az uralkodóval csak a magyar országgyűlésnek felelős horvát miniszter útján érintkezhetik. A horvát autonómia a belügy, vallás- és közoktatásügy, valamint az igazságügy terére terjed ki, e három ügykör mindegyikének élén egy osztályfőnökkel. Részletesen rendelkezik az egyezmény továbbá arról, hogy Horvátország jövedelmének egy része az autonómia költségeinek fedezésére, másik része azonban a közös ügyek szükségletére fordítandó. A közös kiadásokhoz Horvátországnak tulajdonképpen adóképesége szerint kellene hozzájárulnia a kétféle közös ügyek fedezésére szükséges összeg 6.447799%-ának fizetésével, ebben az esetben azonban az autonómia szükségletére kívánatos összeg jelentékeny hányadát is átadná. Hogy ezen összeg biztosítva legyen, Horvátország jövedelméből 2.200,000 frt-ot elsősorban erre a célra hasítanak ki és csak az ezután fennmaradó bevétel jut a közös szükségletre. Végül megígéri Magyarország ezen egyezményben, hogy Horvátország területi épségét elismeri és kiegészítését elősegíti. Sürgeti a határörvidék Horvátországhoz tartozó részeinek Horvátországgal való egyesítését, követelni fogja a korona jogán Dalmácia visszacsatolását, Fiume autonómiájára nézve pedig a magyar és horvát törvényhozás, valamint Fiume város között bizottság útján tárgyalásokat helyez ki-látásba.³

Az 1868.-i egyezményben a horvát nemzetiek terveiből semmi sem va-

³ Nagy E.: Magyarország közjoga. Budapest, 1914⁷. 75—96. 1.

lósult meg. A szlávoknak nem sikerült sem a csehek, sem a horvátokon keresztül a birodalom német és magyar elemei mellett egyenrangú harmadik tényezőként elismertetni magukat. Horvátország Magyarországnak széleskörű tartományi autonómiával felruházott társországa lett. Ez az eredmény a horvátok közül csak az egyezmény létrehozóit, a Rauch körül csoportosult úniósokat elégíthette ki, míg a Strossmayer, Rački, Mrazović vezetése alatt álló nemzeti párt, a Starčević híveiből alakuló jogpárt és a volt centralisták maradványa egyaránt ellenzékbe vonult. Ez az ellenzék, melynek zöme elsősorban a nemzeti párt soraiból került ki és melynek jellegét is ez a párt adta meg, tagadta, hogy Horvát- és Magyarország között államközösségről lehetne szó. Rački igyekezett a probléma historikumát felfejtve kimutatni, hogy „Szent István és Zvonimir koronája két független korona”, súlyos tévedés tehát azt állítani, hogy Horvátországnak Szent István koronája alatt volna a helye. A horvátok a magyar királyt csak jogaik szerződésben való biztosítása után, külön koronázás révén ismerték el uralkodójuknak. Az eredetileg egyenrangú két nép közül a horvátságot a történelem folyamán ép a magyar akadályozta fejlődésében és így tudta most elérni azt, hogy a délszlávok nem foglalhatják el a birodalomban azt a helyet, mely őket számuk és helyzetük szerint megilletné.⁴ Teljesen azonos véleményen volt Strossmayer is, a birodalom jövő fejlődésére 1870-ben azt a kijelentést téve, hogy Ausztria, vagy mint federatív állam megadja a szlávságnak az őt jog és természet szerint megillető helyet, vagy elpusztul.⁵ Starčević programja e tekintetben, mint általában mindenben, a nemzetieknél radikálisabb volt. A független horvát állam lebegett szeme előtt és hangoztatta, hogy csak Isten és a horvátok kellenek ahhoz, hogy Horvátország legyen.⁶ A jogpárt független Horvátországaival, a nemzeti párt egyelőre a federatív Ausztrián belül önálló délszláv államával szemben, a centralisták Horvátországnak a Monarchiával való kapcsolatát feltétlenül fenn akarták tartani, a Magyarországgal való kiegyezéssel azonban, jöllehet elvileg nem elleneztek, szintén elégedetlenek voltak, mert ezzel szerintük Horvátország semmit nem nyert, sőt a horvát udvari kancellária alatti állapothoz képest számos jogát elvesztette.⁷

⁴ Zagorsky: i. m.

⁵ Wien, Staatsarchiv. Informationsbüroakten des Ministeriums der Aeußern. (A következőkben: Ib. 1868:90.

⁶ H. Wendel: Südslawische Silhouetten. Frankfurt am Main, 1924. 94. és köv. l.

⁷ Ib. 1870:858.

Az ellenzék véleménye tehát abban megegyezett, hogy a két ország közti viszony nem öltheti magára az államközösség formáját. Ebből következett, hogy a megállapított közös ügyek nagy részének egyáltalában támadták közös voltát, a másik részben pedig legalább is túlzottnak találták a közösség mérvét. A legtöbb támadás a kiegyezés pénzügyi részét érte. Igazságtalannak tartották, hogy az egész horvát pénzügyet Magyarországnak engedjék át és kevésnek találták a kiutalt 2.200,000 frt-os átalányt. Súlyos sérelmet láttak a honvédelem terén hozott rendelkezésekben is, elsősorban abban, hogy Horvátország elvesztette ősi újoncmegajánlási jogát. Az ipar, kereskedelem, közlekedés, rendészet körében megállapított közös ügyek által is számos jogsérelem érte szerintük a horvát önkormányzatot. Kívánságaik egyébként az önkormányzat biztosítására is kiterjedtek. Élesen bírálták a horvát miniszter hatáskörét, kiben csupán a magyar érdekek képviselőjét látták és tiltakoztak a bánnak a magyar miniszterelnök előterjesztésére és ellenjegyzésével való kinevezése ellen, mert ilyen módon csak az lehet horvát bán, akit a magyarok akarnak, a horvátságra való tekintet nélkül. Nagy keserőséget váltott ki Fiumének és kerületének elszakítása is.⁸

Már létrejöttének pillanatában világos volt, hogy a kiegyezés nem lesz alkalmas a két nép közti egyetértés, békés együttműködés megteremtésére. Nem is felelhetett meg ennek a célnak, mert tulajdonképpen nem a horvát néppel kötötték. A horvátokat itt egy párt képviselte, mely állásfoglalásában nem a nép véleményét fejezte ki és mely a későbbi fejlemények során sem tudott a nép körében meggyökereződni. Az események közvetlen a kiegyezés után látszólag zavartalanul követték egymást. 1868. december 8-án az uralkodó Rauch bárót horvát bánná nevezte ki és ugyanekkor Bedekovich Kálmán lett az első horvát miniszter. 1869. január 31-én a horvát udvari kancellária megszüntette működését és feladatát átmenetileg, az autonóm kormányzat megalakultáig, a horvát minisztérium látta el. A tartománygyűlés csakhamar meghozta 1869:II. tc.-ét, melyben Horvátország közigazgatásának alapjait fektette le és az uralkodó április 20.-i jóváhagyása után, május 10-én megtörtént a három osztályfőnök kinevezése is. Rauch bárónak a báni méltóságba való szeptember 9.-i beiktatása után a horvát autonómia berendezkedése befejeződött.⁹

⁸ Horvat: i. m. 277. l. O. L. Miniszterelnökségi levéltár. (A következőkben: M. eln.) 1871:86. és 810.

⁹ Horvat: i. m. 278. és köv. l.

Az új horvát kormányzatra csakhamar zavaros idők köszöntöttek. A nemzeti párt kezdettől fogva éles agitációt fejtett ki az 1868.-i kiegyezés ellen. A tartománygyűlésben nem volt hajlandó együttműködni az úniós párttal, minden alkalmat felhasznált, hogy nem teljesített kívánságainak megvalósítását követelje, igyekezett a közvéleményt állandóan izgalomban tartani, a társadalmat utcai tüntetésekre, különböző alkalmakkori demonstrációkra szervezte meg. A horvátságnak a nemzeti érdekeket őszintén szívéen viselő része kétségtelenül inkább a nemzeti párt mögött sorakozott. Az úniósok elsősorban a néppel kapcsolatot alig tartó arisztokráciában, a jövőjét a magyar kormánytól váró tisztviselői karban, anyagi vagy más előnyök reményében felajánlkozók csapatában találták támaszukat. Egyes meglepő sikerüket csak a horvát társadalom gyengeségének és erős felépésüknek köszönhatték. Céluk elérése érdekében nem igen válogatták meg az eszközöket; azok ellen, akik a nemzeti párt célkitűzései mellett állhatatosan kitartottak, Rauch kormánya erős kézzel járt el. 1870-ben a 14. tc.-ben egyenesen hazaárulásnak minősített minden olyan cselekményt, mely az 1868.-i kiegyezés ellen irányul. Ellenzéki községi képviselőtestületeket feloszlatozt, állami tisztviselőket elbocsájtott, társadalmi megnyilvánulásokat elfojtott, a nemzeti párti sajtót megrendszabályozta, tilalmaival még a kultúra és művészet terére is behatolt. Természetes, hogy eme működése az ellenzék leghevesebb támadását vonta maga után, amely hamarosan éles személyeskedéssé fajult és végül 1871. januárjában egy ilyen személyes természetű kérdésben a bán bukását okozta. Vele távozott a horvát közigazgatás éléről a három osztályfőnök is. Még január 26-án megtörtént a megüresedett helyek betöltése: az eddigi miniszter Bedekovich Kálmán a báni méltóságot vette át, helyére pedig, a horvát miniszter székebe Pejachevich Péter került. Bedekovich személye valószínűleg alkalmas lett volna a szenvedélyek lecsillapítására, hisz később súlyos körülmények között is általános megbecsülést tudott kivívni, hivatalba lépésének idejében azonban új nehézségek merültek fel. A nemzeti párt döntő támadásra készült a kiegyezés ellen.¹⁰

A horvát nemzeti ellenzék magatartásának megváltozása szorosan összefügg az ausztriai és a Monarchia határán kívül élő szlávok akkori törekvéseivel. A csehek egy pillanatra sem adták fel a dualizmus elleni harcot; Palacky már 1865-ben, mikor a magyarokkal a tárgyalások megindultak, kijelentette, hogy a dualizmus a pánszlávizmus legélesebb for-

¹⁰ Horvat: i. m. 280. 1.

máját fogja maga után vonni és 1867-ben azonnal meg is indult cseh részről a birodalom új szerkezete ellen a támadás. Hiába akarta az Auersperg minisztérium a cseheket kielégíteni, ők csak azon az alapon voltak hajlandók egyezkedni, ahogy ez a magyarokkal történt. A Monarchia osztrák felében a centralizmus megszűnését, a dualizmusnak federatív államformával való felcserélését követelték. A megindult tárgyalások nem vezettek eredményre, de a csehek egyúttal más módon is próbálkoztak ügyükön lendíteni, mikor a szláv népek szolidaritásához folyamodtak és a pánszlávizmust politikai céljaik szolgálatában akarták felhasználni. E téren fájdalmas csalódás várt azonban rájuk. Oroszország az 1867. májusi moszkvai etnografiai kongresszuson csak az elvek méltánylásáig ment el, a politikai pánszlávizmust nem írta zászlajára. Az ausztriai lengyelek megőrizték Béccsel szemben korrekt magatartásukat és hűen kitartottak az ausztrószlávizmus mellett. Hasonlóképpen békés hangot hallattak a szlovénok is. Egyedül a horvátok között talált visszhangra a csehek törekvése. A cseheket a kudarc nem csüggesztette el és a szlávok közt tapasztalt közömbösség helyett Nyugaton igyekeztek magukat kárpótolni. 1867. óta élénk összeköttetésben álltak tekintélyes francia körökkel s annak hangoztatásával, hogy a politikai pángermanizmus sokkal veszélyesebb Európára, mint a pánszlávizmus, a cseh ügyet európai kérdéssé szerették volna duzzasztani. A Monarchiában e külföldi próbálkozások miatt súlyos vádakkal illették őket, melyeknek elhárítására kijelentették, hogy „Csehország jövőjére nézve a legjobb biztosíték a cseh koronának az osztrák uralommal való kapcsolata volna, de ez csak federatív alapon képzelhető el, s míg a federalizmus megvalósulására nézve kételyek állnak fenn, Csehország számára mindenkor értékes lesz szomszédainak rokonszenve.”¹¹

Csehország helyzete különös aktualitást nyert a porosz-francia háború alatt és után. A csehek mindvégig porosz-ellenes álláspontot foglaltak el és a nyugati közvéleményt iparkodtak meggyőzni arról, hogy csak az ausztriai szlávok állhatnak ellent a pángermanizmusnak, porosz győzelem esetén tehát csak a szlávok megerősítése, egy független Csehország lehet a helyes reakció. A porosz győzelem azonban a Monarchiát is új helyzet elé állította. A Habsburg-birodalomnak — úgy látszott — nem lehet tovább a szlávok tevékeny közreműködését nélkülöznie, jöllehet nem merülhetett fel kétség az iránt, hogy csatlakozásuknak az eddigi alkotmány átalakítása lesz az ára. A cseh kérdés megoldását még engedmé-

¹¹ Fischel: i. m. 331. és köv. 1.

nyek árán is nyélbeütni kívánó tárgyalások kezdetét 1870. tavaszán a Potocki kormány megalakulása jelentette, de miután a cseh országgyűlés augusztus 3.-i feliratára a szeptember 29.-i császári válasz a megegyezést csak a fennálló decemberi alkotmány alapján mondta lehetségesnek, a csehek ellenzésén a közeledés meghiúsult és a Potocki kormányt Hohenwart miniszteriuma váltotta fel. A federalizmusért indított ezen újabb harcban a csehek oldalán voltak kezdettől fogva a horvátok is. Prágában a csehek részéről Škrejšovsky, a horvátok részéről Mrazović már 1870. májusában megállapodtak az osztrákok és magyarok elleni alkotmányküzdelemben követendő közös elvekben és taktikában. E szövetség összefűzte őket később a Hohenwart kormánnyal folytatott tárgyalások alatt is, és hatása a horvátoknál az egyre erősödő nemzeti mozgalmakban nyilvánult meg.¹²

A horvát tartománygyűlés 1871. májusában történt feloszlása után, az e hónap közepén megtartott választásokból a nemzeti párt nagyarányú győzelemmel került ki. 65 képviselő közül 13 volt úniós, míg a választási küzdelemben Mrazović által vezetett nemzeti párt 51 mandátumot kapott. Minthogy a nemzeti párt megerősödése miatt az 1868-as törvényeknek megfelelő munkásságot a horvát törvényhozástól nem lehetett várni, az uralkodó az 1871. június 1.-ére összehívott tartománygyűlést kénytelen volt még megnyitása előtt egymásután kétszer elnapolni. A magasra csapott szenvedélyek lecsillapítása azonban ilyen módon sem sikerült, mert a második alkalommal a szeptember 20.-ára már összegyűlt nemzeti párti képviselők szétoszlásuk előtt egy kiáltványt intéztek a horvát néphez. Ebben a manifesztumban, mely tulajdonképpen a nemzeti párt programjának nyílt feltárása volt, az 1868.-i kiegyezést elvetették, mert „a horvát nép nagy részének hozzájárulása nélkül kötött meg”, Magyar- és Horvátország kapcsolatát csupán a perszonális únióban határozták meg és országukat független államként akarták berendezni; azon követelésük révén, hogy a Monarchia közös ügyeit tárgyaló delegációba a horvát tartománygyűlés közvetlenül küldje követét, már az 1868.-i magyar-horvát kiegyezésen kívül a birodalom 1867-es alkotmányát is megtépázták volna és tulajdonképp a federalizmus megvalósítását kívánták.¹³ A szeptemberi kiáltvány kibocsátásában kétségtelenül szerepe volt a cseh-horvát együttműködésnek. Ugyanaz a szellem hatotta át, mint az uralkodónak szeptember

¹² Ib. 1870:792.

¹⁷ Horvat: i. m. 281. l.

12.-i leiratára cseh részről október 10.-én felterjesztett Fundamentalartikel-eket és feliratot. A csehek ez alkalommal, ámbár a magyar kiegyezést elismerték, kívánták, hogy a cseh delegátusok választása országgyűlésükön történjék, a közös ügyek intézését, amennyiben Csehországot illetik, a cseh országgyűlés elé utalják, stb. A cseh és horvát követelések tehát egyaránt felborították volna a birodalom alkotmányát. A csehek törekvése a birodalmi minisztérium és a magyarok ellenzésén megfeneklett és Hohenwart október 27.-én lemondott. A csehek Rieger október 30.-i szavai szerint súlyos csatát vesztek és a Habsburg-birodalom keretén belül való próbálkozásokból teljesen kiábrándulva, az ausztrioszlávizmustól elfordulva, ismét a pánszlávizmusban keresték a jövőt, a birodalom többi szláv népei pedig, amelyek a cseh erőfeszítéseket rokonérzéssel kísérték s a kudarc után is elismeréssel viseltettek a „szépen végzett munka” iránt, szinte minden reményüket feladhatták a federalizmusra irányuló törekvések sikere iránt.¹⁴

A Hohenwart-féle kísérlet megghiúsulása után a magyar-horvát viszonyban új fejezet kezdődött. Mindkét szembenálló fél helyzetében lényeges változás történt. A horvátokra a csehek sikertelensége lehangolóan hatott és az együttes támadás szétesését látva, megingott bizalmuk saját ügyük sorsában. Érezték, hogy a szeptember 20.-i álláspont megvalósítására az új körülmények közt nem sok lehetőség nyílik és a magyarokkal szemben ismét egyedül maradtak, így pedig nem saját csekély erejükön, hanem inkább a magyarok engedékenységén áll a vitás kérdés feletti döntés.¹⁵ Megváltozott azonban a magyar álláspont is. Az osztrák miniszterelnöki szék után csakhamar megürült a közös külügyminiszter helye is és Beust távozása után Andrassy Gyula költözött a Ballhaus-téri palotába, míg Andrassy helyére a magyar miniszterelnöki székre Lónyay Menyhértet, az eddigi közös pénzügyminisztert emelte az uralkodó bizalma. Az új miniszterelnököt új szempontok vezették a horvát kérdésben. Lónyay nem váratlanul került a magyar kormány élére, hiszen Andrassy külügyministerségével régen lehetett számolni és bár magyar politikai körökben Lónyay személye kevésbé volt népszerű, mégsem volt kétséges, hogy Andrassy Bécsbe távoztával a király őt fogja miniszterelnökké kinevezni. Ló-

¹⁴ O. Zeithammer: Zur Geschichte der böhmischen Ausgleichsversuche. II. Prag, 1913.

¹⁵ F. Šišić: Korespondencija Rački-Strossmayer. I. Zagreb, 1928. 147. 1. Szívesen mondok köszönetet e helyen is Hadrovics László kedves barátomnak, ki e levelek fordításával és több értékes tanácsával nagy segítségemre volt.

nyay új feladatára Bécsben már némiképp készült is; állandóan érdeklődött a magyar belpolitika problémái iránt és számos kérdésben önálló véleményekkel rendelkezett. Ezek közé tartozott a horvátok, illetőleg nagyobb összefüggésben a magyarországi nemzetiségek kérdése. A nemzetiségekkel szemben Lónyayt két megfontolás vezette és mindkettő a békés együttélés feltételeinek előmozdítását ajánlotta. Békét akart a magyarországi nemzetiségekkel először azért, mert centrifugális törekvéseiktől a magyarság érdekeit, az ország épségét féltette, nélkülözhetetlennek tartotta továbbá az ország különböző nemzetiségű állampolgárai közti nyugodt légkört a magyarság megerősödésének érdekében. Ő, kiben mindenki elsősorban, sőt kizárólag a közgazdát látta, Bécsben a közös pénzügyminiszterség kényszerű csendjében „elég okot látott hazája sorsa feletti aggodalomra, noha ismeretes, hogy ok nélkül nem szeretett aggódni” és nem anyagi kérdések, az ország gazdasági fejlődése nyugtalanították, hanem a magyar nemzetiség jövője. „En a pénzügyi állapotok miatt nem aggódom, azok bizonyára lehetnek még rosszabbak is, de idővel, talán egy nagy krízis után, rendezettebbek lesznek; csak a magyar korona épségét tudjuk megőrizni, csak az állam magyar maradjon, sőt magyarabb lehessen, mint most: ez előttem a főcél. Elérhetjük-e ezt, eziránt vannak aggodalmaim.” Így ír 1870. szeptember 21.-én. Elsősorban ebből a nyilvánosan talán soha ki nem fejtett sejtéséből fakadt célkitűzése: a magyarság belső megerősödésének a nemzetiségekkel való békés kiegyezés révén nyugodt lehetőséget biztosítani.¹⁶ A másik megfontolás, mely Lónyayt a nemzetiségekkel politikai együttműködés felé vezette, a kormányralépésekor fennálló pártviszonyokból adódott. Mikor Bécsből hazajött, hogy az ország kormányát átvegye, nem érzett maga mögött tömören felsorakozó pártot, amelyre biztosan támaszkodva megvívhatta volna előreláthatóan nem könnyű harcait a parlamentben, sőt magában a kormányban. Andrassy örökebe lépett úgy, hogy változatlanul átvette kormányát és pártját, jól-lehet tudta és rögtön tapasztalhatta is, hogy sem a kormányban nem talál megértésre, sem a nyugodt parlamenti munkához akkor már különben is kevés biztosékat nyújtó Deák-pártban nincsenek személyes barátainak kis csoportján kívül támogatói. Mivel soha nem értett ahhoz, hogy magát népszerűvé tegye, helyzete kezdettől fogva bizonytalan volt és érthető, ha

¹⁶ Ghiczy Kálmán levéltára. Lónyay levele Ghiczyhez 1871. szept. 21. Az anyag felhasználásáért Nagy Miklós dr. parlamenti könyvtárigazgató úrnak tartozom hálás köszönettel.

nemzetiségi tárgyalásai közben nem kis szerepet játszott az a körülmény, hogy megegyezések révén a nemzetiségi képviselőket is pártjába igyekeztetett tömöríteni. Ezért akarta megszerezni a horvátok támogatását is. Nélkülük a parlamenti többség bizonytalan, esetleg az ellenzék kerülhet felül, ami nemcsak a kormányra, hanem a 67-es kiegyezésre nézve is nagy veszélyt rejtett volna magában. A horvát kiegyezéssel a magyar parlamentben a dualizmust akarta biztosítani és ezért támogatta fáradozásait mindvégig az uralkodó is.¹⁷

Lónyay már közös pénzügyminiszter korában állandóan figyelemmel kísérte a horvát kérdés alakulását és még Bécsben felhasznált minden alkalmat, hogy lehetőleg a probléma valamennyi részletére nézve megismerhesse a szembenálló véleményeket. Tisztában volt a kérdésnek magyar szempontból való fontosságával és tudott az ország határán túlnyúló, a birodalom egyéb szláv népeihez vezető összefüggéseiről.¹⁸ Mint miniszterelnök legelső teendői közé sorozta a horvát tárgyalások felújítását, de nem volt kétségben az iránt, hogy tartós eredményt csak akkor érhet el, ha az új megegyezést nemcsak az úniós párttal, hanem az egész horvát néppel hozza létre, tehát a horvátság nagyobb részét képviselő nemzeti párt nézetét is tekintetbe kell vennie. A siker érdekében hajlandó volt az 1868.-i egyezményhez képest több pontban engedményre is. A horvát érdekek méltányos megítélésének semmiben sem akarta elejét venni, irányelvül csak azt tűzve maga elé, hogy az uralkodó és Magyarország már meglévő, törvényesen biztosított jogait a két ország viszonyában esetleg megengedett módosítások nem érinthetik. Mindenekelőtt a horvát követelésekről akart tiszta képet nyerni, ezért azonnal kereste a nemzeti párt vezető egyéniségeivel az érintkezést.¹⁹

A horvátokat Lónyay kezdeményezése nem lepte meg. Előző érdeklődéséből és különböző alkalmakkor tett kijelentéseiből előrelátható volt, hogy mint magyar kormányelnök habozás nélkül hozzá fog kezdeni a fennforgó ellentétek elsimításához. A nemzeti párt többé-kevésbé készült is a magyar kormánnyal meginduló tárgyalásokra, azért az ezek folyamán tanúsítandó magatartásra, valamint az esetleges megegyezés főbb elveire nézve a birodalom többi szlávjaival már előzőleg megbeszélést folytatott. Ugyanis a cseh követelések elvetése után, 1871. november 20.-án az ausztriai szlávság képviselőjében Mrazović, Smolka, Stratimirović Škrejšovs-

¹⁷ Halász I.: Egy letűnt nemzedék. Budapest, 1911. 418. és köv. l.

¹⁸ Šišić: i. m. 147. és 149. l.

¹⁹ Šišić: i. m. 147. l.

kyval Bécsben részletesen megvitatták a szlávságnak a német és magyar kormánnyal szemben követendő politikáját. Škrejšovsky ekkor annak a nézetnek adott kifejezést, hogy rövid időn belül a magyar kormány a horvátokkal, az osztrák pedig a lengyelekkel és szlovénekkal tárgyalásokba fog bocsátkozni, amelyek során látszólagos közeledés után lényeges engedményeket fog tőlük kívánni. E kormányok tulajdonképeni célja az lesz, hogy a szláv népeket kisebb autonómia felajánlásával a Fundamentaltartikel-ekben lefektetett cseh törekvésektől elszigeteljék és így a szlávokat egymástól elválasztva, a birodalomban a német és magyar elem hegemoniáját megőrizhessék. Škrejšovsky szerint a csehek feltétlenül kitarának eddigi követelései mellett, az adott körülmények között azonban az ausztriai szlávok további együttműködésére nem számítanak és mind-egyiknek szabad kezet hagyva, nem fogják rossz néven venni, ha külön utakon keresik érdekeik biztosítását. Cseh részről tehát a küszöbönálló horvát tárgyalásokat, ha ezek a horvátok hasznára szolgálnak, csak örömmel fogadják.²⁰

A horvát nemzeti párt vezetősége ekkor már tényleg a vita alá kerülő anyag előkészítésén fáradozott. A politikai természetű kérdésekben bizalmas megbeszélések folytak, az 1868.-i egyezmény pénzügyi részének átvizsgálására pedig a szükséges adatokat igyekeztek a magyar pénzügyminisztertől beszerezni.²¹ Általában a tárgyalások felújítását különbözőképpen ítélték meg. Strossmayer bizakodóan nézett Lónyay szándéka elé, bár el volt készülve arra, hogy sikert csak nehéz munkával fognak elérni. Elhatározta, hogy ha követelésüket nem tudnák teljes mértékben érvényre juttatni, inkább visszavonul, mert „százszor jobb alkalmas időt várni, semmint az ország előtt magát kompromittálni.” Olyan megegyezésben, mely ismét csak foltozgatás lenne, sehogy sem tudna résztvenni. Rački sokkal sötétebben ítélte meg a helyzetet. A siker iránt minden reményét elvesztve, meg volt győződve, hogy a magyarok csak a körülmények kényszerítő hatása alatt tennének engedményt, ilyen kényszerítő hatás előidézésére pedig a horvátokat nem tartotta képesnek. A párt többi vezetői, így elsősorban Mrazović, ha nem is túlzott várakozással, de mindenesetre

²⁰ Ib. 1871:975. Šišić: i. m. 148. l.

²¹ Šišić: i. m. 150. l. A m. kir. miniszterelnökség levéltára. Minisztertanácsi jegyzőkönyvek. (A következőkben: Mt. jkv.) 1871:52. Hálás köszönettel tartozom Barsi Aladár miniszterelnökségi osztályfőnök úrnak, ki e jegyzőkönyvekbe való betekintést megengedte.

becsületes eredmény reményében hozták erejüket a közös cél szolgálata.²²

Mialatt a horvát nemzetiek élénk tevékenységbe kezdtek, a magyarbarát úniósok sem maradtak tétlenül. Lónyay Bedekovich bántól és Pejachevich minisztertől részletes felvilágosítást kért a horvátországi helyzetről és meghallgatta több tekintélyes úniionista véleményét is e tárgyban.²³ Az úniós párt tehát teljes bizonyossággal értesülhetett a miniszterelnöknek az 1868:XXX. tc. felülvizsgálására irányuló szándékáról, ami némi nyugtalanságot váltott ki tagjai körében. Részből, hogy a kormány terveit megelőzzék, részből Lónyay kívánságára is, november 21-én Zágrábban értekezletet tartottak, amelyen a párt újjászervezésével és az új szükségleteknek megfelelő program kidolgozásával foglalkoztak. Mindekenelőtt leszögezték, hogy a párt teljesen az 1868-i törvény alapján áll és ahhoz Horvátország érdekében mindenkor ragaszkodni fognak. Kéri azonban a törvényben lefektetett elvek szerint a Határőrvidék polgárosítását, a dalmát és fiumei kérdés elintézését, a horvát kormány felelősségének új, törvényes rendezését. További kívánságaik között szerepelt a kereskedelem, közlekedés, ipar, hitelügy jelentős támogatása, az igazságszolgáltatás, közoktatás javítása, sajtó, szólásszabadság, egyesületi jog, bírói függetlenség törvényes biztosítása. A horvát kormánypárt tehát e programjában a vitás államjogi kérdések nagy részét félretéve, illetőleg az 1868-i kiegyezés szerint elintézettnak nyilvánítva, hasznos belső reformok hosszú sorát állította össze és ennek alapján azt a látszatot keltette, hogy sikerült a horvát érdekek képviselőjét a magyar kormány iránti méltányossággal szép összhangba hoznia.²⁴

Másként festett azonban a párt állásfoglalása azon az újabb értekezleten, amelyen a horvát miniszter és a bán jelenlétében Lónyay előtt a párt tanácskozásainak eredményeként a közvetlen jövőre vonatkozó terveiket adták elő. Elsősorban a párt újjászervezésének és megerősítésének szükségességére mutattak rá, majd vázolták azokat a nehézségeket, amelyek a magyar kormányt őszintén támogató úniósok elé tornyosulnak e téren. A horvát kormány közömbös a magyar érdekekkel szemben; Suhai belügyi osztályfőnök, bár kitűnő tisztviselő, nem mutat erélyt és ezután sem várható tőle nagyobb aktivitás, mert a kiegyezés előtt az ellenzékhez tartozott és régi érzelmeit nem tudja elfojtani, márpedig a belügyi osztály

²² Šišić: i. m. 147. és 151. l.

²³ Mt. jkv. 1871:60.

²⁴ Pesti Napló, 1871. nov. 22.

élére, ahol a főnök a bánt helyettesíti, az úniót őszintén óhajtó személynek kell jutni. Ugyancsak ki kell cserélni a főispánok egy részét is, akik közül többen nem felelnek meg a jogos várakozásnak. Változtatni kell a katolikus papság viselkedésén is, mert nagyobb részük az únió ellen érvényesíti a népnél befolyását és legjobb esetben is csak közömbös magatartást tanúsít. Mihalović zágrábi érsek gyengesége, valamint Strossmayer püspök nagyhatású működése szintén óriási akadályt jelent ezen a téren, amin csupán Mihalović mellé kinevezett erélyes érseki helynökkel és Strossmayer politikai tevékenységének lehetetlenné tételével, vagy legalább megnehezítésével lehetne segíteni. A katonai parancsnokságoknak gondosan ügyelni kellene a tisztek politikai magatartására. Mindennél fontosabb volna azonban a népnek a közös kormány iránti kedvezőtlen hangulatát megváltoztatni s ebből a célból jelentős anyagi kedvezmények életbeléptetése volna kívánatos. Így a pénzügyminiszter az úrbéri természetű előlegek visszatérítése iránti rendeleteket hagyja függőben és a Földhitelintézet működését Horvátországra is terjessze ki, a közlekedésügyi miniszter hozzon törvényjavaslatokat fontosabb vasutak és közutak létesítéséről, a közoktatásügyi miniszter a közösen kezelt alapokat szétválasztó tárgyalásokat fejeztesse be, stb. A párt ezen munkatervéből kiviláglott most már, hogy a nemzeti párt álláspontjához magával a magyar kormánnyal ellentétben nem igen akart közeledni. Az 1868-as politika fenntartása volt programjának legfőbb elve és ennek keresztülvitelére az ellenzék kíméletlen elnyomásától sem riadt vissza. Kétségtelenül üdvös reformjaiban agitációs szempontok is vezették.²⁵

Lónyay a kormánypárt nézetének ismeretében pontosabb tervet alkothatott a tárgyalások megindítására nézve. Láttá, hogy nem lehet csak az úniósokra támaszkodnia. E párt az országban népszerűtlen, éles elvi, de még inkább személyi természetű ellentétek választják el a többségi párttól, a tartománygyűlésen kis számban van képviselve, megerősödésére pedig hamarosan semmi eszköz sem kínálkozik. Horvát politikát tehát a nemzeti párt bevonása nélkül a jelen helyzetben nem lehet folytatni. Mielőtt azonban a parlamenti munkát e párttal meg lehetne kezdeni, szükséges, hogy biztosítékát adja a szeptemberi kiáltványban körvonalazott álláspont felé közeledésének. Csak így osztható el a kétség az iránt, hogy a január 15.-ére összehívott tartománygyűlés tárgyalásai már engesztelékeny szellemben fognak lefolyni. Lónyay ezért még novemberben

²⁵ Mt. jkv. 1871:60.

közölte Hellenbach Lázár báró közvetítésével a nemzeti párttal, hogy a köztük fennálló különbségek tisztázása céljából szívesen érintkezésbe lépne a párt hivatalos és felelős megbizottaival. Feltételül csak azt kötötte ki, hogy az ellenzék az 1868-as kiegyezést törvényesnek ismerje el. Hogy szándéka komolyságát és a horvátok iránt érzett jóakarátát bizonyítsa, kilátásba helyezte, hogy még a tartománygyűlés megnyitása előtt olyan közigazgatási természetű engedményeket tesz, amelyek alkalmasak a kedélyek megnyugtatóására és a békülékenység előmozdítására. E célból elrendelné, hogy a kiegyezés azon pontjait, amelyek az országra nézve hasznosak és még nincsenek végrehajtva, azonnal foganatosítsák; a leginkább sérelmezett pénzügyi kérdések megvilágítása érdekében a zágrábi pénzügyigazgatóságon külön könyvelést vezetettne a bevételről és kiadásról, hogy látni lehessen, mit ad Horvátország a közös magyar pénztárba, sőt megváltoztatná — a bán megtartásával — a horvát kormányt is, ha Mrazovićot és Krestičet ilyen közreműködésre meg tudná nyerni. A nemzeti párt örömet fejezte ki Lónyay jóakarata felett és beleegyezését adta ahhoz, hogy a kiegyezés törvényességének kérdését most nem háborgatva, egyenesen a tulajdonképeni tárgyra, a Horvát- és Magyarország közti viszony rendezésére térjenek. Hangsúlyozta azonban, hogy a nemzeti párt ellenzékiisége egyáltalában nem személyi természetű és míg a horvát-magyar viszony szerződéses újjáalakítása meg nem történik, a párt vezetői nem tartják megengedettnek, hogy a kormányban résztvegyenek. A most meginduló tárgyalásokat azonban, a magyar kormánnyal szemben hosszú tapasztalatok során beidegződött és egykönnyen le nem vetkőzhető bizalmatlanság folytán, egyelőre csak informatív jellegűnek szánták és éppen ezért Strossmayer a megbeszélésektől távol szándékozott maradni. Másrészről komoly munkával készültek a kormánytárgyalásokra. Hattagú bizottságban a legpontosabban körülírták a párt előterjesztendő kívánságait; el voltak szánva arra, hogy ha a másik fél komoly együttműködési készségével találkozónának és alapos remény mutatkoznék a kérdés sikeres megoldására, Strossmayer személyének bevonásával teljes felelősséggel és kötelező erővel végleges formában tető alá hoznák a kiegyezést.²⁰

A nemzeti párt válasza lehetővé tette Lónyaynak, hogy a párt kiküldöttait közvetlen tárgyalásokra most már határozott formában meghívja. A horvátok részéről e meghívás során még a tartózkodásnak nem csekély foka volt tapasztalható, minthogy Lónyay a velük való érintkezésben ke-

²⁰ Šišić: i. m. 147—149. l.

véssé ismert közvetítőket használt, kik csak arra voltak alkalmasak, hogy a bizalmatlanságot növeljék. A tárgyalások előkészítését Vončinának a miniszterelnökkel való személyes találkozása fejezte be. Vončina ez alkalommal igen kedvező benyomást szerezve Lónyay készségéről és Horvátország kielégítésére irányuló komoly szándékáról, megegyezett vele abban, hogy a nemzeti párt megbízottai a kormány képviselőivel december 28-án fognak találkozni.²⁷

Az előkészületben levő bécsi tárgyalások híre hamar elterjedt s a magyar sajtó vegyes érzelmekkel fogadta a hírt. A kormánylapok a kezdeményezést a horvátoknak tulajdonították. Szerintük csakis a nemzeti pártnak volt szüksége a kormánnyal való kapcsolat felvételére, mert a federalizmus bukása után a horvátoknak csak egy barátjuk lehet és ez a magyarság, természetes érdekük tehát a magyarokkal való viszony szabályozása; ennek azonban elengedhetetlen feltétele, hogy a nemzeti párt a törvény terére lépjen. Kissé nehezen tudták megérteni a miniszterelnöknek az eladdig magyarelles pánszláv izgatóknak ismert nemzetiekkel várható eszmecseréjét. Egyes kommentárok nem mulasztottak el rámutatni arra, hogy Lónyay tulajdonképpen „saját szakállára” kezdte a dolgot és e lépés helyességét majd az eredmény fogja eldönteni.²⁸ Az ellenzék kedvezőbben vélekedett a kérdésről és némiképp saját multját látta igazolva a kormányelnök „bátor és saját pártját megszégyenítő” tette által, mikor tárgyalóasztalhoz ül azokkal a horvát ellenzékiekkel, akikkel hazaáruló összejátszással vádolták eddig a kormánypárt részéről őket.²⁹ A horvát úniós párt a tárgyalások hírére szinte elvesztette fejét. Az esetleges megegyezéstől saját jövőjét féltette. Rauch és közvetlen hívei készek voltak minden követ megmozgatni, hogy a tárgyalások zátonyra jussanak és a maguk részéről ellenakcióba kezdtek. A nemzeti párt viszont alaposan felkészült és nyugalommal várta a bécsi napokat. Strossmayer a háttérből — Olaszországban tartózkodott — állhatatosságra buzdította barátait, arra, hogy az alkudozások folyamán a jogos alapról ne hagyják magukat leszorítani; ha szükségesnek találják, hívják őt is Bécsbe, abban az esetben „magára vállalja a felelősséget, de akkor a dolognak meg kell felelni lelkiismeretének és meggyőződésének.” Rački, kinek Strossmayer elveit kellett képviselnie, nem szívesen vett részt a bécsi küldöttek között. Az utolsó pillanatig kivonta volna magát, mert „elhatározta, hogy soha

²⁷ Šišić: i. m. 151—153. l.

²⁸ Pesti Napló, 1871. dec. 28.

²⁹ Hon, 1871. dec. 30.

többé a magyarokkal közvetlen érintkezésbe nem lép és meg van győződve, hogy ez a tárgyalás is eredménytelen lesz." Minthogy más választás nem adódott, „Isten nevében ment”, azzal az elhatározással, hogy mindent megkísérel nemzete érdekében. Másik két társa, Mrazović és Vončina, a politika terén sokkal tevékenyebb, harcos egyéniségek, egyúttal kevésbé ideális sikon mozgó aktívabb férfiak voltak. Rajtuk kívül még Krešić és Jakić voltak a bécsi küldöttség tagjai.³⁰

A bécsi tárgyalások december 28-án kezdődtek. A kormány részéről kezdetben állandóan jelen volt Pejachevich horvát miniszter és Wenckheim, Őfelsége személye körüli miniszter, valószínűleg az uralkodó közvetlen tájékoztatására, míg később egyre nagyobb szerepet töltött be Kerkápolyi pénzügyminiszter. A horvátok elég kedvezőtlennek ítélték a helyzetüket, mert számítottak arra, hogy ha a megegyezés nem sikerül, új tartománygyűlési választásnak nézhetnek elébe. Az eszmecserék közben azonban csakhamar észrevették, hogy a kiegyezést Lónyay okvetlenül nyélbe akarja ütni, elsősorban a magyar országgyűlésbe választandó 31 horvát képviselőre való tekintettel, kiknek támogatására a magyar parlamentben nagy szüksége volt. E felismerés a következőkben lényegesen szabadabb kezet biztosított számukra. A tárgyalások folyamán többszöri hosszas megbeszélés után, mindkét fél a részletekbe hatolva kifejtette álláspontját, végül Lónyay kérésére a horvátok írásba foglalták kívánságait.³¹ December 31-én kelt memorandumukban, annak előrebocsátása után, hogy pártjuktól végleges egyezség kötésére nincs mandátumuk, tiltakoztak az ellen, mintha a nemzeti párt Horvátországnak Magyarországgal való kapcsolatát tagadná. Egyúttal kijelentették, hogy az új egyezmény megteremtésében az 1868-as törvényből indulnak ki, nem bocsátkozván törvényességének vitatásába. Ezen törvény alapján kívánják a fennálló közjogi viszony megváltoztatását, hogy azonban ez az új egyezmény kétségtelen érvénnyel bírjon, szükséges, hogy a teljes horvát parlament hagyja jóvá, vagyis a Határőrvidék képviselője is hívassék meg és Dalmácia függő problémája is nyerjen elintézészt, valamint az 1868-i törvény Fiuméra vonatkozó rendelkezése hasonlóképen lépjen életbe. Egyéb kéréseik közül kiemelkedik a horvát kormánynak a magyartól teljes függetlenítése, a magyar közös országgyűlésen képviseltetésük módjának megváltoztatása olyan formán, hogy a természetüknél fogva közös ügyekben és azokban,

³⁰ Šišić: i. m. 150. és 153. l.

³¹ Šišić: i. m. 153—155. l.

amelyek Horvátországot is érintik, döntő befolyást gyakorolhassanak, az évi átalánynak, mint az országra nézve sértő- és méltánytalannak elvetése, végül a békülékeny szellem és sikeres együttműködés biztosítékául a tartománygyűlés többségének bizalmát élvező nemzeti kormány kinevezése. E memorandumot a miniszterek előbb egymás között megvitatták, majd a horvátoktól pontról pontra részletes indokolást kérve január 4-én az uralkodó elnöklete alatt tartott minisztertanács elé terjesztették.³²

Lónyay horvát tárgyalásaiba a nemzeti párt memorandumának átnyújtásakor már a horvát kormány és az úniós párt is bekapcsolódott. A kormányt és a horvát viszonyokkal ismerős néhány magasrangú funkcionáriust, így Mollináry és Rosenzweig tábornokokat, Mihalović érseket, maga Lónyay kérte fel véleménynyilvánításra.³³ Megjelent azonban Bécsben az úniós párt központi bizottságának több tagja is, főleg Rauch közvetlen környezetébe tartozók, hogy a nemzetiek eredményét ellensúlyozzák. Fellépésükben mindenekelőtt a volt bánnak kezét kell keresni, ki állítólag Andrassy segítségét is fel akarta használni arra, hogy Lónyay tervét keresztülhúzza és a nemzetiekkel való értekezéseket lehetetlenné tegye. Az unionisták tevékenysége kettős volt: míg egyesek közülük, elsősorban Vakanović, Mikšić, Krcivoj, Bécsben egy emlékiratban a horvát viszonyok rendezésére vonatkozó javaslatokat foglalták össze, addig Hervoić Pesten, a Deák-pártban igyekezett hangulatot teremteni tervük mellett. Lónyaytól a nemzetiekkel való szakítást kívánták. Mikor a miniszterelnök biztosítékot kért arra nézve, hogy a szakítás és a tartománygyűlés feloszlása után az új választáson többségbe kerülnek, egy munkatervet, az említett memorandumot nyújtották át. Ebben hat hónapot kértek a párt konszolidálására és ezalatt a horvát kormány vezetésében, valamint a zágrábi érsek személyében céljaiknak megfelelő változtatások eszközölését. A párt megerősítéséhez szükséges tényezők között különbséget tettek erkölcsi és anyagi szempontból. A morális tényező volna az ellenzéki hivatalnokok elbocsátása, az ellenzéki sajtó elnyomása, elsősorban pedig a szeptemberi kiáltvány aláíróinak, 54 nemzeti párti képviselőnek vád alá helyezése. Az anyagi eszközök sorában a párt újjászervezéséhez nélkülözhetetlen pénzüsszegen kívül a közvéleményt megnyerő anyagi természetű beruházások szerepeltek. Lónyay ilyen terveket, melyeknek nagy részét már novemberben ismerte, nem támogattott, mindamellett az emlék-

³² A teljes szöveg: Pesti Napló, 1872. jan. 28.

³³ Mt. jkv. 1872:1.

iratot a nemzeti párt memorandumával a minisztertanács elé bocsátotta.³⁴

A január 4-i minisztertanácsban Lónyay beszámolt eddigi tárgyalásairól, összefoglalván a két horvát párttal folytatott eszmecserék eredményét. Megállapította, hogy a nemzeti párt a szeptemberi manifesztumhoz képest lényeges engedményeket tett, amivel körülbelül ismét arra az álláspontra helyezkedett, amelyet 1871. szeptember 20. előtt foglalt el. Az emlékirat nagyrészt még így is elfogadhatatlan és maguk az aláírók is kijelentették, hogy megokolt kifogások elől nem zárkoznak el. A minisztertanács ezután az uralkodó kívánságára Horvátország területi integritásának és az osztályfőnökök tartománygyűlés előtti felelősségének kérését elvetette. Horvátországnak a magyar országgyűlésen való képviseltetése hosszas tanácskozás tárgya volt, melynek kapcsán Lónyay rámutatott arra a veszélyre, amit a határörvidéki képviselőkkel együtt körülbelül 50 követnek, mint tömör pártnak, a magyar országgyűlésen megjelenése rejt magában. A magyar parlamenti erőviszonyokat tekintve, mindenkor fennforoghatott annak lehetősége, hogy a párt döntő szerephez jut és a szerint, hogy kihez csatlakozik, a mérleget a kormány, vagy az ellenzék javára billentheti. A tényleges képviseltetési mód, a tartománygyűlésen történő választás szerint a horvát kisebbség véleménye a magyar országgyűlésen soha sem juthatott kifejezésre, helyesebbnek tartotta volna tehát a közös követeket megynként, vagy egyes kerületekben közvetlenül választatni. Az átalányrendszer megszüntetése elől a kormányelnök nem zárkozott el, mert számítása szerint fenntartása főként Magyarországra hátrányos, ép így megengedhetőnek tartotta, hogy a bán közjogi állásának felülvizsgálása s az 1868.-i törvény 50. §-ának a 44. és 45. §-okkal való összhangba hozatala kilátásba helyeztessék. A minisztertanács résztvevői előtt nem szorult bizonyításra, hogy a nemzeti párttal ezen irányelvek szerint csak hosszas tárgyalások árán, minden bizonnyal a tartománygyűlés megnyitására kitűzött terminus után lehetne megegyezni, már pedig a tartománygyűlésen az úniós párt egyedül nem lesz képes megbízható támaszt nyújtani a kormánynak; a tartománygyűlés így könnyen a nemzetiek irányítása alá kerülhetett, amit nem volt szabad megkockáztatni. E nehéz helyzetben Lónyay egyedüli kiutat a két párt fúziójában látott, ami azonban elvi alapon nem volt elképzelhető. A nemzeti pártot engedmények árán rá kellett volna venni arra, hogy 18 mandátumot az úniósoknak ad-

³⁴ Az úniósokra sok részletet említ a csak szigorú kritikával használható röpirat: A. Sinković: Kroatien auf der Marterbank. Pest, 1872.

jon át, miáltal a virilista szavazatok beszámításával a kormány ideig-
óráig, legalábbis a magyar országgyűlési követek megválasztásáig többség-
hez jutott volna. Szinte megmagyarázhatatlan optimizmusról, sőt a hely-
zet fel nem ismeréséről tesz tanuságot, hogy az adott esetben Lónyay a
nemzeti párt részéről ilyen amputációt fel mert tételezni. Várakozásában
természetesen súlyosan csalódnia kellett, elgondolását azonban mentheti
az a körülmény, hogy minden más megoldás még ennél is kevesebb siker-
rel bíztatott. Egyébként a minisztertanács egyöntetűen a fúzióban és pár-
tokon felüli kormányzásban látta a kibontakozást, bár ezen követelmény
megvalósításához vezető utat senki sem tudott ajánlani, amint az előz-
mények gondos mérlegelése és a működő erők nyugodt vizsgálata rögtön
elárulta volna, hogy ilyen elképzelés az irreálisok világába tartozik. A
valósággal inkább számolt az uralkodónak a tanácskozás eredményét ösz-
szefoglaló döntése: mindenképen meg kell akadályozni, hogy a horvát tar-
tománygyűlésből a magyar országgyűlésbe ellenzéki képviselők jussanak;
ebből a célból meg kell kísérelni a nemzeti párttal a kiegyezést, mert az
úniósok egyedül nem nyújtanak biztosítékot, e kompromisszumnak vilá-
gos és pontos stipulációkat kell tartalmaznia, hogy a horvát kormány ne
kerüljön teljesen a nemzetiek kezébe; ha pedig ezen tárgyalások nem ve-
zetnének eredményre, minden törvényes eszközt meg kell ragadni, hogy
a tartománygyűlés a közös kormány iránt barátságos érülettel viseltető
követeket válasszon. Ezzel az uralkodó a tartománygyűlés felosztatásához
is belegyezését adta.³⁵

A minisztertanács után Lónyay mindent megtett, hogy javaslatát el-
fogadtassa, a fúzióra azonban a nemzeti párt nem volt hajlandó ráállni.
Lónyay igyekezett megértetni, hogy a magyar kormány évtizedes barátait,
az úniósokat nem ejtethi el egyik napról a másikra, és létérdeke fűződik
ahhoz is, hogy a magyar országgyűlésbe kormánypárti képviselők kerül-
jenek. A nemzetiek mereven elzárkóztak e javaslatok elől és az úniósokat
általában nem is egyezkedésre képes politikai pártként, hanem nemzetel-
lenes alakulásként jellemezték. Lónyay ekkor felajánlott két osztályfőnöki
állást a nemzeti pártnak és a báni méltóságra a pártok harcán felül álló
személyt ígért. Felvetette Strossmayer zágrábi érsekségének lehetőségét
is és igen elismerően nyilatkozott a nemzeti pártról és tagjairól. Végül
azonban, mikor a párt mindezen kívánságait és ajánlatát elhárította,

³⁵ Mt. jkv. 1872:1.

őszintén megjegyezte, hogy „a szélsőséges únionistákat nem tudja maga sem rájuk kényszeríteni”.³⁶

A bécsi tárgyalások Lónyay szempontjából nem vezettek eredményre. Megismerte a két horvát párt álláspontját és a köztük levő áthidalhatatlan úrt, de kevésbé tudott betekintést nyerni taktikájukba. Az únios párt súlytalanságát hamar átlátva, inkább eredeti terve szerint a nemzetiek megnyerésén fáradozott. Elkövette azonban azt a hibát, hogy saját helyzetét minden tartózkodás nélkül felfedte és ugyanekkor nem vette észre, hogy a horvátokat csak egy cél vezeti: a fennálló erőviszonyok érintetlenül hagyásával lehetővé akarják tenni a tartománygyűlési tárgyalásokat. Sikert csak egy szempontból ért el. Előzékeny, nyílt, férfias viselkedésével a horvátok bizalmatlanságát jórészt eloszlatta, s a tárgyalások alatt az egymásnak szegezett érvek méltánylása, a szembenálló felek egyre növekvő megbecsülése reményt nyújtott a jövőre nézve. Hogy e remények rövid időn belül teljesen szét fognak oszlani, azt Lónyay csak sejthette, a dolgok alakulásán változtatni nem áll módjában.

Megakadályozta ebben egyrészt a bécsi tárgyalások hosszadalmasága, mert az idő előrehaladtával egyéb teendői Pestre hívták, de gátolta a Deák-párt közbelépése is. A pártban ugyanis a horvát úniosok befolyása érvényesíteni kezdte hatását, amennyiben egyre hangosabban nyilvánult Lónyay bécsi alkudozásaival szemben az elégedetlenség. Állítólag maga Deák is ingerülten kérdezte volna, hogy kitől kapott Lónyay e tárgyalásokra megbízást. A pártban amúgy sem népszerű miniszterelnöknek számolnia kellett a vele szemben megnyilatkozó hangulattal, amely lassan már a sajtóban is kifejezésre jutott.³⁷ Csak a Lónyayhoz legközelebb álló Reform helyeselte fenntartás nélkül a bécsi tárgyalásokat. A Pesti Napló már egészen más hangnemben írt. Így például január 2.-iki számában helytadott e kijelentésnek: „Nincs semmi helye magánjellegű pourparlernek s az alkotmány prestigejét nem igen növeli az, ha az alkotmányos sarkkérdések körül, melyek csak az imént oldattak meg, minduntalan ismét megengedhetjük a vitát.” Összevetve e sorokat, Deáknak nem leplezett rosszalását s a pártnak az úniosok iránt kimutatható rokonszenvét azzal a körülménnyel, hogy Lónyay a tárgyalásokról állandóan értesítette az uralkodót és minden lépését a király jóváhagyásával fedezte, megvilágosodik a miniszterelnök nehéz helyzete. Ő csak az uralkodó bizalmából

³⁶ Šišić: i. m. 153—155. l.

³⁷ Šišić: i. m. 156. l. és Sinković: i. m. 51. l.

állt a magyar kormány élén, a többségi pártot nem sikerült politikája, még kevésbé személye számára megnyernie.

Lónyay az eléje tornyosuló nehézségek ellenére is tovább haladt a már megkezdett úton. 1872. január 8-án a magyar minisztertanácsban kitérve a horvát kérdésre, határozottan körvonalazta álláspontját. A magyar kormány érdekében áll, hogy a horvát kedélyek megnyugodjanak. A horvát ellenzék követelésével kapcsolatban azonban nem szabad figyelmen kívül hagyni az országgyűlés pártalakulását és tekintettel kell lenni az úniós pártra is, amelyet hosszú kitartása miatt, bár az utolsó időkben nem sok jelét adta tevékenységének, mellőzni nem lehet. Ha az ellenzék a kormány ezen szempontjait méltányolja és e méltánylatát a fúzióban, valamint abban juttatná kifejezésre, hogy Magyarországra legalább fele részben úniósokat küld, nem zárkózik el az 1868.-i kiegyezés revíziója elől. „A módosítást, ha az a birodalom és Szent István koronája létkérdésével ellenkezésben nem állandó Horvátország részéről kellően indokoltan kívántatik, nemcsak megengedhetőnek, de avégből, hogy Horvátországban béke és nyugalom álljon helyre s a rendes adminisztráció lehetségesé tétessék, kívánatosnak tartja.” Ha azonban javaslatait az ellenzék nem fogadja el, kénytelen a tartománygyűlés feloszlásától várni a helyzet tisztulását. Minthogy a nemzeti párt bécsi képviselői kívánságai iránt megértést tanúsítottak és megígérték, hogy Zágrábban a megegyezés érdekében fognak közreműködni, egy, a kormány bizalmát élvező, az ottani viszonyokkal ismerős, pártokon felül álló megbízott révén most már a teljes nemzeti párttal akarja Zágrábban a tárgyalásokat folytatni. E feladatra előbb Erdődy Sándor grófot szemelte ki, később mégis Pejachevich Péter horvát miniszternek adta a megbízást. Pejachevichnek a tartománygyűlés összejövetelekor, de még a megalakulás előtt tárgyalnia kell a két párttal, hogy bizonyosságot szerezzen a felől, hogy a bécsi szóbeli megbeszélések alkalmából kifejtett magyar kívánság szerint tétetett-e lépés a két párt fúziójára és van-e remény eredményre. Eredményt Lónyay elsősorban Mrzovićtól várt, ki aránylag a legközelebb állt a magyar felfogáshoz. Mrzovićnak kellett volna a nemzeti pártot a fúzióra rávenni, míg az úniós pártban Pejachevich Lászlót kérte ugyanilyen irányú működésre. Pejachevich Péternek tehát legelőször Mrzovićsal és Pejachevich Lászlóval kell összeköttetésbe lépnie. Ez volt Lónyay terve egy héttel a horvát tartománygyűlés megnyitása előtt.³⁸

³⁸ Mt. jkv. 1872:2. és Meln. 1872:60. és 84.

A nemzeti párt bécsi kiküldöttei visszatérve beszámoltak tárgyalásaikról. A párt a bécsi memorandumot Makanec és néhány társának kivételével egyhangúan helyeselte, a leghatározottabban elvetve egyúttal a fúzió és az úniósok megválasztásának gondolatát. A párt célja az volt, hogy megnyissa az utat a tartománygyűlésbe és ezt a bécsi tárgyalásokkal elértnek hitték.³⁹ Strossmayer hívei minden további tárgyalást a tartománygyűlés keretén belül szándékoztak folytatni, bizva abban a kiegyenlíthetetlen túlsúlyban, amelyet a nemzeti párt itt élvezett. Mrazović és Krestić azonban Strossmayer és Račkival szemben sokkal rugalmasabb politikát akartak folytatni és nem szakították meg a bizalmas tárgyalások fonalát. Így történhetett, hogy Lónyay január 14-én Mérey Károly nyugalmazott somogyi főispántól, aki rendszeren horvátországi birtokán szokott tartózkodni, egy 15 pontból álló tervezetet kapott, amelynek alapján a nemzetiek állítólag elfogadnák az únió-törvényt és a fúziót. E tervezet, melyet Lónyay még 14-én a minisztertanáccsal tüzetes boncolás alá vett, elismeri az 1868-as kiegyezést, de minthogy három évi tapasztalat azt bizonyítja, hogy egyes pontjaiban nem kielégítő és gyakorlatiatlan, más rendelkezései pedig a horvát nemzet szabad fejlődésére nyomasztóak és gátló hatásúak, módosítását kéri. A tervezet szerint Horvátország fenntartja minden igényét a horvát-szlavon-dalmát királyság integritása tekintetében és a Határőrvidék polgárosítását három éven belül kívánja. A közjogi viszonyban szorgalmazott változtatásai főként a horvát miniszternek a tartománygyűlés előtti felelősségére s a báni méltóságnak régi hatáskörrel való visszaállítására, nemkülönben katonai személlyel való betölthetésére irányulnak. A pénzügyek új rendezését, a magyar országgyűlésen való képviseltetés terén a horvát érdekek fokozott szem előtt tartását szintén hangsúlyozza. A minisztertanács állásfoglalása e tervezettel szemben egy pontban változást mutat az eddigi magyar felfogáshoz képest. Hajlandó a horvát miniszter állását megszüntetni s helyette, hogy a magyar kormány is értesíttessék a horvát ügyekről és a kormány egysége által megkívánt harmonikus eljárás biztosítva legyen, a horvát törvényjavaslatokat és a végrehajtást illető fontosabb felterjesztéseket a magyar miniszterelnök, egyéb ügyeket Őfelsége személye körüli miniszter juttatna az uralkodó elé. A pénzügyek elkülönítését sem ellenzi a kormány, ha kellő biztosítékot kap arra nézve, hogy Horvátország az önálló pénzügyek mellett is meg tudja fizetni a quotához, államadósságokhoz és a csak magyar-horvát

³⁹ Šišić: i. m. 156—157. l.

közös költségekhez a ráeső hányadot, így Magyarországot nem éri károsodás. Egyébként a tervezet többi javaslatait részben politikai okból, részben azért, mert a döntés közvetlenül az uralkodó elé tartozik, a minisztertanács kénytelen volt elutasítani.⁴⁰

A magyar kormánynak e tervezetre adott véleményéről Pejachevich Péter 16-án értesítette Mrazovičot és közölte Lónyayval a bécsi tárgyalások folytatására vonatkozó szándékát. E válasz azonban a horvát nemzetiek közül még a magyar állásponthoz legközelebb állókat sem elégítette ki. Kevésnek tartották azt az engedményt, amelyet Lónyay a nézetek immár többszörös kicserélése után kilátásba helyezett és a tartománygyűlés megnyitásával több eredményt vártak a kormánnyal folytatott közvetlen tárgyalásoknál az egységes fellépéstől. Nehogy elébe vágjanak az eseményeknek, Pejachevich Péter közvetítését pár napig felelet nélkül akarták hagyni, remélvén, hogy a tartománygyűlésen elért sikerek később lényegesen meg fogják könnyíteni helyzetüket.⁴¹

A tartománygyűlést január 15-én nyitották meg. A nemzeti párti képviselők jelentős többségben voltak, vitás kérdésekben a kormánypárt virilista szavazataival megerősítve sem számíthatott győzelemre.⁴² Lónyay Pejachevich Péter útján az ülések kétheti elnapolását kérte, hogy ez alatt a fűziót tető alá lehessen hozni, de a nemzeti párt, a biztos győzelmet kezében érezve, a tartománygyűlési munkát nem szakította meg. Megválasztotta az elnököt Mažuranić személyében s a tisztikart, végzett a verifikációs tárgyalásokkal és a közös országgyűlésre küldendő követek választásához készült. A vezetés teljesen kisiklott a kormány kezéből. Bedekovich bán 31 nemzetipárti képviselőnek a magyar országgyűlésbe való bevonulását csak akként tudta megakadályozni, hogy 19-én a már kezdettől fogva nála levő királyi kéziratral a tartománygyűlést feloszlatta. E január 11-én kelt kéziratban a király elégedetlenségét fejezte ki a tartománygyűlés munkájával szemben; azt várta, hogy „a horvát-szlavon és a magyar királyságok közti államjogi viszonyt rendező és más módon, mint amelyen keletkezett, meg nem változtatható állami alaptörvény alapján igyekezni fog az élénken felvirágzott nemzeti életet elősegíteni”, működése azonban a hasznos belső reformok teréről más irányba csapott át, úgyhogy tevékenységétől üdvös eredmény nem várható.⁴³ A nemzeti párt az utolsó napokban már gyanította a feloszlatást, csak azt nem tudta, hogy milyen

⁴⁰ Mt. jkv. 1872:5.

⁴¹ Reform, 1872. jan. 25. és Pesti Napló, 1872. jan. 26.

⁴² Horvát: i. m. 284. l.

alkalommal fog bekövetkezni; el volt tehát szánva rá és aránylag elég egykedvűen fogadta. Jóllehet meg voltak győződve, hogy az úniósok kényszerítették e lépésre a kormányt, Lónyay iránti bizalmuk mégis nagy mértékben csökkent. A magyar közvélemény természetesnek, sőt szükségesnek találta a felosztatást; szerinte a horvát nemzeti pártban a mérsékeltbb elemek, Mrazović és köre felett túlsúlyra jutott a Makanec-féle szélsőséges tábor és ez az eltolódás annál kevésbbé tűrhető, mert nem fedi a horvát nép véleményét. A Pesti Napló szerint a többség a klérus és a legvadabb agitáció hatása alatt jött létre még a Hohenwart-féle törekvések légkörében, nem felel meg a horvátság jelenlegi nyugodtabb hangulatának, meg kell tehát ismét kérdezni a népet. A Reform szintén a bécsi kiküldötteknek a túlzók által való dezavualásáról, a Lónyay-féle „alku és fúzió a pártok között, módosítás a törvényben” tételnek cserbenhagyásáról írt. Ilyen körülmények között szerintük leghelyesebb a felosztatás.⁴⁴

A felosztatás után mindkét horvát párt új feladatok előtt állt, mert egy minden valószínűség szerint heves választási harcot kellett előkészíteniük. A nemzeti párt a választás vezetésére központi bizottság szervezését határozta el és elszánta magát a legélesebb agitációra, amelynek során fontos feladatot juttatott az eszméihez mindig hű papságnak. Számolt azzal, hogy a kormány esetleg erőszakos, korrupt eszközök igénybevételével igyekszik sorait gyengíteni s ennek kellő ellensúlyozása volt legnagyobb gondja.⁴⁵ Az úniósok választási küzdelmét a bánnak kellett volna vezetni. Bedekovich az eddigi képviselőkkel a főispánok és egyes megyei tisztviselők bevonásával értekezletet tartott, amelyben elhatározták, hogy a párt a városi választókerületek mellett a vidéki választók megnyerésére is súlyt fog helyezni. A sikeres munka érdekében a legelső teendőnek tartották a párt belső átszervezését és a pártsajtó támogatását.⁴⁶ Lónyay azonban még a választások előtt egy utolsó kísérletet tett a békés meg egyezésre. Bedekovich lépését, a tartománygyűlés felosztatását, kissé elhamarkodottnak ítélte és nem tudta helyeselni, újból fel akarta venni a tárgyalások elejtett fonalát. Alapul a Mérey-féle pontozat szolgált volna, amelyre a magyar kormány észrevételeit már megtette s hogy alkalmat adjon a horvátoknak erre vonatkozó nézeteik kifejtésére, január végére

⁴³ Reform, 1872. jan. 19.

⁴⁴ Pesti Napló, 1872. jan. 20. és Reform, 1872. jan. 19.

⁴⁵ Šišić: i. m. 157. l.

⁴⁶ Reform, 1872. jan. 25.

ismét közvetlen megbeszéléseket ajánlott.⁴⁷ A nehéz választások előtt a nemzeti párt a miniszterelnök ajánlatát elfogadta, képviseltetésére tizenkéttagú bizottságot küldött ki, amelyből egy négytagú, Mihalović, Mrazović, Krestić és Vončinából álló szűkebb bizottság január 31-től kezdve Lónyayval és Kerkápolyi pénzügyminiszterrel több ízben megvitatta a kérdés egész anyagát. A tanácskozások két tárgy körül folytak: az 1868.-i kiegyezés módosításáról, továbbá a horvát pártok közt fennálló éles ellentét tompításáról és ezzel összefüggésben a kormányban létesítendő személyi változtatásokról. Lónyay a kiegyezés revíziója tekintetében ismét közeledett a horvát állásponthoz. Elvileg elfogadta a pénzügyek szétválasztását, a kivitel módozatainak megállapítását a törvény módosítását majd véglegesen végző országgyűlési deputációnak hagyva fenn. Beleegyezett a horvát miniszteri állás megszüntetésébe olyan feltétellel, hogy a törvényjavaslatokat és végrehajtási rendeletek tervezetét a magyar miniszterelnök, kinevezési, nyugdíjazási és kegyelmi ügydarabokat pedig Öfelsége személye körüli miniszter terjesztik fel, külön horvát osztályaik útján az uralkodóhoz, hogy ezáltal a magyar kormány kapcsolata a horvát autonómiával mégis fenntartassék. Eltekintett attól a kívánságtól, hogy a közös képviselőket közvetlenül válasszák, abban a reményben, hogy a kérdés lényegét a pártok kiengesztelődésével kapcsolatban el lehet intézni. A nemzeti párt azonban a fúzióról, vagy egyes kerületeknek a kormánypárt részére való átengedéséről hallani sem akart, csupán annyit ígért meg, hogy az esetleg megválasztott úniósok és behívott virilisták közül hajlandó egyeseket a magyar országgyűlésbe felküldeni. A kormányhivatalok betöltésénél elsősorban nemzeti bánt kívánt.⁴⁸

Általában a párt javaslataiban a tárgyalások folyamán az elvi célkitűzések lassan elhomályosultak és a gyakorlati követelésekre szállott át a hangsúly. Lépésről lépésre haladva sikerült Lónyayt több lényeges pontban olyan változtatásokra rávenni, amelyek mind a horvát autonómia nyereségét jelentették. Azáltal, hogy az uralkodóhoz intézett horvát felterjesztéseket a magyar minisztériumok változatlanul továbbítják, a nélkül, hogy megvolna a horvát miniszter számára még biztosított azon joguk, hogyha ezen felterjesztésekben az ország érdekét sértve látják, saját különvéleményüket is mellékelhessék, valamint a bánon kívül a három osztályfőnöknek is tartománygyűlés előtti felelőssége által, a magyar kor-

⁴⁷ Mt. jkv. 1872:8.

⁴⁸ E tárgyalások jegyzőkönyve mellékelve az 1872. febr. 3.-i magyar minisztertanács jegyzőkönyvéhez. Šišić: i. m. 157—159. l.

mánynak a horvát autonómiára szinte minden befolyása megszakadt s a Horvátországban történekről csupán tudomást szerezhett. Ugyanilyen következményekkel járt volna a pénzügyek elválasztása, amellyel összefüggésben a horvátok még a közös költségekhez való hozzájárulásuk arányának csökkentését is el akarták érni. A közös ügyek körét is szűkebbre vonták volna azzal, hogy a horvát utak és vasutak engedélyezését, illetőleg építését az autonómia elé utalták. Mindezen engedmények fejében Lónyaynak be kellett érni azzal az ígérettel, hogy a horvát képviselők a magyar kormányt az országgyűlésen feltétlenül minden kérdésben támogatni fogják, amely ígéretnek azonban semmiféle biztosítékát nem adták. Lónyay az alkudozásoknak ezen számára kedvezőtlen alakulása ellenére sem adta fel a végső, mindkét felet kielégítő megoldás reményét. A február 3.-i minisztertanácson, amelyben a résztvevők több kérdésben nem mulasztották el aggodalmukat kifejezni a tett engedmények esetleges káros következménye miatt, megmaradt eddig képviselt álláspontja mellett; szívosan ragaszkodott ahhoz a felfogásához, hogy a Horvátországban fennálló viszásságokat a kormánynak okvetlenül, még koncessziók árán is, meg kell szüntetnie. Ebben a törekvésében a fennálló törvények szellemének megfelelően akart eljárni és Magyarországnak társországaihoz fűződő kapcsolatát semmikép sem kívánta gyengíteni. Minthogy a horvát nemzeti párt a horvát közvélemény nagy részét képviselte, méltányos figyelemben kellett részesíteni, minden lehetőséget megragadván egyúttal arra, hogy az 1871. szeptember 20.-i álláspontjáról az úniós törvények felé közeledjék. A minisztertanács végül a megbékülés érdekében a vázolt módosítások eszközlésébe beleegyezett és a miniszterelnököt a szükséges intézkedések tételére felhatalmazta. Lónyay ennek megfelelően utasította a bánt és a horvát minisztert, hogy a választások kiírására és a tartománygyűlés összehívására előterjesztést tegyenek, a nemzeti párttal pedig tudatta, hogy kéréseit a magyar kormány hivatalos tárgyalásra alkalmasnak találta és az 1868:XXX. tc. ilyen értelemben való módosítására parlamenti delegációk kiküldését tartja szükségesnek.⁴⁰

Lónyay második horvát tárgyalásának eredményességét azonban az utolsó pillanatban ismét megghiúsította a pártja. A kormánypárt és maga Deák elleneztek a magyar-horvát közjogi viszonyban beígért változtatásokat és semmi körülmények között sem tartották megengedhetőnek a nemzetieknek a kormányba való bevonását. Közbelépésükben az úniós képvi-

⁴⁰ Mt. jkv. 1872:10.

selők munkájának eredményét kell látni, akik kedvezőbb új választási eredménnyel kecsegtetve sarkalták a pártot a kormányelnök szándékának keresztülhúzására. Deáknak ezen felül alkotmányos szempontból is voltak kifogásai, mert szerinte a kérdést nem a miniszterelnök személyes kezdeményezéséből, hanem minden más tényező kikapcsolásával csak a magyar és horvát parlamenti képviselők közti tárgyalások útján lehetett elintézni. Lónyay fáradozásával tulajdonképpen ép ezt az 1868:XXX. tc. 70. §-ában előírt alkotmányos utat akarta előkészíteni, munkáját azonban a párt ellenzése szinte teljesen megsemmisítette. A Deák-párt magatartásáról személyesen értesítette a horvát képviselőket s ezzel a tárgyalások közte és a horvátok közt ismét megszakadtak.⁵⁰

Azzal, hogy Lónyaynak nem sikerült a választásra vonatkozólag a nemzetiekkel semmiféle megegyezést nyélbeütni, az úniósok jelentősége fokozódott, akik nem mulasztották el ezt a körülményt saját érdekükben kihasználni. Minden befolyásukat latbavetették, hogy a választáskor Horvátország élén olyan kormány álljon, amely maradéktalanul mellettük érvényesíti hatalmát. E tekintetben Bedekovich bán és Suhai belügyi osztályfőnök felmentésével céljukat el is érték, mert az új osztályfőnökké ki-nevezett és egyúttal a báni teendőkkel ideiglenesen megbízott eddigi zágrábi pénzügyigazgatóval, Vakanović Antallal a horvát közigazgatás legfelső vezetése olyan kézbe került, amelynek támogatására az úniós párt mindenkor feltétlenül számíthatott. Az úniósok legfőbb erőssége azonban nem is Vakanović volt, hanem a választások idejére régi aktivitását ismét visszanyert Rauch báró. Minden valószínűség szerint az ő fellépésének köszönhette a párt a kormány részéről bőven folyósított pénzbeli támogatást és tevékeny közreműködésével alakult meg az úniósok központi választási bizottsága Vakanović elnöklete és Mikšić Kálmán, későbbi zágrábi főispán alelnöklete alatt. E bizottság a közigazgatásnak a kormánypárttal való szoros együttműködését biztosította, s e kapcsolat hatása a választási harcban később állandóan megnyilvánult.⁵¹ Kiütközött több olyan főispán felmentésében, kiknek személye nem nyújtott elég biztosítékot arra, hogy a választások alatt a kormány akaratának feltétlen végrehajtói lesznek.⁵² Kifejezést nyert a választási kerületek új beosztásában is.⁵³ Majd megnehezítették, hogy ellenzéki tisztviselő szabadon követhesse meggyő-

⁵⁰ Šišić: i. m. 157—159. l.

⁵¹ Sinković: i. m. 63. l.

⁵² Šišić: i. m. 165. l.

⁵³ Šišić: i. m. 170. és 173. l.

ződését.⁵⁴ Nyilvánvaló volt, hogy a kormánypárt eszközeiben nem túlságosan válogat s a közvélemény mindeme korrupció mögött Rauch báró alakját kereste. A nemzeti párt vezeterei megdöbbenve néztek az ellenük készülõ harc elébe. Bár egy pillanatig sem szüntek meg a nép hûségében bizakodni és e téren tényleg kevés csalódás érte õket, nem minden szorongás nélkül tekintették az úniósok velük szemben táplált gyûlölködését és a nép megnyerése érdekében kifejtett agitációt, amelynek során egy-egy fontosabb szavazat megvásárlása ép úgy elfordult, mint megyei fõjegyzõ részérõl a katonaszabadítás felajánlása, stb.⁵⁵ Ilyen körülmények között hiába törekedett Vakanoviç többízben érintkezést találni a nemzeti párttal, minden alkalommal hivatkozva jó hazafi voltára; hasonlóképpen eredménytelen volt Cseh Ede küldetése is, ki Lónyay megbízásából jött Strossmayerhez, hogy a nemzeti párt legtekintélyesebb vezérét próbálja megnyerni a miniszterelnök tervének, az uralkodóval való kibékülés reményét csillogtatva. Strossmayer minden pontban azonosította magát a nemzeti párt bécsi és pesti kiküldötteivel s Lónyaynak „abszurd és értelmetlen” kívánságát, amellyel a pesti országgyûlésen való képviseltetésnek megosztását akarta elérni, elutasította.⁵⁶ Késõbb, a kormánypárt visszaéléseinek láttán kételkedni kezdett Lónyay õszinteségében. „Napról-napra jobban meggyõzõdöm arról, hogy minden, ami körülöttünk Lónyay által történik, nem más, mint csalás és ámítás” — írja egy levelében. „Egy idõre elcsitítana és megbékítene bennünket, csak hogy a választások jobban sikerüljenek.”⁵⁷ Raçki is azon a nézeten volt, hogy míg Lónyay „nem adja az eddigénél erõsebb jelét békûlékenységének, addig nem kell tárgyalásokba bocsátkozni.” A magyar miniszterelnök meg nem szûnõ kísérletezéseit a kormánypárt visszataszító eljárásával sehogy sem tudván összeegyeztetni, felette csodálkozott „azon az undorító képmutatáson, amellyel a magyar kormány Horvátországgal szemben politikáját vezeti”, „azon a kétszínû játékon, amelyet Lónyay Magyarországon és Horvátországban egyaránt üz.”⁵⁸ A választási küzdelmek Rauchék részérõl megindított elfajulása hosszú idõre megmérgezte békés tárgyalások számára a légkört és ezzel semminek sem ártott annyit, mint ép Lónyay jószándékának. A horvát kormánypárt teljesen tönkretette a magyar kormány hite-

⁵⁴ Šišić: i. m. 175. l.

⁵⁵ Šišić: i. m. 174. l.

⁵⁶ Šišić: i. m. 163—164. l.

⁵⁷ Šišić: i. m. 166. l.

⁵⁸ Šišić: i. m. 167—168. l.

lét Horvátországban, a nemzeti párt vezetői minden reményüket elvesztették a magyarokban. Strossmayer kedvező választási hírekre sem tudta elnyomni keserűségét, mikor csendes megadással írta: „Akciónk jól áll az országban, de még háromszáz kínunk lesz a magyarokkal, kiktől minket csak a bölcsesség, mérséklet és vas állhatatosság fog megszabadítani.”⁵⁹

A választás valóban annyira elszakított minden szálát a nemzeti párt és a magyarság között, hogy a nemzetiek vezetőinek egy része már ismét nem a békés együttélés, hanem a megszabadulás lehetőségét kutatta. Az ezen az úton indulók szeme előtt állandóan ott lebegett a szláv közösség gondolata és a „szláv kölcsönösség” következményeit politikai téren igyekeztek hasznosítani. A szlávság általános helyzete ilyen horvát törekvések számára akkoriban kedvezően alakult. A dualizmus elleni közös támadás összeomlása óta a horvátok kerültek az ausztriai szlávok érdeklődésének homlokterébe, a bécsi tárgyalások és a zágrábi tartománygyűlés feloszlata pedig olyan események voltak, amelyekre a birodalom határain kívül élő szlávok is felfigyeltek. Szentpétervári és belgrádi lapok szinte rokon-szenvvel írtak a nemzeti párt munkájáról és a január 19-i feloszlítás után nem fukarkodtak Magyarország és az úniósok elleni kirohanásaikkal. Az orosz hivatalos politika azonban ekkor még nem vonta be számításába a horvátokat, úgyhogy az oroszok csupán a testvéri együttérzés eszmei hangoztatásánál maradtak és buzdításuk csak szavakban nyilvánult, míg a szerb magatartásban ép a horvát kérdés konkrét formában való felvetődése idejében, 1871. közepén mélyreható változás állt be.⁶⁰

Mihály fejedelem nagyszerb politikát üzött, a hanyatló török fennhatóságot az összes balkánszlávok összefogásával akarta visszaszorítani. Eből a célból saját országában a legszigorúbb személyes abszolutizmust építette ki, szinte semmiből életre hívott 150.000 főből álló hadsereget, szövetséget kötött Montenegróval, Görögországgal és Romániával. Tervében a krími háború után meggyengült orosz befolyás alig zavarta, a törökbarát Monarchia ellensúlyozó hatását pedig kevésbé érezte. 1867-től fogva a nyugati veszteségeiért a Balkánon kárpótlást kereső Ausztria a török birodalomban élő keresztények védőjeként lépett fel s így bizonyos mértékben politikája párhuzamosan haladt Szerbiáéval, úgyhogy Mihály a szerb erősségeket a megszálló töröktől megtisztító munkája során az utolsó erődök kiürítése alkalmával, 1867-ben már Bécs támogatását érez-

⁵⁹ Šišić: i. m. 161. l.

⁶⁰ Lapszemle a Reform 1872. febr. 9.-i számában.

hette. Mihály 1868. június 11-i meggyilkolása után nem sokban változott a helyzet. Oroszországot az önálló szerb politika miatti Szerbia-ellenes érzelmek Montenegro pártolásához vezették, olyannyira, hogy Mihály halála után lépéseket tett Nikitának a szerb trónra ültetése érdekében s mikor e tervét nem tudta keresztülvinni, a tizennégyéves Milán helyett kormányzó régensek reformjait igyekezett mindenképpen, elsősorban konstantinápolyi követe által elgáncsolni. Az állandóan Oroszország és a Monarchia között öröklődő Szerbia politikája Milán első éveiben oroszellenes volt, míg Ausztriával szembeni magatartása korrektnek mondható.⁶¹ A szerb kormány ezen állásfoglalását azonban nem helyeselte a közvélemény. Az oroszország iránti testvéri érzés és tisztelet, a benne való reménykedés sosem veszett ki a népből, míg a Monarchia iránt ugyanekkor nem volt más érzése, mint a gyűlölet.⁶² A magyarországi szerbség Mihály alatt magára hagyatva, szintén minden befolyását a hivatalos Szerbia ellen érvényesítette.⁶³ A szerb kormány politikájában azonban csak lassan vált érezhetővé a főleg Ristić által képviselt Monarchia-ellenes áramlat. 1870-ben Miletić még igen hűvös fogadtatásban részesült Belgrádban és magyarországi működése nem nyert elismerést.⁶⁴ A cattaroi zendülés alkalmával a cseh közvélemény meleg szimpátiával tüntetett a felkelők mellett, Moszkvában társadalmi úton gyűjtést akartak rendezni számukra, a magyarországi szerbség lapjai, a Zatočnik és Zastava nagy feltűnést keltő cikkekben írtak az eseményről, csak a hivatalos Szerbia volt tartózkodó, letompítva a szávántúli szerbségnek a szláv testvér melletti hangulatát és megőrizvén semlegességét.⁶⁵ Ristićet azonban egyre erősebb kötelékek fűzték Oroszországhoz. Szükséges volt Szerbia Oroszországhoz való közeledése, hogy Montenegro orosz felkarolásának veszélyét kivédje; 1871. után pedig, mikor Oroszország a porosz-francia háborút kihasználva, az 1856-i békének a Fekete-tenger semlegességét kimondó rendelkezését magára nézve érvénytelennek jelentette ki és ezzel befolyása ismét teljes súlyával nehezedett a Balkánra, a szerb politikának feltétlenül alkalmazkodni

⁶¹ H. Wendel: Der Kampf der Südslawen um Freiheit und Einheit. Frankfurt am Main, 1925. 307. és köv. l., C. Sax: Geschichte des Machtverfalls der Türkei. Wien, 1908., H. Wendel: Südsl. Silhouetten. 71. és köv. l.

⁶² Wien. Staatsarchiv. Politisches Archiv, Berichte aus Belgrad, (A következőkben: B. aus Belgr.) 1871:17. és 28.

⁶³ B. aus Belgr. 1871:3. és 17.

⁶⁴ B. aus Belgr. 1870:16.

⁶⁵ Politisches Archiv, Varia de Turquie, 1870.

kellett a megváltozott viszonyokhoz.⁶⁶ Nem maradhatott hatás nélkül Oroszországnak a török belügyekben elért feltűnő térhódítása sem, amelynek első eredménye a bolgár egyházi kérdésben hamarosan mutatkozott.⁶⁷ Mindezek mellett teljes bizonyossággal számítani lehetett azzal, hogy a Monarchia politikájának súlypontja az 1871.-i porosz győzelem után át fog tolódni délkelet felé és itt előreláthatóan keresztezni fogja Szerbia törekvéseit. Teljesen érthető tehát Szerbia részéről az 1871. első felében jelentkező állásváltoztatás, midőn elsősorban Ristić hatása alatt a Monarchiától elfordulva Oroszországnál kereste a szerb érdekek biztosítását.

Ennek a fordulatnak következménye gyorsan kiütközött a szerb-horvát viszony alakulásában. Szerbia 1871. őszéig, amint a magyarországi szerbek törekvéseit sem támogatta, a horvát kérdéstől is távol tartotta magát. A szerb kormány 1871. utolsó hónapjában kapcsolódott a horvát ügyekbe, s midőn decemberben a nemzeti párt képviselői Bécsben Lónyayval tárgyaltak, kiküldte egy Tomićić nevű, a belgrádi sajtóhivatalban alkalmazott, dalmát származású megbízottját, aki kormányának azt a tanácsát tolmácsolta a horvátok előtt, hogy Horvátország politikai és jogi helyzetét illető kérdésekben ne legyenek engedékenyek a magyarokkal szemben, csupán gazdasági tekintetben lenne szükséges megegyezésre jutniok, mert Horvátország ezen a téren Magyarországtól függ. Bár e szerb közbelépés akkoriban a horvát célkitűzésekre hatástalan volt, sokat elárul Szerbia Magyarországgal szembeni magatartásából. A horvát tartománygyűlés felosztatását ismét felhasználta a szerb kormány a horvátok befolyásolására. Ez alkalommal is Tomićićot bízta meg azzal a feladattal, hogy a megegyezés elleni bujtogatással a horvátok Magyarországgal való együttműködését lehetetlenné tegye.⁶⁸ Január végére a Monarchia belgrádi követe már világosan megállapíthatta, hogy a szerb kormány szívesen látná a horvát zavarok növekedését, sőt ezt a maga részéről igyekezni fog előmozdítani.⁶⁹ Jó alkalmul kínálkozott e céljához a választást megelőző agitáció, amit valóban nem is hagyott kiaknázatlanul. Belgrádban még február közepén a szerb kormány és egyes horvát képviselők között bizalmas megbeszélések folytak, amelyek során megállapodtak a választásokban a szerb kormány részéről kifejtendő tevékenységben, Szerbia anyagi támogatásában és kidolgoztak a nemzeti párt számára egy prog-

⁶⁶ Wendel: i. m. 525. l.

⁶⁷ Sax: i. m.

⁶⁸ B. aus Belgr. 1871:29. és lb. 1872:70.

⁶⁹ Kállay jelentése 1872. jan. 25-én és Mollinárýe jan. 23-án. lb. 1872:23.

rammot, amely a magyarokkal való kiegyezést természetesen elvetette.⁷⁰ Mindamellet a következő időkben semmi nyoma sem látszott annak, hogy e megállapodás értelmében Horvátországban a szerb politika jelentősebb tért hódított volna s legkevesbbé a nemzeti párt hivatalos magatartásában mutatható ki ilyen irányú változás. Több következménnyel járt a Miletic vezetése alatt álló magyarországi szerbségnek együttműködése a választások alatt a nemzeti párttal, mert ezáltal a két testvérnép Magyarországon közös táborban vette fel a harcot a magyarság ellen.⁷¹

A horvát politikai törekvések és a szerb aspirációk közt füződő szálak nem maradtak rejtve a felelős magyar tényezők előtt s a magyar kormány egy februári minisztertanácsán beható megvitatás alá kerültek. Lónyay e horvát-szerb kapcsolatoknak nem tulajdonított különösebb jelentőséget. Részletesebben foglalkozott a kérdéssel Kerkápolyi. Szerinte az a vád, hogy a horvátok a délszláv birodalom eszméjéért rajonganak, bírhat valami alappal, de jelenlegi elégedetlenségük nem ebből táplálkozik; a nemzeti párt elismeri a magyar korona országainak összetartozandóságát és kész az úniót elfogadni, elszakadást tehát nem kíván, hanem a horvát nemzeti önállóságot akarja fejleszteni és ha ezt fenyegetve látja, védekezik minden támadás ellen, még a magyar kormánnyal szemben is, bár bizalmatlanságra nincs ok és remélhető, hogy idő multával a fennálló különbségek tisztázódnak. „A nemzetek lehetnek koronként az általuk követett irányokra nézve tévedésben, de ezen tévedés nem tartós s később rá szoktak jönni a helyes útra. Így vannak a horvátok is, kiknek sokkal több okuk volna tartani a szerbektől, kikkel mint a délszláv szupremácia tekintetében versenytársukkal elsősorban számolniuk kellene.” Szerbia valószínűleg azért néz „kancsal szemmel” a kiegyezés elé, mert ezzel Horvátország megnyugodnék s megszűnne a horvát elégedetlenségre is építő szerb tervek előmozdítója lenni, és kevésbbé azért, hogy ezáltal a Monarchia belső erejét gyengítse. Pauler a szerbek és horvátok iránt egyaránt bizalmatlansággal viseltetett, a horvátokhoz való közeledésben óvatosságot ajánlt, nehogy az adott engedményekkel a horvátok Magyarország kárára visszaéljenek. Hasonlókép vélekedtek Bittó, Tisza és Tóth, nemkülönben Szlávy is, ki a horvát kormánynak a nemzeti párt kezébe adását már e szempontból sem tartotta megengedhetőnek.⁷²

⁷⁰ B. aus Belgr. 1872:15.

⁷¹ Ib. 1871:1004.

⁷² Mt. jkv. 1872:10.

A horvát nemzetiek a magyar kormány és pártja ellen 1872. tavaszán folyt választási harcukban, végső céljuk tekintetében nem léptek ki az új-illirizmus délszláv birodalmának határai közül, e cél megvalósításának érdekében azonban nem utasították vissza azokat az eszközöket, melyekhez a pánszláv kapcsolatok révén juthattak. Magának a pánszláv eszmének kevés híve volt soraikban, de az általa kínálgató lehetőségeket saját eltérő céljaik érdekében szívesen felhasználták. Ilyen vonatkozásban nem egy alkalommal érintkeztek a Monarchia határán kívül és belül élő szlávokkal, és ezeknek a már nem is egészen veszélytelen összeköttetéseknek világába nyújt bepillantást a maga korában sok port felvert promemoriák üggye.

1872. március 21-én Škrejšovsky és Oliva Zágrábban bizalmas megbeszéléseket folytattak a horvát nemzeti párt vezetésével. A bécsi külügyminisztérium e tárgyalásokról csak annyit tudott megállapítani, hogy a csehek utazása egy délszláv bank alapításával van összefüggésben, március 25-én azonban megérkezett Vakanović távirata, amely szerint Škrejšovsky és társa befolyásos cseh politikusok megbízásából keresték fel a horvátokat és egy a birodalom ellen irányuló akció részleteit beszélték meg. E tanácskozások eredményeként elhatározták, hogy egy háromtagú horvát küldöttség Prágába utazik, más hármuk pedig Turinban Kossuth Lajost keresi fel, hogy őt ezen Monarchia-ellenes tervüknek megnyerjék s hazatérésre bírják. A külügyminisztérium e jelentést közölte Lasser osztrák belügyminiszterrel és úgy látszik a magyar kormány értesítését már feleslegesnek is tartván, a kérdésnek egyáltalában nem tulajdonított különösebb jelentőséget.⁷³ Vakanović azonban szükségesnek látta a dolgot Pesten is megismertetni és állítólag személyesen utazott fel emiatt a magyar fővárosba. Egy kevésbé megbízható forrás szerint előbb a Deák-pártban, majd Lónyay előtt számolt be tapasztalatairól, és az általános meghökkenést kihasználva, sikerült a maga számára a horvát ügyek intézésében tágabb hatáskört, az úniós párt részére jelentékeny anyagi támogatást kieszközölnie.⁷⁴ Az általa ez alkalommal benyújtott emlékiratról március 27-én a magyar lapok is tesznek említést, a nélkül azonban, hogy közlésük nagyobb feltűnést keltett volna.⁷⁵ Április 10-én egy zágrábi kevés hitelt érdemlő titkos jelentés újabb horvát üzemlekről adott hírt a miniszterelnök-

⁷³ Ib. 1872:258., 261., 281. és 296.

⁷⁴ Sinković: i. m. 117. l.

⁷⁵ Pesti Napló, 1872. márc. 30.

nek. A jelentés szerint a montenegrói udvar egyik kitűnő diplomatája, Matanović, aki már többször megfordult Belgrádban és Szentpétervárott, Oroszországból jövet az orosz közoktatásügyi miniszter magántitkárának, Panjutinnak kíséretében Zágrábba érkezett, több ízben érintkezett Mrazovićcsal, sőt két alkalommal a nemzeti párt központi bizottságával is tárgyalt. A felől szeretett volna tájékozódni, hogy Horvátország milyen mértékben hajlandó egy balkáni délszláv forradalmat támogatni, amelyet Oroszország előkészítésével Montenegró és Szerbia még abban az évben ki fognak robbantani. A nemzeti párt nevében Vončina adta elő a horvátok álláspontját, közölvén, hogy fegyveres segítséget nem ígérhetnek, de mindent fognak tenni, hogy a Monarchia ilyen alkalommal semleges maradjon, ebből a célból közelebbi kapcsolatba fognak majd lépni a csehekkel és szerbekkel, rajta lesznek, hogy a magyarokkal fennálló vitás kérdéseik ne símuljanak el, s ha a revízió után a nemzeti párt kormányra jut, egy újabb nemzeti ellenzéket alakítanak, amelyet a kormányról is gyámolítani fognak, végül ígérték, hogy a forradalmat a maguk részéről pénzzel, élelemmel, önkéntesek állításával a lehetőség szerint felkarolják. Egy forradalmi irányú délszláv lap szerkesztését azonban elhárították maguktól és ugyanígy nem fogadták el a párt vezető férfiai a Nagy Péter cár születésének kétszázéves emlékünnepe alkalmából felajánlott cári kitüntetést sem, mert ezekkel csak ártanának a horvát ügynek. Lónyay erre a jelentésre sem fektetett súlyt, mivel a jelentő személye és a jelentésben foglaltak felfedésének külső körülményei felette csekély hitelre tarthattak igényt. Minthogy azonban április vége táján már a sajtó is feszegetni kezdte a nemzeteiknek e jelentésekben közölt kapcsolatait, Lónyay 23-án Andrásyhoz fordult felvilágosításért.⁷⁶ Még mielőtt Lónyay Andrásy válasza, vagy egyéb támpont alapján állást foglalhatott volna e jelentésekkel szemben, május 2-án Vončina a pesti Magyar Ujságban közzétett négy emlékiratot, ezek közül kettő a magyar kormány által már ismert beadvány, a harmadik a nemzeti párt központi bizottságának egy üléséről készített jegyzőkönyvi kivonat, amely szerint a párt elhatározta, hogy az előző két iratban szóbanforgó eseményeket, ha ezek a magyar kormány tudomására jutnak, a leghatározottabban tagadni fogja, a negyedik pedig április 21-éről kelezve ismét egy jegyzőkönyv, amelyből az tűnnék ki, hogy a nemzeti párt a csehektől 60.000, különböző orosz forrásokból 68.000 és a szerb kormány rendelkezési alapjából 27.500 frt-nyi segílyt kapott

⁷⁶ Ib. 1872:367.

Lónaynak benyújtva, így tegyék lehetetlenné a miniszterelnök szemében a választás céljaira. Mindezeket az emlékiratokat azonban Voncina közönséges koholmányoknak bélyegezte, amelyeket az úniós párt készített, hogy a nemzeti pártot. Voncina közleményét másnap szinte valamennyi magyar lap átvette és a hivatalos lapban is megjelent egy közlemény, amely szerint a nemzeti párt pénzforrásait felfedő emlékiratot Vakanović tényleg felküldte Lónaynak azzal, hogy érdekes összefüggésekre mutat rá és a másik három irat is félig ismert dolgokat tartalmaz. A pesti sajtó azon a véleményen volt, hogy a kérdéses összeköttetések és tárgyalások megfelelnek a valóságnak. Mivel félő volt, hogy előbb-utóbb úgy is napfényre jutnak, Voncina az úniósok által koholtaknak igyekszik feltüntetni őket, maga közli a nyilvánossággal, hogy így állítása valószínűségét növelje. Pártjáról a gyanút elterelve, az úniósokat akarja kínos helyzetbe hozni. Voncina eljárása olyan, mint mikor a tolvaj tolvajt kiált, — írja a Pesti Napló.⁷⁷

Mindamellett a kérdés távolról sem volt ilyen egyszerű. Tény az, hogy a nemzetiek és a csehek közt politikai tárgyalások folytak, sőt van valami igazság Kossuth bevonásának tervében is, mert május 5-én a Monarchia belgrádi követe arról értesíti a külügyminisztériumot, hogy a szerb kormányt cseh részről felkérték Kossuth meghívására Belgrádba. E kérést a szerbek csak nehezen teljesítették, — nem is eredeti formájában — akként, hogy Kossuth számára 24 órai belgrádi tartózkodásra adtak engedélyt. Ezen engedély természetesen nem felelt meg a cseh kívánságnak és Szerbia visszautasító magatartása miatt a prágai lapok élesen támadták a belgrádi kormányt.⁷⁸ Hasonlóképp nem teljesen légből kapott kitalálás az orosz kormány szerepe sem, mert Andrásynak a bécsi orosz követnél tett érdeklődésére a követ csak azt a kijelentést tette, hogy a szóbanforgó orosz személyek a kormánytól távol állnak, a kormány ilyen akciót nem támogat és legkevesebbé azonosítja magát annak irányzatával, de nem tagadta a válasz, hogy a kérdéses látogatás tényleg megtörtént és ez alkalmal az említett személyek a mondtak szerint jártak el.⁷⁹

A horvát nemzetiekhez futó cseh, szerb és orosz szálak tehát minden valószínűség szerint megvoltak a valóságban is, de ezeket a horvátok nem annyira maguk fonogatták, mint inkább fel akarták használni. E kapcsó-

⁷⁷ Pesti Napló, 1872. máj. 9.

⁷⁸ B. aus Belgr. 1872:30.

⁷⁹ Ib. 1872. jún. 16.

latok mindazonáltal nem sokat lendítettek ügyükön, sőt kipattanásuk végzetesen kiélezte a két párt közt lévő viszályt. Az úniósok ugyanis egyes részletekről értesülést szerezvén, fegyvert akartak kovácsolni ellenfeleikkel szemben és egy pénzért mindenre kapható fiatalemberrel összeállították a Vončina által később kiadott emlékiratokat. Néhányat közülük már Lónyay elé is juttattak, amikor aknamunkájukat a nemzeti párt megtudta és hatástalanítani igyekezett. Mrazović az iratokat másolatban megszerezte és jelentést tett az esetről Mollynárinak, kérve őt, hogy a nemzeti pártot a valóságnak Öfelsége és a kormány előtti feltárásával nehéz helyzetéből segítse ki. Mollynári ezt megtette, de előzőleg személyesen közölte Mrazović és saját lépését Vakanovićcsal, ki minthogy érdemleges válaszra Mollynári rövid látogatása amúgy sem adott alkalmat, tőle telhetőleg iparkodott jó arccal fogadni a meglepő bejelentést.⁸⁰ Lónyayt az úniósok rossz szul sikerült merénylete igen lesújtotta. Vakanovićba vetett minden reményét elvesztette, jöllehet benne gondolta megtalálni azt a horvát politikus, aki alkalmas lesz a két párt kibékítésére és a kiegyezés számára szükséges többség megteremtésére. Csak a küszöbön álló választások tartották vissza attól, hogy a báni helytartót méltóságától felmentse. Most már Lónyay is csak a választásokban bízott. Miután a békés megegyezés útját saját emberei zárták el előle, olyan feltételeket akart a tárgyalások számára biztosítani, amelyek az eddigi számos megkötöttség helyett szabad kezet engednek elképzelésének megvalósításához.

A választások június elejére a nemzeti párt nagy győzelmével fejeződtek be. Bár a kormánypárt megkértszerezte mandátumainak számát, a 28 úniós a nemzeteiek 47 mandátumával szemben csak a virilisták támogatásával számíthatott többségre.⁸¹ A nemzeti párt az adott körülmények közt a választási eredménnyel meg volt elégedve, de tisztában volt azzal, hogy a tartománygyűlésben döntő szerephez majd csak a mágnások távoztával jut és az első időkben közel egyenlő erővel fog felsorakozni a két párt.⁸² Lónyay a választások után azonnal tanácskozott a kormánypárt vezetőivel, mindent megtett, hogy a virilistákat a tartománygyűlésen való megjelenésre bírja, úgyhogy az első hetekben néhány főnyi kormánypárti többséget várt.⁸³ Ennek megfelelően alakította terveit, s azokat teljes rész-

⁸⁰ A. v. Mollináry: 46 Jahre im österreich-ungarischen Heere. II. Zürich, 1905. 270. l.

⁸¹ Horvat: i. m. 284 l.

⁸² Šišić: i. m. 180. l.

⁸³ Mt. jkv. 1872:50. M. eln: 1175.

letességgel az uralkodó elnökletével, Andrássy jelenlétében tartott június 9.-i minisztertanácson ki is fejtette. Véleménye szerint a horvát kérdés a szláv mozgalommal való összefüggése következtében, túlnőtt a csak Magyarországot érdeklő problémák jelentőségén, döntő hatással van a határ-örvidék polgárosításának tervére is, mert erről csak Horvátország megnyugtatója után lehet majd szó. A pillanatnyi, bár csekély és bizonytalan kormánytöbbség lehetővé teszi azonban azt, hogy régi engesztelőkeny politikáját folytatva, megvalósuljon a pártok fúziója, ha a nemzeti párt a tartománygyűlésen kész volna a kormánnyal közösen haladni, biztosítaná, hogy a kormánypárt az elnökség és a hivatalok választásánál, a verifikációk alkalmával tekintettel lesz rájuk, és arányosan választ közülük a magyar országgyűlésre is, megígérné, hogy a későbbi tárgyalások folyamán a pénzügyi kérdésben, a bán és a horvát miniszter állása ügyében méltányolná kívánságaikat. Pejachevich és Kerkápoli Lónyay békülékeny politikáját pártolták, Andrássy azonban ellenzett minden tranzakciós jellegű megoldást. Szerinte határozott többség kell, hogy annál nyomatékosabban léphessen fel a kormány, az unió érvényességéről nem szabad vitát engedni, nemzeti pártiaknak a magyar országgyűlésbe választása nem tanácsos. Ha a kormány szándékát az ellenzék képes volna megakadályozni, ismét a feloszlathoz kell folyamodni. A minisztertanács Andrássy merev felfogásával szemben Lónyay tervét tette magáévá, azzal a kikötéssel, hogy ha a miniszterelnök a magyar parlamentbe fel akar engedni nemzeti párti képviselőket, ezeket a kormány személy szerint kijelöli.⁸⁴

A horvát tartománygyűlést június 15-én nyitotta meg Mihalović érsek, mint királyi biztos. A megnyitás napján a kormánypárt 4 főnyi többséggel rendelkezett és remény volt arra, hogy többsége egyideig megmarad, sőt valamivel még emelkedik.⁸⁵ A nemzeti párt saját érdekében beleegyezett a közös munkába. Hattagú bizottságok alakultak a két párt álláspontjának összeegyeztetésére. Az igazolások és Mažuranić elnökségének tekintetében könnyen megegyeztek, a kiegyezés revízióját tárgyaló országos bizottságba egyenlő számban választottak mindkét pártból, csak az országgyűlési követek választására nézve volt nehéz a megállapodás.⁸⁶ A két párt együttműködésének tulajdonképpen első próbája a felirat bizottsági vitája volt. A kormánypárt javaslatát a nemzetiek a leirat pusztá parafrázisának tartották, azért elvetették és Rački fogalmazásában új javaslatot

⁸⁴ Mt. jkv. 1872:53.

⁸⁵ Pesti Napló, 1872. jún. 18.

⁸⁶ Reform, 1872. jún. 25.

nyújtottak be. Ezt az úniosok több napos vita után néhány módosítással elfogadták, a kormányt bíráló egy részletnek kihagyását azonban csak különös módon tudták elérni. A párt ugyanis táviratban közölte Lónyayval, hogy az ellenzék a horvát, sőt a magyar kormánnyal szemben bizalmatlanságot kifejező mondatot akart a feliratba bevétni, mire Lónyay az uralkodó elé vitte a dolgot és csak mikor közölte, hogy a király nem akar semmiféle megrovást sem a horvát, sem a magyar kormánnyal szemben, hátrált meg a nemzeti párt.⁸⁷ A miniszterelnök nem ép alkotmányos eljárása óriási megütközést váltott ki a nemzetiek közt, amelyet jól visszaadnak Strossmayer következő sorai: „Nem tudok megszabadulni attól a gondolattól, hogy velünk becsstelenül járnak el. Valósággal szörnyű dolog a király nevét és akaratát látni a Rauch-párt akaratában. Így könnyű minden dolgot a király akaratává tenni és bennünket nem-lojálisaknak elkezesztelni. Szomorú, mikor a király közvetlenül beleavatkozik a pártok harcába és közvetlen szerepléssel dönt. Ez okot ad nekem arra, hogy a végső siker felől kételkedjem.”⁸⁸ És valóban nem egy jele mutatkozott annak, hogy a pártok még nem végleges fúziója csak fegyverszünet és az ad hoc együttműködés nem lesz eredményes. A nemzeti képviselők közül többen a párt vereségét és szégyenét látták e megalkuvásban, s a választók bizalmatlansága képviselőkhöz kerületükből érkező tiltakozásokban, a felirat végleges szövegének közzétételekor keletkezett általános elégedetlenségben nyilvánult meg.⁸⁹ A pártok közti kompromisszum azonban nem bomlott fel, júliusban megalakult az 1868:XXX. tc. módosítását tárgyaló országos bizottság, hat kormánypárti, hat nemzeti párti taggal. A kormánypárt részéről M. Prica, J. Živković, G. Prandau, P. Horvat, M. Kraljević és S. Kušević voltak tagjai, míg a nemzetiek közül Strossmayer, Mrazović, Jakić, Mažuranić, Vončina és Krestić vettek részt benne.⁹⁰

Természetesen az országos bizottságon belül is érvényesültek azok a különbségek, amelyek a két pártot elválasztották egymástól. Ezen eltérések több pontban igen lényegesek voltak és kiküszöbölésük hosszas munkát vett igénybe. A nemzeti párti tagok között kezdettől fogva Strossmayer véleménye volt irányadó. Programját főbb vonásaiban már júliusban összeállította és ezt a többi öt nemzeti párti tag is magáévá tette.⁹¹

⁸⁷ Šišić: i. m. 182—183. l.

⁸⁸ Šišić: i. m. 186—187. l.

⁸⁹ Šišić: i. m. 183. l.

⁹⁰ Šišić: i. m. 187. l.

⁹¹ Šišić: i. m. 188. l.

E programot kellett most már a kormánypárti tagokkal is elfogadtatni. Az egyeztető tárgyalások többszöri hosszabb megszakítással az egész nyarat kitöltötték. Főleg a pénzügyi kívánságok meghatározása okozott nehézséget, mert e téren a nemzeti párt álláspontja sem volt határozott. Erre a célra háromtagú albizottságot alakítottak Jakić, Mažuranić és Živković bevonásával s az általuk kidolgozott tervet később a teljes bizottság is elfogadta.⁹² A magyar országos delegáció október 17-én alakult meg, Majláth Antal gróf elnöklete alatt. Tagjai a parlament legértékesebb egyéniségei: Haynald érsek, Sennyey Pál, Szögyény-Marich László, Széchenyi Antal, Somssich Pál, Csengery Antal, Péchy Tamás, Horváth Boldizsár, Ghiczy Kálmán, Tisza Kálmán és Széll Kálmán voltak.⁹³ A két delegáció október 21-én ült össze először és Mažuranić indítványára közös elnöknek Majláth Antal grófot választotta meg. A magyar bizottság a horvátoktól kívánságaiknak írásban való benyújtását kérte s e törvénymódosító javaslat megszövegezése a horvát bizottság többnap munkájába került.⁹⁴ A megbeszélések során a nemzeti párt egységesen lépett fel a horvát bizottság többi tagjával szemben és sikerült lassan Strossmayer javaslatát az egész bizottsággal elfogadtatnia. Strossmayer november első napjaiban már így ír Račkinak: „Egymás közt elvégeztük a munkát, elveinket teljesen keresztülvittük, hogy tovább mi lesz, Isten tudja. Prican kívül valamennyien mellénk álltak, de ha javaslataink elbuknak, amint alkalom adtán el is fognak bukni, akkor ők visszatérnek előző javaslatukhoz. Kérdés, hogy embereink megingathatatlanok lesznek-e, akkor amikor a magyarok szaggatni kezdenek.”⁹⁵

Strossmayer javaslatát, amelynek elfogadásában maga a püspök sem bízott, november 6-án közölték a magyar delegációval. A munka két részre oszlott: politikai részre és pénzügyire. Politikai tekintetben egyes, eddig közös ügyeket, részben törvényhozási, részben végrehajtási, részben mindkét szempontból a horvát autonómia körébe akartak vonni. Az autonómia függetlenségét azzal óhajtották biztosítani, hogy a bán kinevezésénél a magyar miniszterelnök előterjesztési és ellenjegyzési jogát megszüntették, a horvát miniszternek az autonómia ügyeibe semmi befolyást nem engedtek és kimondták az osztályfőnökök tartománygyűlés előtti felelősségét. Szintén az autonómia jogait biztosította továbbá az a rendelkezés, hogy a

⁹² Pesti Napló, 1872. okt. 17.

⁹³ Pesti Napló, 1872. okt. 20.

⁹⁴ Pesti Napló, 1872. nov. 2.

⁹⁵ Šišić: i. m. 193. l.

horvát országgyűlési képviselők a tartománygyűlés feloszlata után csak négy hónapig maradnak még tagjai a közös országgyűlésnek és a delegációba a horvátok maguk választják öt képviselőjüket. A pénzügyek terén a horvát pénzügy elválasztását és önálló horvát pénzügyi kezelést akartak. A közös költségekhez való hozzájárulásuk arányát a nettó államjövelmek alapulvételével újból kívánták meghatározni, úgyhogy Horvátország a közös kiadásoknak csak 2,87%-át fizeti. Teljesen elkülönítették azonban a közös államadósságok kérdését, mert ennek kamatterheiben még ilyen arányban sem akartak osztozni, azzal az indokolással, hogy a felvett adósságokból Horvátország csak elenyésző csekély beruházáshoz jutott. Ezért mindössze húszmilliónyi kamat 2,87%-át vállalták évente. Ugyancsak külön elbírálás alá vették a Határőrvidék miatti közös terheket és itt az osztrák-magyar 2%-os hányad 13 1/3 huszadát voltak hajlandók átvenni. Így természetesen az évi átalány rendszerét, mint „Horvátországnak sem érdekével, sem méltóságával össze nem férőt”, elvetették. Ez lett volna az az alap, amelyre a „dalmát-horvát-szlavon királyságnak” a „magyar államközösségben” való helyzetét lefektették.⁹⁶ Vele tulajdonképp nem az 1868:XXX. tc. módosítását eszközölték, hanem lényegében újonnan határozták meg a két ország viszonyát. Ezen új meghatározás pedig alig különbözött volna azoktól, amelyeket, mint Magyarország és a Monarchia meglevő alkotmányával összeegyeztethetlent, már előzőleg is több alkalommal elutasítottak. Benyújtott javaslatuk magyar részről való fogadtatása iránt ép ezért maguk a horvátok sem tápláltak sok reményt. Strossmayer előre látta, hogy beadványukat éles kritika fogja követni, de elhatározta, hogy ha szükség lesz rá, sorompóba lép a horvátság érdekében és kitart, míg „minden remény el nem veszett”. Akkor, egy utolsó alkalommal még „jegyzőkönyvbe véteti véleményét” — amit más helyen úgy fejezett ki, hogy „megmondja a magyaroknak a magáét” — azután elutazik.⁹⁷

Az események igazolták Strossmayer várakozását. A magyar közvélemény ingerülten vett tudomást a horvát kívánságokról, a sajtó pedig eddigi mérsékelt hangját elhagyva heves támadást indított a delegáció ellen. A Pesti Napló szerint a javaslat megfogalmazásával „a horvát küldöttség talán megfelelt azon feladatnak, hogy megismertetett mindazokkal, ami a horvát nemzeti párt legszélsőbbjeinek csak vágyait alkothatja, de alig felelt meg valódi feladatának”. Még türelmetlenebb volt a Reform,

⁹⁶ Pesti Napló, 1872. nov. 10.

⁹⁷ Šišić: i. m. 193. l.

amelynek november 10.-i számában a következők olvashatók: „A horvát urak vagy csak tréfára veszik a politikát, vagy csak demonstrálni akarnak, vagy pedig céljuk elszakadni Magyarországtól... A csehek tanulhatnak a horvátoktól szemtelenséget... Legszívesebben szólnak bocsátónók Horvátországot, keresse boldogságát Magyarország határain túl.”⁹⁸ És e sajtóvéleményekben volt is valami igazság. A horvát delegáció teljesen a djakovári püspök szenvedélyes egyéniségének hatása alá került, kezébe tette le a vezetést, Strossmayer pedig nem viselkedett a valósággal számító, nyugodt politikusként, hanem engedte magát érzelmei által elragadtatni. Minthogy lelke mélyén meg volt győződve, hogy „a magyaroktól a horvát nemzet semmi jót nem várhat” és el volt tökéelve, hogy velük többé politikai tárgyalásokba nem bocsátkozik, fel akarta használni az alkalmat, hogy nézetét utoljára kifejtthesse, tekintet nélkül a meglevő helyzetre és a fennforgó körülményekre. A magyar delegáció a november 6.-i iratban a politikai részben elsősorban Strossmayer és Rački véleményét kapta, a pénzügyi részben pedig Jakić munkáját. Már a nemzeti párti Krestić, talán Mažuranić és Vončina sem azonosították magukat e javaslattal teljes meggyőződéssel, tekintve a delegáció többi tagjaitól, akik az első pillanattól kezdve csak próbálkozást láttak benne.⁹⁹

Mielőtt a magyar országos bizottság válaszában kidolgozásához hozzáfoghatott volna, megakasztotta munkáját egy olyan politikai esemény, amely a tárgyalások későbbi folyamára döntő kihatással volt. 1872. november utolsó két hetét a magyar belpolitikában teljesen a Lónyay kormány válsága töltötte ki, amely december 1-én a kormány lemondásával ért véget. Lónyaynak távoznia kellett a nélkül, hogy az általa ismét felszínre emelt horvát kérdést megoldhatta volna. Mint miniszterelnökségének szinte minden kezdeményezését, ezt is befejezetlenül kellett utódjára hagynia. Nagy elhatározással, merész lendülettel fogott a dologhoz, sok jóakarattal, megértéssel kezelte mindvégig, eredményt azonban nem ért el, mert kormányával és pártjával szembeni ferde helyzete mindig ép akkor éreztette káros hatását, amikor leginkább szorult volna támogatásra. Ehhez járult még, hogy a horvát politika terén Andrássy is ellene éreztette befolyását, mert ragaszkodni akart munkájának eredményéhez, az 1868:XXX. tc.-hez és nem szívesen látta Lónyay akcióját. Lónyayt viszont sarkalta a becsvág, hogy olyan sikert mondhasson magáénak, amit And-

⁹⁸ Pesti Napló, 1872. nov. 12. és Reform, 1872. nov. 10.

⁹⁹ Šišić: i. m. 197. és 206. l.

rássy nem tudott elérni: a horvát *néppel* való kiegyezést. E kettejük közti rivalitás nem maradt rejtve már a kortársak előtt sem. Észrevette a dolgok kellős közepében Strossmayer ép úgy, mint a távolabbról figyelő Keglevich Béla, akit egészen elkedvetlenített az, hogy „Lónyay semmit sem tud kivinni, amennyiben Andrásy egész befolyásával azon van, hogy Lónyay semmit ki ne vihessen, mert nem akarja, hogy a miniszterségben többet kiviessen, mint ő kivihetett.”¹⁰⁰ Hiábavalók lettek volna azonban Lónyaynak a horvát nemzetiek megnyerését célzó fáradozásai ezen magyar részről származó nehézségek nélkül is. Horvát részről ugyanilyen akadályok tornyosultak volna a kiegyezés elé, hacsak nem megy el Lónyay az engedmények terén addig a határig, ahol már nem is szolgálta volna Magyarország érdekét. Mindkét felet kielégítő végleges megegyezést a magyar miniszterelnök Strossmayerrel 1872-ben nem köthetett.

Más szándékkal nyult a kérdéshez Lónyay utóda, Szilágyi József. Az új miniszterelnök az örökül kapott tárgyalásokat fölényes nyugodt politikával fél év alatt befejezte, de nem oldotta meg egyúttal a horvát problémát. Erre azonban nem is törekedett. Számára a horvát kérdés nem azt jelentette, hogy két nép békés együttműködését kell lehetővé tenni, hanem csak egy közjogi problémát: az 1868:XXX. tc. akkénti módosítását, hogy lehetőleg minél kevesebb változtatás történjék rajta. Ezt a célját tényleg teljesen elérte.

A magyar delegáció első üléseit a miniszterelnök jelenlétében 1873. január végén tartotta. A tárgyalás anyagában tájékozódva mindenekelőtt kiküldött a pénzügyi kérdés tisztázására egy négytagú albizottságot. Az albizottság február 6-án megalakult és megbízta Széll Kálmánt egy további tárgyalások alapjául szolgáló részletes jelentésnek kidolgozásával.¹⁰¹ Széll munkájával február 20.-ára elkészülvén, az albizottság március elején tárgyalta jelentését. E tárgyalások eredményét Széll március 9-én végleges formába öntötte és az albizottságok előterjesztéseként március 10-én benyújtotta a magyar delegációba.¹⁰² A delegáció a hónap közepén egy-egy ülésben először a horvát kérdés politikai, majd pénzügyi részét tárgyalta és saját nézetét magánértekezlet formájában március 18-án közölte a horvát megbízottakkal.¹⁰³ Egymás álláspontjának ismeretében a két delegáció március végén több magánjellegű megbeszélést tartott, amelyben

¹⁰⁰ Ghiczy Kálmán feljegyzései. 40. iv.

¹⁰¹ Pesti Napló, 1873. febr. 20.

¹⁰² Pesti Napló, 1873. márc. 11.

¹⁰³ Pesti Napló, 1873. márc. 19.

az egymástól igen távol álló javaslatokat igyekeztek összeegyeztetni. Munkájukat azonban az osztrák-magyar delegáció ülései miatt félbe kellett szakítaniok, úgyhogy a horvát kérdés csak május végén került ismét szőnyegre. A május 24-én újból megalakult magyar bizottság felkérte a miniszterelnököt, hogy a politikai jellegű kérdésekben próbálja közvetítésével a két delegáció közti ellentéteket áthidalni.¹⁰⁴ Május végén Szlávý ezért személyesen tárgyalta a horvátokkal, majd megbeszélésük eredményéről értesítette a magyar bizottságot, amely ennek alapján június elején minden pontban kialakította a horvát javaslatra vonatkozó véleményét. Széll egy újabb albizottságban a magyar álláspontot írásba foglalta és e tervezetet a miniszterelnök a hónap közepén három ülésben letárgyalta.¹⁰⁵ Így kapta kézhez a horvát országos bizottság június 17-én november 6-i javaslatára a magyar delegáció válaszát.

A magyar válasz a horvát politikai követléseket szinte teljes egészükben visszautasította. A közös ügyek körén semmi szűkítést nem engedett. Az autonómia szerveire vonatkozó javaslatok közül egyet sem tartott megvalósíthatónak. A magyar országgyűlésbe és a delegációba küldendő képviselők választása tekintetében sem egyezett bele változtatásba, csupán arra volt kész biztosítékot nyújtani, hogy a horvát képviselőket a magyar országgyűlési tárgyalások nem fogják hosszú ideig elvonni saját tartománygyűlésüktől, és a tartománygyűlés feloszlata után az ország nem marad bizonytalan ideig törvényhozás nélkül. Pénzügyi téren is elvetették a horvát kívánságokat, sem a közös teherhez való hozzájárulás arányában, sem a horvát pénzügy elválasztásának szempontjából nem ismerve el kérésük jogosságát. Nem ragaszkodott azonban a magyar válasz az évi átalány megtartásához, mert ezt eddig is csak a horvátok iránti méltányosságból tartották fenn és az utolsó három évben az évi 2,200.000 frt 123.751 frt-tal több jövedelmet jelentett Horvátország számára, mint a horvát bevétel 45%-a. Beleegyezett tehát a magyar delegáció abba, hogy ne biztossítsanak többé Horvátországnak az autonómia szükségletére évi átalányt, hanem csak jövedelmének 45%-át.¹⁰⁶

A magyar válasz közlése után a két bizottság szinte megszakítatlan tanácskozásba kezdett, amelyekben a horvát delegáció az ellenállásnak csak csekély jelét tudta felmutatni. A magyar ajánlatokat előbb bizonyos

¹⁰⁴ Pesti Napló, 1873. máj. 26.

¹⁰⁵ Pesti Napló, 1873. jún. 18.

¹⁰⁶ Pester Lloyd, 1873. jún. 19.

fenntartással, majd ezek nélkül, egymásután elfogadta, úgyhogy a június 25-i horvát renuntiumban csak egyes elvekhez való ragaszkodást lehet tapasztalni, amelyeknek gyakorlati érvényesítéséről már nem volt szó.¹⁰⁷ Lényeges akadálya a magyar javaslat elfogadásának ekkor már nem volt, 28-án két albizottság a végső megegyezést formulázta, amelyet a delegációk, másnapi közös ülésükön átnézve, elfogadtak. Június utolsó napján az 1873:XXIV. tc. alapjául szolgáló egyezség végleges alakjában elkészült. Összesen 10 pontból állt. Benne a nemzeti párt eredeti javaslatából jogi vonatkozásban csak annyit sikerült keresztülvinni, hogy a horvát miniszter a bán felterjesztéseit késedelem nélkül és változtatlanul juttatja az uralkodó elé és csak akkor csatolhatja saját észrevételeit is a báni felterjesztés mellé, ha a két ország közti törvényesen megállapított közösség szempontjából kételyei volnának és ezek a bán meghallgatása után sem oszlanának el. Egyes határörkerületek polgárosítása révén a horvát országgyűlési képviselők száma 29-ről 34-re emeltetett és biztosítatott, hogy a tartománygyűlést felosztatása után három hónap múlva ismét összehívják. A horvát autonómia kiadásaira a netto-jövedelem 45⁰/₀-át rendelték.¹⁰⁸

A megegyezésre vezető tárgyalások utolsó szakasza már Strossmayer nélkül folyt. A nemzetiek vezére nem tudta a hosszúra nyúlt viták során megőrizni kezdeti döntő befolyását. A horvátok idő haladtával egyre jobban belefáradtak a tárgyalásokba, egyre könnyebben hittek a magyar érveknek. Szlávynak a formára nézve szívélyes és igen előzékeny, de a dolog érdemleges részében határozott és következetes magatartása előtt kénytelenek voltak meghajolni. Strossmayer már áprilisban látta, hogy „végtelenül gyenge, minden magyar szó előtt reszkető” társai nem valók harcra, de kedve szegetten reményét veszve még kitartott.¹⁰⁹ Lelke mélyéig fájt, ha látta, hogy „voltak a horvátok közt, akik azt mondták, hogy a magyaroknak igazuk van”.¹¹⁰ Mikor aztán kétségtelenné vált, hogy a novemberi alapot rajta kívül az egész horvát delegáció elhagyta, elhatározta, hogy a végső döntéstől távortartja magát. „Ráhagyja azokra a kiegyezést, akik azt hiszik, hogy van erejük és befolyásuk a nemzetre, hogy mindenféle piszkos kompromisszummal megkössék.”¹¹¹ Jól tudta, hogy a szakításért kárhoznatni fogják, de keményen szembenézett a jövővel. „En újra

¹⁰⁷ Pesti Napló, 1873. jún. 27.

¹⁰⁸ Corpus Juris. 1873:XXXIV. tc.

¹⁰⁹ Šišić: i. m. 200. l.

¹¹⁰ Šišić: i. m. 215. l.

¹¹¹ Šišić: i. m. 216. és 220. l.

hibás leszek, de csak hadd legyek, a jogtól és igazságtól, amit nemzetünk kíván, nem állok el, Isten, lelkiismeretem és a nemzet haszna az egyetlen, amire tekintettel vagyok," — írta Zágrábba Račkinak, aki a tárgyalások egész ideje alatt egy pillanatra sem szünt meg tüzes leveleivel végső-kig való kitartásra buzdítani vezérét.¹¹² Strossmayer és Rački egyedül maradtak. Azt a felelősséget nem merték magukra vállalni, hogy a megegyezést meghiúsítsák, inkább félreálltak. Strossmayer az utolsó napokban még egyszer összefoglalta nézeteit és — már a távolból — megírta barátainak, mikor azonban Mažuranićtól megkapta a kétszavas táviratot: Ausgleich perfekt, a horvátok nagy püspöke nem tudott mást felelni: Gott segne!¹¹³

A kiegyezés lehetővé tette a parlamentáris munkát Horvátországban; az immár egy éve elnapolt tartománygyűlés 1873. augusztus 25-én ismét összeült. A hosszas bizonytalanságban felörlődött nemzeti párt egy része az úniósok egy frakciójával egyesülve megalkotta az új nemzeti pártot. Horvátország történetében ezzel új korszak nyílt. A későbbi fejlődésnek minden baja azonban végső eredetében innen, az 1873. június 30.-i megegyezésből és az 1873:XXXIV. tc.-ből, mint csírából keletkezett. A magyar-horvát viszonyt ekkor azonosították először az 1868:XXX. tc.-kel és nem merte a kérdés fájó lényegéhez nyulni, nyitott szemmel szembe nézni a teljes élet elevevénységével, a sok fáradságot és tapintatot igénylő szövevényes problémát leegyszerűsítették: a horvát viszony rendezése az 1868:XXX. tc. fenntartásával lett egyértelmű.¹¹⁴

Országos Széchényi Könyvtár

Juhász Lajos.



¹¹² Šišić: i. m. 216. l.

¹¹³ Šišić: i. m. 227. l.

¹¹⁴ Bajza J.: A magyar-horvát únió felbomlása, Budapest, 1924. 57. és köv. l.